Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika

Von

Friedrich Luckwaldt

Erster Band









Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika

Von

Friedrich Luckwaldt

Erster Band

Die Werdezeit 1607—1848





Berlin und Leipzig
Vereinigung wissenschaftlicher Verleger
Walter de Gruyter & Co.
vormals G. J. Göschen'sche Verlagshandlung — J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung — Georg Reimer — Karl J. Trübner — Veit & Comp.
1920

Berlin und Leipzig 1920.

Druck von C. Haberland, Leipzig.

Vorwort

Die ersten Zeilen des Buches, das ich hiermit der Öffentlichkeit übergebe, sind nach längeren Vorstudien am 4. Juni 1910, die letzten am 12. Juni 1920 geschrieben worden.

Kapitel 1 bis 12 waren in erster Fassung fertig, als der Weltkrieg ausbrach. Mit ihm stellten sich zunächst andere Aufgaben. Erst nach fast zweijähriger Pause, im Juli 1916, konnte ich an die Fortsetzung gehen und bis zum November das 13., 14. und die erste Hälfte des 15. Kapitels gestalten. Ich überarbeitete darauf das ganze Manuskript während des Winters und Frühlings von 1917 und führte im Sommer die Darstellung bis zum Amtsantritt Tafts. Dann blieb, da die Veröffentlichung dem Verlag während des fortdauernden Krieges nicht möglich schien und das letzte Kapitel über Wilson offenbar erst in letzter Stunde hinzugefügt werden konnte, die Arbeit noch einmal zwei Jahre im wesentlichen liegen, wenn auch einiges geglättet und ergänzt wurde. Im November 1919 begann der Druck, und neben- und nachher, in der Hauptsache im April und Mai 1920, entstand das 16. Kapitel.

Ich mache diese Angaben, weil sie geeignet sind, gewisse Mängel zu erklären, die ich wohl kenne. Im Übrigen lasse ich das Buch für sich selbst sprechen. Es ist ein Stück meines Lebens und hat mir viel Freude verschafft, zuletzt Freude in schwerster Zeit. Möchte es nun unter Fachgenossen und gebildeten Laien, an die es sich gleichmäßig wendet, nachsichtige Leser und Freunde finden!

Danzig, im Juni 1920.



Inhalt des ersten Bandes

Erstes Kapitel

Entstehung und Eigenart der englischen Kolonien in Nordamerika

Die Vereinigten Staaten von Amerika entstanden durch den Zusammenschluß und die Unabhängigkeitserklärung von dreizehn englischen Kolonien auf dem nordamerikanischen Festland.

Diese dreizehn Kolonien waren unter den verschiedensten Umständen, aus den verschiedensten Anlässen und zu den verschiedensten Zeiten von England begründet oder erobert worden.

Ein erster ernsthafter englischer Anspruch auf die Ostküste Nordamerikas leitete sich schon aus den Tagen der großen Elisabeth her. Der rühmlichst bekannte Sir Walter Raleigh versuchte 1584 und in den folgenden Jahren, an einer Stelle des späteren Nordcarolina festen Fuß zu fassen. Unmittelbaren Erfolg hatte er nicht. Trotz aller aufgewandten Mühen und Gelder verfiel die kleine Niederlassung. Ruhm- und spurlos ist sie verschwunden. Aber der Name Virginia, mit dem der Entdecker nach der jungfräulichen Königin das jungfräuliche Land getauft hatte, sollte doch nicht auch dauernd untergehen. Zu Anfang des neuen Jahrhunderts, unter der neuen Regierung Jakobs I., wurden Raleighs Pläne an etwas anderem Ort mit mehr Glück wieder aufgenommen.

Es geschah das zunächst noch überwiegend in dem Geist kaufmännischer Unternehmungs- und ritterlicher Abenteuerlust, der die Kolonisationen des 16. Jahrhunderts beherrscht hatte. Wie vor kurzem, 1600, die Ostindienkompagnie gegründet worden war, traten im April 1606, zum Teil unter Mitwirkung der gleichen Geschäftsleute und unter dem Schutz der höchsten Beamten des Staates, zwei Gesellschaften ins Leben, die das Recht erhielten, die eine (London Company) von London aus den Süden, die andere

(Plymouth Company) von Plymouth aus den Norden „Virginias“ zwischen dem 34. und 45. Breitengrad zu bewirtschaften. In dem darüber ausgestellten Freibrief wahrte sich der König den Anspruch auf ein Fünftel des etwa gefundenen Goldes und Silbers. Und solch edles Metall erwartete man sich allgemein. Virginia wurde gepriesen als „der Erde einziges Paradies“. In einem Lustspiel der Zeit heißt es, Gold sei in der neuen Welt häufiger als Kupfer in England. Rubinen und Diamanten würden am Strande gefunden und an Kinder gehängt. Dazu sei das Leben leicht und lustig. „Dort werden wir nicht mehr Gesetz als Gewissen haben und nicht zu viel von beiden.“ Es läßt sich annehmen, daß diese und ähnliche Vorstellungen wirklich die ersten Kolonisten erfüllten, die zu Neujahr 1607 auf drei kleinen Schiffen in See stachen. Die große Mehrzahl waren „arme Herren“ (poor gentlemen) ohne Arbeitsgewöhnung.

Im Mai 1607 landeten sie etwas nördlich von der Stätte, wo Raleighs Kolonie gelegen hatte: in der Chesapeakebai an einem Fluß, den sie zu Ehren des Königs Jamesfluß nannten, und gründeten ein Fort, Jamestown. Der erste Eindruck des Landes mit seinen weiten Wiesen und Wäldern und Wassern war günstig. Dann kamen freilich die Enttäuschungen. Gold fand sich keins. Man mußte hart arbeiten, um statt fabelhafter Reichtümer auch nur den nötigsten Unterhalt zu gewinnen. Das Klima und die ungewohnten Lebensbedingungen erzeugten Krankheiten, die fast die Hälfte der Ansiedler fortrafften. Auch der Verkehr mit den Eingeborenen war nicht ohne Schwierigkeiten und Gefahren. Aber diese wurden überwunden durch die geschickte Taktik eines der Führer, Kapitän John Smith, und Smith war es dann überhaupt in erster Linie, der der jungen Kolonie über die kritischen Anfänge forthalf. Er war ein Stück Abenteurer und Prahlhans mit jenem barocken Zug, der den Menschen der Epoche eigentümlich ist. Die Erzählung, die er alsbald von seinen Irrfahrten und Heldentaten gab, ist oft mehr unterhaltend als überzeugend. Aber er leistete wirklich recht Wichtiges für die Erforschung von Hinterland und Küste, und vor allem doch: er hielt die kleine, von Zwietracht und Verzagtheit gleichmäßig bedrohte Ansiedlerschar mit fester Hand zusammen. Er lehrte die Goldsucher Wald roden und Land bebauen. Nach seinem Fortgang, der bald und in Unfrieden mit der Kom-

pagnie erfolgte, lenkten andere tüchtige Männer, namentlich der Gouverneur Sir Thomas Dale, die Kolonie dann weiter in die Bahnen ordentlicher Ackerwirtschaft hinein. Auch kam man auf einen wertvollen Stapelartikel. 1612 wurde der erste Tabak gepflanzt. Schon 1619 konnten 20 000 Pfund nach England ausgeführt werden. Die Ansiedlung hatte sich diesmal als lebensfähig erwiesen.

Ein nicht geringes Verdienst daran muß dem Mutterland zuerkannt werden. Dort war 1609 die Londoner Gesellschaft als Virginia-Kompagnie umgegründet worden. Ihr gehörten jetzt eine überaus stattliche Zahl von Männern an, die in Handelswelt oder Staatsverwaltung einen Namen hatten. Insbesondere auch der Adel war stark, allein durch einundzwanzig Pairs, vertreten. Dementsprechend hatte dann ihr Vorgehen unverkennbar einen großen Zug. Sie machte planmäßig Propaganda, indem sie gute Nachrichten verbreitete und schlechte unterdrückte: eine Menge von Flugschriften, wie sie damals die Zeitungen ersetzten, wurden von ihr veranlaßt. Sie sandte immer neue Leute aus: bis 1623 5649, und wandte an Geld nach einer kaum übertriebenen Schätzung an 200 000 Pfund auf; denn über den Wunsch nach geschäftlichem Gewinn hinaus hatte sie ein Gefühl für ihre weltgeschichtliche Aufgabe. In einem ihrer Rundschreiben bezeichnet sie ausdrücklich als Ziel, „dieser Krone ein neues Königreich anzufügen".

Merkwürdig und folgenreich aber war, daß sie trotzdem in einen ausgesprochenen Gegensatz zum Träger „dieser Krone" geriet. Es ist bekannt, wie schon in den letzten Zeiten Elisabeths unter dem Einfluß vor allem doch der religiösen Bewegung eine Einschränkung der Rechte des Königtums zugunsten des Parlaments erstrebt worden war, und wie sich diese Bestrebungen dann unter Jakob mit jedem Jahr verstärkten, weil der gelehrte Herrscher, „der weiseste Narr Europas", sie durch wunderlich verstiegene Ansprüche politischer und kirchlicher Allgewalt herausforderte, für die er viele schöne Zitate, aber so gar keine eigenen Verdienste ins Feld führen konnte. Gegen den Hof bildete sich eine Partei von sogenannten Patrioten. Betätigung im Parlament war ihr lange versagt, weil von 1614 bis 1621 keine Parlamente gehalten wurden. So suchte sie nach andern Kampfplätzen, und einer davon wurde eben die Virginia-Kompagnie mit

ihren Wahlen und Quartalsversammlungen. Mehr und mehr kam die Leitung in die Hände von Leuten, die dem König scharf entgegengesetzt waren, sich womöglich sogar zu republikanischen Idealen bekannten. Die Folgen waren für die Kompagnie böse: sie verlor 1624 ihren Freibrief, um damit endgültig aus der Geschichte auszuscheiden. Um so besser aber war inzwischen die Kolonie gefahren; denn die führenden Männer der Gesellschaft hatten recht wohl erkannt, daß, wenn sie den Absolutismus in der Heimat bekämpften, sie in ihrem eigenen Herrschaftsbereich draußen das Beispiel einer freisinnigen Regierung geben müßten. Deshalb war auf die Klagen der Kolonisten hin schon 1619 der Gouverneur angewiesen worden, eine aus allgemeinen Wahlen hervorgehende Vertreterversammlung von zunächst zweiundzwanzig Abgeordneten zu berufen, die mit ihm und einem Rat (Oberhaus) zusammen alle Angelegenheiten der Kolonie verwalten sollte. Das parlamentarische Prinzip schlug Wurzel in dem Boden der neuen Welt.

Es war ein erster Beweis der günstigen Wirkung, die die inneren Wirren in England während des ganzen 17. Jahrhunderts auf die Entwicklung der Kolonien in Amerika haben sollten. Gleich das nächste Jahr (1620) sah ein neues, fast noch wichtigeres Beispiel dafür, nur daß jetzt nicht der politische, sondern unmittelbar der ihm zugrunde liegende religiöse Streit den Antrieb gab. Die englische Reformation war auf halbem Weg stehen geblieben. Sie hatte das Papsttum abgeschafft und nach einigem Zögern das kalvinistische Dogma angenommen, aber daneben doch im Gottesdienst viel römische Formen bewahrt und in der Verfassung die bischöfliche Gewalt mit einem obersten Verfügungsrecht, dem „Supremat", der Krone. Auch war sie nicht irgend entschiedener gegen die heitere, weltfrohe Lebensauffassung der Renaissance eingeschritten. Solche Halbheit und Lauheit hätten unter allen Umständen Widerspruch herausgefordert, weil der Geist der Zeit auf das Radikale, Grundsätzliche ging, und hinzu kam von außen der Einfluß der strengen Kalvinisten in Holland und Schottland. So traten sehr bald „Puritaner" auf, die die Reinheit (puritas) von Lehre, Kirche und Wandel nach echtem Genfer Muster herstellen wollten. Sie verwarfen die papistischen Zeremonien der anglikanischen Liturgie: neben der Predigt sollte nur Psalmensingen erlaubt sein; statt der Bischofsverfassung mit königlicher Spitze verlangten sie Presbyterien

und Synoden oder gar volle Selbständigkeit der einzelnen Gemeinde und schrieben endlich eine wahrhaft christliche Sittenzucht auf ihre Fahne, die das Leben nicht als eine Freude, sondern nur als Prüfung gelten ließ. Natürlich gab die Hochkirche dem nicht nach. Sie entwickelte sich durch den Gegensatz sogar nur weiter nach rechts. Es kam eine Richtung auf, die mit Vorliebe bei den ästhetischen Momenten des Kultus, der „Schönheit der Heiligkeit", verweilte und die Fragen der Dogmatik und Ethik mit einer gewissen Laxheit behandelte. Das Königtum aber begünstigte sie. Schon Elisabeth hatte gegen die Puritaner Partei ergriffen, weil sie wohl sah, wie der republikanische Geist der Kirchenorganisation auf den Staat abfärben mußte. Vollends Jakob bekannte sich gleich anfangs zu dem Grundsatz „kein Bischof, kein König" und drohte, die Gegner zur Unterwerfung zu zwingen oder aus dem Lande zu treiben. Tatsächlich wurde dann manchen der neuen Gemeinden der Boden der Heimat zu heiß. So flüchtete sich 1606 die Kongregation von Scrooby in Nottingham nach Holland, wo sie sich schließlich in Leyden niederließ. Dort aber fühlten sich die Leute nicht wohl. Das fremde Volk mit seinen freien Sitten drückte auf sie, und weil nun doch Nachricht kam von den ersten Erfolgen der Ansiedlung in Virginia, so entstand, vielleicht unter direkter Einwirkung von Agenten der Kompagnie, der Gedanke, lieber Europa ganz zu verlassen und das neue Glaubensideal in der neuen Welt unter Behauptung der alten Volksart zur Geltung zu bringen. Es folgten langwierige Verhandlungen über die Finanzierung des Unternehmens, auch über die Toleranz, die der König etwa gewähren würde. Dann, im Sommer 1620, segelten die „Pilgerväter" von Delfthaven nach England, um nach mancherlei Aufenthalten und Mißhelligkeiten am 16. September von Plymouth aus auf der Maiblume die Reise anzutreten, die an weitreichenden Wirkungen in der Geschichte der Welt wenig ihresgleichen hat.

Es waren, ungerechnet die zweiundzwanzigköpfige Dienerschaft, hundertundzwei Auswanderer in einundvierzig Familien. Sie gehörten überwiegend wohl dem Mittelstand an, aber einige ragten doch nach Bildung und Besitz darüber hinaus, und schon die besondere Aufführung und die Anzahl der Dienerschaft mahnt, die soziale Stellung nicht zu niedrig einzuschätzen. Als Ziel waren „die

nördlichen Gegenden von Virginia" in Aussicht genommen — Virginia natürlich im ursprünglichen weiteren Sinn —, etwa das Land am Hudson; aber der Zufall von Wind und Wetter, nach der Meinung der Kolonisten auch böser Wille des Schiffsführers, brachten es mit sich, daß sie vielmehr an den Teil der Küste gerieten, den Kapitän John Smith auf einer seiner Entdeckungsfahrten Neu-England getauft hatte. Da nun dies Gebiet nicht mehr zum Machtbereich der Virginia-Kompagnie gehörte, von der sie allein eine Konzession besaßen, die Rechtsverhältnisse der neu zu begründenden Ansiedlung also ganz ungeklärt schienen, hielten sie für angezeigt, ehe das Schiff noch Anker warf, wenigstens ihre Beziehungen zueinander in einem eigenen Vertrag sicherzustellen. Es ist der berühmte Maiblumenvertrag vom 21. November, den man mit einigem Recht als einziges praktisches Beispiel für den sonst nur in der Theorie vorkommenden „Staatsvertrag" in Anspruch nehmen darf. Darin bezeichneten sie sich freilich noch als „getreue Untertanen unseres großmächtigen Herrn Königs Jakob" und hoben als Leitsterne ihres Unternehmens nicht nur den Ruhm Gottes und die Förderung des christlichen Glaubens hervor, sondern auch „die Ehre unseres Königs und Vaterlandes"; aber sie erklärten doch weiter, daß sie einen Bund machten und sich zusammentäten zu einem bürgerlichen Staatskörper (civil body politic): „Und werden wir kraft dessen einschärfen, feststellen und entwerfen solche gerechten und billigen Gesetze, Verordnungen, Akte, Konstitutionen und Ämter von Zeit zu Zeit, als für das allgemeine Wohl der Pflanzung am angemessensten scheinen wird. Denen versprechen wir alle nötige Unterwerfung und Nachachtung." Die geistliche Gemeinde soll zur bürgerlichen, die Kongregation zum Staat werden.

Die nächsten Wochen gingen hin mit der Suche nach einem Lande- und Wohnplatz. Schließlich fand man einen guten Hafen mit Süßwasser in der Nähe und einem kleinen Felsen, der leicht befestigt werden konnte. Man taufte ihn Plymouth, zur Erinnerung an die letzte englische Stadt, die man gesehen hatte, und ging an Land. Noch heute wird der Tag (21. Dezember) als Tag der Vorfahren (Forefathers' Day) festlich begangen, und manche amerikanische Familie bewahrt als kostbarstes Erinnerungsstück ein Steinchen vom Plymouthfelsen. Nichts ist ein größerer Stolz, als von

den Pilgervätern abzustammen. Diese selbst waren nicht ohne Gefühl für die Bedeutung ihrer Mission. In den Schilderungen, die einer von ihnen, Bradford, hinterlassen hat, klingt das Bewußtsein, vom Herrn und zu großen Dingen ausgesandt zu sein, wieder und wieder an. „Es ist“, sagt Tocqueville, „in unsern Augen wie in den seinen nicht mehr eine kleine Schar von Abenteurern, die ihr Glück jenseits des Meeres suchen, es ist der Samen eines großen Volkes, den Gott mit eigner Hand auf ein auserwähltes Land ausstreut.“

Die Anfänge freilich waren klein und mühselig genug. Als der erste Frühling kam, sah er an dem ungastlichen Gestade fast soviel frische Gräber wie Überlebende. Schwindsucht und andere Leiden hatten furchtbar aufgeräumt. Die Lebenden, heißt es in einem Brief Bradfords, vermochten kaum die Toten zu begraben, und die Gesunden genügten entfernt nicht, die Kranken zu pflegen. Auch weiterhin und nach anderer Richtung ergaben sich Schwierigkeiten. Der Versuch einer Landbestellung auf gemeinsame Rechnung zu gemeinsamem Genuß mißlang. Man mußte auf dem Umweg über jährlich wechselnde Verteilung der Äcker schon 1627 zum Sondereigen übergehen, so daß wir auf kleinem Raum und in kurzer Zeitspanne ein merkwürdiges Gegenstück zur altgermanischen Wirtschaftsentwicklung haben. Von den Eingeborenen waren die Massachusetts, nach denen die Kolonie schließlich benannt werden sollte, zu Frieden und Freundschaft bereit. Andere, kräftigere Stämme aber beschritten den Kriegspfad. Endlich fehlte es nicht ganz an Mißhelligkeiten unter den Kolonisten selbst, weil im Lauf der Jahre manche Elemente von anderer Lebensauffassung oder kirchlicher Richtung hinüberkamen, wie etwa einige lockere Gesellen gleichsam zum offenen Trotz nicht weit ab ein Frohberg (Merry Mount) als Stätte ungebundensten Genusses begründeten.

Aber die leitenden Männer wußten solche Opposition niederzuhalten; nötigenfalls mit Härte. Man darf sich, so groß die Versuchung zunächst ist, die Geschichte der Pilgerväter nicht als Idylle vorstellen. Ihnen war durchaus jener zugreifende und ausgreifende Geist eigen, der in dem Charakter der angelsächsischen Rasse liegt und noch besonders durch die kalvinistische Prädestinationslehre verstärkt war, durch die Überzeugung, Gottes auserwähltes Rüstzeug zu sein. Sie handhabten die Muskete ganz ebenso unbedenk-

lich wie den Spaten. Als ihnen der Häuptling eines feindlichen Indianerstammes zur Herausforderung ein Bündel Pfeile in einer Schlangenhaut schickte, sandten sie die Schlangenhaut zurück, gefüllt mit Pulver und Blei. Und wenn sie nichts bestimmen konnte, am Sonntag Geschäfte zu machen, so betrieben sie sie an den Wochentagen mit doppeltem Eifer; es wird neuerdings ja gern hervorgehoben, wie die evangelische Lehre, namentlich in ihrer Genfer Form, der Entwicklung des Geschäftssinnes zustatten kam, insofern sie die Vergnügungen beschränkte und darauf hinwies, die Ertötung des Fleisches statt in Weltflucht, vielmehr in emsiger Arbeit an dem von Gott bestimmten Platz zu suchen. Obwohl deshalb die Zahl der Kolonisten klein blieb, begnügten sie sich nicht, im nächsten Umkreis ihrer Niederlassungen das Land zu bebauen, sondern umfaßten als Händler und Jäger mit ihren Unternehmungen fast das ganze Neuengland von der Buzzardbai im Süden bis zum Penobscot im Norden und nach Westen bis ins schöne Tal des Connecticut. Der Beweis schien geliefert, daß der Herr die Seinen in der neuen Welt mit seinem Segen begleitete.

Unter diesem Eindruck dann konnte das Unternehmen der Pilgerväter von anderer Seite in größerem Maßstab wiederholt werden. In England daheim war seit 1620 die Atmosphäre immer gewitterhafter geworden. Von Karl I., der 1625 den Thron bestiegen hatte, fürchtete man noch ernstere Gefahren für den rechten Glauben und die rechte Freiheit als von seinem Vater. Drei Parlamente hintereinander machten Opposition und wurden aufgelöst. Dabei schien der Ausgang des Streites ganz ungewiß, ein Sieg von Königtum und Hochkirche recht wohl möglich. Gerade auch Leute, die den Dingen nahe standen, die Rang, Einfluß, Reichtum besaßen, glaubten die Notwendigkeit zu erkennen, sich selbst und ihren Überzeugungen durch eine Kirchen- und Staatsgründung jenseits des Ozeans rechtzeitig eine Zuflucht zu schaffen. So erwarben sich 1628 einige puritanische Notabeln einen umfänglichen Landanspruch an der Massachusettsbai, nördlich von Plymouth, mit deren Besiedlung schon ein bescheidener Anfang gemacht war, und kamen nächsten Jahres um das für jede Korporation nötige königliche Privileg ein. Karl gewährte es, obwohl die Bittsteller zumeist Mitglieder der parlamentarischen Opposition waren, ja er ließ zu, daß die Urkunde (vom 4. März 1629) in Ausdrücken abgefaßt wurde, die der

„Kompagnie von Massachusettsbai" in ihrem Bereich eigentlich jede Regierungsgewalt übertrugen. Nicht einmal das Interesse der Hochkirche wurde gewahrt oder festgestellt, daß die Gesellschaft ihren Sitz in England haben müsse. Gerade das letzte war der entscheidende Punkt. Schon im August beschloß die Kompagnie, ihre Verwaltung in die Kolonie selbst zu verlegen, und im April 1630 nahm der neuernannte Gouverneur John Winthrop das Original des königlichen Freibriefes mit übers Wasser. Doch behielt die Gesellschaft auch Mitglieder in der Heimat, die dann mit Rat und Geld und vor allem durch Anwerbung von Kolonisten fortgesetzt wichtige Dienste leisteten. Noch weit mehr als seinerzeit von der Virginia-Kompagnie wurde hier bewußt und aus dem vollen gearbeitet. In dem einen Jahr 1630 sind siebzehn Schiffe mit 1000 Auswanderern nach Massachusetts abgefertigt worden. 1631 deshalb waren bereits acht kleine Ansiedlungen entstanden, unter denen das am besten gelegene Boston bald als Hauptort anerkannt wurde.

Die Kolonie von Plymouth fand sich überflügelt. Doch beeinflußte sie die kräftigere jüngere Schwester in einer für die weitere Entwicklung des amerikanischen Lebens sehr wichtigen Hinsicht. Wer die innere Geschichte Englands im 17. Jahrhundert kennt, weiß, daß die Gegner der Hochkirche in zwei sich mehr und mehr verfeindende Gruppen zerfielen, von denen die eine — die Presbyterianer — an dem Gedanken einer organisierten Gesamtkirche festhielten, die andere — die Independenten — die Unabhängigkeit der einzelnen Gemeinden betonten. Die Gründer von Massachusetts nun stammten überwiegend aus Kreisen, die im Mutterland presbyterianisch waren oder wurden. Aber auf Grund des Beispiels von Plymouth, ja auf den Rat eines dortigen Geistlichen, Dr. Fuller, entschlossen sie sich, vielmehr das independentische System zu versuchen. Trägerin des kirchlichen Lebens wurde die Einzelgemeinde, die Kongregation. Nur erhielt diese eine weniger demokratische Gestalt, als sie sie in England annahm. Schon die Pilgerväter hatten die Leitung der Gemeinde ganz in die Hand einer kleinen Zahl allerdings gewählter Ältester gelegt und den übrigen Gläubigen die Rolle eines „sehr demütigen, sanften, gehorsamen, getreuen und liebenden Volkes" zugewiesen. In Massachusetts jetzt drang dieser Grundsatz um so mehr durch, als hier die gesellschaftlichen Unterschiede unter den Einwanderern größer

waren, einige von vornherein weit über die Genossen hervorragten. Die Folge war eine äußerst strenge Disziplin, die Abweichungen weder nach rechts noch nach links duldete. Gleich anfangs wurden, unbekümmert um den schlechten Eindruck, den das beim König machen mußte, zwei vornehme Anhänger der Hochkirche einfach ausgetrieben, und nicht glimpflicher verfuhr man, als der liebenswürdige Schwarmgeist Roger Williams in der Kolonie erschien, um im Sinn eines folgerichtigen Independentismus volle Gewissensfreiheit und Trennung von Kirche und Staat zu fordern. Man verstand unter Gewissensfreiheit nur die „Freiheit von Sünde und Irrtum". Conscientia in tantum libera, in quantum ab errore liberata. Deshalb ließ man es nicht gelten, daß, wie Williams zu beweisen suchte, jede Verfolgung um der Religion willen ein offenbarer und trauriger Widerspruch gegen die Lehre Jesu Christi sei, und da eben erst ein Gesetz das Bürgerrecht an die Zugehörigkeit zu einer Kirche gebunden hatte, empfand man als Rebellion, daß er für unzulässig erklärte, auch nur das christliche Bekenntnis zur Vorbedingung der Mitarbeit am Staat zu machen. Williams mußte, um nicht zwangsweise nach England zurückgeschickt zu werden, zu den Narraganſett-Indianern fliehen. Dort fand er gute Aufnahme. Eben in der Narragansettbucht konnte er unter dem frommen Namen Providence (Vorsehung) 1636 eine Niederlassung gründen, aus der sich allmählich, indem mehr Glaubensflüchtlinge hinzukamen, die kleinste amerikanische Kolonie Rhode Island entwickelte.

Um dieselbe Zeit oder weniger später wurde noch zu ein paar anderen Kolonien auf neuenglischem Boden der Grund gelegt, teils durch Einwanderung aus England, teils durch Abwanderung aus den beiden älteren Gemeinwesen, also sogenannte indirekte Kolonisation. Nördlich von Massachusetts, auf dem Gebiet der heutigen Staaten New Hampshire und Maine, hatten zunächst schon anfangs der zwanziger Jahre zwei Großunternehmer, Mason und Gorges, ziemlich abenteuerliche Versuche einer Koloniegründung gemacht. In Dover und Portsmouth waren Stationen entstanden. Aber jetzt erst, durch zuziehende Puritaner, wuchsen sie sich zu Städtchen aus und wurden Exeter und Hampton neu angelegt, übrigens einstweilen unter der Oberherrschaft von Massachusetts. Rascher war die Entwicklung nach Süden, weil dort das Land

mehr einlud. Das Vordringen von Ansiedlern am Unterlauf des Connecticut führte 1638 zur Aufrichtung eines eigenen Gemeinwesens unter dem Namen des Flusses, während an der Küste in New Haven von England aus mit reichen Mitteln eine später in Connecticut einverleibte, einstweilen sehr viel anspruchsvollere Puritanerkolonie angesetzt wurde, die dadurch bemerkenswert ist, daß man versuchte, als wahre Theokratie einfach nach den Gesetzen der Bibel zu leben. Von einem Untertanenverhältnis zum König von England war jedenfalls weder hier noch in Connecticut oder Providence viel die Rede. Kein Rechtsakt, keine Bestallung, keine Verwaltungsmaßnahme unterlag der Bestätigung der Krone, so daß es sich, streng genommen, zunächst nicht um Kolonien, sondern um kleine republikanische Staaten handelte. Auch Massachusetts selbst entwickelte sich mehr und mehr nach dieser Richtung. Der königliche Freibrief war das einzige, worin sich ein staatsrechtlicher Zusammenhang mit dem Mutterland bekundete. Im übrigen spielte sich das kirchliche und politische Leben ab ohne Rücksicht, ja vielfach im Gegensatz zur englischen Regierung.

Daß das möglich war, überrascht, wenn man bedenkt, wie scharf Karl I. und seine Minister gleichzeitig auf den britischen Inseln durchgriffen. Es sind ja die elf Jahre, wo Karl, beraten von Erzbischof Laud, Weston und Wentworth, den Versuch machte, ohne Parlament Steuern und Soldaten aufzubringen und den Anglikanismus nicht nur trotz aller Opposition in England strengstens aufrechtzuerhalten, sondern auch in Schottland einzuführen. Durfte man da zulassen, daß sich jenseits des großen Meeres ein unbotmäßiger Puritanerstaat bildete? 1635 wurde die Gefahr, „das Ärgernis für Kirche und Staat“, erkannt, nachdem Karl bis dahin mehr die wirtschaftlichen Vorteile der Gründung gesehen, vielleicht auch die Auswanderung so mancher eifriger Gegner als eine Erleichterung empfunden hatte. Man leitete einen Prozeß auf Entziehung des Freibriefes ein und verbot die Auswanderung verdächtiger Personen. Aber während die Männer von Massachusetts bereits ernste Rüstungsmaßregeln trafen, um ihre Freiheit nötigenfalls mit Gewalt zu verteidigen, sozusagen den Unabhängigkeitskrieg um fünfviertel Jahrhunderte vorwegzunehmen, brachen bald jene Unruhen in Schottland aus, die den Wendepunkt von Karls Glück bedeuteten. Sehr viel nähere Sorgen fesselten

die Aufmerksamkeit des Hofes. Der Freibrief verblieb, und der Zuzug dauerte an, ja wurde zunächst noch immer stärker.

Man hat berechnet, daß von 1630 bis 1640 über 21000 Menschen von England nach Amerika ausgewandert sind. Eine große Anzahl davon unternahm die Fahrt in der Stimmung der Pilgerväter, nicht aus dem Wunsch nach freierem Spielraum für Leidenschaften oder Unternehmungsgeist, der sonst wohl „Schaum und Hefe" eines Volkes in die Ferne treibt, sondern weil der Gang der Dinge in der Heimat ihre religiösen und politischen Überzeugungen beleidigte. Manche ließen glänzende Stellungen inmitten des altweltlichen Behagens im Stich für eine ungewisse Zukunft in der Wildnis, mit der sie nichts aussöhnen konnte als allein eben der Glauben. Es kamen Mitglieder des Parlamentsadels, wie der glänzende Sir Henry Vane, der später freilich — nicht zu seinem Glück — wieder nach England zurückkehrte, angesehene Rechtsanwälte, wie George Fenwick in Connecticut und vor allem doch eine lange Reihe würdiger und gelehrter Geistlicher, darunter Thomas Hooker, Samuel Stone und der Patriarch Neuenglands John Cotton, dessen Pfarre für die schönste Englands gegolten hatte, und dessen Bildung zu den umfassendsten der Zeit gehörte.

Ihr Ziel und das der meisten Emigranten war Neuengland. Aber der ganze Strom ging doch nicht dahin. Auch Virginia hatte seinen Vorteil von den inneren Wirren in der Heimat, und endlich führten diese zur Entstehung sogar noch einer neuen Kolonie im Süden, Maryland, die den geraden Gegensatz zu den neuenglischen Gründungen darstellte. Die Puritaner waren ja nicht die einzigen, die damals unter staatlicher Verfolgung zu leiden hatten. Mindestens ebenso schlecht erging es den Katholiken. Denn wenn die Könige aus dem Hause Stuart ihnen günstiger waren, Karl I. schon als der Gemahl einer katholischen Französin, so hatten dafür die Parlamente eine Reihe strengster Gesetze veranlaßt, namentlich seit die Pulververschwörung von 1605 die Gemeingefährlichkeit der römischen Propaganda dargetan zu haben schien. Insbesondere sollte verhindert werden, daß nicht große Herren, die insgeheim der alten Kirche angehörten, in leitenden Staatsstellungen verblieben. Ein solcher Herr war George Calvert, Baron von Baltimore. Sehr gewandt und nicht sehr bedenklich, hatte er unter Jakob I. Reichtümer, Ansehen, Ämter ge-

wonnen. Schließlich aber fühlte er den Boden unter sich wanken, bekannte sich als Katholik, legte sein Staatssekretariat nieder und wandte die noch rege Energie Kolonialplänen zu, die ihn auch früher wohl schon beschäftigt hatten. Wieweit dabei Hoffnung auf Gewinn maßgebend war, und wieweit Rücksicht auf verfolgte Glaubensgenossen, ist schwer auszumachen. Er versuchte sein Heil erst an der Küste Neufundlands, dann in Virginia, schließlich warf er sein Auge auf das unmittelbar nördlich an Virginia grenzende Land und legte Karl I. einen Freibrief zur Unterschrift vor, der ihm das Gebiet zwischen dem Potomac und dem 40. Breitengrad in der üblichen Ausdehnung von Ozean zu Ozean zusprach. Er sollte dem König als Zeichen der Anerkennung seiner Oberhoheit jährlich zwei Indianerpfeile schicken, auch ein Fünftel der etwa gefundenen Edelmetalle überlassen und nichts gegen die Gesetze Englands unternehmen, im übrigen selbständiger Herr, Lord-Eigentümer sein, gebunden nur an den Beirat der freien Männer in der Provinz. Ehe noch Karl I. das Patent vollzogen hatte, starb der alte Baltimore Anfang 1632. Aber nun wurde es zugunsten des ältesten Sohnes Cecil ausgestellt (20. Juni 1632), und das Unternehmen konnte beginnen. Im Oktober 1633 schifften sich die ersten Ansiedler ein, nach den Worten des neuen Eigentümers „zwei seiner Brüder, zwanzig Herren von sehr gutem Stand und 300 Arbeiter, wohl ausgerüstet mit allen Dingen“. Allzu schwer hatten sie es nicht. Es kam ihnen zustatten, daß die Nachbarprovinz bereits lohnende Wirtschaftsmethoden erprobt hatte und eine Bezugsquelle für Haustiere, Obstreiser, Sämereien war. Außerdem sprachen die reichen Mittel und die Fähigkeiten der regierenden Familie mit. Bald hieß es, Maryland sei in sechs Monaten mehr fortgeschritten als Virginia in sechs Jahren. Die leitenden Männer waren zunächst alle katholisch, sogar zwei Jesuiten werden erwähnt, und auch weiterhin suchten viele Altgläubige in der Kolonie Zuflucht, die nach der katholischen Königin mit dem verehrten Namen der Gottesmutter getauft war. Aber es wurde doch nicht versucht, noch wäre es möglich gewesen, sie kirchlich mit ähnlicher Vollständigkeit abzuschließen wie Massachusetts. Baltimore begnügte sich, die katholische Lehre vor allzu rücksichtslosen Angriffen zu schützen, wie etwa für Beleidigung der heiligen Jungfrau Strafe angedroht wurde. Im übrigen ver-

kündete er Duldung gegen alle Christen. 1649 erging ein eigenes berühmtes Gesetz darüber. Die Katholiken ließen es sich auch gern gefallen. Aber schon waren zahlreiche Puritaner eingewandert, namentlich aus Virginia, vertrieben durch die dortige Hochkirche. Die schritten dann alsbald nach jener Toleranzakte ihrerseits zum Angriff vor mit dem ausgesprochenen Zweck, die Papisten zu entrechten. Es entwickelten sich Kämpfe nicht nur mit Worten, sondern mit Waffen. Kerkermeister und Henker erhielten zu tun. Noch erlagen die Altgläubigen nicht ganz. Eine Art Friedensschluß von 1657 beließ die Familie Baltimore in der Herrschaft und ermöglichte auch den übrigen Anhängern Roms, für kurze Zeit eine gewisse Rolle weiterzuspielen. Aber der besondere katholische Charakter, mit dem Maryland in die Geschichte eingetreten war, mußte doch schon für vernichtet gelten.

Inzwischen hatten, nicht ohne daß ein Zusammenhang wahrnehmbar wäre, die Dinge in England den bekannten dramatischen und wechselreichen Verlauf genommen. Die innere Spannung entlud sich seit 1642 in offenem Bürgerkrieg. König Karl wurde geschlagen, gefangen, schließlich (30. Januar 1649) überraschend hingerichtet. Auf den Trümmern des Königtums erhob sich die Republik. Aber weil doch die Sieger untereinander uneins waren, weil Schotten und Engländer, Presbyterianer und Independenten, Parlament und Heer sich feindlich gegenübertraten, folgte nur eine neue Reihe von Schlachten und Staatsstreichen, in deren Verlauf der große Puritaner Oliver Cromwell als Lordprotektor zur höchsten Gewalt aufstieg. Der radikale Kalvinismus gebot in London kaum weniger unumschränkt als in Boston und New Haven.

Alles das hatte dann gewisse Rückwirkungen auf die neue Welt, und überwiegend waren sie segensreich. Wohl stockte, als der Bürgerkrieg ausbrach, im ersten Augenblick die Auswanderung. Viele Puritaner, die schon nach Neuengland hatten gehen wollen, meinten nun, mit größerem Nutzen daheim der Sache Gottes und der Freiheit dienen zu können. Aber je mehr sich die Entscheidung zuungunsten von Königtum und Hochkirche neigte, desto mehr ergab sich nun umgekehrt für deren Anhänger, die „Kavaliere", ein Anreiz, die umgestaltete Heimat zu verlassen. Maryland und noch mehr Virginia haben durch solche Flüchtlinge einen qualitativ sehr

wertvollen Bevölkerungszuwachs erhalten. Die wechselnden Regierungen in London hinderten das nicht. Sie fanden sich ebenso wie einst Karl I. durch nähere Sorgen abgehalten, den amerikanischen Verhältnissen folgerichtige Aufmerksamkeit zuzuwenden. Offene Unbotmäßigkeit allerdings wurde nicht geduldet. Als der Gouverneur von Virginia eine Strafe auf jede Verteidigung des Königsmordes setzte und Karl II. in die Kolonie einlud, fuhr das Parlament durch Entsendung von Schiffen und Kommissaren energisch dazwischen. Auch sonst hat es gewisse Versuche gemacht, ein oder die andre Frage persönlicher oder territorialer Natur zu ordnen. Aber im ganzen behielten die kolonialen Regierungen freie Hand. Es darf festgestellt werden, daß die beiden Jahrzehnte von 1640 bis 1660 sehr stark geholfen haben, den Unabhängigkeitssinn der Angloamerikaner zu entwickeln. Virginia ließ sich eben durch jene Parlamentskommissare in förmlichem Vertrag Freiheit des Handels und Freiheit von Besteuerung, ausgenommen durch die eigene Vertreterversammlung, zusichern, ja während bis dahin die Ernennung des Gouverneurs durch den König erfolgt war, geschah es jetzt, daß vielmehr auch die Abgeordneten sie vornahmen. Die Kolonien Neuenglands brauchten dies Recht nicht mehr besonders zu erstreben; es bestand bei ihnen von vornherein, dafür mehrten sie ihre Selbständigkeit nach anderer Richtung. Massachusetts schaffte gleich noch im Anfang des Bürgerkrieges den Huldigungseid für den König ab und stellte alle Versuche unter Strafe, eine Partei für Karl zu bilden. Als dann das Parlament 1646 Lust zeigte, das presbyterianische Kirchensystem in Neuengland einzuführen, wahrten die Kongregationalisten ihre Verfassung mit Entschiedenheit und Erfolg. Zur Zeit der Republik ging man mit Prägung eigener Münzen vor, und vom Protektorat nahm man keine amtliche Notiz. Weder Oliver Cromwell noch sein Sohn Richard sind in Massachusetts proklamiert worden. Es ist wie ein deutlicher Vorklang der späteren Unabhängigkeit.

Gleichzeitig aber zeigen sich auch Anfänge einer Union. Bei der großen Geistesverwandtschaft zwischen den einzelnen Kolonien Neuenglands, bei dem nahen territorialen Zusammenhang, endlich bei den gemeinsamen Gefahren, die namentlich von den Indianern drohten, konnte es nicht fehlen, daß sehr früh der Gedanke eines Zusammenschlusses für bestimmte praktische Zwecke auftauchte.

1643 traten nach längeren vorbereitenden Verhandlungen dann wirklich Massachusetts, Plymouth, Connecticut und New Haven als „Vereinigte Kolonien von Neuengland" in ein förmliches Bundesverhältnis, von dem nur Rhode Island, als zu wenig geordnet und zu unruhig, ausgeschlossen wurde. Die elf Artikel der Konföderation verraten nun zwar deutlich die Scheu, sich zu tief miteinander einzulassen, und die weitere Geschichte ist die vielfacher Eifersüchteleien und Streitigkeiten. Namentlich Massachusetts zeigte sich oft anspruchsvoll und wenig bundesfreundlich, da es mit seinen 15 000 Einwohnern gegen insgesamt knapp 9 000 der Genossen unverhältnismäßig vorwog. Aber man darf nicht von einem bloßen Schutz- und Trutzbündnis sprechen. Es wurde eine Bundesbehörde eingesetzt: jährlich sollten je zwei Kommissare von jeder Regierung zusammentreten, die dann aus sich einen Präsidenten wählten; und deren Einfluß blieb keineswegs auf Fragen der auswärtigen Politik beschränkt. Massachusetts klagt einmal ausdrücklich, daß sie Kirchen-, Schul- und Handelssachen vor ihr Forum zögen, wie übrigens von vornherein „Verbesserungen im Innern" vorgesehen waren. Jedenfalls handelt es sich um mehr als eine Kuriosität. Besondere Hervorhebung aber verdient, daß in loserer Form auch die Kolonien des Südens an der beginnenden Einheitsbewegung teilhatten. Virginia, das mit Maryland ohnehin nachbarlich zusammenhing, hat in den fünfziger Jahren gewisse Vertragsbeziehungen zu Neuengland gesucht.

Darüber trat im Mutterland nach dem Tod Oliver Cromwells die Restauration ein. Karl II., der 1651 unter tausend Gefahren hatte fliehen müssen, wurde 1660 mit allen Zeichen jubelnder Freude zurückgeholt. Das Ereignis bezeichnet einen tiefen Einschnitt in der englischen Geschichte trotz der bald (1688) folgenden zweiten Vertreibung der Stuarts, und auch für die Kolonien in Amerika machte es Epoche. Die Zeit, wo sie in allem Wesentlichen sich selbst überlassen geblieben waren, ging zu Ende. Die Regierung Karls II. war stärker als die Karls I., und weil sie länger und ordnungsmäßiger war, auch als die der Republik und des Protektorats. Dazu hatten der Monarch, dessen Sinn aufs Neue und Merkwürdige gerichtet war, und sein von vornherein sehr einflußreicher Bruder Jakob, Herzog von York, ein ausgesprochenes Interesse für koloniale Dinge. Insbesondere meinten sie, daß die Reich-

tümer der neuen Welt zur Auffüllung ihrer oft leeren Kassen benutzt werden könnten, und die gleiche Ansicht hegten jene beutegierigen Günstlinge: Minister, Generäle, Hofherren, die gerade unter Karl eine so schädliche Rolle spielten, weil er in seinem liebenswürdigen Leichtsinn andern fast noch weniger einen Wunsch versagen konnte, als sich selbst. So sind denn teils mit Zielen allgemeiner Politik, teils aus Beweggründen persönlichen Eigennutzes nach den verschiedensten Richtungen Eingriffe in die Verhältnisse der Kolonien erfolgt; und die beiden letzten Könige aus dem Hause Stuart haben in Amerika einen ebenso schlechten Ruf wie in England. Man darf aber zweifeln, ob sie nicht vielmehr einen Ehrenplatz in der Geschichte der Vereinigten Staaten verdienen; denn ihre Fehler hat die weitere Entwicklung gutgemacht, und andererseits knüpfen sich eine Reihe ganz großer, entscheidender und dauernder Fortschritte an ihre Namen.

Vor allen Dingen wurde die Zahl der Kolonien ansehnlich vermehrt: durch Neugründung wie durch Eroberung. Für eine Neugründung kam zunächst das Land südlich von Virginia in Frage. Dort war, nachdem schon 1562 französische Hugenotten versucht hatten, sich festzusetzen, wie erwähnt ist (S. 1), die kurzlebige Kolonie Raleighs angelegt worden. Dann hatte 1630 Karl I. das Gebiet südlich vom 36. Breitengrad unter dem Namen Carolana an einen seiner hohen Beamten, Sir Robert Heath, verliehen. Aber auch das blieb ohne Folgen. Es zogen nur, ganz unabhängig davon, einige virginische Kolonisten über die Grenze, um sich in der Gegend am bald so genannten Albemarlefluß seit 1653 in unregelmäßig verstreuten Pflanzungen niederzulassen, und tauchten noch ein paar Jahre später mehr im Süden am Capefear auf den Spuren einer gescheiterten neuenglischen Unternehmung Leute aus Barbados auf, die ihren westindischen Wirtschaftsbetrieb nicht ohne Erfolg in dem fruchtbaren Sumpfland anwandten. Da nun, während alles noch in den ersten Anfängen war, machte sich die Initiative der englischen Hofkreise der Restauration geltend. Eine Reihe der ersten Männer des Reichs, darunter Monk, der Wiederhersteller des Königtums, Clarendon, der Schwiegervater des Herzogs von York, und Shaftesbury, die vielleicht bedeutendste politische Figur aus der Regierung Karls II., im ganzen acht an der Zahl, ließen sich im März 1663 vom König, vorbehaltlich ihrer Untertanen-

pflicht, aber übrigens zu eigenen fürstlichen Rechten als jetzt so geheißenes Carolina, alles Land von Ozean zu Ozean überweisen, das zwischen dem 36. Breitengrad (1665 wurde verbessert: 36° 30′) und der Nordgrenze des spanischen Florida läge. Ihre Wünsche richteten sich in erster Linie sicher auf Gelderwerb. Aber zugleich hatten sie doch den höheren Ehrgeiz, ihre Namen mit der Gründung eines Musterstaats zu verknüpfen. Weil während der Revolution der Gedanke einer geschriebenen Verfassung den Engländern vertraut geworden war, beauftragte Shaftesbury seinen Privatsekretär John Locke, für die neue Kolonie ein solches bis ins einzelste ausgearbeitetes Grundgesetz festzustellen. Der berühmte Staatstheoretiker unterzog sich der Aufgabe mit Eifer: ein Beweis unter andern, wie sehr Amerika die besten Köpfe des Mutterlandes damals beschäftigte. Sein Werk fand auch überschwängliches Lob, und manche Bestimmungen dürfen noch heute Beachtung beanspruchen. So suchte er sein großes Wort, es gäbe kein Recht der Toten, sondern der Lebenden, dahin in die Praxis zu übersetzen, daß kein Gesetz länger als ein Jahrhundert gelten sollte, und gewährte im Zug der liberalen kirchenpolitischen Grundsätze des neuen Freidenkertums Duldung und Kultusfreiheit nicht nur für Christen wie in Maryland, sondern auch für Juden und Heiden. Aber daneben verlor er sich in barockster Künstelei. Neben Pfalz- und Landgrafen germanischer, fanden sich Starosten polnischer und Kaziken indianischer Herkunft, und das Bezeichnende war eben der schon in diesen Titeln angedeutete Versuch, ein umständliches System von Lehnsherrschaften an die Stelle der einfachen Selbstverwaltungseinrichtungen der andern englischen Kolonien zu setzen. Natürlich war das schließlich nicht durchzuführen. Die alten und neuen Ansiedler erhoben um so lauter Protest, als das königliche Privileg, nach dem Muster des für Maryland erteilten, die Eigentümer hinsichtlich der Gesetzgebung ausdrücklich an die Zustimmung der freien Männer der Provinz gebunden hatte. Die Verfassung kam nie über eine rein äußerliche Geltung hinaus, um 1693 ganz preisgegeben zu werden. Sie trug nur dazu bei, daß Carolina mehr als irgendeine andere Kolonie, außer Rhode Island, von innerer Zwietracht zerrissen wurde. Doch lag der wichtigere Grund freilich in der Zusammensetzung der Bevölkerung. Die Einwanderung rekrutierte sich großenteils aus zuchtlosen Elementen der älteren Niederlassungen, auch

Neuenglands, die mit den Gesetzen in Konflikt gekommen waren oder zu kommen fürchteten. Namentlich im nördlichen Teil war das der Fall, der seit 1691 mehr und mehr als Nordcarolina bezeichnet wurde und unter diesem Namen allmählich eine eigene Kolonie wurde. Die Ansiedler dort begannen bezeichnenderweise mit dem Erlaß eines Gesetzes, wonach niemand für die nächsten fünf Jahre wegen irgendwelcher auswärts gemachten Schulden verfolgt werden durfte. Immerhin gesundere Verhältnisse entwickelten sich im südlichen Teil, dem bald so genannten Südcarolina, das bei kleinerem Umfang doch sehr früh die größere Rolle spielte, um sie bis zum Bürgerkrieg zu behaupten; denn hier gelang es nach einigen verfehlten Versuchen, an der Küste zwischen zwei Flüssen, die man nach den beiden älteren Adelstiteln Shaftesburys Ashley und Cooper taufte, einen geradezu idealen Platz für eine Ansiedlung zu gewinnen, geschützt gegen Überfälle, mit fruchtbarster Umgebung und ausgezeichnetem Hafen. Man gründete Charleston oder, wie es ursprünglich zum Unterschied von einer älteren Niederlassung genannt wurde, New Charleston. Dabei verließ man sich denn nicht nur auf die natürliche Gunst der Lage, sondern wirkte durch besondere Maßnahmen auf eine städtische Entwicklung hin, indem mit jedem Landgut in der Umgebung zugleich eine Baustelle in der Stadt angewiesen wurde. So fanden Neuankömmlinge früh ein gewisses Maß von Geselligkeit und Behagen, und weil doch Feldbau und Handel guten Ertrag gaben, zogen neben abenteuerndem und unruhigem Volk, das freilich nicht fehlte und anfangs Not und Streit genug machte, doch auch Leute von Vermögen und Charakter zu, Engländer, Neuengländer, westindische Pflanzer, endlich nach der Aufhebung des Ediktes von Nantes nicht wenige französische Hugenotten. Charleston wurde allmählich die schönste und wichtigste Stadt des Südens und sollte den Namen seines königlichen Taufpaten noch vielfach zu Ehren bringen.

Karl selbst freilich erlebte es nicht mehr recht. Er hatte von den Carolinas wenig Freude. Dagegen zeigten sich schon bei seinen Lebzeiten ganz deutlich die großen Ergebnisse einer Eroberung und nachfolgenden Kolonisation, die an anderer Stelle, zwischen den Kolonien des Nordens und Südens, vor sich ging.

Die Engländer hatten von allem Anfang an die ganze atlantische Küste Nordamerikas in Anspruch genommen, aber sie waren

nicht imstand gewesen, zu hindern, daß sich zunächst gerade in der Mitte und im eigentlich besten Teil ihre damals gefährlichsten Konkurrenten, die Holländer, festsetzten. Schon 1609, als sie eben gerade erst am Jamesfluß Fuß gefaßt hatten, hatte der in holländische Dienste übergetretene Seefahrer Hudson die Mündung des stolzen Stromes entdeckt, der heute seinen Namen trägt, er war ihn ein gutes Stück heraufgefahren, und obwohl er sich dabei überzeugen mußte, daß es sich eben nur um einen Fluß handelte, nicht, wie er gehofft, einen Meeresarm, der die so leidenschaftlich gesuchte nordwestliche Durchfahrt nach Indien vermittelte, hatte ihm die zugleich großartige und anmutige Landschaft doch den tiefsten Eindruck gemacht: es sei das schönste Land, das man mit Füßen betreten könne. Diese Schilderung bewirkte dann, daß seine Auftraggeber die vielversprechende Gegend als Neuniederland in den Kreis ihrer geschäftlichen Spekulationen zogen. Gleich 1610 sandten Amsterdamer Kaufleute Schiffe zum Pelzhandel mit den Indianern. Als dessen Stützpunkte entstanden ein paar Forts, und als die 1621 neugegründete Westindische Kompagnie ausdrücklich ein Privileg auch für Unternehmungen im amerikanischen Küstengebiet erhielt, fand sie es vorteilhaft, eine richtige Kolonie anzulegen mit Neu-Amsterdam an der Hudsonmündung als Hauptstadt. Der ganze Zuschnitt dabei war anders als bei den englischen Niederlassungen. Die Kompagnie führte ein ziemlich straffes Regiment, entsprechend dem oligarchischen Geist des holländischen Verfassungslebens. Sie gewährte keine wirkliche Selbstverwaltung und legte auch die wirtschaftliche Macht in einige wenige Hände, indem sie das Land zu großen Herrschaften an ihre vornehmsten Mitglieder verlieh, damit diese „Patrone“ dann ihrerseits Kolonisten als Zinsbauern ansetzten. Andererseits herrschte, wenn schon die Übung nicht immer gleich blieb, im allgemeinen große Freiheit in religiösen und nationalen Fragen. Da das Menschenmaterial von Holland für die Kolonisationszwecke nicht ausreichte, ließ man zu, ja begünstigte wohl sogar, daß in Scharen Fremde kamen. Bald ging die Rede, daß man in Neu-Amsterdam achtzehn verschiedene Sprachen hören könnte. Mindestens Deutsche, Schweizer, Wallonen, Franzosen und Piemontesen sind unter den ersten Einwohnern nachzuweisen. Auch Juden spielten früh eine Rolle. Am wichtigsten aber war die mit jedem Jahr wachsende Einwanderung von

Neuengländern, Farmern, die von Connecticut über die Grenze zogen, oder Kaufleuten, die, zu Schiff kommend, in der Hauptstadt einen Anteil an dem überaus einträglichen Pelzhandel begehrten. Hier fand etwas ganz Ähnliches statt, wie gegen Ende des 19. Jahrhunderts in Transvaal. Die unwillkommenen Gäste fühlten und gebärdeten sich als Herren. Hinter ihnen standen von vornherein die Kolonialregierungen Neuenglands, von denen die in Connecticut und New Haven mehrfach zu Feindseligkeiten schritten, und als 1652 das Mutterland selbst sich anschickte, die stets lästiger werdende Handels-, Flotten- und Kolonialmacht der Generalstaaten im offenen Kampf zu brechen, wurde auch in London sehr bald (1653) ein erstes Mal erwogen, Neuniederland fortzunehmen. Cromwell rüstete eine Expedition zu diesem Zweck. Aber im April 1654 wurde Frieden geschlossen. Die holländische Herrschaft war noch einmal gerettet, ja sie erfuhr nächsten Jahres sogar noch eine Ausdehnung nach Süden über den Delaware. Dort war um die heutige Stadt Wilmington herum seit 1638 unter schwedischer Flagge, wenn auch tatsächlich auf Betreiben eines Deutschen, des Rheinländers Peter Minuit, eine kleine Ansiedlung „Neuschweden" entstanden. Ihre Geschichte, die hier nicht erzählt werden kann, ist lehrreich für den unbezähmbaren Hang zu überseeischen Unternehmungen, der damals alle, selbst die fernsten europäischen Staaten ergriff. Auch weist sie manche tapfere Tat und manchen Erfolg auf. Aber es fehlten alle Vorbedingungen für dauernde Selbständigkeit, da die Schweden zu viel im Ostseegebiet zu tun hatten, um ihre Interessen jenseits des Ozeans kraftvoll wahrnehmen zu können, und die holländischen Nachbarn, die auf dem besetzten Gebiet als erste, wenn auch ohne Erfolg, Kolonisationsversuche gemacht hatten, die Eindringlinge schlechterdings nicht dulden wollten. Schon vorher war mehrfach gekämpft worden. Nun 1655 führte der kriegerische Gouverneur Stuyvesant von Neu-Amsterdam eine größere Streitmacht heran, der gegenüber nichts als Unterwerfung übrig blieb. Die schwedischen Wappen wurden für immer entfernt. Nicht lange aber und die holländischen erfuhren das gleiche Schicksal. Das Verhältnis nämlich zwischen England und Holland spitzte sich bald von neuem zu, und noch ehe der Krieg förmlich erklärt war, kam Karl II. auf den Plan zurück, die angeblich älteren Rechte Englands an Neuniederland zur Geltung zu bringen. Er verlieh im März 1664 die Kolonie mit feier-

licher Urkunde seinem Bruder zu Erb und Eigen, wobei der Namen nach dessen Herzogstitel in New York umgeändert wurde. Dann ging eine Flotte in See. Die Neuengländer stellten Hilfe, und immer noch im tiefen Frieden tauchten im August die feindlichen Segel vor Neu-Amsterdam auf. Der Gouverneur wollte sich wehren. Die Bevölkerung aber, die teils mit den Engländern sympathisierte, teils wenigstens keinen holländischen Patriotismus entwickelte, litt es nicht. Ohne Kampf, nur auf ein paar freundliche Proklamationen hin, konnte sich die Übergabe vollziehen.

Es war, obwohl es im Augenblick kaum viel beachtet wurde, eins der ganz großen Ereignisse der Weltgeschichte. Bis dahin waren die englischen Kolonien an der amerikanischen Küste in zwei weit auseinander liegende Gruppen zerfallen, von denen die nördliche überdies durch die holländischen Forts am Hudson von ihrem Hinterland abgeschnitten war. Nun ergab sich die Möglichkeit zugleich festeren Zusammenschlusses und freier Westentwicklung. In das Gebäude der künftigen Vereinigten Staaten wurde der Schluß- und Eckstein eingefügt. New York selbst erlangte als handelspolitischer und strategischer Mittelpunkt des englischen Kolonialreichs in Amerika eine Bedeutung, die es als isolierte holländische Besitzung nie hätte erhoffen können, und neben ihm blühten noch unter Karl II. auf dem neugewonnenen Gebiet drei andere Kolonien empor, New Jersey, von der Mündung des Hudson bis zum Delawarefluß, Delaware, südlich anschließend rechts der gleichnamigen Bucht an der Stelle des alten Neuschweden, endlich hinter beiden nach dem Innern zu die berühmteste: Pennsylvania.

New Jersey wurde am frühesten abgetrennt. Schon im Juni 1664, also noch vor der Eroberung, hatte es der Herzog von York in ganz ähnlicher Art, wie es eben mit Carolina geschehen war, an zwei Eigentümer, Lord Berkeley und Sir George Carteret, weitergeschenkt, indem er den Namen nach der von Carteret so glänzend für die Stuarts verteidigten Insel Jersey wählte. Die weitere Entwicklung war dann, daß sich zunächst zwei getrennte Gruppen von Ansiedlungen, Ost- und West-Neu-Jersey bildeten, 1702 aber nach mancherlei Wirren und Besitzwechseln doch wieder zu einer Provinz verschmolzen wurden. Delaware, seinem Umfang nach außerordentlich beschränkt, führte anfangs und auf lange hinaus nur faktisch ein selbständiges Dasein, während es formell erst von

New York, später von Pennsylvanien verwaltet wurde. Pennsylvanien selbst aber trat sogleich mit festumgrenztem, weitem Gebiet, bestimmten Regierungsformen und ausgeprägter Eigenart in die Geschichte ein. Es ist neben Massachusetts die Kolonie, die dem Zufall am wenigsten, dem bewußten Willen am meisten verdankt. Und bezeichnenderweise war der Boden, auf dem dieser Wille erwuchs, hier auch ein religiöser.

Der protestantische Radikalismus in England hatte sich nicht überall und auf die Dauer bei dem Standpunkt der Pilgerväter beruhigt. Es entstanden bald neue Sekten, die überhaupt von keinem festen Kirchenregiment oder Dogma wissen wollten. Die größte Rolle darunter spielten die Quäker, oder wie sie sich selbst nannten, ehe sie den Spottnamen annahmen, die christliche Gesellschaft der Freunde. Ihre Ansichten über Kirche und Staat waren eigentlich anarchistisch, wennschon sie sich statt zu einer Propaganda der Tat zu Bruderliebe und Duldung bekannten. Als einzige Autorität galt ihnen das innere Licht, der Geist, die Inspiration. Nicht einmal das Wort der Bibel, geschweige denn irgendeine menschliche Satzung sollte demgegenüber aufkommen. Sie verwarfen ein besonderes Priestertum (in ihren Gebetsversammlungen redete, wer sich von Gott berufen fühlte) und stellten sich zu Rechtsordnung und Gesellschaft in Gegensatz, indem sie Eid und Kriegsdienst ablehnten, vor niemand den Hut zogen, aber jeden als Bruder mit Du anredeten. Da sie sich nun außerdem noch, namentlich anfangs, in fanatisch verzücktem Gebaren gefielen, erschienen sie ganz natürlich als Ärgernis oder Gefahr. Die Verfolgungen hörten nicht auf, und viele deshalb entschlossen sich, die Freiheit, die ihnen das Mutterland versagte, in den Kolonien zu suchen. Dort war der Empfang sehr oft auch recht unfreundlich. In New York, wo sie noch zur holländischen Zeit erschienen, wurden sie wie Verbrecher behandelt, gefangen gesetzt, geprügelt, gefoltert, und noch härter womöglich zeigte sich die Puritanerregierung in Massachusetts, deren strenger Sinn für Ordnung und Anstand die ungebetenen Gäste einfach nicht ertrug. Sie verbot ihnen das Land und strafte jeden, der, einmal ausgewiesen, wiederkehrte, an Geld, an Leib, in einigen — vier — Fällen sogar am Leben. Man muß in der Klageschrift der Gepeinigten an Karl II. nachlesen, welchen Umfang diese Martyrien: Schläge, Brandmarkungen, Verstümme-

lungen annahmen. Trotzdem gelang es selbst hier nicht, das Quäkertum auszurotten, weil es genug moralische Widerstandskraft besaß und in der Bevölkerung schließlich manche Sympathien fand, die auf die Dauer eine strenge Anwendung der Gesetze unmöglich machten. Vollends anderwärts, wo ihnen keine oder geringe Hindernisse bereitet wurden, gewannen die „Freunde“ Boden. In Rhode Island, der großen Sammelstätte und Zuflucht aller Sekten, in Maryland, in Carolina waren sie seit den sechziger Jahren ein nicht unbedeutender Bestandteil der Bevölkerung, und ein weiterer Schritt vorwärts geschah 1674, wo eine Gesellschaft von Quäkern die Eigentums- und Herrschaftsrechte in West-Neu-Jersey gewann. Denn längst war die Sekte nicht mehr auf die Armen und Unterdrückten beschränkt, sondern hatte auch Vermögende und Mächtige an sich gezogen. Insbesondere bekannte sich zu ihr einer der eigenartigsten und größten Männer des damaligen England, William Penn, der als Erbe eines angesehenen Namens und stattlichen Vermögens, dazu von umfassendem und gebildetem Geist, eine sichere Laufbahn vor sich gehabt hätte. Seine Neigung zu theologischen Grübeleien aber und eine ausgeprägte Humanität gewannen ihn noch in jungen Jahren für das neue Evangelium der Bruderliebe. Weder die Vorwürfe der Familie noch der Spott der Genossen noch die Verurteilungen der Gerichte konnten ihn zurückhalten, und weil er doch einmal ein Angehöriger der herrschenden Klasse war, gelang es ihm allmählich, sich durchzusetzen. Was anfangs als Wahnsinn verlacht war, wurde als Charakter gepriesen. Der König selbst und der Herzog von York faßten ein Interesse für ihn. Daneben förderte seine Zwecke, daß ihm von seinem Vater, der als Admiral dem Staate wertvolle Dienste geleistet hatte, eine Schuldforderung von 16 000 Pfund an die Krone zugefallen war. So konnte er mit der Bitte hervortreten, ihm gegen Preisgabe dieses Anspruchs ein ausgedehntes Gebiet in Amerika zu überlassen, damit er dort, ähnlich wie es bereits in New Jersey versucht war, seinen Glaubensgenossen einen Staat gründe. Karl willigte ein, nicht ohne seine Achtung für den großen Quäker dadurch zu bezeugen, daß er vor das als Namen für die neue Kolonie vorgeschlagene Sylvania (Waldland) von sich aus noch ein Penn setzte. Der Freibrief vom 4. März 1681 verlieh dem Bittsteller und seiner Familie das Land rechts des Delaware in einer Aus-

dehnung von fünf Längen- und drei Breitengraden. Die Grenz-bestimmung war wie in den meisten Gründungspatenten sehr sum-marisch und hat sich voll nicht aufrecht erhalten lassen. Sonst aber zeigten einige Artikel deutlich, daß man den Verhältnissen in Amerika weniger achtlos gegenüberstand als unter Jakob I. und Karl I. Der Krone wurde ein Einspruchsrecht gegen alle Gesetze und dem Britischen Reich im ganzen die Verfügung in Zoll- und Steuersachen vorbehalten.

Penn ging dann ungesäumt an sein „heiliges Experiment“. In einem Sendschreiben voll echter Menschenliebe, das dem Staats-mann ebenso Ehre macht wie dem Sektenhaupt, wandte er sich als treuer Freund an die Freunde, um sie in die neue Kolonie einzu-laden, wo sie nach Gesetzen eigener Mache und in voller Gewissens-freiheit leben würden. Der Ruf blieb nicht ungehört. Noch im ersten Jahre segelten drei Schiffe mit Auswanderern ab. 1682 folgte Penn in Person, um bis 1684 die unmittelbare Leitung zu führen. Es war seine größte und reichste Zeit. Abgesehen von der ersten Verfassung, die bald abgeändert werden mußte, gelang alles zum besten. Das Verhältnis zu den älteren Ansiedlern an der Delawaremündung ordnete sich leicht: sie leisteten Pennsylvanien ähnliche Dienste, wie die Virginier ein halbes Jahrhundert früher Maryland geleistet hatten. Die Indianer gerieten ganz unter den Zauber des imponierenden und doch liebenswürdigen Mannes, der ohne Falschheit und Anmaßung als Gleicher zu Gleichen mit ihnen verkehrte, gelegentlich selbst die Teilnahme an ihren Spielen nicht verschmähte. Oft ist in Wort und Bild geschildert, wie sie unter dem Baum von Shackamaxon den ersten Vertrag über Frieden und Landkauf mit ihm schlossen. Die Einwanderung end-lich nahm einen überraschenden Umfang an. Insbesondere auch aus Deutschland führte Pastorius, ein Schüler Speners, 1683 eine stattliche Schar von Mennoniten herüber, die Germantown (Deut-schenstadt) gründeten. Der Tag der Gründung, 6. Oktober, wird seit 1883 als deutscher Tag in der ganzen Union von den Deutsch-amerikanern festlich begangen. Für die Hauptstadt der Kolonie, Philadelphia, Stadt der Bruderliebe, wie er sie taufte, wählte Penn selbst den Platz, wo der Schuylkill in den Delaware mündet und der Delaware noch für Seeschiffe befahrbar ist. Eine bessere Wahl wäre nicht denkbar gewesen. Der Ort blühte mit einer

Schnelligkeit auf, die auf spätere amerikanische Verhältnisse vordeutet. Schon 1685 erhoben sich an den planmäßig abgesteckten Straßen 600 Häuser. Die Einwohnerschaft von ganz Pennsylvanien aber wuchs bis 1688 auf 12 000 Seelen.

Diese Entwicklung wurde nirgends herzlicher begrüßt als am englischen Königshof, wo Penn nach seiner Rückkehr zeitweilig eine sehr einflußreiche Rolle spielte. Seine Kolonie wenigstens hat sich über die Stuarts nicht zu beklagen gehabt. Sonst sind der Restauration zu besonderem Dank verpflichtet noch Rhode Island und Connecticut. Beide hatten staatsrechtlich bisher ganz in der Luft geschwebt. Nun erwirkten sie sich 1662 und 1663 königliche Freibriefe, die ihre Existenz sicherstellten, ohne ihre Unabhängigkeit ernstlich zu beschränken, und Connecticut durfte sich New Haven einverleiben. Auch Maryland hatte überwiegend gute und friedliche Tage. Dagegen gab es in Virginia wiederholt blutige Wirren, an denen die Regierung durch Bestellung ungeeigneter Gouverneure wenigstens einen Teil der Schuld trug, wenn der andere freilich bei gewissen streitlustigen Elementen in der Kolonie selbst lag; und ganz kritisch gestaltete sich das Verhältnis der Stuartregierung zu Massachusetts. Die Eigenmacht, mit der diese Kolonie verfuhr, war für ein selbstbewußtes Königtum unerträglich. Obwohl ihr Freibrief kein Recht dazu gab, hatte sie sich die weiten Länder im Norden angeeignet, die an Mason und Gorges verliehen worden waren: schon die Proteste von deren Erben machten es unmöglich, daran vorbeizugehen. Sie ließ sich Zeit, ehe sie Karl als König anerkannte, und erhob Schwierigkeiten wegen eines Huldigungseides. Sie sprach Recht, ohne des Königs Namen zu nennen, vollstreckte Todesstrafen, z. B. an den Quäkern, ohne ihm die Möglichkeit der Begnadigung zu bieten, und natürlich fuhr fort, den Gottesdienst der Staatskirche zu verpönen und ihre Anhänger politisch zu entrechten. Über alles das wurden gleich zu Anfang der sechziger Jahre Beschwerden erhoben und eine Untersuchungskommission eingesetzt. Die Kolonialbehörden versuchten eine hinhaltende Politik. Sie bequemten sich zu halben und scheinbaren Zugeständnissen, änderten aber tatsächlich wenig und rüsteten sich zu bewaffnetem Widerstand. So griff die Regierung schließlich durch. 1679 entschied sie die Territorialfrage gegen Massachusetts, indem sie den bequemer gelegenen und besseren Teil des nordöst-

lichen Gebietes als Kronkolonie New Hampshire aussonderte. Nur der heutige Staat Maine, fast noch eine völlige Wildnis, blieb nach Abfindung der Erben von Gorges im bisherigen Verwaltungszusammenhang. Dann (1684) kam die Verfassung an die Reihe. Der alte Freibrief wurde für verwirkt erklärt. Darüber starb Karl II. (1685). Sein Nachfolger Jakob II., überhaupt ein Mann strenger eigenwilliger Konsequenz, schritt auf der betretenen Bahn entschlossen weiter. Er hatte den an sich gesunden Gedanken, an Stelle der Neuengland-Konföderation, die kurz vorher vollkommen zerfallen war, nur in größerem Umfang und festerer Form für alle Kolonien des Nordens und der Mitte vom Delaware bis zur kanadischen Grenze ein königliches Generalgouvernement einzurichten. Sir Edmund Andros, der sich als Gouverneur New Yorks bewährt hatte, wurde an die Spitze berufen. Die andern Kolonien fügten sich ihm mehr oder weniger willig. In Massachusetts aber, wo die Aufhebung der Verfassung ursprünglich auffallend ruhig aufgenommen war, wuchs allmählich eine revolutionäre Stimmung heran. Die Gewöhnung so vieler Jahrzehnte empörte sich dagegen, daß auf einmal die Hochkirche begünstigt, die Rechtspflege beeinflußt und unbewilligte Steuern erhoben wurden. Als deshalb im Frühling 1689 die große Nachricht kam, daß das Regiment Jakobs in England gestürzt sei, wurde von Boston aus das jubelnd begrüßte Zeichen zum Aufstand gegeben. Eine provisorische Regierung setzte Andros gefangen und rief Wilhelm und Maria zu Königen aus, die das englische Parlament an Stelle des vertriebenen Stuart erhoben hatte.

Auch sonst ist die „glorreiche“ Revolution gleich den früheren Abwandlungen des englischen Verfassungskampfes nicht ohne Rückwirkung auf die Kolonien geblieben. New York sah im Anschluß an sie und die Vorgänge in Massachusetts eine sehr eigentümliche Erhebung des volkstümlichen und holländischen Elements, in deren Verlauf der Frankfurter Jakob Leisler, ein in seiner Art bedeutender und fesselnder Volksführer, für zwei Jahre alle tatsächliche Gewalt an sich riß, um schließlich nach vielumstrittenem Prozeß, doch wohl als Opfer eines Justizmordes, auf dem Schafott zu enden, und in Maryland benutzte die „Gesellschaft zur Verteidigung der protestantischen Religion“ die günstige Gelegenheit für eine Art Staatsstreich, durch den die längst bekämpfte Toleranz abgeschafft wurde, damit

die Kolonie „nicht eine Pflanzschule der Jesuiten würde". Aber wenn in England selbst die Vertreibung des Monarchen doch keineswegs zu allgemeinem Umsturz führte, vielmehr der offenbare Wunsch war, die weitere Entwicklung nicht an die republikanische Zeit anzuknüpfen, sondern da aufzunehmen, wo 1679 der Streit zwischen Königtum und Parlament um die protestantische Thronfolge sie unterbrochen hatte, so fand auch in Nordamerika ein gar so starker Umschwung nicht statt. Die Tage ungestörter Selbständigkeit kehrten nicht wieder. Wilhelm III. gab preis, was Jakob II., nicht was Karl II. erstrebt hatte. Es ist bezeichnend, daß Andros, der entschlossenste Vertreter der Stuartschen Politik in den Kolonien zu Gnaden angenommen und als Gouverneur nach Virginien geschickt wurde. Massachusetts erhielt zwar einen neuen Freibrief, der sein Gebiet durch Einverleibung von Plymouth vergrößerte und auch in den Verfassungsbestimmungen keineswegs ungünstig war. Aber die Krone wahrte sich doch das Recht, den Gouverneur und einige andere höhere Beamte zu ernennen und gegen Beschlüsse der Kolonialversammlung innerhalb von drei Jahren ein Veto einzulegen. Tatsächlich wurden namentlich anfangs recht häufig Gesetze verworfen, die von Boston herüberkamen. Ja, das Parlament erklärte grundsätzlich und allgemein, daß Gesetze, Verordnungen und Gebräuche der Kolonien hinfällig wären, sobald sie einem bestehenden oder zu erlassenden Reichsgesetz zuwiderliefen. Dementsprechend zeigte sich je länger, desto mehr das Bestreben, die Kolonien als Kronkolonien unmittelbar unter die Herrschaft des Mutterlandes zu bringen. 1702 mußten die Eigentümer von New Jersey, 1729 die der Carolinas ihre Privilegien zurückgeben, während die Calverts in Maryland nach einem Zwischenspiel der Ungnade freilich wieder in ihre alten Rechte eintraten. Im Interesse größerer Einheitlichkeit der Rechtsprechung wurde die Appellation an die obersten englischen Gerichte eingeschärft, und um auch die kirchlichen Verhältnisse denen in der Heimat nach Möglichkeit anzugleichen, versuchte man, wo nur einige Aussicht auf Erfolg schien, die anglikanische Kirche als Staatskirche aufzurichten. New York, Maryland und die Carolinas sind dadurch in Unruhe und Schaden gestürzt worden. Den Zwecken der Reichsverteidigung diente die Anstellung besonderer königlicher Forstaufseher, die in den Kolonien des Nordens der üblichen Waldverwüstung entgegenwirkten, indem

sie die besten Stämme für den Bedarf der Flotte zur Schonung bezeichneten. Die größte Rolle aber spielten doch Handels- und Wirtschaftsfragen. Ihnen vor allem hatten die „Lordkommissare für Handel und Pflanzungen", der mit der Kolonialverwaltung betraute Ausschuß des königlichen Geheimrats, ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Der Geist, in dem sie das taten, war durchaus der des herrschenden Merkantilsystems. Man wußte auch in London nicht anders, als daß eine Kolonie ein Gegenstand geschäftlicher Ausbeutung für das Mutterland und ohne Anspruch auf selbständiges Wirtschaftsleben sei. Schon die berühmte Navigationsakte von 1651 hatte aus dem Handels- und Schiffahrtsverkehr mit den amerikanischen Pflanzstaaten jeden fremden Wettbewerb auszuschalten versucht. Und auf dieser Grundlage wurde dann allmählich ein höchst künstliches und umständliches System errichtet. Nicht nur sollten für den Transport ausschließlich englische Schiffe mit überwiegend englischer Bemannung benutzt werden; es war oder wurde den Kolonisten verboten, eine Reihe ihrer wichtigsten Produkte: Tabak, Reis, Farbhölzer, Pelzwerk, Schiffsholz, Pech, Teer, Hanf, Flachs, anders als nach englischen Häfen zu verfrachten und Industriewaren und sonstige Importartikel anders als über englische Häfen zu beziehen. Eine Ausnahme galt für Getreide, das nach fremden Ländern ausgeführt werden durfte, während ihm der Eigennutz der englischen Großgrundbesitzer den heimischen Markt verschloß. Auch war die direkte Beschaffung von Salz und Weinen unter gewissen Bedingungen erlaubt und blieb etwas mehr Spielraum für den Verkehr mit außereuropäischen Ländern. Aber als sich zwischen Neuengland und den französischen Zuckerinseln ein vorteilhafter Handel auf der Grundlage entwickelte, daß Getreide, Fleisch und Fische gegen Melasse zur Destillation von Rum eingetauscht wurden, fuhr man von London aus im Interesse der eigenen westindischen Besitzungen 1733 durch eine Akte dazwischen, die die französische Melasse mit einem hohen Zoll belegte. Ärger und engherziger noch waren die Beschränkungen des Gewerbfleißes. Nach der merkantilistischen Lehre hatten Kolonien Rohprodukte zu liefern und Fertigfabrikate dafür in Zahlung zu nehmen, nicht durch eigene Fabrikation dem Mutterlande Konkurrenz zu machen. Deshalb sahen

die englischen Kaufleute und Fabrikanten mit steigendem Mißvergnügen, daß in Massachusetts und bald auch in Pennsylvanien Manufakturen aufkamen, die nicht nur für den Bedarf des nächsten Umkreises, sondern sogar für den Export nach andern Kolonien, etwa Maryland und Virginia, arbeiteten. 1719 erklärte eine Parlamentsresolution, die Errichtung von Fabriken in den Kolonien sei gefährlich, weil sie notwendig ihre Abhängigkeit von Großbritannien verringere. Einige Industrien, wie die Eisen- und Stahlfabrikation, suchte man ganz zu verbieten, andere wenigstens in ihren Absatzmöglichkeiten zu behindern. So durften Filzhüte, für deren Herstellung die Bedingungen wegen des Reichtums an Fellen besonders günstig waren, 1732 nicht über die Grenzen der erzeugenden Kolonie gehandelt werden, und für Wollwaren war schon 1699 ein völliges Transportverbot erlassen worden, wie übrigens auch Wolle selbst als Rohmaterial „unter keinem Vorwand und auf keinerlei Weise" aus einer Kolonie in eine andere oder überhaupt nach einem andern Platz verladen werden durfte, damit die englischen Schafzüchter nicht geschädigt würden.

Heute besteht Neigung, diese Wirtschaftsgesetze zu entschuldigen, ja zu rechtfertigen, weil der Zug unserer Zeit auf einen neuen Merkantilismus geht. Auch war der Schaden wirklich nicht gar so groß. Die Kolonisten hatten am Ende noch lohnendere Beschäftigung, als Eisen- und Wollfabrikation sie boten; und wenn sie ihren Tabak nach England liefern mußten, so sicherten ihm dort Prohibitivzölle gegen fremde Einfuhr und das Verbot des Tabakbaues auf den britischen Inseln selbst wenigstens einen guten Preis. Endlich die Schiffahrtsgesetze kamen der amerikanischen ebenso wie der englischen Reederei zugute, weil sie die Amerikaner als Engländer gelten ließen. Aber im Wesen der Menschen liegt, während sie die Vorteile einer gesetzlichen Einrichtung als selbstverständlich hinnehmen, sich über die Nachteile jeden Tag von neuem zu ärgern; und in Kolonien wird diese Neigung allemal besonders stark sein, weil das Leben und Schaffen auf weitem, freiem Raum das Unabhängigkeits- und Selbstgefühl mächtig hebt. Hinzu kam für die Verhältnisse in Amerika, daß es ja vielfach von vornherein Oppositionsgeist, wenn auch zunächst mehr religiöser Art, gewesen war, der die Auswanderer in die Ferne getrieben hatte. Es herrschte eine uranfängliche Tradition des Ungehorsams. So klagte man über die Ver-

ordnungen des englischen Handelsamts mehr, als daß man sie befolgt hätte. Die lange Küste mit ihren vielen kleinen Häfen erlaubte einen ausgedehnten Schmuggel, soweit man nicht vorzog, die Zollaufseher zu bestechen oder zu betrügen; und die Beschränkungen des gewerblichen Lebens konnten schon deshalb nicht durchgeführt werden, weil es der königlichen Regierung an der notwendigen ausführenden Gewalt fehlte. Die unteren und mittleren Kolonialbeamten waren ausschließlich Organe der Selbstverwaltung, die als solche die örtlichen Interessen voranstellten, und der oberste Beamte, der Gouverneur, mit seinem Stab durfte, obwohl er meist vom König ernannt war, doch auch nicht die Rücksicht auf die Stimmung seiner Kolonie außer acht lassen; denn überall fand er sich auf das Zusammenarbeiten mit einem Landtag angewiesen, ja dieser besaß das Recht, jährlich über seine Bezüge zu entscheiden, sie je nach Wohlverhalten herauf- oder herabzusetzen. Daß das eine unwürdige Abhängigkeit bedeute, wurde natürlich empfunden. Den Gouverneuren legte ihre Amtsinstruktion die Pflicht auf, die Bewilligung eines ein für allemal festen Gehalts zu fordern, und sie haben es vielfach mit Heftigkeit und Ausdauer getan. Hier und da entwickelte sich darüber auf Jahre hinaus ein förmlicher Konfliktszustand zwischen Gouverneur und Volksvertretung; überhaupt rissen Streitigkeiten über Geld- und Zuständigkeitsfragen eigentlich nie ab, aber das Ende war doch meist, daß die Opposition siegte.

Denn kaum hinter einer Verordnung, die von London kam, standen wirklich fester Willen oder nachhaltiges Interesse. Mit dem 18. Jahrhundert brach über England eine Zeit politischer Gleichgültigkeit und groben Materialismus herein. Den Bedürfnissen des Reichs gingen die Privatwünsche der großen Whigfamilien vor, die, seit sie die Thronfolge des landfremden Hauses Hannover durchgesetzt hatten, alle Regierungsgewalt monopolisierten. Während noch vor ein paar Jahrzehnten manch Abgeordneter für seine Überzeugung den Kopf gewagt hatte, erschöpften sich die parlamentarischen Kämpfe, an denen es ganz nicht fehlte, in kleinen persönlichen Intrigen. Alles, was das bequeme Wohlleben ernstlich hätte stören können, wurde zurückgeschoben. Robert Walpole, der Minister, dessen Wesen und Walten für die Epoche maßgebend wurde, bekannte sich zu dem Grundsatz: Quieta non movere und erklärte ein

andermal offen, er suche immer nur die im Augenblick drückendste Schwierigkeit zu beseitigen. So ist gesagt worden, unter ihm habe England überhaupt keine Geschichte gehabt, und etwas Ähnliches gilt, nur natürlich nicht in zu wörtlichem Sinn, auch für die englischen Kolonien in Amerika.

Das Wichtigste war noch, daß 1733 eine neue, die dreizehnte, hinzukam, Georgia, wie sie nach dem damaligen König Georg II. genannt wurde. Ihre Gründung geschah, obwohl nicht ganz ohne wirtschaftliche und militärische Gesichtspunkte, doch der Hauptsache nach im Zeichen der Humanität, die unter dem Einfluß der Aufklärung die Religion als Lebensideal abzulösen begann. Ein verdienter Offizier und Abgeordneter, James Oglethorpe, trat im Verfolg einer von ihm geleiteten parlamentarischen Untersuchung über den traurigen Zustand der Schuldgefängnisse (1728) mit dem Gedanken hervor, den Opfern der harten englischen Schuldgesetze auf dem Boden Amerikas neue Existenzmöglichkeiten zu schaffen. Da nun ohnehin seit längerem davon die Rede war, zum Schutz Südcarolinas gegen Angriffe vom spanischen Florida aus das noch ungenützte Land südlich des Savannahflusses zu besiedeln, und die Handelskreise hofften, dort Wein, Öl und Seidenraupen gewinnen zu können, so fand die Anregung freundlichste Aufnahme. Es bildete sich eine Gesellschaft von zwanzig Mitgliedern, das Parlament bewilligte 10 000 Pfund, und der König überließ ihnen durch einen Freibrief vom 9. Juni 1732 das Gebiet zwischen dem Savannah und dem Altamaha, an dessen Stelle später der St. Mary getreten ist. Eigentümer sollten sie nicht sein, sondern nur „Verwahrer“ (trustees) „zum Besten der Armen“. Ausdrücklich lehnten sie jeden privaten Vorteil ab und nahmen sich als Wahlspruch das non sibi, sed aliis (nicht für sich, sondern für die andern), das noch heute das Staatssiegel von Georgia ziert. Auch war ihr Mandat auf einundzwanzig Jahre beschränkt, wie es denn tatsächlich noch etwas früher zurückgegeben wurde. Aber für diese Zeit konnten sie frei schalten, insbesondere, ohne an die Mitwirkung irgendwelcher Volksvertretung gebunden zu sein. Oglethorpe widmete sich denn sogleich mit Eifer der Aufgabe. In Person führte er im November 1732 die ersten fünfundzwanzig Familien herüber. Die Anfänge waren freundlich. Die Behörden von Südcarolina, froh, in der Grenzwacht abgelöst zu werden, leisteten jede

Unterstützung, und die Indianer verhielten sich nicht nur ruhig, sondern ausgesprochen wohlwollend, ja voll Teilnahme. In unmittelbarer Nähe eines ihrer Lager konnte man im Februar 1733 auf einer Bodenerhebung am rechten Ufer des Savannah die gleichnamige Stadt, übrigens ersichtlich nach dem Muster Charlestons, anlegen. Andere Niederlassungen folgten, Augusta flußaufwärts, Frederica auf einer Küsteninsel an der Südgrenze. Das Parlament gab fortgesetzt stattliche Summen her. 1738 setzte es Oglethorpe instand, ein ganzes Regiment von 600 Mann anzuwerben, die ihre Familien mit hinübernehmen konnten; und ohnehin fehlte es nicht an Zuzug. Das Element der englischen Schuldgefangenen, um derentwillen die Sache begonnen war, trat sehr bald zurück. Vielmehr kamen vier große Kolonnen der vor kurzem aus ihren Bergen durch bischöfliche Unduldsamkeit vertriebenen Salzburger, dazu mährische Brüder und schottische Hochländer. Aber doch nicht alle Einwanderer wurden zufriedene Untertanen. Da 1738 ein Krieg zwischen England und Spanien ausbrach, gab es mehrfach heftige Kämpfe mit großen Verlusten an Gut und Blut, und nach hergestelltem Frieden wurde ein Grund stets lauterer Beschwerde, daß das Parlament im Einklang mit Oglethorpes Wünschen die Einfuhr von Rum und den Gebrauch von Negersklaven verboten hatte, während doch das Beispiel Südcarolinas den Nutzen der Sklavenwirtschaft zu erweisen schien. Auch die etwas eigenwillige Art Oglethorpes wirkte störend. Genug, der Aufschwung der Kolonie geriet bald ins Stocken. Als sie 1752 an die Krone fiel, zählte sie nicht mehr als 2 381 Weiße, und weil das Sklavenverbot sehr bald umgangen, 1749 aber förmlich aufgehoben worden war, 1 066 Neger.

Um diese Zeit hatte das gesamte britische Nordamerika schon gegen anderthalb Millionen Einwohner, und die andern Kolonien zeigten bereits alle zusammen und jede für sich eine ausgeprägte politische, soziale und wirtschaftliche Physiognomie, indem bald die gemeinsamen, bald die trennenden Momente überwogen. Gemeinsam war zunächst einmal der ganze Zuschnitt des Staats- und Rechtslebens. Nicht immer auf dem geradesten Weg, New York erst nach Beseitigung der holländischen Einrichtungen, die Carolinas im Kampf gegen das Experiment Lockes, Georgia nach dem Aufhören der Treuhänderherrschaft, waren sie schließlich doch sämtlich zu einer ziemlich genauen Reproduktion der englischen Ver-

fassung gelangt. Die Gesetzgebung lag entsprechend König, Ober- und Unterhaus bei einem Gouverneur, einem Rat (council) von meist zwölf Mitgliedern und einer Repräsentantenversammlung. Die Regierung war wesentlich Selbstverwaltung, und in der Rechtspflege hatten Geschworene das entscheidende Wort. Wohl gab es dabei im einzelnen gewisse kleinere oder größere Unterschiede. Neben einer Mehrheit von — sieben — Kronkolonien, wo Gouverneur und Rat vom König abhingen, New Hampshire, New York, New Jersey, Virginia, den beiden Carolinas und Georgia, standen die Freibriefkolonien Connecticut und Rhode Island, wo sie durch Volkswahlen, und die Eigentümerkolonien Pennsylvanien-Delaware und Maryland, wo sie von den Territorialherren eingesetzt wurden, während in Massachusetts, das seit 1691 eine Mittelstellung zwischen Kron- und Freibriefkolonie einnahm, der König den Gouverneur und die Wählerschaft den Rat bestimmte. Der Gouverneur hatte hier mehr, dort weniger zu sagen. Auch die Befugnisse des Rats waren nicht überall dieselben. In Pennsylvanien bildete er überhaupt keinen gleichberechtigten Faktor der Gesetzgebung, so daß eine Art Einkammersystem vorlag. Bezüglich der Repräsentantenversammlung schwankten schon die Bezeichnungen: general court, assembly, house of burgesses, house of representatives. Auch war die Abgeordnetenzahl sehr verschieden, und zwar nicht im Verhältnis der Bevölkerungen. In New York hatte das Volkshaus nur siebenundzwanzig, im kleineren Maryland sechsundsechzig Mitglieder. Die Legislaturperioden waren ungleich lang: ein, drei, sieben Jahre, und wenn das Wahlrecht nirgends allgemein, sondern überall an Bedingungen gebunden war, so betrafen diese meistens das freie Eigentum einer bestimmten Menge Land, in Pennsylvanien aber nur persönliche Freiheit und die Zahlung irgendwelcher Steuer. Die Selbstverwaltung fand in Neuengland ihr eigentliches Feld auf der untersten Stufe in den Gemeinden (townships), deren Selbständigkeit im Staat nur wenig geringer war als in der Kirche. Im Süden lag der Schwerpunkt genauer nach dem englischen Vorbild in den Grafschaften, schon weil hier die Ansiedlung in einzelnen verstreuten Pflanzungen, nicht nach Gemeinden zu erfolgen pflegte. Die mittleren Kolonien entwickelten ein gemischtes System, das den Grafschaften einen beträchtlichen Geschäftsbereich zuwies, ohne ihnen

doch die Gemeinden völlig zu unterwerfen. Ähnlich und im Zusammenhang damit waren in der Rechtspflege, wo überhaupt viel zu wünschen blieb, weder der Instanzenzug noch die Zusammensetzung der Gerichte ganz gleichmäßig geordnet. Indessen materiell herrschte ziemliche Rechtseinheit, da überall die Gültigkeit des englischen gemeinen Rechts, des common law, vorausgesetzt wurde. Die Kolonisten in Südcarolina so gut wie in Pennsylvania und New Hampshire waren stolz, „die Rechte und Freiheiten von geborenen Engländern" zu besitzen, wie sie ihnen schon der Freibrief Jakobs I. von 1606 ausdrücklich zugesprochen hatte, und sahen eine Ehrenpflicht darin, sie möglichst rein nach Amerika zu verpflanzen. Eine wirklich erhebliche Besonderheit, in der man denn auch den Ursprung der nordamerikanischen Demokratie hat finden wollen, bedeutete eigentlich nur die neuenglische Township mit ihrer Gewohnheit, in allgemeinen Bürgerversammlungen (Townmeetings), die Beamten jährlich neu zu wählen und, wenn nötig, fortwährend zu beaufsichtigen. Sonst war für Recht und Verwaltung offenbar das Beispiel des Mutterlandes maßgebend. Und die Wirkung des gleichen Musters zeigte sich stärker als die Verschiedenheit in der Entstehungsgeschichte und den Lebensbedingungen der einzelnen Kolonien.

Dagegen kam diese Verschiedenheit voll zur Geltung in der Abwandlung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse. — Die Kolonien erstreckten sich über ein sehr weites Gebiet. Denn wenn nach Westen hin das stattliche und an Pässen arme Waldgebirge der Alleghanies allzu vorzeitiger Expansion einen meist noch beachteten Riegel vorschob, so war doch namentlich nach Süden zu ein ziemlich — bis zu 400 Kilometer — breiter Zwischenraum zwischen den Bergen und dem Ozean, und die Ausdehnung der Länge nach betrug an 2000 Kilometer. Dann hatte es zwar weiter die Natur so günstig eingerichtet, daß, während schon das Meer für Verbindung sorgte, auch zu Land keine allzu störenden Schranken den Weg von Norden nach Süden sperrten: die Alleghanies sandten keine Ausläufer quer zur Küste. Aber obwohl so die Winde längs des atlantischen Abhangs (atlantic slope) frei dahinfegen konnten, waren die Unterschiede von Klima und Boden doch ausgeprägt genug. In Boston und zur Winterzeit auch in New York war es kälter als in England, während über der Umgebung von Char-

leston durch vier Monate tropische Hitze brütete. Das Land von der Nordgrenze bis zur Chesapeakebai ermöglichte Ackerbau und Viehzucht ganz nach europäischer Art. Dazu lud die hafenreiche Küste mit den breiten, weithinauf schiffbaren Strömen zu Handel und Seefahrt ein und bot sich für Neuengland gute Gelegenheit zu einträglicher Fischerei. Nach Süden hin dagegen wurden die Bedingungen für den Seehandel schlechter, und lohnender als der europäische Landwirtschaftsbetrieb erwies sich der Anbau tropischer Pflanzen, Tabak, Reis, Indigo, später Baumwolle. Das führte dann wieder auch zu einer andern Wirtschaftsverfassung und gesellschaftlichen Schichtung hin, und so ergab sich sehr bald jener Gegensatz von Nord und Süd, der, sich immer mehr verschärfend, schließlich auf Jahrzehnte das beherrschende Problem der amerikanischen Entwicklung werden sollte. Georgia, die beiden Carolinas, Virginia und einigermaßen auch Maryland traten in abweichender Bildung den übrigen Kolonien gegenüber, unter denen freilich auch wieder ein gewisser Unterschied der Neuengland- und der Mittelgruppe unverkennbar war.

Das eigentlich Trennende dabei war die verschiedene Lösung der Arbeiterfrage. Die Arbeiterfrage ist in jeder jungen Kolonie schwierig. Die Nachfrage wird immer das natürliche Angebot übersteigen, so daß nichts übrig bleibt, als es durch künstliche Mittel zu vermehren, indem man entweder die Eingeborenen zur Arbeit veranlaßt oder fremde Arbeitskräfte zwangsweise herbeischafft. Nun konnte in Amerika von Verwendung der Eingeborenen nicht ernstlich die Rede sein. Die Indianer waren viel zu stolz, wild und an Freiheit gewöhnt, um dem Bleichgesicht Frondienste zu leisten. Alle Versuche, sie zu zähmen, schlugen fehl. Man war auf die Heranziehung auswärtiger Zwangsarbeiter angewiesen; dafür aber boten sich auch zwei durchaus bequeme Wege. Zunächst einmal kannte das englische Recht die Einrichtung von sogenannten indented servants, „verbundenen Knechten", die für eine bestimmte Zeit, vier, fünf, sieben Jahre, durch einen Kontrakt (indenture) in eine Art Leibeigenschaft traten, insbesondere von ihrem Herrn weitervermietet oder verkauft werden durften. Das Verhältnis wurde begründet dadurch, daß sich die Leute entweder selbst verknechteten zur Entschädigung für Leistungen, die sie mit Geld nicht bezahlen konnten, oder daß sie verknechtet wurden als säumige Schuldner, lästige Arme, Vagabunden, Verbrecher, besonders politische, und

Kriegsgefangene aus Bürgerkriegen. Nachdem schon unter Jakob I. 1619 ein Anfang gemacht war, sandte die Regierung fortgesetzt, schließlich alljährlich ein paar Schiffsladungen von Sträflingen herüber, die gegen Zahlung einer mäßigen Summe den Kolonisten zu Zwangsdiensten überwiesen wurden. Daneben bemächtigte sich die private Unternehmungslust von Kaufleuten und Schiffseigentümern der guten Gelegenheit zu vorteilhaftem Geschäft. Ein Heer von Agenten warb auf den britischen Inseln, aber auch außerhalb, namentlich in Deutschland, meist unter falschen Versprechungen, gelegentlich selbst mit direktem Betrug oder Gewalt Rekruten für die Auswanderung an. Die unwissenden Menschen mußten Kontrakte unterschreiben, durch die sie sich, um die Kosten der Überfahrt abzuverdienen, als „Auslöslinge" (Redemptioners) zum Dienst verbanden, und wurden, soweit sie nicht den Leiden des Transports in überfülltem Schiff mit unzureichender Nahrung erlagen, schließlich wie „Pferde auf dem Jahrmarkt", nicht selten unter Zerreißung der Familienbande, öffentlich oder unter der Hand verkauft. Ihre Stellung gegenüber dem Dienstherrn war fast ohne gesetzliche Bürgschaften. Sie durften nach Willkür gezüchtigt werden, nur daß etwa hier und da verboten war, sie nackt auszupeitschen; und in allen möglichen Fällen war Verlängerung der Dienstzeit als Strafe zulässig: bei tätlichem Angriff auf den Herrn, bei Weigerung gegen eine Arbeit; wenn es sich um eine unverheiratete Magd handelte, bei Geburt eines Kindes. Das forderte dann zu schikanöser Anwendung förmlich heraus; ja, es ist auf einsamen Farmen und Pflanzungen vorgekommen, daß die Leute ohne jede gesetzliche Handhabe, rein im Weg der Gewalt, über die Dauer des Kontrakts hinaus zurückgehalten wurden. Nahrung und Kleidung waren meist grob und gering. Zeitgenossen wollten bemerken, daß die verbundenen Knechte oft rücksichtsloser ausgenutzt würden als die Sklaven, weil das Interesse des Herrn gebot, den Neger als dauerndes Eigentum gesund und leistungsfähig zu erhalten, während gegenüber dem Weißen, dessen Dienstjahre doch schließlich abliefen, die Versuchung zum Raubbau an der Arbeitskraft nicht gering war. Immerhin darf man sich das Bild auch nicht zu dunkel färben. Die Regel blieb doch, daß der Knecht die Dienstzeit überstand und ein freier Mann wurde. Er erhielt dann von seinem früheren Herrn eine kleine Aussteuer an Getreide, Geld, Kleidung und Waffen und

von der Kolonie die für jeden Einwanderer übliche Landschenkung von 50 Ackern (20 ha). So konnte er die unbegrenzten Möglichkeiten der neuen Heimat auf eigene Rechnung ausbeuten, und es ist manch angesehener Mann und manche angesehene Familie aus den kleinen, traurigen Anfängen des Zwangsdienstes hervorgegangen. Jedenfalls wurde der Zustrom von „weißen Sklaven" in den Kolonien des Nordens und der Mitte von der ursprünglich freien Bevölkerung restlos aufgesogen.

Einigermaßen anders stand es in den Kolonien des Südens, weil hier zu den weißen in steigendem, allmählich überwiegendem Umfang schwarze Sklaven hinzutraten. Das war die zweite Art, wie man die Arbeiterfrage lösen konnte. Auch schon unter Jakob I., im Jahr 1620, hatte ein holländisches Schiff die ersten zwanzig Neger nach Virginia gebracht. Doch fand das Beispiel zunächst noch nicht gar so viel Nachahmung. Noch 1650 soll immer erst ein Neger auf fünfzig Weiße gekommen sein; und als Gouverneur Berkeley 1671 seinen berühmten Generalbericht über Virginia erstattete, führte er unter 40000 Einwohnern auch nur 2000 schwarze Sklaven gegen 6000 „christliche Knechte" auf: man zähle nicht mehr als zwei bis drei Negerschiffe in sieben Jahren, während jährlich 1500 Knechte einträfen. Indessen hob er schon hervor, wie verhängnisvoll die Arbeit in dem ungewohnten Klima den Weißen würde: lange sei kaum einer von fünfen über das erste Jahr hinweggekommen; und dies Moment ließ sich um so weniger übersehen, je weiter nach Süden die Niederlassungen vorgeschoben wurden. In den Reisfeldern Südcarolinas war es für den Nordeuropäer nicht mehr möglich, angestrengt tätig zu sein. Man brauchte Kinder heißerer Himmelsstriche. Dazu nun begann die englische Regierung den Sklavenhandel als einen höchst einträglichen Wirtschaftszweig anzusehen, der mit allen Mitteln gefördert werden müsse. „Die Säule und Stütze des Handels mit den amerikanischen Kolonien" hat ihn ein Parlamentsbeschluß genannt. Es ist geschichtlich nicht unbegründet, wenn die Amerikaner später die Engländer für die Entwicklung ihres Sklavenwesens verantwortlich gemacht haben. Genug, seit dem Ende des 17. Jahrhunderts nahm die Einfuhr von Negern ganz gewaltig zu. Selbst die neuenglischen und Mittelkolonien hielten sich nicht völlig rein: namentlich New York wies einen erheblichen Prozentsatz auf. Vollends in

Virginia machten sie um 1750 etwa die Hälfte der Bevölkerung aus, während die Zahlen für Südcarolina noch ungünstiger, für Maryland und Nordcarolina günstiger waren. Entsprechend ging das Kontingent der verbundenen Knechte zurück. Sie kamen für den Landbau kaum noch in Betracht; und wenn sie für gewisse handwerkliche Leistungen, etwa als Maurer und Zimmerleute freilich noch verschrieben wurden, so waren ihre Aussichten nach erfolgter Freilassung doch jetzt viel schlechter als im Norden. Weil nämlich die körperliche Arbeit vornehmlich Sache eines erblich dienenden Standes von niederer Rasse geworden war, haftete ihr gleichsam überhaupt ein Makel an, der das Fortkommen hinderte. Auch bedeutete der schwarze Zwangsarbeiter mit seinen geringen Bedürfnissen schon rein wirtschaftlich eine Konkurrenz, die der höher organisierte Weiße nicht aushielt. In Neuengland gab es überhaupt kaum und in den Kolonien der Mitte nur wenig Armut, jedenfalls kein eigentliches Proletariat. Im Süden dagegen wurden die „Armen Weißen" eine feste Klasse der Bevölkerung, die, obwohl ein oder der andere aus ihr emporsteigen mochte, im ganzen doch in hoffnungslose Abhängigkeit von den großen Pflanzern gebannt war.

Dabei machte sich dann freilich neben der Sklaverei, wenngleich in engem Zusammenhang mit ihr, noch ein anderer Umstand geltend. Das heiße Klima, die Fruchtbarkeit des Bodens und seine Eignung für die Produktion vielgesuchter Nahrungs- und Genußmittel brachten mit sich, daß die übrigen Gewerbe fast vollständig hinter der Landwirtschaft als dem bequemsten und weitaus einträglichsten zurücktraten; und die Landwirtschaft ihrerseits vollzog sich ganz überwiegend in den Formen des Großbetriebs, weil der Zuschnitt auf einen Stapelartikel wie Tabak oder Reis die Massenarbeit lohnender erscheinen ließ als die Einzelarbeit, auch wegen der Möglichkeit von Mißernten oder Preisstürzen ein beträchtliches Maß von Kapital oder Kredit voraussetzte. Das war schon so, ehe die Negersklaverei recht durchdrang. Dann aber steigerte es sich noch mit ihrer Zunahme; denn die Sklaverei begünstigt an sich die Bildung von Latifundien, indem die Generalunkosten bei einer großen Zahl von Sklaven verhältnismäßig geringer sind als bei einer kleinen und jede Vermehrung durch Zukauf oder natürlichen Zuwachs zu einer Ausdehnung des Betriebs führen muß. Je länger, je mehr deshalb entwickelte sich in den Kolonien des

Südens der Typus des großen Pflanzers, der 1 000, 3 000 oder mehr Acker an sich brachte, um sie durch einen Stamm von Negersklaven und für gewisse etwas gehobene Stellungen wie die der Aufseher auch ein paar Arme Weiße bewirtschaften zu lassen. Am vorherrschendsten und ausgeprägtesten war er in Virginia und Südcarolina, etwas weniger in Maryland und noch weniger vielleicht in Nordcarolina. Einige Pflanzerfamilien entstammten den Kreisen des englischen Adels. Aber auch die nicht so hoch Geborenen nahmen allmählich die Ansprüche und Gewohnheiten einer erblich herrschenden Klasse an. Sie leiteten Rechtspflege und Verwaltung und gaben ebenso im Gesellschafts- und Wirtschaftsleben den Ton an. Nur Charleston und in Maryland das 1729 gegründete, rasch emporblühende Baltimore hatten einen Kaufmannsstand von Reichtum und Bedeutung. Sonst lag der Großhandel in den Händen von Londoner Häusern, die dem Pflanzer seinen Tabak direkt abkauften und ihm dafür lieferten, was er an Luxus- und Gebrauchsgegenständen bedurfte. Vollends das Handwerk war ganz unentwickelt, weil eben fast alle gewerblichen Erzeugnisse, bis zu Stühlen und Besen herab, aus England oder — seltener — aus den nördlichen Kolonien eingeführt wurden. Es blieben ihm nur die Erzeugung der gröbsten Artikel sowie Reparaturen, und die wurden nicht von selbständigen Meistern besorgt, sondern auf den Gütern selbst im Wege der Hausindustrie von Sklaven und weißen Knechten oder von herumziehenden, auf Kost und Tagelohn gestellten Arbeitsleuten, so daß sich die Erinnerung an die frühmittelalterliche Fronhofswirtschaft aufdrängt. Von gelehrten Ständen kam lange höchstens die Geistlichkeit in Betracht, und sie paßte sich, soweit sie der Staatskirche angehörte, den großen Pflanzern in ähnlicher Weise an, wie das in England vom Landklerus gegenüber der Gentry geschah. Namentlich in Virginia und Maryland sorgte sich der Durchschnittspfarrer sehr viel mehr um die Güte des Tabaks, mit dem er bezahlt wurde, als um das Heil der ihm anvertrauten Seelen und wandte seinem Keller erheblich größere Aufmerksamkeit zu als seiner Bibliothek. Von keinem noch so weltlichen Vergnügen, Fuchsjagd, Pferderennen, Kartenspiel oder Trinkgelage pflegte er sich auszuschließen. Grobe fleischliche Verfehlungen gehörten nicht zu den Seltenheiten: der „Maryland-Pfarrer“ war geradezu verrufen; und weil doch die Sitten überhaupt recht rauh waren, konnte

es geschehen, daß ein geistlicher Herr widerstrebenden Mitgliedern seines Gemeinderats mit Schlägen begegnete. Jedenfalls ließen, abgesehen von Südcarolina, wo der Klerus wohl im Zusammenhang mit der städtischen Kultur Charlestons höher stand, im ganzen Süden kirchliches Leben und infolgedessen auch Religion und Sittlichkeit der Bevölkerung viel zu wünschen übrig. Die Klagen darüber sind allgemein. Für Nordcarolina hieß es im Anfang des 18. Jahrhunderts, daß die Taufe eine Sache des Zufalls sei, und noch ein Menschenalter später, daß man sehr wenig vom Evangelium finde. Maryland galt den Frommen als „ein Sodom von Unkeuschheit und ein Pesthaus von Sünde". Freilich wohl nicht zuletzt wegen der noch immer nicht beseitigten „Papisterei". Endlich selbst von Virginia hören wir, daß es hier und da ganz an Pfarrern fehlte, besonders in solchen Gegenden, wo der Tabak schlecht war, und daß ernste Männer voll schwerer Sorge erwogen, welchen Eindruck das Treiben in angeblich christlichen Häusern auf die Heiden machen müsse. Noch schlechter aber als mit dem geistlichen sah es bei dem engen Zusammenhang, der noch zwischen beiden bestand, mit dem geistigen Leben aus. Schulen waren ein rarer Artikel. Zur Zeit Karls II. stellte Gouverneur Berkeley fest, daß es in Virginia überhaupt keine öffentlichen Schulen gäbe, und dankte Gott dafür, weil die Wissenschaft doch nur Ungehorsam, Ketzerei und Sektentum in die Welt gebracht habe. Diese Anschauung blieb dann, und der Zustand blieb auch. Als im Anfang des 18. Jahrhunderts der Bischof von London eine Rundfrage bei den virginischen Pfarrern veranstaltete, ob sich in ihren Kirchspielen Schulen befänden, antworteten nur zwei mit Ja. Die große Masse der Armen Weißen wuchsen als Analphabeten auf, und die Kinder der Pflanzer lernten die bescheidenen Wissenselemente, die für notwendig gehalten wurden, von Hofmeistern oder von verbundenen Knechten, unter denen ja manche gescheiterten Existenzen aus gebildeten Kreisen, Studenten, Lehrer, Offiziere, waren. Wer seinen Söhnen eine höhere Bildung geben wollte, mußte sie anfangs durchaus nach England oder Neuengland schicken. Später (1693) gelang es der Tatkraft eines eingewanderten Schotten James Blair, das William- und Mary-College in Williamsburg zu begründen. Aber auch dessen Ruf und Einfluß hielten sich in engen Grenzen. Ein Gelehrter oder Schriftsteller im Süden war ein weißer Rabe. Nur wieder

Südcarolina nahm eine gewisse Sonderstellung ein. Dort zeigten Behörden und Private mehrfach Interesse für die Errichtung von Schulen. Dazu besaß Charleston seit 1698 eine öffentliche Bibliothek und sah eine Gesellschaft zur Beförderung der Literatur entstehen, während Theater wahrscheinlich sogar früher als irgendwo sonst in den Kolonien gespielt wurde.

Diese Ausnahme ist lehrreich; denn ihr vornehmster Grund war doch wohl, daß in Südcarolina die Pflanzer großenteils nach Art des italienischen Adels städtisch zusammenwohnten. Also scheint es, daß in den andern Kolonien des Südens den Bildungsinteressen doch wohl weniger noch Berufshochmut und grundsätzliche Abneigung entgegenwirkten als die isolierte Form der Ansiedlung, die jeden geistigen Verkehr und jede gegenseitige Aneiferung und Aufsicht erschwerte. Besonders in Virginia hatte der Reichtum des Landes an vielverzweigten, bis weit hinauf schiffbaren Flüssen dahin geführt, daß die Güter eben den Wasserläufen entlang über eine weite Fläche verstreut waren. Der Pflanzer hatte seinen kleinen Hafen sozusagen vor der Tür, wo er seinen Tabak verfrachten und die aus England bestellten Waren in Empfang nehmen konnte. Nun gab man sich von Regierungswegen zwar Mühe, schon im Interesse besserer Zollüberwachung, diesen Verkehr von den Pflanzungen fort in Städte zu lenken; eigene Gesetze verlangten die Gründung von Städten, und eigene Werbeschriften priesen die Vorteile des Zusammenwohnens. Aber die künstlich geschaffenen „Gesetzes-“ oder „Papierstädte“ wollten sich trotz stolzester Namen: Petersburg, Fredericksburg, Alexandria durchaus nicht entwickeln. Sie blieben auf eine Handvoll Gebäude, neben der Zoll- und Gerichtsstätte etwa noch ein Wirts- und ein Warenhaus und ein paar Baracken, beschränkt. Selbst Williamsburg, der Sitz der Regierung und des College, hatte um die Mitte des 18. Jahrhunderts nur etwa 200 Häuser. Die großen Pflanzer erschienen dort jährlich einmal, wenn im Anschluß an die Tagung des Kolonialparlaments eine Art Saison war, und fuhren allmonatlich zum Gerichtstag in den Hauptort ihrer Grafschaft, wo dann auch Privatgeschäfte erledigt und Vergnügungen veranstaltet wurden. Sonst hausten sie jeder für sich auf seinem Gut, das mit Herrenhaus und Ställen und Wirtschaftsgebäuden und Hütten für Knechte und Sklaven allerdings oft den Eindruck einer kleinen Dorfschaft machte.

Das Leben dort stellte dann schon seine Anforderungen an den Mann: ohne ein tüchtiges Maß von Verstand und Willenskraft konnte er selbst mit Hilfe zahlreicher Unterbeamten einen so ausgedehnten Wirtschaftsbetrieb und ein Heer von Sklaven unmöglich in Ordnung halten. Aber äußerlich vollzog es sich in den Formen mehr oder weniger vornehmen Müßiggangs. Zeitgenössische Schilderungen, die freilich immer ein wenig an Karikatur streifen, zeigen uns den Pflanzer den größeren Teil des Tages über, von Sklaven umfächelt und irgend ein starkes Getränk zur Seite, auf seinem Ruhebett ausgestreckt, das er nur für die Stunden der Mahlzeit verläßt. Jedenfalls entschädigte er sich für den Mangel gesellschaftlicher und geistiger Anregung durch einen stark materiellen Luxus. Wenn ein Reisender als stets willkommener Gast solchen Herrenhof besuchte, so konnte er nachher meist Wunderdinge erzählen, wie reich bestellt er Küche und Keller gefunden, wie es in den holzgetäfelten, freilich niedrigen Räumen von Silber und kostbarem Hausrat geglänzt habe, und welche Fülle edler Pferde und prunkvoller Wagen — beides überall besonders gepflegte Renommierstücke — in Stall und Remisen gehalten würden. Doch tadelte er wohl auch ein barbarisches Zuviel und Durcheinander. Geld schien überhaupt keine Rolle zu spielen. Da der Tabak in Maryland und Virginia wegen der Knappheit des Edelmetalls zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt war, wuchs es im eigentlichsten Verstand auf den Feldern und hatte überdies noch die zu Verschwendung und Spekulation förmlich herausfordernde Eigenschaft, je nach Ernte und Preiskonjunktur im Wert zu fallen und zu steigen. Sehr früh hielt man sich darüber auf, daß der richtige Virginier im Zustand chronischer Zahlungsunfähigkeit lebe, und auch akute Bankrotte waren nicht selten. Bezeichnenderweise begünstigte die Gesetzgebung in allen Kolonien des Südens den Schuldner vor dem Gläubiger.

Das brachte im einzelnen natürlich manchen Schaden. Aber im allgemeinen waren die Folgen nicht ungünstig. Die Sorglosigkeit in Geldfragen half der ganzen Lebensauffassung einen freien und großen Zug geben. In derselben Richtung wirkten der Eindruck der unerschöpflichen und ungebändigten Natur, das Fehlen jeden Zwanges zu gleichmäßiger Berufsarbeit und die Gewohnheit, ohne Widerspruch andern zu befehlen, während doch die Teilnahme an Selbstverwaltung und Rechtsprechung verhütete, daß der Sinn für

Ordnung und Regel je ganz verloren ging. So wuchs in den Pflanzern des Südens ein Geschlecht aufrechter und kühner Herrenmenschen heran, die, was immer vom Standpunkt der Moral oder der Bildung an ihnen auszusetzen war, in allen Lagen ein klares Auge und eine feste Hand hatten. Sie selbst verglichen sich gern mit dem Adel Altenglands, und wirklich bot sich viel Übereinstimmendes: nicht nur in Sport, Mode und Manier, die mit übertriebener Absichtlichkeit nachgeahmt wurden, sondern auch hinsichtlich der Stellung zu den großen Problemen von Staat, Kirche und Gesellschaft. Virginia und Maryland übernahmen sogar die grundlegende Bestimmung des englischen Adelsrechts, daß sich das Gut ungeteilt auf den ältesten Sohn vererbt. Aber daneben fehlte es doch nicht an Zügen, die auf eine Weiter- und Umbildung des englischen Nationalcharakters hindeuteten. Schon 1661 heißt es in einer Klage über die schlechten Schulverhältnisse Virginias, daß die Kinder dort an sich einen offeneren Kopf hätten als im Mutterland. Sicher waren die Menschen lebhafter, leidenschaftlicher, ursprünglicher, leichter zu erzürnen, zu versöhnen und zu begeistern, rauher im Ton, rascher zum Schlag und vielleicht gutmütiger von Herzen. Die nächste Erklärung dafür lag in der Verschiedenheit der Lebensbedingungen. Aber zugleich kommt in Betracht, daß es sich schon nicht mehr um eine Bevölkerung rein englischen Blutes handelte.

Sehr früh nämlich spielte die Einwanderung nicht englischer Elemente eine Rolle in der amerikanischen Geschichte. Nationale Abschließung war nicht nach dem Sinn des 17. und 18. Jahrhunderts. Das Merkantilsystem, dem die „Peuplierung" des Landes ein Gegenstand ernster Sorge war, ließ selbst in Europa die Regierungen auf die Heranziehung fremder Menschen nicht weniger Wert legen als auf die Heranziehung fremden Geldes. „Menschen halte vor den größten Reichtum", entschied Friedrich Wilhelm I. von Preußen. Vollends in den Kolonien war jeder neue Arbeiter willkommen, gleichgültig aus welchem Land er stammte. So wurde für die Auswanderung nach Amerika auch außerhalb Englands eine rührige Propaganda gemacht. Wirtschaftsdruck, Glaubensdruck, Kriege, lokale Krisen leisteten ihr Vorschub. Teils als verbundene Knechte, teils als freie Männer kamen Bürger so ziemlich aller europäischer Staaten. Spanier, Italiener, Böhmen, Schweizer, Skandinavier werden erwähnt. Das stärkste Kontingent aber,

wenn wir von den mit New York annektierten Holländern absehen, stellten Frankreich, Deutschland und die englischen Nachbarkönigreiche Schottland und Irland. Französische Hugenotten erschienen schon um die Mitte des 17. Jahrhunderts und dann vollends nach der Aufhebung des Ediktes von Nantes. Nicht wenige unter ihnen waren arm und elend, Flüchtlinge aus Westindien, wohin man sie deportiert hatte. Aber in der Hauptsache handelte es sich doch um Familien von Kapital und sozialem Ansehen, so daß die Réfugiés in Amerika eine entfernt ähnliche Rolle spielen konnten wie in den von ihnen aufgesuchten europäischen Staaten. Unter den Deutschen überwogen umgekehrt die Leute niederen Standes. Die Amerikaner lernten sie kennen meist in der abhängigen Stellung von verbundenen Knechten und gewöhnten sich so von vornherein auf sie herabzusehen. Dafür war die Einwanderung quantitativ sehr beträchtlich. Namentlich die Rheingegenden und unter ihnen wieder die Pfalz sandten nach den Verwüstungen in den Kriegen Ludwigs XIV. Tausende und aber Tausende mittelloser Flüchtlinge herüber, die Pfalz allein im Notjahr 1709 13 000, weshalb der Name Pfälzer mancherorten in Amerika einfach für Deutscher gebraucht wurde, wie Schwab in Ungarn. Eine Urkunde erwähnt einen „Pfälzer aus Holstein" (a Palatine from Holstein). Was dann Schottland und Irland anlangt, so trieben aus Schottland vor allem die fehlgeschlagenen jakobitischen Erhebungen der Jahre 1715 und 1746 eine Menge arbeits- und kampfgewohnter Hochländer in das große Asyl jenseits des Meeres, und in Irland wirkten die unerträglichen Agrar- und Kirchenverhältnisse dauernd auf Auswanderung hin. Nur betraf diese nicht ausschließlich die eigentlichen Söhne der grünen Insel. Lange spielten sogar die bedeutendere Rolle die sogenannten schottischen Iren, Familien ursprünglich schottischer Staatszugehörigkeit mit presbyterianischer Kirchenverfassung, die nach Ulster übergesiedelt waren, dort aber, obwohl sie eine Stütze des protestantischen Königtums bildeten, von der Hochkirche soviel zu leiden hatten, daß auch ihnen der Boden des unglücklichen Landes zu heiß wurde. Eine freilich auffällig hohe Berechnung will, daß von 1729 bis 1750 jährlich an 12 000 dieser Leute herüber kamen. Und zwar bevorzugten sie vielfach gerade die Provinzen des Südens, wo sie dann, namentlich als Pioniere gegen die Wildnis hin, in den gebirgigeren, unfrucht-

bareren Gegenden, sehr wertvolle Dienste leisteten. Erst recht die Hugenotten siedelten sich mit Vorliebe im Süden an, wo Klima und Landschaft sie an Südfrankreich erinnerten. Besonders in Südcarolina waren sie zahlreich. Deutsche und andere Nationen fehlten wenigstens nicht ganz. Es ist erzählt worden, daß ausgerechnet in der südlichsten Kolonie, Georgia, Salzburger eine Zuflucht fanden. Kurz, man wird wirklich selbst für den Süden den Einfluß fremden Bluts auf die Entwicklung des amerikanischen Nationalcharakters annehmen müssen.

Sehr viel bedeutender freilich war er in den Kolonien der Mitte. Von diesen hatte nur New Jersey eine Bevölkerung wenig gemischten englischen Stammes. In Delaware bewahrten sich die Schweden als die ersten Ansiedler noch lange ihre nationale Eigenart: bis 1786 holten sie sich ihre lutherischen Prediger aus der fernen Heimat. Pennsylvanien war schon durch den ausgesprochen internationalen Zug des Quäkertums vorbestimmt, eine Zuflucht für Söhne aller Völker zu werden. Insbesondere Deutsche wandten sich in so großer Zahl dorthin, daß sie um Germantown herum weite Landstriche fast völlig beherrschten und um die Mitte des 18. Jahrhunderts ein Drittel und mehr der gesamten Einwohnerschaft ausmachten mit einem eigenen Wochenblatt: dem „Hochdeutsch-Pennsylvanischen Geschichtsschreiber“ und einer eigenen „Deutschen Gesellschaft“. Endlich New York sollte auch nach der Eroberung in gewissem Sinn Neuniederland bleiben. Das Holländertum behauptete sich namentlich auf dem Land, in den Tälern des Hudson und Mohawk. In manchen Grafschaften dort war es schwer, Geschworene aufzutreiben, die die englische Gerichtssprache verstanden. Von den Städten trug Albany ganz holländisches Gepräge, und wenn in New York das englische Bevölkerungselement überwog, so bestand seine einflußreiche Aristokratie doch großenteils aus alten holländischen Familien, den Rensselaers, Cuylers und Schuylers. Entsprechend sah man nicht nur holländische Giebelhäuser, holländische Kacheln und holländisches Zinn, auch das ganze Leben hatte eine unenglische Note. Das Landvolk war zäher, konservativer, mehr auf den kleinen Vorteil bedacht. Selbst ein Jude, hieß es, könne mit ihm kein Geschäft machen. In der Hauptstadt aber zeigte sich etwas von jener behaglichen, auch Kunst und Wissenschaft nicht verschmähenden Lebensfreude, für die die

holländischen Metropolen in der alten Welt berühmt waren. Während die Puritaner Neuenglands eine Art heiliger Pflicht darin fanden, selbst am Weihnachtstag zu arbeiten, wurden hier noch der Vrouwen- oder Valentinstag und erst recht der Sankt Nikolaus als laute und lärmende Volksfeste begangen. Die einfachen Leute suchten all die Vergnügungen, die durch die holländischen Genremaler des 17. Jahrhunderts unsterblich gemacht worden sind, und die Geselligkeit der Vornehmen war auf den Ton des weltläufigen, über kleine nationale und konfessionelle Vorurteile erhabenen Kaufmanns abgestimmt. An Bildung und Geschmack übertraf man so die Pflanzer des Südens. Dafür war die politische Reife geringer. Es fehlte der rechte Gemeinsinn. Schon der Gegensatz von Holländisch und Englisch führte zu heftiger Parteiung. Die Wahlen hatten einen traurigen Ruf für stürmischen, unordentlichen Verlauf, und weder Verwaltung noch Rechtspflege entgingen dem Vorwurf der Unzuverlässigkeit und Bestechlichkeit. — Ähnlich wirkte in Pennsylvanien die starke Mischung der Nationalitäten ungünstig auf die politische Entwicklung, indem hier freilich noch hinzukam, daß das Quäkertum als solches kein rechtes Verständnis für staatliche Notwendigkeiten hatte. Sonst war der Zuschnitt der beiden großen Nachbarkolonien mannigfach verschieden, wie überhaupt die Mittelkolonien viel weniger eine wirkliche Einheit bildeten als die des Südens und Nordens. Während in New York die politische und wirtschaftliche Macht großenteils bei der Aristokratie lag, war Pennsylvanien ausgesprochen demokratisch. Die meisten Beamten gingen aus Volkswahlen hervor, diese Wahlen wiederholten sich häufig und waren verhältnismäßig allgemein. Die Primogenitur hatte Penn ausdrücklich ausgeschlossen. Güter und Vermögen wurden geteilt. Das machte dann bei der außerordentlichen Fruchtbarkeit der frühen Ehen die dauernde Zusammenhaltung großer Reichtümer durch mehrere Generationen unmöglich. Regierende Familien konnten nicht aufkommen. Umgekehrt war es in keiner Kolonie dem Tüchtigen auch ohne Verbindungen so leicht, Geld, Stellung und Einfluß zu gewinnen. Die Geschichte Benjamin Franklins, der als entlaufener Lehrling, abgerissen und subsistenzlos, in Philadelphia einzog, um in durchaus allmählichem Aufstieg schließlich der erste Mann des Staates zu werden, hat nach der Richtung wohl etwas Typisches. Glanz, Schwung, alles, was aus der Phantasie kommt

und zur Phantasie spricht, war seltener als im Süden, ja als in New York. Um Philadelphia lag ein Dunstkreis von Langerweile, obwohl sich die „feuchten Quäker" (Wet Quakers) nicht ganz ohne Erfolg bemühten, dem Luxus der großen Welt Eingang zu verschaffen. Aber zugleich war die Brüderstadt vorbildlich für Ordnung und Sauberkeit. Eine gut bürgerliche Solidität, gelegentlich mit einem Stich ins Philistertum, war der Grundzug. Selbst zu einer Blüte der gelehrten Berufe, wie sie solcher ausgeprägt bürgerlichen Kultur eigentümlich zu sein pflegt, zeigten sich bescheidene Ansätze. Pennsylvanien besaß wirklich rechtsgelehrte Richter und Advokaten, als noch im Süden gesunder Menschenverstand oder Willkür die meisten Urteile sprachen, und seine Ärzte waren die besten des ganzen Kolonialreichs; gab es doch in Philadelphia ein gut geleitetes Kranken-, ja, was für die Zeit etwas Großes war, sogar ein Irrenhaus. Die Beschäftigung mit den Naturwissenschaften, in denen neben Franklin noch Thomas Godfrey, die Bartrams, Vater und Sohn, und Rittenhouse hervorragten, führte zu einer Reihe wichtiger Entdeckungen, und wie rege das allgemeine literarische Interesse war, zeigt die Tatsache, daß bis zum Unabhängigkeitskrieg über 400 Werke allein in Philadelphia gedruckt wurden. Dabei sorgten zwei öffentliche Bibliotheken für weite Verbreitung der Bücher. Endlich wurde um die Mitte des 18. Jahrhunderts eine Universität begründet, die, obwohl sie nach deutschen Begriffen kaum etwas anderes als ein Gymnasium sein mochte, doch über die virginische sehr erheblich hinausging. Immerhin augenfälliger noch als auf wissenschaftlichem war die Überlegenheit über den Süden auf wirtschaftlichem Gebiet. Nichts bezeichnete das gegenseitige Verhältnis hier so gut, wie daß das in Maryland und Virginia geerntete Getreide zum großen Teil nach Pennsylvanien verschifft wurde, um in dessen zahlreichen Mühlen gemahlen zu werden. Die Kolonie ließ schon etwas von ihrer späteren glänzenden Entwicklung als Industriestaat ahnen. Getreide- und Sägemühlen waren früh in Betrieb. Papiermühlen und Glashütten begründeten die Deutschen. Auch mit der Herstellung von Textilwaren, Leinen, Tuch, Garnen wurde ein Anfang gemacht. Ja, man ging bereits daran, die Mineralschätze des Landes zu nützen. 1750 konnten 3 000 Tonnen Roheisen ausgeführt werden, nachdem 1720 der erste Hochofen errichtet worden war. Vollends in Handel und Schiffahrt

wetteiferte Pennsylvanien sogar mit New York. Am Bollwerk von Philadelphia, das an sich selbst für eine Sehenswürdigkeit galt, drängten sich die vielfach einheimischen Reedern gehörigen Kauffahrer, um Fracht nach England, Madeira, Lissabon oder Westindien zu übernehmen. Diese Fracht bestand natürlich fast ausschließlich doch in agrarischen Produkten: lebendem und geschlachtetem Vieh, Getreide und Mehl, Pelzen, Häuten und Wachs; denn auch hier überwogen Ackerbau und Viehzucht. Nur unterschied sich die Art des Betriebes sehr wesentlich von der im Süden üblichen. In diesem Punkt wenigstens boten die drei größeren Mittelkolonien ein annähernd gleiches Bild, während das kleine Delaware allerdings mehr unter den Einfluß von Maryland geriet. Es fehlten die Sklavenheerden. Mancher Bauersmann führte die Wirtschaft allein nur mit Hilfe seiner zahlreichen Familie, selbst ohne verbundene Knechte, von denen es z. B. in New Jersey nur wenige gab. Große Grundherren waren selten, und wo sie etwa doch existierten, wie von holländischer Zeit her in New York, da taten sie das Land lieber an Pächter und Zinsbauern aus; denn kein Stapelartikel wies auf Massenproduktion hin. Dem Tabakbau hatte noch Penn selbst in seinem Machtbereich systematisch entgegengewirkt, und in New York waren ihm die Klima- und Bodenverhältnisse ohnehin nicht mehr günstig. So richteten sich die Wirtschaftsformen einigermaßen nach europäischen Mustern. Wer aus der alten Welt nach Pennsylvanien, New Jersey oder New York kam, fand sich insofern leichter zurecht als in Virginia oder den Carolinas. Doch trat der koloniale Charakter stark genug hervor in den weiten Entfernungen und schlechten Verbindungen, der Fülle des Landes und der Spärlichkeit der Besiedlung. Von New Jersey wurde gesagt, seine Farmen mitten im Urwald erinnerten an das wenige Blau zwischen den Wolken eines sich aufheiternden Sturmhimmels, und zur Mitgift seiner Bauerntöchter, mochte sie sonst noch so bescheiden sein, gehörte unweigerlich ein Sattel, weil das Reisen zu Pferd sicherer war als das zu Wagen. Dabei war New Jersey verhältnismäßig noch dicht bevölkert und infolge des Verkehrs von Norden nach Süden, der durch die langgestreckte Kolonie ging, auch in bezug auf Wege nicht gar so ungünstig gestellt. In den entfernteren Gegenden New Yorks oder Pennsylvaniens sah es viel unwirtlicher aus, indem wohl noch die Nachbarschaft streitbarer Indianer-

stämme ein Element des Abenteuers und der Gefahr hineinbrachte. Die Hinterwäldler dort, wie sie durch Coopers Lederstrumpf-Erzählungen unsterblich geworden sind, waren gleichsam ein Volk für sich, das zu den Bauern mehr im Osten und erst gar den Städtern einen scharfen Gegensatz bildete. Überhaupt aber überwogen bei den Einwohnern der Mittelkolonien einstweilen mehr die unterscheidenden als die gemeinsamen Züge. Von ihnen allen galt, was ein guter Beobachter von den New Yorkern sagte: „Da sie von verschiedenen Nationen, verschiedenen Sprachen und verschiedenen Religionen sind, ist es fast unmöglich, ihnen irgendwelchen genauen und bestimmten Charakter beizulegen." Erst Zeit und Geschichte konnten Iren und Deutsche, Holländer und Schweden und Engländer, die Quäker von Philadelphia und die aufgeklärten Patrizier von New York, die ruhigen Farmer New Jerseys und jene wilden Hinterwäldler der Grenzgebiete zu rechter nationaler Einheit verschmelzen.

Wieviel zunächst da noch fehlte, zeigte sich am klarsten, wenn man Menschen und Zustände in den Kolonien des Nordens, oder wie in Amerika lieber gesagt wird, des Ostens, der Neuenglandgruppe zum Vergleich heranzog. Der wirtschaftliche Zuschnitt war ziemlich ähnlich. Sklaven waren noch seltener. Klein- und Mittelbesitz herrschten noch mehr vor. Noch um die Mitte des 18. Jahrhunderts hielt ein Kenner der Verhältnisse für zweifelhaft, ob in Massachusetts oder Connecticut auch nur zwei Menschen 1000 Pfund jährlich fern von ihren Gütern zu verzehren hätten. Neben der Landwirtschaft standen ein entwickeltes Handwerk, eine Industrie in den Kinderschuhen und ein überaus reger Handel. Boston gesellte sich als dritter großer Stapelplatz zu New York und Philadelphia. Doch kam ein neuer Zug in das Bild durch die lebhafte Hochseefischerei, die von all den kleinen Häfen der fjordreichen Küste aus getrieben wurde; und wenn dieser Beruf wie wenig andere geeignet ist, seine Angehörigen kühn, wetterhart, unternehmend zu machen, so vollzog sich auch die neuenglische Landwirtschaft unter Bedingungen, die mehr als etwa in Pennsylvanien oder New Jersey zu solchen Eigenschaften erziehen mußten. Außer im Tal des Connecticut gewährte der Boden keinen leichten oder reichen Ertrag. Wer vorwärts wollte, mußte sich umtun und regen, jeden Vorteil wahrnehmen und jede Minute ausnutzen. Es war eine Not. Aber von Anfang an machte man eine Tugend daraus. Schon

eine Flugſchrift von 1630 beſagt ausdrücklich: „Wenn man wünſcht, daß die Menſchen raſch entarten, an Leib und Seele verderben, und daß Diebe und Räuber angelockt werden, dann ſuche man einen reichen Boden, der viel bringt mit wenig Mühe. Aber wenn man wünſcht, daß Frömmigkeit und Gottſeligkeit gedeihen, begleitet von Nüchternheit, Gerechtigkeit und Nächſtenliebe, dann wähle man ein Land wie dies, das genügenden Ertrag gibt bei harter Arbeit und Betriebſamkeit.“ Nur im Schweiß ihres Angeſichts, getreu den Worten der Bibel, wollten die Puritaner ihr Brot eſſen, und dieſe Geſinnung, der die Notwendigkeit harter Arbeit willkommen war, wirkte dann noch mehr als die Notwendigkeit harter Arbeit ſelbſt, ja wirkte auch dort, wo harte Arbeit an ſich vielleicht nicht erfordert wurde. Man kann nicht ſtark genug betonen, wie ſehr für den Neuengländer wenigſtens in den erſten entſcheidenden Jahrzehnten der Koloniegründung das ganze Leben von religiöſen Vorſtellungen getragen war. Als Zweck des Anſiedlungswerkes galt die Verbreitung des wahren Glaubens. Die Regierungsform ſollte die Theokratie ſein: „Gottes Regiment über Gottes auserwähltes Volk.“ Als man in Maſſachuſetts zum erſtenmal die Aufſtellung eines allgemeinen Geſetzbuches erwog, das dann 1641 als Sammlung der Freiheiten (body of liberties) wirklich herauskam, ließ man ſich von John Cotton (vgl. S. 12) einen Auszug aus den Geſetzen Moſe anfertigen, ſoweit ſie von ewiger und allgemeiner Gültigkeit wären, und noch in den Geſetzen Connecticuts von 1672 ſind bei Androhungen der Todesſtrafe jedesmal die Schriftſtellen angeführt, die ſie rechtfertigen, vor Mord aber ſtehen als todeswürdige Verbrechen Verehrung eines fremden Gottes, Blasphemie und Hexerei. Dabei drang mit den altteſtamentlichen Normen unwillkürlich auch ein gut Teil altteſtamentlichen Geiſtes ein. Von Michael Wigglesworth, der als geiſtlicher Dichter lange großen Ruf genoß, wurde das Phariſäerſtück erzählt, daß er einmal minutenlang in Zugluft ſtand, weil er nicht mit ſich ins reine kommen konnte, ob er trotz des Sabbats die hin- und herwehende Tür des Nachbarhauſes ſchließen dürfte. Am Ende ſchloß er ſie nicht. Denn die Sabbatheiligung war von fanatiſcher Strenge. Von Samstag Abend bis Sonntag Abend lag wenigſtens über den Städten die Ruhe des Todes, während auf dem Land Kirchgang und Kirchfahrt immerhin etwas Leben und ſogar Luſtigkeit mit ſich

brachten. Es war verboten, zu arbeiten, spazierenzugehen, und natürlich erst recht, sich bei Trunk oder Spiel zu vergnügen. Wer es doch tat oder auch nur nicht den Gottesdienst besuchte, verfiel empfindlichen Geld-, ja Leibesstrafen, wie die letzteren sehr freigebig, bis zu der bei Mose V, 25, 3 festgesetzten Grenze von vierzig Schlägen, verhängt wurden. Auch an Alltagen wachten Prediger und Älteste ängstlich über den Sitten der Gemeinde. Eigentlich sollte alles fortfallen, was das Leben nur schmückte, bis zu Tanz und Gesellschaftsspiel, „schönen Kleidern und langen Haaren". Geschäft, Familie, Gottes- und Staatsdienst hatten dem ernsten Mann zu genügen.

Nun ließ sich das in voller Strenge freilich nicht durchführen. Selbst die Heiligen Neuenglands waren nicht alle und immer über des Fleisches Schwäche erhaben. Sie sprachen dem nationalen Rum mehr zu, als die Bibel rechtfertigte, oder wandelten wohl auch die Pfade verbotener Liebe. Und in der Kirche fanden die endlosen Predigten und das mißtönende Psalmsingen: reihenweis, nach Vorsprechen, ohne Begleitung, nicht durchweg nur andächtige Aufmerksamkeit. Sehr früh schon haben Durchreisende schadenfrohe Beobachtungen dieser Art gemacht. Vollends im 18. Jahrhundert ging der frivole Zeitgeist nicht ganz spurlos an Massachusetts vorüber. Namentlich in Boston entwickelte sich unter dem Einfluß englischer Beamten und reicher Kaufherren ein gewisses Maß gesellschaftlichen Glanzes, sogar mit einem bescheidenen Einschlag von Kunst und schöner Literatur. Aber man darf weder jenen uranfänglichen Reaktionen der Weltlust, noch der schließlichen Abschwächung des Systems zu großes Gewicht beilegen. Das Puritanertum war und blieb ein Faktor von gewaltigem Einfluß für Neuengland und durch Neuengland auf die werdende Union.

Zunächst einmal tat es sicher das meiste dazu, daß die neuenglischen Kolonien auffällig wenig fremde Elemente anlockten. Weder Deutschen noch Iren noch Franzosen hätte der ernste, enge Zuschnitt des Lebens behagt. Sie zogen lieber nach Pennsylvanien oder New York oder selbst weiter nach Süden, wo man sie mehr nach ihrer Fasson selig werden ließ. So hat man berechnen wollen, daß die Bevölkerung Neuenglands zu 98 Prozent wirklich englisch gewesen sei. Noch als sich 1775 John Adams die Vorzüge Neuenglands klarmachte, nannte er an erster Stelle, daß das Volk

von reinerem englischen Blut sei. Sehr bezeichnend aber setzte er sogleich hinzu, es stamme ab von Engländern, die Europa in reineren Zeiten als den damaligen verlassen hätten, und die weniger mit Verderbnis befleckt gewesen wären als die Daheimgebliebenen.

Denn dies Gefühl, einer auserwählten Gemeinschaft anzugehören, war — vielleicht auch wieder unter dem Einfluß alttestamentlicher Vorstellungen — einem jeden rechten Neuengländer tief eingeprägt. „Gott siebte eine ganze Nation", sagte Gouverneur Staughton zu Ende des 17. Jahrhunderts, „damit er erlesenes Saatkorn in die Wildnis hinübersende". Dem Kastenstolz des südlichen Pflanzers trat hier ein auf religiöser Grundlage erwachsener Rassenstolz zur Seite, der die Menschen fast noch mehr hob und antrieb. Gewiß waren die Yankees, wie man die Leute des Nordens später gern nannte, sehr viel weniger liebenswürdig. Weil sie erzogen waren, sich selbst viele Freuden zu versagen, hatten sie begreiflicherweise auch keine Neigung, andern welche zu bereiten. Sie waren rücksichtslose oder, englisch gesprochen, „scharfe" Geschäftsmänner und gestrenge Dienstherren und ließen sich von Fremden die Gastfreundschaft, die sie etwa gewähren mußten, bei Heller und Pfennig bezahlen. Dazu besaßen sie eine schwer erträgliche Selbstgerechtigkeit und mit ihr zusammenhängend eine Neigung zu Rechthaberei und Streit. Aber wie viel Grund zu Tadel und Spott in alledem lag, eins hatten sie sicher vor den übrigen Amerikanern voraus: die ganz außerordentliche Intensität ihres Strebens. Eben ein Neuengländer, der große Gottesgelehrte Jonathan Edwards sprach das schöne Wort, er wolle mit aller Macht leben, so lange er lebe. Das ließe sich als Motto vor jede Charakteristik seiner Landsleute setzen. Für niemand gab es weniger den Begriff süßen Nichtstuns. Ausgenommen, wenn am Sabbat Gott Ruhe gebot, waren sie immer in Tätigkeit und Bewegung. Vor so leicht keiner Arbeit scheuten sie zurück. Durchaus kein Mißerfolg konnte sie schrecken. Ging es mit der Farm nicht, so versuchten sie es mit der Werkstatt oder dem Fischerboot. Schlug eine kaufmännische Unternehmung fehl, so wurde eine neue, vielleicht noch kühnere begonnen. Von Anfang an war es eine „Jagd" nach dem Dollar, über alle Hindernisse fort, mit Ausnutzung jeder Chance, in steter atemloser Spannung, unter Einsetzung der letzten Kraft.

Nur zeigte sich gleich auch die überraschende Erscheinung, die noch heute das große Rätsel des amerikanischen Lebens bildet, daß neben einem so rücksichtslosen Geschäftemachen ein starkes, ja leidenschaftliches Interesse für geistige und politische Fragen einherging. Die gesteigerte Form des Protestantismus, die das Puritanertum darstellte, forderte von den Gläubigen ein immerhin beträchliches Maß von Kenntnis und Nachdenken. Weil doch das sinnliche Element ganz aus dem Kult verschwand und auch für das gemütliche — im Gegensatz etwa zum Luthertum — wenig Raum blieb, mußte das kirchliche Leben, soweit es nicht in äußerlicher Sittenzucht sich erschöpfte, ein geistiges Leben werden. Der Gottesdienst war Lehre, die Andacht sollte im Erforschen der Bibel bestehen. Damit ergab sich schon aus inneren Gründen ein Streben nach Volksbildung; und hinzu kam der äußere Umstand, daß unter den ersten Einwanderern verhältnismäßig viel gelehrte Männer, man sagt, auf 250 Menschen immer ein Graduierter von Cambridge, gewesen waren. Genug, früher und ernster als in den allermeisten Staaten Europas wurde für ein geregeltes System mindestens des Elementarunterrichts Sorge getragen. Nachdem die Praxis wahrscheinlich von Anfang an ähnlich gewesen war, erließ Massachusetts 1647 das berühmte Gesetz, wonach jede Gemeinde von fünfzig Hauseigentümern einen Schulmeister zu bestellen hatte. „Weil es ein Hauptplan von Satan ist, die Menschen von der Kenntnis der heiligen Schriften abzuhalten, und damit Gelehrsamkeit nicht versenkt werde in die Gräber unserer Vorfahren in Kirche und Kolonie", sagt die Begründung mit noch unsicherem Stilgefühl dennoch sehr eindrucksvoll. Entsprechend wurden für größere Verbände Mittelschulen auf öffentliche Kosten vorgesehen, ja schon 1639 war die Harvard-Universität begründet worden, der dann in freilich recht bedeutenden Zeitabständen während des 18. Jahrhunderts Yale College in Connecticut, Dartmouth College in New Hampshire und Brown College in Rhode Island nachfolgten. Das dort oder auch auf englischen hohen Schulen gewonnene Wissen aber setzte sich nicht nur in mündliche Unterweisung von Kanzel und Katheder um. Eben auch 1639 wurde die erste Druckerpresse in Massachusetts aufgerichtet, und sie bekam fortgesetzt reichlich zu tun; denn selbst der Farmersmann und Handwerker las und kaufte Bücher. Das 17. Jahrhundert sah sogar eine förmliche Überproduktion von

theologischen Erbauungs- und Streitschriften. Von der federgewaltigen Matherfamilie brachte es der Vater Increase Mather auf 92, der Sohn Cotton Mather auf 383 Veröffentlichungen.

Cotton Mathers Andenken ist belastet mit der Mitschuld an den berüchtigten Hexenverfolgungen von Salem, durch die noch im letzten Jahrzehnt des 17. Jahrhunderts, zu einer Zeit also, wo der Hexenaberglaube sonst schon selten zu werden begann, neunzehn Menschen zu Tode und mehrere hundert in Angst und Elend kamen. Überhaupt steckten er und seine geistlichen Genossen voll von Vorurteilen, von abstruser Scholastik und pharisäischer Selbstgerechtigkeit. Sie standen hinter dem europäischen Geistesleben um ein gutes halbes Jahrhundert zurück. Aber sie imponieren doch wieder durch eine gewisse herbe, ihrer Sache sichere Männlichkeit, und vor allem verdient Anerkennung, daß diese Diener des Herrn, die sich unwillkürlich nach den Propheten des alten Bundes zu bilden suchten, über die vier Wände ihrer Kirche und ihrer Studierstube hinausstrebten, die Angelegenheiten von Stadt und Staat nicht ohne Geschick und praktischen Verstand zu leiten suchten. Mit der Religion verband sich eben auf das engste die Politik. Darauf wirkte das theokratische Ideal und das tatsächliche Zusammenfallen von kirchlicher und bürgerlicher Gemeinde. Nichts ist charakteristischer für die Verhältnisse Neuenglands als die Wechselwirkung, die hier statthatte, und bei der man nicht weiß, ob mehr der kirchliche Eifer die Selbstverwaltung oder die Selbstverwaltung den kirchlichen Eifer gefördert hat. Jedenfalls war der richtige Neuengländer auf seine Selbstverwaltung nicht weniger stolz als auf sein Gemeindeleben. Auch wieder John Adams (vgl. S. 52) hebt hervor, daß sie die guten Kirchen- und Schuleinrichtungen ergänze. Indem sie nämlich den Bürgerschaften Vollmacht gebe, sich zu versammeln, Beamte zu wählen, Gesetze zu machen, Straßen zu verbessern und zwanzig andere Dinge zu tun, böte sie jedermann Gelegenheit, die Bildung zu zeigen und zu vervollkommnen, die er auf Schule oder Universität erhalten habe, und mache Kenntnis und Geschick in öffentlichen Geschäften allgemein.

„Jedermann" war nun freilich etwas übertreibend und mindestens mißverständlich; denn die Selbstverwaltung Neuenglands ließ zunächst noch wenig ahnen, welche demokratischen Entwicklungsmöglichkeiten sie bot. Im Gründungsalter der Kolonien

hatte der Gottesmann John Cotton Demokratie ausdrücklich als die niedrigste und schlechteste aller Regierungsformen bezeichnet, und der Gouverneur John Winthrop hatte ausgeführt, daß, wenn der beste Teil des Volkes immer der kleinste sei, in diesem besten Teil die größere Weisheit auch wieder bei der kleineren Zahl liege. Das blieb dann herrschende Ansicht bis tief ins 18. Jahrhundert. Nur in Rhode Island, das überhaupt aus dem Gesamtbild Neuenglands einigermaßen herausfiel, konnten sich zur Seite der unbeschränkten Sektenfreiheit geradezu gesetzlose Zustände entwickeln. Die übrigen drei Provinzen zeigten, wie das der Ältestenverfassung der Kirchengemeinde entsprach, auch politisch und sozial einen überwiegenden Einfluß gewisser regierender Familien, in denen sich die Ehrenämter vom Vater auf den Sohn gleichsam forterbten. In der Kirche wurden die Sitze nach „Ansehen, Alter, Reichtum und Hausbesitz" verteilt. Die Studenten des College rangierten nicht nach dem Alphabet, sondern nach der Stellung der Eltern, und im Verkehr hielt man streng darauf, daß nur den Angehörigen der Oberschicht die Anrede „Herr" gebühre, während sich Arbeiter und Handwerker mit Gevatter oder Nachbar begnügen mußten. Indessen war es doch auch dem niedriger Geborenen möglich, in die leitenden Kreise aufzusteigen, indem er einen gelehrten Beruf, am besten noch immer den geistlichen, ergriff oder durch seine geschäftliche Tätigkeit zu Reichtum kam, und die Eigenschaft als Wähler und als Mitglied der Bürgerversammlung, des Townmeeting, sicherte darüber hinaus wenigstens allen Leuten des Mittelstandes ein gewisses Mitbestimmungs- und Aufsichtsrecht. So waren politische Bildung und politisches Interesse wirklich auffallend verbreitet. Ein französischer Beobachter, allerdings schon des ausgehenden 18. Jahrhunderts, der Herzog von La Rochefoucauld, meint scherzend: „sie sind alle Politiker bis zu den Dienstmädchen herab und lesen zwei Zeitungen täglich", während hinsichtlich des letzten Punktes ein Amerikaner hat feststellen können, daß es in der einen Kolonie Connecticut allein so viele Zeitungen gegeben habe, wie in allen Provinzen südlich von Pennsylvanien zusammengenommen.

Der Ton dieser Blätter war denn vielfach recht ausfallend und radikal. Gleich die erste Zeitung in Boston vom Jahr 1690 mußte wegen „unpassender Bemerkungen" unterdrückt werden.

Die Nachfolgerinnen aber nahmen nicht mehr Rücksichten. Sie rechtfertigten gleichsam noch nachträglich, daß die Regierung die Gouverneure der Kolonien ursprünglich angewiesen hatte, sich der Einführung einer so „pestbringenden Maschine“ wie der Druckerpresse nach Möglichkeit zu widersetzen. Auch sonst ging die Richtung des politischen Lebens eigentlich immer auf scharfe Opposition. Zu Anfang des 18. Jahrhunderts klagte ein Gouverneur von Massachusetts über seine Kolonialversammlung, er vermöge nicht mit einer Gesellschaft von Leuten auszukommen, die keine Liebe für Krone und Regierung von England hätten, sobald Gehorsam in Frage käme; und in dieser Hinsicht wenigstens sah es in den Süd- und namentlich den Mittelstaaten nicht viel anders aus als in Neuengland. In New York schrieb der Deutsche Johann Peter Zenger 1735 in seinem Wochenblatt, nach andern persönlichen und sachlichen Angriffen auf die Regierung, das Volk denke, daß seine Freiheiten und Eigentumsrechte gefährdet wären und ihm und seinen Kindern Sklaverei drohe. Der Prozeß aber, den man ihm deshalb machte, endete unter allgemeinem Jubel mit seiner Freisprechung, und sein Verteidiger Hamilton nahm dabei schon ganz im Geist der Unabhängigkeitserklärung Freiheit des Gedankens und der Rede als ein angeborenes Menschheitsrecht in Anspruch, weshalb denn Zeitgenossen der kommenden Ereignisse von der Verhandlung gegen Zenger eine neue Epoche der amerikanischen Geschichte haben datieren wollen. Nicht viel mehr als ein Jahrzehnt später wurde der Regierung eben auch aus New York berichtet: „Die Bewohner der Pflanzungen sind durchweg in republikanischen Grundsätzen aufgewachsen. Alles wird nach republikanischen Grundsätzen gemodelt; im Norden bleibt kaum mehr ein Schatten der königlichen Autorität übrig.“ Ja, selbst aus Südcarolina meldete der Gouverneur 1748, die schlechte Gesinnung überwöge; wolle man Amerika in Abhängigkeit erhalten, so müsse man seine Verfassung von Grund aus umgestalten. Jedenfalls wurde schon damals in England und außerhalb, von unverantwortlichen Reisenden wie von verantwortlichen Staatsmännern gelegentlich ganz ernsthaft die Möglichkeit erörtert, daß die amerikanischen Kolonien sich in absehbarer Zeit vom Mutterland lossagen würden, um einen eigenen Staat, vielleicht, wie einmal vorgeschlagen worden ist, mit einem englischen Prinzen als König zu bilden.

Indessen gerade unter den Amerikanern selbst waren doch wohl nur ganz wenige, die eine solche Entwicklung bewußt ins Auge faßten. Die überwältigende Mehrheit fühlte sich bei aller Unabhängigkeitsstimmung doch noch stolz, zu einem Reich zu gehören, das durch seine äußeren Siege und fast mehr noch durch seinen erfolgreichen inneren Kampf für die Freiheit ein Gegenstand des Neides und der Bewunderung für die zivilisierte Welt geworden sei. Es ist vielfach bezeugt, daß England, „die Heimat", wie man gern sagte, ja, jeder einzelne Engländer für die Kolonisten mit einem förmlichen Nimbus umgeben war. Und zu dem gefühlsmäßigen Moment trat ein realpolitisches. Noch brauchte man den Schutz der britischen Macht. Noch drohten an den Grenzen Feinde, gegen die es nicht geraten oder möglich schien, sich auf die eigene Kraft zu verlassen.

Zweites Kapitel

Indianer- und Franzosenkriege

An der Geschichte der englischen Kolonien in Nordamerika interessieren bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts hauptsächlich die inneren Fragen der Verfassungs-, Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung. Aber natürlich hat es auch nicht an äußeren Aufgaben des Krieges und der Unterhandlung gefehlt. Dafür sorgte zunächst einmal schon das Verhältnis zu den Ureinwohnern der besetzten Gebiete.

Die Indianer sind uns heute ein Gegenstand poetischer, oft sentimentaler Teilnahme. Es liegt um sie etwas Nobles, Pathetisches, die ganze Tragik einer untergehenden Rasse. Sie sind den Asiaten durch aufrechte Männlichkeit, den Afrikanern vor allem durch Ernst und Würde überlegen; die Europäer aber fesseln sie durch den spukhaft phantastischen Zug ihrer Reden und Bräuche. Ihr Geist scheint weit, geheimnisvoll und einigermaßen gestaltlos wie die unberührte Natur, der dichte Wald, die sich fast ohne Horizont dehnende Prärie. In den Ländern des spanischen Amerika hatten sie, zahlreich und gewerbfleißig, eine unverächtliche Kultur entwickelt. Die Stämme jedoch, die die Engländer auf ihrem Wege fanden, standen noch fast ganz auf der Stufe des Naturvolks. Sie waren gering an Zahl, vielleicht nicht mehr als 200 000 Menschen östlich des Mississippi, und lebten, da sie so Land im Überfluß hatten, noch halb nomadisch. Ackerbau wurde in primitivster Form als Hackfruchtbau und nur von den Frauen betrieben. Den Männern ziemte allein, zu jagen, zu fischen oder auf den Kriegspfad zu gehen. Entsprechend war die politische Organisation sehr roh. Es gab eine Unzahl von Stämmen, und wenn darunter recht ansehnliche be-

gegneten, ja hier und da mehrere zu einem Bund unter einem Kaiser vereint waren, so handelte es sich oft auch um wenig mehr als Banden, die in ewigen Fehden sich gegenseitig aufrieben; denn der rote Mann griff leicht zur Streitaxt und legte sie nicht gern nieder, ehe er nicht den Skalp des Gegners an seinem Gürtel trug. Noch undisziplinierte in seinem Denken, war er ein Spielball von Stimmungen und Leidenschaften. Mit welchem Anstand und welchem Sinn für Form er deshalb auch auftrat, und wie kindlich zutraulich er entgegenkommen konnte, er war doch kein bequemer Nachbar oder Genosse. Selten schlief sein Argwohn. Zuweilen genügte eine Kleinigkeit, seine Rachsucht zu entfesseln, und dann zeigte er eine wilde Tücke und Grausamkeit, die es begreiflich machen, daß die Kolonisten ihn dem Tiger oder der Klapperschlange verglichen.

Nur war das Schuldkonto der Weißen doch wohl noch größer. Die Indianer erwiesen sich ihnen im ersten Anfang sicher mehr fördernd als schädlich. Es ist mit Recht hervorgehoben worden, wie ihr Vorhandensein das Kolonisationswerk geradezu erleichterte. Sie versahen die Neuankömmlinge mit Lebensmitteln, lehrten sie den Anbau von nützlichen Pflanzen, wie namentlich Mais, der bis heute den Namen Indian corn trägt, lenkten die Aufmerksamkeit auf günstige Siedlungsplätze, wiesen Wege ins Innere und fanden sich bereit zu einträglichem Tauschhandel. Bald war es der Wunsch nach Unterstützung gegen feindliche Stämme, der zur Annäherung führte, bald eine gewisse kindliche Neugier und Freude an dem mancherlei Neuen der fremden Kultur. Jedenfalls konnte einer der Pilgerväter in der ersten Zeit dankbar anerkennen, die Indianer, von denen man sage, sie wären den Löwen gleich zu achten, hätten sich ihnen gegenüber wie Lämmer benommen, so freundlich, gehorsam und vertrauenswürdig, wie viele Christen leider nicht. Ähnliche Erfahrungen machten die Ansiedler in New York, in Virginia und Maryland.

Indessen taten sie sehr rasch alles, um eine Änderung in diesem angenehmen Verhältnis hervorzubringen. Die Angelsachsen sind schon in ihren Beziehungen zu europäischen Völkern für einen allzu robusten Egoismus bekannt und ein entschiedenes Unvermögen, fremder Eigenart gerecht zu werden. Vollends im Verkehr mit der untergeordneten Rasse gaben sie sich hart und rücksichtslos. Nur etwa Penn und seine Quäker bemühten sich einigermaßen, den

roten Bruder zu verstehen und innerlich zu gewinnen. „Es sei unter uns," hat sich Penn selbst nicht eben glücklich, aber sehr human und versöhnlich ausgedrückt, „als ob eines Menschen Leib in zwei Hälften geteilt wäre; wir sind alle Ein Fleisch und Blut." Sonst betrachtete man den Indianer als Gegenstand der Ausbeutung, dem gegenüber so ziemlich jede Praktik erlaubt war. Zwar nahm man ihm das Land seiner Väter nicht durch einfachen Raub. Das hätte der hohen Schätzung äußerlicher Gesetzlichkeit widersprochen, die den Engländer auszeichnet. Man trug vielmehr Sorge, sich allemal förmliche Abtretungsverträge zu verschaffen. Aber diese Verträge waren mehr oder minder erschlichen oder erzwungen. Bestenfalls gab man lächerlich geringe Gegenleistungen, ein paar Stück Zeug, Geräte und Spiegel für viele Quadratmeilen Landes und trug Sorge, die Grenzbestimmungen möglichst dehnbar zu halten, etwa indem man als Maß setzte: wie weit ein Mann in anderthalb Tagen gehen könnte, und dann einen besonders trainierten Läufer auf eigens gebahntem Wege ausschickte. Oder schlimmer noch: man brach einen Krieg vom Zaun, um sich den Frieden durch die gewünschten Gebietsstrecken abkaufen zu lassen. Der einzige Schutz des indianischen Grundeigentums bestand noch darin, daß die Gesetze aller Kolonien solche Landverträge der Gesamtheit vorbehielten, Abmachungen einzelner ausdrücklich für nichtig erklärten. Dafür betrogen diese einzelnen den Indianer auf andere Arten, am liebsten beim Pelzhandel, wo dann das Feuerwasser, der Branntwein, für den er eine unheimliche Neigung zeigte, mit Erfolg angewandt wurde, um teurere Tauschartikel zu ersparen. Selbst Freiheit und Leben des Wilden waren nicht sicher vor der Gier oder Roheit der Kolonisten. Namentlich in Südcarolina, aber auch anderswo entwickelte sich, wohl gar von den Kolonialregierungen begünstigt, die schimpfliche Praxis, Rothäute aufzugreifen, zu Sklaven zu machen und, weil sie im eignen Land viel unbequemer waren als die Neger, nach Westindien zu verhandeln. Daß dabei Tausende starben und verdarben, kümmerte niemand. Man hielt es mit dem Spruch: „Jeder Indianer ist ein schlechter Indianer, nur ein toter Indianer ist ein guter Indianer"; oder, wie in einem Indianerstück des 18. Jahrhunderts ein Hinterwäldler sagt: „Einen Indianer zu töten ist ebensowenig ein Mord wie das Zerknacken einer Laus."

Nun ist es trotzdem auch weiterhin mehrfach geschehen, daß

Indianerstämme, die die Feinde eigenen Blutes noch mehr haßten oder fürchteten als die britischen Bedränger, sich mit diesen vorübergehend zusammentaten, ja, gerade die mächtigste Gemeinschaft, die Irokesen, der sogenannte Bund der fünf Stämme, von dem es hieß, daß er 10 000 Krieger ins Feld stellen könnte, ließ sich, weil die Franzosen seine Gegner unterstützten, sogar dauernd für eine Art Allianz gewinnen. Aber die Regel wurde ein Zustand versteckter Feindschaft oder offenen Krieges. Die Chroniken berichten furchtbare Geschichten von Verwüsten der Felder und Niederbrennen der Gehöfte, von Verrat und Mord, von Hinmetzelung ganzer Dorfschaften an einem Tag, und nicht immer sind es die Indianer, denen die ärgsten Greuel zur Last fallen.

Insbesondere die Gegenden Neuenglands waren entgegen dem, was man nach den Worten jenes Pilgervaters erwarten sollte, mehrfach der Schauplatz blutigster Szenen. 1637 gab es im Tal des Connecticut den heißen Kampf gegen den mächtigen Stamm der Pequods, die schließlich vollständig aufgerieben wurden. Dann, nach fast vier Jahrzehnten verhältnismäßiger Ruhe, folgte 1675 der noch berühmtere „König-Philipps-Krieg“. Sein Held, eigentlich Metacam geheißen, war der Sohn eines Häuptlings, der den Neuengland-Kolonien stets ein verläßlicher und nützlicher Bundesgenosse gewesen war. Auch er selbst galt anfangs für wohlgesinnt. Aber mancherlei Kränkungen stimmten ihn um, und vielleicht auch, da er als ein Mann von großen Einsichten gerühmt wird, erkannte er, welche Gefahr das Vordringen der Weißen, ihre Politik der Landkäufe und des Gegeneinanderhetzens der Stämme, für die indianische Rasse im ganzen berge. Jedenfalls machte er die außerordentlichsten Anstrengungen. Sein eigener Stamm war stark und kriegerisch. Andere Stämme der Nachbarschaft, wennschon nicht alle, leisteten Hilfe. So führte der Überfall des Städtchens Swansey im Juni 1675, mit dem der Aufstand begann, eine lange Reihe von „schwarzen und schicksalschweren Tagen“ für die Kolonisten herauf. Nicht nur an den Ufern des Connecticut, die wieder am meisten bedroht waren, sondern bis nach der Küste, ja in die Umgebung von Boston verbreitete sich der Schrecken. Viele Hunderte von Menschenleben, Hunderttausende an Werten gingen verloren. Einige Monate hindurch mochte man meinen, daß es sich um Sein oder Nichtsein der neuenglischen Kolonien handelte. Aber die

Puritaner standen ihren Mann. Indem sie sich nach dem Muster der Kinder Israels in Gebet und Buße unter den Zorn des Herrn beugten, erfüllten sie sich nicht weniger mit der ganzen kriegerischen Energie des alten Testaments gegenüber Feinden, die sie längst als eine dem Teufel verschriebene Rasse, als Dämonen oder Bestien zu betrachten gewöhnt waren. Noch im Winter (18. Dezember 1675) eroberten sie ein befestigtes Lager der Indianer in Rhode Island, leider nicht ohne die schöne Waffentat dadurch zu schänden, daß sie alles, was innerhalb der Wälle war, bis zu Weibern und Kindern, immerhin an tausend Menschen, mit Schwert und Feuerbrand in stundenlangem Morden vernichteten. König Philipp war nicht darunter. Er setzte den Kampf fort und errang sogar noch manchen blutigen Augenblickserfolg. Am Ende jedoch siegten die straffere Disziplin und das überlegtere Zusammenwirken der Kolonisten. Ein Indianertrupp nach dem andern wurde besiegt oder zum Abfall veranlaßt. Endlich am 12. August 1676, nachdem der Krieg immerhin vierzehn Monate gedauert hatte, fiel der große Führer selbst in aussichtsloser Verteidigung gegen eine Übermacht, während seine Gefolgsleute und Angehörigen, soweit sie dem Tode entrannen, in die westindische Sklaverei verkauft wurden. Nach Süden und Westen durften die Neuengländer ihre Grenzen fortan als gegen indianische Überfälle gesichert betrachten.

Dafür hatten sich inzwischen im Norden und Osten, am Kennebec, Penobscot, Piscataqua und Saco neue Feinde erhoben, die durch drei Menschenalter die Entwicklung der noch kleinen und schwachen Niederlassungen in New Hampshire und Ostmassachusetts (Maine) auf das Erheblichste hindern sollten. Es waren die Abenaki-Indianer, auch einfach Indianer des Ostens genannt. Sie zeichneten sich durch Wildheit, Zähigkeit und starken Zusammenhalt aus, so daß sie unter allen Umständen schwer zu versöhnen oder zu bezwingen gewesen wären. Zu einer besonderen Gefahr machte sie aber doch etwas anderes. Im Unterschied von den Pequods und König Philipp handelten sie nicht für sich allein. Hinter ihnen stand aufreizend, anweisend und schützend die Macht Frankreichs, dessen kanadische Besitzungen ja unmittelbar angrenzten. Das Problem der Indianerpolitik blieb so schließlich doch nicht isoliert. Es verquickte sich mit der zweiten und wesentlich ernsteren Frage der älteren amerikanischen Geschichte, ob nämlich der englischen

oder der französischen Nation der vorherrschende Einfluß auf diesen Teil der neuen Welt zufallen würde.

Daß das je zweifelhaft gewesen sei, will angesichts der späteren Entwicklung schwer einleuchten. Aber bis tief ins 18. Jahrhundert hinein stellte Frankreich eigentlich die größere Macht in der Welt dar. Es war reicher an Menschen und Geld, dazu nach Überwindung der Fronde in sich einheitlicher und geschlossener. So spielte es in Europa die erste Rolle und war auch außerhalb Europas überall mit seinen Unternehmungen zu finden, wo Ruhm und Gewinn lockten, in Afrika, in West- und in Ostindien. Was dann Nordamerika anlangte, so hatten sich französische Kapitäne an seiner Erforschung sehr wesentlich beteiligt, der französische König hatte ganz wie der englische, alles Land zwischen Neufundland und Florida für sich in Anspruch genommen, und wenigstens im nördlichsten Teil waren zu Anfang des 17. Jahrhunderts fast genau gleichzeitig mit der ersten englischen zwei dauernde französische Niederlassungen begründet worden, Port Royal, das heutige Annapolis, an der Fundybai als Hauptort des sogenannten Akadien und Quebec am St. Lorenzstrom als Mittelpunkt der Provinz Kanada. Diese Gebiete hatten als Ansiedlungsland nicht den Wert von Virginia oder Massachusetts, weil der lange und harte Winter die Landwirtschaft wesentlich erschwerte. Recht lohnend erwiesen sich nur Pelzhandel und Jagd. Aber der Jäger dringt rascher vor als der Bauer. So ergab sich schon aus der Beschäftigung der Kolonisten die Möglichkeit schnellerer Ausbreitung über einen weiteren Raum. Die stärkere Abenteuerlust im französischen Volkscharakter, der Zug zum Romantischen und Heroischen wirkte in gleicher Richtung, und endlich waren die geographischen Bedingungen für eine Ausdehnung günstiger. Während die englischen Kolonien vom Innern des Erdteils durch die Alleghanies einigermaßen abgesperrt waren, führte von Quebec der St. Lorenzstrom leicht in die Seenregion, und die wieder trennte keine natürliche Schranke von dem riesigen Flußsystem des Mississippi. Tatsächlich sind denn französische Händler, Jäger, Forscher und Missionare sehr bald auf diesem Weg vorgedrungen, wie eine Fülle französischer Ortsnamen noch heute beweisen. Man gelangte an den Ontario-, den Erie-, den Huronen- und Oberen See. Man ging dem Lauf des Illinois nach, ja 1682 fuhr der geniale La Salle den Mississippi

oder, wie man ihn auch nannte, den Colbert bis zur Mündung hinab, um dort am 9. April unter allerhand Feierlichkeiten eine Säule und ein Kreuz mit den Wappen Frankreichs aufzurichten. In dem Bericht aber, den er darüber nach Hause sandte, klingt der Gedanke wieder, der allerchristlichste König müsse zum Trotz von Engländern und Spaniern Herr des ganzen nördlichen Amerika werden. Einstweilen wurde das Mississippigebiet nach Ludwig XIV. Louisiana getauft. Der Monarch ließ das gern zu. Er und seine Ratgeber waren nicht unempfänglich für die imperialistischen Träume des großen Entdeckers. Sie wandten dem „Neuen Frankreich" jenseits des Meeres eine viel regere und nachhaltigere Aufmerksamkeit zu, als die Regierung in London je für ihre Kolonien übrig hatte. Wohl lag die Kolonisationsaufgabe nach der Sitte der Zeit auch für Kanada in den Händen einer halb privaten Gesellschaft, erst der Kompagnie des Neuen Frankreich (1627), dann der Kompagnie des Westens (1664), noch später der Kompagnie beider Indien. Aber die eigentlich treibende Kraft war die Krone. Sie lockte das Kapital durch Verleihung von Privilegien an die Gesellschaft im ganzen, wie auch an die einzelnen Gesellschafter, sie gab direkt Geld, stellte Schiffe, sandte Truppen, übernahm schließlich ganze Expeditionen auf eigene Rechnung. Entsprechend verlangte und übte sie den entscheidenden Einfluß im großen und kleinen. Ansätze zur Selbstverwaltung wurden allemal bald beseitigt. Teils durch Gouverneur und Intendanten, die natürlich vom König abhingen, teils durch direkte Befehle von Paris her suchte die Regierung vielmehr eigentlich das ganze Leben der Kolonisten bis in Haus und Familie hinein zu reglementieren, namentlich solange Colbert, zu dessen Amtsbereich die Kolonien gehörten, auch hier seine starke, selbstherrliche Persönlichkeit einsetzte. „Gehorsam gegen ein weises Regiment," sagte später ein englischer Beobachter, „dient den französischen Ansiedlern statt persönlicher Weisheit." Für die Städte ergingen ausführliche Verordnungen über Marktwesen, Häuserbau, sogar Straßenreinigung; die Vergabung von Land erfolgte nach festem Plan unter Zugrundelegung der heimischen Agrarverfassung von Herrengütern und abhängigen Bauernhöfen; Viehzucht, Schiffbau, Bergwerks- und Fabrikanlagen wurden systematisch, wennschon nicht immer mit Erfolg, begünstigt, und den Gipfelpunkt erreichte diese Politik des wohlwollenden Despotismus in der dem

Zeitalter so dringenden Sorge um Volksvermehrung. Man sandte nicht nur Schiffsladungen gesunder junger Mädchen als Mütter einer werdenden Nation herüber, sondern suchte zeitweilig auch durch Gesetz und Verordnung auf frühe und kinderreiche Ehen hinzuwirken, indem man Prämien für pflichttreue Ehemänner bestimmte und hartnäckige Junggesellen allerlei vexatorischen Maßregeln unterwarf.

Dennoch blieb die Volkszahl verhältnismäßig gering, weil es an freiwilliger Einwanderung von Familien fast ganz fehlte. Fremde kamen nicht: sie sahen wohl, daß sie ihre Eigenart in dem losen Rahmen der englischen Kolonien besser bewahren konnten. Und was die eigenen Landsleute anlangte, so gab es infolge des gleicheren Erbrechts nicht wie in England eine zahlreiche Klasse jüngerer Söhne, die der Mangel ererbten Gutes gezwungen hätte, sich ein neues, eigenes Vermögen in der Welt draußen zu suchen. Der wirtschaftliche Antrieb zur Auswanderung war schwächer. Dafür wäre der religiöse in gleicher, ja größerer Stärke an sich vorhanden gewesen. Die verfolgten Hugenotten hätten sich vielfach nichts besseres gewünscht, als nach Kanada hinüberziehen zu dürfen, wie die Puritaner nach Neuengland. Aber Ludwig XIV. erwies sich zum unermeßlichen Schaden der französischen Weltstellung bigotter und konsequenter, als Karl I. gewesen war. Er erklärte, er habe nicht Frankreich katholisch gemacht, um seine Kolonien den Ketzern auszuliefern. So halfen diese vielmehr die englischen Kolonien in die Höhe bringen, und in Neufrankreich war die Lage nach wie vor, daß man wohl Offiziere, aber keine Mannschaften hatte. Louisiana blieb lange ganz unbesiedelt. Erst 1700 wurden wenigstens zwei Forts am Mississippi angelegt; und der Sonnenkönig hatte schon das Zeitliche gesegnet, als im Zusammenhang mit den berüchtigten Lawschen Spekulationsmanövern im Mündungsgebiet des Stromes um das nach dem Regenten Philipp von Orleans sogenannte Neu-Orleans herum eine wirkliche kleine Kolonie von einigen 5 000 Seelen entstand, der im Norden bescheidene Ansiedlungen am Illinois und Missouri entsprachen. Auch in Kanada aber zeigten die mehrfach vorgenommenen Zählungen wenig befriedigende Resultate. Noch 1713 sollen nur 20 000 weiße Einwohner vorhanden gewesen sein, während um die Mitte des Jahrhunderts die Bevölkerung des ganzen französischen Nordamerika auf nicht voll 80 000 geschätzt wurde.

In diesem Punkt also konnten es die Franzosen nicht einmal mit einer der größeren englischen Kolonien, wie Massachusetts oder New York, geschweige denn mit ihrer Gesamtheit aufnehmen. Aber eine Reihe von besonderen Umständen bewirkten, daß der Nachteil der geringen Zahl in höherem Grade ausgeglichen wurde, als zunächst denkbar erschien. Während in den englischen Kolonien die Milizeinrichtungen meist ganz unzureichend waren, zwischen den einzelnen Gemeinwesen wenig Zusammenhalt bestand und erst recht die feste einheitliche Leitung vom Mutterland aus fehlte, hatte Kanada eine gut durchgebildete militärische Organisation und gehorchte, nach Verfassung und Gesinnung in sich geschlossen, unbedingt der einen Autorität von Gouverneur und König. Alle Männer von vierzehn bis siebzig Jahren waren wehrpflichtig und wurden regelmäßig geübt. Dabei waren sie, als Jäger und Waldläufer abgehärtet im Kampf mit Wind und Wetter und den Schrecken des Urwalds, von Natur schon bessere Soldaten als die englischen Kolonisten, deren Masse sich friedlichen Berufen widmete. Sie fügten sich entsprechend dem Geist ihres Volkes leichter in die militärische Zucht und wurden getragen von einer leidenschaftlichen Hingabe an Königtum und Kirche, die ihrer Geschichte gegenüber dem mehr bürgerlich-prosaischen Charakter ihrer Feinde etwas von der Poesie mittelalterlichen Rittertums verleiht. Unter ihnen selbst ging die Rede, jeder einzelne nehme es mit drei Engländern auf.

Überdies aber durften sie allemal auf eine größere oder geringere Zahl indianischer Bundesgenossen rechnen; denn im Gegensatz zu den Yankees wußten sie sich von Anfang an und auf die Dauer mit den Eingeborenen gut zu stellen. Sie traten ihnen nicht mit dem Pharisäerhochmut des auserwählten Volkes gegenüber, sondern als Kameraden oder väterliche Freunde. Die Jesuiten, die sich dem Missionswerk mit ebensoviel Geschick wie Heldenmut widmeten, wünschten nach spanischem Muster Schutzverwandte aus ihnen zu machen, denen eine wohlwollende Vormundschaft alle schädlichen Einflüsse, wie etwa den Branntweingenuß, fernhielte. Die Regierung aber ging noch weiter. Colbert stellte getauften Indianern das volle Bürgerrecht in Aussicht und beförderte Mischehen, die dann auch massenhaft, namentlich von den Anwohnern der Grenzgebiete, geschlossen wurden. Ein General empfahl die Errichtung indianischer Regimenter mit indianischen Offizieren, ein

anderer ist bemalt und federgeschmückt zur Zusammenkunft mit befreundeten Häuptlingen erschienen, und an großen und kleinen Aufmerksamkeiten durch Geschenke oder Verleihung von Medaillen und Ehrentiteln hat es keiner der Gouverneure des Landes fehlen lassen. Dazu kam die natürliche Liebenswürdigkeit auch der einfachen Franzosen dem kindlichen Naturell der Wilden entgegen. Das katholische Kirchentum mit seinen Zeremonien und Wundern und guten Werken sprach sie ganz anders an als die unverständliche Dogmatik und oft recht unpassende Morallehre der puritanischen Missionare. Und vor allem doch: die englischen Kolonisten, die als Bauern und in dichten Reihen vordrangen, zerstörten den Wald und vertrieben das Wild, das die Hauptnahrung des roten Mannes bildete; die Franzosen dagegen, selbst vielfach nur Jäger und gering an Zahl, ließen ihm seine Jagdgründe, ja ermöglichten ihm, aus der Beute neben dem bloßen Unterhalt durch Tauschhandel mancherlei neue Annehmlichkeiten zu ziehen. So entstand ganz von selbst ein freundnachbarliches Verhältnis. Schwierigkeiten ergaben sich höchstens insofern, als die Indianer miteinander verfeindet waren, also die Verbindung mit einem Stamm leicht die Gegnerschaft eines anderen nach sich zog. Aus diesem Grund nahmen gerade die mächtigen Irokesen die Partei vielmehr der Engländer und taten den Kanadiern vielfachen Schaden, bis gegen Ende des 17. Jahrhunderts der große Gouverneur Frontenac eine Art Versöhnung erreichte. Im ganzen aber fiel die kriegerische Energie des Indianertums zugunsten der Franzosen in die Wagschale, sooft sie in Kämpfe mit den englischen Kolonisten gerieten.

Solcher Kämpfe gab es so viele, daß man versucht ist, von einem einzigen anderthalbhundertjährigen Krieg zu reden, der nur durch längere oder kürzere Waffenstillstände unterbrochen wurde. Denn abgesehen von dem allgemeinen weltpolitischen Gegensatz zwischen England und Frankreich, der sich natürlich auch in Nordamerika geltend machen mußte, lagen in den örtlichen Verhältnissen dort eine Reihe besonderer Streitpunkte vor. Akadien hatte keine irgend feste Grenze gegen Neuengland, und ganz ähnlich stand es mit Kanada und New York, indem die natürliche Straße über den Champlain- und Georgssee an den Hudson die eine Partei zu Zügen nach Norden gegen Montreal oder Quebec, die andere zu Vorstößen nach Süden gegen Albany verlocken mußte. Jedenfalls

kreuzten englische und französische Kolonisten die Waffen, sobald sie überhaupt nur in Nordamerika festen Fuß gefaßt hatten. Und zwar kam der erste Angriff von englischer Seite. Unter dem Vorgeben, daß die ganze Küste ihnen gehöre, zerstörten die Briten 1613 noch von Virginia aus Port Royal und eine Missionsstation, St. Sauveur, an der Penobsscot-Bucht. Dann 1629, als Karl I. in Krieg mit Ludwig XIII. geraten war, zwangen sie sogar Quebec zur Kapitulation, um es bis zum Frieden von St. Germain (1632) zu behalten. Es folgten zwei Jahrzehnte verhältnismäßiger Ruhe. Unter dem Protektorat Cromwells aber brachte England wenigstens die Ansiedlungen in Akadien neuerdings in seine Hand. Erst Karl II. gab sie 1667 zurück. Andererseits blieben auch die Franzosen nicht immer nur in der Verteidigung. Ein Intendant von Kanada, Talon, hatte zur Zeit der Besitzergreifung Neuniederlands durch den Herzog von York den naheliegenden Gedanken, das Hudsontal vielmehr für Ludwig XIV. zu fordern, womit die neuenglischen Kolonien ganz von französischem Gebiet umklammert gewesen wären, und wenn das schließlich unterblieb, so tat die Regierung in Quebec doch fortgesetzt alles, um durch Unterstützung der Indianer des Ostens die friedliche Entwicklung von Massachusetts und New Hampshire zu stören. Ernster noch wurde die Lage, als England seit der glorreichen Revolution von 1688 in Europa die Führung des Widerstandes gegen die Übermacht Frankreichs an sich nahm. Bekanntlich sahen die sechzig Jahre von 1688 bis 1748 drei große Kriege zwischen den beiden Westmächten, den sogenannten dritten Raubkrieg (1688 bis 1697), den spanischen Erbfolgekrieg (1702 bis 1713) und den österreichischen Erbfolgekrieg (1744 bis 1748). Allen dreien entsprachen richtige, sogar sehr erbitterte Kriege in Amerika, die die Amerikaner als König-Wilhelms-, Königin-Annas- und König-Georgs-Krieg zu bezeichnen pflegen. Die Hauptlast trugen Neuengland und New York. Die anderen Kolonien nahmen fast keinen Teil; ebenso tat das Mutterland wenig, jedenfalls sehr viel weniger, als in Boston und New York gewünscht wurde. Aber auch die französische Regierung fand sich auf anderen Schauplätzen zu sehr in Anspruch genommen, um ihre Kolonisten wirksam zu unterstützen. So oft davon die Rede war, erschien nur einmal 1746 eine starke französische Flotte in den amerikanischen Gewässern, und dann segelte sie unter dem Einfluß

von Krankheiten und Stürmen und Streitigkeiten zwischen den Befehlshabern schließlich unverrichteter Dinge nach Europa zurück. Im allgemeinen blieben die Kanadier auf ihre indianischen Bundesgenossen angewiesen. Die richteten in den englischen Kolonien denn freilich Schaden genug an. Wie der Chronist über einen Einfall sagt, den 1703 die Indianer des Ostens unter französischen Offizieren in Massachusetts machten: „Weder wurde dem Silberhaar der Greise Achtung gezeigt, noch erregten die Jammerschreie zarter Kinder das geringste Mitleid; denn sie triumphierten über deren Elend und beklatschten die als die geschicktesten Künstler, die am gewandtesten waren, die größten Foltern zu ersinnen.“ Manche kleine Stadt ist ganz niedergebrannt und die Bevölkerung erschlagen oder verschleppt worden. Aber solche Einfälle gingen doch selten über die Grenzgebiete hinaus. Die Angloamerikaner dagegen stießen wiederholt ins Herz der feindlichen Stellung vor, indem sie je nachdem bald Kanada, bald Akadien zum Gegenstand ihres Angriffes wählten. Die Unternehmungen gegen Quebec verliefen allerdings unglücklich, obwohl gerade für sie recht beträchtliche Mittel, bis zu ein paar Dutzend Kriegsschiffen und einigen tausend Mann Miliz- oder regulärer Truppen, aufgeboten wurden und die Flotte einmal (1690) bis unter die Kanonen der Stadt gelangte. Port Royal aber wurde mehrfach, zuletzt 1710, erobert, und der Utrechter Frieden von 1713, der Königin Annas Krieg beschloß, sprach ganz Akadien als jetzt umgetauftes Neuschottland förmlich den Engländern zu. Nur die Insel Kap Breton blieb den Franzosen. Hier aber legten sie alsbald als Ersatz für Port Royal in Louisburg nach Plänen von Vauban einen recht bedeutenden Waffenplatz an, der die Einfahrt in den St. Lorenzgolf beherrschte.

So wurde Louisburg das Kampfziel, als 1744 König Georgs Krieg ausbrach. Der damalige Gouverneur von Massachusetts, Shirley, wußte das Volk für den Versuch zu gewinnen, dem Feind die gefährliche Position zu entreißen. Seine eigene Kolonie stellte über 3 000 Mann, die andern Neuenglandstaaten versprachen kleinere Kontingente, und die Regierung beorderte vier Kriegsschiffe aus den westindischen Gewässern. Am 30. April 1745 konnte die Belagerung beginnen. Den Oberbefehl führte William Pepperell, seines Zeichens ein Kaufmann von ungewöhnlichem Reich-

tum, der militärische Kenntnisse wenig besaß. Trotzdem ging alles gut. Am 15. Juni, als Fort und Stadt zu Schutthaufen zusammengeschossen waren, kapitulierte der Kommandant für die noch etwa 2 000 Mann starke Besatzung. Der Jubel über diese bis dahin glänzendste Waffentat von Männern, die in Amerika geboren waren, überstieg alle Grenzen. Bis weit in die Kolonien des Südens gab es Glockengeläut, Freudenfeuer und Salutschüsse. Auch in London zeigte man sich dankbar, indem man Pepperell, was noch nie mit einem Neuengländer geschehen war, in den Adelsstand erhob und Massachusetts in sehr liberaler Weise die Kriegskosten ersetzte. Da aber der Krieg im übrigen für das Reich wenig günstig verlaufen war, wurde zur leidenschaftlichen Entrüstung der Kolonisten, die in förmlichen Aufruhr gerieten, die Eroberung im Aachener Frieden von 1748 gegen Zugeständnisse auf anderen Gebieten herausgegeben. Noch erschienen die Interessen der amerikanischen Provinzen als untergeordnet und nebensächlich. Aber schon stand der Umschwung vor der Tür. Während bisher die Kämpfe in Amerika sich im Anschluß an europäische Konflikte entwickelt hatten, erwuchs in den nächsten Jahren umgekehrt eine europäische Krisis aus amerikanischen Streitigkeiten. Der Gegensatz der englischen und französischen Kolonisten in der neuen Welt trat auf einmal in den Mittelpunkt der großen Politik.

Gerade schon jene Rückgabe von Louisburg sorgte dafür, daß der Aachener Frieden eigentlich nur den Wert eines feierlicheren Waffenstillstandes hatte. Die Franzosen wandten außerordentliche Mittel auf, um die Festungswerke herzustellen und zu verstärken. Auch suchten sie von Louisburg und von Kanada aus durch ihre Geistlichkeit die französisch und katholisch gebliebene Bevölkerung Akadiens aufzuwiegeln. Dem sah dann die englische Regierung nicht ruhig zu. Vielmehr gründete sie als eine Art Trutz-Louisburg weiter südlich an der Küste von Neuschottland die Stadt Halifax, der in einem Jahr 3 000 Kolonisten, meist entlassene Soldaten und Matrosen, zugewiesen wurden, und ergriff gleichzeitig strenge Maßregeln gegen die alten Einwohner der Provinz. Schließlich im September 1755 kam es bekanntlich dahin, daß diese unglücklichen Leute, 7 bis 8 000 an der Zahl, unter Verlust von Hab und Gut samt und sonders in die anderen englischen Kolonien abgeschoben wurden, wo nur zu viele von ihnen elend zugrunde gingen.

Doch war derweilen der Kampf zwischen Franzosen und Engländern bereits um einen anderen, viel bedeutenderen Preis lichterloh entbrannt. Die beiderseitigen Ansprüche auf das Mississippital und damit auf die Vorherrschaft über den Kontinent hatten sich unvermutet in voller Schärfe einander entgegengesetzt.

In der Theorie waren diese Ansprüche ja nun allerdings längst erhoben worden; denn die Engländer behaupteten von Anfang an, daß ihre Kolonien bis zum Stillen Ozean reichten, und die Franzosen machten seit den Tagen La Salles das Recht des Entdeckers auf das ganze Gebiet des Mississippi und seiner Nebenflüsse geltend. Auch hatten sie bereits mit der tatsächlichen Besitznahme wenigstens begonnen. Sie besaßen in Louisiana zwei größere Gruppen von Ansiedlungen, dazu zahlreiche Militär- und Handelsstationen, und was vielleicht das Wichtigste war, ein System von Bündnissen mit den Indianerstämmen, deren zwischen den Alleghanies und dem Mississippi verhältnismäßig viele und starke lebten. Einer ihrer besten Männer, Iberville, hatte im Anfang des 18. Jahrhunderts sogar davon geträumt, ein großes Eingeborenenreich unter französischer Schutzherrschaft zu gründen etwa in der Art, wie das von britischer Seite später in Indien geschehen ist. Aber auch die Engländer blieben nicht ganz untätig. Sie benutzten den Stammeshader der Rothäute, um den Franzosen in den kraftvollen Völkerschaften der Cherokesen und Chickasaws Feinde zu erwecken, die dann dauernd ein Pfahl im Fleisch der französischen Indianerklientel waren. Dazu traten sie in wirtschaftlichen Wettbewerb ein. Namentlich von Virginia und Südcarolina zogen sehr früh schon Händler über die Alleghanies, und wenn ihnen Ansiedler zunächst nicht folgten, so drang die wachsende Bevölkerung Virginias doch immer höher in das Gebirge herauf. Das Hinüberfluten in die Täler des Tennessee und Ohio konnte nur eine Frage der Zeit sein. Schon 1716 hatte der virginische Gouverneur Spotswood mit einigem Pomp eine viel bemerkte Erkundungsreise über den Kamm der Blauen Berge unternommen. Unmittelbar dann nach dem Aachener Frieden, 1749, wurde eine Gesellschaft, die Ohiokompagnie, zur Erschließung der westlichen Gebiete gegründet. Der Gouverneur Dinwiddie sowie andere hervorragende Männer Virginias gehörten ihr an, und der König verlieh ihr im Gründungsprivileg weite Landstriche an dem Flusse, nach dem sie hieß. Man

tat, als wäre es eine selbstverständliche Sache. Der Ansprüche Frankreichs wurde nicht weiter gedacht. Aber schon war Frankreich selbst auf dem Plan erschienen. Während es bis dahin dem Ohiotal nur geringe Aufmerksamkeit geschenkt hatte, weil es dort nur wenig Indianer und also auch nur wenig Gelegenheit zum Handel gab, sandte jetzt der Gouverneur von Kanada, de la Galissonnière, eine Expedition unter Céloron den Fluß herauf, die die Wappen Frankreichs aufrichtete, die Eingeborenen für Ludwig XV. in Pflicht nahm und die englischen Händler des Landes verwies. Auch wurden in den nächsten Jahren einige Forts angelegt. Klar trat die Absicht zutage, die englischen Nebenbuhler auf den Küstenstrich einzuschränken und das ganze Innere des Kontinents mit allen Zukunftsmöglichkeiten der amerikanischen Entwicklung für Frankreich zu sichern. Das stand außer Verhältnis zu der Zahl der Franzosen, die bis dahin die neue Welt aufgesucht hatten, und erst recht zu der inneren Stärke der Monarchie, die die Pompadour und ihresgleichen bereits an Rosenketten zum Abgrund führten. Aber man kann sich doch der Bewunderung nicht erwehren, besonders wenn man bedenkt, daß ein anderer Franzose, Dupleix, genau gleichzeitig den fast geglückten Versuch machte, England auch in Indien vollständig den Rang abzulaufen.

Dort in Indien kämpften Engländer und Franzosen unter der durchsichtigen Maske von Verbündeten einheimischer Fürsten bereits auf Tod und Leben, während die Beziehungen zwischen den Höfen von London und Paris noch vollkommen normal schienen. Ganz ähnlich jetzt gingen die Gewehre im Ohiotal los, lange ehe die beiderseitigen Regierungen sich den Krieg erklärten. Gouverneur Dinwiddie traf 1753 Anstalten, an dem strategisch wichtigen Punkt, wo sich der Alleghany und Monongahela zum Ohio vereinen und heute die Stadt Pittsburg liegt, ein Fort erbauen zu lassen. Die Franzosen hinderten das. Es kam zu Tätlichkeiten, und das Ende war, daß im Juli 1754 ein paar hundert Mann virginischer Truppen unter dem Kommando von George Washington nach einem ernsthaften Treffen zur Kapitulation und Abzug gezwungen wurden.

Damit fand sich nicht nur das Interesse, sondern auch die Ehre Englands engagiert. Die Regierung schickte zwei Regimenter und einen General, Braddock, herüber. Auch in den Kolonien wenigstens Neuenglands wurde gerüstet. Schon 1755 war der

Krieg eigentlich in vollem Gang. Die Neuengländer schlugen sich mit den Kanadiern am Georgssee, und Braddock suchte die Schlappe Washingtons gutzumachen, indem er eine Expedition gegen das neue Fort Duquesne führte, das nunmehr die Franzosen am Zusammenfluß des Ohio errichtet hatten. Da er aber für die besonderen Bedingungen einer Kriegführung in der Wildnis und gegen Indianer kein Verständnis besaß, erlitt er kurz vorm Ziel durch den an sich viel schwächeren Feind eine vernichtende Niederlage (9. Juli 1755). Der größere Teil seines Heeres, nahe an 900 Mann, war tot oder verwundet. Die anderen flohen zurück ohne Ordnung und Aufhalten, nach den Worten eines Beteiligten „wie Schafe, die von Hunden gejagt werden“. Und doch kam das Schlimmste erst nach. Gestützt auf den Eindruck des letzten Sieges, gelang es den Franzosen leicht, die Indianer der Gegend zu einem allgemeinen Einfall in Virginia und Pennsylvanien aufzureizen. Meilenweit wurden während des Unglückswinters von 1755 auf 56 die Grenzgebiete verheert. Washington, der mit einer kleinen Truppe dem Unglück nicht wehren konnte, schrieb, er würde lieber hundert Tode sterben, als die herzzerreißenden Szenen sehen zu müssen. Trotzdem trugen weder die Kolonialverwaltungen noch das Kabinett von St. James daheim dem Ernst der Lage genügende Rechnung. Die kriegerische Energie der Angelsachsen gelangt eben immer nur langsam zu voller Entwicklung. Sie müssen durch Niederlagen zum Sieg erzogen werden. Die englische Regierung erklärte zwar im Mai 1756 förmlich den Krieg, aber sie bestimmte nach Nordamerika nur ein einziges Regiment mehr, und wenn die Kolonien ihrerseits Truppen aufstellten, so geschah das vielfach zögernd und allemal mit lästigen Vorbehalten bezüglich der Art, wie sie verwandt werden durften. Dazu ließ das Einvernehmen zwischen Militär- und Zivilbehörden und zwischen königlichen und Milizoffizieren so ziemlich alles zu wünschen übrig. Brutalität und Hochmut dort, Insubordination und Tadelsucht hier, dazu Rangstreitigkeiten, Eifersüchteleien, Schikanen waren an der Tagesordnung, und der neue Oberbefehlshaber, Lord Loudon, ein Mann umständlich-ängstlicher Methodik, konnte es entfernt nicht mit dem Feldherrntalent und Soldatengeist des Marquis von Montcalm aufnehmen, der das Kommando in Kanada erhalten hatte.

So verlief auch das Jahr 1756 noch unter Mißerfolgen, indem

namentlich das wichtige vorgeschobene Fort Oswego, die einzige englische Position am Ontariosee, mit mehreren tausend Mann Besatzung kapitulierte. Für 1757 plante Loudon die Eroberung von Louisburg. Überhaupt nach der Seite des Organisatorischen veranlagt, traf er die umfassendsten Vorbereitungen. Die Regierung mußte sechs weitere Regimenter und eine Flotte schicken. Die Kolonien fanden sich ebenfalls in Requisition gesetzt. Schließlich Anfang Juli waren in Halifax, das als Ausgangspunkt der Unternehmung gedacht war, an 11 000 Mann zusammengebracht, das größte europäische Herr, wie bemerkt worden ist, das Amerika bisher gesehen hatte. Man erwartete eine glänzendere Wiederholung der Großtat von 1745. Statt dessen gab es den kläglichsten Fehlschlag. Nachdem der General wochenlang seine Leute mit allen möglichen Belagerungsübungen gequält hatte, fand er im entscheidenden Augenblick nicht den Mut, sich nun wirklich nach der Festung einzuschiffen, die im besten Verteidigungszustand sein sollte, sondern kehrte unverrichteter Dinge unter allgemeinem Gespött nach New York zurück. Inzwischen hatte sich zu der moralischen Niederlage auf anderem Gebiet eine sehr reelle gesellt. Montcalm drang vom Champlain- an den Georgssee gegen Fort William Henry vor und zwang (9. August) die dortige Garnison von 2 000 Mann zur Ergebung. Das Ereignis ist traurig berühmt besonders wegen seines Nachspiels. Als nämlich die Verteidiger, denen man gegen gewisse Verpflichtungen freien Abzug versprochen hatte, die Festung verließen, stürzten sich die bei dem kanadischen Heer befindlichen Indianer auf sie und metzelten an hundert elend nieder. Überhaupt schien der ganze, seit Jahrzehnten angesammelte Haß der roten Männer gegen die englischen Kolonisten jetzt loszubrechen. Der Winter auf 1758 sah eine Wiederholung der Einfälle und Verwüstungen von vor zwei Jahren. Man mochte bis dahin meinen, daß die Aktion Frankreichs der glücklichen Weiterentwicklung der Kolonien tatsächlich verhängnisvoll werden würde.

Aber schon saß in London der Mann am Ruder, der bestimmt war, den Dingen eine ganz andere Wendung vielmehr auf vollständige Vernichtung des französischen Einflusses zu geben. Nach den gehäuften Mißerfolgen, mit denen nicht nur in Amerika der Krieg begonnen hatte, ließ sich die Regierung des Reiches nicht länger bloß unter dem Gesichtspunkt parlamentarischer Taktik

führen. Über die kleinlichen Intrigen der Aristokratie hinweg machten sich gebieterisch die großen Interessen der Nation geltend, und im Juni 1757 konnte ihr redegewaltiger Verkünder, der große Commoner William Pitt, als Staatssekretär die Leitung des Krieges übernehmen. Das war die stärkste Persönlichkeit, die England seit den Tagen des Lordprotektors hervorgebracht hatte, ganz Wille und Leidenschaft, genial bis an die Grenzen der Unvernunft, grandios gelegentlich mit einer Neigung zu barockem Überschwang. Ein Unmöglich gab es für ihn nicht. Wo so lange Protektionswirtschaft und Bedenklichkeit und falsche Sparsamkeit geherrscht hatten, wurden fortan die größten Mittel bewußt und sicher an das größte Ziel gesetzt. Auf der ganzen Linie und mit ganzer Kraft sollte der Gegner gepackt werden. In der alten Welt erhielt Friedrich der Große endlich wirksame Unterstützung durch Hilfstruppen und Subsidien, damit Frankreichs Hauptaufmerksamkeit nach dem Kontinent abgelenkt, Amerika, wie Pitt sagte, in Europa erobert würde, und Amerika selbst wurde darum nicht vernachlässigt. Pitt wandte den Ereignissen dort sogar ein ganz besonderes Interesse zu. Er gab Geld mit vollen Händen, sandte Flotten und Heere, sorgte für gute Generäle und zweckmäßige Kriegspläne, und vor allem doch er verstand, die eigenen Hilfskräfte der Kolonien in weitem Umfang heranzuziehen.

Versuche dazu waren ja auch schon vorher gemacht worden. Noch im Stadium des beginnenden Konflikts hatte die Regierung veranlaßt, daß der Gouverneur von New York Vertreter einer Reihe von anderen Provinzen auf den Juni 1754 zu einem Kongreß nach Albany einlud, um über kräftigere und einheitlichere Verteidigungsanstalten wie gemeinsame Verhandlungen mit den Indianern zu beraten. Dann später hatten sowohl Braddock wie Loudon Konferenzen mit den Gouverneuren der wichtigeren Kolonien abgehalten. Aber etwas Rechtes war nicht herausgekommen. Jetzt zum erstenmal empfanden die Kolonisten wirkliches Vertrauen zu einem englischen Minister. Sie glaubten ihm, daß das Mutterland diesmal die Waffen nicht eher niederlegen wolle, ehe es ihnen wirkliche Sicherheit vor Franzosen und Indianern erkämpft habe, und daß der große militärische Apparat nicht etwa später zur Beschränkung ihrer Freiheiten verwandt werden würde. So brachten sie, wenn auch nicht alle gleichmäßig und nicht immer ohne Wider-

spruch oder Vorbehalt, im ganzen doch die außerordentlichsten Opfer für die große Sache. Namentlich die Provinzen der Mitte und des Nordens, und unter diesen besonders wieder Massachusetts, taten sich hervor. Sie nahmen Anleihen auf, gaben Papiergeld aus und erhöhten die Steuern. In New York betrug die Kriegsschuld schließlich 1762 über 300 000 Pfund; für New Jersey berechnete man, daß jährlich auf den Kopf der Bevölkerung ein Pfund Sterling an Kriegskosten entfiel, und in Massachusetts stieg die Steuer auf persönliches Einkommen zu märchenhafter Höhe. Dazu kamen die Opfer an Blut. Zeitweise standen mehr als 30 000 Kolonisten unter Waffen. Massachusetts allein bot 7 000, Connecticut 5 000 auf. Mindestens für die Provinzen nördlich von Maryland wuchs sich der Kampf gegen Frankreich so zu einem Volkskrieg aus, an dem jedes Haus Anteil nahm, bei dem fast von jeder Familie einer mitstritt.

Die guten Folgen ließen denn nicht auf sich warten. Es gab nur noch eine einzige empfindlichere Schlappe, indem Anfang Juli 1758 ein schönes und stattliches Heer von etwa 16 000 regulären und Kolonialtruppen unter Abercrombie vor Ticonderoga durch eine viel kleinere Zahl Franzosen nach schweren Verlusten zur Umkehr gezwungen wurde. Sonst löste ein Sieg den andern ab. Am 24. Juli 1758 bezwang eine große Expedition, die von England direkt gesandt wurde, nun wirklich Louisburg, nicht ohne „das Dünkirchen Amerikas“ von Grund aus für alle Zukunft zu zerstören; ein Streifkorps von Kolonisten eroberte das wichtige Fort Frontenac am Ontariosee, und Fort Duquesne, das den Ausgangspunkt des ganzen Streites gebildet hatte, wurde von den Franzosen geräumt, ehe noch General Forbes und Washington heran waren. Dann 1759 fiel der Hauptschlag. Der junge Oberst Wolfe, der schon vor Louisburg das Beste getan hatte, eigentlich der Held dieses Krieges, wurde ausersehen, eine Flotte und 9 000 Mann den St. Lorenzstrom herauf gegen Quebec zu führen. Die Stadt, in beherrschender Lage auf dem nördlichen Steilufer des hier enger werdenden Flusses, galt für fast uneinnehmbar; dazu hatte Montcalm, rechtzeitig von der Gefahr verständigt, etwa 16 000 Verteidiger zusammengebracht und in großen Lagern unterhalb der Festung im ganzen zweckmäßig aufgestellt. So verging Woche auf Woche, ohne daß die Engländer Boden gewannen. Ende Juni

hatte ihre Flotte vor Quebec Anker geworfen. Es wurde Anfang September, und die Stellung des Feindes war unerschüttert, wenn auch ein großer Teil der Stadt in Asche lag. Da kam Wolfe auf den erlösenden Gedanken, was von Osten her nicht gelungen war, von Westen zu versuchen. Dort oberhalb der Stadt fielen die Höhen zweihundert Fuß steil und ohne Straße zum Fluß ab, so daß die Franzosen glaubten, von dieser Seite sicher zu sein. Wolfe aber überzeugte sich von der Möglichkeit, auf einem schmalen Geißpfad doch eine genügende Menge von Truppen nach oben zu bringen, um über die sogenannte Abrahamsebene hin den Angriff unternehmen zu können. Während eine Kanonade die Aufmerksamkeit Montcalms auf den Schauplatz der bisherigen Kämpfe gerichtet hielt, ließ er im Schutz der Nacht 3 600 Mann auserlesener Truppen in Booten über den Strom und dann den Abhang hinauf schaffen. Das Wagnis gelang. Am frühen Morgen des 13. September standen die englischen Regimenter kampfbereit im Rücken des Feindes vor den Toren der Stadt. Montcalm, vollkommen überrascht, warf ihnen dennoch in Eile eine ungefähr gleiche Streitmacht entgegen. So spielte sich denn auf der Abrahamsebene in wenigen Vormittagsstunden die Entscheidungsschlacht des Krieges ab. Beide Teile fochten tapfer. Beide Führer wurden zu Tode getroffen. Der Sieg aber blieb den Engländern. Das französische Heer zog nach Montreal ab, die Stadt Quebec kapitulierte (18. September).

Vielleicht hätten die Franzosen auch jetzt noch ein gutes Stück Amerika für sich retten können, wenn sie Kanada aufgegeben und alle verfügbaren Streitkräfte nach Louisiana geführt hätten, um von da mit den befreundeten Indianerstämmen gegen die schlecht gerüsteten Südprovinzen vorzugehen. Pläne dieser Art sind wirklich erwogen worden. Aber am Ende schienen sie doch zu abenteuerlich, schon weil die Engländer noch vor Quebec das Fort Niagara besetzt hatten, also die rückwärtigen Verbindungen bedrohten. Auch konnte man sich nicht entschließen, den Verlust von Quebec als endgültig hinzunehmen. Im April 1760 versuchte der Nachfolger Montcalms, de Lévis, an der Spitze von 10 000 Mann die Rückeroberung. Sein Unternehmen fing glücklich an. Er erfocht am 28. April, nur wenig entfernt von dem Schlachtfeld des 13. September, bei St. Foy, einen unzweifelhaften Sieg, der ihm ermöglichte, die Belagerung zu beginnen. Aber schon segelte in der zweiten Maiwoche eine englische Flotte den eisfrei gewordenen

Strom herauf und zwang die Franzosen zur Rückkehr nach Montreal. Dort zog sich dann das Netz über ihnen zusammen. Von drei Seiten: von Quebec flußauf, von Oswego flußab und auf der vielumstrittenen Straße über den Champlainsee rückten die englischen Heere heran. Früher waren solche Versuche eines konzentrischen Angriffs noch immer mißlungen. Diesmal trafen sich die drei Gruppen fast auf den Tag. Der Gouverneur Vaudreuil setzte gegen den Willen der kampflustigeren Militärs die Eröffnung von Verhandlungen durch, und am 8. September 1760 kam ein Vertrag zustande, durch den nicht nur Montreal selbst, sondern ganz Kanada, zunächst vorläufig, preisgegeben wurde. Bei den Friedenskonferenzen von 1762 wurde dann wohl noch erörtert, ob Frankreich gegen Abtretung der reichen Zuckerinsel Guadeloupe nicht vielleicht in die Herrschaft über das arme Land am St. Lorenzstrom, die „paar Morgen Schnee“, wie Voltaire es nannte, wieder einzusetzen sei. Da Pitt inzwischen ausgeschieden war, bestand im englischen Kabinett eine gewisse Stimmung dafür. Schließlich aber hielt die Mehrheit doch für richtiger, den Nebenbuhler ganz und dauernd vom amerikanischen Kontinent zu entfernen. Der Pariser Vertrag vom 10. Februar 1763 setzte fest, daß Kanada und das Gebiet östlich des Mississippi an England fielen, während die Ansprüche westlich des Stromes samt der Kolonie von Neu-Orleans infolge einer direkten Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Spanien auf dieses letztere übergingen.

So war der Frieden von 1763 ein Wendepunkt in der Geschichte der werdenden Vereinigten Staaten und nicht der am wenigsten entscheidende. Die französische Rasse trat zurück von dem Wettbewerb um die Erschließung Nordamerikas, bei dem sie zwar nicht vermocht hätte, das soviel zahlreichere angelsächsische Element ganz zurückzudrängen, wohl aber es im Bund mit den Indianern auf das ernstlichste zu behindern. Die Kolonisten erhielten freie Bahn nach Westen und brauchten nicht länger voll Sorgen nach Norden, nach Quebec oder Montreal, zu sehen. Zugleich aber ergab sich eine Veränderung in ihrem Verhälnis zum Mutterland. Der Fortfall der gemeinsamen Bedrohung von Frankreich her konnte leicht auf eine Lockerung der Gemeinschaft überhaupt hinwirken, und andererseits wuchs die Möglichkeit eines Konflikts, indem der glückliche Krieg das Selbstbewußtsein beider Parteien

mächtig gesteigert, bei den Amerikanern ein Nationalgefühl, bei der Regierung eine Neigung zu imperialistischer Politik erweckt hatte. Nicht ohne Grund tröstete man sich in Versailles über die Opfer des Pariser Friedens mit der Hoffnung, daß der Gewinn der französischen Kolonien für England der erste Schritt zum Verlust der eigenen sein würde. Auch hier mochten die Sieger die Erfahrung des sic vos non vobis machen: So Ihr nicht für Euch.

Drittes Kapitel

Die Unabhängigkeitserklärung

Wenn es Revolutionen gibt, die einen reinen Angriff darstellen, und andere, die sich in den Formen der Abwehr vollziehen, so gehört die nordamerikanische Unabhängigkeitsbewegung zu den letzteren. Die bisherige Entwicklung der Kolonien mochte sie mannigfach vorbereitet haben. Aber sie wäre nicht oder doch nicht so bald in Gang gekommen ohne den Anstoß durch eine veränderte, anspruchsvollere Politik der englischen Regierung.

Auch früher wohl waren es nicht Einsicht und Freisinn des Mutterlandes gewesen, die den Ansiedlern erlaubt hatten, zunächst unbehindert ihren eignen Weg zu gehen. König und Parlament hatten vielmehr eine lange Reihe von Gesetzen erlassen, die die wirtschaftliche Freiheit der Kolonien beschränkten, und zu verschiedenen Zeiten Erwägungen angestellt über eine Verminderung auch der politischen und kirchlichen, aber die Gesetze waren im wesentlichen auf dem Papier geblieben, und die Erwägungen hatten sich nicht zu Taten verdichtet; denn Amerika war weit, und auf den britischen Inseln oder dem europäischen Festland drängten nähere Sorgen. Darin nun trat durch den letzten Krieg notwendig eine Änderung ein. Die Regierung, die sich sieben Jahre unausgesetzt, oft in erster Linie, mit den amerikanischen Verhältnissen beschäftigt hatte, konnte unmöglich wieder in die alte passive Rolle zurückverfallen. Sie wußte jetzt, welche Reichsinteressen dort auf dem Spiel standen; es war, als wenn sie mit Kanada gleichsam etwas auch von der französischen Art der Kolonialpolitik übernommen hatte. Die Berichte der Gouverneure wanderten nicht mehr ungelesen zu den Akten. Die Minister studierten sie und sahen mit Schrecken, wie wenig von der Autorität des Königs in den zukunftsreichen Provinzen jenseits des Meeres noch übrig war.

Das aber erschien um so unerträglicher, als der Gang der Dinge in England selbst gerade eine Richtung auf Stärkung der königlichen Autorität nahm. 1760 war der junge Georg III. auf den Thron gekommen. Er war seit der Berufung des Hauses Hannover der erste König, der in England geboren war und sich — unbeschadet überwiegend deutscher Charaktereigenschaften — auch als Engländer gab. Das sicherte ihm eine gewisse Popularität. Er hing nicht mehr so wie die beiden ersten George von dem guten Willen der großen Whigfamilien ab, und Mutter und Erzieher hatten ihm unablässig gepredigt, daß er diese Unabhängigkeit benutzen müsse, um die monarchische Gewalt wieder zu Ehren zu bringen. Natürlicher Eigenwille und Gewissenhaftigkeit wiesen ihm den gleichen Weg. Auch kam in Betracht, daß die politische Literatur in verständlicher Gegenwirkung gegen die Herrschaft des selbstsüchtigen Parlamentsadels das alte Tory-Ideal einer starken Königsgewalt wieder belebt hatte. Genug, der neue Herr knüpfte, wenn auch nicht gerade an die Stuarts, so doch etwa an Wilhelm III. an. Zu engen Geistes, um, wie einige gewünscht hätten, beim Volk eine Stütze gegen das Parlament zu suchen, verstand er dafür um so besser, sich innerhalb des Parlaments eine Partei zu schaffen, indem er die bisher dem Kabinett überlassene Verteilung von Pensionen und Sinekuren selbst in die Hand nahm, und durch diese Partei der „Königsfreunde" dann die Minister in Abhängigkeit von sich zu bringen. Für mehr als zwei Jahrzehnte trat das Königtum, von dem es lange recht still gewesen war, wieder in den Mittelpunkt der englischen Politik. Freiheit wurde eine Sache der Opposition, die Ideale vielmehr von Ordnung und Gehorsam beherrschten die Szene.

An ihnen also maß man nun auch die Verhältnisse in Amerika. Ausdrücklich sprach man davon, dort „Ordnung zu schaffen". Die Beziehungen zwischen dem Mutterland und den Kolonien sollten einer gründlichen Revision unterzogen werden. Robert Walpole hatte sich einst zu der Ansicht bekannt, daß man sich an den indirekten Vorteilen genügen lassen möge, die dem Staat aus dem Handel mit Amerika erwüchsen. Die Minister jetzt faßten das Problem mehr grundsätzlich als opportunistisch auf, mehr vom politischen als vom wirtschaftlichen Standpunkt und hielten deshalb für notwendig, den amerikanischen Besitz, um dessentwillen

eben erst die größten Opfer gebracht waren, auch unmittelbar für die Zwecke des Gesamtreichs nutzbar zu machen. Die Kolonien müßten veranlaßt werden. die Gesetze des Parlaments ernster als bisher zu beobachten; sie müßten ein stehendes Heer bei sich aufnehmen und in irgendeiner Form zu dessen Kosten beitragen. Vielleicht auch empfahlen sich umfassende Organisationsveränderungen im Sinn einer gleichmäßigeren und mehr zentralisierten Verwaltung, wie sie bereits Jakob II. einmal erstrebt hatte; denn waren König und Parlament wirklich verpflichtet, Sonderrechte und Grenzen all der dreizehn zum Teil doch recht seltsam und zufällig gebildeten Kolonien zu respektieren? Während diese selbst sich doch schon mehr und mehr wie Staaten benahmen, wollte sie die neue englische Rechtstheorie nur als Korporationen betrachten, ohne irgendwelche Souveränität, abhängig durchaus von der königlichen Gnade, die recht wohl auch entzogen werden könne.

Die Praxis freilich war zunächst noch gemäßigter. Man begnügte sich, die Absicht anzukündigen, einige Regimenter in Amerika zu belassen: das konnte schon mit der noch fortdauernden Indianergefahr gerechtfertigt werden, und man traf allerlei mehr oder minder einschneidende Maßregeln zur Bekämpfung des Schmuggels. Dieser hatte namentlich in Neuengland, aber auch in New York und den Kolonien des Südens so ungeheuren Umfang angenommen, daß für die Bevölkerung das Bewußtsein der Ungesetzlichkeit ganz verloren gegangen war. Nach einer Schätzung, die sicher nicht zu ungünstig ist, kam nur ein Zehntel der Einfuhr wirklich zur Verzollung. Während des letzten Krieges hatten sich die Patrioten Bostons nicht einmal geschämt, den Franzosen in Kanada und Westindien fortgesetzt reichlichen Proviant zuzuführen. Gerade diese Beobachtung gab vielleicht den ersten Anstoß, daß sich das englische Kabinett mit dem amerikanischen Zollwesen beschäftigte. Dabei fand sich, daß die Zölle weniger Ertrag abwarfen, als die Erhebungskosten ausmachten. So ergingen schon 1763 strengere Anweisungen an die Beamten, und wurden diese vermehrt. Dann im April 1764 folgte die sogenannte Zuckerakte. Sie bestätigte einige lästige alte Abgaben mit gelinder Abschwächung und legte einige neue dazu auf; vor allen Dingen aber richtete sie sich gegen den Schleichhandel. Es wurde verordnet, daß Zollvergehen statt vor die ordentlichen Gerichte des Landes, die fast immer zu Freisprüchen kamen, vor die

Admiralitätsgerichte gezogen werden könnten, die ohne Geschworene entschieden; und die Offiziere der in den amerikanischen Gewässern stationierten Kriegsschiffe erhielten ausdrücklich die Bestallung als Zollbeamte, auf Grund deren sie dann alsbald recht rücksichtslos einschritten.

Es ist sehr möglich, daß das allein genügt hätte, um mindestens in Neuengland eine gefährliche Gegenbewegung hervorzurufen; denn schon, als drei Jahre zuvor während des Krieges, um jene Durchstechereien mit Frankreich zu hindern, die Regierung ausgedehntere Vollmachten zu Haussuchungen verlangt hatte, war aus diesem Anlaß von einem fortan sehr einflußreichen Bostoner Advokaten James Otis eine mit Begeisterung aufgenommene Rede gehalten worden, die den Grundton der kommenden Revolution anschlug, indem sie gegen die englische Unterdrückung die natürlichen und unveräußerlichen Persönlichkeitsrechte an Leben, Freiheit und Eigentum betonte. Immerhin die gesetzliche Befugnis des Mutterlandes zur Bekämpfung des Schmuggels und Auferlegung von Zöllen ließ sich nicht bestreiten, und die Opposition wäre also sehr behindert gewesen, wenn ihr König und Parlament nicht eine andere Handhabe gegeben hätten. Der Eingang der Zuckerakte enthielt den bedenklichen Satz, daß es gerecht und notwendig sei, ein Staatseinkommen aus Amerika zu ziehen. Auch hatte der leitende Minister Grenville einige Wochen früher im Parlament eine Resolution beantragt und durchgesetzt, es könnte, um die Kosten für den Schutz der Kolonien zu decken, angemessen sein, gewisse Stempelabgaben in ihnen zu erheben. Mit Beidem wurde nun wirklich neuer, sehr unsicherer Boden betreten. Bisher war die Vorstellung gewesen, daß die Zölle der Regulierung des Handels dienten. Durfte das englische Parlament jetzt auf einmal eingestandene Finanzzwecke mit ihnen verbinden oder gar neben ihnen richtige Steuern, innere Abgaben auferlegen?

Vom englischen Standpunkt ließen sich Gründe genug dafür anführen. Wenn das Vereinigte Königreich, wenn das arme Irland große neue Lasten hatten auf sich nehmen müssen, erschien es als eine Sache der Billigkeit, daß auch die blühenden Kolonien in Amerika zu den Ausgaben wenigstens für ihre eigene Verteidigung herangezogen würden; und ein geschriebenes Recht stand kaum entgegen. Das Parlament konnte für die Kolonien, ohne sie zu hören,

alle möglichen Gesetze geben, die tief auch in die Privatinteressen eingriffen. Es war nicht einzusehen, warum Steuergesetze eine Ausnahme bilden sollten. Der Freibrief von Pennsylvanien behielt die Besteuerung durch Parlamentsakte ausdrücklich vor. Daß sie bisher unterblieben war, bewies nur die vernünftige Schonung der noch unerwachsenen Kraft: „Wir spannen kein Kalb vor den Pflug," sagte der berühmte Doktor Johnson, „wir warten, bis es ein Ochse ist." Übrigens wollte man ja auch den Ochsen nicht zu hart anfassen. Grenville versicherte den Agenten der Kolonien, die sich gemeinschaftlich bei ihm einfanden, daß England nur einen Teil der auf 350 000 Pfund veranschlagten Kosten für Heer und Verwaltung in Amerika auf sie abwälzen werde, und stellte anheim, ihm, wenn die in Aussicht genommene Stempelsteuer nicht gefalle, einen andern Weg für die Aufbringung des nötigen Geldes zu bezeichnen. Mit Rücksicht darauf sollte erst nächsten Jahres der Ankündigung das Gesetz folgen.

Dennoch hätte nicht überraschen dürfen, daß der Eindruck in Amerika ein sehr ungünstiger war. Die Kolonisten hatten sich am Ende noch stets sehr oppositionslustig gezeigt, selbst solange sie offenbar schutzbedürftig waren, und wo es sich um alte und bekannte Forderungen des Mutterlandes handelte. Wie mußte da auf ihr durch den Krieg gesteigertes Selbstgefühl ein Anspruch wirken, für den es keinerlei Vorgang gab, und der um so bedrohlichere Aussichten eröffnete! Zum Besten eines stehenden Heeres vom englischen Parlament besteuert zu werden, erschien ihnen nach Zweck und Mittel gleich unerträglich. Hatten sie sich bisher mit der Miliz gegen Franzosen und Indianer behauptet, so würden sie es weiter können. Aus den englischen Verfassungskämpfen des 17. Jahrhunderts, deren Erinnerung doch gerade dem alten Stamm der Kolonisten unverloren war, hatte sich ihnen die Lehre tief eingeprägt, wie gefährlich ein stehendes Heer der Freiheit sei; und womöglich noch weiter zurück reichte die Überzeugung, daß niemandem etwas von seinem Eigentum genommen werden könne, ohne seine oder seiner rechtmäßigen Vertreter Zustimmung. Nun behaupteten freilich die Rechtsgelehrten des Mutterlandes, daß das Parlament von England die Kolonisten einfach mitvertrete; denn nicht darauf komme es an, ob der einzelne Kreis einen Abgeordneten sende. Das dürften auch Städte wie Manchester und Birmingham

nicht, für die dennoch das Parlament im ganzen da sei. Und so, wie sich das Verfassungsleben in England seit 1660 entwickelt hatte, auf die tatsächliche Ersetzung des Volks durch eine bevorrechtigte Aristokratie, war diese Auffassung durchaus verständlich. Den Amerikanern aber, die in ihren kleinen Gemeinwesen eine wirkliche, unmittelbare, nicht bloß fiktive Vertretung gewohnt waren, erschien sie einfach als Advokatenkniff. Immer geneigt, ihre Phantasie gehen zu lassen und den Mund voll zu nehmen, erklärten sie, wenn sie von England aus besteuert werden dürften, so könnten sie überhaupt nichts mehr ihr Eigen nennen. Die Bewohner der Kolonien würden schließlich noch Sklaven des Volkes werden, von dem sie abstammten. Die einen beriefen sich auf die Rechte und Freiheiten geborener englischer Untertanen, die einst König Jakob den ersten Kolonisten zugesichert hatte, andere arbeiteten nach jenem Vorgang von Otis mit dem natürlichen Recht, was bequemer war und dem Geist der Aufklärungszeit mehr entsprach. Schon wurde hier und da die Befugnis des Parlaments zur Gesetzgebung für die Kolonisten überhaupt bestritten. Mindestens aber zog man eine scharfe Grenzlinie zwischen äußerer Besteuerung durch Zoll- und Handelsgesetze, die allenfalls erträglich sei, und der neu vorgeschlagenen inneren Besteuerung, der jene unter keinen Umständen als Rechtfertigung dienen könne. Nur die Versammlung von Pennsylvanien äußerte, auch noch ganz allgemein und unverbindlich, eine Neigung, der Krone nach Kräften anderswie Unterstützung zu bewilligen. Alle übrigen Landtage verhielten sich unbedingt ablehnend.

So war die Regierung gewarnt. Grenville aber unterschätzte den Ernst, der hinter den Protesten stand, und da er an sich ein eigenwilliger und hartnäckiger Mann war, schritt er auf dem einmal betretenen Weg unbeirrt fort. Am 6. Februar 1765 brachte er den angekündigten Entwurf einer Stempelakte wirklich ein. Es war ein umfängliches Gesetz von einigen Dutzend Paragraphen, das für alle Wechsel und Schuldverschreibungen, Verträge und Urkunden, auch Zeitungen und Flugblätter Stempel in verschiedener Höhe vorsah, von zwei Pence bis zu zehn Pfund. Der Ertrag (allerdings einschließlich der Leistungen Westindiens und Kanadas) wurde zunächst auf 100 000 Pfund veranschlagt; und wenn das am Ende doch keine geringe Belastung bedeutete, eine Belastung noch dazu in

erster Linie für die beiden gefährlichsten Klassen der Advokaten und Zeitungsmänner, so mußte als ein besonderes Ärgernis empfunden werden, daß über Verstöße gegen das Gesetz wieder das Admiralitätsgericht ohne Geschworene entscheiden sollte. Es fehlte denn im Unterhaus auch nicht ganz an Widerspruch von Leuten, die Amerika kannten und liebten. Insbesondere Oberst Barré, ein Freund Pitts, fand, indem er die Behauptung von der Dankesschuld der Kolonisten zurückwies, Worte, die in Amerika von Mund zu Mund gingen: „Sie sind gepflanzt durch Eure Fürsorge. — Nein, Eure Unterdrückung hat sie nach Amerika getrieben! Sie sind großgezogen durch Euer Wohlwollen. — Sie wuchsen vielmehr durch Eure Vernachlässigung! Beschützt durch Eure Waffen: sie haben großmütig die Waffen zu Eurer Verteidigung ergriffen! Glaubt mir und gedenkt dessen, was ich heute sage: derselbe Geist, welcher dies Volk — die Söhne der Freiheit — von Anfang an beseelte, wird sie auch ferner begleiten! Es ist ein Volk ebenso loyal und getreu wie nur irgendwelche Untertanen des Königs, aber zugleich ein Volk, eifersüchtig auf seine Rechte, das sie verfechten und schützen wird, wenn sie jemals angegriffen werden sollten." Indessen die große Mehrheit setzte sich über solche Prophezeiungen hinweg. Ohne jede ernste Schwierigkeit ging das Gesetz bis zum 24. Februar durch alle drei Lesungen und konnte, nachdem es auch das Oberhaus angenommen hatte, am 22. März verkündet werden, indem der 1. November für die Einführung bestimmt wurde. Grenville erwartete weiter nichts Böses. Die Agenten der Kolonien hatten auf seine Aufforderung bereitwillig Männer bezeichnet, denen der Stempelverkauf zu übertragen sei, also das neue Gesetz mittelbar anerkannt. Gerade ihr geistiges Haupt, Benjamin Franklin, nannte für das neue Amt, das ihm offenbar nicht gehässig erschien, einen seiner vertrauten Freunde und schrieb resigniert: „Freilich ist die Sonne der Freiheit nunmehr für uns untergegangen, aber wir können noch Lichter anstecken. Sparsamkeit und Fleiß werden uns zum großen Teil entschädigen."

Auf der anderen Seite des Wassers jedoch war die Stimmung mehr danach, Brandfackeln als friedliche Lichter zu entzünden. Zuerst, wie es sich gebührte, noch Ende Mai, sprach die Versammlung von Virginia als der ältesten und vornehmsten Kolonie, der Old Dominion, wie sie sich gern nennen ließ. Eins ihrer Mitglieder,

der feurige Advokat Patrick Henry, erinnerte Georg III. an das Schicksal von Tarquinius, Cäsar und Karl I. und setzte durch, daß eine Reihe von Resolutionen gefaßt wurden, die das Recht der Selbstbesteuerung als angeboren, stets geübt und nie verwirkt in Anspruch nahmen. Das wurde dann Anlaß und Vorbild für eine lange Reihe ähnlicher Proteste der anderen Kolonien. Noch einen Schritt weiter aber tat Massachusetts. Dort, wo der puritanische Oppositionsgeist schon manches Mal bis an die Grenze des Abfalls gegangen war, gab es eine kleine einflußreiche Partei von begabten Männern, die, sei es aus Grundsatz, sei es aus gekränktem Ehrgeiz, planmäßig gegen die Regierung hetzten. Sie brachten jetzt den Gedanken eines Kongresses aller Kolonien auf, dessen Mitglieder schon einigermaßen revolutionär nur von den Volkshäusern ohne Rücksicht auf Rat und Gouverneur gewählt werden sollten. Die Aufnahme war die beifälligste. „Join or die“, sich vereinigen oder sterben, wurde überall als Losung ausgegeben, und am 7. Oktober trat der sogenannte Stempelaktenkongreß in New York zusammen. Er bestand freilich nur aus Abgeordneten von neun Kolonien, aber die anderen vier waren nicht aus Abneigung unvertreten geblieben, sondern aus irgendwelchen äußeren Gründen, wie etwa Virginia keine Wahlen hatte vornehmen können, weil der Gouverneur den Landtag wegen jener Mai-Resolutionen aufgelöst hatte. Die Stimmung entsprach in der Hauptsache den Wünschen der Leute von Massachusetts, unter denen wieder Otis eine vielbewunderte Rolle spielte. Ganz in dessen Geist rief gleich anfangs ein Deputierter von Südcarolina, daß man sich nicht so sehr auf das geschriebene Recht deutungsfähiger Privilegien berufen solle als auf „jene natürlichen Rechte, welche wir alle fühlen und kennen als Menschen und Nachkommen von Engländern“; und die Erklärung der Rechte, die am Ende festgestellt wurde, behauptete dann wirklich mit merkwürdiger Vermischung natur- und verfassungsrechtlicher Gründe: „Es ist ein untrennbarer Bestandteil der Freiheit eines Volkes und der unbezweifelten Rechte von Engländern, daß ihnen keine Steuern auferlegt werden dürfen, außer mit ihrer eigenen Zustimmung.“ Schon sprach ein und der andere von bewaffnetem Widerstand. Erst am 25. Oktober ging der Kongreß auseinander.

Inzwischen war die Empörung des Volks längst auch zu un-

mittelbarem Ausdruck gekommen. Von jeher hatte es in Amerika Pöbelexzesse gegeben: das lag in der Eigenart der englischen Rasse und der kolonialen Verhältnisse. Aber noch nie waren ihrer soviele gewesen wie im Sommer und Herbst von 1765. Unter dem Feldgeschrei: „Freiheit, Eigentum und keine Stempel" verbrannte man überall die Bilder mißliebiger Beamter und neuernannter Stempelverkäufer oder mißhandelte sie persönlich oder zerstörte ihre Häuser. Selbst das ruhige Philadelphia sah dergleichen Krawalle; und in Boston erfreuten sie sich der Duldung, wenn nicht der offenen Unterstützung der Selbstverwaltungsbehörden. Auch für die häßlichsten Ausschreitungen, wie die Verbrennung des Archivs des Admiralitätsgerichts, war eine Strafe nicht zu erwirken. Den Höhepunkt erreichte die Bewegung am 1. November, wo das verhaßte Gesetz hätte in Kraft treten sollen. Er wurde als ein Tag nationaler Trauer und Empörung begangen. Viele Läden waren geschlossen, die Glocken läuteten wie zum Begräbnis, die Flaggen wehten Halbmast, die Zeitungen erschienen mit einem Totenkopf statt des Stempels, und der Text der Akte wurde feilgeboten mit der Überschrift: „Englands Torheit und Amerikas Untergang." Wo man Stempelpapier erbeutete, wurde es vernichtet. Nirgends war es möglich, welches zu verkaufen. Das aber bedeutete eine vollständige Stockung alles Rechts- und Geschäftslebens, da dessen Akte zur Gültigkeit ja doch fortan des Stempels bedurften. Schon insofern wurden denn auch die Interessen der englischen Kaufleute in Mitleidenschaft gezogen, die mit Amerika handelten. Doch verstanden die Kolonisten, diese noch direkter zu treffen. In Philadelphia, in Boston, in New York und den meisten anderen Handelszentren gingen Kaufleute und Private sogenannte Nichteinfuhrverpflichtungen ein. Falls das Stempelgesetz nicht bis zum 1. Januar 1766 aufgehoben werde, wollten sie keine neuen Waren mehr in England bestellen, bereits bestellte nicht abnehmen, ja die fälligen Zahlungen für gelieferte zurückhalten. Diese Beschlüsse trugen Kummer und Sorge in Tausende von englischen Kontoren und Werkstätten. Aus allen Großstädten kamen alarmierende Meldungen über Arbeitslosigkeit und drohende Bankrotte. Fast wie ein Mann schlossen sich die handel- und gewerbetreibenden Klassen Englands der Forderung an, daß Regierung und Parlament einlenken möchten.

Trotzdem wäre es für diese wahrscheinlich richtiger gewesen, an dem einmal erlassenen Gesetz auf jede Gefahr festzuhalten. Grenville hätte es getan. Als Abgeordneter stellte er alsbald den Antrag, die Kolonien für der Rebellion schuldig zu erklären. Aber Minister war er schon nicht mehr. Im Juli 1765 war der Führer einer andern parlamentarischen Klique, der Marquis von Rockingham, an seine Stelle getreten. Das hatte von vornherein die Opposition der Amerikaner ermutigt und half ihr nun zum Sieg. Denn Rockingham war eine weiche, kampfesscheue Natur. Auch fanden sich unter seinen Anhängern einige, die die Stempelakte von vornherein verworfen hatten. So hätte er sie am liebsten einfach und unbedingt zurückgezogen. Eher, soll er gesagt haben, würde er hundert Stempelgesetze widerrufen, als es auf die Gefahren ankommen zu lassen, die aus der zwangsweisen Durchführung eines einzigen entstehen müßten. Da aber der König im Grund gegen jede Nachgiebigkeit war und im Parlament wenigstens der Wunsch überwog, den unbotmäßigen Kolonisten gegenüber nicht ganz als geschlagen zu erscheinen, kam man, nachdem die Frage mit viel Leidenschaft und Geist in langen, bewegten Debatten erörtert war, schließlich auf ein Kompromiß ab. Die Stempelakte wurde aus Zweckmäßigkeitsgründen aufgehoben, aber gleichzeitig der Grundsatz gewahrt, daß das Parlament das Recht habe, Gesetze jeder Art, also auch Steuergesetze für die Kolonien zu erlassen (18. März 1766).

Im ersten Augenblick schien es, als sei damit der Konflikt aus der Welt geschafft. Die Amerikaner bekundeten ebenso lärmend ihre Loyalität wie eben noch ihre Entschlossenheit zum Widerstand, votierten Standbilder für den König und für Pitt, der ihre Sache mit besonderer Energie verteidigt hatte, und erfreuten die englischen Fabrikanten und Kaufleute durch zahlreiche Bestellungen. Jenen Vorbehalt nahmen sie nicht gar so ernst: man hatte sie unter der Hand wissen lassen, daß er nur ehrenhalber gemacht und ohne praktische Bedeutung sei. Dennoch blieb er ein Anzeichen, daß der Streit nicht wirklich ausgetragen worden war. Bei vielen einflußreichen und tüchtigen Leuten, insbesondere auch beim König, erhielt sich die Empfindung, daß England eine Einbuße an Ansehen erlitten habe, die eingebracht werden müsse. Der Wunsch, Ordnung zu schaffen, aus dem die Stempelakte hervorgegangen war, konnte

sich durch ihr Schicksal nur verstärkt finden. Mehr noch als bisher meinte man die Notwendigkeit zu erkennen, in den Kolonien die Gewalt der königlichen Beamten zu vermehren, den Landtagen Zügel anzulegen, die Zolleinnahmen zu erhöhen und ein stehendes Heer zu halten. Andererseits bei den Amerikanern war es ebenso natürlich, daß der Geist der Widersetzlichkeit, den der siegreich beendete Kampf aufgerufen hatte, nicht für die Dauer einfach verschwinden konnte. Sie wußten jetzt, welche Macht sie praktisch besaßen; und indem sie über das staatsrechtliche Verhältnis zum Mutterland nachgedacht hatten, waren sie theoretisch unter dem Einfluß des Naturrechts zu Sätzen gekommen, die den Keim der Revolution enthielten. Die politische Diskussion, die immer gern geübt, sich bisher überwiegend in den kleinen Händeln der einzelnen Kolonien erschöpft hatte, war auf das Große, Ganze gerichtet worden. Der amerikanische Gesamtpatriotismus hatte eine gewaltige Stärkung erfahren. Gern sprach man den Satz nach, den Christoph Gadsden aus Südcarolina auf dem Stempelaktenkongreß geprägt hatte, daß es auf dem Kontinent keinen Neuengländer, keinen New Yorker mehr geben dürfe, sondern bloß Amerikaner. Und wie dieser Gadsden waren überhaupt eine lange Reihe begabter, beredter und entschlossener Männer bekannt und populär geworden, die fortan ihren persönlichen Ehrgeiz mit der Sache der kolonialen Freiheit verbanden.

So ist es denn vielleicht weniger merkwürdig, daß zehn Jahre nach der Aufhebung der Stempelakte die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten folgte, als daß zu dieser Entwicklung überhaupt noch so lange Zeit nötig war. Eingeleitet wurde sie wieder durch einen Schritt der englischen Regierung. Das Ministerium Rockingham hatte den 18. März 1766 nicht viel überdauert; schon Ende Juli war es gestürzt worden, und in dem neuen Kabinett saß zwar ausgerechnet der in Amerika beliebteste Engländer, Pitt, jetzt mit dem Titel eines Lord Chatham, aber Pitt sah sich durch schwere Krankheit bald von den Geschäften ferngehalten, die er ohnehin im Frieden nicht so glücklich zu führen wußte wie im Krieg, und an seiner Stelle gewann den leitenden Einfluß in kolonialen Fragen der talentierte Schatzkanzler Townshend, der von jeher für eine Politik der starken Hand eingetreten war. Er kündigte schon im Januar 1767 die Absicht an, auf das Prinzip

der Stempelakte insoweit zurückzukommen, als Amerika zu den Kosten seiner Verwaltung und Verteidigung herangezogen werden müßte. Dann im Mai folgte eine Vorlage, die zu diesem Zweck eine Reihe von amerikanischen Einfuhrartikeln: Tee, Glas, Blei, Malerfarben und Papier mit nicht ganz niedrigen, im Reinertrag auf 40 000 Pfund veranschlagten Zöllen belegte. Es handelte sich hier im Gegensatz zur Stempelakte nicht um eine innere, sondern um eine äußere Steuer, wie die Kolonisten sie in dem Meinungsstreit über das erste Gesetz vielfach ausdrücklich als berechtigt anerkannt hatten. Aber der Schatzkanzler selbst machte die Unterscheidung lächerlich, und in Amerika war man um so weniger geneigt, sie weiter gelten zu lassen, als eine Reihe von Begleitumständen bei Ausschreibung der neuen Zölle den Beweis zu liefern schienen, daß wirklich die alte Freiheit der Kolonien auf dem Spiel stehe. Gleichzeitig nämlich erklärte die Regierung die Rechte des Landtages von New York solange für aufgehoben, bis er sich entschließen würde, den Truppen des Königs die zunächst verweigerten Quartiere anzuweisen, und wurde, während so Achtung vor dem Militärgesetz erzwungen werden sollte, eine besondere Oberzollbehörde zu genauerer Durchführung der Handels- und Gewerbeordnungen geschaffen. Auch enthielt das Zollgesetz selbst die anstößige Verfügung, daß der Ertrag in erster Linie dazu dienen werde, den Beamten des Königs in Amerika von Reichswegen feste Gehälter zu zahlen, also ihre finanzielle Abhängigkeit von den Kolonialparlamenten zu beseitigen, die zweifellos eine der stärksten Garantien für die freie amerikanische Selbstverwaltung gebildet hatte. Genug, die Opposition war bald laut und allgemein. Voran ging Massachusetts, das fortan immer entschiedener die Führung des großen Streites an sich riß. Dort faßte schon Ende Oktober die Bürgerschaft von Boston den Entschluß, neuerdings dem Gebrauch aller englischen Waren zu entsagen, und der Landtag, der um die Jahreswende zusammentrat, begnügte sich nicht, einen Protest an die Minister und eine Petition an den König zu schicken, sondern ließ sich nach einigem Sträuben von den radikalen Elementen bestimmen, in einem Rundschreiben die andern Kolonialversammlungen zu gemeinsamen Maßregeln gegen die verfassungswidrigen Gesetze des Parlaments aufzufordern. Inzwischen kam die Bewegung denn auch außerhalb Neu-

englands in Fluß. Auf und ab gab es Ausschreitungen gegen Zollbeamte, heftige Reden von den Kanzeln und heftigere Artikel in den Zeitungen. Besonders wirkungsvoll waren die sogenannten Bauernbriefe (farmer's letters), die John Dickinson ursprünglich in einem pennsylvanischen Blatt und dann als eigene Broschüre veröffentlichte. Man erklärte zornig, Amerika dürfe kein zweites Irland, kein Gegenstand englischer Ausbeutung und Knechtung werden. Jede Woche sah neue Nichteinfuhrverpflichtungen: Save your money and you save your country. Mit etwas weniger Gewalttat und Lärm war es übrigens dasselbe Bild wie vor zwei Jahren.

Anders war nur die Wirkung auf die maßgebenden Kreise in London. Dort war zwar Townshend schon im September 1767 in der Blüte der Jahre gestorben, aber sein Nachfolger Lord North, der allmählich zur Stellung des leitenden Ministers aufstieg, war den Amerikanern nicht viel freundlicher gesinnt und überdies ganz unter dem Einfluß des Königs. So blieben die mißliebigen Zölle diesmal ruhig weiter bestehen, und an die Kolonialversammlung von Massachusetts erging der strenge Befehl, bei Strafe sofortiger Auflösung jene Aufforderung zum gemeinsamen Widerstand zurückzunehmen. Die gleiche Strafe wurde den andern Landtagen angedroht, die sich etwa einfallen ließen, zustimmend darauf zu antworten. Auch machten, als das natürlich nichts half, die Gouverneure wirklich Ernst. Erst in Massachusetts, dann in Virginia, Maryland, Georgia, Nordcarolina schickten sie die Volksboten nach Hause. Wichtiger noch in seinen Wirkungen war, daß die Regierung sich entschloß, zur Herstellung der mißachteten Autorität nach Boston, als dem schlimmsten Empörernest, Truppen zu schicken. Ende September 1768 landeten unter dem Schutz von acht Kriegsschiffen die ersten drei Bataillone, die dann bald noch verstärkt wurden.

Die eigentlichen Hetzer hätten gewünscht, daß man sich dem mit Gewalt widersetze. Es waren in den Wochen vorher, sobald von der beabsichtigten Truppensendung verlautete, die wildesten Reden geführt worden. Man hatte von Brutus und Cassius, von Cromwell, und weil doch der Freiheitskampf Corsikas gerade damals die Gemüter in der ganzen Welt erregte, von Paoli gesprochen. Ja, eine Bürgerversammlung hatte alle Einwohner angehalten, sich mit Waffen und Munition zu versehen. Schließlich

fand man es geratener, die Waffen noch ruhen zu lassen. Dafür begann ein Kleinkrieg von Beleidigungen und Schikanen. Die Stadtbehörden weigerten sich, für Quartiere zu sorgen, so daß die Truppen größtenteils in Zelten kampieren mußten; Juristen setzten auseinander, daß die Einlagerung englischer Regimenter in Friedenszeiten gegen die natürlichen Rechte wie gegen die Verfassung der Kolonie sei, Prediger beteten von der Kanzel, daß Gott die ungebetenen Gäste entfernen möge, deren Trommeln und Pfeifen sogar die heilige Stille des Sabbats entweihe, und die große Masse des Volkes versäumte keine Gelegenheit, die „Krebse" wegen der roten Uniformen oder die „blutigen Rücken" mit bösartiger Anspielung auf das in der Armee übliche unmenschliche Prügeln zu verhöhnen. Da sich nun weder die englischen Offiziere durch Takt und Bescheidenheit, noch die Gemeinen durch Ordnung und Anstand auszeichneten, gelang es ihnen nicht, die Vorurteile allmählich zu entkräften. Im Gegenteil, mit Anmaßung hier und Widersetzlichkeit dort, wuchs die Spannung zwischen Militär und Bürgerschaft fortdauernd, und das Ende war, wie vorauszusehen, daß doch Blut floß. Am 5. März 1770 gab vielleicht ohne zwingende Not eine englische Patrouille Feuer auf die sie belästigende Menge mit dem bedauerlichen Erfolg, daß fünf Menschen getötet und sechs andere verwundet wurden.

Zuweilen bedarf es keines größeren Ereignisses, um eine reifende Revolution zum Ausbruch zu bringen. Auch ließ die erste Aufregung wirklich das Schlimmste befürchten. Die Bürger Bostons traten unter die Waffen, um die Verhaftung der Schützen und die Zurückziehung der Truppen zu erzwingen, und die Kunde von der „Bostoner Metzelei" durcheilte, phantastisch ausgeschmückt und vergrößert, wie ein Lauffeuer das englische Amerika. Große Trauer- und Protestversammlungen fanden statt. Man hielt das Vorgehen des Militärs damit zusammen, daß das Parlament, geärgert durch die Freisprechungspraxis der kolonialen Geschworenengerichte, nicht lange vorher in einer sehr unglücklichen Stunde gedroht hatte, auf Grund eines längst vergessenen Statuts von Heinrich VIII. Hochverräter aus den Kolonien in England aburteilen zu lassen, und man zog die nicht unnatürliche Folgerung, daß also nicht nur keines Amerikaners Börse, sondern auch keines Amerikaners Leben mehr sicher sei. Schon 1769 hatte selbst der ruhige Washington geschrie-

ben, weil England mit nichts zufrieden zu sein scheine als mit der völligen Vernichtung der amerikanischen Freiheit, werde man schließlich noch zu deren Wahrung das Schwert nehmen müssen. Jetzt vollends wurden solche Erwägungen wohl von sehr vielen angestellt.

Indessen, als sollte beiden Teilen noch Bedenkzeit gelassen werden, fügte der Zufall, daß die Bostoner Metzelei zeitlich genau zusammentraf mit einem entschiedenen Einlenken der Regierung. Parlament und Ministerium waren noch einmal unsicher geworden. Sie hatten die Erfahrung gemacht, daß die anstößigen Zölle von 1767 noch nicht 300 Pfund Reinertrag brachten, und daß dafür der Wert der Ausfuhr um viele Hunderttausende sank. Die Klagen der Handelswelt wurden immer leidenschaftlicher. Konnte man vor dem Land verantworten, daß man sie ignorierte? Schließlich war Lord North ja kein Gewaltmensch, sondern ein Routinier von persönlich freundlicher Gemütsart, der Aufregungen und Schwierigkeiten sehr viel lieber vermied, als aufsuchte. Man erwog also im Kabinett, ob man die Politik Townshends nicht revidieren solle, und kam dabei zu einem Ergebnis, das viel Ähnlichkeit mit dem Kompromiß von 1766 hatte, indem man beschloß, unter Preisgabe aller übrigen neuen Zölle nur den auf Tee des Grundsatzes wegen bestehen zu lassen. Eine starke Minderheit der Minister wäre gewillt gewesen, auch ihn abzuschaffen, aber da der König einem so vollständigen Rückzug aufs äußerste widerstrebte, gab North die Entscheidung für die Aufrechterhaltung; und Leute, die der Meinung sind, daß sich trotz alles Vorangegangenen damals noch normale Beziehungen zwischen Mutterland und Kolonien hätten herstellen können, haben ihn bitter deshalb getadelt. Auch gleich im Anfang fehlte es im Parlament nicht an Kritikern, die die Halbheit beklagten. Im ganzen aber ging man bereitwillig auf die Absichten des Kabinetts ein. Am 22. April 1770 wurde die Bill Gesetz, und der Staatssekretär Lord Hillsborough gab den Kolonien überdies noch in einem Rundschreiben die Versicherung, daß England weitere Abgaben jedenfalls nicht mehr auflegen würde.

Die Folge war immerhin, trotz der Bostoner Metzelei, eine gewisse zeitweilige Entspannung. Zum erstenmal zeigte sich unverkennbare Uneinigkeit unter den amerikanischen Patrioten. Es gab weite Kreise, die unter den Nichteinfuhrverabredungen selbst emp-

findlich litten. Diese benutzten die goldene Brücke zum Rückzug, die die Regierung ihnen baute, und wollten — abgesehen vom Tee natürlich — fortan wieder alle Waren aus England beziehen. Namentlich die New Yorker zeigten sich eifrig dafür. Andere zeterten zwar über Verrat — man darf nicht vergessen, daß das amerikanische Gewerbe wegen des leichteren Absatzes seiner noch unvollkommenen Erzeugnisse sehr stark am Ausschluß englischer Fabrikate interessiert war —; aber in der Hauptsache nahm der Handel mit dem Mutterland doch wieder die alte Ausdehnung an, und einige Jahre vergingen, ohne daß in den englischen Zeitungen viel hätte von Amerika die Rede zu sein brauchen.

Doch fehlte es nicht an Anzeichen, daß die verhältnismäßige Stille keinen wirklichen Frieden bedeutete. In Massachusetts herrschte fortwährender Hader zwischen der Kolonialversammlung und dem Gouverneur, der sie von Boston ins stille Cambridge verlegt hatte. Nordcarolina sah im März 1771 eine förmliche Schlacht von Regierungstruppen gegen aufständische Hinterwäldler. An der Küste von Rhode Island wurde im Juni 1772 ein den Schmugglern besonders lästiges Zollboot, die Gaspee, das auf Strand geraten war, nächtlicherweile verbrannt, nachdem man den Kommandanten, Leutnant Duddingston, verwundet und vergewaltigt hatte. Endlich, seit Anfang 1773 bildeten sich auf eine Anregung Virginias in den meisten Kolonien sogenannte Korrespondenzausschüsse, deren Aufgabe war, sich gefährliche Maßnahmen der englischen Regierung mitzuteilen und sie gemeinsam zu bekämpfen.

Dies neue Institut dann sollte bald seine Nützlichkeit erweisen. Eben auch im Frühling 1773 wurden in London wichtige Beschlüsse gefaßt, die den 1770 aufrechterhaltenen Teezoll angingen. Bisher war dieser durch Schmuggel faktisch außer Kraft gesetzt worden. Die Amerikaner hatten ihren Tee statt über das Mutterland über Frankreich und namentlich Holland bezogen. Den Schaden trug in erster Linie die englische Ostindien-Kompagnie, in deren Speichern sich Hunderttausende von Pfund unverkäuflich häuften. Da nun die Gesellschaft sich ohnehin in Schwierigkeiten befand und die Unterstützung der Regierung in Anspruch nahm, lag der Wunsch nahe, ihr zum Wiederabsatz ihres Stapelartikels in Amerika zu verhelfen. Das einfachste Mittel dazu, die Aufhebung des Teezolls,

kam nicht in Frage. Man verfiel vielmehr auf den Gedanken, der Kompagnie die Möglichkeit zu geben, trotz des Zolles den Schleichhandel zu unterbieten. Ein Gesetz vom 10. Mai 1773 erlaubte ihr, den Tee, den sie bisher erst nach England hatte schicken und dort einer Abgabe unterwerfen müssen, jetzt ohne diese direkt nach den amerikanischen Häfen zu verfrachten und durch eigene Agenten zu verkaufen. Die Amerikaner, rechnete man, würden dann schon klug genug sein, den Vorteil über das Prinzip zu stellen, und den billigen Tee nicht deshalb zurückweisen, weil er den Weg über ein Zollhaus gemacht habe. Das hieß die Kolonisten und ihre Überzeugungstreue falsch einschätzen. Kaum kam die Nachricht von dem neuesten „Trick" des Ministeriums übers Meer, als auch schon die Opposition einsetzte. Zuerst in Philadelphia, dann über ganz Amerika hin wurden Protestresolutionen gefaßt: jeder, der, solange die Teesteuer bestünde, Tee landen, löschen oder verkaufen helfe, sei ein Feind des Vaterlandes. Die Agenten der Ostindien-Kompagnie mußten auf ihren vorteilhaften Auftrag verzichten. Die Hafenstädte erklärten, alle Kauffahrer mit der verhaßten Ladung zurückschicken zu wollen. Jetzt oder nie müsse man den Besteuerungsgelüsten des Mutterlandes ein Ende machen. Als trotzdem Ende November 1773 in Boston drei Teeschiffe erschienen und vom Gouverneur gegen den ausdrücklichen Beschluß einer Bürgerversammlung dabehalten wurden, ereignete sich am 16. Dezember 1773 die weltberühmte Szene, daß in offenkundigem Einverständnis mit der Stadtbehörde einige Dutzend als Indianer verkleidete Männer die ganze kostbare Ladung, 342 Kisten im Wert von 18 000 Pfund, eine nach der andern ins Meer stürzten, um, wie ein Patriot höhnte, zu sehen, ob Tee auch mit Seewasser bereitet werden könnte.

Es war nicht die erste und vielleicht nicht einmal die stärkste Herausforderung der englischen Autorität — der Überfall auf die Gaspee z. B. war eigentlich noch härter zu beurteilen gewesen; aber sie trieb die Dinge zur Krisis. Der König, die Minister, das Parlament, die überwiegende Mehrheit der Nation fanden ihre Geduld erschöpft. In seltener Einmütigkeit beschlossen sie, ein Exempel zu statuieren. Gab es denn nicht das richtige Bild von der Lage, wenn ein aus Amerika zurückkehrender General eben jetzt versicherte: „Sie sind nur Löwen, solange wir Lämmer sind. Wenn

wir eine entschlossene Haltung zeigen, werden sie sehr demütig werden"? Solche entschlossene Haltung nahm man nun wirklich an. Schon im März 1774 machte Lord North eine erste Vorlage, die bestimmt war, den Teefrevel in größtem Stil zu sühnen. Sie verfügte nicht weniger und nicht mehr, als daß vom 1. Juni an der Hafen von Boston durch Kriegsschiffe für jeden Verkehr geschlossen werden sollte, und zwar nicht nur, bis für den vernichteten Tee Schadenersatz geleistet sei, sondern bis die Krone die Überzeugung gewonnen habe, daß fortan Handel und Eigentum geschützt, die Gesetze befolgt und die Zölle bezahlt würden. Schon diese Klausel zeigte, daß die Absicht war, über den nächsten Anlaß fort die Rebellionsgelüste überhaupt gründlich zu unterdrücken. Deshalb blieb es auch nicht bei der einen „Bostoner Hafenbill". Auf Grund von Berichten der Gouverneure hatte man sich seit langem gewöhnt, eine der vornehmsten Ursachen aller Schwierigkeiten in der freisinnigen Verfassung von Massachusetts zu sehen. Verschiedentlich war die Notwendigkeit erörtert worden, sie im Sinne einer Verstärkung der königlichen Macht zu ändern. Jetzt schien die Gelegenheit günstig. Ein zweites Gesetz „zur besseren Regelung der Regierung von Massachusetts" (Regulierungsbill), das im Mai 1774 durch das Parlament ging, suchte die Sünde Bostons an der ganzen Provinz heim, indem es aus dem Freibrief von 1691 alle republikanischen Elemente ausmerzte. Dem Unterhaus des Landtages wurde das wichtige Recht entzogen, die Mitglieder des Oberhauses, des Rates, zu bestimmen, die fortan vielmehr vom König ernannt werden sollten, die Versammlungsfreiheit, auch für die dem Neuengländer so teuren Bürgerversammlungen, wurde beschränkt, Beamtenschaft und Richterstand vom Gouverneur abhängig gemacht. Sogar auf die Auswahl der Geschworenen erhielt dieser mittelbar entscheidenden Einfluß. Und für den Fall, daß trotzdem die Rechtsprechung nicht nach Wunsch ausfiele, traf man Vorsorge, durch ein drittes Gesetz, die „Transportationsbill", die Möglichkeit zu schaffen, daß Beamte und Soldaten, die bei Unterstützung der Obrigkeit gegen Aufruhr einen Totschlag oder ein anderes Verbrechen verübten, zur Aburteilung nach Neuschottland oder England geschickt werden könnten. Endlich ein viertes Gesetz hob die Garantien auf, die den Bürger bisher vor Zwangseinquartierung geschützt hatten. Auch gingen vier neue

Regimenter nach Massachusetts ab, und der Oberkommandierende, General Gage, wurde gleichzeitig zum Zivilgouverneur ernannt. Alles ließ sich nach einem Säbelregiment an. In den Parlamentsdebatten hatte ein Redner unter Beifall das böse Wort gesprochen: Delenda Carthago.

Natürlich war damit nur Boston gemeint und allenfalls Massachusetts, nicht ganz Amerika. Man rechnete, die notorische Unbeliebtheit der Yankees in den Kolonien der Mitte und des Südens, vielleicht schon der Handelsneid der kleinen neuenglischen Städte würde bewirken, daß Boston gegenüber dem rächenden Schwert Englands faktisch allein bliebe. Manches, was die Anhänger der Regierung, die es ja in großer Zahl gab, über die Stimmung des Volkes in den letzten Monaten berichtet hatten, schien zu dieser Hoffnung zu berechtigen. Dennoch zeigte sich sogleich wieder, daß man die Psyche des Amerikanertums falsch beurteilt hatte. Die Nachricht schon von der Bostoner Hafenbill erregte überall einen Sturm der Entrüstung. Da die „Teegesellschaft" vom 16. Dezember doch schließlich nur im Sinn der Volksgenossen gehandelt hatte, empfand man als unbillig, daß die eine Stadt für alle leiden müsse, und säumte nicht, ihr Unglück zum Nationalunglück zu erklären. Wie einst der 1. November 1766, fand der 1. Juni 1774 ganz Amerika in Trauer. Die Versammlung von Virginia befahl, ihn als Fast- und Bettag zu halten, damit dem Volk *ein* Herz und *eine* Seele gegeben werde, jeder Verletzung amerikanischer Rechte durch alle gerechten und geeigneten Mittel entgegenzutreten. Ähnliches geschah in den andern Kolonien. Man schickte Geld und Lebensmittel, um die Not zu mildern, die in Boston nun freilich einkehrte, und damit das Mutterland durch gleiche wirtschaftliche Leiden gestraft würde, ging man von neuem in großem Umfang Nichteinfuhrverabredungen ein, jetzt unter dem feierlichen Namen von Liga und Covenant, dem die Erinnerung an die Revolutionen Schottlands und Englands einen besonders drohenden Klang gab.

Das wichtigste aber war, daß der Gedanke Beifall und Ausführung fand, nach dem Muster von 1765 einen neuen allgemeinen amerikanischen Kongreß zu berufen. Die Aktionspartei in Boston hatte seit längerem darauf hingewirkt. Schon im Herbst 1773 veröffentlichte der grimme Puritaner Samuel Adams, der

gern als Vater der amerikanischen Revolution bezeichnet worden ist, in der Bostoner Zeitung einen Artikel zugunsten eines Kongresses aller „Staaten", wie er im Sinn seiner Unabhängigkeitspläne mit Fleiß sagte; und Anfang März 1774, als noch keine der englischen Gewaltmaßregeln ergriffen, geschweige denn bekannt war, wiederholte ein anderer einflußreicher Mann, Hancock, die Forderung in einer Bürgerversammlung: es sei das wirksamste Mittel zur Begründung eines Bundes, der Amerikas Rechte und Freiheiten sichern werde. Vielleicht, daß deshalb der Kongreß auch ohne die überflüssige Strenge der britischen Regierung gekommen wäre. Sicher aber half diese seinen Zusammentritt beschleunigen. Mit den Protesten gegen die Bostoner Hafenbill verband sich in Presse und Versammlungen alsbald vielfach der Hinweis auf seine Notwendigkeit. Den ersten ernstlichen Schritt tat der Landtag von Virginia, dessen Mitglieder Ende Mai den Beschluß faßten, daß die Korrespondenzausschüsse der Kolonien sich über die Zweckmäßigkeit eines jährlich zu berufenden Generalkongresses beraten möchten. Dann, ehe noch alle Korrespondenzausschüsse gesprochen hatten, nahm Massachusetts die Ausführung in die Hand. Sein Parlament, schon von der Auflösung bedroht, richtete am 17. Juni an die andern Kolonien die förmliche Aufforderung, Abgeordnete nach Philadelphia zu schicken, das für die Zusammenkunft diesmal geeigneter erschien als das von königlichen Truppen besetzte und größtenteils englisch gesinnte New York.

Der Erfolg war jetzt vollständig. In allen Kolonien, mit Ausnahme Georgias, wurden Delegierte gewählt, freilich nur zum kleineren Teil durch die Koloniallandtage, wo diese nicht in Sitzung waren oder nicht sicher schienen, durch eigens berufene Konvente oder gar einfach durch die Korrespondenzausschüsse. Im ganzen waren es einige fünfzig, darunter manche, die sich einen Namen erst machen sollten, mehr, die einen Namen schon hatten. Gadsden, rühmlichst bekannt vom Stempelaktenkongreß, Dickinson, der Mann der Bauernbriefe, von Virginia Washington und Patrick Henry, von Massachusetts Samuel Adams und sein bedeutenderer Namensvetter John Adams, alles in allem die geistige Elite einer werdenden Nation. Ihre Reise nach Philadelphia — John Adams hat sie uns beschrieben — glich einem Triumphzug mit Glockengeläut und Böllerschießen und festlichem Gedränge an

großen und kleinen Orten. In der Quäkerstadt stand die neue Zimmermannshalle (Carpenter's Hall), zu ihrem Empfang bereit, und am 5. September konnten die Beratungen beginnen. Sie waren geheim und dauerten sieben Wochen, bis zum 26. Oktober. Denn so begeistert man den Worten Patrick Henrys in der Eröffnungssitzung zustimmte: „Ganz Amerika ist in eine Masse geworfen. Unsere Grenzen sind niedergerissen. Ich bin nicht ein Virginier, sondern ein Amerikaner," dieser bei allen vorhandene gemein-amerikanische Patriotismus schaffte doch die Verschiedenheit der Auffassungen und Interessen nicht aus der Welt, die zwischen den Kolonien wie zwischen ihren einzelnen Vertretern persönlich bestand. Insbesondere war der Grad, wie sie sich dem Mutterland damals entfremdet hatten, sehr ungleich. So trugen die endlichen Beschlüsse doch einigermaßen noch das Gepräge des Kompromisses und der Mäßigung. Eine Erklärung der Beschwerden und Rechte, die man aufsetzte und mit Adressen an den König und das englische Volk begleitete, nahm, wenn sie auch — nicht zur Freude aller Abgeordneten — gefährlich viel mit dem Naturrecht argumentierte, faktisch kaum mehr in Anspruch, als was vor 1763 Rechtens oder doch Brauch gewesen war: „die Herstellung des Standes, in welchem beide Länder Glück und Gedeihen fanden." Die Regierungsmaßregeln seitdem, die Auflösung so vieler Koloniallandtage, die Einlagerung eines stehenden Heeres, die Rechtsprechung ohne Geschworene, alles in allem dreizehn der neuen Parlamentsakten wurden als verfassungswidrig zurückgewiesen; dagegen sollte dem Parlament das Recht bleiben, Gesetze zu geben, die sich — wie vorsichtig hinzugefügt wurde — „bona fide" auf die Regelung des Handels bezögen. Das schien geeignet, der Regierung den Rückzug zu erleichtern, und die Mittel, durch die man sich vornahm, diesen Rückzug zu erzwingen, waren ebenfalls noch nicht gar so radikal. Man verordnete und traf eingehend Vorsorge, daß vom 1. Dezember 1774 an keine britischen Waren mehr nach Amerika eingeführt werden dürften, aber ein Verbot auch der Ausfuhr nach England, das als notwendige Ergänzung vorgeschlagen wurde, sollte erst am 10. September des nächsten Jahres in Kraft treten, wenn bis dahin die Beschwerden nicht abgestellt wären. Vollends von bewaffnetem Widerstand vermied man zu reden. Darüber mochte, wenn nötig, ein zweiter Kongreß

befinden, der für den 10. Mai 1775 in Aussicht genommen wurde. Die Mehrheit wünschte sicher, daß der Bürgerkrieg vermieden werde, wenn sie sich auch mit dem Gedanken daran vertraut machte. Bei einem Festessen gegen Ende des Kongresses wurde unter großem Beifall der Trinkspruch ausgebracht: „Möge das Schwert des Mutterlandes nicht besudelt werden mit dem Blut der Kinder."

Die Frage war nur, ob sich eine Formel finden würde, die dem allgemeinen Konflikt eine befriedigende Lösung gab, ehe noch die besonderen Umstände in Massachusetts doch den offenen Bruch herbeiführten. Versuche dazu sind manche gemacht worden von amerikanischer wie von englischer Seite. Auch fehlte es nicht an Gedanken, die an sich brauchbar gewesen wären. So regte der Pennsylvanier Galloway an, es solle nach Art des eben berufenen Kongresses, aber mit einem vom König ernannten Generalpräsidenten zur Seite, eine dauernde Gesamtvertretung der Kolonialversammlungen geschaffen werden, und dieser „große Rat" dann Steuern und Gesetze für ganz Amerika beschließen dürfen, wobei er dem Veto des britischen Parlaments unterworfen sein, aber auch seinerseits ein Veto gegen alle auf die Kolonien bezüglichen Maßregeln des Parlaments haben würde. Ähnlich wollte Chatham, der sich mit Franklin beriet, den Kongreß zu einer dauernden und anerkannten Einrichtung erheben gegen die Verpflichtung, Bewilligungen für die allgemeinen Reichszwecke zu machen, indem er übrigens die Parole ausgab: „Besteuerung ihre Sache, Regelung des Handels unsere Sache."

Aber all diese Vorschläge gingen der amerikanischen Aktionspartei nicht weit genug und der englischen Parlamentsmehrheit zu weit. Galloway war im Kongreß gegen eine freilich ganz knappe Majorität unterlegen, und die von Chatham ausgearbeitete Bill gelangte nicht über das Oberhaus hinaus. Die grundbesitzende, am Handel mit Amerika nicht direkt interessierte Aristokratie, die in Westminster den Ton angab, wollte nichts mehr von Kompromissen hören. Es war nur mit größter Mühe erreicht worden, daß ein vom Ministerium selbst Ende Februar eingebrachter Antrag Annahme fand, nach dem einzelne Kolonien von der Besteuerung durch das Reich befreit werden konnten, wenn und solange sie sich verpflichteten, einen vom Parlament für genügend erachteten Beitrag zu

den Kosten der Reichsverteidigung wie ihrer eigenen Verwaltung zu leisten, und dies Angebot hätte bei den Amerikanern höchstens in den ersten Stadien des Streites um die Stempelakte Erfolg haben können, während es jetzt als ein plumper Versuch angesehen wurde, die koloniale Opposition zu spalten. Dafür zeigte sich das Parlament um so willfähriger, als die Regierung fast gleichzeitig mit neuen, sehr harten Zwangsmaßregeln herauskam. Ein Gesetz vom 30. März 1775, das sich als Antwort auf die amerikanischen Nichteinfuhrverabredungen gab, sperrte zunächst einmal den Neuengländern jeden Handel mit den britischen Reichen und Dependenzen, ja die Teilnahme an den Fischereien Neufundlands, auf der die Existenz von Tausenden an den Wirren vielfach ganz schuldloser Seeleute beruhte. Bald darauf wurde die Sperre auf die Einwohner der anderen Kolonien ausgedehnt mit Ausnahme allein von New York und Nordcarolina, die man damals noch ernstlich hoffte zu gewinnen. Alle Einwendungen, die die Freunde Amerikas etwa erhoben, behandelte die Mehrheit mit Entrüstung und Hohn. Die Stimmung ging auf gewaltsame Unterwerfung.

Dabei wirkte denn freilich entscheidend ein, daß sich im Widerspruch zu der gemäßigten Haltung des Kongresses mindestens in Neuengland während des Winters ein Zustand unverhüllter Revolution entwickelt hatte. Das „Regulierungsgesetz", das die Verfassung von Massachusetts in monarchischem Sinn umgestalten wollte, hatte dort von Anfang an nur die demokratischen Tendenzen vollends zum Siege bringen helfen. Es erwies sich als unmöglich, das neue Oberhaus wirklich in Funktion zu setzen. Von seinen 36 Mitgliedern nahmen überhaupt nicht mehr als 24 die Ernennung an, und diese sahen sich durch jede Art öffentlichen und privaten Druckes alsbald auch größerenteils veranlaßt, auf das gefährliche Amt zu verzichten. Ebenso die neuen Gerichte blieben auf dem Papier. An manchen Orten wagten die Richter nicht zu erscheinen, an andern weigerten sich die Geschworenen, den Eid zu leisten, oder erzwang das Volk ein vorzeitiges Ende der Sitzungen. Dafür wurden die verbotenen Bürgerversammlungen eifrig weitergehalten, und die Abgeordneten traten, ohne berufen zu sein, aus eigenem Recht Anfang Oktober als „Provinzialkongreß von Massachusetts" zusammen. Dieser Provinzialkongreß dann und ein von ihm eingesetzter Sicherheitsausschuß schrieben Steuern aus, warben

Truppen an, ließen Kriegsmaterial herstellen oder aus den königlichen Zeughäusern wegnehmen und unterhandelten mit den Mohawk-Indianern über ein Bündnis. Schon im September 1775 war es gelungen, durch das falsche, wohl absichtlich ausgesprengte Gerücht von einer Beschießung Bostons in Massachusetts und Connecticut 30 000 Mann unter Waffen zu bringen. Seitdem wurde diese militärische Bereitschaft unablässig weiter gesteigert. Insbesondere traf man Vorsorge, daß der vierte Teil der Miliz als sogenannte Minutenmänner sich zur augenblicklichen Verfügung halten mußte, und organisierte einen Dienst von reitenden Boten, um im Fall der Gefahr den Alarm von Ort zu Ort zu tragen.

Der Anlaß blieb länger aus, als manche erwartet haben mochten. Die Engländer begnügten sich während des ganzen Winters, Boston besetzt zu halten und die schmale Verbindung zwischen Stadt und Land, Boston Neck, zu befestigen. Als im Februar eine größere Truppenabteilung ausgeschickt wurde, um in Salem einige Geschütze der Rebellen wegzunehmen, und dabei den Widerstand des eiligst zusammenströmenden Volkes fand, zog es der Kommandeur vor, unverrichteter Dinge zurückzukehren, weil er nicht die Verantwortung für den offenen Ausbruch des Bürgerkrieges tragen mochte. Auch der März noch verlief ruhig. Erst im April befahl General Gage eine zweite Expedition in die Umgebung, diesmal nach Concord, wo der Provinzialkongreß reiche Waffen- und Mundvorräte angesammelt hatte. In der Nacht vom 18. zum 19. April verließen 800 Mann Boston, wie sie meinten, in tiefem Geheimnis. Die Patrioten, vor denen die Truppenbewegung nicht hatte verborgen bleiben können, aber gaben dem Lande draußen das verabredete Zeichen, indem sie an einem Oberfenster der Nordkirche eine Laterne aushängten in der Richtung nach der gegenüberliegenden kleinen Stadt Charleston. So galoppierten denn bald die Boten durchs Land, Alarmkanonen wurden gelöst, die Minutenmänner sammelten sich. Schon bei Lexington im Morgengrauen gegen 5 Uhr versuchte eine kleine Schar den Soldaten den Weg zu verlegen. Es fielen Schimpfworte, gleich danach Schüsse — ob zuerst von englischer oder amerikanischer Seite, ist nicht sicher und im Grunde auch gleichgültig. Die ersten Toten bedeckten das Feld. Andere Folgen hatte das Scharmützel zunächst nicht. Die Truppen rückten weiter und konnten in Concord wirk-

lich einen Teil der Vorräte zerstören. Inzwischen aber war genug Miliz zusammengekommen, um sie anzugreifen. Zur Mittagsstunde traten sie den Rückmarsch an, und während dieses Rückmarsches nun wuchsen jeden Augenblick neue Feinde um sie aus dem Boden. Alt und jung, einzeln und in Trupps, von allen Himmelsrichtungen eilten die Landleute herbei, schossen aus dem Hinterhalt und stürmten auch wohl offen vor, als die Engländer, denen von Boston her Verstärkungen entgegenzogen, sich eine Zeitlang ernstlich zur Wehr setzten. Schließlich mußten diese froh sein, nicht vollständig umzingelt und abgeschnitten zu werden. In völliger Auflösung mit einem Verlust von fast 300 Mann an Toten, Verwundeten und Gefangenen erreichten sie gegen Abend die Vorstadt Charleston.

Es war an sich eine harte Lehre für England, wo bisher namentlich in militärischen Kreisen die Ansicht verbreitet gewesen war, des Königs Soldaten brauchten sich nur zu zeigen, um den bewaffneten Pöbel der Kolonisten in alle Winde zu jagen. Doch stand der augenblickliche Schaden in gar keinem Verhältnis zu der Nachwirkung. Der Tag von Lexington bedeutete den Geburtstag des amerikanischen Heeres. Es erschien dem Sicherheitsausschuß von Massachusetts als das Gebot der Stunde, die Tausende von Bürgerwehren, die auf den Alarm hin nicht nur aus der eigenen, sondern auch aus den Nachbarprovinzen herangezogen waren und noch fortwährend heranzogen, dauernd zusammenzuhalten, damit die Engländer ganz auf Boston beschränkt würden. Bald stand denn wirklich eine Streitmacht von etwa 16 000 Mann bereit und begann eine richtige Einschließung der Stadt von der Landseite, die zur Folge hatte, daß die Lebensmittel dort bald unerschwinglich teuer wurden. Auch fehlte es nicht an gelegentlichen Scharmützeln zwischen den Vorposten, die sich auf Pistolenschußweite nahe kamen. Immerhin vergingen noch zwei volle Monate ohne ernsten Kampf, weil doch eben beide Teile unwillkürlich vor der letzten Entscheidung zurückbebten. Dann entwickelte sich die Schlacht um den Besitz der Anhöhen von Bunkers- und Breedshill, die, die Stadt Boston einigermaßen beherrschend, auf deren Nordseite hinter Charleston aufsteigen. Die Amerikaner wollten dem Feind zuvorkommen, von dem sie erfahren hatten, daß er den lange vernachlässigten Höhen endlich seine Sorge zuwende, und setzten sich in der Nacht vom 16.

zum 17. Juni dort fest. Darauf eröffneten zunächst die englischen Kriegsschiffe ein freilich wenig wirksames Feuer, und am Nachmittag, nachdem die Kolonisten inzwischen Zeit gehabt hatten, notdürftige Verschanzungen anzulegen, griff auch die englische Infanterie an. Unbelehrt durch die Erfahrungen von Lexington, befahlen ihre Offiziere den Sturm in der Front, statt ein naheliegendes Umgehungsmanöver zu versuchen. Die Folgen waren traurig. Aus gedeckter Stellung sicher zielend, schossen die Kolonisten die tornisterbepackten, im hohen Gras nicht rasch genug vorwärtskommenden Rotröcke kaltblütig nieder wie Wild auf der Treibjagd. Ein erstes, ein zweites Mal mußten die Angreifer umkehren. Schon riet ein und der andere, des nutzlosen Mordens genug sein zu lassen. Da führte ein dritter, besser vorbereiteter Angriff doch noch zum Ziel, da den Amerikanern die Munition auszugehen begann und infolge unzureichender Anordnungen des Oberkommandos keine Reserven herankamen. Am Abend wehte die britische Fahne auf Bunkershill. Die Kolonisten hatten äußerlich eine Niederlage erlitten und empfanden sie im ersten Augenblick so bitter, daß die Führer sich gegenseitig wegen wirklicher oder vermeintlicher Fehler die heftigsten Vorwürfe machten. Sah man aber mehr auf den Gang als auf das Ende der Schlacht, so war eher Grund zu Stolz und Freude. Noch nicht zweitausend Bürgerwehren, die größtenteils durch Nachtmarsch und Schanzarbeit ermüdet waren, hatten stundenlang dem Angriff ganz frischer, an Zahl überlegener Berufssoldaten standgehalten und ihnen Verluste beigebracht, die die eigenen um das doppelte überstiegen. Zählten die Engländer doch auf etwas weniger als 3 000 Mann, die ins Gefecht gekommen sein mögen, 1 054 Tote und Verwundete. Es war für sie ein Pyrrhussieg, wenn je einer diesen Namen verdiente.

Denn noch mehr als die militärische stellte sich die politische Rechnung zu ihren Ungunsten. Ein Amerikaner, der selbst zum Mutterland hielt, schrieb später seinen alten Freunden auf der Gegenseite: „Ohne Bunkershill hättet Ihr nicht durchdringen können. Bei dem damaligen Stand der Parteien bedurfte es eines Ereignisses, das die Menschen irgendwie festlegte und den Pflanzern des Südens zeigte, daß die Leute des Nordens es ernst meinten."

Wirklich war die Stimmung vor Bunkershill vielfach doch sehr geteilt und unsicher gewesen. Die Kolonisten hatten seinerzeit ziem-

lich einmütig protestiert gegen die Stempelakte und auch noch gegen den Teezoll. Seit aber in Massachusetts immer unverkennbarer die Revolution ihr Haupt erhob, als sich die Aussicht eröffnete, daß der Verfassungskonflikt mit dem Mutterland zu einem Krieg werden und das Ende nicht Herstellung des alten Standes, sondern Unabhängigkeit sein würde, begannen sich auf allen Seiten Bedenken und Widerspruch zu regen. Viele fühlten sich durch Handelsinteressen, durch Familienverbindungen und -überlieferungen, durch politische und kirchliche Überzeugungen an die alte Heimat geknüpft. Andere beobachteten mißbilligend, wie die Widerstandsbewegung Macht und Selbstgefühl der unteren Klassen steigerte, auch allerlei gescheiterte, abenteuerliche Existenzen zu unverdienten Ehren brachte. Genug, es bildeten sich mehr und mehr zwei Parteien, eine revolutionäre und eine loyale, die sich unter Benutzung der englischen Namen Whigs und Tories nannten, und man darf zweifeln, ob die Whigs ursprünglich zahlreicher waren als die Tories. Selbst in Neuengland wurde die Bewegung nur von einer entschlossenen Minderheit gemacht, die die Gleichgültigen fortriß und die Feindlichen terrorisierte. Es gab namentlich in Boston unter dem Schutz der königlichen Waffen eine große Zahl leidenschaftlicher „Loyalisten", die die „Rebellen" lauter schalten, als irgend ein Parlamentsmitglied in Westminster und die Zeit nicht erwarten konnten, bis Pulver und Blei oder Beil und Strang mit den Gegnern aufräumten. Gerade der angesehenere Teil der Bevölkerung, die Gebildeten und Reichen gehörten dazu. Außerhalb Neuenglands dann suchte zwar Virginia, seiner Führerrolle eingedenk, sichtlich mit Massachusetts Schritt zu halten, indem hier, wo die amerikanische Selbstverwaltung geboren war, die Übergriffe des Parlaments mit besonderer Stärke empfunden wurden. Schon im März 1775 begründete Patrick Henry einen Antrag auf Einberufung und Ausrüstung der Miliz mit den wilden Worten, daß die Zeit fürs Bitten vorüber und die Zeit fürs Handeln gekommen sei: „Wir müssen fechten, meine Herren, ich wiederhole: wir müssen fechten. Ein Appell an die Waffen, an den Herrn der Heerscharen ist alles, was uns übrig bleibt". Und Washington wollte einige Wochen später auf die Nachricht von Lexington hin nur noch die traurige Alternative sehen, ob die einst glücklichen und friedlichen Gefilde Amerikas mit Blut getränkt oder von Sklaven

bewohnt werden sollten: „Kann ein rechter Mann über die Wahl zweifelhaft sein?“ Anderswo aber war man allerdings zweifelhaft. In Pennsylvanien zeigte sich die eingewurzelte Quäkerabneigung gegen jede Art von Krieg und Gewaltsamkeit wirksam. In New Jersey versprach der Landtag dem Gouverneur im Februar 1775, alles zu tun, um die Regierung des Königs aufrecht zu erhalten. In New York waren die Beschlüsse des ersten Kongresses überwiegend gemißbilligt worden. Die großen grundbesitzenden Familien rückten mit Entrüstung ab von der freilich vorhandenen demokratischen Aktionspartei, den „Söhnen der Zügellosigkeit und Unordnung“, noch Ende Juni 1775 bezeichnete der Präsident des Provinzialkongresses eine Aussöhnung mit dem Mutterland als den liebsten Wunsch jedes amerikanischen Herzens. In den beiden Carolinas dachten viele der reichen Pflanzer mehr an ihren Reis, der des Absatzes nach England bedurfte, als an die angeblich bedrohte Freiheit. Bei den Verhandlungen in Philadelphia im Herbst 1774 hatten ihre Abgeordneten beantragt und durchgesetzt, daß das in Aussicht genommene allgemeine Ausfuhrverbot vor diesem Stapelartikel Halt machte. Über die Stimmung in Georgia endlich sagte auf dem neuen Kongreß, der programmmäßig am 10. Mai 1775 eröffnet worden war, einer der Delegierten der Provinz, seine Wähler würden jeden in Stücke reißen, der von einem Bruch mit England und einem Bündnis mit Englands Feinden redete.

Überhaupt herrschte auf dem zweiten Kongreß anfangs noch der Wunsch vor, das äußerste zu vermeiden. Wenn draußen im Land schon hier und da die Unabhängigkeitserklärung empfohlen wurde und auch die führenden Abgeordneten von Massachusetts auf sie hinarbeiteten, so dachte die Mehrheit höchstens erst an eine Personalunion „beider Länder“, wie seit 1774 gern gesagt wurde. Mit der Herrschaft des Parlaments sollte nicht auch die des Königs abgeschüttelt werden. Man hielt an der Hoffnung fest, den Träger der Krone zu gewinnen. Eine Petition wurde beantragt und beschlossen, die in sehr warmen und ehrerbietigen Worten den König beschwor, einen Weg anzugeben, wie seine getreuen Kolonien zu einer glücklichen und dauernden Wiederversöhnung mit ihm gelangen könnten. Auch redete ein Aufruf an das englische Volk nicht nur von Freunden und Brüdern, sondern von

Landsleuten und Mituntertanen. Kühnere Geister deshalb, die der Zukunft freier ins Auge schauten, waren oft nahe daran, die Geduld zu verlieren. John Adams, unter diesen der Tätigsten einer, beklagte sich wohl, daß jeder wichtige Schritt bekämpft und nur mit knapper Mehrheit durchgesetzt würde.

Aber eben mit wie knappen Mehrheiten und nach wie langen, hitzigen Debatten, es gelang ihm und seinen Gesinnungsgenossen doch, die Versammlung halb wider ihren Willen, mit verbundenen Augen sozusagen, eine ansehnliche Strecke auf dem Wege zur Unabhängigkeit weiterzuführen. Zunächst bestätigte der Kongreß, was in Massachusetts an revolutionären Handlungen geschehen war, unter dem bequemen Vorgeben, daß es sich ja nur um Verteidigung des alten Verfassungsrechtes handelte. Dann fügte er eigene revolutionäre Maßregeln hinzu, indem er sich als eine Art Zentralregierung der „Vereinigten Kolonien von Amerika" auftat. Er erließ Gesetze wie das Verbot, nach Kanada, Neufundland oder dem englischen Westindien Lebensmittel zu liefern. Er richtete eine neue Postverwaltung ein. Er gab Papiergeld aus, drei Millionen Dollar, und ernannte Schatzmeister. Endlich übernahm er die um Boston versammelten Truppen und stellte der so geschaffenen „Kontinentalarmee" einen Oberbefehlshaber in der Person George Washingtons, bei welcher Wahl übrigens fast mehr noch, als die persönliche Tüchtigkeit des Mannes, die Absicht mitsprach, den Süden enger an den Norden zu ketten.

Das geschah noch vor Bunkershill. Dann vernichtete die Nachricht von der Schlacht auch die letzten Aussichten der Versöhnungspolitik. Es wurde eine Unternehmung zur „Befreiung" Kanadas beschlossen und im September wirklich ausgeführt, obwohl sie keine Abwehr, sondern einen offenbaren Angriff bedeutete. Man rüstete Kaperschiffe und Kreuzer aus, ja, nachdem inzwischen der König von England die Kolonien feierlich für im Stande des Aufruhrs erklärt und die Absicht kundgegeben hatte, deutsche Truppen zu ihrer Unterwerfung zu mieten, besann sich der Kongreß nicht länger, am 29. November einen Ausschuß zu Unterhandlungen mit fremden Mächten einzusetzen, wie es verschämt hieß, „eine Kommission für den einzigen Zweck der Korrespondenz mit Freunden in Großbritannien, Irland *und andern Teilen der Welt*." Wichtiger noch war, daß er im eignen Land alle Kräfte des Widerstandes

entfesselte. Er befahl, die Tories zu entwaffnen oder, wo das nicht genüge, zu verhaften, und erteilte mehreren Kolonien: Virginia, New Hampshire, Südcarolina den dringenden Rat, ihre Verfassungen umzugestalten.

Tatsächlich vollzog sich denn seit dem Sommer 1775 überall der entscheidende Umschwung. Die Gouverneure entflohen oder wurden verjagt, in einigen Fällen nicht, ohne daß sie versucht hätten, sich zu widersetzen. Die Landtage erfuhren eine Erneuerung. An Stelle der ordentlichen Gerichte etablierte sich vielerorten eine Lynchjustiz, deren Namen sogar aus diesen Zeiten stammt. All die zahlreichen Elemente, die ohne starkes eigenes Interesse an der Politik bisher zugewartet hatten, sahen sich in die Bewegung hineingezwungen. Es waren stürmische Monate eines bis zum Bürgerkrieg gesteigerten Parteikampfes. Und der Kampf endete mit dem mehr oder weniger entschiedenen Sieg der Radikalen.

Das Losungswort dabei wurde in steigendem Maß: Unabhängigkeit. Auf die Dauer schien es nicht möglich, die Fiktion der Treue gegen den König aufrecht zu erhalten, während seine Verordnungen mißachtet, seine Truppen und Schiffe angegriffen, seine Anhänger bestraft wurden. Diese gefährliche Halbheit mußte die Geister verwirren, die entschlossenen lähmen, den unentschlossenen oder abgeneigten einen bequemen Vorwand liefern. Auch ließ sich nicht erwarten, daß auswärtige Hilfe zu haben sein werde, solange die fremden Mächte nicht vor der Überraschung einer Aussöhnung zwischen Mutterland und Kolonien geschützt wären. Das waren praktische Erwägungen, und hinzu kam eine Verschiebung des theoretischen Standpunktes. Man begann sich zu fragen, ob der Zustand vor 1763, den man bisher erklärt hatte, wiederherstellen zu wollen, denn überhaupt das Richtige sei, ob man nicht statt des alten Rechtes besser eine neue Freiheit und statt der Unterordnung unter den englischen König eine eigene republikanische Verfassung erstreben sollte.

Republikanische Tendenzen waren für Amerika gewiß nicht neu oder unvermittelt. Mindestens in den Neuenglandstaaten hatten sie sich schon mehrfach geltend gemacht. Sie fanden dort eine Stütze an den Verfassungen von Connecticut und Rhode Island und wurden genährt durch die Formen der Kommunal- und Kirchenverwaltung. Bei dem großen Wert, den die Puritaner auf das alte Testa-

ment legten, kannten sie natürlich die Schilderung von den bösen Seiten des Königtums, die Samuel auf Gottes Geheiß dem Volk Israels gibt (1. Samuelis, Kap. 8). Auch wurden noch die Schriftsteller gelesen, die zur Zeit der großen Revolution für die kurzlebige englische Republik eine Lanze gebrochen hatten, wie Milton und „der große und unvergleichliche“ Harrington. Endlich machte sich der Einfluß der Aufklärungsliteratur geltend, die, so wenig alle ihre Vertreter geneigt waren, diese Folgerung zu ziehen, ja doch letzten Endes erst recht zur Republik hinführte. Die Werke von John Locke wurden in Amerika fast noch mehr geschätzt als in England. John Adams hat ihn als einen andern Columbus gefeiert, der eine neue Welt im menschlichen Geist entdeckt habe. Auch Montesquieu und Rousseau blieben nicht unbekannt. Jedenfalls lebten die politischen Denker Amerikas in den großen Ideen vom Staatsvertrag, dessen Verletzung Verlust des Thronrechts nach sich ziehe, von der Souveränität des Volkes, dem gegenüber die Regierung nur die Rolle eines unter Umständen absetzbaren Beauftragten spiele, endlich (indem hier der Geist der Pilgerväter und Quäker mit der modernen Staatsphilosophie eigenartig zusammentraf) von angeborenen und unveräußerlichen Persönlichkeitsrechten, die älter und heiliger wären als alle Verfassungen, an denen diese Verfassungen vielmehr gemessen werden müßten.

Jetzt nun in den kritischen zwölf Monaten, die der Schlacht von Bunkershill folgten, traten diese Ideen, die bisher mehr gelegentlich bei der Beweisführung hatten helfen dürfen, beherrschend in den Vordergrund und begannen Gemeingut der großen Menge zu werden. Der Streit verlor für die Kämpfer den Charakter eines bloßen Prozesses um Privilegien oder Gesetzesparagraphen und wurde zu einem heiligen Krieg für allgemeine Menschheitsideale, dessen Ausgang nicht nur Amerika, sondern die Welt, nicht nur die Gegenwart, sondern die fernste Zukunft interessierte.

Insbesondere war es ein Werk, das solche Auffassung verbreiten half. Anfang Januar 1776 erschien in Philadelphia eine Broschüre von mäßigem Umfang mit dem an sich wenig begeisternden Titel: Common Sense adressed to the inhabitants of America, wie es in der bald nachfolgenden deutschen Ausgabe übersetzt wurde, „Gesunde Vernunft an die Einwohner von Amerika.“ Der Verfasser war ein geborener Engländer, der erst vor kurzem nach Amerika her-

übergekommen war, Thomas Paine. Er war kein tiefer Geist und erst recht kein Mann von Charakter, aber er verstand zu schreiben. In volkstümlicher Sprache, die sich doch nicht selten zu poetischem Schwung erhob, stellte er geschickt alles zusammen, was sich für eine Unabhängigkeitserklärung sagen ließ. Er verschmähte nicht, biblische Töne anzuschlagen, und einiges war aus Miltons Defensio pro populo anglicano, der Verteidigung des Königsmordes von 1649, übernommen, aber in der Hauptsache arbeitete er doch mit dem Pathos Rousseaus. Indem er die einzelnen Beschwerden nicht überging und bloße Nützlichkeitserwägungen nicht verschmähte, legte er den eigentlichen Nachdruck auf die weltgeschichtliche Mission zur Verbreitung wahrer republikanischer Freiheit, die den Amerikanern zugefallen sei: „Jeder Fleck der alten Welt erliegt unter Bedrückung. Man hat auf die Freiheit Jagd gemacht rund um den Erdkreis. O, empfangt Ihr die flüchtige und bereitet in Zeiten eine Zufluchtsstätte für die Menschheit.“

Das Echo war gewaltig, am besten zu vergleichen vielleicht mit der Wirkung, die dreizehn Jahre später in Frankreich von Sieyès' Flugschrift über den dritten Stand ausgehen sollte. Tausende und aber Tausende von Exemplaren wurden verkauft. Im Norden wie im Süden, im Blockhaus, auf der Pflanzung, in den Kontoren, überall fand man den Common Sense. Die Zeitungen spannen das Thema vor der Öffentlichkeit fort. Ebenso in den Privatkorrespondenzen klang es nach. Wie große Krisen das eigentümliche haben, die Menschen über sich selbst zu erheben in eine Sphäre, wo die Einsicht in die Erleuchtung übergeht, gewannen nicht wenige amerikanische Patrioten das starke und stolze Gefühl, daß die Schicksalsstunde gekommen sei, um das Glück von Generationen zu begründen. „Unsere Häfen und Meere gefüllt mit Schiffen von den entferntesten Enden der Erde, unsere Farmer Fürsten und unsere Kaufleute Könige,“ so sieht einer von ihnen bereits die Zukunft, wenn erst der Thron der Unabhängigkeit sich vor den Augen der bewundernden Welt erhebe; und ein anderer erwartet den Segen von Millionen noch Ungeborener dafür, daß man jetzt Wahrheit, Freiheit und Religion zur Vollendung bringe. Ein tiefer und ehrlicher Enthusiasmus durchdrang weiteste Kreise.

Aber die Stimmen des Zweifels und Kleinmuts waren doch nicht verstummt. Franklin, selbst seit Jahresfrist für die Unab-

hängigkeit gewonnen, mußte noch im April 1776 feststellen: „Die Neuheit der Sache schreckt einige ab, die Ungewißheit des Erfolges andere, die leere Hoffnung einer Aussöhnung viele.“ Kein Geringerer als Dickinson, der einst durch seine Bauernbriefe den Brand mitgeschürt hatte, scheute jetzt vor dem Äußersten zurück. Traurig schrieb er, die Alternative für die Amerikaner sei, ihre Ketten zu tragen oder durch Ströme von Blut zu einer teuer erkauften Unabhängigkeit zu waten, die bestenfalls oft gestört und unsicher sein würde; denn ihn und andere beunruhigten eben sehr stark die mancherlei Züge von Pöbelherrschaft und Gesetzlosigkeit, die den Siegeszug der Whigs vielerorten begleiteten. Der Name Republik, der die Gegenseite begeisterte, war ihnen vielmehr ein Schrecknis, fast mehr noch als die Trennung vom Mutterland an sich; sie fürchteten, die unausbleibliche Folge würde die Anarchie sein.

So hätte der Kongreß den unvermeidlichen Entschluß vielleicht noch länger hinausgezögert, wenn nicht am Ende auch noch der Gang der kriegerischen Ereignisse gebieterisch eine Entscheidung gefordert hätte. Nach Bunkershill war militärisch zunächst wenig geschehen. Amerikaner und Engländer lagen sich um und in Boston Monat auf Monat fast untätig gegenüber; denn die Truppen der Kontinentalarmee waren für eine Offensivunternehmung zu schlecht organisiert, und die britische Heeresleitung glaubte mit der Garnison von nur 10 000 Mann eine Ausfallsschlacht nicht wagen zu sollen. Es gab einen tatenarmen, trüben Winter. Erst Anfang März bemächtigte sich Washington der Höhen von Dorchester, die jenseits eines mäßig breiten Sundes die Stadt von Süden her beherrschen, und General Howe, der seit dem November an die Stelle von Gage getreten war, nahm das zum Anlaß, um die Räumung eines Platzes zu befehlen, von dessen strategischem Wert er und die englische Regierung seit langem gering dachten. Durch die Amerikaner gemäß einer ausdrücklichen Verabredung nicht weiter gehindert, schiffte er seine Truppen sowie über tausend königstreue Bürger ein, um nach Halifax zu segeln. Am 20. März zog Washington unter lautem Jubel in das befreite Boston ein. Es war äußerlich ein glänzender Erfolg, dem zu Ehren der Kongreß eine Denkmünze schlagen ließ. Aber wirklich entschieden hatte er nichts. Die britische Armee war unversehrt geblieben; sie konnte jeden Tag nach New York geworfen werden, weshalb Washington ohne Aufenthalt

zu dessen Schutz abrückte, und dort hätte sie eine um so größere Gefahr dargestellt, als die amerikanischen Waffen auf anderm Schauplatz unglücklich waren. Jene Expedition nach Kanada, die im September begonnen hatte, mißlang kläglich. Der englische Gouverneur dort, Carleton, war ein Mann von Geschick und Energie. Die Bevölkerung trug Bedenken, sich für Leute einzusetzen, von denen sie trotz aller feierlichen Versicherungen des Gegenteils fürchtete, daß sie der katholischen Religion feindlicher sein würden als die englische Regierung; und für sich allein waren die amerikanischen Streitkräfte zu schwach. Nur Montreal wurde im November genommen. Quebec hielt sich. Weder ein voreiliger Sturm am 31. Dezember noch eine monatelange Blockade hatte eine andere Wirkung, als den Kolonisten schwere Opfer aufzuerlegen. Keine Nachschübe, kein Geld, keine Verhandlungen, zu denen doch eine eigene Kommission mit Franklin an der Spitze abgeordnet wurde, halfen. Als Anfang Mai ein englisches Entsatzheer den St. Lorenzstrom herauffuhr, mußten die Amerikaner eiligst unter Verlust von Gepäck und Geschütz und vielen Gefangenen einen unrühmlichen Rückzug antreten. Die weltgeschichtlichen Folgen dieses Ausgangs sind bekannt; er bewirkte, daß ein gewaltiger, zukunftsreicher Teil des nordamerikanischen Kontinents Großbritannien verblieb. Im Augenblick aber war das Ergebnis für die Kriegslage, daß es den Engländern freizustehen schien, durch das Hudsontal gegen New York zu operieren. Die Möglichkeit eines konzentrischen Angriffs von Land und See auf den größten und wichtigsten Hafen der Kolonien zeichnete sich ab. Dabei war die Stimmung in New York äußerst unsicher. Der alte königliche Gouverneuer Tryon, ein sehr gewiegter Politiker, der noch in der Nähe weilte, unterhielt mannigfache Einverständnisse. Sogar der Bürgermeister galt für verdächtig, man glaubte einer Verschwörung auf der Spur zu sein. Nur rasches, durchgreifendes Handeln konnte helfen.

Solches Durchgreifen aber setzte immer voraus, daß endlich einmal der Kongreß in der großen Frage der Unabhängigkeit Farbe bekannte. Nicht wenige meinten, daß ohne sein verhängnisvolles Zögern und Schwanken der Feldzug in Kanada ein anderes Ende genommen haben und überhaupt die Sache der Kolonien weit besser stehen würde. Seit April faßten eine Reihe einzelner Kolonien Beschlüsse im Sinn der endgültigen Loslösung von England, erst

Nordcarolina, dann Rhode Island, Massachusetts, wo vom 1. Juni an der Namen des Königs nicht mehr in den Urteilen genannt werden sollte, und Virginia. Ein virginischer Abgeordneter, Richard Henry Lee, stellte denn auch am 7. Juni im Kongreß den förmlichen Antrag auf Erklärung der Unabhängigkeit, Abschluß auswärtiger Bündnisse und Vorbereitung einer Bundesverfassung. „Schlagen wir uns, führte er aus, nicht um die Bedingungen, unter welchen wir Englands Sklaven sein können, sondern, um uns eine freie Existenz zu sichern, eine gerechte und unabhängige Regierung zu gründen. Möge dieser Tag die amerikanische Republik werden sehen, daß sie sich erhebe nicht zur Zerstörung und Eroberung, sondern zur Gründung eines Reiches des Friedens und der Gesetze." Der Appell hatte nicht gleich vollen Erfolg. Nur die Abgeordneten von sieben Kolonien erklärten sich für den Vorschlag, und da bei einem Schritt von solcher Tragweite eine knappe Majorität offenbar nicht genügte, sondern Einstimmigkeit erforderlich war, kam man überein, die Frage für drei Wochen zu vertagen, während welcher Frist eine Kommission sie noch einmal prüfen möge. Auch als dann am 1. Juli die Verhandlung im Plenum wieder aufgenommen wurde, gab es noch immer Stimmen, die für ein Hinausschieben waren: man solle mindestens den Ausgang des diesjährigen Feldzuges abwarten. Die Abgeordneten von New York hatten ausdrückliche Weisung, sich der Abstimmung zu enthalten, die von Pennsylvanien und Südcarolina votierten zum größeren Teil mit Nein, die von Delaware waren einer dafür, einer dagegen. So wurde abermals Vertagung und Arbeit hinter den Kulissen notwendig. Doch gelang es schon nächsten Tages, mit Ausnahme der New Yorker, die dissentierenden zu gewinnen, und bis zum 4. wurde dann, nachdem so das Prinzip entschieden war, der Text der Unabhängigkeitserklärung durchberaten und angenommen.

Sie stammte aus der Feder des Virginiers Thomas Jefferson, dem John Adams und Franklin nur wenig hineinkorrigiert hatten. Ein Abgeordneter nannte sie eine Kopie von Lockes „Zwei Abhandlungen über den Staat", und tatsächlich ist deren Einfluß im ganzen wie im einzelnen unverkennbar. Auch auf andere Muster hat man hingewiesen: die holländische Absagungsakte von 1581, die Anklageschrift gegen Karl I. vom 20. Januar 1649 und namentlich die „Meklenburg-Erklärung", durch die sich schon im Mai 1775 die

nordcarolinische Grafschaft dieses Namens als frei und unabhängig proklamiert hatte. Aber es braucht sich dabei nicht um bewußte Entlehnungen gehandelt zu haben: Jefferson behauptete später, beim Niederschreiben kein Buch benutzt zu haben, und sicher bleibt seine Arbeit eins der wirkungsvollsten Manifeste, die die Weltgeschichte kennt. In ihrem mittleren und Hauptteil stellte sie noch einmal all die Beschwerden — siebenundzwanzig an der Zahl — zusammen, die man gegen König und Parlament zu haben glaubte. Im Anfang aber erhob sie sich zu den Höhen der Staatsphilosophie der Aufklärung. „Wir halten diese Wahrheiten für von selbst einleuchtend, daß alle Menschen gleich geschaffen sind, daß sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten begabt sind, daß darunter sind Leben, Freiheit und das Streben nach Glückseligkeit. Daß zur Sicherung dieser Rechte Regierungen unter den Menschen eingesetzt sind, die ihre gerechten Vollmachten von der Zustimmung der Regierten ableiten. Daß, wenn immer eine Regierungsform für diese Zwecke schädlich wird, es das Recht des Volkes ist, sie zu ändern oder abzuschaffen.“ Das waren Sätze, die, wenn sie auch nicht neu oder orginal waren, doch noch nie eine so knappe, packende Formulierung gefunden hatten; und da sie aussprachen, was die Zeit ohnehin bewegte, konnte es nicht fehlen, daß sie rings in der Welt wie ein Evangelium begrüßt wurden. Sehr eindrucksvoll auch war der Schluß, in dem etwas von dem heiligen Ernst jenes Pilgervätervertrages anklingt, der am Beginn der kolonialen Geschichte stand: „Wir deshalb, die im Kongreß versammelten Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika, uns berufend auf den höchsten Richter der Welt für die Rechtschaffenheit unserer Absichten, wollen hiermit im Namen und aus Vollmacht des guten Volkes dieser Kolonien feierlich kundtun und erklären, daß diese Vereinigten Kolonien sind und von Rechts wegen sein sollen freie und unabhängige Staaten, daß sie gelöst sind von aller Pflicht gegen die britische Krone, daß alle politische Verbindung zwischen ihnen und dem Staat von Großbritannien ein für allemal aufgehoben ist und sein soll, daß als freie und unabhängige Staaten sie volle Gewalt haben, Krieg zu führen, Frieden zu schließen, Bündnisse einzugehen, Handel einzurichten und alle andern Akte und Dinge zu tun, die unabhängige Staaten von Rechts wegen tun dürfen. Und zur Aufrechterhaltung

dieser Erklärung, in festem Vertrauen auf den Schutz der göttlichen Vorsehung, verpfänden wir uns gegenseitig unser Leben, unsere Habe und unsere heilige Ehre."

Die feierliche Ausfertigung, die der Kongreß befahl, trägt die Unterschriften aller sechsundfünfzig Mitglieder des Kongresses mit einziger Ausnahme von Dickinson, indem die New Yorker nach ein paar Tagen auch beitraten. Als einstimmiger Beschluß ging die Unabhängigkeitserklärung ins Land. Überall fanden ihr zu Ehren Feste statt, hier voll ernster Würde, dort voll wilden Volksübermutes. In New York geschah es, daß eine Menge, unter der auch einige Soldaten waren, die bleierne Statue Georg III. auf dem Bowling-Green umstürzten und zerschlugen, damit sie zum Besten der Unabhängigkeit in Kugeln umgeschmolzen würde.

Denn eben Kugeln würde man brauchen, das wußten alle. Wollten die neuen Vereinigten Staaten von Amerika ihren Platz behaupten, so bedurfte es ernstester kriegerischer Anstrengungen.

Viertes Kapitel

Der Unabhängigkeitskrieg

„Es ist ein großer Einsatz, um den wir spielen, und wir müssen ohne Zweifel gewinnen, wenn die Karten gut zu Rat gehalten werden.“ Dahin hatte Washington schon am 31. März 1776 die Lage gekennzeichnet.

Gewiß, auf den ersten Blick mochte es als ein ungeheuerliches Unterfangen erscheinen: ein Volk von drei Millionen, von dem eine halbe Million Sklaven waren und die freien Männer zum nicht geringen Teil gleichgültig oder feindlich abseits standen, warf dem großen Britischen Reich den Fehdehandschuh hin, das noch eben die vereinte Macht Frankreichs und Spaniens bezwungen hatte. Allein schon die Erwägung, wie man ohne bares Geld und ohne Kredit den Kampf mit dem kapitalkräftigsten Land Europas aushalten wollte, hatte den Loyalisten als genügendes Argument gegen die Unabhängigkeitserklärung gegolten.

Diese Verschiedenheit der finanziellen Mittel ließ sich in der Tat nicht abstreiten. Sonst aber traten bei näherer Betrachtung doch eine Reihe von Momenten hervor, die erheblich zugunsten der Kolonisten sprachen. England war weit. Seine Truppen und Kriegsmaterialien konnten erst nach einem zeitraubenden, kostspieligen, gefährlichen Transport eingesetzt werden; und wenn es trotzdem einzelne Erfolge errang, würde es imstande sein, ausgedehnte, dünnbevölkerte Gebiete wirklich zu unterwerfen, die keine Hauptstadt, die kein System gepflegter Straßen hatten, wo immer wieder Urwald und Sumpf Möglichkeiten des Kleinkriegs boten? John Adams hat erzählt, wie ihm die erste Reise von Boston zum Kongreß in Philadelphia die Überzeugung gab, daß die Natur des Landes die Sache seines Volkes unüberwindlich mache. Dazu ließ sich an=

nehmen, daß die britische Regierung nicht lange freie Hand haben würde. Man wußte aus bester Quelle, daß Frankreich nur auf eine Gelegenheit wartete, um die Schläge des letzten Krieges heimzuzahlen.

Genug, es begreift sich, daß unter den amerikanischen Patrioten jene optimistische Auffassung Washingtons überwog. Nicht nur zweifelten sie nicht an einem endgültigen Sieg, sondern sie meinten, daß er sich viel rascher entscheiden würde, als dann wirklich der Fall gewesen ist, und gingen deshalb in den Kampf hinein, wenngleich keineswegs sorglos und übereilt, doch nicht mit dem Maß allseitiger Vorsorge, das notwendig gewesen wäre. Die Geschichte des Krieges, schrieb wieder Washington einige Jahre später (1780), sei eine Geschichte täuschender Hoffnungen und für den Augenblick berechneter Hilfsmittel.

Namentlich im Punkt der Finanzierung zeigte sich der alte koloniale Leichtsinn. Der Kongreß war schon im Sommer 1775 zur Ausgabe von drei Millionen Dollar Papiergeld geschritten. Darin lag an sich nichts Überraschendes. Weil doch das Land reich an wirtschaftlichen Werten und arm an Metall war, hatten die einzelnen Kolonien seit langem die Gewohnheit angenommen, aufsteigenden Verlegenheiten in dieser Art zu begegnen. Papiergeldwirtschaft und -mißwirtschaft spielen schon in der älteren amerikanischen Geschichte eine bedeutende Rolle. Jetzt war die Versuchung um so stärker, als man nicht hoffen durfte, größere Anleihen unterzubringen, und die Ausschreibung hoher Steuern den Vorwurf heraufbeschworen hätte, daß der Kongreß, um die bescheidenen Anforderungen des Mutterlandes abzuweisen, selbst das Vielfache für sich verlange. Aber die Art, wie nun anfangs ganz ungeniert statt der Steuerschraube einfach die Druckerpresse angewandt wurde, hatte doch schweres Bedenken. Die Zahl der Scheine wuchs mit bedrohlicher Schnelligkeit. Schon im August 1776 waren zwanzig Millionen allein vom Kongreß ausgegeben, während doch gleichzeitig auch die Einzelstaaten Papiergeld fabrizierten. Daß es dabei ohne Entwertung abgehen würde, ließ sich nicht erwarten. Sie trat nicht sogleich ein, weil die Zuversicht der leitenden Männer vom Volk vielfach geteilt wurde und es als patriotische Pflicht galt, die Verschreibungen der neuen Regierung für voll anzunehmen. Aber schließlich, schon seit dem Sommer 1776, kam sie doch. Gegen

Ende des Jahres stand das bare Geld zum Papier wie zwei oder gar zweieinhalb zu eins, und indem die Ausgabe der Scheine darum nicht aufhörte, vielmehr wegen der geringeren Kaufkraft in nur immer größeren Mengen erfolgte, fiel der Wert in Sprüngen, bis 1778 fünf oder sechs, 1779 einige zwanzig, 1780 einige fünfzig Papierdollars nötig waren, um einen Silberdollar aufzuwiegen. Für den ärmeren und arbeitenden Teil des Volkes war das nun kein sonderlicher Schaden; denn die Arbeitslöhne stiegen im Verhältnis zur Entwertung des Geldes, und auch die Preise der Waren paßten sich an, obwohl der Kongreß eine Zeitlang den Versuch machte, sie durch Maximaltarife zu beschränken. Sehr schwierig aber wurde schon dadurch die Lage aller derer, die von ihren Kapitalien lebten. Überdies mußten sie sich gefallen lassen, da natürlich Zwangskurs verordnet war, daß ihre Schuldner sie mit Summen auszahlten, die faktisch nur die Hälfte, ein Fünftel, ein Fünfzigstel und weniger der geliehenen darstellten. So vollzog sich in aller Stille eine Revolution der Besitzverhältnisse, der viele alte Familien zum Opfer fielen, ganz wie das später in Frankreich als Folge der Assignatenwirtschaft eintreten sollte; und noch eine andere Analogie zur französischen Revolutionsgeschichte ist festzustellen. Die schwankende Währung erzeugte bei vornehm und gering eine Neigung zur Spekulation, zum Spiel in Geld oder Waren mit der weiteren Folgewirkung von Verschwendung und Ausschweifung. In einem amtlichen Aktenstück begegnet die Klage: „Wir sind fast wie ein Volk von Juden"; Washington schrieb traurig: „Spekulation, Unterschleif, Wucher, Aufkäuferei mit allem, was daran hängt, liefern zu viele traurige Beweise von dem Verfall öffentlicher Tugend", und manche Berichte, namentlich aus Philadelphia, lesen sich, als stammten sie aus dem Paris der Thermidor-Reaktion und Direktorialzeit: von so sinnlosem Luxus und wüster Unmoral wissen sie zu erzählen.

Überhaupt soll man sich den Unabhängigkeitskampf nicht gar zu sehr idealisieren. Es waren gewiß Ideale und Idealisten vorhanden. Züge von Aufopferung, von Heldenmut, von leidenschaftlicher Vaterlandsliebe fehlten nicht. Aber wie im amerikanischen Leben Altruismus und Egoismus, Gemeinsinn und rücksichtslose Ausnützung des Privatrechtes näher beieinander wohnen als irgend sonst in der Welt, zeigte sich auch damals eine Fülle krasser,

häßlicher Selbstsucht, die nur an den eigenen kleinen Vorteil dachte, mochte das große Ganze darüber zugrunde gehen. Die „Söhne der Freiheit", wie sie sich nach jenem Wort Oberst Barrés gern nennen ließen, glichen doch nicht so ganz den enfants de la patrie Rouget de Lisles oder den preußischen Freiwilligen von 1813. Dafür unterschied sich der Zustand, den sie erkämpfen wollten, in seinen nächsten praktischen Folgen zu wenig von dem, der bereits bestanden hatte. Weder besaß der Gedanke der Freiheit den vollen Reiz des Neuen für sie, noch war der Druck des alten Regiments empfindlich genug gewesen, um einen elementaren Haß zu erzeugen. Hinzu kam, daß in weiten Gebieten des Landes überhaupt nicht oder doch nur für kurze Zeit unmittelbare Sorge um Haus und Hof herrschte. Der größere Teil Neuenglands blieb nach der Eroberung Bostons unbedroht; und die Südstaaten fanden sich erst in den letzten Jahren ernstlich in den Kampf hineingezogen.

So konnte es geschehen, daß die militärische Leistung des Volkes doch recht erheblich hinter dem zurückblieb, was möglich und wünschenswert gewesen wäre. Der meiste und nachhaltigste Eifer zeigte sich noch für den Krieg zur See. Die Amerikaner hatten seit langem einen Ruf als geschickte Schiffsbauer und kühne Schiffsführer. Bis weit ins 18. Jahrhundert hinein war der Seeraub eine gern geübte Beschäftigung für die Küstenbewohner gewesen, nicht nur in Neuengland, sondern auch in den Mittel- und Südstaaten, und wenn immer Feindseligkeiten mit Frankreich ausbrachen, hatten sich jedesmal eine Menge amerikanischer Kaperschiffe eingefunden, um an der Beute teilzunehmen. Jetzt wandte sich diese Waffe gegen das Mutterland. Schon weil die Neufundland-Fischerei nicht mehr möglich und der legitime Handel durch ein strenges englisches Gesetz vom Dezember 1775 unterbunden war, warf sich die ganze Energie der Fischer und Schiffer auf den Kaperkrieg. Die eine kleine Stadt Salem stellte eine Flotte von vierundvierzig Fahrzeugen mit 4 000 Mann Besatzung, während das Aufgebot von ganz Massachusetts nicht viel hinter dreihundert Schiffen zurückblieb, von denen manche, schon um die Prisen bemannen zu können, bis hundertfünfzig Matrosen an Bord hatten. Auch richtige Kriegsschiffe wurden gebaut oder ausgerüstet, sowohl vom Kongreß wie von einigen Einzelstaaten, und man rechnet, daß alles in allem mindestens 70 000 Mann zur See gegen die Eng-

länder gekämpft haben. Zu größeren Schlachten kam es freilich nicht. Die Schiffe waren verhältnismäßig nur klein und schwach bestückt (bis zu 32 Geschützen), also nicht in der Lage, es mit einem Verband von Linienschiffen aufzunehmen. Aber die Annalen wissen von manchem mutigen Einzelkampf gegen englische Kreuzer und vor allem eben von erfolgreichen Raubzügen gegen die englische Handelsmarine, die nirgends sicher war, nicht einmal in den Gewässern des Kanals. Unwillkürlich denkt man an die große Rolle der Wassergeusen im niederländischen Unabhängigkeitskrieg gegen Spanien. Den berühmtesten Namen erwarb sich Paul Jones, ein geborener Schotte, der, freilich mit französischer Hilfe, sogar die britischen Küsten brandschatzte. Andere weniger bekannte leisteten doch kaum Geringeres. Jedenfalls wurden schon 1776 über dreihundert Schiffe aufgebracht, unter ihnen manch Westindienfahrer, dessen Ladung ein Vermögen darstellte, und diese Zahl stieg dann noch in den nächsten Jahren. Handelte es sich dabei um Transporte für die englische Armee, so war der Vorteil für die amerikanische Kriegführung unmittelbar wahrzunehmen, aber auch sonst ließ er sich nicht wohl verkennen. Die Kaperei brachte dem Volksvermögen einen dauernden Zufluß von Millionen, der die wirtschaftlichen Schädigungen des Krieges großenteils gutmachte, und hielt, da viele Leute mit Kapital daran beteiligt waren, weite Kreise bei guter Laune, die ohne das vielleicht nach Frieden um jeden Preis geseufzt hätten.

Allerdings ganz ohne Nachteil ging es denn doch nicht ab. Wie schon der Dienst auf den privaten Kaperschiffen als einträglicher dem in der regulären Kriegsmarine vorgezogen wurde, bildete die Möglichkeit lohnender Beschäftigung zur See einen der Gründe, weshalb es so schwer war, Rekruten für das Landheer zu gewinnen. Im ersten Augenblick, unter dem Eindrucke von Lexington und Bunkershill, waren freilich namentlich die Neuengländer in schöner Begeisterung zu den Fahnen geeilt. Aber sie hatten sich nur für einige Monate verpflichtet, und als diese verflossen waren, verließen sie, des eintönigen Schanz- und Wachtdienstes gründlich müde, großenteils wirklich das Lager. Washington mußte im Angesicht des Feindes, mit schwerer Gefahr, ein neues Heer bilden, nicht ohne daß die Einnahme Bostons dadurch wesentlich hinausgezögert worden wäre. Natürlich drang er nach solchen Erfahrungen

energisch darauf, daß mit dem System der kurzfristigen Anwerbungen gebrochen würde. Auch beschloß der Kongreß Mitte September 1776, achtundachtzig Bataillone, deren Zahl bald noch vermehrt wurde, für die Dauer des Krieges aufzustellen. Aber dieser Beschluß ließ sich nicht voll durchführen. Bei den einzelstaatlichen Regierungen, denen die Lieferung der Rekruten auferlegt wurde, zeigte sich oft genug die alte argwöhnische Abneigung gegen die Schaffung eines Berufsheeres, das der Freiheit gefährlich werden könne, wie einst die Eisenseiten Oliver Cromwells. Und im Volk fanden sich nur wenige, die, selbst für die Prämie von zwanzig Dollar und den Anspruch auf hundert Acker Landes nach dem Frieden, das Recht der Selbstbestimmung für unbegrenzte Zeit daranzugeben bereit waren. Es wurde also doch wieder zugestanden, daß der Mann sich nur auf Jahre, drei, zwei, eins, oder gar Monate band. Selbst so aber erwies sich als unmöglich, die Reihen der Kontinentalarmee mit Freiwilligen zu füllen. Man mußte zu Zwangsaushebungen schreiten und verbundene Knechte oder gar Sklaven einstellen, die dann natürlich die Freiheit erhielten. Ja, hier und da sind englische Deserteure und Gefangene angeworben worden. Alles, ohne daß je der Sollstand der Regimenter erreicht wäre.

Neben das reguläre Heer trat dort, wo die Gefahr unmittelbar drohte, die Miliz. Aber ihre Hilfe war meistens sehr zweifelhaft. „Die kommt, man weiß nicht wie, sich wieder entfernt, man weiß nicht wann, und kämpft, man weiß nicht wo, die alle Lebensmittel aufzehrt, alle Vorräte erschöpft und uns endlich im entscheidenden Augenblick im Stich läßt.“ Das sind die bittern Relativsätze, die Washington ihr widmete, und ein andermal schrieb er gar: „Wenn von mir verlangt würde, auf meinen Eid zu erklären, ob die Miliz uns im ganzen mehr genützt oder geschadet hätte, so könnte ich das letztere beschwören.“

Insbesondere warf er ihr vor, daß sie durch den Anspruch auf größere Freiheit die Disziplin der anderen Truppen mit erschüttere; denn diese Disziplin war ein weiteres trauriges Kapitel. Der demokratische und individualistische Sinn der Leute widerstrebte der miltärischen Unterordnung; jeder wollte sein eigner Offizier sein; auch war es oft wirklich schwer, vor den Vorgesetzten Respekt zu haben. Viele hatten Offiziersstellen sogar höheren Ranges erhalten aus keinem andern Grunde, als daß sie eine Anzahl Re-

kruten mitbrachten, andere waren von den Gemeinen gewählt, weil diese unter ihnen einen guten Tag zu haben glaubten, zuweilen gegen das Versprechen, den höheren Sold an die gemeinsame Kasse zur Verteilung abzugeben. Jedenfalls fehlte der nötige Abstand zwischen Mann und Offizier, ohne den, um ein Wort Washingtons zu gebrauchen, ein Heer zu einer bloßen Versammlung Bewaffneter wird. Gewiß waren die Amerikaner keine schlechten Soldaten. Sie fochten so tapfer wie ihr Gegner, schossen besser und zeigten sich erfindungsreicher bei Rekognoszierung und Überfall, aber weniger gut stand es um die undankbareren Tugenden der Selbstzucht, Ordnungsliebe und Ausdauer. Selbst die große Energie des Deutschen Steuben, der, 1778 zum Generalinspektor ernannt, preußische Strammheit einzuführen suchte, konnte die Dinge zwar bessern, aber nicht von Grund aus ändern. Ausschreitungen, namentlich nach der Seite des Plünderns, waren an der Tagesordnung. Der Oberfeldherr bedauerte wohl, daß er als Strafe nur neununddreißig Hiebe verhängen könne, die nicht genügten. Waffen und Vorräte wurden wenig in acht genommen, und wenn Unglücksfälle und Strapazen kamen, so blieb nie aus, daß ein großer Teil schmählich entlief.

Dabei war freilich ein mildernder Umstand, daß die Sorge für die Bedürfnisse der Truppen vielfach zu wünschen übrig ließ. Die Verwaltungsbehörden versagten nur zu oft, wo es sich um rechtzeitige Soldzahlung oder Ernährung handelte. Insbesondere der Kongreß hatte nicht die rechte Autorität, um der Armee, die er geschaffen hatte, eine verläßliche Stütze sein zu können. Noch lag in der Einrichtung einer gemeinsamen Regierung für die meisten Amerikaner etwas Befremdliches und Unheimliches. Viele meinten, der Kongreß habe seine Schuldigkeit getan, indem er die Unabhängigkeitserklärung erlassen habe. Das übrige könne in der Hauptsache den einzelnen Staaten überlassen bleiben. Trotzdem wurde der Versuch gemacht, eine Gesamtverfassung zu entwerfen. Aber die Beratungen darüber gingen langsam. Erst am 15. November 1777 nahm der Kongreß die sogenannten Konföderationsartikel an (Articles of confederation and perpetual union between the States), und dann währte es noch bis zum Juli 1778, ehe die Mehrheit, bis 1781, ehe alle Staaten sie ratifiziert hatten. Auch schufen die Artikel nur einen Staatenbund, mit den Worten der

Urkunde: eine Freundschaftsverbindung (firm league of friendship). Der Kongreß erhielt keine Zwangsgewalt gegen die Einzelstaaten, deren Souveränität ausdrücklich betont wurde, und die Lage blieb, wie sie Washington einmal schilderte: „Ein Staat bewilligt die Forderungen des Kongresses, ein anderer weigert sich, es zu tun, der dritte tut es nur zur Hälfte, und alle weichen voneinander ab, entweder in dem, was sie bewilligen, in der Art, wie sie es bewilligen, oder in der Zeit, wann sie es bewilligen. Aus einem Haupt wachsen dreizehn Häupter hervor.“ Gleichzeitig aber verlor jenes eine Haupt an Intelligenz. In dem ursprünglichen Zustand, daß der Kongreß die Auslese der amerikanischen Patrioten in sich vereinigt hatte, trat allmählich eine empfindliche Änderung ein. Nach dem bitteren Wort eines anderen Zeitgenossen: der Kongreß sank im Wert wie sein Papiergeld. Viele der besten Männer hielten es für ersprießlicher und einträglicher, in den Regierungen ihrer Heimatstaaten tätig zu sein; und die Leute, die sie ersetzten, zeigten sich oft nicht auf der Höhe ihrer schwierigen Aufgaben. Intrigen und Privatinteressen spielten in Philadelphia eine häßliche Rolle. Als Washington Ende Dezember 1778 zu mündlichen Verhandlungen mit den Kongreßmitgliedern dort weilte, gewann er den trostlosen Eindruck: „Müßiggang, Zerstreuungssucht und Ausschweifung scheinen die meisten in unauflöslichen Banden zu halten; Eigennutz, Unterschleif und unersättliche Geldgier scheinen jedes bessere Gefühl vernichtet zu haben, fast in jeder Klasse von Menschen; Parteikämpfe und persönliche Streitigkeiten sind die großen Angelegenheiten der Zeit; unterdessen werden die wichtigen Interessen eines mächtigen Reiches, die stets sich anhäufende Staatsschuld, die Entwertung des Geldes und der Mangel an Kredit nur oberflächlich erwogen, die Beratungen darüber von Tag zu Tag, von Woche zu Woche hinausgeschoben, als ob unsere Angelegenheiten sich in dem blühendsten Zustand befänden.“ Und in einem andern Brief von ihm ein paar Monate später heißt es: „Wenn wir nicht etwas wieder zu den ersten Grundsätzen zurückkehren können und etwas mehr aus patriotischen Beweggründen handeln, so weiß ich nicht, wann oder wie der Krieg enden soll.“

Zum Glück für die amerikanische Sache aber tadelte der Oberfeldherr nicht nur, sondern setzte selbst ein Vorbild der vermißten patriotischen Tugenden. Er war eins von jenen Genies ohne alles

äußerlich Genialische, die allein die angelsächsische Rasse hervorbringt, am meisten verwandt wohl dem Herzog von Wellington. Kein fortreißender Redner, kein glänzender Stilist, kein Staatsmann mit divinatorischen Einfällen, kein Feldherr von bezwingender Originalität und doch, wie ihn der so ganz andersartige Jefferson nannte, „in jedem Sinne des Wortes ein weiser, ein guter und ein großer Mann". Es gab viele neben und unter ihm, die ihn an Umfang der Bildung, an Reichtum des Geistes, an Weite des Horizontes übertrafen. Er hatte wenig gelesen und gelernt, er faßte nicht rasch, und er bestach nicht durch gesellige Talente. Seine Stärke lag in einem unfehlbar gesunden, ruhig abwägenden Verstand und einem in sich sicheren und geschlossenen, gegen andere gerechten Charakter. Wie er, hoch und ebenmäßig gewachsen, peinlich exakt gekleidet, eine unwillkürlich imponierende Erscheinung abgab, wundervoll namentlich zu Pferd, war er erst recht innerlich der Inbegriff tüchtiger, ein wenig herber Männlichkeit. Was an Leidenschaften etwa in ihm gewesen war, hatte er gebändigt. Nur selten flammte er im Zorn auf, der dann freilich furchtbar war, aber erst recht selten überließ er sich weicheren Empfindungen. Immer nur die Sache galt ihm, nicht die Person. Mit der gleichen systematischen Treue umfaßte er Großes und Kleines, vielleicht indem die Behandlung des Kleinen gelegentlich ans Pedantische streifte. Als reicher und unabhängiger Pflanzer, der sich im Siebenjährigen Krieg einen Namen gemacht hatte, war er zum Oberbefehlshaber gewählt worden, ohne sich darum beworben zu haben. Er hatte das Amt angenommen mit der ausdrücklichen Bedingung, daß man ihm kein Gehalt zahle, sondern nur die Auslagen gegen Rechnung erstatte, und in diesem Geist absoluter persönlicher Uneigennützigkeit führte er es denn auch. Aber ein eigentlicher Bürgergeneral war er doch nicht. Im Interesse des Dienstes ließ er es weder an Würde noch an Entschiedenheit fehlen. Von falscher Demut, von Sentimentalität, von Scheu vor Verantwortung war nichts in ihm. Kaum je schroff, aber schon einmal streng und im ganzen kühl und zurückhaltend, wahrte er seine Stellung gegen jedermann, gegen seine Generäle so gut wie gegen die Soldaten, gegen den Kongreß nicht weniger als gegen die Behörden der Einzelstaaten. Sein Urteil über Menschen und Dinge hatte eher etwas Scharfes. Wir hörten mehrfach, wie laut er klagte und anklagte. Dabei zeigte er

zuweilen eine Neigung, die Schwierigkeiten, mit denen er zu kämpfen hatte, für die anderen in starken Farben zu malen, aber er selbst ließ sich nie von ihnen schrecken. Vielmehr traten sein wahrer Wert, seine Geduld, seine Kaltblütigkeit, sein Takt gerade im Ungemach am hellsten hervor. Ob er in der Hitze der Schlacht immer das Richtige traf, ist sehr zweifelhaft, man hat gemeint, sein Geist sei dafür nicht beweglich genug gewesen, aber meisterhaft verstand er, eine Operation von langer Hand vorzubereiten, eine Stellung zu befestigen, junge Truppen zu organisieren. Nicht zu unrecht ist er mit Fabius Cunctator verglichen worden, obwohl er keinen Hannibal sich gegenüber hatte; und das steht wohl fest, daß, wenn die dreizehn Staaten trotz all jener Unzulänglichkeiten von Volk und Kongreß, nach dem Epigramm eines modernen Historikers (des Norwegers Halvdan Koht): ohne Geld, ohne Regierung, ohne Heer, schließlich doch ihre Unabhängigkeit behaupteten, ein entscheidendes Verdienst daran Washington gebührt.

Immerhin allein hätte auch er die Freiheit des Vaterlandes nicht retten können. Es mußte hinzukommen, daß der Feind, England, die schwersten Fehler machte, und daß zu rechter Zeit in Frankreich ein mächtiger Freund erstand.

Auf englischer Seite zeigten sich während der ganzen Dauer des Krieges die Einwirkungen jener eigentümlichen innerpolitischen Konstellation, die schon den anfänglichen Verlauf der Krisis mannigfach ungünstig beeinflußt hatte. Die eigentliche Seele aller Maßregeln war der König, dem zu Ehren man geradezu von „des Königs Krieg" sprach. Das bedeutete ein Zuviel an Eigensinn und Zähigkeit und ein Zuwenig von Weitblick und Schwung. Nicht wieder wie 1757 wurde zur Beschwörung der Gefahr ein Mann ersten Ranges berufen. William Pitt, obwohl noch am Leben, sah sich auf die Rolle des unbequemen Mahners und ungebetenen Ratgebers beschränkt. Vielmehr blieb Lord North und mit ihm ein System amtlicher Korruption und Unfähigkeit, dessen Einzelheiten vielfach erschreckend waren. Wahrscheinlich wäre es das klügste gewesen, wie der Kriegsminister Lord Barrington schon 1774 geraten hatte, sich mehr auf die Flotte als auf das Heer zu verlassen, eine strenge Blockade einzurichten und übrigens nur ein paar Hafenplätze zu besetzen. Aber Lord George Germain, der nach seiner Ernennung zum Staatssekretär für die Kolonien (1775) den maß-

gebenden Einfluß auf die Kriegführung gewann, ein gegen die Amerikaner leidenschaftlich erregter, herrschsüchtiger und unbelehrbarer Mann, entschied im Sinn des Königs vielmehr für ausgedehnte Landoperationen, und zu diesen fehlten sowohl die Truppen wie die geeigneten Heerführer. Als Lord North einmal die Liste der neu nach Amerika bestimmten höheren Offiziere vorgelegt wurde, meinte er mit dem ihm eigenen Galgenhumor: „Ich weiß nicht, welche Wirkung diese Namen auf den Feind haben werden. Mir jagen sie Schreck ein.“ Die Generäle verdankten ihre Kommandos in erster Linie parlamentarischen und Familienverbindungen. So waren sie ihrem tiefsten Wesen nach mehr große Herren als Soldaten, überheblich, lässig und, außer in den Stunden der Schlacht, wo die Stimme der Ehre wach wurde, nicht mit dem vollen Gefühl für den Ernst der Entscheidung, die von ihnen abhing. Ein wirklicher Stratege war nicht unter ihnen, und was die Taktik anlangte, so berücksichtigten nur wenige, daß das amerikanische Gelände und die Natur der amerikanischen Soldaten eine andere Kampfesart verlangten, als die Routine des heimatlichen Exerzierplatzes sie vorschrieb.

Auch die Armee im ganzen blieb hinter den Anforderungen der Stunde nach Wert und Zahl erheblich zurück. Bei Beginn der Krisis hatte England nur über ein Heer verfügt, das etwa der Streitmacht eines deutschen Mittelstaates entsprach, rund 40 000 Mann, und als das Parlament dann eine ansehnliche Vermehrung beschloß, stieß die Werbung mehr noch als früher auf Schwierigkeiten, weil viele, die sonst bereit gewesen wären, den roten Rock anzuziehen, nicht jenseits des weiten Meeres gegen Blutsverwandte und Glaubensgenossen fechten wollten. Man mußte alles nehmen, was sich nur irgend bot, und überdies ins Ausland hinübergreifen. 1775 ist Katharina von Rußland der ganz ernsthafte Antrag gemacht worden, 20 000 ihrer durch das Ende des Türkenkrieges verfügbar gewordenen Truppen nach Amerika auszuleihen. Sie lehnte trotz aller Freundschaft für England entrüstet ab. Weniger wählerisch waren die deutschen Fürsten. König Georg selbst als Kurfürst von Hannover, der Herzog von Braunschweig und vor allem der Landgraf von Hessen-Kassel stellten auf Grund sogenannter Subsidienverträge ihre Landeskinder zu Tausenden in britische Dienste. Wie diese Regimenter zusammengebracht wurden, ist eins

der häßlichsten Kapitel der deutschen Geschichte im 18. Jahrhundert. Unwillkürlich denkt man an die ergreifende Erzählung des Kammerdieners in Schillers Kabale und Liebe. Sie konnten, arme Sklaven, die sie waren, wohl den natürlichen Kampfeszorn und die Freude der Jugend am Abenteuer zeigen, aber Begeisterung und Aufopferung durfte man nicht von ihnen erwarten. Auch trat die Verschiedenheit der Sprache hindernd zwischen sie und die englischen Kameraden oder die amerikanischen Loyalisten. Daß sie durch schlechte Mannszucht die britische Sache in Verruf gebracht hätten, ist so nicht richtig. In diesem Punkt hatten sich Deutsche und Engländer, ja auch, wie wir sahen, die amerikanischen Patrioten durchaus nichts vorzuwerfen. Sie alle plünderten und brannten und begingen auch sonst gelegentlich Akte von Roheit. Aber freilich ließ die Tatsache, daß es sich um fremde Mietlinge handelte, alles, was die „Hessen" verübten, in besonders schlimmem Licht erscheinen. Ihre Anwesenheit reizte die Empörung der Kolonisten über das Mutterland selbst dann noch, als das französische Bündnis deutsche Söldner auch auf die amerikanische Seite führte.

Nur etwa die Verwendung indianischer Hilfstruppen erregte ähnliche Erbitterung. Und hier lag denn eine wesentlich ernstere Beschwerde. Gewiß, die Rothäute hätten sich wahrscheinlich doch nicht zurückhalten lassen, in den Kampf der weißen Männer einzugreifen, und waren für die Engländer leicht zu haben, nicht nur, weil sie vom letzten Krieg her eine gewaltige Meinung von ihrer Macht hatten, sondern noch mehr vielleicht, weil sie aus mancherlei Erfahrungen wußten, daß ihre Interessen bei der königlichen Regierung immer noch besser aufgehoben waren als bei den kolonialen Behörden. Überdies konnte man sich in London darauf berufen, daß auch die Rebellen manches versucht hatten, um Indianerstämme als Bundesgenossen zu gewinnen. Häßlich aber und zugleich unklug war die Art, wie man, nicht zufrieden, sich der Wilden in der Schlacht und für Aufklärungszwecke zu bedienen, sie gelegentlich mit Fleiß benutzte, um die Schrecken des Krieges zu erhöhen. „Il faut brutaliser les affaires" schrieb einer der mit den Indianerangelegenheiten betrauten Agenten; und danach wurde nur zu oft gehandelt. Oberst Henry Hamilton, der Haarkäufer genannt wegen der auf feindliche Skalpe gesetzten Prämien, hat von seinem Hauptquartier Detroit aus nach eigener Angabe vom März 1776 bis

Juli 1777 nicht weniger als fünfzehn Indianereinfälle angezettelt, deren Zweck doch nur Sengen und Brennen war.

In dieser Zeit brach überhaupt Ungemach genug über die Amerikaner herein; denn, ungeachtet aller Mängel der britischen Armee und ihrer Leitung, drohte der Krieg im Spätsommer und Herbst 1776 eine Wendung zu nehmen, die wie ein Hohn auf die eben erlassene Unabhängigkeitserklärung erschien. In der zweiten Augusthälfte unternahmen die Briten nun wirklich den Schlag gegen New York, den man auf amerikanischer Seite seit langem gefürchtet hatte. General Howe landete mit überlegener Macht auf Long Island und brachte den Kolonisten am 27. August bei den Höhen von Brooklyn eine ernste Niederlage bei. Nur mit Mühe und dank der Gunst des Wetters, das, indem es ein Eingreifen der englischen Flotte hinderte, gleichzeitig die Operationen der Amerikaner mit einem freundlichen Nebel deckte, konnte Washington seine entmutigten, stark zusammengeschmolzenen Leute in der nächstfolgenden Nacht über den East River nach New York hinüber retten. Diesen Platz zu halten, durfte er nicht wagen, ohne sich der augenscheinlichsten Gefahr einer Umzingelung auszusetzen. Mitte September zog er ab. Er hatte vorher ernstlich erwogen, ob er die Stadt, die ja doch als ein Nest toristischer Verräter galt, mit Feuer zerstören solle. Auch brachen nach dem Einmarsch der Engländer eine Reihe von Bränden aus, die etwa den vierten Teil der Häuser in Asche legten. Aber ein Gegenstück zu Magdeburg und Moskau wurde es doch nicht, eben weil die Einwohner die Eroberer überwiegend als Befreier begrüßten. Howe, der sich von allen Seiten Dank und Sympathie entgegengebracht sah, meinte schon, mit einiger Versöhnlichkeit jetzt den ganzen Streit aus der Welt schaffen zu können. Er knüpfte durch einen gefangenen amerikanischen General Verhandlungen mit dem Kongreß an und bot einen allgemeinen Pardon. Diese Taktik schien dann gute Früchte zu tragen. Indem Washington sich nach einigen weiteren Verlusten durch New Jersey auf und hinter den Delaware zurückzog, fiel überall das Volk von ihm ab und entliefen die Truppen zu Kompagnien und Regimentern, nicht nur die Miliz, auch die Regulären. „Das Spiel ist so gut wie aus," schrieb der Oberfeldherr traurig, ja er dachte bereits daran, wenn die Sache Amerikas übrigens verloren sei, einen Guerillakrieg jenseits der Alleghanies zu führen. Im Kongreß

konnte der verzweifelte Antrag gestellt werden, Frankreich als Preis für rasche tatkräftige Hilfe das bisher von England genossene Handelsmonopol in Aussicht zu stellen, und wenn statt dessen schließlich der würdigere Beschluß gefaßt wurde, unter erneutem Bekenntnis zur Unabhängigkeitserklärung allen Nationen freien Handel zu versprechen, so hielt die Versammlung ihre eigene Sicherheit in Philadelphia doch für so bedroht, daß sie eiligst nach Baltimore übersiedelte. Nie stand ernstlicher zu befürchten, daß die große Revolution ein klägliches Ende nehme.

Da wandte eine kühne Tat Washingtons wenigstens das Schlimmste ab. Der englische General hatte teils aus mangelnder Energie, teils aus politischen Gründen, weil er in der Hoffnung auf friedliche Unterwerfung Blutvergießen nach Möglichkeit vermeiden wollte, die Verfolgung der Amerikaner von vornherein nur nachlässig geführt, und statt gleich auf Philadelphia loszurücken, einstweilen am Delaware haltgemacht unter dem Vorgeben, daß man besser warte, bis der Fluß zugefroren sei. Auch waren die Truppen der leichteren Verpflegung wegen, und um die königstreuen Einwohner zu schützen, in kleinen Detachements über eine verhältnismäßig lange Linie verteilt worden. Einen ernsthaften Angriff glaubte man ja angesichts der offensichtlichen Auflösung des feindlichen Heeres nicht gewärtigen zu sollen. Wirklich wäre Washington am liebsten ruhig geblieben, denn er hatte nur noch etwa 3 000 Mann um sich. Aber selbst von dieser „Handvoll Leute" war der größte Teil nur noch bis zum 1. Januar zum Dienst verpflichtet. Wollte man ihn bei der Fahne zurückhalten und dem Volk im ganzen wenigstens ein gewisses Vertrauen wiedergeben, so mußte noch vor Ablauf des alten Jahres ein Schlag versucht werden. Als geeigneten Punkt dafür ersah der Oberfeldherr mit richtigem Blick die kleine Stadt Trenton auf dem linken Ufer des Delaware, wo 1 200 Hessen im Quartier lagen. In der Nacht des ersten Weihnachtstages, die die Deutschen nach heimischer Sitte mit Festen verbrachten, setzte er in Booten über den mit Eis gehenden Fluß und überraschte die Feinde so vollständig, daß er nach einem kurzen verlustlosen Kampf von einer halben Stunde neunhundert gefangen nahm. Dann hielt er es freilich für richtiger, noch einmal auf das rechte Ufer zurückzugehen, aber am 28. Dezember, nachdem er inzwischen Verstärkungen herangezogen hatte, besetzte er

Trenton von neuem und brachte im Verfolg sehr geschickter Manöver am 3. Januar 1777 bei Princeton den Engländern eine neue empfindliche Schlappe bei. Sie konnten nun nicht mehr daran denken, den Delaware zu behaupten, sondern konzentrierten sich rückwärts auf Brunswick, und das bedeutete offenbar viel mehr als einen bloßen Verlust von Gelände. Die Entscheidung, die schon ganz nahe geschienen hätte, fand sich ins Unbestimmte hinausgeschoben. Nicht nur in der nächstbetroffenen Provinz traten viele, die eben noch englische Sympathien bekundet hatten, wieder auf die Seite der Patrioten. Es gab neue Rekruten, sogar in ansehnlicher Zahl. Der Kongreß kehrte nach Philadelphia zurück. An den Höfen des Auslandes stieg das Interesse. Friedrich der Große soll mit einem Kompliment, das dann freilich wohl nicht ganz ernst gemeint war, den Winterfeldzug am Delaware für den schönsten des Jahrhunderts erklärt haben. Und die Nachwelt hat keine Episode des Unabhängigkeitskrieges in so treuer Erinnerung bewahrt, wie den Überfall von Trenton, aus dem richtigen Gefühl heraus, daß er die Freiheit Amerikas im kritischten Moment rettete.

Freilich gefährlich genug blieb die Lage immer noch. Die englische Armee, an Zahl weit stärker und im ungestörten Besitz der vortrefflichen Operationsbasis von New York, zwang Washington, sich den ganzen Frühling und Sommer auf der Defensive zu halten, und wenn er einen Vorstoß gegen den Delaware abwies, so konnte er nicht hindern, daß Howe im August den größten Teil seiner Truppen einschiffte, um dann eben auf dem Umweg über die Chesapeakebai Philadelphia zu erreichen. Dies etwas künstliche Manöver brachte sogar anfangs die glänzendsten Erfolge. Ende August landeten 19000 Engländer bei Elkton in Maryland und marschierten gegen Pennsylvanien. Washington warf sich ihnen am 11. September am Brandywine entgegen, erlitt aber eine schwere Niederlage, die bei etwas mehr Tatkraft von englischer Seite hätte verhängnisvoll werden können. Vierzehn Tage später zog der Feind in Philadelphia ein, das der Kongreß natürlich wieder verlassen hatte, und ein Versuch der Amerikaner, die Scharte durch einen überraschenden Angriff auf das durch Detachierungen geschwächte englische Heer auszuwetzen, führte nur zu einem zweiten empfindlichen Schlag bei Germantown am 4. Oktober. Washington mußte einen traurigen, an Entbehrungen und Leiden reichen Winter in

dem berühmten Lager von Valley Forge verbringen. Auch jetzt zeigte die Bevölkerung vielfach ausgesprochene Sympathien für die Engländer. Insbesondere in Philadelphia wurden sie nicht nur freundlich begrüßt, sondern geradezu gefeiert. Bald ging es dort so lustig zu, daß von einem amerikanischen Capua gesprochen werden konnte. In London glaubte man bei den ersten Nachrichten, daß, nachdem außer New York nun auch der Sitz der Zentralregierung erobert war, der stolz angekündigte Unabhängigkeitskrieg der dreizehn Kolonien auf eine bloße, leicht zu bewältigende Revolte Neuenglands zusammengeschrumpft sei.

Indessen sollte man rasch, und noch schmerzlicher als vor neun Monaten durch den Trentonüberfall, aus solchen Träumen geweckt werden. Howes pennsylvanischer Feldzug war nicht die einzige militärische Unternehmung des Jahres. Im Norden von Kanada aus wurde eine andere nicht weniger wichtige Expedition angesetzt mit dem Ziel, über den Champlainsee und den oberen Hudson gegen New York vorzurücken, wodurch die Eroberung der Mittelprovinzen und die Isolierung Neuenglands vollendet gewesen wäre. Der Gedanke lag nahe und ließ sich nicht tadeln. Bei der Ausführung aber beging man von vornherein eine Reihe schwerer Fehler. Man stellte in der irrigen Hoffnung auf den Zustrom zahlreicher Freiwilliger eine zu geringe Truppenmacht bereit: nur 8 000 Mann, unter denen noch fünfhundert Indianer waren. Man legte den Oberbefehl nicht in die richtigen Hände: statt des bewährten kanadischen Gouverneurs Carleton wurde General Bourgoyne ernannt, der freilich als glänzender Gesellschaftsmensch, Kunstmäzen und Dichterdilettant in London eine große Rolle gespielt hatte, auch ein ganz tapferer und gescheiter Offizier war, aber schon im allgemeinen und nun vollends für die ihm fremden Bedingungen des Hinterwäldlerkrieges kein sicheres und klares Urteil besaß. Endlich, der Kriegsminister unterließ, rechtzeitig und energisch Vorsorge zu treffen, daß von New York her eine entsprechende Bewegung hudsonaufwärts geschah, ohne die Bourgoyne bei der Schwierigkeit seiner rückwärtigen Verbindungen doch offenbar leicht in eine gefährliche Lage kommen konnte. Trotzdem begann der Feldzug glücklich. Bei der bloßen Annäherung der Engländer räumte die immerhin über 3 000 Mann starke Besatzung das einst von Montcalm so tapfer verteidigte Ticonderoga am 5. Juli unter großen

Verlusten an Menschen und Material. Da der Waffenplatz zu den berühmtesten des Kontinents gehörte, auch noch eben mit viel Geld und Mühe ausgebaut war, machte die Preisgabe überall den tiefsten Eindruck. Namentlich in den Kolonien des Nordens verbreitete sich panischer Schrecken, und König Georg umgekehrt soll frohlockend ausgerufen haben: „Ich habe sie geschlagen, alle Amerikaner geschlagen.“ Aber von da an stellten sich jeden Tag ernstere Sorgen ein. Die Gegend mit Sümpfen, Flußläufen, Urwald und schlechten, vom Feinde künstlich noch unpassierbarer gemachten Straßen setzte dem Vormarsch so große Hindernisse entgegen, daß das Heer, ohnehin gehemmt durch ein Zuviel von schwerer Artillerie und Troß, dreiundeinehalbe Woche brauchte, um nur sechsundzwanzig englische Meilen zurückzulegen. Erst am 30. Juli wurde der Hudson erreicht. Der erwartete Zuzug von Loyalisten, denen zu Liebe man Waffen und Monturen mitschleppte, blieb aus. Vielmehr nahm die Bevölkerung, durch allerlei indianische Ausschreitungen erbittert, offen die Partei der Patrioten. Washington sandte Verstärkungen. Von Neuengland, wo der gesunkene Opfermut durch die Größe der Gefahr mächtig belebt wurde, strömten Freiwillige herbei. Nicht lange, und die amerikanischen Streitkräfte in der Front Bourgoynes zählten 13 000 Mann, um sich noch fortwährend bis schließlich auf 20 000 zu vermehren. Schon im August wurden zwei detachierte englische Korps auf den Flügeln in blutigen Gefechten übel zugerichtet; und am 19. September dann sah sich die Hauptmacht, die — zuletzt auf dem rechten Hudsonufer — trotzdem immer weiter nach Süden vorgerückt war, bei Freeman's Farm zur Schlacht gezwungen. Das Ergebnis war nicht gerade eine Niederlage. Aber die Vorwärtsbewegung mußte eingestellt werden. Ein Rückzug nach Kanada bot wenig Chancen der Rettung. Bourgoyne entschloß sich, bei Saratoga ein befestigtes Lager zu beziehen und zu warten, bis ein Entsatzheer herankäme, das unter Clinton nun doch von New York aufgebrochen war. Nach zwei bangen, erwartungsvollen Wochen war Clinton immer noch nicht zur Stelle und drohten die Lebensmittel auszugehen. Es blieb nichts übrig, als der verzweifelte Versuch, sich nach vorwärts durch die feindlichen Linien durchzuschlagen. Die Engländer stürmten tapfer, aber die Amerikaner, vielfach überlegen, trieben sie nicht nur in ihre Verschanzungen zurück, sondern nahmen im Nachstoß einige davon (7. Oktober). Damit war die

Kapitulation unvermeidlich. Bourgoyne bot Verhandlungen an und unterschrieb am 17. Oktober einen Vertrag, durch den sein ganzes Heer, mit Irregulären und Troß allerdings nur noch 5 800 Mann, auf zunächst sehr günstige, aber schließlich nicht eingehaltene Bedingungen die Waffen streckte. Der Vorteil für die Amerikaner war unschätzbar. Sie kamen in den Besitz einer Fülle erstklassigen Kriegsmaterials, insbesondere eines vortrefflichen Geschützparkes, den sie nur zu gut gebrauchen konnten. Sie gewannen mit einem Schlag alles Land bis zur kanadischen Grenze zurück, ohne von dieser Seite je wieder etwas fürchten zu müssen. Die ungünstige moralische Wirkung des Verlustes von Philadelphia fand sich ausgeglichen; und vor allem doch: der Sieg von Saratoga wurde der letzte entscheidende Anstoß, damit Frankreich offen auf ihre Seite trat.

An der Seine herrschte seit langem eine starke Neigung zur Einmischung. Die französische Regierung hatte die Niederlage im Siebenjährigen Krieg nicht verschmerzt, sondern brannte darauf, ihre Revanche zu nehmen. Deshalb hatte sie den amerikanischen Wirren von Anfang an ein aufmerksames Auge zugewandt. Schon 1767 schickte sie einen eigenen Agenten herüber, und wenn dann der Konflikt sich immer mehr verschärfte, so werden französisches Geld und französische Einflüsterungen wohl nicht ganz unbeteiligt gewesen sein. Vollends seit Ausbruch der offenen Feindseligkeiten geschah von Paris her unter der Hand alles mögliche, um die Kolonisten zu unterstützen. Durch Strohmänner, unter denen Beaumarchais, der Dichter des Figaro, eine Rolle spielte, gingen zu wiederholten Malen namhafte Sendungen von Waffen und barem Geld ab. Der amerikanische Handel wurde begünstigt. Amerikanische Korsaren fanden in französischen Häfen Zuflucht, ja Absatz für ihre Beute, und der Kriegsminister veranlaßte oder ließ zu, daß zahlreiche Offiziere sich von ihren Regimentern entfernten, um im amerikanischen Heer Dienst zu nehmen.

Manche darunter trieb dann gewiß nur Abenteuer- oder Großmannssucht, so daß sie für Washington oft mehr eine Verlegenheit als eine Hilfe waren. Andere aber kamen aus idealen Motiven, als der berühmteste der neunzehnjährige Marquis von Lafayette, der nicht nur eine junge Frau und eine glänzende Position im Stich ließ, sondern die namhaftesten Geldopfer für die neuen

Freunde brachte. Überhaupt war es doch nicht nur Berechnung, was die Franzosen auf die Seite der Amerikaner führte. Auch das Gefühl spielte bedeutend, vielleicht entscheidend mit.

Die Sache der Kolonien erfreute sich im allgemeinen der Gunst der öffentlichen Meinung in Europa, soweit es eine solche damals schon gab. Fast überall hatten sich heftige Antipathien angesammelt gegen Englands Eigennutz und Anmaßung. Dazu imponierte der Mut, mit dem ein kleines Volk einem soviel größeren den Gehorsam aufsagte, und mehr noch als dies beides kam die Neigung des Zeitalters in Frage, sich von der Kultur zur Natur zu flüchten, von der alten Welt mit der Unsinn gewordenen Vernunft und der Plage gewordenen Wohltat in die neue mit ihren unbeschränkten Versuchsmöglichkeiten für öffentliche wie private Tugend und Glückseligkeit. War nicht vieles, was von Amerika erzählt wurde, wie eine lebendige Illustration zu den Lehren der Physiokraten oder Rousseau's Contrat social? Wo immer deshalb philosophische Interessen herrschten, begrüßte man die Unabhängigkeitserklärung mit Jubel und verfolgte in leidenschaftlicher Spannung, ob sie sich würde aufrecht erhalten lassen. In Frankreich aber mußte diese Anteilnahme am größten sein, weil es der eigentliche Sitz der ganzen geistigen Bewegung war. Hier wurde Amerika geradezu Mode. Insbesondere in den hohen und höchsten Kreisen mußte alles für die junge Republik schwärmen. Sogar Paines revolutionärer Common Sense wurde ins Französische übersetzt und fand größte Verbreitung. Wenn der König, dessen träger Geist den Zeitströmungen stärkeren Widerstand leistete, sich zurückhielt, so warf sich dafür Marie Antoinette mit ihrer ganzen Leidenschaft und Urteilslosigkeit in diese Dinge. Sie hat soviel wie nur irgend jemand sonst zum Kriege für Amerika getrieben, nicht ahnend, daß er für sie eine Etappe zur Guillotine sein, daß die Freiheit über den Ozean in ihr eigenes Land eindringen würde.

Sehr wesentlich unterstützt wurden sie und ihr Anhang dabei durch die Persönlichkeit des Mannes, dem die amerikanischen Interessen vornehmlich anvertraut waren. Schon Anfang 1776 hatte der Kongreß zwei Agenten, Silas Deane und Arthur Lee, nach Paris geschickt, und einige Monate später faßte er den nützlichen Beschluß, ihnen als eigentliches Haupt der Mission Benjamin Franklin folgen zu lassen. Franklin besaß aus seiner langjährigen Tätigkeit als Ver-

treter Pennsylvaniens in London eine gute Kenntnis der europäischen Verhältnisse und der hohen Politik. Dazu verfügte er von Natur über einen hellen, eminent anschlägigen Kopf und ein seltenes Talent, mit Menschen umzugehen. Der arme Seifensiederssohn, der nach mühseligen Anfängen vom kleinen Buchdrucker rein aus sich heraus einer der geachtetsten Männer Amerikas geworden war, hatte bisher noch jeden zu nehmen gewußt, Gelehrte und Ungelehrte, koloniale Demokraten und englische Lords. Vollends für Paris brachte er Eigenschaften mit, die ihm noch besonders den Weg ebnen mußten. Mit seinen naturwissenschaftlichen Leistungen, unter denen die Erfindung des Blitzableiters ihm Weltruhm verschafft hatte, und seinen mancherlei Abhandlungen über Fragen der Moral oder der Volkswohlfahrt gehörte er gleichsam selbst zu der tonangebenden Sekte der Philosophen. Alles, was er redete und schrieb, verständig und launig, gelegentlich ein wenig hausbacken und lehrhaft und immer unter dem Gesichtspunkt der Nützlichkeit aufgefaßt, trug den Stempel der herrschenden Aufklärung. Die Tugend, die man so gern im Munde führte, hatte er in ein nicht unbequemes System gebracht, die nicht weniger geschätzte Kunst, glücklich zu sein, schien er, da stets heitere Zufriedenheit von ihm ausstrahlte, erst recht zur Vollkommenheit entwickelt zu haben, und Einfachheit und Natur konnten nicht liebenswürdiger verkörpert werden als durch die ungezwungene Art, wie er die glänzendsten Salons in seinem schlichten Quäkerrock betrat, das spärliche graue Haar ungepudert. Endlich empfahl ihn auch das ehrwürdige Alter seiner siebzig Jahre, da die neue Generation, so jugendlich sie im Grund war, sich doch in einem gewissen Kultus des Greisentums gefiel. Genug, bald hallte die französische Hauptstadt wieder vom Preis seiner Vorzüge und Verdienste. Man verglich ihn mit Phokion und Sokrates, mit Wilhelm Tell, sogar mit Jesus Christus. Seine freilich sympathischen und charakteristischen Züge wurden unzählige Mal reproduziert in Büsten, Bildern, Medaillen, Miniaturen, und als Inschrift fand sich dann wohl das schöne Epigramm, das der Reformminister Turgot auf ihn prägte: Eripuit caelo fulmen sceptrumque tyrannis (Er entriß dem Himmel den Blitz und das Szepter den Tyrannen), während ein anderer sich zu den bedenklicheren Versen verstieg: La vertu pour se faire adorer De Benjamin emprunta la figure. Voltaire gab ihm

vor versammelter Akademie den Bruderkuß; das schönste Lob aber spendete ihm doch der nüchterne Minister des Auswärtigen Vergennes, wenn er einige Jahre später schrieb: „Amerika verdankte es vor allem dem Vertrauen, welches Franklin uns einflößte, daß ihm Frankreich beigestanden hat. Ein anderer Gesandter würde nicht dieselben Vorteile erreicht haben."

Übrigens kam doch auch er nicht ganz rasch und glatt ans Ziel; denn es fehlte in Paris nicht an Widerständen und Zögerungen. Einige der leitenden Männer waren einem kriegerischen Abenteuer überhaupt abgeneigt, weil es die wichtigeren Aufgaben der innern Reform und der Gesundung der Staatsfinanzen gefährde. Insbesondere Turgot hat bis zu seinem Sturz, der vielleicht damit zusammenhing, diesen Standpunkt vertreten. Andere wollten wenigstens nichts ohne Spanien tun, das wieder wegen der möglichen Rückwirkung der Unabhängigkeitsbewegung auf die eigenen Kolonien begreifliche Bedenken hegte, oder fürchteten, daß sobald Frankreich eingriffe, England den Aufständischen genügende Zugeständnisse machen und nach gelungener Versöhnung seine Truppen und Schiffe zum Angriff auf das französische Westindien ansetzen würde. So ergab sich für den Anfang eine Politik des Hinhaltens. Mit vollendetem Machiavellismus verbürgte man England Neutralität, damit es sich ja recht in den Krieg verstricke, und sandte gleichzeitig den Amerikanern jene geheimen Unterstützungen, um sie bei Kraft und Kampfeslust zu erhalten. Die offene Parteinahme wurde immer wieder hinausgeschoben. Vergennes ließ wohl im Juli 1777 in Madrid sagen, daß beide Bourbonenhöfe im nächsten Februar England den Krieg erklären müßten, aber wer weiß, ob es bei diesem Wort geblieben wäre; denn die lange Reihe amerikanischer Mißerfolge schreckte doch sehr. Da kam eben im richtigen Moment jetzt Anfang Dezember die Glücksbotschaft von Saratoga. Friedrich der Große in Potsdam bewertete sie dahin, daß nun die Chancen für einen Sieg der Kolonien wie 100 zu 1 ständen. Die gleiche Empfindung hatte alle Welt in Paris. Nur zwei Wochen später wurde Franklin und seinen Kollegen in aller Form eröffnet, König Ludwig sei gewillt, die Vereinigten Staaten anzuerkennen und mit seiner ganzen Macht zu unterstützen unter der einzigen Bedingung, daß sie sich verpflichteten, nicht allein und nicht vor voller Sicherung ihrer Unabhängigkeit Frieden zu

schließen. Die Amerikaner ergriffen das natürlich mit Freude und traten sogleich in Verhandlungen ein, bei denen sie noch durchsetzten, daß Frankreich von vornherein allen Eroberungen auf dem amerikanischen Kontinent, also dem Rückgewinn von Kanada, entsagte. Bis zum 6. Februar 1778 wurden ein Handels- und ein Allianzvertrag unterzeichnet, und am 13. März dann, lange bevor die Ratifikation durch den Kongreß möglich war, brachte der französische Gesandte in London dem englischen Staatssekretär den Abschluß amtlich zur Kenntnis. Das hieß den Krieg nicht erklären, aber provozieren. Sogleich hörten die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern auf.

Amerika war des neuen Freundes sicher, gleichzeitig aber bot ihm der Feind die Hand zur Versöhnung. In England war der amerikanische Krieg anfangs überwiegend populär gewesen. Die Nation in ihrer Mehrheit hatte das Gefühl, daß es sich um die Ehre handelte, und freute sich des augenscheinlichen Fortschritts der königlichen Waffen. Man erwartete als Ende ziemlich allgemein die Unterwerfung der Kolonien. Mit der Kapitulation von Saratoga änderte sich das. Die Revolution erschien auf einmal in ihrer vollen Größe und Gefahr, und indem nun auch die Haltung Frankreichs, über die man sich lange in Illusionen gewiegt hatte, sichtlich feindseliger wurde, entstand im Parlament wie beim Ministerium der dringende Wunsch, womöglich noch vorher zu einem gütlichen Ausgleich mit den alten Reichsgenossen zu kommen. Einige radikale Politiker empfahlen bereits Anerkennung der Unabhängigkeit. Soweit wollten die maßgebenden Kreise nicht gehen. Sonst aber dünkte ihnen kaum ein Zugeständnis zu groß. Schon am 11. März beschloß das Parlament auf einen Antrag der Regierung, daß den Kolonien fortan keinerlei Steuern und Zölle auferlegt werden sollten, außer solchen, die der Regulierung des Handels dienten, und ermächtigte den König, zu direkter Verhandlung mit dem Kongreß Kommissare nach Amerika abzuordnen, die neben der selbstverständlichen Amnestie Aufhebung aller seit 1763 erlassenen Gesetze versprechen konnten.

Der Kongreß, damals in York, erfuhr von diesem Friedensangebot noch einige Tage eher als von dem Pariser Vertrag, am 21. April; denn in London hatte man Sorge getragen, eben um den Franzosen den Rang abzulaufen, die Vorschläge schon vor der

förmlichen Annahme durch das Parlament an General Howe zur Weitergabe mitzuteilen. Im Dezember 1776 nach der Räumung von New York und New Jersey wären sie möglicherweise mit Freude begrüßt worden, vor sieben Monaten nach der Niederlage am Brandywine hätten sie Aussicht wenigstens auf ernste Erwägung gehabt. Jetzt möchte eine unbeeinflußte Volksabstimmung vielleicht auch noch zu ihren Gunsten ausgefallen sein; der Kongreß aber verwarf sie ohne Schwanken und Zögern. Er beschloß gleich folgenden Tages, auf keine Unterhandlungen einzugehen, wenn nicht vorher England seine Flotten und Heere zurückzöge und in ausdrücklichen Worten die Unabhängigkeit anerkennte; und weil doch die Sorge bestand, daß hier und da Stimmung für eine freundlichere Antwort sei, so fügte er die strenge Drohung hinzu, daß jede Person oder Körperschaft, die sich verleiten ließe, mit den britischen Kommissaren eine Sonderverabredung zu treffen, als ein offenbarer Feind angesehen werden solle. Die Gesandten fanden, als sie trotzdem in Philadelphia erschienen, nichts zu tun, als Briefe zu schreiben, die noch dazu die Sache Englands verschlechterten. Das Bündnis mit Frankreich aber wurde am 4. Mai 1778 einstimmig gutgeheißen.

Damit trat der Unabhängigkeitskrieg in ein ganz neues Stadium. Er war bisher gleichsam ein Bürgerkrieg und auf Amerika beschränkt gewesen. Nun gewann er internationalen Charakter und begann die ganze Welt in Mitleidenschaft zu ziehen, indem die Ereignisse in den dreizehn Kolonien oft genug durch solche auf andern Schauplätzen in Schatten gestellt wurden. Denn die Teilnahme Frankreichs hatte alsbald weitere Folgen. Im Juni 1779 erklärte auf fortwährendes Drängen von Paris her auch Spanien den Krieg; und im Dezember 1780 wurde Holland aus einer für Amerika günstigen Neutralität durch englischen Angriff in offenen Kampf hineingezwungen, während die Staaten des europäischen Nordens und Ostens unter Führung von Rußland den Bund der bewaffneten Neutralität bildeten, der, zur Vertretung humanerer Grundsätze des Seerechts geschlossen, für das britische Kabinett, wenn auch keine wirkliche Gefahr, doch eine entschiedene Verlegenheit darstellte. England sah sich statt einer Handvoll Kolonisten am Ende einer Welt von Feinden gegenüber. Es mußte erleben, daß die vereinigten Flotten Frankreichs und Spaniens wiederholt den Kanal beherrschten, daß Irland sich die Anerkennung weitestgehender Selbstverwal-

tung erzwang, daß Gibraltar, mit gewaltigen Streitkräften angegriffen, jahrelang in unmittelbarster Gefahr schwebte, daß afrikanische Niederlassungen und eine Reihe westindischer Inseln tatsächlich verloren gingen und in Ostindien Frankreichs Verbündeter, Haider Ali, der Sultan von Maissur, die noch unsicheren Grundlagen der Kompagnieherrschaft erschütterte. Gegen die Amerikaner blieb nur ein Teil seiner Macht zur Verfügung, die doch bei damals nur neun Millionen Einwohnern in England und Schottland ohnehin ihre Grenze hatte, und es ist ehrenvoller für die britische Regierung als für ihre Gegner, wenn trotzdem noch fast vier Jahre vergingen, ehe sie aufhörte um die Behauptung der Kolonien zu kämpfen.

Freilich eine gewisse Einschränkung der Operationen erfolgte noch im Frühling 1778. General Clinton, der Howe im Oberbefehl ablöste, räumte im Juni Philadelphia, nicht ohne daß, um der Rache der Patrioten zu entgehen, 3 000 Loyalisten mit ihm die Stadt verlassen hätten. Auch blieb es fortan für die mittleren Provinzen wesentlich bei defensiver Kriegführung. Die Engländer begnügten sich, New York und Umgegend zu halten. Dafür aber fanden unter Zuhilfenahme der Flotte gelegentlich Strafexpeditionen gegen die neuenglische Küste statt: traurig berühmt ist die Verwüstung, der im Sommer 1779 New Haven und andere Städte Connecticuts zum Opfer fielen; und — sehr viel wichtiger — man machte den Versuch, sich im Süden festzusetzen, den man, nachdem 1776 eine Expedition gegen Charleston fehlgeschlagen war, bis dahin wenig beachtet hatte. Schon Ende 1778 ging ein Landungskorps nach Georgia ab. Die Hauptstadt Savannah wurde leicht genommen; und da die Mehrheit der Bevölkerung loyal war, gelang es alsbald, die Herrschaft des Königs in der ganzen Provinz wiederherzustellen. Ein gleiches schien in den beiden Carolinas möglich, wo auch eine sehr starke Torypartei bestand, und dabei bildeten gerade diese südlichen Kolonien nach damaliger Schätzung den wertvollsten Teil der amerikanischen Besitzungen. Sie ließen keinerlei industrielle Konkurrenz befürchten und waren durch ihre Produkte ähnlich wichtig wie Westindien, mit dem man sie zu vergleichen liebte. So wurde Ende 1779 beschlossen, einen neuen großen Versuch gegen Charleston zu machen. Clinton in Person schiffte sich mit 7 000 Mann nach Georgia ein, rückte von dort nordwärts und

nahm die Stadt trotz tapferer Verteidigung am 12. Mai 1780. Es war eins der ganz großen Ereignisse des Krieges. In England triumphierte Horace Walpole: „Wir betrachten Amerika als zu unsern Füßen liegend.“ Und die französischen Minister begannen bedenklich zu werden. Sie haben ernstlich erwogen, mit England ein Abkommen auf der Grundlage zu treffen, daß New York an die Vereinigten Staaten herausgegeben, dafür aber Südcarolina und Georgia bei der britischen Krone bleiben sollten. England hätte also, wie im Norden mit Kanada, auch im Süden einen Stützpunkt behalten, und es leuchtet ein, daß dann, namentlich bei dem tiefen inneren Gegensatz der Nord- und Südstaaten, die Geschichte des Kontinents notwendig eine ganz andere geworden wäre.

Aber, was im Licht der späteren Entwicklung den Eindruck einer glänzenden Chance macht, galt in London damals als gänzlich ungenügend. König und Minister und Parlamentsmehrheit hofften noch, alle dreizehn Kolonien wieder unterwerfen zu können, und man darf sie deshalb nicht leichtsinnigen Optimismus oder blinden Eigensinns zeihen. Denn auf amerikanischer Seite schienen alle Bedingungen für ein lebenskräftiges, selbständiges Staatswesen zu fehlen. Es gab fortgesetzt eine große Zahl offener oder geheimer Loyalisten, und bei den Patrioten nahmen Opfermut und Pflichtgefühl mit jedem Jahr ab, statt sich zu heben. Einige erlahmten angesichts der unerwartet langen Dauer des Krieges, andere meinten, durch den Beistand Frankreichs eigener ernster Anstrengungen überhoben zu sein. Die Kassen blieben leer: im Frühling 1780 erfolgte ein häßlicher Staatsbankrott, und die Reihen des Heeres lichteten sich, indem viele nach abgelaufener Dienstzeit das unlohnende Waffenhandwerk aufgaben, nicht wenige noch vorher desertierten, ja zum Feind übergingen. Eben auch 1780 übte einer der fähigsten und populärsten Generäle, Benedict Arnold, schimpflichen Verrat. Was bei der Fahne ausharrte, litt unter schlechter Verpflegung (denn nur zuviele Amerikaner lieferten lieber an die Engländer für gutes Geld als an die Landsleute für schlechtes Papier) oder murrte über die Unpünktlichkeit der Soldzahlung, die zeitweilig um zehn Monate im Rückstand war. Mehrfach ist es vorgekommen, daß ganze Regimenter meuterten. Washingtons beste Kraft wurde zumeist von der wenig dankbaren Aufgabe verschlungen, die Armee überhaupt nur zusammenzuhalten. Er selbst schrieb im August

1780: „Mir wird es wie ein Wunder sein, wenn wir uns bei dem bisherigen Treiben noch viel länger behaupten können. Wenn sich weder die Stimmung noch die Hilfsquellen des Landes verbessern, so dürften wir bald in die demütigende Lage kommen, daß die Sache Amerikas in Amerika durch fremde Waffen gehalten wird."

In der Tat wurde die Hilfe der Fremden je länger, desto mehr das entscheidende, nicht nur durch jene Ablenkung der englischen Macht nach andern Richtungen, sondern auf dem amerikanischen Festland selbst. Eigentlich in allem hing man von Frankreich ab. Es lieferte Kriegsmaterial, es zahlte Subsidien, es gewährte oder garantierte Anleihen. Aber auch es ließ seine Flotten an der amerikanischen Küste kreuzen und entschloß sich 1780, Landtruppen hinüberzuschicken. Im Juli wurden 6 000 Mann bei Newport ausgeschifft, um unter dem Grafen Rochambeau gemeinsam mit Washington gegen New York zu operieren. Nun unterblieb schließlich damals jede ernste Unternehmung, da ein zweites französisches Hilfskorps im Hafen von Brest durch die Engländer blockiert gehalten wurde, und auch nächsten Jahres gewann man auf diesem Schauplatz wenig Boden, obwohl der ungewöhnlich strenge Frost die New York schützenden Wasserläufe überbrückt hatte. Aber die Bedrohung ihrer zentralen Position hinderte die Engländer doch, die im Süden errungenen Vorteile mit genügenden Streitkräften zu verfolgen. Clinton segelte schon im Juni 1780 nach New York zurück, und Cornwallis, dem er den Oberbefehl in Südcarolina übergab, behielt nur wenige tausend Mann. Auch so gelangen ihm allerlei Erfolge; denn er war ein tüchtiger und unternehmender Feldherr. Namentlich der Sieg von Camden, den er am 16. August 1780 über eine weit stärkere amerikanische Armee erfocht, kann für den glänzendsten des Krieges gelten. Aber er kam doch nicht dahin, die Provinz wirklich zu pazifizieren. Ein Teil der guten Gesellschaft hielt sich zurück; und wenn von den Hinterwäldlern und armen Weißen manche sich in das englische Heer einreihen ließen, so stellten sich andere dem Rebellengeneral Greene, übrigens dem vielleicht besten Strategen der Amerikaner, zur Verfügung. Es entwickelte sich ein Bürger- und Bandenkrieg von großer Wildheit und Grausamkeit. Erfolge des Hauptheeres wurden mehrfach durch blutige Niederlagen detachierter Korps wettgemacht, und das Ende zweier wechselvoller, an interessanten Einzelheiten reicher Feldzüge in den

beiden Carolinas war, daß Cornwallis im April 1781 den Entschluß faßte, unter Preisgabe seiner Basis im Süden nach Virginia einzurücken, wohin Clinton bereits vor einigen Monaten von New York aus eine andere kleine Truppenmacht gesandt hatte.

Das führte dann zur letzten, entscheidenden Wendung. Derselbe Boden, auf dem Englands Herrschaft in der neuen Welt begründet war, sollte ihre Vernichtung sehen. Cornwallis wie Clinton hegten zunächst noch die schönsten Hoffnungen. Sie meinten, eine exemplarische Züchtigung der reichsten und vornehmsten Provinz werde das geeignete Mittel sein, um den schon so großen Kriegsüberdruß der Amerikaner auf den Gipfel zu bringen. Wirklich brachen dann böseste Tage für die Pflanzeraristokratie an. Überall erschienen englische Kolonnen, die die Pferde wegführten und Tabakvorräte und -ernte zerstörten. Man rechnet, daß der Verlust annähernd zehn Millionen Dollar betragen habe. Aber der Schaden für die Engländer selbst war eigentlich doch größer. Die vielen Detachierungen, zu denen das Plünderungssystem nötigte, schwächten das Heer zu sehr, als daß es etwas Entscheidendes hätte unternehmen können, solange die entgegenstehenden amerikanischen Streitkräfte noch unzureichend waren. Inzwischen verstärkten sich diese. Dazu verlangte Clinton, der sich in New York neuerdings bedroht fand, daß ihm Cornwallis Hilfe sende. So entschloß sich der General, die Offensive aufzugeben und eine Konzentration nach der Küste vorzunehmen, von wo aus er über See Verbindung mit dem Oberfeldherrn hatte. Anfang August besetzte er die Halbinsel Yorktown zwischen dem York- und dem Jamesfluß am Eingang der Chesapeakebai. Die Stellung war richtig gewählt nur unter der Voraussetzung, daß die Engländer die See beherrschten. Aber gerade damit sah es schlecht aus. Seit langem hatte Washington seinen französischen Freunden gepredigt, daß nichts sicherer den Sieg der gemeinsamen Sache bewirken würde, als wenn eine dem Gegner überlegene Flotte in den amerikanischen Gewässern erschiene: „Es ist keine Frage, daß dann alle Unternehmungen der Feinde sogleich vernichtet wären, das kühne Spiel, das sie spielen, würde sie selbst ins Verderben stürzen.“ Solchen Vorstellungen konnte man sich in Versailles auf die Dauer nicht verschließen. Anfang 1781 wurde verabredet, daß eine große Flotte von achtundzwanzig Linien- und mehr als zweihundert Transportschiffen unter Admiral de Grasse

auf dem Umweg über Westindien nach Amerika segeln solle, um den dort schon befindlichen See- und Landstreitkräften das volle Übergewicht zu geben. Unbestimmt blieb nur noch, wo die Übermacht einzusetzen sei, ob gegen Clinton oder Cornwallis. Lange Zeit schwankten die Entschlüsse. Am Ende gab die Abneigung de Grasses gegen ein Unternehmen auf New York den Ausschlag. In der dritten Augustwoche befahl Washington den Abmarsch nach Süden mit dem Ziel Yorktown. Noch vor ihm aber tauchte die französische Flotte dort auf und wies den Angriff eines an Zahl schwächeren englischen Geschwaders am 5. September ab. Das war die eigentliche Katastrophe der englischen Herrschaft in Amerika. Man kann es nicht stark genug betonen: der Unabhängigkeitskrieg ist zur See und durch Frankreich entschieden worden. Alles übrige geschah programmäßig und ohne aufregende Zwischenfälle oder nennenswerte Verluste. Nachdem Ende September Washington angelangt war, stand gegen die 7 000 Mann Cornwallis' eine Belagerungsarmee von etwa 16 000, unter denen 7 000 Franzosen waren. Dazu machte sich die überlegene Artillerie der französischen Kriegsschiffe geltend. Cornwallis mußte eine Verschanzung nach der andern räumen, nicht ohne daß wenigstens einmal, am 14. Oktober, Franzosen und Amerikaner Gelegenheit zu einem tapferen Sturm erhielten. Schließlich am 18. sah er keine andere Möglichkeit als die Kapitulation. Seine ganze Armee, nach den Standeslisten noch 5 950 Mann, legte nächsten Tages die Waffen nieder. Es war das genaue Gegenstück zu dem Mißgeschick Bourgoynes vier Jahre zuvor. „Nun hat der Knabe Herkules in seiner Wiege die zweite Schlange erstickt", rief Franklin beim Empfang der großen Nachricht aus. Saratoga hatte die Allianz mit Frankreich gebracht. Yorktown bedeutete den ersehnten Frieden mit dem Mutterland.

Gewiß, eine eigentliche Notwendigkeit, den Kampf aufzugeben, lag für England auch jetzt nicht vor. General Clinton erklärte, wenn man ihm nur 10 000 Mann frischer Truppen schicke, noch immer für die Bezwingung Amerikas einstehen zu wollen; und andererseits die Briefe Washingtons sind sehr entfernt von unbedingter Siegeszuversicht. Die Geldklemme, der Kriegsüberdruß des Volkes, die zunehmende Auflösung und Unzufriedenheit der Armee blieben ernste Gefahren für die amerikanische Sache.

Aber die öffentliche Meinung in England sah das nicht. Sie

sah nur, daß der unselige Bruderkrieg nun fast sieben Jahre währte und Ströme von Blut und Millionen an Geld gekostet hatte, ohne etwas anderes einzubringen als die Feindschaft und den Haß einer halben Welt. Von vornherein hatte es eine kleine Partei gegeben, die offen mit den Amerikanern sympathisierte, weil sie in ihnen weniger die Feinde des Staates erblickte, als wertvolle Bundesgenossen im Kampf gegen das tyrannische Regiment des Königs. Namentlich unter den Dissenters, den protestantischen Sekten, war diese Stimmung verbreitet gewesen. Mit den Jahren dann hatte sie immer weitere Kreise ergriffen. Viele Leute, die anfangs über die Rebellion erzürnt gewesen waren, fanden sich schließlich doch noch mehr abgestoßen von der Verdorbenheit und Volksfeindlichkeit des herrschenden Systems. Andere verzweifelten wenigstens an der Möglichkeit, die alten Volksgenossen jenseits des Ozeans je wieder der englischen Krone zu unterwerfen, und wünschten sich durch rechtzeitige Anerkennung ihrer Unabhängigkeit einen Teil der einstigen Zuneigung zurückzugewinnen. Fast nur noch der König blieb der Meinung treu, daß Ehre und Interesse des Reiches den Verzicht auf die Kolonien verböten. Seinen großartigen Eigensinn konnte auch die Nachricht von Yorktown nicht erschüttern. Von Lord North dagegen ist überliefert, daß er vollkommen zusammenbrach: nun sei alles aus. Das Kabinett fristete noch einige Monate ein unrühmliches Dasein, während seine Mehrheiten bei jeder Abstimmung zusammenschrumpften. Endlich, am 20. März 1782, trat es zurück, und Georg mußte ein neues Ministerium unter demselben Marquis von Rockingham berufen, der seinerzeit die Stempelakte zurückgenommen hatte, also für Herstellung des Friedens besonders geeignet erschien.

Wirklich begannen denn schon im April die Verhandlungen und zwar in Paris mit Franklin und seinen Kollegen John Adams und Jay. Dabei ergab sich für die Amerikaner die sehr merkwürdige Beobachtung, daß sie mehr von ihren bisherigen Gegnern als von ihren Freunden zu erwarten hatten. Franzosen und Spanier wünschten, sie nicht zu mächtig werden zu lassen und sie zugleich in eine Lage zu bringen, aus der dauernde Spannung mit dem Mutterland folgen mußte. Deshalb schlug Vergennes vor, die Vereinigten Staaten im wesentlichen auf das bisher besiedelte Küstenland zu beschränken, während das noch unerschlossene weite Gebiet zwischen

den Alleghanies und dem Mississippi nördlich vom Ohio als Zubehör Kanadas den Engländern, südlich davon unter spanisch-amerikanischer Garantie den Indianern überwiesen werden sollte. Auch hätte er nicht ungern gesehen, daß das Verlangen der Amerikaner nach Weitergewährung des in der Kolonialzeit geübten Fischereirechtes an den Küsten Neufundlands von den britischen Ministern abgelehnt worden wäre. Diese aber erkannten, daß es darauf ankomme, wenn schon die politische Verbindung mit den alten Kolonien aufgegeben worden sei, möglichst viel wenigstens von dem früheren Handelsverkehr zu retten, indem man sich mit den neuen Staaten gut stelle. Außerdem hielten sie es für einen entscheidenden Vorteil, gleich bei den schwebenden Verhandlungen die Amerikaner auf die Seite Englands herüberzuziehen, weil dann Franzosen und Spanier von ihren Forderungen nachlassen müßten. So zeigten sie die außerordentlichste Nachgiebigkeit. Das einzige war noch, daß die Abtretung Kanadas zurückgewiesen wurde, die Franklin im Anfang einigermaßen naiv verlangte. Sonst setzten die amerikanischen Abgesandten eigentlich alles durch. Sie weigerten sich mit Erfolg gegen jede Verpflichtung zur Entschädigung der Loyalisten. Sie erlangten in der Hauptsache den gewünschten Anteil an den Fischereien Neufundlands, und vor allem doch, sie brachten in der Territorialfrage Ansprüche zur Annahme, die sie während des Krieges bereits einmal drauf und dran gewesen waren zu ermäßigen. Die Staaten durften sich nach Westen bis an den Mississippi ausdehnen, und die Nordgrenze wurde vom Ohio, bis wohin England seinerzeit 1774 die kanadische Verwaltung erstreckt hatte, nach den großen Seen, diese in der Mitte durchschneidend, vorgeschoben. Ja, Franklin erreichte, daß gegen die Küste zu statt des Penobscot der St. Croix die beiderseitigen Herrschaften scheiden sollte, was für Kanada den seiner Entwicklung bis auf den heutigen Tag schädlichen Verlust eines Winterhafens bedeutete.

Es ist nicht anders, die Rivalität zwischen England und Frankreich hat den Vereinigten Staaten die ersten Schritte zur Macht ermöglicht. Frankreich half ihnen gegen England zum Sieg im Kampf, England gegen Frankreich zu einem Sieg bei den Verhandlungen, dessen Tragweite für die Geschicke des amerikanischen Kontinents nicht geringer war. Daß ihre Vertreter die Lage rücksichtslos ausnutzten, kann ihnen im Ernst nicht zum Vorwurf

gemacht werden. Sie quittierten für eine aus Egoismus geleistete Unterstützung mit doppeltem Egoismus und sicherten dadurch die Zukunft der Nation. Aber man begreift die Enttäuschung und Entrüstung der Franzosen, als sie sich auf einmal vor die vollendete Tatsache gestellt fanden, daß am 30. November 1782 acht sogenannte provisorische Artikel zwischen den englischen und amerikanischen Bevollmächtigten vereinbart waren, die alles wichtige entschieden. Der formelle Abschluß, in den Frankreich und Spanien aufgenommen werden mußten, ließ dann noch einige Zeit auf sich warten. Erst am 3. September 1783 konnte der Definitivfrieden in Paris unterzeichnet werden.

Die Vereinigten Staaten hatten ihre Unabhängigkeit behauptet und ein Gebiet gewonnen, das ungeheure Entwicklungsmöglichkeiten bot. Aber würden sie diese Entwicklungsmöglichkeiten ausnützen können?

Das hing ab von der Frage, welche Organisation sie sich, der äußeren Sorgen ledig, nunmehr im Innern geben würden.

Fünftes Kapitel

Die Bundesverfassung

Die Augen der ganzen Welt waren auf die Vereinigten Staaten gerichtet. Da man doch die Ereignisse in Amerika als eine Probe auf die Staatstheorien der Zeit betrachtete, mußte die Spannung groß sein, wie sich das junge republikanische Gemeinwesen, nachdem es die Anerkennung seiner Unabhängigkeit erzwungen hatte, nun im Frieden behaupten und einrichten würde. Nicht alle aber stellten eine günstige Prognose. Friedrich der Große bezweifelte die Lebensfähigkeit einer Republik mit so riesigem, zugleich nicht beschränktem und nicht zusammenhängendem Gebiet, und der englische Geistliche Tucker, obwohl kein Feind der alten Reichsgenossen, erklärte gar mit der den Theologen eigenen Freude an starken Worten, daß der Gedanke eines großen, zukunftsreichen und einigen Amerika eine der tollsten Ausgeburten menschlicher Einbildungskraft sei. Die Antipathien, Verschiedenheiten und Interessengegensätze seien so stark, daß das Volk stets in kleine Republiken oder Fürstentümer geteilt bleiben werde ohne jede Möglichkeit gemeinsamer Regierung.

Auch schienen die ersten Jahre nach 1783 solche Erwartungen nur zu sehr zu erfüllen. Sie bildeten die „kritische Zeit der amerikanischen Geschichte", wo, wie man gesagt hat, die neugeborene Republik auf ein Haar in ihrer Wiege gestorben wäre. Der Unabhängigkeitskrieg war eben eine Revolution gewesen, und es gehört zur Art der Revolutionen, daß sie erst einmal ein Chaos schaffen, aus dem sich die neue Form nur nach langen Mühen und Kämpfen herausringt.

Leidliche Ordnung herrschte zunächst höchstens in den Einzel=

staaten. Hier hatte sich — natürlich auch nicht ohne Rechtsbruch, Gewaltsamkeit und Bürgerkrieg — die innere Umwandlung in der Hauptsache noch während des äußeren Kampfes vollzogen. Dabei erfolgte mehr als eine bloße Beseitigung der königlichen Aufsichts- und Hoheitsrechte. Mit Ausnahme von Connecticut und Rhode Island, die, weil sie von jeher eigentlich Republiken gewesen waren, ihre alten Freibriefe mit wenigen Änderungen bis 1818 und 1842 beibehielten, gaben sich alle Kolonien ausführliche neue Verfassungen, und diese bezeichneten einen gewaltigen Fortschritt auf dem Wege nicht nur republikanischen, sondern demokratischen Wesens.

Besonders ein Zug war charakteristisch. Während der Unabhängigkeitsbewegung hatte unter dem Einfluß der älteren englischen und neueren französischen Staatslehren mehr und mehr der Gedanke unveräußerlicher, von jeder Regierung zu respektierender Persönlichkeitsrechte Geltung gewonnen, für den der Boden bereits durch die individuelle Heilsgewißheit des Puritaners und das Selbstgefühl des kolonialen Pfadfinders bereitet war. Als rechte Kinder des 18. Jahrhunderts teilten die Amerikaner die allgemeine Vorliebe für grundsätzliche Erörterungen, umfassende Begriffe und tönende Worte. So versteht sich im ganzen leicht, obwohl im einzelnen die Entwicklung noch nicht voll geklärt ist, daß die meisten Verfassungen ihren praktischen Bestimmungen lange „Erklärungen der Rechte" voranschickten. Die waren oft ein recht krauses, systemloses Gemisch von Lehrsätzen, die an den Gemeinplatz stießen, und besondern Regeln, deren Notwendigkeit die letzten Streitigkeiten erwiesen hatten. Der eine Artikel schränkte etwa ganz prosaisch das Recht zu Haussuchungen ein, und der andere verkündete mit hohler Phrase, daß Freiheit nur durch Gerechtigkeit, Mäßigung und Tugend bewahrt werden könnte. Neben Lesefrüchten von gestern fanden die altenglischen Freiheiten der magna charta Platz. Vor allem Locke und Montesquieu, aber auch Rousseau wurden ausgeschrieben. So sprach die Verfassung von Massachusetts durchaus in Rousseaus Geist von einem Gesellschaftsvertrag, den das ganze Volk mit jedem Bürger und jeder Bürger mit dem ganzen Volk abgeschlossen habe. Die Hauptrolle spielten die „Menschenrechte" auf Leben, Freiheit und Eigentum, auf die sich schon die Unabhängigkeitserklärung berufen hatte, und unter den Bürger-

rechten die Volkssouveränität (alle Macht beruht im und kommt vom Volk) und die „Teilung der Gewalten", Gesetzgebung, Regierung und Rechtsprechung. Sonst wurden etwa noch Religionsfreiheit Preß-, Rede- und Versammlungsfreiheit festgesetzt und die Notwendigkeit häufiger Wahlen betont, damit Beamte und Abgeordnete in Fühlung mit dem Volk, als dem Souverän, blieben.

Es ist bekannt, wie diese Erklärungen der Rechte erst im Frankreich der Revolution und dann durch dessen Vermittlung in halb Europa Schule gemacht haben. Vollends für Amerika selbst sind sie von größtem Einfluß geworden. Man mag immer sagen, daß sie nur Ideale aufstellen, die Tatsache, daß eine Gruppe solcher Ideale in der feierlichen Form von Verfassungsparagraphen ausgesprochen, daß die neue demokratische Staatslehre sozusagen amtlich übernommen wurde, konnte nicht anders als der Zukunft entscheidend den Weg weisen.

Übrigens wurden auch gleich im Augenblick schon eine Reihe wichtiger Folgerungen gezogen. Der materielle Inhalt der Verfassungen stellte sich dar als ein Mittelding zwischen dem Ideal der Bürgerrechte und der Wirklichkeit des bisherigen Zustands. Manches blieb. Man behielt meist den Gouverneur bei und das Zweikammersystem, indem der Landtag, die „Generalversammlung", auch wohl Legislatur oder Generalhof genannt, weiter in ein Repräsentanten- oder Delegiertenhaus und einen Senat oder Rat zerfiel. Aber natürlich ging auch das Oberhaus, die „zweite" Kammer, wie der Amerikaner im Gegensatz zu unserm Sprachgebrauch bezeichnend sagt, jetzt aus Wahlen hervor, und der Gouverneur, den entweder der Landtag oder das Volk direkt bestellte, fand sich in seinen Befugnissen stark beschränkt. Insbesondere durfte er den Landtag nicht auflösen und war er für eine Reihe von Amtshandlungen an die Mitwirkung eines kleineren oder größeren Rates gebunden, den die Generalversammlung vielfach aus ihrem eigenen Schoß wählte, so daß also die Trennung von gesetzgebender und ausführender Gewalt doch nicht vollständig war, die gesetzgebende in die ausführende übergriff. Dazu war die Amtsdauer des Gouverneurs knapp, etwa nur auf ein Jahr bemessen, wie allerdings auch das Repräsentantenhaus jährlich erneut wurde und nur das Mandat der Senatoren — auch nicht überall — länger lief. Das Wahlrecht war noch entfernt nicht allgemein, aber die Mehrzahl der Verfassungen er-

weiterte es doch, in einem Fall schon auf alle männlichen Einwohner über einundzwanzig Jahre, die Steuern zahlten.

Jedenfalls war die Demokratie auf dem Marsch. Es machte sich geltend, daß wenigstens in den Nord- und Mittelstaaten die älteren, reicheren und gebildeteren Familien sehr vielfach die Partei des Mutterlandes ergriffen hatten und deshalb ihrer Güter beraubt oder vertrieben waren. Krieg, Revolution und Papiergeldwirtschaft hatten neue Leute emporgebracht, die nur Vermögen, nicht Tradition in die Wagschale werfen konnten. Andererseits waren Bedeutung und Selbstgefühl der unteren Klassen gewachsen, indem erst ihr Eingreifen den Sieg über England und die Loyalisten ermöglicht hatte. Es fehlte nicht an bedrohlichen Zeichen zunehmender Zuchtlosigkeit. Massachusetts sah um die Jahreswende von 1786 auf 87 eine förmliche Rebellion unzufriedener Schuldner, die das oberste Gericht mit Gewalt hinderten, ihnen ungünstige Urteile zu fällen, um schließlich ein Bundeszeughaus zu stürmen; und als der Gouverneur Bowdoin die Empörer mit Energie niederwarf, wählte man ihn zur Strafe nicht wieder. Die Sorge um die Freiheit überwog eben weit die Sorge um die Ordnung. Niemand recht wollte Opfer bringen. Staat und Regierung galten gleichsam als Übel, die auf das Notwendigste einzuschränken seien.

Unter diesen Umständen konnte nicht wundernehmen, daß, wenn schon in den einzelnen Staaten die Autoritäten Mühe hatten, sich durchzusetzen, die allgemeine Bundessache geradezu kläglich darniederlag.

Die Unabhängigkeitserklärung war zwar im Namen der Vereinigten Staaten von Amerika erlassen worden, aber die herrschende Meinung ging doch dahin, daß die eigentlichen Träger der neuen „Souveränität und Freiheit" vielmehr die Einzelstaaten wären. Auch die erste Bundesverfassung der sogenannten Konföderationsartikel entsprach dem. Der Kongreß hatte es nach ihnen nur mit den Staaten, nicht mit dem amerikanischen Volk direkt zu tun und fand sich deshalb auf Raten und Bitten angewiesen, wo er hätte handeln und befehlen sollen. Seine Mitglieder waren jederzeit abzuberufen, sein Präsident wechselte mindestens jedes Jahr. Bei Abstimmungen galten alle Staaten gleich, wenn auch sonst ihre Vertretung nach der Größe verschieden war (zwei bis sieben

Abgeordnete), und alle wichtigeren Beschlüsse setzten Zweidrittelmehrheit (neun Stimmen) voraus. Schon während des Krieges hatte sich das wenig bewährt. Nach dem Frieden vollends schien jedermann das Interesse am Kongreß zu verlieren. An Stelle von 91 Abgeordneten, die zulässig waren, tagten oft nur 15 bis 20. Beschlußunfähigkeit war ein chronisches Übel, Hilflosigkeit ein anderes. Im Sommer 1783 geschah es, daß die äußerlich vornehmste Körperschaft des neuen Staatenbundes stundenlang den Beschimpfungen und Angriffen einer Handvoll meuternder Soldaten ausgesetzt war, ohne bei Stadtverwaltung, Miliz oder Volk von Philadelphia Schutz zu finden; und mit der Übersiedlung erst nach Princeton, dann nach Annapolis und Trenton, schließlich nach New York wurde ihr Ansehen nicht größer. Sie faßte zwar noch zwei folgenreiche und nützliche Beschlüsse: über die Einrichtung des Neulandes im Nordwesten zwischen dem Ohio und den großen Seen — auf diese Nordwestordonnanz vom 13. Juli 1787 wird noch zurückzukommen sein — und über die Erhebung des schon vorher meist gebrauchten spanischen Dollars zur gesetzlichen Münzeinheit am 6. Juli 1785. Aber es war charakteristisch, daß zunächst nur die neuen kupfernen Cents, nicht Silbermünzen geprägt werden konnten, weil es an Geld fehlte. Gerade auf dem Gebiet der Finanzen zeigte sich die Machtlosigkeit des Kongresses am schlagendsten. Von 16 Millionen, die er in den Jahren 1781 bis 1788 an Steuern ausschrieb, kamen nur 3½ Millionen ein. Kaum ein Staat kehrte sich an die Wünsche der „Bittsteller-Behörde". Washington sprach bitter von einer halbverhungerten, hinkenden Regierung, die stets auf Krücken gehe und bei jedem Schritt schwanke; sein junger Freund Hamilton aber meinte gar: „Man kann mit Recht sagen, daß wir fast den äußersten Grad nationaler Demütigung erreicht haben."

Denn in der Tat nahm die Lage ein immer bedrohlicheres Gesicht an. Nach außen hin sank das Ansehen der Vereinigten Staaten auf den Nullpunkt. Da sie nicht imstande waren, die Kriegsschulden abzutragen oder auch nur die Zinsen zu bezahlen, wollte kein Bankhaus außer zu Wucherzinsen mehr Kredit gewähren. In Paris und Madrid und Amsterdam fielen bittere Worte von seiten der bisherigen Verbündeten, die ihr Vertrauen enttäuscht fanden, und nicht weniger bedenklich war, daß ebenso der bisherige

Gegner Grund hatte, sich über offenbare Unzuverlässigkeit zu beschweren. Der Friedensvertrag setzte fest, daß die zum Teil noch vom Anfang der Wirren her ausstehenden Forderungen britischer Untertanen beglichen und gegen die Loyalisten keinerlei neue Konfiskationen oder sonstige Strafen verfügt werden sollten. Beiden Bestimmungen nun vermochte der Kongreß nicht Erfüllung durch die Einzelstaaten zu verschaffen. Es gab zahlreiche Belästigungen und Schädigungen der Tories, namentlich in New York. Vollends die Befriedigung englischer Gläubiger blieb gerade in den größten Staaten gesetzlich verboten, während sie anderwärts wenigstens erschwert wurde. Das hatte eine sehr unangenehme materielle Folge: die Engländer weigerten sich, acht der Union zugesprochene Forts zwischen dem Champlain- und dem Michigansee herauszugeben, wodurch den Amerikanern der einträgliche Pelzhandel jener Gegenden vorenthalten wurde; und bei sämtlichen europäischen Regierungen entstand der Eindruck, daß es zwecklos sei, mit dem Kongreß Verträge zu schließen, wenn die Einzelstaaten sich doch nicht daran kehrten. Gab es denn überhaupt eine Union? England besann sich nicht, die bekannte Bestimmung seiner Navigationsakte, wonach fremde Schiffe nur die Produkte ihres eigenen Landes nach britischen Häfen bringen durften, auf Amerika in der Art anzuwenden, daß es jeden Staat als ein Land für sich behandelte, also die Einfuhr virginischer Waren in Schiffen von Massachusetts nicht zuließ.

Das eigene Verhalten aber der Staaten gegeneinander schien dem Recht zu geben. Es war wie ein Krieg aller gegen alle. Zwischen New York und New Hampshire und zwischen Pennsylvanien und Connecticut herrschten Gebietsstreitigkeiten, die in offenen Kampf überzugehen drohten, auch wohl schon einiges Blutvergießen verursachten. New York belegte Erzeugnisse seiner Nachbarstaaten New Jersey und Connecticut mit unbilligen Zöllen und mußte dafür erleben, daß New Jersey ihm wegen des Leuchtturmes auf Sandy Hook 30 Pfund Sterling monatlicher Steuer abverlangte, Connecticut allen Handelsverkehr mit ihm verbot. Massachusetts schloß den Engländern seine Häfen, um sie für jene Auslegung der Navigationsakte zu strafen. Connecticut umgekehrt gewährte ihren Waren Zollfreiheit, während es die von Massachusetts besteuerte. Ähnlich luden andere Staaten den Vorwurf auf

sich, in blindem Eigennutz den Bruder zu bedrücken und das Ausland zu begünstigen.

Der allgemeine Wohlstand derweilen nahm sichtlich ab. Schlechte Staatsfinanzen bedingen stets Unsicherheit auch der privaten Geldverhältnisse. Gewerbetreibende hatten Mühe, selbst zu dreißig und fünfzig Prozent Betriebskapital aufzunehmen. Einige Staaten halfen sich durch immer neue Emissionen von Papiergeld, das trotz strengster Gesetze niemand für voll nahm. In andern wurden Waren wie Whisky und Tabak Tauschmittel. Silber und Gold gehörten zu den Seltenheiten; denn was dank den französischen Bundesgenossen und englischen Feinden während des Krieges an Metall nach Amerika herübergekommen war, strömte mit dem Frieden nach Europa zurück. Die Uneinigkeit der Staaten ermöglichte, daß England, während es die amerikanischen Reedereien lahm legte und die amerikanische Ausfuhr erschwerte, gleichzeitig seine eigenen Waren in Massen herüberwarf. 1784 wurden für 1 700 000 Pfund eingeführt. Die Ausfuhr aber betrug nur 700 000 Pfund, und der Unterschied wurde nicht wie früher krediert, sondern mußte in bar ausbezahlt werden. Abhilfe war offenbar nur denkbar, wenn eine gemeinsame Stelle die Handelspolitik aller Staaten regelte, einen einheitlichen Grenzzoll einrichtete und Maßregeln der Gegenwehr traf. Der Kongreß hatte deshalb denn auch mehrfach den Antrag gestellt, ihm, und sei es auf Zeit, Vollmachten zur Regelung des Handels zu übertragen, aber es war niemals möglich gewesen, die für eine solche Verfassungsänderung notwendige Zustimmung aller Staaten zu gewinnen. Die Anarchie dauerte an. Wollte man sie beseitigen, so bedurfte es einer anderen Behörde von größerer Befugnis und Tatkraft. Die Frage der Handelspolitik half die Frage der Bundesorganisation im allgemeinen aufrollen.

Von vornherein hatte es nicht an Leuten gefehlt, die die Ordnung von 1777 für unzureichend hielten. Man nannte sie Kontinentalpolitiker, weil sie mehr das ganze Amerika als die Einzelstaaten ins Auge faßten. Ihr Rat ging dahin, eine eigene konstituierende Nationalversammlung, einen Konvent, zu berufen, damit der eine wirkliche Einheit schaffe. Namentlich seit der Frieden all jene Mißstände entwickelte, wurde die Sache in der Presse und in den Einzellandtagen mehrfach erörtert. Doch blieb ein Erfolg zu-

nächst aus. Noch 1785 fiel ein Antrag von Massachusetts auf Revision der Konföderationsartikel glatt ins Wasser. Da kam der entscheidende Anstoß wieder einmal von Virginia. Der dortige Landtag lud auf den September 1786 Vertreter aller Mitstaaten nach Annapolis ein. Zweck war zunächst nur Beschlußfassung in der Handelsfrage, und der Schritt fand nicht gleich vollen Beifall. Der Konvent von Annapolis vereinte nicht mehr als zwölf Gesandte von fünf Regierungen. Aber diese zwölf Männer, unter denen Hamilton die Führung hatte, schoben den Wagen endlich auf das richtige Geleise. Sie stellten in einer Denkschrift fest, daß eine Änderung des Handels- und Zollwesens, weil sie in alle Verhältnisse eingreife, für sich allein nicht vorgenommen werden könne. Die Verfassung der Konföderation müsse überhaupt mehr auf die Erfordernisse des Staatslebens und die Erhaltung des Bundes zugeschnitten werden. Zur Beratung darüber empfahlen sie eine neue Versammlung, die am zweiten Montag des Mai 1787 in Philadelphia, als der durch die Unabhängigkeitserklärung geweihten Stätte, zusammentreten sollte, doch fügten sie vorsichtig hinzu, daß deren etwaige Vorschläge erst vom Kongreß zu genehmigen und dann vom Landtag jedes Staates zu bestätigen wären.

Vielleicht war es gerade diese Klausel, die viele Bedenken beseitigte. Jedenfalls vollzogen vom November 1786 bis Anfang Februar 1787 sechs Landtage die gewünschten Wahlen, darunter die von Virginia und Pennsylvanien. Der Kongreß, dem man eine Ausfertigung der Denkschrift übersandt hatte, beobachtete anfangs eine ziemlich unfreundliche Haltung, weil der Vorschlag einigen seiner Mitglieder zu weit, anderen nicht weit genug ging. Als er aber sah, daß man nötigenfalls ganz ohne ihn vorgehen würde, hielt er für besser, der Bewegung den gesetzlichen Stempel zu geben. Man denkt an die Rolle des deutschen Bundestags bei Berufung der Nationalversammlung von 1848. Am 21. Februar machte er sich, ohne sie zu nennen, die Aufforderung des Annapoliskonvents in allem wesentlichen zu eigen, indem er nur stärker zum Ausdruck brachte, daß es sich um eine Revision der Konföderationsartikel, nicht um die Schöpfung einer neuen Staatsform handele. Nunmehr mochte nur die ohnehin allgemein verachtete Regierung des kleinen Piratenstaates Rhode Island das Odium einer Absonderung auf sich nehmen. Alle übrigen wählten die Delegierten.

Insgesamt waren es einige sechzig, von denen aber nur fünfundfünzig wirklich in Philadelphia erschienen. Sie stellten eine erlesene Gesellschaft dar, in gewissem Sinn wirklich, wie das Ausschreiben von Annapolis gewollt hatte, die „vereinte Tugend und Weisheit" des Landes. Zwar blieben von den Größen der Unabhängigkeitsbewegung Patrick Henry und Samuel Adams feindselig fern; Thomas Jefferson und John Adams fesselten diplomatische Missionen an Europa; und von Männern der Zukunft fehlten John Jay und John Marshall, die späteren Oberrichter, sowie der spätere Präsident Monroe. Aber man sah Washington, der nach einigen Bedenken sein geliebtes Landgut Mount Vernon verlassen hatte, und Franklin, den weder seine 81 Jahre noch seine geschwächte Gesundheit zurückhielten. Mit dem jungen Hamilton kam die schärfste und glänzendste Intelligenz des damaligen Amerika. Der Virginier Madison, auch noch ein Mann in den Dreißigern, brachte der Versammlung ein reiches Wissen, einen unermüdlichen Fleiß und ein staatsmännisches Talent zu, das sich, wenn es ein wenig ängstlich und leise war, doch für das Ausgleichen von Gegensätzen schwer übertreffen ließ. Er hat vielleicht das größte Verdienst an dem guten Ergebnis der Verhandlungen, wie bekanntlich der einzige vollständige Bericht über sie aus seiner Feder stammt. Ähnlich nützlich machte sich James Wilson von Pennsylvanien, der Geburt nach ein Schotte, aber ganz erfüllt von dem Gedanken der großen Zukunft seines Adoptivvaterlandes, in dessen Dienst er eine vielseitige politische Bildung und einen nie versagenden Takt stellte. Andere markante Persönlichkeiten waren der Gouverneur von Virginia Edmund Randolph, ein Freund Washingtons, Roger Sherman von Connecticut, eins der ältesten und verständigsten Mitglieder, der es vom Schuhmacher zum Richter gebracht und daneben Astronomie und Mathematik betrieben hatte, aus demselben Staat der scharfsinnige Jurist Oliver Ellsworth, von Massachusetts Elbridge Gerry und Rufus King, dieser erst ein Saulus, dann ein Paulus des Reformwerks, aus Delaware John Dickinson, der einst vielgefeierte Verfasser der Bauernbriefe, der aber mit der Entwicklung seitdem nicht hatte Schritt halten mögen, General Charles Cotesworth Pinckney, der ritterliche Vertreter von Südcarolina, endlich die beiden Morris aus Pennsylvanien: Robert und Gouverneur, von denen der letztere, ein geistreicher, nur etwas rechthaberischer und

einseitiger Mann, den immerhin zweifelhaften Ruhm erwarb, am häufigsten das Wort ergriffen zu haben. Alle fünfundfünfzig mit nur zwei Ausnahmen besaßen parlamentarische Erfahrung, indem sie zumeist sogar bereits dem Kongreß angehört hatten. Auch der Bildungsstand war beträchtlich. Die Mehrzahl hatte den Lehrgang einheimischer oder fremder Universitäten durchlaufen. Sogar die Altersverhältnisse durften für ungewöhnlich günstig gelten, da im Durchschnitt auf den Abgeordneten 43 Jahre kamen; das beste Mannesalter überwog.

Als Tag für den Zusammentritt des Konvents war eigentlich der 14. Mai 1787 in Aussicht genommen worden, aber es dauerte bis zum 25., daß in der Unabhängigkeitshalle von Philadelphia, die als Versammlungsraum diente, die zur Eröffnung notwendige Zahl von sieben Staaten, und bis zum 31., daß elf vertreten waren. Die Gesandten von New Hampshire erschienen sogar erst am 23. Juli. Zum Präsidenten wurde, ohne daß Zweifel oder Widerstand gewesen wäre, Washington gewählt: auf ihn richteten sich aller Augen. Als Geschäftsordnung nahm man im wesentlichen die des Kongresses. Insbesondere blieb trotz des Widerspruchs der entschiedeneren Einheitspolitiker die Regel, daß nach Staaten abgestimmt wurde und jeder Staat die Wiederberatung einer schon entschiedenen Frage verlangen durfte. Sonst wurde noch festgesetzt, daß die Verhandlungen streng geheim sein sollten. Man wußte, daß bei der Fülle und Schärfe der vorhandenen Gegensätze ein Ergebnis nur im Weg des Kompromisses gewonnen werden konnte, und sagte sich, daß öffentliche Meinung und Presse mit ihrer Neigung, immer aufs Äußerste zu gehen und die sich bekämpfenden Argumente zu vergröbern, solch Kompromiß erschweren oder unmöglich machen würden.

Einstweilen gärten ja selbst im Schoß des Konvents die Meinungen noch wild genug durcheinander. Die einen konnten sich die Zentralgewalt nicht mächtig genug vorstellen, wünschten neben ihr nur durchaus abhängige „Korporationen", Selbstverwaltungskörper also, zu dulden, die anderen wieder betrachteten alles als gefährlich, was die Souveränität der Einzelstaaten antastete. Es gab überzeugte Fortschrittsmänner, die voll auf dem Boden der neuen Menschen- und Bürgerrechte standen, und — in großer Zahl — konservative Leute, denen die Entwicklung der letzten zehn

Jahre ersichtlich Sorge machte, die vor einem Zuviel an Demokratie warnten. Das Volk solle so wenig wie möglich mit der Regierung zu tun haben, weil es sich doch nur von angeblichen Patrioten an der Nase herumführen lasse. Die Verschiedenheit des Gebietsumfanges und der Volkszahl brachte mit sich, daß die Vertreter der kleineren Staaten wie Delaware, New Jersey und Maryland mit natürlichem Argwohn auf die großen Nachbarstaaten blickten, von denen sie fürchteten, „verschlungen" zu werden. Dazu kam der wirtschaftliche Gegensatz zwischen Süden und Norden, von dem ein Redner sagte, er sei so groß wie der von Rußland und der Türkei. Die Gewerbetreibenden und Reeder des Nordens waren interessiert an hohen Einfuhrzöllen oder strengen Schiffahrtsgesetzen. Die Pflanzer des Südens dagegen hatten keine Lust, sich so den Absatz ihrer Produkte erschweren und den Bezug der notwendigen Fabrikate verteuern zu lassen. Auch die Sklavenfrage schuf Schwierigkeiten.

So konnte nicht fehlen, daß die Debatten lang und stürmisch wurden. Immer wieder wanderten die Anträge aus dem Plenum in die Kommissionen zurück, deren im ganzen zwölf gebildet wurden. Schien eine Angelegenheit heute erledigt, so kamen morgen gewiß neue Verbesserungsvorschläge und Meinungskämpfe. Es fielen bittere Worte. Ein Unitarier drohte, wenn gutes Zureden die Einheit nicht zustande bringe, werde es das Schwert tun, und ein Mann der Gegenseite hielt für nötig zu betonen, daß man im äußersten Fall immer die Möglichkeit eines Anschlusses an auswärtige Bundesgenossen habe. Andere zogen sich voll Mißmut und Zweifel zurück. Nicht nur das Reformwerk, sondern selbst das lockere Bundesverhältnis, in dem man bisher gestanden hatte, schien ernstlich gefährdet. Vielleicht nichts kennzeichnet die Stimmung besser, als daß der alte Franklin, der eigentlich doch ein Weltkind war, Ende Juni den Antrag stellte, die Sitzungen jedesmal mit Gebet zu eröffnen, weil ohne Erleuchtung durch Gott die Verfassung so wenig zustande kommen werde wie der Turmbau zu Babel.

Damals ging der Streit vornehmlich um die grundlegende Frage, ob in dem neuen Bunde die Staaten wie bisher alle gleich oder im Verhältnis ihrer Größe stimmberechtigt sein sollten. Ein erster Verfassungsentwurf, den im Namen der virginischen Abgeordneten schon am 29. Mai Randolph eingereicht hatte, war im Sinn

der großen Staaten natürlich für eine abgestufte Vertretung. Ein Gegenentwurf von Patterson aus New Jersey aber (15. Juni) wollte, wie er überhaupt auf eine möglichst geringe Änderung des bisherigen Zustandes hinauslief, auch an den gleichen Rechten aller Bundesmitglieder festgehalten wissen. Für beides ließ sich mancherlei sagen. Die eine Partei hob hervor, daß Massachusetts, Pennsylvanien und Virginia, weil sie mehr als die Hälfte der Bevölkerung umschlössen, nicht für sich allein alles entscheiden dürften, die andere wies hin auf die Verschiedenheit der Interessen gerade dieser drei Staaten, die ein häufiges Zusammengehen unwahrscheinlich mache. Der New Jersey-Entwurf hatte die Tradition für sich, angefangen von der Neuengland-Konföderation von 1643, deren Schatten allen Ernstes noch einmal beschworen wurde. Für das Prinzip der Virginia-Resolutionen aber sprach das Naturrecht. Wilson fragte, ob nicht alle Amerikaner gleich wären, vielmehr auf einmal hundertfünfzig Pennsylvanier weniger gälten als fünfzig ihrer Nachbarn aus New Jersey, weil jene zufällig einem großen und diese einem kleinen Staat angehörten. Das aber berührte gleich einen weiteren grundsätzlichen Streitpunkt, der die Einigung erschwerte; sollte die neue Verfassung sich überhaupt an die einzelnen Bürger, an das Volk, oder bloß an die Staaten wenden, sollte sie, wie der Modeausdruck war, national oder föderal sein? Die Kleinstaatler hatten die Bundesgenossenschaft der Staatenrechtler. Es war unmöglich, sie niederzuzwingen, wenn sie auch überstimmt wurden. Da boten die Abgeordneten von Connecticut einen Vergleich. Man war bereits so gut wie einig geworden, die Bundesversammlung nicht aus einer, sondern aus zwei Kammern zu bilden, einem Repräsentantenhaus und einem Senat. Lag es nun nicht nahe, jede dieser Kammern nach einem anderen der sich bekämpfenden Prinzipien zusammenzusetzen, im Senat als der konservativen Körperschaft die Staaten, im Repräsentantenhaus die Staatsbürger zu ihrem Recht kommen zu lassen, die Senatoren also gleichmäßig, die Repräsentanten nach Verhältnis der Bevölkerung zuzuteilen? Die Lösung scheint heute so einfach, daß man meint, sie hätte nur angeregt zu werden brauchen, um sofort durchzudringen. In Wirklichkeit aber waren die Vertreter der großen Staaten und der Einheitsidee zunächst nicht gewillt, ein Zugeständnis zu machen, das im Senat doch gewissermaßen den alten verhaßten Kongreß ver-

ewigte. Auch die Kleinstaatler zeigten sich von dem „amphibischen Ungeheuer“ des „Connecticutkompromisses“ keineswegs alle erbaut. Noch am 2. Juli wurde es abgelehnt. Indessen gerade der niederschlagende Eindruck dieses Beschlusses, der alles in Frage zu stellen schien, bewirkte ein Art Einkehr und Umkehr. Man wählte eine eigene Einigungskommission, die denn schon am 5. Juli nun doch zu dem Antrag kam, daß die Staaten im Senat gleiches, im Repräsentantenhaus verhälnismäßiges Stimmrecht haben sollten.

Damit war die gleiche Vertretung im Senat freilich noch nicht völlig gewonnen. Es gab im Plenum des Konvents noch viel Widerspruch. Wilson erklärte sie wiederum für einen fundamentalen und immerwährenden Irrtum, dessen Folgen Unbehagen, Zuckungen, schließlich Tod sein würden. Andere Kompromißvorschläge wurden gemacht, die den Kleinstaaten weniger entgegenkamen, und am Ende erreichten die Anhänger des Bundesgedankens wenigstens noch den theoretisch und praktisch recht wichtigen Punkt, daß die zwei Senatoren, die man jedem Staat zubilligte, ihre Stimmen einzeln, also eventuell gegeneinander, nicht als einheitliches Staatsvotum abzugeben hätten. Aber der Streit hatte doch seine eigentliche Bitterkeit verloren. Die Meinungsverschiedenheiten betrafen jetzt fast mehr die Zusammensetzung des Repräsentantenhauses. Das Größenverhältnis der Staaten, das hier entscheiden sollte, war offenbar doch auch gar nicht so leicht zu bestimmen. Zwar für den Augenblick konnte man sich nach einigem Hin und Her verständigen, weil alle Welt in der Erkenntnis einig war, daß es sich mangels genauer statistischer Unterlagen vorerst nur darum handele, ein Provisorium zu schaffen. Es wurden fünfundsechzig Mandate in der Art verteilt, daß Virginia zehn, Massachusetts und Pennsylvanien acht, New York und Maryland sechs, Connecticut und beide Carolinas fünf, New Jersey vier, New Hampshire und Georgia drei, Rhode Island und Delaware einen Abgeordneten erhielten. Aber in welcher Art sollten dann neue Staaten und Veränderungen in den alten berücksichtigt werden? Die Meinung einiger Abgeordneten wäre dahin gegangen, sich nach keiner Richtung zu binden, sondern einfach dem Kongreß das Recht zu geben, von Zeit zu Zeit nach den Grundsätzen von Reichtum und Volkszahl eine Neuordnung vorzunehmen. Das würde, indem es die unbedingte Geltung der Zahl einschränkte, das beste Mittel sein, um die

Gefahr zu vermeiden, die sie scharfsichtig genug füchteten, daß die vielleicht bald volkreicheren Ansiedlungen im Westen die alten Oststaaten in ihrem Einfluß auf die Geschicke der Union zurückdrängten. Aber die meisten fanden sich durch solche Willkür in ihrem demokratischen Gerechtigkeitsgefühl verletzt. Auch hofften im besonderen die Südstaatler noch die Nord- und Mittelstaaten zu überflügeln und wollten sich für diesen Fall das Recht auf eine entsprechende Vertretung nicht schmälern. Sie empfahlen, allerdings ein festes Zahlenverhältnis zu begründen etwa eines Abgeordneten für mindestens 30 000 Einwohner, und verlangten, damit das fortlaufend berücksichtigt würde, die Vornahme eines Zensus in Abständen von zehn Jahren. Sogleich aber erhob sich die Frage, ob und wieweit die Sklaven dabei angerechnet werden dürften. Vor vier Jahren hatte der Kongreß nach langen Debatten die Entscheidung getroffen, daß sie bei Verteilung der Bundeslasten neben der weißen Bevölkerung zu drei Fünfteln in Anschlag zu bringen seien. Als jetzt der gleiche Vorschlag gemacht wurde, erhob sich von zwei Seiten Opposition. Einige Ultras aus dem Süden verlangten die Anrechnung der Neger in voller Zahl, weil das entscheidende der Reichtum sei und ein Sklave in Südcarolina ebensoviel Werte schaffe wie ein freier Mann in Massachusetts. Umgekehrt die Nordstaatler kamen mit dem Argument, daß nur richtige Staatsbürger vertreten werden könnten: wenn man die Sklaven in irgendwelchem Verhältnis mitzähle, müsse man ein gleiches mit Rindern und Pferden tun. Wirklich fand sich einen Augenblick, am 11. Juli, eine Mehrheit dagegen. Aber schon erkannte man hüben und drüben, daß man sich zuweit vorgewagt habe, daß die alte Formel des Kongresses in der Tat die einzig mögliche sei. Nachdem noch einige Worte geändert waren, um Schwankende zu gewinnen, wurde sie gleich nächsten Tages wie bisher für die Besteuerung nun auch für die Vertretung im Repräsentantenhaus ausdrücklich angenommen.

Immerhin blieb als peinlicher Eindruck der Debatte, daß mancherorten, am meisten bei den Pennsylvaniern, eine starke Mißstimmung gegen das Institut der Sklaverei überhaupt herrschte. Es war notwendig gewesen, das bloße Wort zu vermeiden und schamhaft von „allen anderen Personen" zu sprechen. Mehrere Redner wiesen ernst darauf hin, wie sehr die Einrichtung Volkswirtschaft und Volkscharakter schädige. Einer malte sogar

das Gespenst eines allgemeinen Sklavenaufstandes nach dem Muster des Altertums an die Wand. Und wenn natürlich noch niemand an die völlige Abschaffung der Sklaverei von Bundeswegen denken konnte, so hegten nicht wenige den Wunsch, jeder weiteren Ausdehnung entgegenzuarbeiten. Die Gelegenheit der Verfassungsänderung sollte benutzt werden, um durch Verbot der Negereinfuhr dem „höllischen" Sklavenhandel ein Ende zu machen. Gerade auch ein paar der älteren Sklavenstaaten, Virginia und Maryland, wären dafür zu haben gewesen. Sie besaßen bereits Neger genug für ihre eigenen Wirtschaftszwecke und rechneten, daß dies Menschenkapital umso wertvoller werden müsse, je mehr die ganz südlichen Staaten gezwungen würden, ihren noch steigenden Bedarf an farbigen Arbeitern in Amerika selbst statt auf dem großen afrikanischen Markt zu decken. Aber natürlich waren die Vertreter von Südcarolina und Georgia nicht blind gegen diese Seite der Sache. Für ihre Länder schien die billige und ausgiebige Beschaffung von Sklaven einfach eine Lebensfrage. Sie erklärten rund heraus, daß ein Verbot der Negereinfuhr ihnen den Eintritt in den neuen Bund unmöglich machen würde. Es handele sich um nicht weniger und nicht mehr, als ob die Südstaaten Glieder der Union sein würden oder nicht. An dem Ernst solcher Worte ließ sich nicht zweifeln. Nur ein Nachgeben der Nordstaaten konnte die Situation retten.

Vielleicht jedoch ließ sich dieses erzielen, wenn der Süden eine Kompensation auf anderem Gebiet bot. Von vornherein war als selbstverständlich angenommen worden, daß der neue Bund Vollmacht zur Regelung von Handel und Schiffahrt erhalten sollte. Die ganze Reformbewegung war ja davon ausgegangen. Aber die Südstaaten machten doch Vorbehalte vom Standpunkt ihrer Exporteurinteressen. Damit diese nicht zugunsten der Reeder, Kaufleute und Fabrikanten des Nordens geopfert würden, verlangten sie, daß der Kongreß keine Ausfuhrzölle erheben und übrigens Handels- und Schiffahrtsgesetze nur mit Zweidrittelmehrheit beschließen dürfe. Die erste Bestimmung ging trotz einiger Opposition auch durch: Ausfuhrzölle von Bundeswegen sind verfassungsmäßig unzulässig. Die zweite hätte, indem sie dem Süden ein faktisches Veto gab, jeden ernsten Schutz von Reederei und Industrie verhindern können. Die Neuengländer deshalb erhoben ein Wehgeschrei, sie hätten außer dem handelspolitischen gar kein Interesse

an der Union; denn gegen auswärtige Feinde schützten sie sich allein. Der Pennsylvanier Gouverneur Morris aber erkannte, daß hier gegenüber der vom Norden bestrittenen Sklaveneinfuhr eine gute Gelegenheit für das sei, was wir Deutsche hart und häßlich einen Kuhhandel, die Amerikaner mit freundlicherem der nachbarlichen Hilfeleistung beim Waldroden entnommenen Bild log-rolling (Stamm-Rollen) nennen. Er beantragte am 24. August, beide Gegenstände zum Zweck einer Einigung an dieselbe Kommission zu überweisen, und wirklich schloß sich dann dort der eigentlich unnatürliche Bund zwischen dem äußersten Norden und äußersten Süden. Nicht ohne, daß die Mehrzahl der virginischen Abgeordneten gegen die doppelte Schädigung ihres Landes heftig protestierte, fiel die Klausel der Zweidrittelmehrheit für Handels- und Schiffahrtsgesetze und wurde andrerseits die Einfuhr von Sklaven wenigstens für die nächsten zwanzig Jahre bis 1808 gegen einen Zoll freigegeben, der zehn Dollar für den Kopf nicht übersteigen durfte. Am 29. August war auch dies Kompromiß, seiner Natur nach das unrühmlichste und in seinen Folgen das bedenklichste, unter Dach.

Inzwischen näherte sich das Verfassungswerk überhaupt der Vollendung, und man durfte sich dessen freuen; denn selbst, wo keine besonderen Interessengegensätze vorlagen, war die Schwierigkeit der Aufgabe außerordentlich gewesen. Es fehlte im Grunde doch an jedem Vorgang für den staatlichen Zusammenschluß der dreizehn Republiken. Wohl hatte schon das Altertum Staatenbünde gekannt, und in der Gegenwart boten die Verhältnisse des Deutschen Reiches, der Republik der Vereinigten Niederlande und der Schweiz gewisse Analogien, die in den Debatten mehrfach hervorgehoben wurden. Aber einmal waren die Verschiedenheiten größer als die Ähnlichkeiten, und dann luden die Beispiele nicht gerade zur Nachahmung ein. Von den antiken Staatenbünden hatte keiner dauernd geblüht, von den modernen trug das Deutsche Reich hippokratische Züge, die Niederlande gingen ebenfalls sichtlich an Macht und Einfluß zurück, indem sie gleichzeitig durch innere Wirren zerrissen wurden, und in der Schweiz herrschte auch kein wirklicher Frieden. Man mochte im allgemeinen also mehr lernen, wie man es nicht zu machen habe. Eher schon Hilfe gab die politische Theorie. Der „große und durchdringende Verstand“ Lockes erleuchtete manchen Redner. Nicht weniger einflußreich erwiesen sich Montesquieus

„Geist der Gesetze“ und die „Kommentare zu den Gesetzen Englands“, durch die Blackstone das britische Staatsrecht auf neue Grundlagen gestellt hatte. Eben in der Art, wie er sie auslegte, wurde die englische Verfassung gern als Muster angeführt. Es ist nicht zu verkennen, wieviel ursprünglich englische Elemente in der Unionsakte enthalten sind. Doch kamen die meisten freilich mehr indirekt hinein. Die amerikanischen Forscher haben ganz recht, wenn sie als Hauptquelle für ihre Verfassung die Gesetze und Gewohnheiten ansehen, die unter Umbildung und Weiterbildung des alten englischen Rechts in den einzelnen Kolonien und späteren Staaten schon vorlagen, und etwa noch die Erfahrungen, die man unter der Konföderationsregierung gesammelt hatte.

Am deutlichsten trat das hervor bei der Bildung der gesetzgebenden Gewalt. Gleich die Teilung in Senat und Repräsentantenhaus war einfach die Kopie des Zweikammersystems, das mit alleiniger Ausnahme Pennsylvaniens alle Staaten besaßen, und nicht weniger ließen sich für die besonderen Bestimmungen über beide Häuser fast überall Vorgänge aus den Einzelstaatsverfassungen nachweisen. Wichtig war da zunächst, daß man sich entschloß, die Legislaturperioden bei beiden Kammern verschieden zu bemessen. Für den Senat hatte Hamilton, um ihn nach Möglichkeit dem englischen Oberhaus anzugleichen, eine Bestallung der Mitglieder „auf Wohlverhalten“ verlangt, so daß sie nur in besonderem Verfahren hätten abgesetzt werden können. Das widersprach der mehr demokratischen Gewöhnung des Landes, doch wurde, wie es in vielen Einzelstaaten war, das Mandat der Senatoren ziemlich lang: auf sechs Jahre ausgedehnt. Ja, man traf weitere Fürsorge für Stetigkeit und Tradition, indem man nach dem Muster New Yorks, Virginias und Delawares verfügte, daß nicht immer alle gleichzeitig, sondern nach einem Turnus: alle zwei Jahre ein Drittel ausscheiden sollten. Die Mitglieder des Volkshauses mußten sich in den Einzelstaaten fast überall jährlich ihren Wählern stellen. Auch für die Union hätten nicht wenige Abgeordnete das gern beibehalten, weil nach dem starken Wort eines Massachusettsmannes jährliche Wahlen den einzigen Schutz gegen Tyrannei bildeten. Jedenfalls war es aussichtslos, wenn Hamilton und Madison dreijährige Wahlperioden beantragten, und die zweijährige, die noch heute gilt, fand nur deshalb Gnade, weil man

die Dauer und Schwierigkeit der Reisen nach dem Kongreßort in Betracht zog. Die Art der Wahl war bei dem Senat ziemlich streitig. Die verschiedensten Vorschläge tauchten auf, die Senatoren durch das Repräsentantenhaus, durch die Bundesregierung, durch das Volk, durch die Einzellandtage bestimmen zu lassen. Schließlich drang das letzte, die Wahl durch die Einzellandtage durch, weil doch der Senat nach dem Connecticutkompromiß gleichsam die Fortsetzung des bisherigen Kongresses war und dessen Mitglieder auch so ernannt wurden. Für das Repräsentantenhaus konnten, wenngleich andere Lösungen angeregt wurden, ernstlich doch nur Volkswahlen in Frage kommen. Eine Debatte entstand erst über das dabei anzuwendende Wahlrecht. Einige konservative Herren hätten es gern nach englischer Sitte auf Grundeigentümer beschränkt. Andere im Einklang mit der geschilderten neuen Entwicklung in manchen Einzelstaaten plädierten für weiteste Ausdehnung. Am Ende hielt man für das Richtigste, keine allgemeinen Regeln von Bundeswegen aufzustellen, sondern einfach zu bestimmen, wie noch heute gilt, daß die Bedingungen maßgebend sein sollten, an die jeder Staat das aktive Wahlrecht zu seinem eigenen Volkshaus knüpfe. Das passive Wahlrecht dagegen wurde einheitlich geordnet. Es fiel die Forderung eines Mindesteigentums, die einige Einzelverfassungen enthielten. Statt dessen verlangte man, weil sich doch schon fremdenfeindliche Bestrebungen zu regen begannen, daß Repräsentanten sieben, Senatoren neun Jahre das amerikanische Bürgerrecht haben müßten, und setzte zugleich ein Mindestalter von fünfundzwanzig bzw. dreißig Jahren fest.

Das letzte stand in auffallendem Gegensatz zu dem Brauch in England, wo gerade eben der jüngere Pitt mit einundzwanzig Jahren Abgeordneter, mit dreiundzwanzig Schatzkanzler und mit vierundzwanzig Premierminister geworden war. Auch sonst wich man, was das Parlament anbetraf, in einigen sehr wesentlichen Punkten von dem britischen Vorbild ab. In England konnten sich die Wähler ihre Abgeordneten im allgemeinen frei in jedem Teil des Vereinigten Königreiches suchen und besaßen so unzweifelhaft bessere Gelegenheit, politische Intelligenzen zu finden, deren Vorkommen ja lokal verschieden ist. In Amerika aber hatte sich der Gedanke der Repräsentation in seiner ursprünglichen Reinheit erhalten. Gewohnheitsrechtlich war überall der Vertreter zugleich

auch Einwohner seines Bezirks. Dem trug denn natürlich jetzt der Konvent Rechnung. Die Verfassung verlangte ausdrücklich Ansässigkeit des Abgeordneten in dem Staat, zu dessen Vertretung er gehörte, während stillschweigend dann sogar fast allgemein jene weitergehende Forderung der Ansässigkeit auch im Wahlkreise durchgedrungen ist. Der Gewählte bezog in England keine Entschädigung. In Amerika dagegen war den Kongreßmitgliedern, die in gewissem Sinn Beamteneigenschaft hatten, bisher ein Gehalt gezahlt worden, und schon der Mangel an reichen Leuten zwang, das unter den veränderten Umständen beizubehalten mit dem einen freilich bedeutsamen Unterschied, daß das Geld nicht mehr vom Einzelstaat, sondern von der Union angewiesen wurde.*) Dafür entging dem Kongreßmitglied die Möglichkeit, die der englische Parlamentarier reichlich hatte, die Kosten seiner Wahl und die Mühen seiner Arbeit durch Erlangung hochbesoldeter Staatsstellen einzubringen. Es wurde beschlossen, daß ein Amt unter den Vereinigten Staaten und ein Sitz im Kongreß unvereinbar seien.

Wer mit englischen Verhältnissen vertraut ist, ermißt leicht die außerordentliche Tragweite dieser Verschiedenheit. In England ist das Kabinett geradezu ein Ausschuß des Unterhauses, genauer gesprochen seiner Mehrheitspartei. Auch in den amerikanischen Einzelstaaten fehlte es nicht an Ansätzen zu solcher Entwicklung, und im Konvent sind Anregungen ähnlichen Sinnes laut geworden. Aber schließlich zeigte sich der übermächtige Einfluß des Dogmas von der Teilung der Gewalten. Die Mehrheit wünschte zu vermeiden, daß sich ein Zustand herausbilde, wo Exekutive und Legislative gewissermaßen ineinander übergingen, die Regierung die Möglichkeit erhielt, durch Zuwendung großer Gehälter die Gesetzgeber gleichsam zu bestechen, und die Gesetzgeber andererseits durch Übernahme der wichtigsten Ämter die Regierung faktisch mit ausübten. Der erste Verfassungsentwurf, die Virginia-Resolutionen, hatte den Abgeordneten sogar die Wählbarkeit zu Einzelstaatsämtern und nicht nur für die Dauer ihres Mandats, sondern noch für eine gewisse Zeit danach absprechen wollen. „Hemmungen und Gegengewichte" (checks and balances) zu schaffen, galt im Sinn Blackstones für das A und O politischer Weisheit.

*) Heute erhält das Kongreßmitglied außer hohen Meilengeldern für die Reise 7500 Dollar Gehalt und 1500 Dollar für Schreibhilfe.

Da mußte es denn eigentlich sehr auffallen, daß, als die Verhandlung auf die Exekutive selbst kam, der Antrag gestellt wurde, sie einem Mann zu übertragen. Einige hatten auch starke Bedenken dagegen. Randolph sprach ärgerlich von einem Embryo der Monarchie. Er und andere schlugen ein mehrköpfiges Direktorium vor, etwa aus drei Beamten, von denen jeder eine andere der drei großen Staatengruppen zu vertreten gehabt hätte. Aber die alte Gewohnheit, ein Oberhaupt anzuerkennen, für das Reich den König, für die Provinz den Gouverneur, erwies sich doch als übermächtig. Man hob das stärkere Verantwortungsgefühl, die größere Energie und Schnelligkeit hervor, die eine einheitliche Leitung erwarten ließe, und nahm mit der Mehrheit von sieben gegen drei Staatenstimmen den einen „Präsidenten" an, wie wohl in Anlehnung an die bisherige Bezeichnung des Kongreßvorsitzenden der Titel gewählt wurde. Auch darüber einigte man sich leicht, daß ihm nach dem Muster der stellvertretenden Gouverneure der Einzelstaaten ein Vizepräsident beigegeben werden sollte, um im Fall von Absetzung, Tod, Verzicht oder Unvermögen sein Nachfolger zu werden und für gewöhnlich, wie der Lordkanzler im englischen Oberhaus, den Vorsitz im Senat zu führen. Um so mehr Schwierigkeiten machte die Frage der Wahl. Der erste Gedanke war, die beiden Präsidenten durch den Kongreß bestellen zu lassen. Dafür sprach der bisherige Rechtszustand unter der Konföderationsverfassung wie die Übung der meisten Einzelstaaten, und es wurden denn auch verschiedene Beschlüsse in diesem Sinn gefaßt. Indessen verstärkten sich je länger, je mehr die Bedenken. Man lief so doch am Ende Gefahr, die Exekutive in eine gewisse Abhängigkeit von der Legislative zu bringen, selbst wenn man die Amtszeit ziemlich lang auf sieben Jahre bemaß und die Möglichkeit einer Wiederwahl ausschloß. Auch wurde Intrigen außerhalb und innerhalb des Kongresses die Türe geöffnet. Warnend wies Madison auf den verhängnisvollen Einfluß hin, den die Gesandten fremder Mächte bei Königs- und Kaiserwahlen im polnischen und deutschen Reichstag geübt hätten. War es da nicht besser, dem Beispiel vielmehr der Minderheit der Staaten zu folgen und die Wahl in die Hände des ganzen Volkes zu legen? Leider nur standen dem in der Ausdehnung des Reiches und dem Mangel allgemeiner politischer Organisationen Hindernisse entgegen, die sich im Augenblick nicht über-

winden ließen. Hinzu kam, daß dann der Süden nicht seine Sklaven in die Wagschale werfen konnte und die Kleinstaaten gegenüber den Großstaaten ins Hintertreffen gerieten. Genug, so ernstlich man debattierte und experimentierte, eine befriedigende Lösung wollte sich nicht finden. Erst in den allerletzten Tagen kam der Konvent auf einen Ausweg, der gleich anfangs vorgeschlagen, zunächst aber wenig beachtet worden war. Man einigte sich, eine eigene Wahlkörperschaft zu bilden in ähnlicher Weise, wie sie Maryland zum Zweck seiner Senatswahlen eingeführt hatte. Jeder Staat sollte in einem Verfahren, das er selbst regeln mochte, so viel Wahlmänner benennen, wie er Senatoren und Repräsentanten besaß, so daß also seine Vertretung genau dieselbe war wie im Kongreß. Dann würden die Wahlmänner am gleichen Tage in allen Staaten zusammentreten und zwei Kandidaten bezeichnen, von denen — das Übergewicht lokaler Voreingenommenheiten zu mindern — wenigstens einer nicht ihrem eigenen Staat angehörte. Über das Ergebnis waren Protokolle aufzunehmen und versiegelt an den Senatspräsidenten zu schicken. Fand sich dann bei der Eröffnung für einen Mann zugleich die relative und absolute Mehrheit, so war die Sache einfach, er wurde Präsident und, wer ihm am nächsten kam, Vizepräsident. Aber es ließen sich auch die Möglichkeiten denken, daß entweder bei absoluter Mehrheit zwei die gleiche Stimmenzahl erhielten, oder daß eine absolute Mehrheit fehlte. Dann sollte das Repräsentantenhaus mitzureden haben, und zwar indem es — eine besondere Verzwicktheit — ausnahmsweise nicht nach Köpfen, sondern nach Staaten abstimmte. Es hatte im ersten Fall zu entscheiden, wer Präsident und wer Vizepräsident sein würde, im zweiten stand ihm die noch größere Freiheit zu, den Präsidenten aus den fünf*) meist gewählten Kandidaten herauszusuchen, während die Vizepräsidentschaft dann von selbst dem zufiel, der mit der höchsten Stimmenzahl übrig blieb.

Das waren im einzelnen übermäßig gekünstelte, unzweckmäßige Bestimmungen, die später zu einem Teil g e s e t z l i c h geändert worden sind, zum andern t a t s ä c h l i c h durch die Ausbildung der Parteimaschine ihre Bedeutung verloren haben. Aber die Absicht, die zugrunde lag, die Wahl wesentlich zu einer Sache des Volkes zu

*) 1804 wurde die Zahl auf drei eingeschränkt.

machen, hatte darum nicht weniger Recht und Wert. Auf die Art gewann der Präsident eine selbständige Stellung neben dem Parlament, wie sie sonst nur der geborene Monarch hat. Indem seine Gewalt aus der gleichen Wurzel erwuchs wie die des Kongresses, nicht von diesem verliehen ward, durfte sie sich bei einem Konflikt getrost behaupten. Er konnte gelegentlich jene Rolle des berufenen Anwalts des ganzen Volkes gegen mächtige Sonderinteressen spielen, die das schönste Vorrecht der Könige ist. Natürlich fehlten die „Hemmungen und Gegengewichte" nicht. Doch kaum zum Glück wurde seine Amtsperiode auf nur vier Jahre beschränkt, indem man freilich das Verbot der Wiederwahl fallen ließ; und der Senat erhielt das Recht, ihm bei Hochverrat, Bestechlichkeit und anderen Staatsverbrechen auf Anklage durch das Repräsentantenhaus den Prozeß zu machen. Auch stand ihm der Kongreß insofern als unabhängige Macht gegenüber, als er von sich aus jeden ersten Montag im Dezember zusammentrat und nicht aufgelöst werden durfte. Aber übrigens war es nicht richtig, wenn einige Unzufriedene über „die verächtliche Schwäche und Abhängigkeit" der Exekutive klagten. Die Befugnisse des Staatsoberhaupts waren keineswegs engherzig bemessen. Er war Höchstkommandierender von Heer und Flotte, und soweit die Union darüber zu befinden hatte, der einzelstaatlichen Milizen. Den Bundesgerichten gegenüber besaß er das Recht der Begnadigung und dem Bundesparlament gegenüber ein Recht des Einspruchs. Schickte er ein Gesetz, statt es zu unterschreiben, innerhalb von zehn Tagen mit seinen Einwendungen an den Kongreß zurück, so sollte eine in namentlichen Abstimmungen festgestellte Zweidrittelmehrheit beider Häuser nötig sein, um es dennoch rechtskräftig zu machen. Das war der Verfassung von Massachusetts nachgebildet und kam, wenn es auf den ersten Blick recht bescheiden aussah, im Grund einem absoluten Veto außerordentlich nahe; denn die Bedingung der doppelten Zweidrittelmehrheit war in den meisten Fällen nicht zu erfüllen. Gesetzesvorschläge selbst einzubringen, stand dem Präsidenten nicht zu: sie mußten formell immer im Senat oder Repräsentantenhaus ihren Ursprung nehmen. Wohl aber wurde ihm sogar vorgeschrieben, was immerhin einen gewissen Ersatz gab, von Zeit zu Zeit dem Kongreß über die Lage der Union Bericht zu erstatten und seiner Beachtung Maßregeln zu empfehlen, die er für nötig oder nützlich hielte: die Sitte der

Präsidentenbotschaft hat sich daraus entwickelt. Auch durfte er bei außerordentlichen Gelegenheiten beide Häuser oder eines von ihnen zusammenberufen. Natürlich vertrat er die Nation nach außen, indem er die Gesandten empfing. Doch war Kriegserklärung eine Sache des Kongresses und der Abschluß von Staatsverträgen an „Rat und Zustimmung" einer Zweidrittelmehrheit des Senats gebunden, der so über seine legislativen Funktionen hinaus einen nicht unbedeutenden Rest von den Regierungsrechten des bisherigen Kongresses behielt. Ebenso setzte die Ernennung der Bundesbeamten Rat und Zustimmung allerdings nur einer einfachen Senatsmehrheit voraus.

Weitaus die wichtigste Rolle unter diesen Bundesbeamten spielten vom Standpunkt der Verfassung die Mitglieder des Obersten Bundesgerichts. Den Angelsachsen ist vor allen andern Nationen eine besonders hohe Schätzung von Richter und Gesetz eigen, schon weil die jahrhundertealte Tradition der Geschworenenbank die Bürger gewöhnt hat, sich selbst als berufene Hüter des Rechts zu fühlen. So war sich der Konvent sehr rasch darüber einig geworden, daß zu dem neuen Bund eine ausgebildete Bundesgerichtsbarkeit nicht nur mit einem Obertribunal, sondern auch mit Untergerichten gehöre, und ebenfalls, ohne daß viel oder ernst debattiert wäre, hatte man deren Zuständigkeit überaus weit ausgedehnt. Sie sollte umfassen alle Fälle, die sich unter der Verfassung, den Gesetzen und Verträgen der Vereinigten Staaten ergäben, alles, was die Vertreter fremder Mächte beträfe, und alle Sachen der Admiralitäts- und Seegerichtsbarkeit, weiter Streitigkeiten, bei denen die Vereinigten Staaten Partei seien, Streitigkeiten zwischen zwei oder mehreren Einzelstaaten, zwischen einem Staat und Bürgern eines anderen Staates, zwischen Bürgern verschiedener Staaten, zwischen Bürgern eines Staates, wenn sie auf Grund von Verleihungen verschiedener Staaten Land beanspruchten, endlich zwischen einem Staat oder seinen Bürgern und fremden Staaten, Bürgern oder Untertanen*). So konnte es im Lauf der Zeit dahin kommen, daß ein geschickter Anwalt in der Lage war, so ziemlich jeden Prozeß irgendwie vor die Bundesgerichte zu bringen, deren Entscheidungen

*) Eine nicht unerhebliche Einschränkung der Kompetenz brachte allerdings das 11. Verfassungsamendement von 1798, das Klagen einzelner, Einheimischer oder Fremder, gegen einen Staat dem Urteil des Bundes wieder entzog.

für die gesamte Rechtspflege des Landes maßgebend wurden. Zugleich aber lag in jener Kompetenzbestimmung nach dem Willen der Gesetzgeber die Handhabe zu einer Art Aufsichtsführung über die Staatsgewalt, die im Gegensatz zu europäischen Verhältnissen in der amerikanischen Union nicht omnipotent ist. Schon in kolonialer Zeit hatten die Gerichtshöfe der Provinzen, wenn sie in einem bestimmten Fall angerufen wurden, Gesetze der Landtage für ungültig, weil mit dem Verfassungsrecht der Freibriefe nicht im Einklang, erklärt, oder auch der englische Geheime Rat hatte es auf Appellation hin getan. Dann seit der Unabhängigkeitserklärung waren die neuen Staatsgerichtshöfe wieder mehrfach zu Sprüchen gelangt, die Beschlüsse der Legislaturen als verfassungswidrig umstießen. Dasselbe Recht nun der Entscheidung über die Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes sollte dem Obersten Bundesgericht, gewissermaßen in Nachfolge des englischen Geheimen Rates, zustehen. Indem alle Rechtsfragen, die sich unter der Verfassung ergäben, vor sein Forum gewiesen wurden, fand es sich zu deren Wächter und Interpreten bestellt. Es konnte ein Bundes- oder Staatsgesetz nicht von vornherein und direkt ablehnen, aber sobald ein Prozeß angestrengt wurde, auf Grund der Verfassung als des widerstreitenden höheren Gesetzes seine Anwendung verweigern, was zum erstenmal 1803 und dann vielfach geschah. Damit erhielt es gleichsam ein mittelbares Veto als eine unabhängige Revisionsinstanz neben, ja über Präsident und Kongreß. Gegen demokratische Übereilung und Leichtfertigkeit im Gesetzesmachen war ein starkes konservatives Gegengewicht geschaffen, zumal die Bundesrichter auf Lebenszeit ernannt, also dem Einfluß der Tagesströmung entzogen werden sollten. Und die Tatsache, daß das letzte Wort in allen Verfassungsfragen eine Bundesbehörde zu sprechen hatte, mußte die weitere günstige Wirkung haben, den neuen Einheitsgedanken gegenüber dem alten Partikularismus zu kräftigen.

Allerdings in den meisten Punkten, die das Verhältnis des Ganzen und seiner Teile betrafen, hatte der Konvent sich erfolgreiche Mühe gegeben, die Möglichkeit eines Streites auszuschließen oder zu vermindern. Zunächst einmal wurde genau gesagt, was der Kongreß tun durfte. Er erhielt das Recht, Steuern und Zölle aufzulegen und einzuziehen zur Bezahlung der Schulden und Sorge für die gemeinsame Verteidigung und allgemeine Wohlfahrt, ebenso

das Recht, Anleihen aufzunehmen und Geld zu prägen; nicht auch Papiergeld auszugeben: ein bezüglicher Antrag wurde abgelehnt. Weiter war ihm vorbehalten nach der etwas unsystematischen Aufzählung der Verfassungsurkunde Regelung des Handels nicht nur mit dem Ausland, sondern, was noch große Bedeutung gewinnen sollte, unter den einzelnen Staaten selbst, Heimats- und Bankrottgesetzgebung, Einrichtung von Postämtern und Poststraßen, Sicherung von Urheberrechten und Patenten, Begründung von Bundesuntergerichten, Ahndung von Verbrechen gegen See- und Völkerrecht, Kriegserklärung und Gewährung von Kaperbriefen, Aufstellung und Unterhaltung von Heer und Flotte, Aufbietung der Miliz zur Unterdrückung von Aufständen und Abwehr von Einfällen. Abschließend aber erlaubte der zu großer Berühmtheit bestimmte Paragraph der sogenannten „einbegriffenen Vollmachten" (implied powers) dehnbar genug, alle Gesetze zu erlassen, die nötig oder geeignet seien zur Ausübung der genannten und aller anderen Vollmachten, mit denen die Verfassung die Regierung der Vereinigten Staaten oder ihre Ämter oder Beamten bekleidet habe. Andererseits wurden den Einzelstaaten eine Reihe von Dingen ausdrücklich verboten. Insbesondere verloren sie das Recht, das ihnen die Konföderationsakte noch gelassen hatte, Geld auszugeben und selbständig Zölle und Schiffahrtsabgaben festzusetzen. Danach war, streng genommen, nicht mehr möglich, obwohl es bis zum Bürgerkriege noch vielfach und ernstlich geschah, von einer Souveränität der Einzelstaaten zu reden. Immerhin, wenn die Verfassung beim Bund aufzählte, was erlaubt und bei den Einzelstaaten nur, was verboten war, so sprach bei zweifelhafter Kompetenz die Rechtsvermutung offenbar für die Einzelstaaten, und alsbald legte das 10. Amendement zum Überfluß noch ganz ausdrücklich klar: „Vollmachten, die durch die Verfassung dem Bund nicht übertragen und den Staaten nicht entzogen sind, sind den Staaten oder dem Volk vorbehalten." Also war auch die Union nicht voll souverän. Die sogenannte Kompetenz-Kompetenz, das Recht, den Umfang ihrer Rechte selbst festzustellen, fehlte ihr. Überdies hatte sie keine unbedingte Verfügung über die bewaffnete Macht. Die Verwaltung der Miliz, die doch wichtiger war als das ganz kleine stehende Heer, blieb in der Hauptsache den Einzelstaaten. Nur zur Abwehr von Einfällen und Unterdrückung von Unruhen durfte der Bund

sie aufbieten, und jedes Einschreiten bei Unruhen setzte noch ein besonderes Ersuchen von Landtag oder Gouverneur des betroffenen Staates voraus. Endlich waren die Bestimmungen über eine Verfassungsänderung den Staaten günstiger als der Union. Es wurde dafür nicht nur eine Zweidrittelmehrheit beider Häuser des Kongresses verlangt, sondern die nachträgliche Zustimmung von drei Vierteln der ordentlichen Landtage oder außerordentlichen Konvente der Einzelstaaten, während ihrerseits zwei Drittel der Einzelstaaten die Berufung eines Generalkonvents zur Verfassungsrevision durchsetzen konnten. Eine Änderung an der gleichen Vertretung im Senat war sogar an die Einwilligung jedes Staates gebunden.

Angesichts dieser verwickelten Rechtslage hat spätere Theorie die Lösung gefunden, souverän sei weder der Bund, noch der Einzelstaat, sondern das amerikanische Volk, das seine Souveränität zum Teil in den Einzelstaaten, zum Teil im Bund übe, wie ja schon die der Verfassung von Massachusetts entlehnten berühmten Eingangsworte bezeugten „Wir, das Volk der Vereinigten Staaten, verordnen". Im ersten Augenblick auf dem Konvent selbst höhnten die Unitarier, man habe erst einen starken Mann geschaffen und ihm dann die Hände auf den Rücken gebunden, und die Partikularisten wieder klagten über die unbegrenzte und gefährliche Macht, die dem Kongreß gegeben sei. Das Ende würde entweder eine Monarchie oder eine tyrannische Aristokratie sein. Doch überwog für die große Mehrzahl der Abgeordneten ein Gefühl der Befriedigung, als nach geschehener Schlußredaktion, bei der das stilistische Geschick von Gouverneur Morris sich glücklich bewährte, am 17. September das große Verfassungswerk fertig vorlag. Jeder hatte etwas opfern müssen, aber die meisten meinten, daß das Opfer zum Guten gewesen sei. Am zuversichtlichsten äußerte sich gerade der Älteste: Franklin. In einer Ansprache, die, weil er selbst nicht mehr die Kraft dazu hatte, sein Freund Wilson vorlas, legte er dar, daß er gewisse Teile der Verfassung zwar jetzt noch nicht billige, aber nicht sicher sei, ob er sie auch später nicht billigen werde. Es wundere ihn, überhaupt etwas so verhältnismäßig Vollkommenes zustande gebracht zu sehen. Er könne sich keine bessere Verfassung denken und wisse nicht, ob sie nicht die überhaupt beste sei. Am Schluß regte er an, daß alle die Urkunde unterzeichnen sollten. Noch

zweiundvierzig Abgeordnete waren anwesend, drei weigerten sich, die übrigen neununddreißig, Washington an der Spitze, schrieben ihre Namen, die dadurch Unsterblichkeit erlangten.

Die Frage war, was zu geschehen habe, um die Verfassung nun wirklich in Kraft zu setzen. Zunächst lag vom rechtlichen Standpunkt aus ja nichts vor als ein Entwurf. Der Kongreßbeschluß, auf dem das Mandat der Versammlung formell beruhte, verlangte die Zustimmung des Kongresses selbst und die Bestätigung durch die Staaten. Legte man das ängstlich aus, so ließ sich ein gutes Ende nicht absehen. Ein Staat, Rhode Island, hatte ja überhaupt nicht am Konvent teilgenommen. Aber irgendeine Ratifikation war unumgänglich. Die Versammlung entschied also für einen Mittelweg. Sie teilte ihre Arbeit dem Kongreß mit und bat ihn, die Einzelstaaten zu veranlassen, besondere Konvente zur Beschlußfassung darüber zu berufen. Hätten auch nur neun die Verfassung angenommen, so sollte mit der Ausführung begonnen werden. Der Kongreß war von der ganzen Entwicklung der Dinge wenig erbaut. Er vermied sorglich, dem Entwurf irgendwie zuzustimmen, „um sich nicht selbst das Todesurteil zu schreiben“, wie eins seiner Mitglieder sagte. Aber ihn den Einzelstaaten vorzuenthalten, wagte er doch nicht. Er gab ihn weiter „zur Behandlung im Sinn der Konventsbeschlüsse“. Das amerikanische Volk hatte das Wort.

Es war während der geheimen Beratungen von Philadelphia in großer Spannung gewesen. Je weniger Verläßliches zu erfahren war, desto wildere Gerüchte gingen um. Man traute dem „finsteren Konklave“ das Außerordentlichste zu: Vernichtung der Einzelstaaten oder Aufrichtung einer Monarchie mit Georgs III. zweitem Sohn Friedrich, Herzog von York, wodurch sich das alte Verhältnis zu England zur Freude gar mancher konservativer Elemente wieder hergestellt hätte. Demgegenüber war die Veröffentlichung des Beschlossenen ja nun eine mehr oder weniger angenehme Enttäuschung. Eine eigentliche Umwälzung der bisherigen Staatsverhältnisse würde die neue Verfassung nicht bringen. Aber bald erhoben sich doch von vielen Seiten Klagen, Angriffe und Warnrufe. Natürlich murrten all die Leute, die von einer starken Regierung zu fürchten hatten, die wilden Grenzer, die Schmuggler, Spekulanten und Bankrotteure. Aber auch legitimere Interessen

fühlten sich betroffen. Die Farmer nahmen schweren Anstoß an dem Verbot des Papiergeldes, das das Geld zu ihrem Schaden teurer machen werde. Die Demokraten vermißten die Sicherstellung von Grundrechten, namentlich der Preßfreiheit und der Geschworenengerichte, und ereiferten sich über die Möglichkeit eines stehenden Heeres, das gleich den türkischen Janitscharen despotische Gesetze durchführen könne. Gewisse Fromme beklagten den heidnischen Charakter einer Urkunde, in der von Religion nicht ein Mal die Rede sei, ja die nicht hindere, daß ein Ungläubiger Präsident würde. Im Süden erschien es nicht wenigen gefährlich, sich gar so tief mit dem Norden einzulassen. Er glaube ehrlich, sagte ein Mann von Südcarolina, als ahnte er die Entwicklung des Sezessionskrieges voraus, daß mit der Annahme der neuen Verfassung die Sonne der Südstaaten untergehen werde, um sich nie wieder zu erheben. Selbst Virginier sprachen von den Vorzügen eines Sonderbundes. Wieder im Norden hatte Massachusetts keine Lust, etwas von seiner alten großen Stellung zugunsten einer Zentralmacht zu opfern, deren Organisation keine volle Gewähr für die Erhaltung der Kirchen- und Staatsideale des Puritanertums bot. Genug, man hat kaum mit Unrecht gemeint, daß ursprünglich mehr als die Hälfte des amerikanischen Volkes bedenklich oder abgeneigt gewesen sei.

So erwuchs den Männern, die die Verfassung geschaffen hatten, eine nicht minder schwierige Aufgabe in ihrer publizistischen oder parlamentarischen Vertretung. Niemand entzog sich ihr. Washington, obwohl mit manchem nicht einverstanden, schickte doch nach allen Seiten Briefe, um auf den Ernst der Stunde hinzuweisen, die nur die Wahl lasse zwischen Annahme des Entwurfs oder Auflösung des Bundes. Franklin warf seinen ganzen Einfluß als derzeitiger Staatspräsident von Pennsylvanien in die Wagschale. Unermüdlich wie immer war Madison, und das Beste tat Hamilton, der sich hier abermals wie durch seine Tätigkeit auf dem Annapoliskonvent dauernden Anspruch auf die Dankbarkeit seiner Nation erwarb. Er hatte während der Verhandlungen in Philadelphia keine seinen Talenten entsprechende Rolle gespielt, weil er mit seinen Ideen weitestgehender Zentralisierung und möglichster Annäherung an die Monarchie zu sehr allein stand. Jetzt, so wenig die neue Verfassung gerade ihm genügte, meinte er doch, daß man die Chance einer Besserung der unerträglichen Verhältnisse, die sie immerhin

böte, unter allen Umständen ausnützen müsse. Gemeinsam mit Madison und seinem Landsmann John Jay, aber doch wohl so, daß der Löwenanteil ihm zukommt, schrieb er im Herbst und Winter 1787/8 für eine New Yorker Zeitung eine lange Reihe überaus wirksamer Artikel, die alsbald unter dem Titel „Der Föderalist" (Bundesfreund) auch in Buchform erschienen und bis heute den Ruf eines klassischen Werkes der politischen Literatur genießen. Daneben ragen aus der Flut der Kampfesschriften jener Tage etwa noch neun Briefe hervor, die Dickinson unter dem Namen Fabius Anfang 1788 in einem Blatt seines Heimatstaates Delaware veröffentlichte.

Für Delaware selbst war solche Mühe übrigens nicht mehr nötig. Als erstes Glied der Union hatte es die Verfassung schon am 7. Dezember 1787 „voll, frei und ganz" ohne jeden Widerspruch angenommen. Auch sonst ging das Ratifikationsgeschäft gerade in einigen kleineren Staaten rasch und glatt vor sich. New Jersey am 18. Dezember, Georgia am 2., Connecticut am 9. Januar erklärten ihre Zustimmung. Von den größeren Staaten machte Pennsylvanien den Anfang am 12. Dezember, doch waren dort starke Widerstände zu überwinden gewesen und hatten die Föderalisten zu allerlei nicht unbedenklichen Mitteln greifen müssen. In Massachusetts fielen die Wahlen zum Konvent für die unbedingten Anhänger der Verfassung sehr ungünstig aus. Sie waren in entschiedener Minorität und wußten sich nicht anders zu helfen, als indem sie bereitwilligst der vermittelnden Anregung zustimmten, daß gleichzeitig mit der Ratifikation der Verfassung die Aufnahme einer langen Reihe von Zusätzen sichergestellt werden sollte, die Freiheit der Religion, der Presse, der Rede, der Versammlung und der Petition, das Recht, Waffen zu tragen, das Institut der Geschworenen und andere Garantien gegen Übergriffe von Gerichten und Regierung entsprechend den Grundrechten der Staatsverfassungen auch für das Ganze des Bundes ausdrücklich festlegten. Selbst so fanden sich unter 355 Abgeordneten nur 187 zu einem Ja bereit (6. Februar). Noch kritischer war die Lage in New Hampshire. Dort betrachteten es die Föderalisten schließlich schon als einen Erfolg, daß der Konvent, auch nur mit 56 gegen 51 Stimmen, sich Ende Februar bis zum 18. Juni vertagte, statt sofort abzulehnen. Inzwischen ratifizierten ohne große

Schwierigkeiten Maryland im April und Südcarolina im Mai. Es bedurfte also, da acht Staaten zugestimmt hatten, nur noch eines günstigen Votums, um die Union zur Wahrheit zu machen, und der neunte Staat, der es abgab, konnte sich einen Ehrenplatz in der amerikanischen Geschichte sichern. Das wirkte auf die Männer von New Hampshire. Nur drei Tage nach dem Wiederbeginn ihrer Konventssitzungen, am 21. Juni, faßten sie den entscheidenden, tatsächlich viel gefeierten Beschluß. Unmittelbar danach, noch ohne davon zu wissen, sprach am 25. Juni endlich auch der alte Führerstaat Virginia, der dann natürlich wenig erbaut war, zu hören, daß die kleine Neuenglandkolonie ihm den Rang abgelaufen habe. Gerade in Virginia war der Kampf sehr heftig gewesen, indem auf beiden Seiten viel glänzende Befähigung entfaltet wurde, und die Endabstimmung ergab eine Mehrheit von nur zehn Stimmen (89 gegen 79).

Aber auch eine knappe Mehrheit blieb Mehrheit. Man durfte sich in den Kreisen der Föderalisten darum nicht weniger der Tatsache freuen, daß bloß noch drei Staaten abseits standen, von denen nur New York wirklich etwas bedeutete und gerade New York sich unmöglich dauernd isolieren konnte. So fanden am Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung (4. Juli) vielfach rauschende Feiern zu Ehren der neuen Verfassung statt. Dabei überbot man sich in jenen sinnigen Allegorien, die dem Geschmack der abstraktionsfrohen Aufklärungszeit entsprachen und in den Festen der französischen Revolution ihre größten Triumphe erleben sollten. In Philadelphia lagen auf dem Delaware zehn Schiffe, deren weiße Flaggen in Goldschrift die Namen der zehn bereits geeinten Staaten trugen, und bei dem Festzug durch die Straßen, in dem 5 000 Menschen mitgingen, erfreute sich das Auge an bildlichen Darstellungen der Unabhängigkeit, der französischen Allianz, des Friedensvertrages, Washingtons, der neuen Ära, der Bundesverfassung, der zehn Staaten. Ein Wagen zeigte über meergrüner Leinwand ein Schiff „Union", ein anderer, von zehn weißen Pferden gezogen, das Modell eines „Bundesgebäudes" mit zehn fertigen und drei unvollendeten Säulen.

Von diesen unvollendeten wurde zuerst, wie zu erwarten gewesen war, die New Yorker fertig. In New York standen sich Hamilton und der Gouverneur Clinton, ein einflußreicher und

verdienter Mann, jeder an der Spitze eifriger Anhänger, gegenüber. Hamilton gab zu, daß, wie zuerst von Massachusetts und, dessen Beispiel folgend, dann in Südcarolina, New Hampshire und Virginia geschehen war, zur Sicherung der persönlichen Freiheit und des Staatenrechts Verfassungszusätze gefordert werden sollten: entsprechend ist die Unionsakte wirklich gleich anfangs um zehn Amendements erweitert worden. Aber mit aller Entschiedenheit wandte er sich dagegen, daß die Ratifikation von der Annahme der Zusätze abhängig gemacht werde, daß der Beitritt nur auf Zeit unter Vorbehalt erfolge. Und am 26. Juli erreichte er, daß 30 gegen 27 Stimmen in seinem Sinn beschlossen.

Danach hinderte nichts mehr, die Verfassung in Kraft zu setzen. Man wartete noch ein paar Wochen auf Nordcarolina und Rhode Island. Als sie auch dann noch nicht gleich kamen — Nordcarolina ist erst im November 1789, Rhode Island gar erst im Mai 1790 beigetreten —, ordnete der Kongreß am 13. September für den ersten Mittwoch im Januar 1789 die Wahl der Präsidentenwahlmänner, für den gleichen Tag im Februar die des Präsidenten selbst an und gab den Einzelstaaten auf, die Wahlen zum Repräsentantenhaus und Senat so vorzunehmen, daß am 4. März die neue Bundesversammlung zusammentreten könne. Gleichzeitig löste er eine andere Frage. Die Verfassung sah vor, daß der Bundesregierung ein eigener, unmittelbar von ihr zu beherrschender Distrikt von höchstens zehn (englischen) Quadratmeilen als Sitz angewiesen werden sollte. Über eine vorläufige Residenz enthielt sie nichts. Der Kongreß nun bestimmte dazu nicht Philadelphia, wie viele erwartet hatten, sondern New York, wohin er selbst schließlich übergesiedelt war. Es war sein letzter wichtigerer Akt. Die Tage der Zersplitterung und Ohnmacht gingen zu Ende. Die Geschichte der Vereinigten Staaten trat unter das Zeichen von Einheit und Kraft.

Sechstes Kapitel

Die Regierung der Föderalisten

Allerdings kann man nicht sagen, daß gleich die Anfänge des neuen Verfassungslebens vielversprechend gewesen wären. Als am Morgen des 4. März 1789 in New York die Glocken läuteten und die Kanonen donnerten, fehlte durchaus noch die Regierung, zu deren Ehren das geschah. Nicht mehr als acht Mitglieder des Senats und dreizehn des Repräsentantenhauses waren zur Stelle, so daß die Protokolle über die Präsidentenwahl uneröffnet bleiben mußten. Ein voller Monat verging in peinlichem Warten. Erst am 6. April konstituierte sich der Kongreß und verkündete den Präsidenten.

Natürlich war das Washington. Man hatte ja wohl in diesen und jenen Kreisen auch andere Namen genannt, wie etwa den Franklins. Aber die allgemeine Stimme bezeichnete nur ihn. Er hatte der Nation die Unabhängigkeit erkämpft und die Beratungen über die Verfassung geleitet: so mochte er nun den Versuch machen, wie sich mit ihr regieren lasse. Niemand besaß ähnliche Autorität und ähnliches Vertrauen. Nachdem er allen Versuchungen widerstanden hatte, die der Oberbefehl im Krieg mit sich brachte, bot er die ängstlichen Gemütern wichtige Gewähr, daß das Präsidentenamt sich nicht zur Tyrannis auswachse. Alle Wahlmänner hatten sich auf ihn vereinigt.

Die nächstgrößte Zahl der Stimmen und damit die Vizepräsidentschaft war John Adams zugefallen. Auch das gab kaum eine Überraschung. Adams war zwar außerhalb seiner engeren Heimat nicht eigentlich populär, aber er hatte sich während der Revolution die anerkanntesten Verdienste erworben und galt mit Recht für einen Mann von außergewöhnlichen Fähigkeiten. Dazu kam ihm

seine Staatsangehörigkeit an Massachusetts zu statten; denn man hielt es für eine Forderung ausgleichender Gerechtigkeit, daß, nachdem der Regierungssitz in einen Mittelstaat verlegt und das höchste Bundesamt einem Südstaatler sicher war, der Vizepräsident aus dem Norden geholt würde.

Adams konnte schon am 22. April feierlich eingeführt werden. Washington kam erst eine Woche später. Er hatte die Wahl erwartet, wenn er sie auch weder erstrebt noch gewünscht hatte, und nahm sie an ohne Zögern, aber ohne Freude. Seine Gefühle waren „ängstlicher und schmerzlicher, als er Worte fand sie auszudrücken". Wie er überhaupt dazu neigte, schwarz zu sehen — noch im Dezember 1788 hatte er trotz der Annahme der Verfassung „nur Wolken und Finsternis" um sich erblicken wollen —, ließ ihn die Sorge nicht los, daß die Aufgabe seine Kräfte übersteigen könnte. Er habe die beste Absicht, „aber weniger Hoffnung", den Erwartungen zu genügen. Als er am 16. April aus Mount Vernon abfuhr, hatte er die Empfindung, von ruhigem Leben und häuslichem Glück vielleicht auf immer Abschied zu nehmen. „Mit blutendem Herzen" sagte er seinen Freunden und Nachbarn Lebewohl. Seine Reise ging über Baltimore, Philadelphia und Trenton durch Landschaften, die er in Not und Drang des Kampfes so manchmal durchzogen hatte. Sie glich jetzt einem Triumphzug. Überall gab es Empfang und Geleit, Kanonen- und Glockenklang, Ehrenpforten, Inschriften und Blumen, Festessen, Festreden und Festgedichte. Männer und Frauen, Alt und Jung wetteiferten in Huldigungen. Er nahm sie entgegen mit der Würde, aber ohne den Stolz und Prunk des geborenen Monarchen. „Königlich und doch wieder nichtköniglich" nennt ein Zeitgenosse sein Auftreten. Wohl machte ihm der Jubel das Herz warm, aber dann wieder, wie für gewissenhafte Menschen natürlich, verstärkte der Anblick von soviel Vertrauen die Zentnerlast der Verantwortung. Als er am 30. April vor einer ungeheuren Menge auf dem Balkon von Federal Hall den Eid leistete, und dann nächsten Tages bei seiner ersten Ansprache an den Kongreß, bemerkte man, daß sein Ausdruck ernst bis zum Gram sei.

Wirklich waren die Schwierigkeiten, die ihn erwarteten, außerordentlich. Er selbst charakterisierte sie dahin, daß er auf unbetretenem Boden einherschritte. Überlieferte Einrichtungen fand er höchstens insoweit vor, als die Konföderationsregierung 1781 eine

Reihe von Ministerialdepartements unter Staatssekretären geschaffen hatte, die inzwischen aber ziemlich in Unordnung geraten waren, und die neue, ja recht kurze Verfassung gab nur einen allgemeinen Rahmen, während sie viele sehr wichtige Einzelpunkte ganz unerwähnt oder ohne bestimmte Regelung ließ.

Insbesondere war sie stumm über die Frage des Verkehrs zwischen Staatsoberhaupt und Parlament, die sich doch natürlich zuerst stellte. Sollte der Präsident dem Kongreß seine Mitteilungen und Wünsche schriftlich oder mündlich übermitteln, und vor allem wie war bei Ernennungen und Verträgen der „Rat und die Zustimmung" des Senats einzuholen? Washington hielt für richtig, persönlich im Kongreß zu erscheinen, wenn er ihm etwas zu sagen hatte. Erst Jefferson, der ungern öffentlich sprach, gab diese Übung auf, die ganz neuerdings Präsident Wilson — man sieht noch nicht, ob mit dauernder Wirkung — wieder eingeführt hat. Dagegen wurde mit dem Senat allein schon unter Washington nur schriftlich verhandelt. Ernennungen niemals, und Verträge nur ein erstes, einziges Mal hat der Präsident mündlich vertreten. Das hatte denn mehr als bloß formale Bedeutung. Es ließ dem Senat eigentlich nur noch die Möglichkeit, seine Zustimmung, nicht die, seinen Rat zu geben. Außerdem setzte Washington durch, daß die Entlassung von Beamten als sein ausschließliches Recht anerkannt wurde. Immerhin blieb dem Senat auch so viel von den Funktionen eines Regierungsbeirats, die ihm die Verfassung zugedacht hatte. Er hat zuzeiten durch seine Ausschüsse, namentlich den für auswärtige Angelegenheiten, sogar sehr wesentlich mitregiert. Auch auf die Ernennung von Beamten haben seine Mitglieder, jeder für den Bereich seines Staates, allmählich einen sehr starken indirekten Einfluß gewonnen. Jedenfalls ist er nicht bloßes Oberhaus. Man durfte früher den Deutschen Bundesrat zum Vergleich heranziehen.

Anders aber, als im kaiserlichen Deutschland bis 1918, schob sich in Amerika zwischen ihn und das Präsidium ein ausgebildetes Bundesministerium ein. Die Verfassung kannte das nicht. Sie besagte nur, daß der Präsident befugt sein sollte, die schriftliche Meinungsäußerung des ersten Beamten in jedem der Regierungsdepartements zu verlangen über irgendwelchen Gegenstand, der sich auf die Aufgabe der betreffenden Ämter bezöge. Über Zahl und

Art der Ministerien oder die Bildung eines Ministerrats enthielt sie nichts, den letzteren schien sie beinahe auszuschließen. Von der Konföderation her bestanden die drei Departements des Staates, des Schatzes und des Krieges. Denen wurde neu das Amt des Generalanwalts hinzugefügt, der eine merkwürdige Mischung von Justizminister, Syndikus und Generalstaatsanwalt darstellt. Anfangs dann hielt sich Washington streng an den Buchstaben der Verfassung, er begnügte sich, Gutachten einzufordern; allmählich aber, indem die Meinungen der Staatssekretäre mehr auseinandergingen und die Entscheidung schwerer ward, versammelte er sie zu mündlicher Beratung um sich, und das wurde sehr bald die Regel, so daß heute, wo sich die Zahl der Staatsämter übrigens um sechs vermehrt hat*), den Präsidenten ein richtiges Kabinett umgibt, demgegenüber er eine Stellung zwischen Monarchen und erstem Minister einnimmt. Die Staatssekretäre haben den Vorteil dauernder enger Verbindung untereinander und mit dem Staatsoberhaupt.

Dagegen fehlt ihnen der Kontakt mit dem Parlament. In der Hinsicht sind sie schlechter gestellt als irgendwelche Minister in Europa. Sie verhandeln mit den einzelnen Abgeordneten und allenfalls mit den Kommissionen. Im Senat oder Repräsentantenhaus selbst reden dürfen sie nicht. Die Verfassung verbot das nicht mit ausdrücklichen Worten. Aber da sie die Gesetzgebung ganz und ausschließlich dem Kongreß vorbehielt, entsprach es am Ende ihrem Geist, daß man Vertretern der ausübenden Gewalt die Teilnahme an den Sitzungen versagte. Als deshalb der Schatzsekretär Hamilton ein erstes Mal um die Erlaubnis nachsuchte, einen im Auftrag des Kongresses erstatteten Finanzbericht persönlich zu erläutern, kam das Repräsentantenhaus zu einer ablehnenden Entscheidung, die dann natürlich als Präzedenz galt.

Freilich spielten dabei sehr stark persönliche Momente mit. Vielleicht wäre die Antwort anders ausgefallen, wenn die Bitte nicht gerade von Hamilton gestellt worden wäre, dessen überragender Einfluß für viele Abgeordnete ein Gegenstand der Eifersucht und des Argwohns war. So findet sich auch hier die Spur des merkwürdigen Mannes, der im guten und weniger guten, direkt und

*) Flotte 1798, Post 1829, Inneres 1849, Ackerbau 1888, Handel und Arbeit 1903, ursprünglich vereint, neuerdings getrennt.

indirekt, durch seine Leistungen wie durch die Gegenwirkungen, die sie auslösten, neben Washington und vielleicht noch über Washington hinaus die Geschichte der Union in den ersten elf Jahren maßgebend bestimmt hat.

Washington war nicht in Verlegenheit gewesen um eine angemessene Besetzung der Stellen seiner vornehmsten Mitarbeiter. An der Spitze des Kriegsamts beließ er General Knox, der sich im Unabhängigkeitskrieg solch Ansehen erworben hatte, daß er als Kandidat für die Vizepräsidentschaft in Frage gekommen war. Zum Generalanwalt machte er seinen begabten jüngeren Landsmann Randolph. Für das Staatssekretariat, das in erster Linie die auswärtigen Angelegenheiten zu behandeln hatte, schien sich niemand besser zu eignen als der derzeitige Inhaber der wichtigsten Gesandtschaft, Thomas Jefferson in Paris, dessen Namen zudem seit der Unabhängigkeitserklärung in aller Munde war. Das Schatzamt hatte unter der Konföderation eine Zeitlang Robert Morris mit vielem Geschick verwaltet, aber da er zum Senator gewählt war, schied er zu Washingtons Leidwesen aus der Reihe der Bewerber aus. Der Präsident mußte eine neue Kraft nehmen und bestimmte ohne viel Bedenken Alexander Hamilton, den er noch aus der Kriegszeit her kannte und schätzte.

Hamilton war mit seinen erst zweiunddreißig Jahren doch schon eine anerkannte Macht. Niemand von all den Größen der Revolutionszeit verband in dem Grade scharfe Logik mit schöpferischer Phantasie und eisernem Willen. Er war auffallend klein von Wuchs, aber die dunklen, tiefliegenden Augen, die so feurig und wieder so kalt durchbohrend blicken konnten, und der energische Zug um Kinn und Mund verrieten den geborenen Herrscher. Freund und Feind fürchteten den „kleinen Löwen". „Auch ohne Anhänger", schrieb einer seiner Gegner in späteren, weniger glanzvollen Tagen, „ist er ein Heer für sich." Amerika hatte er erst mit fünfzehn Jahren betreten. Vielmehr stammte er aus Britisch-Westindien von einem schottischen Vater und einer französischen Mutter. Das erklärt eine gewisse fremde Note seines Wesens, die nicht ganz in den Ton des amerikanischen Lebens paßte. „Er war eine große Persönlichkeit," sagt Wilson, „aber nach meiner Meinung doch kein großer Amerikaner". Von seinen französischen Vorfahren hatte er die Neigung, alle Gedanken unbe-

dingt zu Ende zu denken und dem für richtig Erkannten Rücksichten und Rechte unbedenklich aufzuopfern; und nicht weniger französisch, zugleich aber ein Produkt der heißen Sonne, unter der er geboren war, war die „vulkanische“ Leidenschaftlichkeit, die bei jeder Gelegenheit hervorbrach. Sie hat ihn zu vielen falschen, selbst häßlichen Schritten veranlaßt und ist einer der Gründe geworden, weshalb seine Einwirkung auf Amerika, wenn eine Zeitlang außerordentlich stark, doch auf die Dauer hinter dem Umfang seiner Fähigkeiten zurückblieb.

Der andere Grund lag in der Art, wie er den Staat auffaßte. Gewiß tat man nicht ganz recht, ihn einen Monarchisten zu schelten. Er war zu helläugig, um nicht zu sehen, daß für eine Monarchie seit der Revolution im Volk kein Boden mehr war. Wohl aber verdiente er den Namen eines Aristokraten und Unitariers. Wie die meisten großen Politiker erfüllt von dem Gedanken der Macht, empfand er die Sonderrechte der Einzelstaaten als lästige Fesseln, und von der Demokratie hegte er die denkbar geringste Meinung. „Ihr Volk“, hat er einmal in der Hitze der Debatte gesagt, „ist ein Vieh.“ Im Konvent von Philadelphia war er mit einem Verfassungsentwurf hervorgetreten, der an die Spitze der Union einen Gouverneur auf Lebenszeit stellte und diesem ein absolutes Veto sowie die Ernennung wieder der Gouverneure der Einzelstaaten zusprach. Was statt dessen angenommen wurde, hatte er beredt verteidigt, aber Ehrfurcht flößte es ihm nicht ein. Er betrachtete die Verfassung vielmehr eingestandenermaßen nur als einen Anfang, auf dem man weiter bauen müßte, um partikularistischen und demokratischen Widerständen zum Trotz zu einer Regierung von wirklicher Einheitlichkeit und Kraft zu gelangen, für die ihm als unübertroffenes Muster immer die britischen Verhältnisse galten.

Sein neues Ressort aber bot, richtig gepflegt, offenbar sehr wertvolle Handhaben dazu. Er sah, welchen Nutzen in England eben damals Pitt aus dem engen Bund mit dem Großkapital zog, und hielt etwas Ähnliches auch in Amerika für möglich. Freilich hieß es hier, mit den Elementen beginnen, mit der Begründung überhaupt erst eines wirklichen Staatskredits. Unter der Konföderation waren die Vereinigten Staaten weder zu irgendwelcher Tilgung der Kriegsschulden noch auch nur zur Bezahlung ihrer Zinsen im-

stande gewesen. So hatten 1790 auswärtige Gläubiger annähernd 12 Millionen Dollar, die inländischen 42 zu fordern. Über die Notwendigkeit, die europäischen Ansprüche voll anzuerkennen, konnte kein Streit sein; anders aber lag die Sache bei den Schuldverschreibungen, die in Amerika begeben waren; denn diese waren vielfach von vornherein für einen bloßen Teil ihres Nominalbetrages erworben worden und allmählich auf 15 Prozent und weniger gesunken, indem sie meist wohl ihren Inhaber gewechselt hatten. Wenn man sie also jetzt ohne Abzug übernahm, so machte man den Kapitalisten ein unerwartetes und unverdientes Millionengeschenk: gleich auf die erste Kunde von dem, was im Werk sei, ließen sie überall in Masse die entwerteten Papiere aufkaufen. Aber der Gedanke eines solchen Geschenkes war Hamilton an sich kaum unsympathisch. Selbst über die Versuchungen des Geldes erhaben, wandte er sie nur zu gern gegen andere an. Und vor allen Dingen, er sagte sich mit Recht, daß ohne diesen Preis der Kredit der Vereinigten Staaten nicht aufzurichten sei. So setzte er trotz einiger Opposition schon 1790 die Konsolidierung der inneren wie der äußeren Schuld nach ihrem Nennwert durch. Es wurde eine neue Anleihe noch zu dem hohen Satz von 6 Prozent eröffnet, deren Stücke gegen die alten Verschreibungen eingetauscht werden konnten, allerdings mit der Maßgabe, daß nur zwei Drittel sogleich, das letzte erst nach 1800 wirklich Zins tragen würden. Der Erfolg war der günstigste. Die bösen Eindrücke der unredlichen Pump- und Papiergeldwirtschaft fanden sich ausgelöscht. Die Kurse stiegen in Sprüngen. Bis 1793 hatten sie pari erreicht.

Doch bildete das nur die eine Seite von Hamiltons Finanzpolitik. Gleichzeitig mit der Regelung der gemeinsamen schlug er eine Übernahme der einzelstaatlichen Schulden vor. Als Grund dafür führte er an, daß auch sie im Dienst des Ganzen für den Unabhängigkeitskrieg gemacht waren. Der wirkliche Zweck aber war, den Staaten den Rückhalt zu entziehen, den das Interesse der Staatsgläubiger bietet. Das wurde denn natürlich herausgefühlt, und übrigens beanstandete man, daß diejenigen, die mehr Schulden getilgt oder weniger kontrahiert hatten, wie etwa Virginia, Maryland, New Hamphire, zugunsten ihrer säumigeren oder leichtsinnigeren Nachbarn geschädigt würden. Namentlich die Virginier opponierten so heftig, daß es notwendig wurde, ihnen in einem anderen

keineswegs gleichgültigen Punkt entgegenzukommen. 1789 war Meinung dafür gewesen, als Sitz der Bundesregierung Germantown in Pennsylvanien zu wählen. Jetzt gab man dem Süden nach, daß vielmehr eine neue Stadt auf der Grenze von Maryland und Virginia am Potomac, nicht weit von Washingtons Landgut, zu gründen sei, während man, um die Enttäuschung der Pennsylvanier zu vermindern, die provisorische Residenz bis 1800 von New York nach Philadelphia verlegte. Auch erfuhr die Schuldenvorlage selbst eine Veränderung, die jene Ungerechtigkeit abschwächte und die finanzielle Tragweite ein wenig: von rund 25 Millionen Dollar, wie Hamilton berechnet hatte, auf 21½ verminderte. In dieser Gestalt wurde sie, freilich immer noch mit ganz knapper Mehrheit, im August 1790 angenommen. Der Schatzsekretär hatte dem Einheitsgedanken einen ersten unzweifelhaften Sieg erfochten.

Zwei andere, freilich vergänglichere, folgten dann gleich nächsten Jahres. Wer die neuere englische Geschichte kennt, weiß, daß es neben der Flotte vor allem die Bank von England gewesen ist, die das Reich groß gemacht hat. Hamilton erkannte das und sah überdies, daß das Wirtschaftsleben in Amerika auf eine Entwicklung des Bankwesens hindrängte, weil offenbar nur so, durch Eröffnung eines zugleich ergiebigen und geordneten Kredits, die ungeheuren Schätze des Landes gehoben werden konnten. 1782 war in Philadelphia mit einer Konzession des alten Kongresses und einem besonderen pennsylvanischen Privileg die Bank von Nordamerika entstanden, 1784 und 1786 hatten ähnliche Institute von Massachusetts und New York Korporationsrechte erhalten. Eben jetzt folgte Maryland mit einer Bank in Baltimore. Da lag vom Standpunkt der Einheitspolitik der Gedanke nahe, die große Aufgabe der Belebung und Regulierung der Volkswirtschaft nicht den Einzelstaaten zu überlassen, sondern eine Nationalbank zu gründen, die, durch die Unionsregierung privilegiert und teilweise finanziert, ihrerseits den Staatenbanken das Gesetz gab. Sie würde die Leistungsfähigkeit der Vereinigten Staaten verstärken, indem sie die Aufnahme von Anleihen und die Vorwegnahme von Steuererträgen erleichterte, und gleichzeitig in ihren Aktionären und Noteninhabern neben den Staatsgläubigern eine neue Klasse von natürlichen Stützen der Zentralverwaltung schaffen, während diese endlich noch die Möglichkeit erhielt, durch Zuwendung gut besoldeter

Direktorenstellen und finanzielle Vorteile jeder Art ihren parlamentarischen Anhang zu vermehren. Hamilton ließ also vom Senat eine entsprechende Vorlage machen. Die Bank, unter dem Titel „Bank der Vereinigten Staaten", sollte mit einem Grundkapital von 10 Millionen Dollar errichtet werden, von denen nach englischem Muster ein Teil, zwei Millionen, durch die Regierung, die übrigen durch Aktionäre herzugeben waren. Ihre Noten müßten von den Kassen der Union, die sich dafür ein weitgehendes Aufsichtsrecht wahrte, in Zahlung genommen werden. Der Sitz würde in Philadelphia sein mit Zweiganstalten zunächst in Boston, New York, Baltimore und Charleston. Die Dauer des Privilegs war zunächst auf zwanzig Jahre, bis 1811, bemessen.

Trotz dieser Beschränkung erhob sich ein sehr starker Widerstand. Man wies hin auf die Gefahren der übermäßigen Zentralisierung, der politischen und wirtschaftlichen Korruption und bestritt mit besonderem Nachdruck die Verfassungsmäßigkeit des ganzen Entwurfs. Die Unionsakte enthielt, indem sie die Befugnisse des Bundes aufzählte, kein Wort von der Errichtung einer Bank; ja, bei den Beratungen über sie hatte die Mehrheit seinerzeit ausdrücklich abgelehnt, dem Kongreß das Recht zur Erteilung von Korporationsprivilegien zu gewähren. Das war sicher ein Argument von großer Kraft. Zwei Mitglieder des Kabinetts, Jefferson und Randolph, machten es sich zu eigen, und Washington, obwohl sachlich mit der Vorlage anscheinend einverstanden, fühlte sich so stark davon betroffen, daß er schwankte, ob er nicht die Pflicht habe, sein Veto einzulegen. Am Ende aber besiegte Hamiltons überlegene Dialektik seine Zweifel. Er ließ sich überzeugen, daß hier ein Fall jener „einbegriffenen Rechte" sei, die die Bundesverfassung vorsichtig statuiert hatte (vgl. S. 173). Das Gesetz wurde verkündet und für die Zeichnung der Aktien der 4. Juli 1791 bestimmt. Die Geschäftswelt konnte die Zeit kaum erwarten. Als der diesmal doppelt bedeutsame Nationalfesttag herankam, entstand vor Carpenters Hall, wo die Zeichnungsstelle errichtet war, ein lebensgefährliches Gedränge von Kapitalisten und Agenten, und es dauerte noch lange keine Stunde, da waren sämtliche Anteilscheine vergriffen. Sogleich dann bemächtigte sich die Spekulation des dankbaren Objekts. Die Papiere stiegen auf 200, 300, 400 Prozent, natürlich nicht ohne gelegentlich in ähnlich wilden Sprüngen her-

unterzugehen. Es war ein förmliches Börsenspiel, bei dem wie gewöhnlich die Kleinen bezahlten, was die Großen gewannen. So gab es viele Enttäuschte, und andererseits unbeteiligte Zuschauer ärgerten sich an dem Schauspiel des Reichwerdens ohne Arbeit, das, wenn es durch gewisse Erscheinungen des kolonialen Lebens und der Kriegszeit vorgedeutet war, doch in diesem Umfang als neu und bedrohlich empfunden wurde. Die natürlichen Gegensätze der großen Städte und des platten Landes, der Kaufleute des Nordens und der Pflanzer des Südens fanden sich unwillkürlich verstärkt. Häufig genug hörte man die Klage, daß die berühmte Finanzpolitik des Schatzsekretärs doch eben nur einem kleinen Kreis von Geldleuten zustatten komme, während die große Menge des Volkes durch vermehrte Steuern die Mittel aufbringen müsse.

Denn freilich war die Herstellung des Staatskredits nicht ohne Opfer möglich gewesen. In erster Linie half jener Einfuhrzoll, der schon unter der Konföderation erstrebt worden war. Gleich noch 1789 hatte der Kongreß für alle in den Vereinigten Staaten eingehenden Waren Abgaben beschlossen, die bei einem durchschnittlichen Betrag von 5 Prozent in einigen Fällen, um nicht nur als Finanz-, sondern als Schutzzoll zu wirken, sehr wesentlich höher, bis zu 15 Prozent, bemessen waren. Der Ertrag aber genügte nicht, weil zu den Anforderungen des Schuldendienstes noch die Kosten kriegerischer Unternehmungen gegen die Indianer hinzutraten. Es bedurfte offenbar neben dem Zoll einer indirekten Steuer, und Hamilton sah diese Notwendigkeit nicht ungern, weil sich damit die Aussicht auf Vermehrung der Bundesbeamten und -kompetenzen eröffnete. Nachdem ein weitergehendes Projekt abgelehnt war, schlug er Ende 1790 eine Akzise auf Branntwein vor. Der Kongreß beschloß die Whiskysteuer, wie sie populär genannt wurde, auch wirklich ohne ernste Schwierigkeit. Nicht wenige hielten sie schon vom volkserzieherischen Standpunkt für nützlich, andere scherzten über die gute Art, „die Staatsschuld herunterzutrinken". Doch bedeutete sie, da das Brennen in vielen kleinen und kleinsten Betrieben, oft geradezu als Hausindustrie, geschah, durch die unerläßlichen Kontrollvorschriften eine sehr starke Belästigung weiter landwirtschaftlicher Kreise, und besondere Schwierigkeiten entstanden in den westlichen Grenzdistrikten Nordcarolinas, Virginias und Pennsylvaniens. Dort waren die Farmer gewöhnt, ihr Getreide, das

als solches die Kosten des Transports nicht tragen konnte, in die handlichere Form von Sprit zu bringen. Whisky bildete das einzige wertvolle Landesprodukt und wurde gern statt des knappen Geldes als Tauschmittel verwandt. Eine Gallone (4,54 Liter) hatte die Kaufkraft eines Schillings. Wenn sie nun jetzt mit sieben Cents, also etwa 30 Prozent besteuert wurde, war das um so ruinöser, als die Regierung nicht erlaubte, die Abgabe etwa in natura zu entrichten. Auch kam die unleugbare Beschwerde hinzu, daß alle Prozesse wegen der Steuer bei den Bundesgerichten anhängig waren, von denen das nächste auf der anderen Seite der Berge in Philadelphia lag. Deshalb gab es von vornherein leidenschaftliche Proteste, und wenn der Kongreß ihnen mit allerlei Abschwächungen und Erleichterungen des Gesetzes Rechnung trug, wollten sich doch wenigstens die pennsylvanischen Grenzer schlechterdings nicht beruhigen. Bis 1794 steigerte sich die Unzufriedenheit unter ihnen dahin, daß, vielleicht genährt von gewissen höherstehenden Feinden der Regierung, ein förmlicher Aufruhr losbrach mit gewaltsamer Vertreibung von Gerichtsbeamten, Beraubung der Post, bewaffneten Ansammlungen und Schreckensregiment gegen die andersgesinnte Minderheit. Angesichts dieser Lage entschlossen sich Washington und Hamilton durchzugreifen. Sie riefen im Sommer 1794 nicht weniger als 15 000 Mann Miliz unter Waffen, bei deren Erscheinen die Whiskyrevolte in sich zusammenfiel.

Das war ein Sieg, aber er hatte viel von einem Pyrrhussieg an sich. Es fehlte nicht an höhnischer Kritik wegen des Aufgebots so unverhältnismäßiger militärischer Machtmittel, während sich andererseits mancherlei Sympathien mit den Unterworfenen zeigten. Überhaupt hatte sich ja gegen die Ziele, nach denen Hamilton die Geschicke des Bundes leiten wollte, damals bereits eine richtige geschlossene Oppositionspartei gebildet.

Parteien waren den Amerikanern etwas Altvertrautes, weil sie von parlamentarischen Formen unzertrennlich sind. In den einzelnen Kolonien hatte es von jeher welche gegeben auf der Grundlage namentlich streitender wirtschaftlicher oder kirchlicher Interessen, und das ganze Volk spaltete sich während des Unabhängigkeitskrieges in Whigs und Tories. Dann wurde der Kampf um die Bundesverfassung ein neuer Anlaß, die Geister zu scheiden. Föderalisten, Bundesfreunde, und Antiföderalisten traten sich

gegenüber. Mit der endgültigen Aufrichtung der Unionsregierung fiel für die letzteren die Existenzmöglichkeit fort. Man hatte äußerlich eine kurze Zeit lang eine Art parteilosen Zustandes. Doch blieben in der Tiefe viele von den Gründen der alten Gruppierung bestehen. Noch immer wünschten die einen in der Art der Tories, daß das englische Muster, die Autorität von Staat und Kirche, die Vorrechte von Bildung und Besitz möglichst beachtet würden, und strebten die andern umgekehrt als Whigs nach amerikanischer Eigenart, nach Freiheit von kirchlichem und staatlichem Zwang und Heranziehung der breiten Massen. Auch gab es, wenn die Gültigkeit der Verfassung von niemand länger ernstlich angefochten wurde, dafür um so mehr Möglichkeit zum Streit über ihre Auslegung und etwa Weiterentwicklung. Man konnte die Rechte der Zentralgewalt oder die der Einzelstaaten vornehmlich betonen, indem man das Grundgesetz liberal, weit, oder strikt, eng, interpretierte. Endlich aber die natürlichen wirtschaftlichen Gegensätze von Nord und Süd, von Handel und Gewerbe und Landwirtschaft hatten die Neigung, mit dem Wachstum der Nation sich eher zu verstärken als abzuschwächen. So lagen überall die Elemente zu neuer Parteibildung vor, und ein äußerer Umstand half sie dann rascher und vollständiger entwickeln, als sich irgend hatte erwarten lassen.

Es ist eine merkwürdige Erscheinung, daß die Geschichte der Vereinigten Staaten, die später so ganz eigenen Richtlinien folgt, während des ersten Menschenalters positiv und negativ auf das stärkste durch Vorgänge in Europa bestimmt worden ist. Aber die Außerordentlichkeit dieser Vorgänge und einigermaßen auch die noch nicht erloschene Kolonialgewöhnung vielfachen Rückblicks auf die alte Welt macht das anfangs Erstaunliche schließlich begreiflich und selbstverständlich.

Nur wenige Wochen nach der Amtseinführung Washingtons brach in Frankreich die Revolution aus. Recht eine Illustration zu dem tiefsinnigen Dichterwort, daß alles Frucht und alles Samen ist, hatte sie aus Amerika mancherlei Nahrung gezogen, um dann wieder auf Amerika entscheidend zurückzuwirken. Zunächst erregte sie allgemeinsten Enthusiasmus. Dafür sorgte schon die Teilnahme Lafayettes und der Tribut der Anerkennung durch Wort und Tat, den die Nationalversammlung der Musterrepublik jenseits des

Meeres zollte. Selbst Washington schrieb im Oktober 1789, die Revolution sei etwas so Herrliches, daß man sie geistig kaum erfassen könne. Aber indem dann die Entwicklung in Paris einen immer radikaleren Zug nahm, indem Lafayette zur Seite gedrängt wurde und an die Stelle fast einmütigen Jubels blutige Parteiung trat, mußte auch das Urteil der Amerikaner auseinandergehen. Die Anhänger straffer Ordnung und Regierung, wie Hamilton und Adams, begannen die Revolution mit den mißgünstigen Augen des englischen Publizisten Burke zu sehen, in dessen Nachfolge Adams ein eigenes dickes Buch (Discourses on Davila) schrieb. Sie bestärkten sich in ihrer Abneigung gegen zu weitgehende Demokratisierung, Mobokratie, Pöbelherrschaft, wie sie sie nannten. Das Lob der englischen Verfassung wurde laut gesungen. Dieser und jener erörterte ernsthaft die Vorzüge der monarchischen Staatsform auch für die Union.

Andererseits aber, unter den Freiergerichteten, stieg namentlich seit der Schlacht von Valmy und der Proklamierung der Republik die Begeisterung auf den Siedepunkt. Man veranstaltete Illuminationen über Illuminationen. Man konnte sich nicht genug tun in Trinksprüchen auf „Galliens freie Schar". Man sang das Kampflied ça ira, dessen Kernwort ja von einem Amerikaner, von Franklin, aus der Krisis des Unabhängigkeitskrieges stammte. Freiheitsbäume wurden errichtet, Jakobinermützen aufgesteckt. Die alten Anreden Sir, Mister, Reverend und Doktor oder gar Exzellenz galten als „aristokratisch". Jeder sollte den andern als Bürger (citizen mit der unmöglichen weiblichen Form citess) begrüßen. Die Kniehosen wichen den Pantalons. Das Haar wurde à la Brutus rund geschnitten. Puder war verpönt. Den Hut schmückte die dreifarbige Kokarde. Und was wichtiger war als diese großenteils vergänglichen Äußerlichkeiten, es entstanden eine Reihe radikaler Blätter, allen voran (Herbst 1791) die von Freneau geschickt geleitete Nationalzeitung in Philadelphia, die, mit dem neufranzösischen Maßstab messend, das herrschende politische System als verkappte Monarchie, seine Anhänger als Anglomanen und Monokraten dem Gespött oder der Verachtung überlieferten.

Nun aber hatte solche Preßpolemik einen Hintermann, der ihr noch besondere Bedeutung gab. Freneau war nur ein Werkzeug in der Hand des Staatssekretärs Thomas Jefferson. Jeffer-

son hatte das ihm von Washington angebotene Amt ohne Bedenken angenommen, weil er meinte, mit der neuen Verfassung und dem neuen Präsidenten auskommen zu können. Aber gleich, als er, noch erfüllt von seinen Pariser Eindrücken, von dem Umgang mit so radikalen Männern wie Lameth und Barnave nach New York zurückkehrte, fand er sich unangenehm berührt von dem, wie er meinte, engherzigen, volksfeindlichen Geist, der in den leitenden Kreisen herrschte. Namentlich mit seinem nächsten Kollegen Hamilton konnte er sich nicht stellen. Beide Männer waren vollkommene Antipoden. Schon äußerlich ließ sich kaum ein größer Kontrast denken. Hamiltons kleine, feine Erscheinung wirkte wie die eines Offiziers in Zivil. Jefferson, hochgewachsen und starkknochig, mit etwas grobem, gerötetem Gesicht, nicht allzu sorgfältig und geschmackvoll gekleidet, bot den Eindruck eines gemütlichen Landedelmanns oder Farmers. Auch sein Geist und Charakter imponierten zunächst weniger. Er war entfernt nicht so Herrschernatur wie der Schatzsekretär. Seine Neigung ging nicht darauf, zu kämpfen und zu bezwingen, sondern zu warten und zu überreden. Kein Sprecher vor der großen Öffentlichkeit, verstand er um so besser, in scheinbar zwangloser Unterhaltung auf die Menschen einzuwirken, ihnen seine Meinung als die ihre zu suggerieren. Es ist wohl geschehen, daß ein Abgeordneter, den er so bearbeitete, nachher stolz erzählte, er könne Herrn Jefferson zu allem bringen. Während für Hamilton der ritterliche Wahlspruch „Viel Feind', viel Ehr'" zu gelten schien, suchte er sich mit einer gewissen Beflissenheit Freunde zu machen und zu erhalten. Nach mancher Richtung wollte man etwas Weibliches in seiner Art bemerken. Er war nicht ganz originell, und seine Logik ließ zu wünschen übrig. Dafür aber besaß er eine ungemeine Beobachtungs- und Anpassungsgabe, eine Eindrucksfähigkeit und Beweglichkeit, die ihn alle Zweige menschlicher Tätigkeit von Kunst und Naturwissenschaft über Politik und Philosophie zum praktischen Landbau mit gleicher Liebe, mit einem ungeheuren Interesse besonders für alles Neue umfassen ließen. Kein Amerikaner deshalb auch war stärker von den geistigen Strömungen beeinflußt, aus denen in Europa die Revolution erwuchs. Er gab den Typus eines Aufklärungsmannes ab. In religiösen Fragen zeigte er einen für viele anstößigen Skeptizismus, der ihn doch nicht hinderte, in Stunden schwerer Prüfung bei der Bibel Trost zu

suchen. Dafür betrachtete er die Dinge der Welt als unverbesserlicher Optimist. Noch im Alter hat er das schöne Wort geschrieben: „Ich steure mein Schifflein mit Hoffnung als Kompaß und lasse Furcht hinter mir.“ Insbesondere hatte er ein grenzenloses Vertrauen in die Güte, Vervollkommnungsfähigkeit und Glücksbestimmung des Menschengeschlechtes. Wenn Hamilton Menschenverächter war, durchdrang ihn ganz jene so naive und deshalb so mächtige Menschenliebe, die den rührendsten Zug im Bilde der Aufklärung darstellt. Er betrachte, hat er gesagt, den Menschen als ein vernünftiges Wesen, das von der Natur mit Rechten und dem Sinn für Gerechtigkeit ausgestattet sei. Daraus folgte, daß es offenbar nur darauf ankam, so vortreffliche Anlagen möglichst wenig zu behindern. Jefferson war gleich den meisten „Philosophen“ der Zeit unbedingter Individualist. Der Staat, dessen Größe Hamiltons erster und letzter Gedanke war, galt ihm nur als Mittel, Glück und Sicherheit der Bürger zu befestigen. Er wünschte ihn beschränkt auf „wenige einfache Pflichten, erfüllt von wenigen Dienern“. Und diese Diener sollten in engstem Zusammenhang mit dem Volk stehen; denn der Glauben an den einzelnen Menschen führte ihn natürlich zum Glauben an das Volk im ganzen. Sehr mit Recht hat Jefferson seinen tiefsten Gegensatz zu Hamilton nachträglich dahin formuliert, der Politik des einen habe Liebe, der des andern Mißtrauen und Furcht gegenüber dem Volk zugrunde gelegen. Nun aber kann kein Zweifel sein, daß, so sehr Jeffersons Staatsauffassung von ausländischen Theorien beeinflußt war, sie doch gleichzeitig viel besser zu dem bisherigen Zug des amerikanischen Lebens selbst stimmte, seinem Optimismus, seinem Freiheitsgefühl, seiner Abneigung gegen jede Kontrolle. Hamilton meinte in späteren Jahren der Enttäuschung: „Diese amerikanische Welt ist nicht für mich gemacht.“ Jefferson umfaßte sie mit einer Liebe und einem Verständnis, die bis auf Lincoln nicht wieder ihresgleichen gefunden haben. Er ging gleichsam in ihr auf, einer von jenen großen Staatsmännern, die nicht so sehr führen, als entwickeln helfen.

So war er wie kein anderer befähigt, die Kräfte zu sammeln und zu organisieren, die von Natur oder unter dem Einfluß der französischen Revolution der Richtung Hamiltons widerstrebten. Er hatte sich anfangs noch zurückgehalten, weil er sich nach so langer

Abwesenheit in den heimischen Verhältnissen erst wieder zurechtfinden mußte. Als er aber das Terrain kannte, begann er seinem Kollegen systematisch entgegenzuwirken. Er bekämpfte seine Vorschläge im Kabinett. Rückblickend hat er später wohl erzählt, in jeder Sitzung seien Hamilton und er wie zwei Kampfhähne aufeinander losgefahren. Er veranlaßte die Gründung der National-Zeitung und versorgte sie mit Material und Gedanken. Endlich, er knüpfte Verbindungen im Kongreß an. Insbesondere gelang es ihm, Madison, der schon in der Frage der Schuldenübernahme von dem alten Mitstreiter im Schatzamt abgerückt war, seit dem Sommer 1791 ganz auf seine Seite zu ziehen. Überhaupt rekrutierte sich der parlamentarische Anhang Jeffersons zunächst fast ausschließlich aus Südstaatlern, weil diese sich durch die zu starke Betonung des Einheitsgedankens und die Bevorzugung der Handelskreise verletzt fühlten. Doch eröffneten sich gute Aussichten auf Eroberung auch der Nord- und namentlich der Mittelstaaten, wo die breiten Massen gegen Aristokraten und Monarchisten in wachsende Erregung gebracht wurden. Jedenfalls gewann die neue Partei mehr und mehr Gestalt. Im Frühling 1792 erschien sie unter eigener Firma. Während die Leute um Hamilton den Namen „Föderalisten" beibehielten, mit dem sie den Streit um die Verfassung siegreich durchgefochten hatten, wählte Jefferson ein wenig anmaßend, aber mit sicherem Blick für die Werbekraft einfach das Wort „republikanisch". Damit sollte gesagt sein, daß die Hauptaufgabe in der Abwehr monarchistischer Tendenzen liege. Obwohl viele der neuen Republikaner alte Antiföderalisten waren, traten sie mit dem Anspruch auf, die allein berufenen Hüter der Verfassung zu sein, indem sie verlangten, daß diese als etwas Endgültiges nach dem Buchstaben eingehalten, nicht als verbesserungsbedürftige Skizze frei weitergebildet würde. Weitaus im Vordergrund standen ihnen dabei erklärtermaßen die Staatenrechte. Partikularismus und Demokratie gingen einen Bund ein, der, an sich nicht unnatürlich, durch Rousseaus Lehre von dem Nutzen kleiner Republiken für die Volksfreiheit besonders begünstigt war.

Noch 1792 dann kam es zu einer ersten Kraftprobe anläßlich der Präsidenten- und Kongreßwahlen. Zwar die Präsidentschaft selbst war nicht streitig. Washington hatte sich nach starkem Bedenken bereit gefunden, ein zweites Mal zu kandidieren, und die

Republikaner begrüßten das mit der gleichen Freude wie die Föderalisten, da er bisher, wenngleich mehr Hamilton zuneigend, doch auch Jefferson als Minister gehalten hatte. Dagegen setzten sie für das Amt des Vizepräsidenten Adams in dem Gouverneur von New York, George Clinton, einen Mann ihrer Farbe entgegen. Der Erfolg ließ zu wünschen übrig, schon weil der „König von New York" von 1788 her als Gegner der Union in schlechter Erinnerung war. Clinton erhielt außer den Stimmen seines eigenen Staates nur die von Virginia, Nordcarolina und Georgia. Um so vollständiger entsprachen die Wahlen zum Kongreß Jeffersons Hoffnungen. Von den hundertundfünf Abgeordneten, auf die gemäß der neuen Volkszählung von 1790 das Repräsentantenhaus gerade verstärkt worden war, rechnete sich die Mehrheit zur republikanischen Partei; und im Senat, wo sich der Umschwung weniger radikal geltend machen konnte, wurde wenigstens ein Gleichgewicht der Kräfte erzielt.

So war vorauszusehen, daß die zweite Amtsperiode Washingtons von mancherlei Kämpfen erfüllt sein würde, und nur das kam überraschend, daß diese sich mehr auf dem Gebiet der äußeren als der inneren Politik abspielten.

Gleich nach seiner neuen Einsetzung Anfang April 1793 erhielt der Präsident die unerwünschte Nachricht, daß die seit langem wahrnehmbare Spannung zwischen Frankreich und England mit der Kriegserklärung der Republik an das Königreich geendet habe. Daraus ergab sich für die Vereinigten Staaten eine sehr schwierige Lage. Sie standen noch von 1778 her im Bundesverhältnis zu Frankreich. Insbesondere enthielt der Vertrag von damals in ausdrücklichen Worten eine Garantie der westindischen Besitzungen Frankreichs und die Verpflichtung, seinen, nicht aber englischen Kaperschiffen und Prisen Aufnahme in den amerikanischen Häfen zu gewähren. Darüber hinaus schienen Erwägungen der Dankbarkeit und das gemeinsame republikanische Glaubensbekenntnis jede weitere Art von Hilfeleistung zur Pflicht zu machen. Auf der andern Seite aber lief die Parteinahme für einen der beiden Gegner, indem sie die Union in den Kampf hineinziehen mußte, doch offenbar deren richtig verstandenem Interesse entgegen. Man befand sich nach einem treffenden Wort Washingtons noch im Stadium der Rekonvaleszenz von den Wunden des letzten Krieges.

Wollte man ganz gesunden, so bedurfte es weiterer Jahre der Ruhe und Sammlung. Schließlich gingen die europäischen Dinge das unabhängig gewordene amerikanische Volk nichts mehr an: das war der Vorteil gegen die Kolonialzeit. Die anscheinende Dankesschuld erledigte sich dadurch, daß Frankreich aus Haß gegen England, nicht aus Edelmut, den Freiheitskampf unterstützt hatte. Auch die Rechtslage war keineswegs so klar. Bestand der alte Vertrag überhaupt noch — er war mit dem König und seinen Nachfolgern, nicht mit der Republik Frankreich abgeschlossen worden —; oder wenn er bestand, hatte er Anwendung auf den Fall eines Angriffskrieges, wie er formell und vielleicht tatsächlich vorlag?

All das waren Momente, die sicher ernsteste Überlegung erheischten. Washington hielt es im Grunde von vornherein mit der Ansicht, daß man die Gunst der geographischen Lage ausnutzen und jede Verwicklung in die europäischen Streitigkeiten vermeiden müsse. Immerhin schien es ihm schon wegen Feststellung der Einzelheiten notwendig, sich mit seinem Kabinett zu beraten. Dabei einigte man sich, die Gültigkeit des französischen Vertrages nicht abzuleugnen und die Empfindung des Bundesgenossen insoweit zu schonen, als man das Wort „Neutralität" vermied. In der Sache aber lief die Politik, die beschlossen wurde, doch auf nichts anderes hinaus. Eine Proklamation vom 22. April, die wahrscheinlich aus Randolphs Feder stammte, versicherte, daß die Vereinigten Staaten gegen beide Kriegführenden eine freundliche und unparteiische Haltung beobachten würden, und warnte alle Bürger bei Androhung von Strafen, dem irgendwie, namentlich also durch Kaperei oder Verschiffung von Bannware, entgegenzuhandeln.

Jefferson hätte gewünscht, daß vor Erlaß einer solchen Kundgebung der Kongreß berufen worden wäre; und in der Tat mochte man zweifeln, ob sie nicht die Befugnis der Exekutive überschritt. Wenn der Präsident gehalten war, sich für jeden Vertrag die Zustimmung des Senats zu verschaffen und die Entscheidung über Krieg und Frieden bei beiden Häusern einzuholen, so widersprach es doch wohl mindestens dem Geist der Verfassung, daß er in einer Frage, die Vertrag und Krieg und Frieden zugleich betraf, rein auf die Verantwortung seines Kabinetts hin vorging. Dieser Formfehler aber konnte um so weniger unbemerkt bleiben, als die

Neutralitätspolitik in vielen Kreisen sachlich mißbilligt wurde. All jene Enthusiasten der Revolution erklärten es für eine nationale Schmach, daß man vor aller Öffentlichkeit den treuen Freund und den bösen Gegner, die Schwesterrepublik und den Tyrannen Georg gleichsetze. Auch schien Frankreich selbst sich nicht so ohne weiteres mit der Proklamation zufrieden geben zu wollen. Schon vierzehn Tage vor ihrem Erscheinen war ein neuer Gesandter, der Girondist Genet, in Charleston gelandet. Er hatte Anweisung, bei den Vereinigten Staaten gegen das Versprechen voller Handelsfreiheit nach allen französischen Häfen eine neue enge Allianz und gleichsam als Morgengabe namhafte Geldhilfe nachzusuchen. Gleichzeitig sollte er Unternehmungen gegen den englischen Handel und die spanischen Kolonien organisieren. Hunderte von Kaperbriefen und Offizierspatenten, fertig bis auf die Namen, befanden sich in seinen Mappen. Selbst ein rechter Revolutionsdiplomat, jung, leidenschaftlich, taktlos, glaubte er am raschesten ans Ziel zu kommen, wenn er, gestützt auf die franzosenfreundliche Partei, der Regierung einfach das Recht über den Kopf nahm. Ganz auf eigene Hand begann er sogleich Schiffe zu mieten, Matrosen zu werben, Prisengerichte einzusetzen. Seine Reise nach Philadelphia wurde eine Kette von Bürgerfesten und Demonstrationen. In der Bundeshauptstadt gar ließ er sich einen triumphalen Empfang mit Fahnen, Glocken, Böllerschüssen, Ansprachen und Gesängen inszenieren. Daß Washington ihn daraufhin bei der Antrittsaudienz mit sichtlicher Kälte behandelte und das Staatsdepartement seine mancherlei Anliegen fast immer abwies, veranlaßte ihn vollends, sich, statt als verantwortlicher Vertreter einer fremden Macht, als Führer der amerikanischen Opposition, ja fast schon als Abenteurer und Verschwörer zu benehmen. Er beklagte sich in wilden Bankettreden und Zeitungsartikeln und gebrauchte im Verkehr mit der Regierung Äußerungen, die wie die Drohung klangen, vom Präsidenten ans Volk appellieren zu wollen. Nicht weniger fuhr er fort, Kaperschiffe auszurüsten, über deren Taten dann sogleich englische Klagen einliefen, und ließ Truppen zum Angriff auf Florida und Neu-Orleans anwerben. Das war zuviel. Washington entschloß sich Anfang August 1793, in Paris seine Abberufung zu beantragen. Der Wohlfahrtsausschuß, aus dem Genets girondistische Freunde entfernt worden waren, kam, ohnehin längst bedenklich und unzufrieden, dem Ansuchen bereitwilligst nach, sogar

nicht ohne die „verbrecherischen Manöver" des Gesandten ausdrücklich zu desavouieren. Übrigens hielt es Genet für geratener, nicht nach Paris in den Bereich der Guillotine zurückzukehren, sondern in New York zu bleiben, wo er, in der Liebe glücklicher als in der Diplomatie, das Herz der Gouverneurstochter, Miß Clinton, gewonnen hatte. Erst 1834 ist er als amerikanischer Bürger gestorben.

Das Ende seiner Mission gab der amerikanischen Regierung für einige Zeit Ruhe vor Frankreich. Doch konnte sie sich dieses Erfolges ihrer Neutralitätspolitik nicht weiter freuen; denn schon hatten sich in steigendem Maß Schwierigkeiten mit der andern kriegführenden Macht herausgestellt. Die Beziehungen zu England waren noch nie recht normal gewesen. Zwar der Handel hatte sich sehr bald wieder in alter Weise entwickelt. Man rechnete, daß er zur guten Hälfte nach England ging. Aber politisch war eine unverkennbare Verstimmung zurückgeblieben, schon weil beide Teile den Friedensvertrag nicht wirklich ausführten. Die Amerikaner weigerten sich fortgesetzt, die Privatschulden der Kolonialzeit zu bezahlen, die Engländer, die abgetretenen Grenzforts herauszugeben (vgl. oben S. 154). Als dann die französische Kriegserklärung kam, meinte man in London, die Union werde früher oder später, offener oder versteckter doch die verbündete Republik unterstützen, und besann sich deshalb nicht, sein ohnehin brutales Seerecht mit äußerster Strenge auf ihre Schiffahrt anzuwenden. Zunächst litten die amerikanischen Matrosen. Das englische Gesetz erlaubte bekanntlich, in Fällen außerordentlichen Bedarfs, jeden seefahrenden Untertanen des Königs zwangsweise zum Dienst auf der Kriegsflotte auszuheben, zu „pressen", wie der technische Ausdruck lautete. Eigene Kommissionen erschienen in den Häfen, um sich geeignete Rekruten auszusuchen. Weil nun meist unmöglich war, Amerikaner und Engländer äußerlich zu unterscheiden, auch wohl manche Engländer sich, eben um dem Pressen zu entgehen, mit falschen Papieren als Amerikaner ausgaben, geschah es dabei nur zu oft, daß richtige Bürger der Vereinigten Staaten trotz aller Proteste in die britische Uniform gesteckt wurden. Andere Unbilden bedrohten Schiff und Ladung. Die englischen Kreuzer konnten jedes Schiff zur Untersuchung auf Konterbande anhalten, und als solche Kontrebande sollten sogar Lebensmittel gelten: damit in

Frankreich die Folgen einer schlechten Ernte zur Hungersnot gesteigert würden, befahl das Kabinett (Juni 1793), alle dorthin bestimmten Getreidetransporte aufzubringen, wobei noch viel war, daß wenigstens Bezahlung geleistet wurde. Darüber hinaus traf volle Konfiskation gleich beim ersten Anruf den amerikanischen Kauffahrer, der in einen blockierten Hafen einzulaufen versuchte. Doch fielen die ärgsten, an Seeraub grenzenden Dinge nicht in Europa, sondern in Westindien vor. Die französischen Inseln dort waren für Brot und Fleisch großenteils von fremder Zufuhr abhängig. Unter französischer Flagge konnte diese nicht mehr kommen, so nahmen sich, durch den Pariser Konvent ausdrücklich ermächtigt, die Amerikaner der Sache an. Ganze Flotten erschienen in den Antillen, um Lebensmittel gegen Kolonialwaren auszutauschen. Die Handelsherren von Boston, New York und Philadelphia erwarteten sich ein glänzendes Geschäft. Die englische Regierung aber schmiedete rasch einen Geheimratsbefehl, der diesen ganzen Handel für illoyal erklärte (6. November 1793), und ehe er noch einer Seele in Amerika bekannt war, stürzten sich schon ihre Kreuzer auf die fette Beute. Bald waren Hunderte von Schiffen als gute Prise eingebracht und verurteilt, nicht ohne daß gegen Mannschaften und Passagiere häßlichste Ausschreitungen verübt wären. In offenem Krieg hätte man nicht wohl Ärgeres erfahren können. Auch war der vielleicht von England schon beschlossen. Es kam Nachricht, daß Lord Dorchester in Kanada den Indianern von einem bevorstehenden Ausbruch der Feindseligkeiten gesprochen habe, was verzweifelt einer Aufforderung ähnlich sah, die Streitaxt hervorzuholen. Die Herren in London waren ja nicht ängstlich in dem Gebrauch wilder Völker. Nicht lange vorher hatten sie mit den algerischen Seeräubern einen Friedensvertrag geschlossen, der diesen gefürchteten Feinden des amerikanischen Handels die eine Zeitlang gesperrte Straße von Gibraltar freigab.

Natürlich entwickelte sich über dem allen in Amerika eine Stimmung äußerster Empörung. Wenn gewisse unentwegte Englandfreunde freilich abschwächten, beschönigten, rechtfertigten, so rief die Mehrheit nach Repressalien. Im Kongreß beantragte Madison Ausnahmezölle auf britische Waren und verlangten andere außerdem vorläufige Beschlagnahme aller britischen Forderungen. Auch Washington, in dem ohnehin noch viel von dem alten Zorn

der Kriegsjahre lebte, war sichtlich aufgebracht. Er hielt einen Krieg für wahrscheinlich. Immerhin, weil er wußte, welch furchtbare Verantwortung dessen Erklärung einschloß, wünschte er, noch einen letzten Versuch freundschaftlicher Unterhandlung zu machen, der entweder einen Frieden mit Ehren ermöglichen oder dem Kampf die einmütige Unterstützung der öffentlichen Meinung sichern sollte. Als das englische Kabinett, über die ernsthaften Neutralitätsabsichten der Union inzwischen mehr beruhigt, gewisse Zeichen eines Entgegenkommens gab, benutzte er das, um Mitte April 1794 die Zustimmung des Senats zur Abfertigung eines besonderen Friedensgesandten nach London zu erlangen.

Für diesen Posten war zunächst Hamilton in Frage gekommen. Aber er hatte sich als Anglomane zu unbeliebt gemacht. So schlug der Präsident den Obersten Bundesrichter John Jay vor. Die Wahl konnte kaum glücklich genannt werden; denn Jay war zwar einer der besten Männer des damaligen Amerika, von anerkannter Klugheit und Vornehmheit der Gesinnung, auch nicht ohne diplomatische Erfahrung. Aber seine Nerven genügten nicht für die Politik, der er denn auch verhältnismäßig früh entsagt hat. Er war im allgemeinen ängstlich und in diesem Fall besonders eingeschüchtert durch das Gefühl, daß er über Krieg oder Frieden entscheiden müsse. Auch besaß er keine genügende Kenntnis der Handelssachen, wie er etwa nicht wußte, daß die Südstaaten Baumwolle exportierten. So gelang es den Engländern, die ihn äußerlich mit großer Liebenswürdigkeit aufnahmen, nach nicht zu langen Verhandlungen seine Unterschrift für einen ihnen sehr günstigen Vertrag zu gewinnen (19. November 1794). Sie versprachen darin zwar endlich die Räumung der Grenzforts bis zum 1. Juni 1796, also einem immerhin recht späten Termin, und gewährten ein bescheidenes Maß von Erleichterungen für den Handel in Kriegs- und Friedenszeiten. Auch willigten sie in die Einsetzung eines Schiedsgerichts zur Prüfung der Entschädigungsansprüche für unrechtmäßige Prisen, das den Amerikanern dann tatsächlich später einige Millionen Dollar zuerkannt hat. Aber dafür mußte die Union die Bezahlung der alten Schulden garantieren und für die Zukunft ausdrücklich auf die Beschlagnahme privater Forderungen verzichten. Ebenso gab sie die Waffe von Ausnahmezöllen aus der Hand, indem sie England die Meistbegünstigung zugestand. Wenn die Ameri-

kaner bisher den Grundsatz behauptet hatten, daß die Flagge die Ladung decke, so wahrte der Vertrag vielmehr ausdrücklich das Recht Englands, feindliches Gut auf neutralem Schiff wegzunehmen. Die Bestimmungen über Konterbande konnten nicht befriedigen. Im Punkt des Pressens fand sich nicht die armseligste Konzession. Ebenso war eine alte Forderung der Südstaatler unter den Tisch gefallen, die sich auf Entschädigung für die Sklaven bezog, die 1783 als englische Soldaten mitgeführt waren; und die heißbegehrte Erlaubnis zur Wiederaufnahme des einstigen Warenaustausches mit Britisch-Westindien wurde an Bedingungen geknüpft, die es unmöglich machten, sich ihrer zu bedienen.

So war selbst Washington unzufrieden. Erst recht im Volk, nicht nur unter den Republikanern, sondern auch unter den Föderalisten, nicht nur im Süden, sondern auch in Neuengland erhob sich ein Sturm des Unwillens, wie er seit den Tagen der Unabhängigkeitsbewegung nicht dagewesen war. Eine Resolution, die den Vertrag verdammte, eine Petition, die seine Verwerfung forderte, folgte der andern. Über den unglücklichen Unterhändler, der bis dahin gute Aussichten gehabt hatte, später einmal Präsident zu werden, wurde ein Scherbengericht gehalten. Gemäßigtere machten ihn lächerlich und verächtlich als „entweder einen Narren oder einen Schurken", der sein Vaterland mit einem Kuß — dem Handkuß nämlich bei der Königin — verraten und Amerikas Freiheit für Englands Gold hingegeben habe. Radikalere henkten sein Bild und drückten den Wunsch aus, ihn selbst unter der Guillotine zu sehen. Weil der Senat, der Not gehorchend, zustimmte (Juni 1795) und Washington nach einigem Zögern die Ratifikation ausfertigte (August 1795), richtete sich der Unwille dann auch höher hinauf. Längst hatten Tadel und Verleumdung der oppositionellen Zeitungen die Person des Präsidenten nicht mehr verschont, so daß er wohl schon im Juni 1793 unmutig sagte, er habe nur e i n Mal bereut, die günstige Gelegenheit zum Rücktritt ins Privatleben nicht benutzt zu haben: nämlich jeden Augenblick seitdem. Nun vollends überschüttete man ihn förmlich mit pöbelhaften Angriffen. Er sollte ein zweiter Cäsar und Cromwell, nicht ein Vater, sondern ein Stiefvater des Volkes sein. Selbst Ludwig XVI. in den Zeiten höchster Macht habe nicht gewagt, solche Beleidigungen auf seine Untertanen zu häufen. Selbst ein Pascha

würde es nicht tun. Die Abgeschlossenheit eines Mönchs und die hochmütige Zurückgezogenheit eines Tyrannen wollte man an ihm bemerkt haben. Viele erklärten sein Verdienst für erborgt, einer wagte sogar seine Uneigennützigkeit anzuzweifeln.

Indessen gerade solche Ausschreitungen erzeugten dann doch bei dem gesunderen Teil des Publikums eine natürliche Reaktion. Auch ließ sich auf die Dauer nicht wohl verkennen, daß die Lage gegen den vertragslosen Zustand vorher immerhin bedeutend verbessert war. Die Grenzforts wurden wirklich geräumt, und wenn die Klagen über die Seetyrannei Englands nicht verstummten, verfuhren seine Kapitäne und Prisenrichter wenigstens nicht mehr mit ausgesprochener Feindseligkeit. Die Verluste, die Kaufleute und Reeder jetzt noch erlitten, wurden mehr als aufgewogen von den Vorteilen, die ihnen durch vermehrte Beschäftigung und erhöhte Preise aus dem Seekrieg erwuchsen. Mindestens in die Nord- und Mittelstaaten kehrte Zufriedenheit zurück. Die Föderalisten gelangten dahin, den schweren Schlag, den ihnen der Jay-Vertrag versetzt hatte, allmählich in der Hauptsache zu überwinden.

Das aber war um so wichtiger, als mit dem Ablauf von Washingtons zweiter Amtszeit der erste große Kampf um die Präsidentschaft herannahte. Der General war diesmal entschlossen, sich endgültig von den Geschäften in die Stille seines geliebten Landgutes zurückzuziehen. Nachdem er schon vorher keinen Zweifel darüber gelassen hatte, veröffentlichte er Mitte September 1796 die berühmte Abschiedsadresse, die der Nation neben mancherlei goldenen Regeln für die innere Politik hinsichtlich der auswärtigen die besonders nötige Lehre gab, sich aller dauernden Allianzen mit der fremden Welt zu enthalten. Ein anderer parteiloser Kandidat war undenkbar. Die Republikaner nominierten natürlich Jefferson, der, um freie Hand zu gewinnen, schon Anfang 1794 das Staatssekretariat abgegeben hatte. Für die Föderalisten war die Entscheidung schwerer. Ihr Führer war immer noch Hamilton, obwohl auch er 1795 aus dem Kabinett ausgetreten war. Aber er hatte zu viel Feinde. Jay kam nach seinem berüchtigten Vertrag nicht mehr in Frage. Also blieb nichts übrig, als den Vizepräsidenten John Adams aufzustellen. Das Ergebnis der Wahl ließ sich von niemand voraussagen und zeigte schließlich ein annäherndes Gleichgewicht der Kräfte. Adams erhielt mit 71 Stimmen

eine knappe Mehrheit, ihm zunächst jedoch kam nicht Thomas Pinckney, der zweite Mann der Föderalisten, der nur 59 Stimmen aufbrachte, sondern Jefferson mit vollen 68. Neben den föderalistischen „Präsidenten dreier Stimmen", wie man höhnisch sagte, trat als Vizepräsident der Führer der Republikaner.

Beide Parteien hatten gesiegt, und beide Parteien waren geschlagen. Aber nach allem, was vorangegangen war, schien der Erfolg doch mehr auf seiten der Föderalisten, die auch im Senat eine sichere, im Repräsentantenhaus wenigstens eine umstrittene Mehrheit errangen, und in den nächsten Jahren sollten sie das Spiel, freilich nur um es durch Ungeschick für immer zu verlieren, sogar noch einmal ganz in die Hand bekommen.

Anlaß dazu gab das Verhalten Frankreichs. In Paris hatte man den Jay-Vertrag begreiflicherweise sehr übel genommen. Insbesondere fand man sich dadurch beschwert, daß die Union gegen England auf den Grundsatz „frei Schiff, frei Gut" verzichtete; denn da der französische Vertrag mit den Vereinigten Staaten von 1778 diesen Grundsatz anerkannte, entstand die zweifellos unerträgliche Lage, daß die amerikanische Flagge englisches Eigentum gegen Konfiskation durch Frankreich, nicht aber französisches gegen England deckte. Eine Zeitlang hielt man noch an sich. Der amerikanische Gesandte Monroe, ein leidenschaftlicher Demokrat und Franzosenfreund, erweckte auf alle Weise die Hoffnung, daß Jays Machwerk verleugnet werden würde. Nur um so stärker aber wirkte dann die Ratifikation. Das Direktorium, das seit dem Oktober 1795 die ausführende Gewalt in Frankreich innehatte, erklärte, sich nun auch nicht länger an die alten Abmachungen binden zu können, ließ amerikanische Schiffe mit englischer Ladung aufbringen und begann auch sonst den Handel des ungetreuen Bundesgenossen auf alle mögliche Art zu schädigen, so daß die Prisen bald nach hunderten zählten. Dazu brach es den diplomatischen Verkehr ab. Der französische Gesandte mußte Philadelphia verlassen, und General Charles Pinckney, der Ende 1796 den in Ungnaden abberufenen Monroe ersetzen sollte, wurde nach einigen Wochen des Überlegens einfach ausgewiesen.

Das empörte dann wieder in Amerika. Washington schrieb noch in den letzten Tagen seiner Präsidentschaft, das Verhalten Frankreichs sei ein Hohn auf den Vertrag, auf das Völkerrecht, auf

jede Gerechtigkeit und gute Sitte, und selbst Jefferson empfahl eine reinliche Scheidung von Frankreich so gut wie von England. Er könne nur den Wunsch teilen, daß zwischen Amerika und der alten Welt ein Ozean von Feuer läge. Indessen schien es doch nicht wohlgetan, die Beleidigungen ohne weiteres zu erwidern. Die Macht Frankreichs war in den letzten Jahren auf das erschreckendste angewachsen. Es stand im Begriff, auf dem Kontinent einen Frieden herzustellen, der ganz zu seinen Gunsten war, und hatte dann vielleicht Aussicht, auch zur See zu siegen; denn England drohte unter der Last seiner kriegerischen Anstrengungen zusammenzubrechen, die Bank geriet in Zahlungsschwierigkeiten, ein großer Teil der Flotte meuterte. So wurde in Philadelphia beschlossen, ähnlich wie 1794 beim britischen Kabinett, jetzt beim Direktorium den Versuch einer besonderen Friedensunterhandlung zu machen, indem man zu diesem Zweck neben Pinckney, der noch in Europa, in Holland, weilte, zwei weitere Männer von anerkanntem Rang, den Virginier John Marshall und Elbridge Gerry aus Massachusetts, bevollmächtigte.

Die drei Gesandten stellten sich Anfang Oktober 1797 in Paris vor. Die Stunde war nicht günstig. Gerade eben hatte der Staatsstreich des 18. Fructidor (4. September) die gemäßigte und anständige Partei gestürzt. Die Gewalt lag in Händen von Leuten, die, berauscht von dem Gefühl revolutionärer Allmacht, die ganze Welt der Republik und vor allem sich selbst tributpflichtig zu machen strebten. Der Minister des Auswärtigen Talleyrand, der dabei aber nur das Sprachrohr des Direktoriums war, ließ sich auf sachliche Auseinandersetzungen deshalb kaum ein, sondern verlangte zunächst einmal Geld. In Person und amtlich sprach er von einer größeren Anleihe in Höhe von etwa sechs Millionen Dollar, die die Vereinigten Staaten Frankreich gewähren sollten. Daneben regten eine Anzahl von Mittelsleuten, unter denen bezeichnenderweise eine Dame nicht fehlte, das Opfer einer kleineren Summe von 240 000 Dollar als „Douceur“ für die Direktoren an. Dergleichen war damals in Paris gang und gäbe. Alle europäischen Diplomaten wußten, daß ohne Bestechungsgelder dort nichts zu erlangen sei, und trugen eintretendenfalls kein Bedenken, sie zu zahlen. Die Amerikaner aber weigerten sich hartnäckig. Sie wären bereit gewesen, auf Entschädigung für die unrechtmäßigen Prisen zu verzichten

und Frankreich übrigens die Bedingungen des Jay-Vertrages zu bewilligen. Die Forderung, sich von Krieg und Handelsverlust, wie gegenüber Indianern und algerischen Seeräubern loszukaufen, empfanden sie als eine Beleidigung ihrer nationalen Ehre.

Dieselbe Auffassung herrschte in Philadelphia. Adams und sein Kabinett handelten nicht gleich auf die erste Nachricht hin. Sie warteten, ob die Franzosen nicht freundlichere Saiten aufziehen würden. Da das nicht geschah, vielmehr ein neuer Schlag gegen den amerikanischen Handel erfolgte, empfahlen sie dem Kongreß eine Reihe von Abwehrmaßregeln und legten auf seine Bitte Anfang April die Pariser Depeschen vollinhaltlich vor, indem sie nur die Agenten Talleyrands nicht mit ihrem vollen Namen, sondern als W., X., Y., Z. bezeichneten. Die Wirkung war ungeheuer. Wenn es auch immer noch Leute gab, die Frankreich zu entschuldigen suchten oder wenigstens von einem nutzlosen Krieg abrieten, überließ sich die große Menge feindseliger, kampflustiger Stimmung. „Millionen für Verteidigung, nicht einen Cent für Tribut" wurde das Feldgeschrei. Es entstand eine ganze Literatur patriotischer Lieder, darunter jenes „Heil Columbia" von Hopkinson, das zum erstenmal am 25. April 1798 im Theater von Philadelphia gesungen, mit seinen stolzen Versen seitdem Generationen von Amerikanern begeistert hat. Ein allgemeiner Fast-, Buß- und Bettag, den Adams auf den 9. Mai ausschrieb, sah alle Kirchen gefüllt. Und als der Vorschlag gemacht wurde, die alte schwarze Kokarde des Unabhängigkeitskrieges anzulegen, schmückte sich, vom Präsidenten angefangen, jeder gute „Sohn Columbias" mit dem unheimlichen Abzeichen. Wer noch die Trikolore beibehielt, mochte sich auf Schimpf und Schläge gefaßt machen. Das dauerte so Wochen und Monate. Der erste der drei Gesandten, der im Juni zurückkehrte, John Marshall, sah sich wie ein Retter des Vaterlandes von Volk und Behörden von Philadelphia im Triumph eingeholt.

Nebenher gingen die ernsthaftesten Kriegsvorbereitungen. Tausende junger Männer, auch der besten Stände, verpflichteten sich, nötigenfalls ins Heer einzutreten, für dessen Bataillone die Frauen Fahnen nähten und stickten. In New York und Charleston, als den am meisten gefährdeten Hafenplätzen, wurden unter eifriger Teilnahme der Bürgerschaft Befestigungen angelegt; und überall fanden Sammlungen für Bau und Ausrüstung von Kriegsschiffen

statt, die in New York in einer Stunde 30 000 Dollar einbrachten. Der Kongreß aber verbot jeden Verkehr mit Frankreich, erlaubte die Bewaffnung der Handelsmarine und ermächtigte den Präsidenten, Kaperbriefe zu erteilen. Dazu traf er Vorsorge für die Vermehrung der bisher bescheidenen Flotte und die Einrichtung eines besonderen Flottenamts, die das wichtigste dauernde Ergebnis der „XYZ-Affäre“ darstellt. Erst recht die Armee wurde unter großen Opfern auf eine Art halben Kriegsfuß gesetzt. Washington, den die allgemeine Stimme bezeichnete, erklärte sich ohne weiteres bereit, den Oberbefehl zu übernehmen, wenn auch nicht vor dem wirklichen Ausbruch der Feindseligkeiten, den er nicht wünschte. Einstweilen wurde die Leitung der militärischen Geschäfte Hamilton als Generalinspekteur und Generalmajor übertragen. Für diesen knüpften sich an das Amt hochfliegende Pläne persönlichen und politischen Ehrgeizes. Noch einmal durfte er hoffen, das zukünftige Geschick der Nation zu bestimmen. Im Bund mit der Mehrheit der Minister, die seine Kreaturen waren und ihm anhingen, wennschon sie ihn gelegentlich ungeschickt überboten, arbeitete er allerdings auf den Krieg und auf ein Bündnis mit England hin. Die weitere Entwicklung sollte dann sein, daß sein Heer und eine britische Flotte über die amerikanischen Kolonien des mit Frankreich verbündeten Spanien herfielen, worauf die Vereinigten Staaten als Lohn mindestens West- und Ostflorida und Neu-Orleans erhalten würden. In England war viel Stimmung für solch gemeinsames Unternehmen. Schon früher hatte man von dort Versuche gemacht, die Amerikaner gegen Spanien anzustacheln. Jetzt vollends bahnten sich geheime Einverständnisse an, die das Beste erwarten ließen.

Der Fehler war nur, daß Präsident Adams die Kriegslust seiner Umgebung nicht teilte. Er zweifelte an den Angriffsabsichten Frankreichs: eine französische Armee würde so wenig nach Amerika wie in den Himmel kommen, und sagte sich mit Recht, daß es keinesfalls im Sinn des Volkes sein würde, die Lasten eines Krieges auf sich zu nehmen, der nicht der Verteidigung diene. Überdies empfand er eine begreifliche Eifersucht gegen Hamilton, dessen Rolle als geheimer Gegenpräsident und Einbläser des Kabinetts seinem hochgesteigerten Selbstgefühl unerträglich war. Nur nach langem Sträuben, auf ausdrücklichen Wunsch Washingtons hatte er in die Er-

hebung des unbequemen Mannes zum Generalinspekteur gewilligt. Sein Herz hing an der jungen Marine, als deren Vater er nicht ohne Grund bezeichnet wird. Im Heer sah er nur eine Quelle von lästigen unpopulären Ausgaben und eine Gefahr für den eigenen verfassungsmäßigen Einfluß. Als deshalb von Paris, wo man einen Konflikt wirklich nicht wünschte, durch verschiedene Kanäle begütigende Erklärungen ihren Weg nach Philadelphia fanden und das Direktorium einige der gehässigsten Dekrete gegen den amerikanischen Handel widerrief, entschloß er sich Mitte Februar 1799 ganz eigenmächtig, ohne den Rat der Minister einzuholen, zum ärgerlichen Erstaunen vieler Parteigenossen, eine neue Friedensgesandtschaft vorzuschlagen. Schwierigkeiten der Personenfrage, Umwälzungen in Frankreich, vor allem der passive Widerstand des Staatssekretärs Pickering brachten noch erheblichen Aufenthalt. Im Oktober aber machten sich die Bevollmächtigten auf die Reise, und man gelangte dann auch, obwohl nicht gerade rasch und glatt, bis Ende September 1800 zu einem befriedigenden Abschluß. Der Vertrag gestand keine Entschädigung für die amerikanischen Handelsverluste zu, wie ursprünglich diesmal unerläßliche Bedingung hatte sein sollen. Dafür aber setzte er die alten lästigen Verpflichtungen von 1778 außer Kraft und erhielt sehr liberale Bestimmungen über die Rechte der Neutralen; denn das Glück Amerikas wollte, daß gerade Rußland eine große Bewegung zu deren Schutz eingeleitet hatte, die der neue Regent Frankreichs, Napoleon Bonaparte, für nützlich hielt, zu unterstützen. Insbesondere wurde der Grundsatz „frei Schiff, frei Gut" doch wieder in bündigster Form bestätigt. Trotzdem nahmen die Parteigänger Englands das Scheitern ihrer Hoffnungen nicht ruhig hin. Sie hatten von vornherein gemeint, jedes Abkommen mit Frankreich sei wie der Pakt Doktor Fausts mit dem Teufel, und lärmten jetzt über die unwürdige Kapitulation. Wenn der Beginn der französischen Schwierigkeiten die Reihen der Föderalisten geschlossen und verstärkt hatte, fand sie das Ende in Verwirrung und Streit. Der Ehrgeiz Hamiltons, die Urteils- und Maßlosigkeit seiner näheren Anhänger, andererseits auch die Eigenart des argwöhnischen, rechthaberischen, unberechenbaren Präsidenten waren Ursache geworden, daß der Nutzen einer an sich ganz richtigen und glücklichen auswärtigen Politik doch nur den Republikanern zufiel.

Sehr viel mehr noch gegen ihr eigenes Interesse aber hatte die regierende Partei gleichzeitig im Innern gearbeitet. Auch hier war die Clique Hamiltons von den Aussichten, die die allgemeine Entrüstung über die XYZ-Sache eröffnete, gleichsam berauscht worden. Sie hielt die Gelegenheit für günstig, um mit ein paar kühnen Streichen die Gegner ihrer Reserven zu berauben und in der freien Agitation zu lähmen. Noch im Sommer 1798 wurden die berüchtigten Naturalisations-, Fremden- und Aufruhrgesetze durch den Kongreß gepeitscht, von denen die beiden letzten sich allerdings zunächst nur als Not- und Übergangsmaßregeln für die nächsten zwei Jahre gaben. Danach hatten alle Einwanderer, statt wie bisher fünf, volle vierzehn Jahre auf die Aufnahme in den Staatsverband zu warten und konnten bis dahin ohne Angabe von Gründen durch den Präsidenten ausgewiesen, und, wenn sie der Ausweisung nicht folgten, gefangengesetzt oder abgeschoben werden. Aber ebenso die Vollbürger mochten sich hüten. Ein paar Kautschukparagraphen schlimmster Art bedrohten mit hohen Geld- und Freiheitsstrafen nicht nur jeden Versuch ungesetzlichen Widerstandes gegen Gesetze, Verwaltungsmaßregeln oder Beamte des Bundes, sondern auch alle „falschen, anstößigen und niederträchtigen" Schriften, die Regierung, Kongreß oder Präsidenten verächtlich oder verhaßt zu machen suchten. Man schien in den Vereinigten Staaten mit den reaktionären Maßregeln wetteifern zu wollen, die die Revolution in der alten Welt überall, sogar in England hervorgerufen hatte.

Nur war die Frage, ob das Volk das auf die Dauer hinnehmen würde. Die Republikaner blieben natürlich nicht ruhig. Jefferson wartete, bis sich der erste Sturm patriotischer Begeisterung ausgetobt hatte, dann veranlaßte er, daß seine Partei sozusagen einen Protest zu Protokoll gab. Die neuen Gesetze widersprachen mehrfach der Verfassung, insbesondere ihrem ersten Amendement, wonach die Freiheit von Rede und Presse nicht angetastet werden durfte. Der Kongreß war über diesen Einwand fortgegangen; aber hatten nicht auch die Einzelstaaten ein Wort mitzureden? Jefferson stellte die These auf, daß die Verfassung ein Vertrag zwischen dem Bund und den Staaten sei und als solcher unter den Begriff eines Vertrages zwischen Gewalten falle, die keinen gemeinsamen Richter hätten, wo also jeder Partner für sich

selbst über das Vorliegen einer Vertragsverletzung und die Mittel zur Abhilfe entscheiden dürfe. Ginge die Bundesregierung über ihre verfassungsmäßigen Vollmachten hinaus, so könnte jeder Staat die bezüglichen Akte in seinem Gebiet für ungültig und kraftlos erklären, „nullifizieren", wie der bald nachher gebrauchte Ausdruck ist. Demgemäß wurden erst in Kentucky (10. November 1798), dann auch in Virginia (24. Dezember) nach dem Entwurf, dort von Jefferson selbst, hier von Madison, durch die gesetzgebenden Körper Resolutionen angenommen, die die jüngsten Übergriffe des Kongresses in aller Form zurückwiesen und die anderen Staaten zu gleichem Widerspruch aufforderten. Das hielt sich zunächst mehr in den Grenzen der Theorie. Jefferson, der bezeichnenderweise einen Strohmann vorschob, und erst recht sein vorsichtigerer Freund vermieden, sich auf irgendwelche praktische Konsequenzen, gewaltsame Abwehr oder Sezession, festzulegen, aber sie schlossen diese auch nicht etwa aus. Mindestens Jefferson hat für gewisse äußerste Fälle allerdings die Möglichkeit einer Lossagung vom Bund erwogen, wie auf der Gegenseite Hamilton sehr ernsthaft an eine Aufteilung der unbequemen großen Staaten dachte. Es heißt, daß in Virginia bereits planmäßig Verteidigungsanstalten getroffen wurden. Namentlich die Begründung einer Waffenfabrik in Richmond erregte Aufsehen.

Indessen, mit welchen Hintergedanken diese erfolgt sein mag, für jetzt sollte es nicht Ernst werden. Die Pläne der Föderalisten kamen auf friedlichem Wege zum Scheitern. Es zeigte sich, daß sie mit ihren harten Gesetzen und kostspieligen Rüstungen den Bogen überspannt hatten. Sowie nur die Kriegsgefahr nachließ, begann auch ihre Popularität abzunehmen. Die wenigen Prozesse, die unter der Aufruhrakte wirklich angestrengt wurden, reizten durch schroffe Leitung und harte Urteile das Gerechtigkeitsgefühl, während wieder die Engherzigkeit in der Einwandererfrage das ganze nicht angelsächsische Bevölkerungselement der Mittelstaaten in Harnisch brachte. Dazu drückten die hohen direkten Steuern auf Häuser und Sklaven, die der Unterhalt des Heeres notwendig machte; und die offensichtlichen Unstimmigkeiten in der Regierung minderten das Vertrauen. Die Chancen der Partei begannen bedenklich zu sinken. Im Oktober 1799 erlitt sie bei der Wahl des Gouverneurs von Pennsylvanien eine erste vielbemerkte Niederlage.

Zwei Monate später dann hatte sie zu allem andern hinzu das Unglück, den großen Mann zu verlieren, dessen Namen je länger je mehr für sie zugleich Fahne und Schild gewesen war. Am 13. Dezember erkrankte Washington, der sich mit seinen siebenundsechzig Jahren sonst noch durchaus guter Gesundheit erfreute, an einer akuten Kehlkopfschwellung und starb, da die Kunst seiner Ärzte dagegen wesentlich nur das Mittel des Aderlasses wußte, schon nächsten Abends (14. Dezember 1799) zwischen zehn und elf den Tod des Erstickens, nachdem er auch in diesem letzten Kampf noch die Selbstbeherrschung, Ruhe und Klarheit gezeigt, die ihm bis dahin immer zu schließlichem Siege verholfen hatten. Bekannt ist, daß sein Herz aufhörte zu schlagen, gerade als er, genauer Beobachter bis ans Ende, dabei war, sich selbst den Puls zu fühlen. Die Klage über dies unerwartete Hinscheiden entsprach, obwohl manche republikanischen Kreise sich zurückhielten, im ganzen doch voll der Größe seiner Verdienste um die junge Nation. Die meisten Zeitungen erschienen mit Trauerrand. Die Theater hörten auf zu spielen. Die Kirchen umgekehrt öffneten sich zu Gedächtnisfeiern. Der Kongreß unterbrach seine Verhandlungen und beschloß, daß der Stuhl des Sprechers schwarz ausgeschlagen werden und jedes Mitglied Trauer anlegen sollte, während eine eigene Kommission eingesetzt wurde, um über weitere Ehren, Errichtung eines Monuments und dreißigtägige Nationaltrauer, zu beraten. Bei dieser Gelegenheit war es, daß John Marshall den Verstorbenen mit berühmten Worten feierte als den „ersten im Krieg, den ersten im Frieden und den ersten im Herzen seiner Landsleute". Noch glücklicher bezeichnet seine besondere Eigenart vielleicht die Charakteristik eines späteren Lobredners (Edward Everett): „Der größte der guten und der beste der großen Männer."

Unbedingt am härtesten traf der Schlag Hamilton und seine näheren Anhänger. Denn in ihrer Abneigung gegen Adams hatten sie bereits erwogen, bei der neuen Präsidentenwahl wieder Washington aufzustellen. Daß dieser darauf eingegangen wäre, ist unwahrscheinlich. Doch hätte er begütigend und einigend wirken können. So dagegen verschärften sich die Gegensätze innerhalb der Partei mit jedem Tag, namentlich seit der Präsident im Mai 1800 zwei der Hamilton ergebenen Staatssekretäre ziemlich rücksichtslos verabschiedete. Da er sein Amt fortzuführen wünschte und in ganz

Neuengland von alters her eine auch jetzt kaum verminderte Volksbeliebtheit genoß, war es nicht möglich, ihn zu übergehen. Wohl aber hofften seine Feinde, es mit allerlei Kunstgriffen dahin zu bringen, daß der zweite Kandidat, den sie vorgeblich als Vizepräsidenten nominierten, General Charles Pinckney, einer der durch die XYZ-Sache berühmt gewordenen Gesandten, sei es durch Erlangung von mehr Stimmen, sei es bei gleicher Stimmenzahl durch Entscheidung des Repräsentantenhauses, die Präsidentschaft gewönne. Hamilton verleugnete so sehr alles Urteil, ja allen Anstand, daß er gegen Adams eine eigene bitterböse Anklageschrift verfaßte, die, ursprünglich nur für einen kleinen Kreis bestimmt, sehr bald ihren Weg in die republikanische Presse fand. Auch sonst erscheint er in dieser Krisis wenig zu seinem Vorteil, indem er eine Reihe unschöner oder gewaltsamer Mittel ersann, um die Volksstimmung in New York, in Pennsylvanien und Südcarolina zugunsten der Föderalisten zu fälschen. Intrige sollte ersetzen, was der Partei an Einigkeit und natürlicher Werbekraft fehlte.

Doch führten schließlich alle seine Bemühungen zu nichts. Weder gelang es, Pinckney vor Adams noch überhaupt einem von ihnen zur Wahl zu verhelfen. Adams erhielt 65, Pinckney 64 Stimmen. Die republikanischen Kandidaten Jefferson und Aaron Burr kamen beide auf 73.

Damit ergab sich freilich auch für die Sieger eine sehr peinliche Lage. Der Wille der Wahlmänner war unzweifelhaft, daß Jefferson, der anerkannte beliebte Führer, Präsident, Burr Vizepräsident würde. Aber die Verfassung erlaubte ihnen nicht, das zum Ausdruck zu bringen, sondern wies die Entscheidung dem Repräsentantenhaus zu, wobei eine Abstimmung nach Staaten und eine Mehrheit aller Staaten verlangt war. Da nun im Repräsentantenhaus, das 1798 gewählt war*), noch die Föderalisten den maßgebenden Einfluß hatten, fanden sich diese in die

*) Es ist eine Besonderheit des amerikanischen Verfassungslebens, die im Auge behalten werden muß, daß die im November der geraden Jahre gewählten Abgeordneten erst nach dem 4. März, der Regel nach im Dezember des nächsten ungeraden Jahres zusammentreten, während bis zum 3. März noch die alten Abgeordneten im Kongreß sitzen, so daß wichtige Beschlüsse im Sinn *einer* Partei gefaßt werden können, nachdem die Wahlen bereits seit Monaten für die andere entschieden haben.

Versuchung geführt, ihren Gegnern durch die Erhebung von Burr über Jefferson oder die Verhinderung überhaupt einer Wahl das Konzept zu verderben. Burr stand ihnen an sich näher. Er war ein Enkel des großen Theologen Jonathan Edwards, dessen Namen in ganz Neuengland noch immer verehrt wurde, und man brauchte den kleinen, feinen, überaus eleganten Herrn nur anzusehen, um zu wissen, daß ihm die demokratischen Überzeugungen entfernt nicht so tief saßen wie seinem Mitbewerber. Seine moralischen Qualitäten waren freilich recht zweifelhaft. Die Art, wie er die republikanische Partei in New York organisierte und führte, hatte ihn als einen der ersten jener „Bosse", jener bloßen Geschäftspolitiker erwiesen, die dann weiterhin eine so unerfreuliche Rolle in der inneren Geschichte der Vereinigten Staaten spielen sollten. Dazu war er bekannt und verrufen für eine freie sittenlose Lebensführung. Aber nach der Seite des Talents wenigstens schien er keinen schlechten Präsidenten abgeben zu müssen. Im Unabhängigkeitskrieg hatte er es mit dreiundzwanzig Jahren (1779) zum Obersten in Washingtons Stab gebracht, danach war er neben Hamilton, mit dem er von vornherein in Rivalität, ja Feindschaft lebte, der gesuchteste Advokat in New York, auch Generalanwalt des Staates und Senator der Union geworden. Scharfen Verstand, rasche lebhafte Auffassung und gewinnende Manieren konnte ihm niemand absprechen. Obwohl deshalb Hamilton, durch alten Haß hellsichtig gemacht, dringend von dem in doppelter Hinsicht unwürdigen Manöver abriet, warfen die Föderalisten, als es am 11. Februar im Repräsentantenhaus zur Wahl kam, wirklich größerenteils ihre Stimmen für Burr in die Wagschale.

Das Resultat war, daß zwar nicht schon dieser zum Siege kam, aber auch Jefferson ohne die notwendige Mehrheit aller — damals schon sechzehn — Staaten blieb; denn nur die Zettel von acht lauteten zu seinen Gunsten, sechs, Massachusetts, New Hampshire, Rhode Island, Connecticut, Delaware und merkwürdigerweise Südcarolina, bezeichneten Burr, und zwei, Maryland und Vermont, fielen aus, weil sie geteilt waren. Vierunddreißig weitere Abstimmungen, die im Lauf der folgenden Woche vorgenommen wurden, änderten nichts an diesem Verhältnis. Der Abgeordneten und noch mehr des Volkes draußen begann sich wachsende Aufregung zu bemächtigen, und die gewagtesten Ratschläge wurden

laut. Ein Teil der Föderalisten erwog ganz ernstlich, das hinhaltende Spiel bis zum 3. März fortzusetzen, dann einen interimistischen Senatspräsidenten, natürlich aus ihrer Partei, zu ernennen und durch diesen eine zweite Wahl ausschreiben zu lassen. Andererseits die Republikaner redeten davon, daß Jefferson und Burr gemeinsam den neuen Kongreß oder auch einen außerordentlichen Konvent zur Entscheidung zwischen ihnen berufen könnten, und gaben zu verstehen, das Volk würde seinen Wünschen nötigenfalls mit Gewalt zur Anerkennung verhelfen, wie denn die Gouverneure von Pennsylvanien und Virginia wirklich die Entsendung von Truppen nach Washington ins Auge gefaßt haben sollen. Schließlich sagten sich die einsichtigeren Gegner Jeffersons, daß es nicht wohl getan sei, die Dinge zum Äußersten zu treiben. Namentlich die Drohung mit einem Konvent, von dem zu befürchten war, daß er gleich eine Verfassungsreform im großen vornehmen würde, wirkte abschreckend. Sie ließen sich also lieber gewisse Zusicherungen machen, daß der neue Präsident die Flotte und das Kreditsystem aufrechterhalten und nicht zu einer Massenentlassung der ihnen anhängenden Beamten schreiten würde. Dann, am 17. Februar, veranlaßten sie die burrfreundlichen Abgeordneten von Maryland und Vermont, keine Stimme mehr abzugeben, so daß diese beiden Staaten nunmehr für Jefferson zählten.

Damit war das Ende der föderalistischen Herrlichkeit in greifbare Nähe gerückt. Die Partei benutzte die kurze Gnadenfrist, die ihr noch blieb, um durch ein neues Gerichtsverfassungsgesetz weit über den Bedarf hinaus zwei Dutzend gutbesoldeter Bundesrichterstellen zu schaffen und sie buchstäblich in zwölfter Stunde, in der Nacht des 3. März, mit zuverlässigen Anhängern zu besetzen. Aber dieser Trick mit den „Mitternachtsrichtern" diente doch nur dazu, ihren Fall unrühmlicher zu machen. Ein Aufstieg zu neuer Macht, den er erleichtern sollte, lag außer dem Bereich der Möglichkeit. Die Föderalisten hatten sich große Verdienste erworben um die Begründung und Befestigung des Bundes. Aber sie waren noch zu sehr befangen in den Vorstellungen der alten Welt und der alten Zeit, um für die Dauer die Geschicke eines Volkes zu leiten, das auf sich selbst stehen und mit ungeteilter Kraft nur seiner Zukunft leben wollte.

Siebentes Kapitel

Die Republikaner. Westwanderung und Louisianakauf. Zweiter Krieg gegen England

Kaum je ist in einem Land einem Regierungswechsel mit ähnlicher Spannung entgegengesehen worden, wie dem Amtsantritt Jeffersons in Amerika. Weite Kreise der Föderalisten fürchteten so etwas wie eine Wiederholung der französischen Schreckensherrschaft. Der Atheist und Jakobiner auf dem Präsidentenstuhl werde die altgewohnte Ordnung in Kirche und Staat umstoßen, die Reichen dem Pöbel und die Frommen den Gottlosen ausliefern, von den Gefahren für den Zusammenhalt des Bundes einmal ganz zu geschweigen. Auch nachher noch hat man von der Revolution des Jahres 1801 gesprochen.

In Wirklichkeit handelte es sich nicht um einen Bruch oder gewaltsamen Ruck in der Entwicklung. Verfassung und Recht blieben unangetastet, und wenn in die Verwaltung freilich ein anderer Geist einzog, so kamen mit ihm doch nur die ursprünglichen Triebkräfte der amerikanischen Geschichte, namentlich der Unabhängigkeitsbewegung wieder zu voller Wirkung nach den mancherlei Hemmungen und Abweichungen, die das Regiment der Föderalisten zuletzt gebracht hatte. Sehr richtig feierte die bekannteste republikanische Zeitung Aurora die Wahl Jeffersons mit den Worten, daß nun die Revolution von 1776 vollendet sei.

Gleich die Rede, mit der sich dann der neue Präsident am 4. März 1801 einführte, bestärkte diese Auffassung. Er bemühte sich sichtlich zu beruhigen und zu versöhnen. Indem er feststellte, daß kaum irgendwer entweder der Union oder der republikanischen Staatsform entgegen sei, prägte er den viel gerühmten und viel bespöttelten Satz: „Wir sind alle Republikaner und alle Födera-

listen." Auch verpflichtete er sich ausdrücklich, die verfassungsmäßige Macht der Bundesregierung zu wahren und das Schulden- und Kreditwesen nicht anzutasten. Aber daneben brachte sein Programm freilich eine lange Reihe von demokratischen Grundsätzen, die von der abtretenden Partei vergessen oder verletzt waren. Die Rechte der Staaten, der Wähler, der Majorität wurden betont. Ebenso Freiheit der Person und der Presse, Sparsamkeit, Übergewicht des bürgerlichen über das militärische Element. Angesichts der zuletzt beliebten Bevorzugung der handeltreibenden Klassen mußte auffallen, daß der Ackerbau in den Vordergrund gestellt, der Handel als seine Magd bezeichnet wurde. Und sicher nur ein Republikaner, nicht ein Föderalist konnte die „Summe aller guten Regierung" darin finden, daß sie die Menschen von gegenseitiger Schädigung zurückhalte, sie übrigens aber sich selbst überlasse und nicht vom Mund der Arbeit das Brot nehme, das sie verdient habe. Am reinsten und vollsten klang, was nicht der Staatsphilosoph, sondern der Patriot Jefferson sagte. In glücklichen Worten pries er die aufstrebende Nation, wie sie ausgebreitet sei über ein weites und fruchtbares Land, alle Meere durchfahre mit dem reichen Ertrag ihres Fleißes und schnell fortschreite zu Schicksalen, die sich dem menschlichen Blick entzögen.

In eigener Weise unterstrichen wurde alles das durch die Umgebung, in der es gesprochen wurde. Bisher war die Einführung des Präsidenten ein Staatsakt einigermaßen im europäischen Stil gewesen. Auch Jefferson trat sein Amt nicht ganz so formlos an, wie die Legende will, die ihn allein zum Kapitol reiten und dort seinen Schimmel an einen Zaun binden läßt. Es gab schon Salutschießen, Ehrengeleit und eine kleine Parade. Aber alles spielte sich doch sehr viel einfacher und formloser ab, und zwar aus Notwendigkeit ebenso wie nach Wahl; denn Ort der Handlung war nicht mehr Philadelphia, sondern die neue, nach Washington getaufte Hauptstadt am Potomac.

Im Herbst 1800 bereits hatten Bundesbehörden und Kongreß ihre Übersiedlung dorthin vollzogen. Gerade gern war das nicht geschehen, denn der nunmehrige Regierungssitz nahm sich zwar stattlich genug aus auf dem von dem Franzosen L'Enfant gefertigten Plan. Mit all seinen projektierten Avenuen, Arkaden, Palästen, Brücken, Tempeln, Triumphsäulen schien er da recht wohl

den Namen des amerikanischen Rom zu verdienen, das man schaffen wollte. Aber die Wirklichkeit war sehr anders. Noch nach ein paar Jahren spottete der Engländer Thomas Moore über

„Dies Kind von Hauptstadt, wo der Geist zufrieden
In Sümpfen Plätze sieht, in Bäumen Pyramiden".

Vollends im Anfang fehlte es an allem, an Gasthäusern, an Läden, eigentlich auch an einer Bevölkerung, da die fünfhundert großenteils schwarzen Arbeiter, die in elenden Hütten inmitten des halb niedergeschlagenen Waldes lebten, kaum als solche bezeichnet werden konnten. Ohne die Nachbarschaft des kleinen Georgetown, das auch noch fünf Kilometer oft schlechten Weges entfernt lag, wäre man sich wie in die Wildnis versetzt vorgekommen. Jedenfalls ließ sich kaum ein stärkerer Gegensatz zu dem komfortablen, ganz europäisch anmutenden Philadelphia denken.

Nur war die Frage, ob das für die politische Entwicklung der Union nicht manchen Vorteil haben würde. Die Republikaner konnten unmöglich verkennen, wie sehr der Wechsel der Hauptstadt die von ihnen gewünschten Änderungen auch im Regierungssystem erleichterte. In Philadelphia war zu vieles gewesen, was an die alte Welt erinnert, zur Nachahmung europäischer Sitten gereizt hatte. Hier, wo alles erst werden sollte, wo das Menschenwerk noch hinter der fast ungebändigten Natur zurücktrat, fanden sich Beamte und Gesetzgeber unwillkürlich stärker auf die Zukunft hingewiesen und zur Eigenart erzogen. Auch minderte sich der Einfluß der Finanzkreise, indem der tägliche Umgang mit ihnen aufhörte, während andererseits die Fühlung mit der ländlichen Bevölkerung, namentlich natürlich mit dem Pflanzertum des Südens entsprechend enger wurde.

Adams deshalb als ausgesprochener Neuengländer, Bourgeois und Formenmensch hatte sich in der neuen Residenz wenig behaglich gefühlt; für Jefferson dagegen, den Virginier, den Landedelmann und Naturburschen paßte sie. Er durfte hier, fast ohne daß es auffiel, die mancherlei Ansätze zu einer Hofhaltung unterdrücken, die unter seinen beiden Vorgängern gemacht waren. Er versammelte den Kongreß nicht mehr zur Anhörung von Thronreden, die durch Adressen beantwortet werden mußten, sondern sandte nach der Sitte der französischen Direktorialzeit schriftliche Botschaften. Er erteilte keine feierlichen Audienzen mehr: selbst Vertreter

auswärtiger Mächte, die darüber entsetzt waren, empfing er gelegentlich im Hauskleid, und bei seinen Gesellschaften ging es um so mehr ohne Etikette zu, als er Witwer war, also die immer auf die Form gerichtete weibliche Einwirkung fortfiel. Dieser Präsident blieb wirklich einfacher Bürger. Keiner seiner Nachfolger bis auf Lincoln hat, ohne sich gemein zu machen, das Ideal republikanischer Einfachheit in seinem persönlichen Auftreten so vollständig verwirklicht.

Auch, was den Staat anlangt, machte er Ernst mit dem Programm der sparsamen Regierung, auf das er gewählt worden war. Zunächst wurde das Heer der Bundesbeamten, das die Föderalisten nach Kräften vermehrt hatten, in kurzer Zeit auf knapp die Hälfte eingeschränkt. Ein Gesetz vom März 1802 hob die ein Jahr zuvor geschaffenen Richterstellen auf, indem die Kongreßmehrheit leicht über das Bedenken fortging, daß ein Richter nach der Verfassung nicht abgesetzt werden konnte. Eine Reihe von Gesandtschaftsposten wurden eingezogen: im Haag, in Lissabon, bemerkenswerterweise auch in Berlin. Am liebsten hätte sich Jefferson außer an zwei oder drei besonders wichtigen Plätzen überhaupt mit einem bloßen Konsulardienst begnügt. Endlich und vor allem die große Masse der Aufseher, Erheber, Stempelverkäufer wurde überflüssig, die bis dahin die Akzisenverwaltung beschäftigt hatte; denn, was sehr viele für unmöglich gehalten hatten, die neue Regierung ließ eine ihrer ersten Sorgen sein, die unpopulären inneren Steuern abzuschaffen. Jeffersons Schatzsekretär, der kluge und geschickte Schweizer Gallatin, sah kein Bedenken darin, auf die eine Million Dollar zu verzichten, die sie einbrachten. Der ständig wachsende Ertrag der Zölle würde genügen, um das Gleichgewicht des Staatshaushalts und eine angemessene Schuldentilgung zu sichern, wenn man nur die in den letzten Jahren übermäßig gestiegenen Ausgaben für Heer und Flotte entschlossen herabsetzte.

Allerdings ohne eine solche Verminderung der Wehrkraft ging es nicht ab. Das Heer wurde auf den Stand von 1796 reduziert, und die Flotte erfuhr den schweren Schlag, daß der Bau von sechs Fregatten, für den das Holz schon gekauft war, abbestellt wurde. Dreizehn nicht sehr große Schiffe und dreitausend Landsoldaten schienen dem Präsidenten ausreichend, um die Stellung der Vereinigten Staaten in der Welt zu wahren.

Auf die Dauer sollte sich das als unmöglich erweisen. Zunächst aber glückte es Jefferson, begünstigt durch den großen Gegensatz von England und Frankreich, trotz der lächerlich geringen Machtmittel, die er der Union ließ, in der auswärtigen Politik einen Erfolg zu erzielen, wie er so imponierend und folgenreich keinem Präsidenten nach ihm beschieden gewesen ist. Durch den Louisianakauf wurde die Ausdehnung der Vereinigten Staaten über den ganzen Kontinent gesichert.

Das Interesse für den Westen war noch zur Zeit des Unabhängigkeitskrieges bei den Angloamerikanern recht schwach gewesen. Zwar hatten an der Grenze von Nordcarolina schon 1772 eine Gruppe unternehmender Ansiedler die Watauga-Gesellschaft gegründet, die sich nach mancherlei Wirren allmählich zum Staate Tennessee auswuchs, und war ziemlich gleichzeitig von Virginia mit der Besiedlung des heutigen Kentucky begonnen worden, während auch nördlich des Ohio schon Kolonisten Fuß faßten. Aber all diese Pioniere jenseits der Alleghanies bildeten doch erst ein recht kleines Häufchen. George Rogers Clark, der 1778 und 1779 auf eigene Hand einen sehr rühmlichen Feldzug gegen die englischen Forts zwischen Ohio und oberem Mississippi führte, hatte noch nicht zweihundert Mann unter seinen Befehlen. Und so sehr seine Erfolge die Stellung Amerikas beim Friedensschluß verstärkt hatten, war es doch mehr der gegenseitigen Eifersucht von England und den bourbonischen Mächten als einer klaren oder festen Haltung des Kongresses zu danken gewesen, daß die Vereinigten Staaten nördlich vom 31. Breitengrad alles Land bis zum Mississippi zugewiesen erhielten.

Seitdem hatte sich dann allerdings die Bundesregierung fortgesetzt mit den Verhältnissen des Westens beschäftigt. Noch unter der Konföderation wurde erreicht, daß die Mehrzahl der Staaten, die auf Grund ihrer Freibriefe oder besonderer Verträge Ansprüche auf das Neuland geltend machten, Massachusetts, Connecticut, New York und Virginia, ihre Rechte ausdrücklich dem Bund übertrugen, und am 13. Juli 1787 erging zunächst einmal für das sogenannte Nordwestterritorium, das Gebiet zwischen Ohio, Mississippi und kanadischer Grenze, nach langen schwierigen Vorbereitungen die berühmte Nordwestordonnanz, die in mustergültiger Weise das Verhältnis der neuen Siedlungen zur Union und ihr allmähliches

Hineinwachsen in eigene Staatenrechte regelte. Sie beruhte auf den besten Grundsätzen angelsächsischer Selbstverwaltung. Nur ganz im Anfang sollte die Bundesregierung die nötigen Beamten: Gouverneur, Sekretär und drei Richter ernennen und durch sie Gesetze geben lassen. Nachdem die Zahl der freien volljährigen Männer im Territorium auf 5 000 gestiegen sei, würden sie das Recht erhalten, eine Vertreterversammlung zu wählen und durch sie einen Delegierten für den Bundeskongreß abzuordnen. Dieser würde dann zwar nur beratende Stimme haben, und die Territorialversammlung würde an die Mitwirkung eines Oberhauses (legislative council) gebunden sein, dessen Mitglieder auf ihre Präsentation hin von der Bundesregierung zu ernennen wären. Auch behielt der Gouverneur ein Veto und blieb seinerseits vom Bund abhängig. Aber wieder war es ja nur ein Übergang. Sobald in einem der für die neu zu errichtenden Staaten im voraus ungefähr abgegrenzten Bezirke 60 000 Einwohner gezählt würden, das heißt so viel, wie die kleinsten der alten Staaten hatten, sollten sie sich eine eigene Staatsverfassung geben dürfen, für die freilich insofern völlige Willkür ausgeschlossen war, als die republikanische Regierungsform und die Wahrung gewisser Freiheitsrechte ausdrücklich vorgeschrieben wurden. Insbesondere enthielt die Ordonnanz das Verbot der Sklaverei.

Nach der Richtung war ihre Gültigkeit zunächst leider lokal beschränkt. Wenn einige hellsichtige Patrioten, auch Jefferson, gern alles Neuland von Sklaven frei gehalten hätten, so konnten sie damit nicht durchdringen. Das weite Gebiet links des Ohio blieb für die Einführung des südstaatlichen Wirtschaftssystems offen. Übrigens aber wurden die Richtlinien von 1787 maßgebend für die Entwicklung aller neuen Territorien und Staaten. Die Nordwestordonnanz steht an Bedeutung für das amerikanische Verfassungsleben eigentlich nur hinter der Unionsakte selbst zurück.

Weniger glücklich als die staatsrechtliche war die wirtschaftliche Lösung der Besiedlungsfrage, die der Kongreß schon zwei Jahre vorher, am 20. Mai 1785, vorgenommen hatte. Es gelang zwar, einen Modus der Landvermessung zu finden, der sich bis heute bewährt hat, indem man nach neuenglischem Muster in genau mathematischen Linien ohne Rücksicht auf natürliche, örtliche Grenzen sogenannte Townships zu 36 englischen Quadratmeilen schach-

brettartig auslegte, die dann wieder in 36 Sektionen zu je 640 Acker zerfielen. Aber der Mangel an geeigneten Bundesbeamten und das Bedürfnis, rasch größere Summen in die Hand zu bekommen, veranlaßte, daß man sich für den Verkauf nicht direkt mit den Ansiedlern in Verbindung setzte, sondern einzelnen Großkapitalisten oder Landgesellschaften riesige Komplexe bis zu fünf Millionen Acker auf einmal aufließ, damit diese die weitere Verwertung übernähmen. Unter einer Sektion wurde überhaupt nicht abgegeben, bis der Kongreß das Minimum 1800 auf eine halbe, 1804 auf eine viertel, 1820 auf eine achtel Sektion ermäßigte. So kam der billige Preis von ein, später zwei Dollar für den Acker nicht dem Landwirt selbst, sondern dem Großkapital zugute, in dessen Interesse er womöglich noch ermäßigt wurde. Regierungsland wurde von vornherein ein beliebtes Spekulationsobjekt, und wenn sich manche Landgesellschaften unleugbare Verdienste erwarben, wenn es ohne sie, zumal vor Einführung der Eisenbahnen, überhaupt nicht gegangen wäre, so haben andere nur vertrauende Menschen schamlos um Geld, Gesundheit und oft auch Leben betrogen. Die Edenkompagnie in Dickens' „Martin Chuzzlewit“, die die Erfindung eines boshaften Karikaturisten zu sein scheint, ist keineswegs ohne geschichtliche Gegenstücke.

Trotzdem machte die „Gewinnung des Westens“ gute Fortschritte; namentlich die ersten Jahre nach dem Unabhängigkeitskrieg sahen eine starke Abwanderung aus dem Osten, an der mehr und mehr auch die lange zurückhaltenden Neuengländer teilnahmen. Handel und Wandel lagen in den alten Staaten darnieder. Viele der entlassenen Soldaten fanden nicht gleich wieder Beschäftigung und nahmen deshalb das Land, das ihnen als Prämie zustand, wirklich in Anspruch und Besitz. Im Norden bildete das Mohawktal die große Heerstraße für die Westwanderer. In der Mitte wuchs sich Pittsburg, das längst eine blühende Niederlassung war, zu einem beliebten Stützpunkt aus. Wenn im Frühling und Herbst der Wasserstand hoch genug war, glitt von hier Flachboot auf Flachboot den Ohio hinunter, um Ansiedler entweder ins Nordwestterritorium oder nach Kentucky zu tragen. Mehr nach Süden hin wurden die Kanäle zahlreicher, aber nicht bequemer. Durch mancherlei Täler und Pässe ging es über die Berge Virginias und der Carolinas an die Quellen des Cumberland und Tennessee.

Am rascheſten bevölkerte ſich Kentucky. Seine Einwohner ſchätzte man 1784 auf 30 000. 1790 wurden 73 000 gezählt, und dieſe wußten durchzuſetzen, daß das urſprünglich von Virginia aus verwaltete Gebiet 1792 als ſelbſtändiger Staat in die Union aufgenommen wurde. Vier Jahre ſpäter (1796) erlangten dann nicht ohne Schwierigkeiten auch die Anſiedlungen am Tenneſſee unter dieſem Namen Staatenrechte, nachdem ſie durch einen freilich angefochtenen Zenſus 66 649 weiße Einwohner nachgewieſen hatten, zu denen noch 10 613 Schwarze kamen. Im Nordweſtterritorium beanſpruchte die Entwicklung längere Zeit. Hier wirkte ein großer Indianerkrieg hemmend, der mit wechſelndem Erfolg fünf Jahre (1790—1795) andauerte. Überdies machte ſich geltend, daß in den Nordſtaaten unter dem ſtimulierenden Einfluß der Hamiltonſchen Finanzpolitik und des engliſch-franzöſiſchen Krieges auf die Wirtſchaftskriſis der achtziger Jahre eine Periode der Hochkonjunktur gefolgt war, die die Arbeitskräfte daheim hielt. Immerhin blühten eine Reihe von Städten, namentlich Cincinnati, die Königin des Weſtens, verhältnismäßig raſch empor, und 1802 war die Bevölkerung groß genug, damit zunächſt einmal der öſtlichſte Teil des Landes als Staat Ohio organiſiert werden konnte. Inzwiſchen war im Süden die Beſiedlung noch über die Grenzen Tenneſſees hinausgegangen. 1798 bereits hatte Miſſiſſippi eine Territorialregierung erhalten; und die zweite allgemeine Volkszählung von 1800 ergab für den ganzen Weſten 400 000 Einwohner.

Damit ſtellten ſich allerlei neue Probleme wirtſchaftlicher und politiſcher Art. Heute bei dem entwickelten Eiſenbahnverkehr nehmen die Produkte der weſtlichen Staaten größtenteils ihren Weg über die Berge an die atlantiſche Küſte. Damals war der Landtransport meiſt zu umſtändlich und koſtſpielig. Der Handel fand ſich auf das Stromſyſtem des Miſſiſſippi angewieſen. Der Fluß, der 1783 nur Grenze geweſen war, gewann die Bedeutung einer Verkehrsader. Nun aber mußte man ſich wegen der Schiffahrt auf ihm mit Spanien vertragen, das das ganze Weſtufer und auf dem Oſtufer die beiden Floridas und den Ausgangshafen New Orleans beſaß. Dieſe Lage der Dinge hatte den Madrider Hof einen Augenblick mit der Hoffnung erfüllt, es würde möglich ſein, die jungen Anſiedlungen in Kentucky und Tenneſſee den Vereinigten Staaten abſpenſtig zu machen. Hier wie dort war fleißig intrigiert wor-

den. Auch wirklich mit dem Erfolg, daß auf dem Konvent von Kentucky 1789 einer der führenden Männer, James Wilkinson, allen Ernstes den Antrag stellte, sich von der Union zu trennen, um den handelspolitischen Schutz Spaniens zu gewinnen. Indessen damals hatte der Bund bereits mit der neuen Verfassung seine Anziehungs- und Schlagkraft gewaltig gesteigert, und es setzten deshalb sehr bald Bestrebungen ein, die Mississippifrage vielmehr auf Kosten Spaniens durch Erwerb von New Orleans zu lösen. Als 1790 — auch wegen eines amerikanischen Objekts, des Rechtes zur Niederlassung am Nootkasund — ein Krieg zwischen England und Spanien naherückte, ließen die Vereinigten Staaten in Madrid die Abtretung der spanischen Besitzungen östlich des Mississippi anregen, während sie bezeichnenderweise gleichzeitig in London die Erklärung abgaben, daß sie eine Festsetzung Englands an der Mississippimündung als unfreundlichen Akt betrachten müßten. Für diesmal löste sich der Streit friedlich, die Union hatte das Nachsehen. Aber gleich danach wurde Spanien in den Revolutionskrieg hineingerissen, erst als Gegner, dann als Freund Frankreichs, und sofort tauchten auch, obwohl zunächst ohne Unterstützung der Regierung, die Pläne einer Annexion mindestens von New Orleans mit innerer Notwendigkeit neu auf. 1793 fand der Franzose Genet mancherlei Anklang mit seinen Werbungen gegen Spanien (vgl. S. 198). Erst recht wurde später mit dem englischen Gesandten konspiriert, bis schließlich Hamilton 1798 und 1799 mit ganzer Energie offen auf die Vertreibung der Spanier womöglich aus allen ihren amerikanischen Besitzungen hinarbeitete.

Immerhin mit Spanien als Nachbarn ließ sich leben. Versuche, die Nordgrenze von Florida auf amerikanisches Gebiet vorzuschieben, die eine Zeitlang gemacht worden waren, hatte es aufgegeben und bezüglich des Handels in einem sehr liberalen Vertrag von 1795 den Amerikanern das Recht eingeräumt, ihre Waren in New Orleans zollfrei lagern und auf Seeschiffe umladen zu lassen. Seitdem war der amerikanische Export über den Mississippi so gut wie ungehindert vor sich gegangen und jedes Jahr umfangreicher geworden. Die Volkswirtschaft des Westens hatte sich ganz und gar auf die freie Mississippischiffahrt eingestellt.

So ermißt sich leicht, mit welcher Sorge man im April 1801 in Washington, zunächst gerüchtweise, erfuhr, daß Spanien — auf

Grund des Vertrages von San Ildefonso (1. Oktober 1800) — im Begriffe stehe, Louisiana und New Orleans an Frankreich zurückzugeben. Gerade auch Jefferson war stark erregt; denn im Gegensatz zu manchen anderen Politikern der alten Staaten hatte er lebhafte Sympathie für die Entwicklung des Westens, wo seiner Voraussicht nach bald mehr als die Hälfte der Bevölkerung wohnen mußte. Also gab er dem neuernannten Gesandten Robert Livingston nach Paris die Weisung mit (September 1801), Napoleon am besten überhaupt von dem Gedanken abzubringen oder wenigstens ihn zu einem Abkommen wegen der Mississippimündung zu bestimmen. Der Tag, an dem Frankreich seine Hand auf New Orleans lege, besiegele mit Notwendigkeit den Bund der beiden angelsächsischen Nationen, die dann über ganz Nord- und Südamerika verfügen könnten (April 1802). Doch blieb die Sache zunächst in der Schwebe. Der erste Konsul, der eben unter günstigen Bedingungen mit England zum Frieden gekommen war, zeigte keinerlei Neigung, in Verhandlungen mit Livingston einzutreten, aber er beeilte sich auch nicht, formell von Louisiana Besitz zu ergreifen, weil er dort gleich eine imposante Militärmacht entfalten wollte. Da beschleunigte der Übereifer des spanischen Intendanten in New Orleans die Krisis. Wohl um Frankreich einen Liebesdienst zu erweisen, hob er Mitte Oktober 1802 überraschend das Recht zollfreier Lagerung und Umladung auf, das 1795, allerdings dem Buchstaben nach nur für drei Jahre, gewährt worden war. Jetzt schlug im ganzen Westen die Entrüstung zu hellen Flammen empor. Nicht wenige verlangten Krieg. Auch im Kongreß zeigten sich die Föderalisten, hinter denen wieder Hamiltons Übereifer stand, äußersten Entschlüssen wie der gewaltsamen Besetzung von New Orleans geneigt. Jefferson aber hielt für klüger, ein letztes diplomatisches Mittel zu versuchen. Er ließ sich zwei Millionen Dollar zu freier Verfügung anweisen, wohl nicht ohne sich unter der Hand zu versichern, daß er über diese Summe erheblich hinausgehen dürfe, und betraute mit ihrer Verwendung einen eigenen Sondergesandten, James Monroe, der den doppelten Vorzug hatte, großes Ansehen bei den Leuten im Westen und vielerlei alte Beziehungen in Paris zu besitzen. Seine Entsendung bedeutete keinen Akt des Mißtrauens gegen den durchaus bewährten Livingston, sondern entsprach in erster Linie dem Wunsch, im

Innern wie nach außen den Eindruck vermehrter Entschlossenheit zu erwecken. Auch kam in Frage, daß der Möglichkeiten zu viele waren, um sie in einer schriftlichen Instruktion zu erschöpfen. Jefferson war sich bewußt, daß alles von den Umständen in Europa abhinge, namentlich von der Entwicklung des Verhältnisses zwischen Frankreich und England, das sich nach kaum geschlossenem Frieden wieder zum Krieg zuspitzte. Er wäre im ungünstigsten Fall zufrieden gewesen, Bürgschaften für die freie Mississippischiffahrt zu erlangen, etwa in der Einräumung eines neu zu besiedelnden Umschlagsplatzes in der Nähe von New Orleans. Doch scheint ihm von vornherein die Hoffnung nicht ferngelegen zu haben, das ganze von Spanien an Frankreich abgetretene Gebiet zu erwerben, von dem er übrigens glaubte, daß es auch die altspanischen Niederlassungen in den Floridas umfaßte.

Bekanntlich nahmen die Dinge dann wirklich diese Wendung. Noch ehe Monroe in Paris ankam (12. April), war die Aussicht auf Erhaltung des Seefriedens fast völlig geschwunden. Napoleon rechnete mit einem baldigen Wiederausbruch der Feindseligkeiten und sagte sich, daß er bei der offenbaren Schwäche seiner Flotte nicht in der Lage sein werde, New Orleans gegen eine Koalition von England und den Vereinigten Staaten zu halten. Ohne New Orleans aber schien ihm das übrige Louisiana mehr nur eine Last und eine Quelle von Verlegenheiten zu sein. Andererseits konnte er, weil die Zerrüttung der französischen Finanzen durch die Revolution immer noch nicht überwunden war, eine gehörige Summe Geldes gut gebrauchen. So entschloß er sich, einmal groß im Nachgeben zu sein, die Gelegenheit zu benutzen, um die zukunftsreiche Nation jenseits des Ozeans gegen England mächtiger zu machen und Frankreich neuerdings zu verpflichten. Er wolle, sagte er wohl, den Briten Feinde erwecken, die ihn eines Tages rächen sollten, wenn er ihrer nicht Herr würde. Aus freien Stücken bot er an, ganz Louisiana an die Union zu verkaufen. Ein Mann, der als guter Kenner Amerikas und Gatte einer Amerikanerin besonders genehm sein mußte, Barbé-Marbois, wurde zu den Verhandlungen abgeordnet. Sie verliefen vom ersten bis zum letzten Augenblick für beide Teile gleich befriedigend. Noch nach langen Jahren (1828) hat Monroe festgestellt, daß nie ein Geschäft von solcher Wichtigkeit mit mehr Redlichkeit und Ehre betrieben worden

sei. Auf französischer Seite sah man davon ab, das Verkaufsobjekt mit zu viel lästigen Hypotheken wirtschaftlicher Art zu beschweren: ein paar Vorbehalte zugunsten der alten Einwohner und des französischen Handels waren nur billig. Wieder die Amerikaner zeigten sich kulant bezüglich des Preises. Während Napoleon ungünstigsten Falles auf fünfzig Millionen Franks abgeschlossen hätte, bewilligten sie achtzig, von denen allerdings ein Viertel auf die bisher nicht anerkannten privaten amerikanischen Entschädigungsforderungen aus dem Seekrieg abgerechnet wurde. Nach weniger als drei Wochen, am 30. April 1803, war der Vertrag fertig, und die Unterhändler beglückwünschten sich in überströmender Begeisterung zu dem vornehmsten Werk ihres Lebens, das, wie Livingston sagte, für beide Teile gleich vorteilhaft, ungeheure Einöden in blühende Landschaften verwandeln und für unzählige Menschen Jahrhunderte des Glückes bereiten werde.

Freilich zunächst handelte es sich wirklich fast nur um ungeheure Einöden. Dichter besiedelt war allein die Gegend an der Mississippimündung. Hier konnte sich insbesondere New Orleans recht wohl neben den größten angloamerikanischen Städten behaupten. Denn wenn die „Halbmondstadt", wie sie nach ihrer Lage an dem gekrümmten Flußlauf genannt wird, auch nicht mehr als 12 000 Einwohner zählte, bot sie mit ihrem belebten, zeitweilig von zweihundert Schiffen zugleich besuchten Hafendamm, mit ihrer stattlichen Kathedrale, dem Ratspalast (Cabildo) und den vielen zierlichen veranden- und gittergeschmückten Häusern doch das Bild einer unverächtlichen Kultur, die nur natürlich ganz romanisch, und zwar überwiegend französisch, abgestimmt war. Ihre Eleganz, ihre Lustigkeit, ihre schönen Frauen waren weit berufen, namentlich die Quadronen, Töchter von Weißen und Mulattinnen, die eine eigentümliche Kaste privilegierter Gunstdamen bildeten. Sonst rechnete als Stadt wesentlich nur St. Louis im Norden, das dank seiner vorzüglichen Lage nahe dem Einfluß des Missouri schon mehr Bedeutung besaß, als in der Bevölkerungszahl von erst 1 200 zum Ausdruck kam. Dazwischen gab es eine Reihe kleinerer Niederlassungen am Mississippi, aber weiter nach Westen gehörte das Land noch ganz den Jägern und Händlern, so daß über seine Beschaffenheit die fabelhaftesten Erzählungen umliefen. Selbst die amtliche Denkschrift über den Louisianakauf berichtete gutgläubig nicht nur

von einer besonders großen Indianerrasse, sondern von einem gewaltigen kahlen, weißschimmernden Salzgebirge, das hundertundachtzig Meilen lang und fünfundvierzig breit sei. Die Einwohnerzahl stand natürlich nicht fest; sie wurde hier auf 75 000, dort auf 50 000 oder weniger geschätzt. Aber auch der Umfang war unbestimmt. Im Vertrag hieß es nur, daß Louisiana abgetreten würde in der Ausdehnung, wie es Spanien und früher Frankreich besessen hätten. Nähere Angaben fehlten, und doch wären sie nötig gewesen. Denn abgesehen davon, daß die Grenze im Norden gegen Kanada völlig unsicher war, herrschten Zweifel, ob der Anspruch im Südwesten bis zum Rio Grande oder nur bis zum Sabinefluß ginge, und lagen die Dinge nach Osten hin insofern erst recht verzwickt, als das Land zwischen dem Mississippi und dem Perdido mit dem wichtigen Hafen von Mobile an sich zum französischen Louisiana gehört hatte, 1763 aber, statt an Spanien, an England gekommen war, um erst von diesem 1783 als ein Teil nun von Florida der spanischen Krone überlassen zu werden. Die Spanier waren sich bewußt, an Frankreich nur zurückgegeben zu haben, was sie 1763 von ihm direkt empfangen hatten, die Amerikaner aber, denen es zunächst gerade auf den Küstenstrich ankam, hielten sich an den ursprünglichen Begriff Louisiana und verlangten die Perdidolinie.

So war hier Grund für langen Streit gegeben; und die Gegner Jeffersons versäumten nicht, tadelnd auf die Unklarheit hinzuweisen. Auch sonst erhob sich unter den Föderalisten heftige, zum Teil gehässige Kritik. Während sie bisher immer für eine weitherzige Auslegung der Verfassung eingetreten waren, kamen sie jetzt auf einmal mit dem Einwand, daß das Grundgesetz nichts von einem Recht zur Erwerbung neuer Gebiete enthielte, wobei bemerkt werden mag, daß der Präsident selbst das Bedenken teilte und es gerne durch Einbringung eines besonderen Amendements behoben gesehen hätte. Weiter wurde die Höhe des Kaufpreises bemängelt, indem man etwa die so unendlich viel kleinere Summe zum Vergleich heranzog, die einst Penn für die nach ihm benannte Kolonie bezahlt hatte. Und endlich die Opposition bezweifelte den Nutzen der ganzen Erwerbung. New Orleans hätte man brauchen können. Die Ausdehnung über den Mississippi hinaus könne sich leicht als Gefahr, ja als Fluch erweisen. Viele konservative Kreise, namentlich in Neuengland, waren gegen die Westwanderung an sich ein-

genommen, weil sie herausfühlten, daß mit jedem Ansiedler, der über die Alleghanies zog, die verhältnismäßige Bedeutung der alten Staaten und der alten Traditionen sich minderte. Dazu schien nun zu befürchten, daß der Gewinn Louisianas allererst den Sklavenhaltern des Südens zugute kommen würde, die ja schon am linken Mississippiufer auf einen freien Staat (Ohio) zwei ihres Schlages (Kentucky und Tennessee) gegründet hatten. Nicht wenige prophezeiten, daß eines bösen Tages die Majorisierung durch Kreolen und Mischlinge den alten echten Amerikanern das Verbleiben in der Union unmöglich machen werde, wenn nicht die noch wahrscheinlichere Entwicklung einträte, daß der Westen seinerseits den Bund löse. So oder so werde mit dem Unglücksvertrag der Samen der Trennung gelegt sein.

Befürchtungen dieser Art waren nicht unnatürlich in einer Zeit, wo die Bundeseinrichtungen noch nicht voll eingelebt waren und keine Eisenbahnen die riesigen Entfernungen verminderten. Auch Jefferson wußte sich nicht frei von ihnen. Aber weil er immer mehr an die Nation als an den Staat dachte, tröstete er sich damit, daß die künftigen Einwohner der atlantischen und der Mississippigegenden unter allen Umständen beides „unsere Söhne“ sein würden. „Wir meinen ihr Glück in ihrer Vereinigung zu sehen und wünschen sie. Die Ereignisse mögen es anders erweisen, und wenn sie ihr Interesse im Auseinandergehen finden, warum sollen wir lieber für unsere atlantischen als unsere Mississippi-Nachkommen Partei nehmen? Gott segne sie beide und halte sie im Bund, wenn es gut, aber trenne sie, wenn es besser für sie ist.“ Jedenfalls war er sich klar, welche ungeheure Bedeutung der Glücksfall des Louisianakaufes für die Nation habe, wie erst dadurch ihre freie Ausdehnung und Selbstbestimmung gesichert sei. Die Weite der neuen Grenzen schreckte seinen zukunftssicheren Sinn nicht. Seine Gedanken waren längst nicht nur über den Mississippi, sondern über das Felsengebirge nach der pazifischen Küste hinübergeschweift. Schon in seiner Pariser Gesandtenzeit (1785) hatte er sich für eine Expedition auf dem Seeweg dorthin interessiert und später (1792) angeregt, eine Forschungsreise zu Land am Missouri aufwärts zu veranstalten. Aus beiden Plänen war schließlich nichts geworden. Aber Anfang 1803, noch vor Abschluß des Louisianageschäftes, hatte er wirklich die Zustimmung des Kongresses dafür gewonnen, daß zwei Virginier aus

gutem Haus und mit guten Anlagen, Hauptmann Meriwether Lewis und William Clark, ein Bruder des Freischarenführers von 1778/79, den Auftrag erhielten, den Lauf des Missouri bis zur Quelle zu verfolgen und von der Wasserscheide aus einen Weg an den Stillen Ozean zu suchen. Die wirkliche Ausreise der Expedition, die im ganzen nur neunundzwanzig Mann zählte, verzögerte sich bis zum Frühling 1804. Dann aber war der Verlauf der glücklichste. Ohne Opfer und fast sogar ohne Abenteuer, wenn auch im Kampf mit den Hindernissen der Natur, von den Indianern freundlich aufgenommen und unterstützt, erreichten die Reisenden am 12. August 1805 ihr nächstes Ziel, die Quelle des Missouri, und stiegen dann im Flußgebiet des Columbia an die pazifische Küste hinab, um dort zu überwintern und zum September 1806, nach im ganzen zweieinhalb Jahren, in St. Louis zurück zu sein. Der Stolz über diese schöne Leistung war bei allen gebildeten Amerikanern groß. Man rühmte die reichen Ergebnisse für die wissenschaftliche Erkenntnis, und als sehr reeller politischer Vorteil bot sich die Möglichkeit, aus der Forschungsreise einen Anspruch der Vereinigten Staaten auf Oregon herzuleiten, für den sich bis dahin nur die zufällige Entdeckung der Columbiamündung durch einen Bostoner Chinafahrer, Kapitän Gray, im Jahre 1792 hätte geltend machen lassen.

Während aber so der Zukunft der Weg gebahnt wurde, bot nicht weniger die Gegenwart vom Standpunkt Jeffersons und seiner Parteigenossen allen Grund zur Zufriedenheit. Das wirtschaftliche Leben befand sich in andauerndem Aufschwung. Der Ertrag der Zölle stieg so hoch, daß trotz jener Abschaffung der inneren Steuern ein jährlicher Überschuß von über sieben Millionen Dollar zur Schuldentilgung frei blieb. Innerhalb der Regierung herrschte ein Einvernehmen, das zu den Zuständen unter Adams einen bezeichnenden Kontrast bildete. Jefferson hatte sein Kabinett aus ebenso fähigen wie ergebenen Männern zusammengestellt, Madison als Staats-, Gallatin als Schatzsekretär, und verstand sie in Harmonie mit sich selbst wie untereinander zu halten. Er hat rückblickend behaupten dürfen, es habe in den acht Jahren seiner Amtsführung im Ministerrat niemals einen Fall unfreundlicher Worte oder Gedanken gegeben. Ähnlich vollständig glückte ihm das Zusammenarbeiten mit dem Kongreß, der noch nie so in der Hand

des Präsidenten gewesen war, selbst in den ersten Zeiten Washingtons nicht. Denn unter den Republikanern blieb sein Einfluß maßgebend: nur der exzentrische John Randolph gefiel sich in frondierender Haltung; und die Föderalisten wollten mit jeder Wahl weniger bedeuten. 1803 zählten sie unter jetzt hundertzweiundvierzig Mitgliedern des Repräsentantenhauses nur noch neununddreißig und unter vierunddreißig Senatoren neun Anhänger. Selbst in Neuengland begann der Stern der Partei zu verblassen. Sie wies gewiß immer noch eine stattliche Zahl von Talenten auf, weil doch die Gebildeten größeren Teils zu ihr gehörten, aber es waren Offiziere ohne Soldaten, die überdies der rechten Disziplin entbehrten. Auch hatte sie das Unglück, gerade ihren glänzendsten Mann zu verlieren. Am 12. Juli 1804 erlag Hamilton einer Wunde, die ihm sein alter Feind Aaron Burr in einem Duell tags zuvor beigebracht hatte. Hamilton war seit dem Zusammenbruch von 1801 politisch weniger hervorgetreten. In manchen Punkten, wie der Opposition gegen den Louisianakauf, billigte er die Haltung seiner Genossen nicht, und im ganzen sah er wohl, daß die Föderalisten keine Zukunft mehr hatten. Eine entschiedene Niedergeschlagenheit war an ihm zu bemerken, obwohl er als gesuchtester Anwalt New Yorks in angenehmen Verhältnissen lebte. Daß er der Nation je wieder ein Führer hätte werden können, ist unwahrscheinlich, wenngleich die Möglichkeit besteht, daß seine militärischen Talente in dem späteren Krieg gegen England zu neuer Geltung gekommen wären. Aber der Tod des erst Siebenundvierzigjährigen in der Vollkraft geistiger und körperlicher Fähigkeiten von der Hand eines unwürdigen Gegners bleibt ein tragisches Ereignis der amerikanischen Geschichte, zumal er in gewissem Sinne für die Sache des Bundes fiel, zu dessen Begründung und Befestigung er so vieles beigetragen hatte. Der Zweikampf nämlich hatte seine Ursache in dem erfolgreichen Widerstand, den er der Wahl Burrs zum Gouverneur von New York entgegengesetzt hatte, und diese Wahl war von einer Reihe seiner Freunde unterstützt worden als Mittel, um eine Sezession der Nordstaaten vorzubereiten.

Daß Pläne einer solchen Sezession auftauchten, zeigt am besten, wie sehr die Föderalisten verzweifelten, auf dem ordentlichen Weg je wieder zur Herrschaft zu gelangen. In der Tat erwies gleich noch im selben Jahr (1804) die Präsidentenwahl ihre völlige Ohnmacht.

Ein wenig in Widerspruch mit seinen Theorien, aber gedeckt durch das Beispiel seiner beiden Vorgänger, hatte Jefferson eingewilligt, sich wieder als Kandidaten aufstellen zu lassen. Die Folge war ein Sieg, der die kühnsten Hoffnungen seiner Anhänger übertraf. Nur in Connecticut und Delaware und in zwei Kreisen von Maryland behaupteten sich die Föderalisten. Überall sonst, auch in Massachusetts, drangen die Republikaner durch, die so mit hundertzweiundsechzig gegen vierzehn Stimmen eine schlechthin überwältigende Mehrheit errangen, und der Stolz darauf konnte um so größer sein, als der Wahlmodus, den die Bundesverfassung ja in das Belieben der Einzelstaaten stellte, vielfach demokratischer geworden war. Nur noch in sieben Staaten waren diesmal die Präsidentenwähler von den Landtagen, in den übrigen durch das Volk direkt gewählt worden, allerdings überwiegend nicht nach Bezirken, sondern — unter starker Beeinträchtigung der Minoritäten — nach einer Generalliste (general ticket) für den ganzen Staat. Eine weitere wichtige Neuerung war, daß dann die Wahlmänner zum erstenmal über Präsidenten und Vizepräsidenten gesondert abstimmten. So verordnete das zwölfte Amendement zur Verfassung vom 25. September 1804, damit sich die bösen Erfahrungen vom Februar 1801 nicht wiederholten.

Jefferson trat seine zweite Amtszeit mit begreiflicher Zuversicht an. Bisher hatte sich sein System einer Regierung, die nicht regierte, nach allen Seiten bewährt. Dem eigenen Volk und dem staunenden Europa war der Beweis geliefert, daß man ein Gemeinwesen groß und glücklich machen könne ohne Beamtenheer, ohne Steuern, ohne Rüstungen, nur mit dem nötigen Vertrauen in die guten Anlagen der Menschen und einer gewissen Kunst leisen Entwickelns und Nachhelfens. In der alten Welt wurden dem Moloch Staat wieder einmal ungeheure Opfer an Gut und Blut gebracht. Der Krieg zwischen Frankreich und England war im Mai 1803 richtig von neuem ausgebrochen, zog alsbald Spanien und Holland in seine Kreise und drohte auch das übrige Europa zu erfassen. Amerika aber schien sicher und gesegnet. Hier ging der Einzelmensch ungestört seiner friedlichen Arbeit nach, ja diese wurde sogar einträglicher. Der ferne, fremde Krieg brachte dem Farmer höhere Getreidepreise und mehrte vor allem Beschäftigung und Gewinn von Kaufleuten und Reedern.

Denn natürlich zeigte der Handel der Kämpfenden sogleich die Neigung, sich unter neutralen Schutz zu flüchten. Schon die Engländer verschmähten den gelegentlich nicht. Vollends Frankreich und Spanien mußten den ganzen Verkehr mit ihren westindischen Besitzungen amerikanischen Schiffen überlassen. Direkt und offen war das freilich auch nicht möglich, da England ja den Grundsatz nicht anerkannte, daß die Flagge die Ladung deckte. Aber man half sich mit dem Trick der sogenannten unterbrochenen Reise. Die amerikanischen Kapitäne kauften scheinbar für eigene Rechnung ein, liefen New York oder einen neuenglischen Hafen an, luden dort erst einmal aus, zahlten den Zoll, von dem der größere Teil zurückvergütet wurde, und brachten das derart als amerikanisch erwiesene Gut dann weiter an seine eigentliche Bestimmung. Bald war so fast der ganze Kolonialwarenhandel in amerikanischen Händen. Man sah die Sterne und Streifen in den Häfen von Cadiz, Barcelona, Lissabon, Emden, Hamburg, Gotenburg und Kopenhagen. Die Werften konnten kaum so viel Schiffe liefern, wie verlangt wurden, und die Nachfrage nach Matrosen stieg so, daß das Dreifache der früheren Löhne (vierundzwanzig statt acht Dollar im Monat) geboten werden mußte.

Die Frage war nur, wie lange die Engländer ein Geschäft dulden würden, das offenbar auf ihre Kosten betrieben wurde. Ihre öffentliche Meinung zeigte sich von vornherein sehr unwillig. Die meisten Reeder aus Konkurrenzneid und viele Seeoffiziere aus Gier nach vermehrten Prisengeldern wünschten einfach, daß den Amerikanern als Helfershelfern Frankreichs der Krieg erklärt würde. Mindestens verlangte man Gegenmaßregeln gegen ihr „betrügerisches" Verhalten. Wirklich erkannten dann die britischen Seegerichte seit dem Sommer 1805 den früher wohl zugelassenen Einwand der unterbrochenen Reise nicht mehr an. Überdies arbeitete die Regierung nach dem bewährten Rezept der Papierblockaden. Auch solche Häfen, Meere und Küstenstriche, die nicht dauernd oder vollständig bewacht waren, wurden durch einfache Proklamation für gesperrt erklärt mit der Rechtswirkung, daß Schiffe, die trotzdem dahin segelten, als Blockadebrecher aufgebracht werden konnten. Erst die westindischen Inseln, dann nach und nach bis Mai 1806 alle europäischen Häfen zwischen Brest und Hamburg fielen unter den Bann. Amerika spürte das sofort. Schon

Ende 1805 hatte es hundert Kauffahrer als gute Prisen an England verloren. Man mochte an die bösen Tage vor dem Jay-Vertrag denken.

Und noch eine andere Beschwerde von damals lebte in voller Schärfe neu auf. In den ersten Monaten von 1803 hatten sich die englischen Minister nicht abgeneigt gezeigt, ein Übereinkommen zu treffen, das die amerikanischen Matrosen wirksamer vor dem Gepreßtwerden schützte. Nachdem aber der Krieg mit Frankreich neu ausgebrochen war, waren sie alsbald zu ihrer alten rohen Praxis zurückgekehrt, indem sie sich nicht ohne Grund darauf beriefen, daß Volk und Behörden in Amerika die Desertion von S. M. Flotte vielfach beinahe systematisch begünstigten. Nicht nur in englischen, auch in neutralen Häfen und auf offenem Meer wurden amerikanische Schiffe nach englischen Untertanen durchsucht, und trotz der schönsten Papiere, die ja erschlichen sein konnten, war niemand sicher, der englisch sprach oder aussah. Bis Anfang 1806 rechnete man, daß dreitausend richtige amerikanische Staatsbürger so ihrer Freiheit beraubt, der barbarischen britischen Prügeldisziplin unterstellt worden seien. Nicht einmal in den amerikanischen Gewässern legten sich die englischen Kapitäne in der Jagd auf Menschen oder Güter die geringste Rücksicht auf. Am 25. April 1806 geschah es im Angesicht von New York, daß der britische Kreuzer Leander drei Schüsse gegen einen harmlosen Küstenfahrer abgab, durch deren einen der Steuermann John Pierce getötet wurde.

Die Erregung darüber und über die Handelsverluste konnte nicht anders als groß sein. In Versammlungen, in der Presse, im Kongreß fielen drohende Worte. Auch hatte der Kongreß bereits (18. April) ein Gesetz angenommen, das vom 15. November an die Einfuhr einer langen Reihe von englischen Waren verbot, wenn bis dahin die Beschwerden nicht behoben seien. Aber noch hielten doch die Mehrheit der Abgeordneten und Jefferson selbst an der Hoffnung auf eine friedliche Lösung fest. In London war durch den Tod Pitts (23. Januar 1806) gerade eben Amerikas alter Freund Fox ans Ruder gekommen, und die allgemeine Lage nach Trafalgar und Austerlitz schien zu einem Frieden zwischen England und Frankreich führen zu können, der auch für die Union jede Gefahr beseitigt hätte. Wirklich fanden dann ja in Paris Verhand-

lungen statt, aber ihr Ergebnis war nur die Erneuerung des Kampfes auf dem Festland durch die Schilderhebung Preußens und eine so von niemand geahnte Verschärfung des Seekrieges. Am 21. November 1806 erließ Napoleon von Berlin aus das Edikt der Kontinentalsperre, das die Papierblockade mit all ihren vernichtenden Folgen für den neutralen Handel über die britischen Inseln verhängte. Schon vorher waren die Aussichten für eine englisch-amerikanische Verständigung nicht glänzend gewesen, so eifrig sich den ganzen Sommer und Herbst über Monroe als ordentlicher Gesandter und der von Jefferson abgeordnete Sonderbevollmächtigte William Pinckney darum bemüht hatten. Nun das Berliner Dekret, das übrigens vielleicht zunächst gerade diesen Zweck verfolgte, mußte sie vollends zerstören. Die englischen Minister, unter denen Fox nicht mehr war (er starb am 23. September 1806), wollten sich angesichts der neuen Gefahr Amerika gegenüber die Hände nicht binden. Sie bewilligten zwar einen Vertrag (31. Dezember 1806), aber der machte so wenig Zugeständnisse und die wenigen auch noch so bedingt, daß Jefferson ihn kurzerhand verwarf, ohne ihn überhaupt dem Senat vorzulegen (März 1807).

Bald darauf dann ereignete sich der böseste aller bisherigen Zwischenfälle. Seit Ende 1806 lag ein halbes Dutzend britischer Kreuzer vor und in der Chesapeakebai, um ein dorthin verschlagenes kleines französisches Geschwader nicht entkommen zu lassen. Daraus ergaben sich tausenderlei Belästigungen für die amerikanische Schiffahrt. Einmal wurde sogar ein Regierungszollboot mit dem Vizepräsidenten Clinton an Bord von den Engländern gejagt. Unter der Küstenbevölkerung entstand eine sehr gereizte Stimmung. Deserteure von der Flotte wurden am Land mit einer gewissen Ostentation empfangen und beschützt. Vier, unter denen drei allerdings amerikanische Herkunft behaupteten, fanden sogar Anstellung auf einer Vereinigten Staaten-Fregatte Chesapeake, die im Begriff war, nach dem Mittelmeer zu segeln. Keine Beschwerden der englischen Kapitäne halfen. Da beschloß der Höchstkommandierende der nordamerikanischen Station, Admiral Berkeley in Halifax, einmal ein Exempel zu statuieren. Die Chesapeake wurde im Augenblick ihrer Ausreise von einem überlegenen englischen Zweidecker, dem Leopard, gestellt, und als der Kapitän ablehnte, die Mannschaft auf Deserteure mustern zu lassen, ohne weiteres unter Feuer

genommen. Drei Amerikaner wurden getötet, achtzehn verwundet, und das schimpfliche Ende war, daß die schlecht gerüstete, überraschte Fregatte, nachdem sie nur mit einem einzigen Schuß hatte erwidern können, die Flagge streichen mußte. Britische Offiziere kamen an Bord. Vier Matrosen wurden als Deserteure ergriffen. Dann mochte das Schiff, als ein halbes Wrack großmütig wieder freigegeben, zurückfahren (22. Juni 1807).

Eine stärkere Herausforderung ließ sich nicht denken. Es handelte sich um eine flagrante Verletzung des Völkerrechts und der Nationalehre, die die sofortige Kriegserklärung gerechtfertigt hätte. Des amerikanischen Volkes bemächtigte sich denn auch entschiedene Kriegsstimmung. Überall wurden Protestversammlungen abgehalten. Vielerorten legte man Trauer an. Jede Waren- und Wasserlieferung für die englischen Schiffe hörte auf. Jefferson meinte, seit Lexington sei solche Aufregung nicht dagewesen. Doch trug er Bedenken, ihr allzuweit nachzugeben, weil er nicht wissen konnte, wie gefährdet, wie förmlich zu einem Angriff einladend die Lage Englands gerade eben durch den Zusammenbruch auch der vierten Koalition und das russisch-französische Bündnis von Tilsit geworden war. Ein paar wenig ausreichende Rüstungsmaßregeln und eine unwirksame Proklamation, die der britischen Flotte jedes längere Verweilen an der amerikanischen Küste untersagen wollte, waren die einzigen unmittelbaren Gegenschläge. Im übrigen begnügte er sich, in London eine Reihe allerdings nicht ganz bescheidener Satisfaktionsforderungen stellen zu lassen.

Ehe dann aber die Verhandlungen darüber zu ihrem natürlich unbefriedigenden Ende kamen, sah er sich neuen Angriffen auf den amerikanischen Handel, jetzt zugleich von Frankreich und England gegenüber. — Napoleon, immer in der Hoffnung, die Vereinigten Staaten doch noch einmal als Bundesgenossen zu gewinnen, hatte die Bestimmungen der Kontinentalsperre anfangs nicht gegen ihre Schiffe anwenden lassen. Im Herbst 1807 aber, vielleicht unter dem Einfluß seiner letzten Siege, änderte er diese Praxis. Am 10. November 1807 wurde ein erstes amerikanisches Schiff auf Grund des Berliner Dekrets für gute Prise erklärt. Und schon nächsten Tages in merkwürdigem Zusammentreffen ergingen englische Geheimratsbefehle, die vollends eigentlich jeden legitimen Handel unmöglich machten, indem sie ihn zwangen, gerade den

verfemten Weg über England zu nehmen. Sie bestimmten nämlich, daß kein Schiff frei sein sollte, Waren nach den Ländern der Kontinentalsperre zu führen, das sich nicht in einem Hafen des Vereinigten Königreiches selbst oder in Gibraltar oder Malta gegen eine recht hohe Abgabe die besondere Erlaubnis dazu holte.

Mitte Dezember, verhältnismäßig sehr früh, hatte man in Washington die beiden bösen Nachrichten. Und diesmal handelte der Präsident mit außerordentlicher Entschiedenheit. Es war nicht ohne Eindruck auf sein popularitätsfrohes Gemüt geblieben, daß selbst manche Anhänger ihm zu große Nachgiebigkeit vorwarfen und seine Gegner das Wort aufbrachten, es heiße jetzt im Gegensatz zu der großen Zeit von 1798: Millionen als Tribut, nicht einen Cent zur Verteidigung. Gewiß an Krieg dachte er auch jetzt nicht. Von Heroismus war keine Spur in ihm. Am gesegnetsten, hatte er noch im März geschrieben, sei das Volk, dessen stiller Glückslauf der Geschichte keinen Stoff biete. Auch wußte er, daß die Rüstungen unvollendet seien, und endlich die Beschwerden richteten sich gegen Frankreich so gut wie gegen England, während doch nur Schwärmer einen „dreieckigen" Krieg empfehlen konnten. Dafür gab es vielleicht ein anderes, unblutiges Mittel, wie man beide, den Eroberer und den Piraten, das Mammut und den Leviathan zur Vernunft brachte. Ohne rechte Fühlung mit der Handelswelt, zu sehr befangen in dem wirtschaftlichen Gesichtskreis der Pflanzer, meinte er, daß Amerika den Welthandel, aber nicht der Welthandel Amerika zu entbehren imstande sei. Namentlich für England schien ihm die Sperrung des amerikanischen Marktes ein vernichtender Schlag sein zu müssen. Er entschloß sich also, ein allgemeines Embargo zu verhängen. In den amerikanischen Häfen sollte bis auf Widerruf kein anderer Schiffsverkehr zulässig sein als der, der der Küstenschiffahrt diente. Das Kabinett, der Senat, das Repräsentantenhaus wurden mit erstaunlicher Leichtigkeit für die „Schildkrötenpolitik" gewonnen. Schon nach wenigen Tagen, am 22. Dezember 1807, war das Embargo Gesetz.

Seine Wirkung auf die amerikanische Volkswirtschaft war groß und dauernd. Die Überentwicklung des Seehandels, die eine Folge des französisch-englischen Krieges gewesen war, hatte die Nation einigermaßen ihren eigentlichen Aufgaben zu entfremden gedroht, indem sie zu viel Energie und Kapital in Anspruch nahm. Schon

die Landwirtschaft merkte hier und da einen Mangel an Arbeitskräften. Vollends die bescheidenen Anfänge einer Industrie litten. Es war so viel bequemer, als billige Rückfracht europäische Fabrikate einzuführen. Nun ergab sich auf einmal die Notwendigkeit, namentlich die Gegenstände starken augenblicklichen Bedarfs, wie die Textilwaren, im Land zu erzeugen. Alle Welt, bis herauf zu den Kongreßmitgliedern und dem Präsidenten, erschien in einheimischen Tuchen. Neue Betriebe wuchsen zu Dutzenden empor, und die Schutzzollbewegung, zu der sich Ansätze freilich schon in den Jahren nach 1789 gezeigt hatten, gewann eine sichere Grundlage. Selbst Jefferson, der bisher der Meinung gewesen war, Amerika beziehe seine Industriewaren am besten aus Europa, erklärte jetzt bekehrt, daß man den Fabrikanten neben den Landwirt stellen müsse. Das Embargo bezeichnet einen ersten großen Schritt auf dem Wege der Union zum Industriestaat.

Auch als politische Maßregel hätte es recht wohl seinen Zweck erfüllen können, wenn es vollständig und lange genug durchgeführt worden wäre. Aber hier hatte die Rechnung des Präsidenten ein Loch. Er hatte den Schaden für die Handelskreise in Amerika selbst und deren Widerstand zu gering angeschlagen. Die Kaufleute und Reeder der Seestädte waren in heller Empörung. Sie hatten bisher, ungeachtet aller Schikanen und Konfiskationen, glänzende Geschäfte gemacht, indem sie einfach eine hohe Risikoprämie auf die Preise von Waren und Fracht schlugen und der rohen Gewalt die tausenderlei Listen und Schliche des Schmugglers entgegensetzten. Warum ließ man sie nicht weiter gewähren oder erlaubte ihnen einfach, zur Abwehr von Übergriffen ihre Schiffe zu bewaffnen? Das Embargo traf sie mehr als die kriegführenden Mächte. Es war, wie ein Abgeordneter höhnte, als schnitte man sich die Zehen ab, um die Hühneraugen los zu werden. Diese Torheit wollten sie nicht mitmachen. Kaum war die Akte bekannt, als sie auch schon auf alle Weise umgangen wurde. Man mißbrauchte die Erlaubnis zur Küstenschiffahrt wie die Freiheit kleiner Boote unter fünf Tonnen und organisierte einen ausgedehnten Schleichhandel über die Grenzen von Kanada und Florida. Das führte zu einer Reihe ergänzender, sehr scharfer Gesetze, und die hatten nun in der Tat die Folge, daß Werften, Quais und Kontore verödeten, gleichzeitig aber stellten sie mit Zwang und Spionage eine

so starke Belästigung allen Verkehrs dar, daß über die Nächstbeteiligten hinaus die breiten Volksschichten erbittert wurden. Dazu fanden sich neben den Kaufleuten bald auch die Produzenten in Mitleidenschaft gezogen. Die Farmer von Neuengland und den Mittelstaaten hatten keinen Absatz mehr für ihr Getreide, Mehl und Fleisch, und den Pflanzern des Südens blieben — freilich weniger bedenklich wegen der geringeren Gefahr des Verderbens — Baumwolle und Tabak liegen, während doch die Schuldenzinsen weiterliefen. Versammlungen protestierten, Spottlieder und -bilder wurden verbreitet. Mit jedem Tag wuchs die Agitation.

Vielleicht hätte Jefferson trotzdem durchgehalten, wenn er noch einige Jahre der Regierung vor sich gehabt hätte. Aber seine zweite Amtszeit war im Begriff abzulaufen, und die Kandidatur für eine dritte, die ihm von den verschiedensten Seiten angetragen wurde, hatte er abgelehnt. Er wünschte das von Washington gegebene Beispiel, indem er ihm folgte, zur Tradition, zu einem ungeschriebenen Gesetz zu erheben. Nach seinem demokratischen Glaubensbekenntnis waren acht Jahre die längste Frist, während der ein Mann ohne Schaden für die Freiheit die Geschicke des Landes leiten durfte. Auch hatten ihn die schweren Sorgen der letzten Jahre, die oft gehässigen Preßangriffe doch mitgenommen. Kein Gefangener, schrieb er, könne das Ende seiner Strafe inniger herbeisehnen, als er das Aufhören seiner Präsidentschaft. Er veranlaßte also, daß vielmehr sein langjähriger getreuer Helfer, der Staatssekretär James Madison, aufgestellt und gewählt wurde (November 1808). Aber einesteils, weil viele Republikaner lieber den kraftvolleren und frischeren Monroe gehabt hätten, und andernteils eben unter der bösen Nachwirkung des Embargo zeigte die Stimmenzahl gegen 1804 eine sehr bedenkliche Abnahme. Sieben statt damals drei Staaten hatten föderalistisch gewählt, und in manchen anderen war der republikanische Sieg nur mit Mühe erreicht worden. Das vermehrte dann natürlich die Unsicherheit innerhalb der Regierung, die sich in den Monaten vor einem Präsidentenwechsel immer geltend macht. Jefferson fand es bequem, sich um die Verantwortung zu drücken. Er halte es nicht für recht, antwortete er allen Fragern, Maßregeln vorzuschlagen, die sein Nachfolger durchführen müsse. Der Kongreß blieb ohne die Leitung, an die er bis dahin gewöhnt war, und kapitulierte deshalb vor der öffentlichen Meinung. Er

beschloß, das allgemeine Embargo zum 4. März 1809 aufzuheben zugunsten eines neuen abgeschwächten Gesetzes, der sogenannten Nichtverkehrsakte, das den Verkehr nur mit Frankreich und England verbot, bis eines von beiden seine anstößigen Dekrete zurückgenommen hätte.

Anfangs schien der Erfolg diesem Wechsel der Politik recht zu geben. Der britische Gesandte Erskine willigte in ein Abkommen (19. April), das die Chesapeakebeschwerde beilegte und die Aufhebung der Geheimratsbefehle bis zum 10. Juni zusicherte. Madison erließ darauf eine Proklamation, die von diesem Tag an den Handel mit England freigab, und eine überaus stattliche Flotte segelte aus, um die aufgestapelten Waren übers Meer zu bringen. Aber nach ein paar Wochen schon kam die Hiobsbotschaft, daß das Ministerium Erskine verleugnet habe, und daß anstelle der freilich aufgehobenen alten Handelsbeschränkungen neue, nur noch lästigere getreten seien, die nach einer kurzen Gnadenfrist auch gegen die Amerikaner angewandt werden sollten. Überdies wurde zu Erskines Nachfolger ausgerechnet jener Jackson ernannt, den die Welt aus der Vorgeschichte des Bombardements von Kopenhagen als ein besonders brutales Werkzeug des Foreign Office kannte. Sein böser Ruf trog nicht. Er trat auch in Washington alsbald so herausfordernd auf, daß Madison jeden Verkehr mit ihm abbrach und seine Abberufung verlangte.

Im übrigen war guter Rat teuer, und der Präsident war nicht der Mann für eine schwierige Lage. Es fehlten ihm die rechten Führereigenschaften. Tel brille au second rang qui s'éclipse au premier. Statt zu leiten, hörte er herum. In seiner Umgebung aber wie im Kongreß empfahl jeder etwas anderes. Monatelang gab es einen hitzigen Streit zwischen der Mehrheit des Repräsentantenhauses und der des Senates. Schließlich (1. Mai 1810) einigte man sich auf sehr merkwürdige Beschlüsse. Man ließ die Nichtverkehrsakte, die nach der Verleugnung Erskines natürlich auch England gegenüber neu in Kraft gesetzt war, einstweilen verfallen, so daß der Handel ganz frei war, bestimmte aber, daß, wenn bis zum März 1811 einer der Kriegführenden auf seine feindlichen Dekrete verzichte und der andere binnen dreier Monate trotz besonderer Aufforderung dem Beispiel nicht folge, dann gegen diesen

andern die Handelsbeschränkungen größerenteils wieder aufleben sollten.

Das war, so unparteiisch es schien, tatsächlich doch ein Zeichen wachsender Feindseligkeit gegen England. Denn das Angebot, das formell an beide erging, richtete sich tatsächlich in erster Linie an die Adresse Napoleons. Frankreich hatte ein ungleich stärkeres Interesse daran, Amerika den Engländern, als England, es den Franzosen gesperrt zu sehen. Napoleon besann sich auch nicht lange. Er war in den letzten Jahren gegen den amerikanischen Handel räuberisch genug verfahren. Unter dem Vorgeben, daß er damit nur die Unionsregierung in der Durchführung ihrer eigenen Gesetze unterstütze, hatte er alle amerikanischen Schiffe in seinen Häfen konfiszieren lassen. Nun aber mußte sein Minister Champagny dem amerikanischen Gesandten am 5. August 1810 erklären, daß die französischen Dekrete zum 1. November aufgehoben werden würden, wenn England seine Geheimratsbefehle widerriefe, oder wenn die Vereinigten Staaten ihren Rechten gegen England Respekt verschafften, und diese vieldeutige, unvollständige, kaum ganz ehrlich gemeinte Zusage genügte den um einen Ausweg verlegenen Amerikanern. Nach einigem Zögern, als die vorgesehene Mitteilung an das britische Kabinett ohne befriedigende Antwort blieb, verhängte der Kongreß im März 1811 die Sperre wenigstens für die Einfuhr aus England, womit der Krieg wieder um einen Schritt näherrückte. Auch verließ der amerikanische Gesandte London, und am 16. Mai 1811 kam es auf der Höhe von Kap Charles doch wohl durch Schuld des amerikanischen Kapitäns zu einem Kampf zwischen der Vereinigten Staaten-Fregatte Präsident und der englischen Korvette Kleiner Belt, bei dem diesmal die Briten den kürzeren zogen.

Auf englischer Seite hätte man trotzdem jetzt gern das Äußerste vermieden. Das Kabinett wünschte im Grunde nicht, seinen anderen, ständig wachsenden Verlegenheiten einen kostspieligen, gefährlichen und unlohnenden Kampf mit den Vereinigten Staaten hinzuzufügen. Deshalb schickte es einen neuen, sehr versöhnlich gestimmten Gesandten, Foster, der in der Chesapeakesache endlich volle Satisfaktion leistete, verminderte die Blockadeflotte, statt sie zu vermehren, befolgte im Punkt des Pressens eine etwas mildere Praxis und erwog Zugeständnisse bezüglich des Handels. Aber ohne einen

wirklich bedeutenden Kopf, von mancherlei Rivalitäten zerrissen und immer wieder durch andere Sorgen abgelenkt, verstand es nicht, rasch und konsequent vorzugehen. Kostbare Zeit verrann ungenutzt, und als endlich wirklich die Aufhebung der Geheimratsbefehle verfügt wurde (23. Juni 1812), war die amerikanische Kriegserklärung unterwegs.

Daß es dahin kam, war das Werk einer Reihe jüngerer Politiker. Ein großer Teil der amerikanischen Jugend, namentlich im Süden und Westen, war seit langem mit der schwächlichen Haltung der Regierung gegen England nicht einverstanden. Sie kannte nicht wie die ältere Generation aus eigener Erfahrung die Schrecken des Krieges und besaß ein stärkeres Gefühl für die Größe und Zukunft ihres Volkes. Die Nichtachtung des Sternenbanners auf dem Meer dünkte ihr eine Schmach. Erst recht aber erregte es sie, daß seit 1809, wie man meinte, auf englisches Anstiften, die Indianer des Nordwestens unter zwei großen Führern, dem „Propheten" und seinem Bruder Tekumseh, unruhig zu werden begannen: am 8. November 1811 hatte der Gouverneur von Indiana, William Harrison, sie in einem glücklicherweise siegreichen Gefecht bei Tippecanoe bestehen müssen. Sollte derart „die Rute britischer Macht immer über dem Haupt der Nation schweben"? Am Ende war England, mit all seinen Feinden in Europa, doch kein unüberwindlicher Gegner. Seine Auflösung sei weit vorgeschritten, meinte selbst Jefferson. Es mußte ein leichtes sein, ihm Kanada und Spanien, dessen Cortes es beschützte, die Floridas zu entreißen. Das Ideal eines einigen freien Nordamerika würde seiner Verwirklichung einen gewaltigen Schritt nähergeführt werden, und dem äußeren Erfolg entsprach dann wohl der moralische Gewinn. Brauchte das Volk, das in Schachergeist und Luxus zu versinken drohte, nicht einer Auffrischung durch heroische Taten, durch Beispiele von Mut, Gemeinsinn und Aufopferung? — Etwas von der neuen lebendigen, aggressiven Staatsgesinnung, die die eiserne Zeit in Europa erzeugt hatte, ging unwillkürlich auch auf Amerika über und setzte sich gegen den bequemen, ruheseligen Individualismus der älteren Demokratie. Draußen in der öffentlichen Meinung war der Umschwung seit Jahren zu spüren. In der Bundespolitik zeigte er sich seit dem Zusammentritt des Zwölften Kongresses im November 1811. Bei den letzten Wahlen hatten ungewöhnlich viele alte Abgeord-

nete — 61 unter 142 — ihr Mandat eingebüßt. Unter den neuen Männern gab es eine Fülle von Talenten und vor allem einen geborenen Führer, den „großen Kentuckier" Henry Clay, der durch vier Jahrzehnte eine der glänzendsten Erscheinungen des amerikanischen Lebens bleiben sollte. Clay hatte als Sohn eines armen, früh verstorbenen virginischen Baptistenpredigers eine schwere Jugend gehabt. Aber durch Glück und eigene Tüchtigkeit war er schon mit einundzwanzig Jahren 1798 in Lexington in Kentucky zu der Stellung eines Rechtsanwalts gekommen, die für so viele Staatsmänner der Union die erste Stufe einer bedeutenden Laufbahn gewesen ist; und wie in einem werdenden Gemeinwesen der Aufstieg leicht fällt, war er gleich 1803 zum Landtagsabgeordneten seines Staates, 1806 und wieder 1809 sogar zum Bundessenator gewählt worden. Als solcher fühlte er sich nicht ganz an seinem Platz. Seine feurige, etwas pathetische Beredsamkeit, überhaupt die freie, schwung- und phantasievolle Art, wie er sich gab, wiesen ihn auf die größere Bühne des Volkshauses. Dort war der ritterliche, sehr lebenslustige und doch wieder auch würdevolle Dreißiger dank seinem vielgerühmten „persönlichen Magnetismus" von Anfang an der Mittelpunkt eines enthusiastischen Kreises. Man wählte ihn zum Sprecher und legte damit eine Macht in seine Hände, die über die eines Parlamentspräsidenten in Europa sehr weit hinausgeht; denn der Sprecher setzt die Kommissionen zusammen, in denen doch meist die Entscheidung fällt, und verteilt die Geschäfte unter sie. Clay hat diese Macht noch in mancher folgenden Legislaturperiode virtuos geübt. Damals, 1811, berief er in den Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten nur Anhänger der scharfen Tonart, und die Folge war ein Bericht, der es für die Pflicht des Kongresses erklärte, die Hilfsmittel des Landes aufzubieten, weil Geduld aufgehört habe, eine Tugend zu sein. Im Plenum des Repräsentantenhauses und erst recht im Senat regte sich nun zwar der Widerstand der Friedensfreunde. Nicht alle Rüstungsmaßregeln, die die Kriegspartei beantragte, fanden Annahme, und man schob die Frist für die große Entscheidung hinaus, indem man vorerst noch einmal für drei Monate, vom 4. April 1812 an, ein neues Embargo verhängte. Aber wenn angeregt wurde, inzwischen durch Entsendung eines Sonderbevollmächtigten, James A. Bayard, in London einen letzten Versuch zur Verständigung zu machen, so wandten Clay und

seine Freunde ihren ganzen Einfluß gegen diesen vernünftigen Vorschlag, der, wie die Dinge lagen, den Kampf wahrscheinlich verhindert hätte. Insbesondere bearbeiteten sie den anfangs schwankenden Madison mit der Drohung, sich bei der gerade bevorstehenden Präsidentenwahl nötigenfalls nach einem energischeren Mann umsehen zu wollen. Wirklich trat er dann aus persönlichen wohl mehr als aus politischen Gründen ganz auf die Seite der „Kriegsfalken". Am 1. Juni 1812 empfahl er dem Kongreß in feierlicher Botschaft, der Gewalt mit Gewalt zu begegnen. Das Repräsentantenhaus stimmte nach verhältnismäßig kurzer Beratung zu. Im Senat gab es Aufenthalt. Immerhin am 18. Juni konnte die förmliche Kriegserklärung erfolgen.

Sie war das Ende einer Entwicklung von langen Jahren, an sich nach Gründen und Zielen wohl gerechtfertigt, aber in diesem Augenblick doch ein Akt der Übereilung, hervorgegangen aus unklarem Tatendrang hier, aus Ratlosigkeit dort, ohne genügende Erwägung aller Möglichkeiten oder Vorbereitung aller Mittel.

Zunächst fehlte die einmütige Unterstützung der öffentlichen Meinung. Nicht die Nation, sondern nur eine Partei stand hinter der Regierung. In den Kreisen der Föderalisten, namentlich der neuenglischen, herrschten noch immer starke Sympathien für das alte Mutterland und Antipathien gegen den revolutionären Tyrannen Napoleon. Hier hatte man dem Gesandten Jackson nach seinem Konflikt mit dem Präsidenten einen demonstrativ freundlichen Empfang bereitet und bei manchem Bankett auf England als der Welt letzte Hoffnung getrunken. Ja, man war in dem Wunsch, gute Beziehungen zum Londoner Kabinett zu pflegen, beim Verkehr mit seinen amtlichen und nichtamtlichen Vertretern gelegentlich nahe an den Landesverrat herangegangen. Nun unterzeichneten vierunddreißig Kongreßmitglieder einen förmlichen Protest gegen den ungerechten, unpolitischen und aussichtslosen Krieg. Prediger, Versammlungsredner, Dichter nahmen das Thema auf. Es sei schmählich, auf Galliens Befehl das Schwert zu ziehen; man wolle nicht Sklave von solchen sein, die Sklaven besäßen und wieder französischen Sklaven versklavt wären. Passiver Widerstand, hier und da Sezession wurde empfohlen; und da England klug genug war, diese Stimmung durch mancherlei Rücksichten, insbesondere eine anfangs sehr milde Handhabung der Blockade zu unterstützen, entwickelte sich ein Verhältnis, das Jeffer-

son später mit den Worten kennzeichnete, während des Krieges seien vier Neuenglandstaaten mit dem Rest der Union nicht mehr verbunden gewesen, als Leichname mit lebenden Menschen. Weder Geld noch Soldaten waren zu haben. Die Gouverneure von Massachusetts, Rhode Island und Connecticut weigerten sich, ihre Bürgerwehren zusammenzuhalten, oder doch, sie außerhalb ihrer Grenzen verwenden zu lassen.

Dabei wäre der Opfermut des ganzen Volkes nötig gewesen, um die offenbaren Mängel der Rüstung auszugleichen. Für nichts war vorgesorgt. Die Möglichkeit, rasch und glatt den Anleihebedarf zu decken, hatte sich der Kongreß abgeschnitten, indem er in Befriedigung eines alten demokratischen Vorurteils sich geweigert hatte, das 1811 abgelaufene Privileg der Nationalbank zu erneuern, so daß das Kreditwesen ganz in Unordnung war. Die Armee stand größerenteils bloß auf dem Papier. Die Aufstellung von Linienregimentern, spät und zögernd beschlossen, ging langsam vor sich, und wieviel von den 30 000 Freiwilligen und 10 000 Milizleuten zusammenkommen würden, mit denen man rechnete, wußten die Götter, ganz abgesehen davon, daß das Recht, auch nur die ersteren für Angriffsunternehmungen zu verwenden, bestritten war. Dazu fehlte es an fähigen Offizieren; denn Parteieifersucht hinderte meist die Berufung von Föderalisten, und in den republikanischen Reihen boten sich vielfach nur ungebildete oder unwürdige Elemente. Endlich die Flotte zählte nicht mehr als sieben Fregatten und neun kleinere Schiffe. Jefferson, wohl unter dem Eindruck von Napoleons Vorbereitungen für eine Landung in England, hatte alles Heil im Bau von Kanonenbooten gesehen, von denen denn, aber mehr zum Spott als zum Schrecken der Feinde, hundertsiebzehn bereit lagen; und die Beschaffung von zehn neuen Fregatten war noch 1811 von einer kleinen Mehrheit abgelehnt worden, weil ein Teil der alten Demokraten unter Hinweis auf das Beispiel von Tyrus und Sidon, Kreta und Rhodos, Athen und Karthago in einer starken Seemacht schwere Gefahren für Tugend und Freiheit der Nation sehen wollten.

Die Kriegspartei hatte sich darüber und über die anderen Unzulänglichkeiten mit jenem an Leichtsinn grenzenden Optimismus getröstet, der eine amerikanische Nationaleigentümlichkeit ist. Sie rechnete, daß Napoleon der Union die Hauptlast des Kampfes ab=

nehmen würde, indem er die besten Kräfte Englands nach wie vor gefesselt hielte. Aber gerade in diesem wichtigsten Punkt sollte die Erwartung schmerzlich enttäuscht werden. Der Zug des Kaisers nach Moskau, der sich vorbereitete, als in Washington die Würfel fielen, endete mit der bekannten ungeheuren Katastrophe. Der Beherrscher des Kontinents sah sich alsbald einer Koalition fast aller kontinentalen Mächte gegenüber, wurde auf Frankreich zurückgedrängt, in Frankreich selbst gestürzt, und England, von allen Seiten umworben, von niemand mehr bedroht, fand höchstens in der natürlichen Erschöpfung und Ruhesehnsucht nach so vielen Anstrengungen ein Hindernis, den amerikanischen Friedensstörer die ganze Schwere seines Zornes empfinden zu lassen.

Jedenfalls war bei so ungünstiger Konjunktur und so schlechtem Stand der Rüstungen ein Sieg der Vereinigten Staaten von vornherein ausgeschlossen. Die Frage konnte nur sein, ob und wieweit etwa sie sich mit Ehren behaupten würden.

Da erlebte denn die Welt und einigermaßen auch die Nation selbst in einer Hinsicht eine Überraschung. Die kleine amerikanische Marine erwarb sich Lorbeeren. Der Seefahrergeist der Kolonisten hatte sich ja schon im Unabhängigkeitskrieg bewährt, und nachher war Gelegenheit gewesen, in siegreichen Kämpfen mit den Barbaresken Mut und Geschick zu zeigen. Dennoch erregte es unendliches Aufsehen, als Nachricht kam, daß am 19. August 1812 Kapitän Isaac Hull mit der Fregatte Constitution die etwas schwächere englische Guerrière nach kurzem heftigen Gefecht zur Ergebung gezwungen hätte. Zwei ähnliche Siege der United States über den Macedonier (25. Oktober) und wieder der Constitution über die Java (29. Dezember) folgten dann noch im selben Jahr. Die Engländer suchten nach Gründen, die den peinlichen Eindruck ihrer Niederlage abschwächen könnten, und fanden sie in der stärkeren Artillerie, der besseren Schießausbildung, den neueren Schiffstypen der Amerikaner. Auch trafen sie Vorkehrungen gegen eine Wiederholung, indem sie ihre Flottenmacht an der amerikanischen Küste gewaltig verstärkten — von vierundzwanzig Schiffen im Jahr 1812 auf schließlich einundsiebzig — und den Kapitänen strengen Befehl gaben, sich nur im Fall unzweifelhafter Überlegenheit auf einen Kampf einzulassen. Aber wenn nun freilich der Ausgang mehrfach zu ihren Gunsten war, z. B. bei dem viel gepriesenen Kampf

der Shannon gegen die Chesapeake (1. Juni 1813), so fehlte es keineswegs an weiteren amerikanischen Erfolgen und blieb die niederschlagende, in den Zeitungen offen zum Ausdruck gebrachte Erkenntnis, daß dem Anspruch Englands auf alleinige Seeherrschaft ein neuer, ernst zu nehmender Gegner erstanden sei. Vollends die amerikanischen Kaper waren vom ersten Augenblick an eine überaus schwere Belästigung. Während England allmählich dahin gelangte, die Häfen der Union vollständig zu blockieren, mußte es erleben, daß seine eigenen Küsten und Gewässer nicht sicher waren. Die Seeversicherungsgesellschaften forderten eine Prämie von dreizehn Prozent schon für die Fahrt nach Irland. Ja, es konnte geschehen, daß ein Depeschenboot der Regierung vor Dover weggenommen wurde. Der eine Chasseur machte achtzig Prisen, und im ganzen rechnet man, das 1 750 Schiffe in die Hände der Amerikaner gefallen sind, so daß die Verluste, die ihnen die Engländer beibrachten: 1 712 Schiffe, mindestens ausgeglichen wurden. Übrigens war der Ozean nicht das einzige Betätigungsfeld für die amerikanische Marine. Auch auf den großen Binnenseen an der Grenze von Kanada wurde auf das erbittertste gekämpft. Im Eriesee brachte Commodore Perry mit neun Schiffen der freilich schwächeren englichen Flotte unter Barclay, einem alten Kapitän Nelsons, am 10. September 1813 eine so vollständige Niederlage bei, daß sie hier fortan aufhörte, ein Machtfaktor zu sein. Auf dem Ontariosee schwankte die Entscheidung hin und her. Immerhin gelang es den Amerikanern am 29. Mai 1813, einen sehr gefährlichen Angriff auf ihre Flottenbasis Sacketts Harbour im letzten Augenblick abzuweisen; und im Champlainsee siegte nach anfänglichen Mißerfolgen Macdonnough am 11. September 1814 bei Cumberlands Head, dank einer günstigeren Stellung, mit nur elf Schiffen über sechzehn englische.

Diese Erfolge aber hatten um so größere Bedeutung, als ohne sie die Gefahr einer feindlichen Invasion von Norden her zeitweilig fast unabwendbar gewesen wäre. Denn zu Lande gingen die Dinge sehr wenig nach dem Wunsch der Amerikaner. Gerade hier hatten sie die höchsten Illusionen gehegt. Sie dachten, das Werk des Unabhängigkeitskrieges zu vollenden und nun auch Kanada, wo die Bevölkerung angeblich unter dem englischen Joch seufzte, dem Bund der freien Staaten einzufügen. Clay vermaß sich, daß die

Miliz von Kentucky dazu genügen würde. Großartige Pläne eines Angriffs an vier Stellen zugleich wurden erwogen. Schließlich aber begnügte man sich, wie die Kritiker höhnten, „den Löwen in den Schwanz zu kneifen". Nur gegen Oberkanada wurden zwei kleine, schlecht ausgerüstete und schlechter kommandierte Heere angesetzt, und diese operierten nicht einmal gleichzeitig. Während General Hull von Detroit aus Anfang Juli 1812 über die englische Grenze ging, währte es bis in den Oktober, daß General van Rensselaer den Niagara überschritt. So konnten die Engländer unter ihrem tüchtigen Führer Brock, unterstützt von den Indianern Tekumsehs, erst einmal Hull zum Rückzug und zu schimpflicher Kapitulation zwingen. Am 16. August übergab der verängstigte alte Herr zur Empörung seiner Offiziere das wichtige Fort Detroit mit mehr als zweitausend Mann dem an Zahl schwächeren Gegner. Dann ereilte van Rensselaer das Verhängnis. Seine Truppen waren zahlreicher — etwa sechstausend Mann —, und sein Angriff auf Queenston am 13. Oktober ließ sich ganz aussichtsvoll an; schon war — ein für England unersetzlicher Verlust — General Brock gefallen. Da weigerten sich die Milizen, in den Kampf einzugreifen, weil sie nach der Verfassung nicht außerhalb der Grenzen zu dienen brauchten, und das Ergebnis war Niederlage und Gefangenschaft der im Stich gelassenen Kameraden. Nun dienten beide Schlappen zwar dazu, die kriegerische Energie der Amerikaner aufzurufen. Wenigstens in den jungen Staaten des Westens strömten die Freiwilligen zu den Fahnen. Auch ein und der andere fähige Führer erstand. Beim Ostheer gewann sich Jakob Brown, der ein einfacher Farmer gewesen war, durch Mut und Geschick Generalsrang, und im Westen konnte Harrison, der Sieger von Tippecanoe, am 5. Oktober 1813 an der kanadischen Themse den vereinigten Briten und Indianern eine Niederlage beibringen, die Tekumseh das Leben kostete. Aber ein wirklich entscheidender Erfolg wurde doch auch 1813 nicht erfochten. Vielmehr mißlang eine Unternehmung gegen Montreal im November kläglich, und das Jahr, das trübe begonnen hatte mit der vielberufenen blutigen Vernichtung eines amerikanischen Detachements am Fluß Raisin (20. Januar), schloß nicht weniger trübe mit der Einnahme von Niagara und der Zerstörung von Buffalo durch die Engländer. 1814 sah dann noch einen letzten ernsthaften Versuch, die Waffen

nach Kanada hineinzutragen. Anfang Juli griff Brown die englischen Stellungen hinter dem Niagara an. Aber sein hart erstrittener Sieg bei Chippewa am 5. Juli war unvollständig, und eine zweite Schlacht, nicht drei Wochen später, ganz in der Nähe bei Lundys Lane (25. Juli), konnten die Amerikaner trotz aller Tapferkeit bestenfalls als unentschieden in Anspruch nehmen. Arg geschwächt — von nicht 3 000 waren 852 kampfunfähig oder gefangen — mußten sie bald danach in die eigenen Grenzen zurückgehen.

Inzwischen trafen die Engländer Anstalten, ihrerseits zu Offensivunternehmungen großen Stils zu schreiten. Sie hatten anfangs außer 7 000 Mann regulärer Truppen, die knapp zur Grenzbewachung ausreichten, nur kanadische Landwehren und Milizen zur Verfügung gehabt. Jetzt ermöglichte ihnen der gute Ausgang des französischen Krieges, europäische Eliteregimenter herüberzusenden. Damit ließen sich dann schon Eroberungen ins Auge fassen. Zunächst, seit dem Juli 1814, wurde ein gutes Stück von Maine bis zum Penobscot besetzt, das als Abrundung des kanadischen Besitzes sehr wertvoll gewesen wäre. Dann setzte sich der Gouverneur von Kanada, Prevost, mit 18 000 Mann in Bewegung, um über den Champlainsee gegen New York vorzustoßen, und ein Landungskorps von 3 500 Mann unter General Roß wurde in der Chesapeakebai zum Angriff auf Washington und Baltimore an Land gesetzt. Prevost gelangte nicht ans Ziel. Jene Niederlage seiner Flotte am 11. September, deren wir gedachten (Seite 246), bestimmte ihn, vielleicht ohne Not, alle weiteren Operationen einzustellen. Roß dagegen war anfangs nur zu glücklich. In der Bundeshauptstadt, wo man sich keines Angriffs versehen hatte, herrschte bei der Nachricht von seinem Anrücken völlige Kopflosigkeit. Einige tausend Milizen, die man in der Eile zusammenbrachte, liefen bei Bladensburg am 24. August ziemlich unrühmlich davon. Nächsten Tages schon konnten die Briten in Washington einziehen. Was folgte, wird immer eine Schmach für England bleiben. Unter dem Vorwand der Rache für ähnliche auch unentschuldbare Vandalentaten der Amerikaner in Kanada wurden mit Ausnahme des Patentamts sämtliche öffentlichen Gebäude, allen voran natürlich das Kapitol und das Weiße Haus, die Wohnung des Präsidenten, durch Feuer zerstört. „Die Kosaken schonten Paris, wir brannten die Hauptstadt Amerikas nieder" schrieb selbst

eine Londoner Zeitung tadelnd. Darauf ging es weiter nach Baltimore. Hier aber ereilte Roß sein Schicksal. Er fiel der Kugel eines amerikanischen Scharfschützen zum Opfer, und seine Truppen kehrten trotz eines Sieges bei North Point (12. September) unverrichteter Dinge zu ihren Schiffen zurück, weil sich die Mitwirkung der Flotte als unmöglich erwies und die von allen Seiten heranziehende amerikanische Miliz ein längeres Verweilen gefährlich machte. Nur wurden sie zu ihrem Schaden nicht nach Kanada oder England überführt, sondern für die Aufgabe bestimmt, mit anderen Regimentern vereint New Orleans den Amerikanern zu entreißen. Das schien an sich recht wohl ausführbar; denn die amerikanischen Streitkräfte an der Golfküste waren zersplittert, und die Bevölkerung, durch mancherlei Mißregierung verärgert, zeigte wenig Anhänglichkeit an die Union. Aber e i n Mann glich beide ungünstigen Umstände aus. Das Kommando im Süden lag bei dem siebenundvierzigjährigen Andrew Jackson aus Tennessee. Der hatte erst im Winter und Frühling von 1814 einen Aufstand der Creekindianer siegreich niedergeschlagen, dessen Anfang das berüchtigte Blutbad von Fort Mims (30. August 1813) gewesen war, dann Mobile besetzt und ein englisches Detachement aus dem spanischen Pensacola vertrieben (7. November). Auf die Nachricht von der Gefahr, die New Orleans drohte, erschien er am 3. Dezember in der Stadt und machte sich mit der ihm eigenen Tatkraft daran, Truppen und Verteidigungsanstalten zu improvisieren. Trotzdem hätten die Engländer wahrscheinlich Erfolg gehabt, wenn gleich die erste Abteilung, die am 23. Dezember vor dem amerikanischen Lager aufrückte, ohne Zögern zum Sturm geschritten wäre. Aber ihre Offiziere wünschten sicher zu gehen. Sie warteten erst die Ankunft des Höchstkommandierenden, General Pakenham, ab und verloren weitere kostbare Tage mit der Vorbereitung eines doch nutzlosen Artilleriekampfes, währenddem auf amerikanischer Seite nicht nur die Erdwerke vollendet wurden, sondern auch Gewandtheit und Disziplin der Besatzung wuchsen. Als endlich am frühen Morgen des 8. Januar 1815 der Angriff befohlen wurde, empfingen Jacksons Leute die Sturmkolonnen hinter drei Reihen hoher, von Wasserläufen und Sumpf geschützter Schanzen mit so vernichtendem Feuer, daß nach fünfviertel Stunden eines wahren Gemetzels das Unternehmen aufgegeben werden mußte. General

Pakenham selbst, ein Schwager Wellingtons, wurde erschossen, und auch nicht einer der höheren Führer kam ohne Wunde davon. Im ganzen zählten die Engländer auf etwas mehr als neuntausend Mann 2100 Tote und Verwundete und 500 Gefangene, während die Verluste der Amerikaner verschwindend gering waren.

Die Nachricht von diesem „fast unglaublichen" Sieg nach so vielen Enttäuschungen und Bitternissen, die die letzten Wochen gebracht hatten, erregte überall in den Vereinigten Staaten ausschweifenden Jubel. Auch sollte er, indem er Jackson einen nationalen Ruf schuf, noch sehr wichtige Folgen für die innere Geschichte der Union haben. Für den Ausgang des Krieges dagegen bedeutete er nichts mehr; denn wie man gleichzeitig erfuhr, war schon vorher, am 24. Dezember 1814, der Frieden geschlossen worden.

Von Verhandlungen zu diesem Zweck war, da ja die Aufhebung der englischen Geheimratsbefehle den vornehmsten äußeren Kriegsgrund sozusagen im Moment der Kriegserklärung beseitigt hatte, sehr früh die Rede gewesen. Der Zar hatte seine Vermittlung angeboten, und die Amerikaner, durch die kanadischen Niederlagen inzwischen ernüchtert, hatten sie gern angenommen, schon im Frühling 1813 Bevollmächtigte nach Europa geschickt. Nur das anfängliche Widerstreben der Engländer bewirkte, daß erst im August nächsten Jahres in Gent Konferenzen eröffnet wurden. Die Union war durch fünf Gesandte vertreten, darunter den späteren Präsidenten John Quincy Adams, den langjährigen Schatzsekretär Gallatin und Henry Clay, der so Gelegenheit erhielt, den Krieg, den er hatte heraufführen helfen, nun auch zu beendigen. Leicht war das immer noch nicht. Die Engländer traten anfangs sehr anspruchsvoll auf, als hätten sie einen völlig niedergeworfenen Feind vor sich. Nicht nur verlangten sie den nördlichen Teil von Maine, damit Kanada einen Winterhafen bekäme, sondern stellten allen Ernstes zwei andere Forderungen, deren Erfüllung die Zukunftsentwicklung der Vereinigten Staaten auf das ernstlichste hätte behindern müssen. Die Union sollte England die alleinige Herrschaft über die großen Binnenseen einräumen, indem sie auf jede Anlage von Befestigungen wie jedes Halten von Schiffen dort verzichtete, und sollte gleichzeitig alles Land im Nordwesten, die heutigen Staaten Michigan, Wisconsin und Illinois mit dem größeren Teil von Indiana und dem kleineren von Ohio als eine Art neutraler Zone

den Indianern zu ausschließlicher Besiedlung überlassen. Die Amerikaner aber weigerten sich, dergleichen überhaupt in Erwägung zu ziehen. Man darf ihnen das Zeugnis ausstellen, daß sie bei der Friedensverhandlung mehr Mut und Geschick zeigten als bei der Kriegführung. Die Beharrlichkeit von Adams, das Feuer von Clay, die Gewandtheit von Gallatin taten gleich gute Dienste. Außerdem kam ihnen zustatten, daß das britische Kabinett der ewigen Kriegsaufregungen gründlich satt war und angesichts der gereizten Verhandlungen auf dem Wiener Kongreß neue Verwicklungen in Europa fürchtete. Genug, eine jener hochmütigen Forderungen nach der andern wurde aufgegeben und schließlich die einfache Herstellung des früheren Standes bewilligt.

Sah man auf die Hoffnungen und Ansprüche, mit denen die Vereinigten Staaten in den Kampf eingetreten waren, so hatte auch das freilich sehr wenig Befriedigendes. Der Genter Vertrag schwieg sich aus über die Rechte der Neutralen und die Garantien gegen das Pressen, die die Kriegserklärung beherrschend in den Vordergrund geschoben hatte, und es war ein magerer Trost, daß infolge der allgemeinen Beendigung des Seekrieges beide Fragen aufgehört hatten, dringend zu sein. Vollends die Pläne territorialer Vergrößerung waren kläglich gescheitert. Man hatte Kanada nicht nur nicht erobert, sondern durch den verfehlten Angriff sogar inniger und fester mit England verbinden helfen. Millionen an Geld, Tausende von Menschenleben schienen umsonst geopfert.

Dazu ging durch den Bund ein häßlicher Riß. Noch eben, ganz kurz vor dem Frieden, hatte die rebellische Gesinnung der Neuenglandstaaten zum Zusammentritt des sogenannten Hartford-Konventes (15. Dezember 1814) geführt, einer Versammlung von sechsundzwanzig Abgeordneten, auf der Massachusetts, Connecticut und Rhode Island von Regierungs wegen, Vermont und New Hampshire wenigstens durch Delegierte von Parteiausschüssen vertreten waren. Der Konvent hatte schließlich ja nur eine Reihe von Verfassungsänderungen gefordert, die sich gegen den Einfluß des Südens und Westens richteten, namentlich Nichtanrechnung der Sklaven bei Zuweisung von Abgeordneten und Präsidentenwählern, Erschwerung der Aufnahme neuer Staaten und Beschränkung der Rechte der Eingewanderten. Aber die ängstliche Geheimhaltung seiner Debatten deutete an, daß doch viel verfänglichere Dinge

verhandelt worden waren. Auch hatte er sich, offenbar im Hinblick auf mögliche entschiedenere Schritte, nicht aufgelöst, sondern nur vertagt. Es lag nahe, an Hochverratsabsichten zu denken.

Dennoch pflegen die Amerikaner mit einem gewissen Stolz von dem Krieg der Jahre 1812 bis 1814 zu reden. Er war schließlich der erste, den die Union ganz allein durchkämpfte. Seine Leiden wie seine Erfolge steigerten das National- und das Staatsgefühl. Man war glücklich, den anderen gezeigt zu haben, daß man kein bloßes Krämervolk sei, sondern seine Ehre und seinen Mut habe. Tatsächlich war der Respekt vor den Vereinigten Staaten in der Welt gestiegen. Sie hatten sich endgültig als Großmacht durchgesetzt und konnten, unterstützt durch eine günstige auswärtige Konjunktur und eine fortdauernd glückliche Entwicklung im Innern, Europa alsbald mit dem klaren Anspruch auf die Vormachtstellung im ganzen Amerika gegenübertreten.

Achtes Kapitel

Die Ära des guten Einvernehmens und die ersten Konflikte zwischen Norden und Süden

Dem Ende der napoleonischen Kriege folgte in den meisten europäischen Ländern eine Zeit der Ermattung, des Epigonentums, des erstrebten oder verwirklichten Rückschritts. In den Vereinigten Staaten fehlte es durchaus an einer Analogie dazu. Man hat dort die Jahre nach 1814 vielmehr als die „Ära des guten Einvernehmens" gepriesen. Und wenn dieses Einvernehmen auch nie recht vollständig oder sicher war, vielmehr der kommende große Konflikt zwischen Nord und Süd sich sehr ernsthaft vordeutete, so wurde doch jedenfalls die aufwärts gerichtete Entwicklungslinie nirgends zurückgebogen. Ungleich der Revolution fand die Reaktion in der neuen Welt keinerlei Nachahmung. Vielmehr hatte sie die Wirkung, die Amerikaner politisch vollends zu emanzipieren, ihre innere und äußere Selbständigkeit entscheidend zu verstärken.

Von großer Wichtigkeit dafür war der Abfall der spanischen Kolonien. Daß diese irgendeinmal dem Beispiel der Unabhängigkeitserklärung von 1776 folgen würden, war gleich anfangs von vielen vorausgesagt worden. Auch hatten die Engländer, die dem spanischen Königtum die Unterstützung ihrer aufständischen Kolonisten heimzahlen und erweiterten Absatz für ihren Handel gewinnen wollten, eifrigst intrigiert. Aber den Ausschlag gaben schließlich doch die Wirren im spanischen Mutterland, wo sich seit 1808 die beiden Regierungen des von Frankreich eingesetzten Königs Josef und der von England unterstützten Cortes, seit 1814 die beiden Parteien der Absolutisten und Liberalen in bitteren, wechselreichen Kämpfen gegenüberstanden. Die Kolonien gewöhnten sich so erst einmal an tatsächliche Selbstbestimmung und verkün-

deten dann, als das restaurierte Königtum der Bourbonen diese anfocht, seit 1816 eine nach der andern republikanische Verfassungen.

Die Vereinigten Staaten begrüßten die Entwicklung natürlich mit lebhafter Freude. Die Revolution des spanischen Amerika bedeutete eine willkommene Sicherung des republikanischen Gedankens, der, anfangs von ihnen allein und nicht ohne Zagen vertreten, nun mit Ausnahme von Kanada und Brasilien und den paar Kolonien in Guayana den ganzen Kontinent eroberte. Dazu boten sich große materielle Vorteile. Die Unternehmungslust der Yankees warf sich mit Erfolg auf die durch das spanische Handelsmonopol bisher gesperrten Märkte und verschmähte auch wohl nicht, unter der Rebellenflagge nach alter, durch den englischen Krieg neubelebter Gewöhnung ein bißchen Seeraub zu treiben. Vor allem aber die weltpolitische Stellung der Vereinigten Staaten wurde gehoben. Beim Schluß des Unabhängigkeitskrieges waren sie in Amerika nur eine Macht neben anderen gewesen. Insbesondere Spanien übertraf sie weit an Land, Leuten und Reichtum. Dann der Louisianakauf hatte einen starken Schritt zur Vorherrschaft dargestellt. Aber erst die Auflösung des spanischen Kolonialreiches in eine bunte Reihe unter sich und in sich uneiniger Republiken gab der Union das unbestrittene Übergewicht auf dem ganzen Erdteil.

Übrigens gelang es ihr, noch ehe der Auflösungsprozeß vollendet war, ein nicht unbeträchtliches Stück der spanischen Konkursmasse direkt an sich zu bringen. Seit langem bildeten die spanischen Provinzen links des Mississippi, Ost- und Westflorida, einen Gegenstand amerikanischer Begehrlichkeit. Auch war Westflorida, nachdem man es schon 1803 als angebliches Zubehör zu Louisiana in Anspruch genommen hatte, 1810 kurzerhand annektiert worden. Ostflorida aber blieb zunächst noch spanisch und diente als Zuflucht für streitlustige Indianer, entlaufene Sklaven und weiße Freibeuter und Schmuggler, die sich mannigfach als sehr unerwünschte Nachbarn erwiesen. Deshalb benutzte General Jackson 1818 die Gelegenheit eines Krieges mit dem Indianerstamm der Seminolen, um über die Grenze zu rücken und St. Marks und Pensacola zu besetzen. Ob er dazu ermächtigt war, ist unsicher. Dem Zeugnis von Monroe und Calhoun, die es bestritten haben, steht das nicht weniger feierliche des Generals selbst gegenüber. Unter allen Um-

ständen handelte es sich um einen flagranten Friedensbruch. Aber Spanien war nicht mehr in der Lage, ihn zu rächen. Vielmehr kamen Verhandlungen, die bereits über einen Verkauf der Floridas schwebten, nun erst recht in Fluß. Die Vereinigten Staaten gewährten einen Kaufpreis von fünf Millionen Dollars, die aber größerenteils nicht bar ausgezahlt, sondern auf Entschädigungsansprüche amerikanischer Bürger verrechnet wurden, und nahmen, was noch sehr folgenreich werden sollte, die Grenze Louisianas gegen Mexiko an den Sabinefluß zurück. Dafür trat Spanien die beiden Floridas im Vertrag vom 22. Februar 1819 ab.

Das neue Territorium, schwach bevölkert und wenig angebaut, bot geringe Aussichten auf günstige wirtschaftliche Entwicklung, die denn auch erst sehr spät eingesetzt hat. Um so größer aber war sein politisch-strategischer Wert. Indem sich die Vereinigten Staaten auf der Halbinsel von Florida festsetzten, verstärkten sie ihre Stellung am Golf von Mexiko und gewannen überdies einen Vorposten gegen die Antillen. Namentlich nach Kuba war es sozusagen nur ein Sprung. Die Bevölkerung dort schien für einen Aufstand reif. Eine Partei wünschte den Anschluß an die Union. Nicht wenige amerikanische Staatsmänner, darunter Jefferson, betrachteten die Insel als nützliche oder gar notwendige Erwerbung. Auch in den Regierungskreisen von Washington wurde gleich damals erwogen, ob man zugreifen sollte.

Am Ende aber stellte man den Gedanken zurück, weil man fürchtete, dadurch den Ansprüchen europäischer Mächte auf Beteiligung an der spanischen Kolonialerbschaft Vorschub zu leisten. Europa war ja kein teilnahmloser Zuschauer der großen Revolution auf der westlichen Halbkugel. England begleitete sie fortgesetzt mit seinen besten Wünschen. Die anderen Großmächte aber zeigten nicht übel Lust zu einer Einmischung im Sinn des erhaltenden Prinzips, das mit dem Sturz Napoleons und der Aufrichtung der Heiligen Allianz herrschend geworden war. Insbesondere Rußland wirkte eifrig dafür, bot sogar der spanischen Regierung eine Flotte zur Unterwerfung der unbotmäßigen Kolonien an. Derweilen brach in Spanien selbst 1820 eine Revolution aus und kam zu vorläufigem Sieg. Als dann aber im Frühling 1823 Frankreich im Auftrag der Heiligen Allianz die absolute Gewalt König Ferdinands VII. in Madrid wiederherstellte, schien die Gefahr um

so näher zu rücken, daß der legitimistische Kreuzzug auf die neue Welt ausgedehnt würde. Es war davon die Rede, wegen der südamerikanischen Frage einen jener Kongresse zu berufen, wie sie in letzter Zeit so oft abgehalten und allemal von einer Intervention gefolgt worden waren, und vielleicht beschloß man dann dort die Aufteilung der revolutionierten Länder unter die Monarchen. Frankreich konnte Mexiko, Rußland Kalifornien und die südamerikanischen Provinzen, England, das natürlich beschwichtigt werden mußte, Kuba nehmen. Mindestens die Aufrichtung irgendwelcher bourbonischen Sekundogenitur nach Art des portugiesischen Kaiserreichs Brasilien erschien wahrscheinlich.

Solche Aussichten dünkten der öffentlichen Meinung in Amerika unerträglich. Eben erst (1822) hatten Präsident und Kongreß nach langem Überlegen die neuen Regierungen in Mexiko und Columbia, Argentinien und Chile anerkannt. Da verbot schon die Ehre, daß sie die Schwesterrepubliken wieder Provinzen Spaniens oder gar dritter Mächte werden ließen. War Amerikas Boden nicht überhaupt zu schade, um europäische Kolonien zu tragen? Schon während der Unabhängigkeitsbewegung vor einem halben Jahrhundert war die Auffassung entstanden, daß die neue Welt etwas von Grund aus anderes und Besseres sei als die alte. Dann während des Revolutionszeitalters, als Europa von einem Ende zum andern in Brand geriet, hatten die Neutralitätspolitik Washingtons, die Agitation und die Regierungspraxis der Republikaner, endlich der Krieg gegen England dies Gefühl amerikanischer Besonderheit und Überlegenheit weiter entwickelt. Auch die Tatsache, daß politische Flüchtlinge aller Art und aller Nationen, polnische Patrioten, französische Royalisten und Revolutionäre, irische Katholiken, deutsche Burschenschafter in dem geweihten Bezirk der Union Schutz vor Verfolgung oder versagtes Recht suchten, kam ihm zustatten. Eben im Juni 1823 schrieb Jefferson über das Verhältnis von Amerika und den europäischen Mächten: „Ihre gegenseitigen Eifersüchteleien, ihr Gleichgewicht, ihre verwickelten Bündnisse sind uns sämtlich fremd. Sie sind Völker ewigen Krieges. All ihre Energien erschöpfen sich in der Zerstörung der Arbeit, des Eigentums, des Lebens ihrer Leute. Was uns anlangt, so hatte niemals ein Volk eine so günstige Gelegenheit, das entgegengesetzte System von Frieden und Brüderlichkeit zu versuchen und die An=

wendung aller Mittel und Fähigkeiten zum Zweck des Fortschritts statt der Zerstörung." Wenn in Europa der Bund der Könige allgemeinen Despotismus begründete, hatten da nicht die Vereinigten Staaten die Mission, die westliche Halbkugel zu einem Sitz der Freiheit zu machen, von dem aus sie eines Tages auch nach Osten siegreich vordringen mochte? In einer oder der andern Form begegnen diese Ideen in den Schriften und Reden sehr vieler amerikanischer Politiker.

Insbesondere auch die beiden Männer teilten sie, die die auswärtigen Geschäfte der Union führten. Der Präsident Monroe besaß noch immer viel von dem Enthusiasmus für Freiheit und Völkerglück, der ihn einst zu einem lauten und nicht immer taktvollen Lobredner der französischen Revolution hatte werden lassen. Und sein Staatssekretär John Quincy Adams wieder, dessen Liberalismus geringer war, verfügte dafür über ein um so größeres Maß von Amerikanerstolz. Die fremden Gesandten in Washington wußten von der furchtlosen, nicht selten anmaßenden Art zu erzählen, mit der er die wirklichen oder angeblichen Rechte der Vereinigten Staaten gegen alle Welt wahrnahm. In letzter Zeit hatte das namentlich der Vertreter Rußlands erfahren. Im September 1821 nämlich war ein Ukas des Zaren ergangen, der die Grenzen des russischen Machtbereichs in Nordwestamerika bis zum 51. Breitengrad vorschob und gleichzeitig Handel und Schiffahrt im nördlichen Teil des Stillen Ozeans empfindlich beschränkte. Als der nun amtlich in Washington mitgeteilt wurde (Anfang 1822), protestierte Adams, weil die Vereinigten Staaten damals noch Ansprüche auf das heutige Britisch-Columbia erhoben. Der russische Gesandte mußte sich zu Verhandlungen bereitfinden, bei denen die Grenze Alaskas schließlich bis zu 54° 40′ zurückgenommen wurde, und in einer der Konferenzen darüber, am 17. Juli 1823, kündigte der Staatssekretär an, die Union würde überhaupt ausdrücklich den Grundsatz aufstellen, daß die amerikanischen Kontinente nicht länger Gegenstand irgendwelcher europäischen Kolonisationsbestrebungen wären.

Das war zunächst mehr eine bloße Drohung, gesprächsweise hingeworfen und ohne Verbindlichkeit für Präsident und Kongreß. Auch betraf sie eine im Augenblick verhältnismäßig nebensächliche Frage, nicht den eigentlichen großen Konfliktsstoff des spanischen

Amerika, aber sehr bald entwickelte sich gerade im Zusammenhang mit dem eine Lage, die zu einer höchst feierlichen und umfassenden Wiederholung führte.

Die Union war nicht die einzige Macht, die die Interventionsgelüste der Heiligen Allianz mit Sorge verfolgte. Auch in England fürchtete man, daß die französische Strafexpedition gegen die liberale Regierung in Spanien eine Fortsetzung in Amerika finden könne, was vom politischen wie handelspolitischen Standpunkt gleich unerwünscht gewesen wäre. Der leitende Minister Canning entschloß sich deshalb, selbst auf die Gefahr eines Krieges hin, seinen Einspruch anzumelden, und es erschien ihm nützlich, schon um gleichzeitig unbequemen Vergrößerungsgelüsten der amerikanischen Vettern einen Riegel vorzuschieben, die Vereinigten Staaten in die Sache hineinzuziehen. Seit Mitte August drang er in den Gesandten Rush, beide Regierungen sollten sich zu der Erklärung vereinigen, daß sie selbst nicht nach dem Erwerb spanischer Kolonien strebten, aber auch die Festsetzung irgendeiner andern Macht dort nicht dulden würden. Rush, ein vorsichtiger Diplomat von sicherem Urteil, verlangte als Vorbedingung, daß England erst einmal die neuen Republiken anerkennte. Da Canning das ablehnte — es hätte eine Herausforderung der Festlandmächte bedeutet und die englische Politik der amerikanischen ausgeliefert —, begnügte er sich, den Vorschlag zum Bericht zu nehmen. Die Regierung in Washington mochte selbst entscheiden.

Monroe erkannte die ganze Wichtigkeit der Sache. Überhaupt gewöhnt, überlegt und sorgsam vorzugehen, holte er den Rat seiner beiden Amtsvorgänger ein. Jefferson, voll jugendlichen Eifers und Feuers trotz seiner achtzig Jahre, bezeichnete die Frage als die wichtigste seit der Unabhängigkeitserklärung: „Jene machte uns zu einer Nation. Diese stellt unsern Kompaß und weist den Kurs, den wir durch den Ozean der Zeit vor uns steuern müssen. Und niemals konnten wir uns dazu einschiffen unter glückverheißenderen Umständen. Unsere erste und grundlegende Maxime sollte sein, uns nie in die Wirren Europas zu verfangen, unsere zweite, nie Europas Einmischung in zisatlantische Verhältnisse zu dulden. Amerika, Nord und Süd, hat eine Reihe von Interessen, die von denen Europas verschieden und ihm selbst eigentümlich sind. Es sollte deshalb auch sein eigenes System haben.“ Madison äußerte sich

ähnlich. Doch wies er auf mögliche Hintergedanken Englands hin. Solche Hintergedanken meinte dann erst recht der immer argwöhnische Adams zu erkennen. Überdies schien es ihm nicht der Würde der Union zu entsprechen, „als Boot im Kielwasser des englischen Kriegsschiffes einherzutreiben". Vielmehr empfahl er, ganz selbständig mit einer Erklärung hervorzutreten; und dieser Rat drang schließlich durch, da die Haltung Englands den Vereinigten Staaten offenbar ohnehin genügende Deckung bot. Die Jahresbotschaft des Präsidenten an den Kongreß sollte benutzt werden, um ein für allemal einen Scheidestrich zwischen Europa und Amerika zu ziehen. Über die Fassung wurde im Kabinett noch einige Zeit debattiert, und auch hier wieder siegte die schärfere Logik des Staatssekretärs mehrfach über die weniger klaren Ansichten des Präsidenten. Doch darf man darum nicht Adams alles Verdienst an dem Aktenstück zuschreiben, das am 2. Dezember 1823 veröffentlicht wurde und als Grundlage für die Entwicklung der Monroedoktrin eine ständig vergrößerte Bedeutung gewinnen sollte.

Die Botschaft brachte zunächst in bündigster Form als einen Grundsatz, der die Rechte und Interessen der Union beträfe, jene Erklärung, von der Adams dem russischen Gesandten gesprochen hatte, „daß die amerikanischen Kontinente infolge des freien und unabhängigen Standes, den sie angenommen haben und behaupten, hinfort nicht als Gegenstände für künftige Kolonisation durch irgendwelche europäischen Mächte zu betrachten sind". Dann erörterte sie mit einer Ausführlichkeit, die Wiederholungen und rhetorische Wendungen keineswegs verschmähte, zum Teil mit direkten Anklängen an die Worte Jeffersons, das allgemeine Verhältnis zu Europa. Der Präsident, der ursprünglich reichlich inkonsequent die Freiheit Griechenlands hatte anerkennen wollen, verhehlte nicht ganz seine Sympathien auch mit den europäischen Gegnern der Heiligen Allianz, aber doch nur, indem er sagte, daß die Bürger der Vereinigten Staaten die freundlichsten Gefühle zugunsten von Freiheit und Glück ihrer Nebenmenschen auf der andern Seite des Atlantischen Ozeans hegten. Jede weitere Teilnahme lehnte er ausdrücklich ab. „Unsere Politik gegenüber Europa bleibt immer dieselbe, uns nicht in die inneren Angelegenheiten irgendeiner seiner Mächte zu mischen." „Mit den Vorgängen auf dieser Halbkugel sind wir notwendigerweise unmittelbarer verbunden aus Ursachen,

die allen aufgeklärten und unparteiischen Beobachtern klar sein müssen. Das politische System der Allianzmächte ist von dem Amerikas in seinem Wesen verschieden. Wir sind deshalb den freundlichen Beziehungen, die zwischen den Vereinigten Staaten und jenen Mächten bestehen, die Erklärung schuldig, daß wir irgendwelchen Versuch von ihrer Seite, ihr System auf irgendeinen Teil dieser Halbkugel auszudehnen, als gefährlich für unsern Frieden und unsere Sicherheit betrachten würden. In die bestehenden Kolonien oder Dependenzen irgendeiner europäischen Macht haben wir nicht eingegriffen und werden wir nicht eingreifen, aber bei den Regierungen, die ihre Unabhängigkeit erklärt und behauptet, und deren Unabhängigkeit wir nach vieler Überlegung und aus gerechten Gründen anerkannt haben, könnten wir irgendwelche Dazwischenkunft, um sie zu unterdrücken oder irgendwie sonst ihr Schicksal zu bestimmen, von seiten irgendeiner europäischen Macht in keinem andern Licht sehen als in dem einer Bekundung unfreundlicher Gesinnung gegen die Vereinigten Staaten."

Bekanntlich ist diese Intervention dann wirklich unterblieben. Wieweit darauf auch die amerikanische Drohung von Einfluß gewesen ist, läßt sich mit Sicherheit nicht sagen. Wahrscheinlich hätten schon die ernsten Vorstellungen genügt, die Canning dem französischen Botschafter Mitte Oktober machte. Jedenfalls wird die Weltgeschichte in ihm und nicht in Monroe den eigentlichen Schützer des lateinischen Amerika sehen, den Mann, der, wie er selbst sagte, eine neue Welt ins Leben rief, um das Gleichgewicht in der alten herzustellen. Aber eine tapfere und große Tat bleibt die Botschaft vom 2. Dezember 1823 darum nicht weniger. Weit über den unmittelbaren Anlaß hinaus konnte sie wirklich der Kompaß für die auswärtige Politik der Union werden, die damit auf ein zugleich einfaches und umfassendes Programm festgelegt war. Ob die europäischen Staaten die Monroedoktrin respektieren wollten, stand bei ihnen. Eine Satzung des Völkerrechts war sie nicht und konnte sie nicht sein. Aber als nationales Ideal war sie eine faktische Macht und ist es noch heute, indem freilich spätere Auslegekunst ihren ursprünglichen Sinn in der Richtung auf ein panamerikanisches Protektorat erweitert und durch Hineintragen imperialistischer Gesichtspunkte verfälscht hat. Der Name ihres Verkünders wird durch sie auf die fernsten Geschlechter kommen.

Auch sonst gehört Monroe zu den glücklichsten und populärsten Präsidenten der Union. Seine erste Wahl 1816 war gegen die kleine Minorität von vierunddreißig bei zweihundertsiebzehn Stimmen, seine zweite gar nur gegen eine Stimme erfolgt, die ihm auch bloß deshalb vorenthalten wurde, damit die Ehre der einmütigen Wahl für den Nationalheros Washington reserviert bliebe. Nicht wenig dazu tat seine Persönlichkeit; denn ohne irgend glänzend zu sein, nicht rasch von Auffassung und nicht gewandt im Ausdruck und Auftreten, hatte er (geboren 1758) im Lauf eines sechzigjährigen arbeits- und abwechslungsreichen Lebens eine große Kenntnis von Menschen und Geschäften gewonnen, gewisse Fehler seiner Jugend, Übereilung und Taktlosigkeit, Hitze und Hast, abgelegt und dafür die ihm natürlichen Vorzüge unermüdlichen Fleißes und unbedingter Ehr- und Wahrheitsliebe voll entwickelt. „Monroe," sagte Jefferson von ihm, „ist so ehrlich, daß, wenn seine Seele nach außen gewendet werden würde, man keinen Fleck auf ihr entdecken könnte." Andere verglichen ihn mit Washington, von dem er die Empfänglichkeit für den guten Rat seiner Minister und die Festigkeit des mühsam gebildeten Urteils hatte. Auch ließ er selbst im großen und kleinen den Wunsch erkennen, möglichst in den Spuren des großen Landsmannes zu wandeln. Nichts konnte mehr nach seinem Herzen sein, als wenn etwa bei einer Wahl in Massachusetts die Parole ausgegeben wurde: „Washingtons und Monroes Politik." Daß solche Parole aber möglich war, deutet auf den zweiten doch noch wichtigeren, *sachlichen* Grund seiner Erfolge. Er kam ans Ruder in einer Zeit, wo die alten Parteigegensätze im Begriff waren, zu erlöschen, wo die Traditionen Washingtons und Jeffersons ineinander überzugehen schienen.

Äußerlich geschah das, indem die Föderalisten verschwanden und die Republikaner allein übrig blieben. Dem Föderalismus, der längst dahinsiechte, hatte die unpatriotische Haltung so vieler seiner Führer im letzten Krieg den Rest gegeben. Bei der Präsidentenwahl von 1816 trat er zum letztenmal in die Schranken. Aber die Niederlage war vollständig doch nur für die Partei als solche. Was ihre Grundsätze anlangt, so fielen zwar die aristokratischen und altweltlichen Tendenzen, die Hamilton vertreten hatte, auch die puritanische Intoleranz gewisser neuenglischer Kreise: die konnten sich gegenüber den demokratischen Idealen von

Freiheit und Gleichheit nicht behaupten. Das starke Nationalgefühl dagegen und der hochentwickelte Sinn für Macht und Einheit, der die Föderalisten in ihren besten Jahren beseelte, übertrug sich in wenig veränderter Form auf einen großen Teil ihrer republikanischen Gegner. Der Louisianakauf war ein erstes merkwürdiges Anzeichen dafür. Das Embargo und die Kriegserklärung an England lagen in ähnlicher Richtung. Die Monroedoktrin hätte selbst Hamilton nicht stolzer formulieren können. Adams, der so viel Anteil an ihr hatte, war, obwohl seit langem republikanisch etikettiert, doch der sehr ähnliche Sohn des ersten und einzigen föderalistischen Präsidenten. Gleich ihm traten nicht wenige alte Föderalisten oder Föderalistensöhne zur republikanischen Partei über, ohne ihre Überzeugungen eigentlich zu ändern. Jefferson hatte schließlich recht behalten mit der Feststellung: „Wir sind alle Republikaner und alle Föderalisten." Nur teilte er bemerkenswerterweise nicht das allgemeine Entzücken über die „Ära des guten Einvernehmens", die goldene Zeit. „Man sagt Ihnen," schrieb er 1822 einem Freund, „daß Löwe und Lamm sich in Frieden zusammenlegen. Glauben Sie kein Wort davon. Es gibt heute dieselben Parteien wie früher." Sein scharfer Blick mochte ihn die Ursache des scheinbaren Gottesfriedens darin erkennen lassen, daß nur eben die alten Probleme gelöst waren, die die erste Generation der amerikanischen Staatsmänner beschäftigt hatten. Die Gegensätze der Temperamente und Interessen, die jedes politische Leben zu einem Parteileben machen, bestanden natürlich fort, und der Fortschritt der Nation mußte neue Fragen aufwerfen, denen gegenüber sie sich programmatisch herausstellten. Während das alte Amerika sich Feierabendstille vortäuschte, war ein junges, sehr wenig friedliches Amerika auf dem Marsch.

Wie hatten sich nicht die allgemeinen Verhältnisse verändert, seit Republikaner und Föderalisten ihre ersten Schlachten schlugen! Noch 1800 hatte die Bevölkerung erst wenig über fünf Millionen betragen. 1820 waren es annähernd zehn (9 634 000). Und für das Mehr an Menschen boten sich Erwerbs- und Verkehrsmöglichkeiten, von denen die Väter nichts gewußt hatten. Zunächst war dem Süden ein Geschenk zugefallen. In kolonialer Zeit waren Tabak, Reis, Indigo, vor allem Tabak seine Stapelartikel gewesen. Baumwolle hatte man nur wenig gebaut. Noch 1794 bei Unterhandlung des Vertrages mit England wußte John Jay als New

Yorker nicht, daß die Vereinigten Staaten überhaupt welche exportierten. Indessen war doch gerade damals der Umschwung schon eingetreten. Die glänzende technische Entwicklung der englischen Baumwollindustrie hatte durch vermehrte Nachfrage zur Anlage von Pflanzungen gereizt, und wenn anfangs deren Betrieb vielleicht nicht überall voll lohnte, weil die Reinigung der Baumwollfasern von ihren Körnern zu viel Arbeitskraft kostete, so hatte 1793 der junge Eli Whitney eine Egreniermaschine, die Baumwollkratze (cotton gin), erfunden, die gleich in ihrer ersten — später noch erheblich vervollkommneten — Form das Sechzigfache der Handarbeit leistete. Von der Zeit an stieg die Produktion in Sprüngen. 1794 wurden acht, 1800 fünfunddreißig, 1810 fünfundachtzig, 1820 hundertundsechzig Millionen Pfund auf den Markt geworfen. Baumwolle wurde König (King Cotton). Ihr Reich, das freilich erst südlich von Virginia begann, dehnte sich bis an den Mississippi und über den Mississippi aus. Immer neue Pflanzer und immer neue Sklavenscharen wurden ihr dienstbar. Der Wert dieser Sklaven, der Wert des Bodens, der allgemeine Wohlstand wuchsen, und das von jeher hochentwickelte Selbstgefühl der Südstaatler blieb nicht zurück. Sie betrachteten sich und ihre dem Weltmarkt unentbehrliche Baumwolle als das feste Rückgrat der amerikanischen Volkswirtschaft. Doch hatte diese inzwischen auch nach anderen Richtungen in anderen Teilen des Landes sehr erhebliche Fortschritte gemacht. Es ist erwähnt worden, wie die Unterbrechung des Verkehrs mit Europa durch die Embargopolitik seit 1807 der jungen und bis dahin schwächlichen Industrie zustatten kommen mußte. Namentlich die Webereigewerbe, nach deren Erzeugnissen der unmittelbarste Bedarf war, entwickelten sich rasch. Die Baumwollindustrie, die 1807 8 000 Spindeln zählte, betrieb 1815 130 000 mit 100 000 Arbeitern und stellte ein Kapital von vierzig Millionen Dollar dar. In der Wollindustrie waren im gleichen Jahr wenigstens zwölf Millionen investiert und 50 000 Menschen beschäftigt. Auch die Eisen- und Kupfer-, die Leder-, Glas-, Papierwarenbranchen hatten gute Fortschritte gemacht. Und ein Jahrzehnt später (1825) wurde berechnet, daß zwei Millionen Menschen ihr Brot in der Industrie fänden.

Damit war freilich gesagt, daß die ganz große Mehrheit des Volkes noch agrarischen Berufen nachging. Aber die landwirt-

schaftlichen Interessen hingen wenigstens im Norden und Nordwesten sehr eng mit den gewerblichen zusammen. Die Länder Europas boten, außer in Kriegszeiten, noch kaum einen Markt für Fleisch und Brotgetreide. Sogar England hielt bis 1846 an seinen hohen Kornzöllen fest. Und der Export nach Westindien litt unter dem Niedergang der Zuckerinseln, wurde auch durch die englische Handelspolitik fortdauernd beschränkt. Die Farmer sahen sich also für den Absatz ihrer Produkte überwiegend auf das Gebiet der Union selbst angewiesen. Zu einem Teil fanden sie ihn in den Südstaaten, deren Einstellung auf die Plantagenwirtschaft und allgemeine Prosperität ihnen so wirklich zustatten kamen. Zum andern aber konnte ihn nur die Entwicklung der Industrie sichern. Jeder gewerbliche Arbeiter war ein erwünschter Konsument mehr. Das Ideal einer vom Ausland unabhängigen, in sich selbst ruhenden amerikanischen Volkswirtschaft, wo Industrie und Landwirtschaft einander wechselseitig ernährten, das sogenannte amerikanische System, schien sich mit Notwendigkeit zu ergeben.

Insbesondere die Verhältnisse im mittleren und nördlichen Westen waren ihm günstig, weil hier die Schwierigkeit und Kostspieligkeit des Verkehrs nach den Küsten gleich einer natürlichen Zollmauer wirkte. Und der Westen gewann doch steigende Bedeutung für die nationalen Geschicke. Die Jahre unmittelbar nach dem allgemeinen Friedensschluß brachten, weil sie die europäische Konkurrenz vermehrten und den europäischen Bedarf verringerten, für die meisten der alten Staaten solche Geschäftsstockung, daß sie vielfach als Hungerjahre in Erinnerung blieben, und gaben infolgedessen der Abwanderung auf Neuland, die vorher etwas nachzulassen begonnen hatte, einen neuen starken Antrieb. Der Zensus von 1820 erwies Ohio als fünftgrößten Staat, der so trotz seiner kurzen Geschichte das ehrwürdige Massachusetts und das stolze Südcarolina überholt hatte. Auch Kentucky und Tennessee waren gut fortgeschritten. Überdies hatten sich aus dem Nordwestterritorium Indiana und Illinois zu staatlicher Selbständigkeit emporgearbeitet, und im Süden, am Golf von Mexiko, sah man die drei neuen Staaten Louisiana, Mississippi und Alabama. Die letztgenannten trugen in allem Wesentlichen, soweit nicht etwa französische und spanische Überlieferungen nachwirkten, den Charakter der älteren Pflanzerstaaten, die das Gros der Ansiedler und Sklaven stellten. Dagegen

zeigte das Leben im übrigen Westen vielfach eigene Züge, vielleicht nicht anderer Art, aber andern Grades. Das weite, einförmige, fast ganz ebene Land war noch viel mehr als der atlantische Abhang geeignet, den Sinn für feinere Kultur verkümmern zu lassen und den Geschäfts- und Spekulationsgeist ins Ungemessene zu steigern. Eine Vergangenheit, die erhob und erzog, gab es nicht. Die Gegenwart in einsamem Blockhaus oder in unfertigen Städten lud wenig zu verweilendem Genuß ein. Aller Reiz des Daseins lag in den Aussichten der Zukunft, und die Zukunft gehörte nur dem, der rough and ready, rauh und rasch, das Leben zu meistern wußte. Die readiness, Raschfertigkeit, artete dann leicht in Unzuverlässigkeit, Leichtsinn und Spielwut aus. Die Geschichte der Westwanderung ist reich an schwindelhaften Landkäufen und Gründungen. Und die roughness, die rauhe Kraft, äußerte sich nicht nur in der oft geradezu gesuchten Flegelhaftigkeit des äußeren Auftretens, sondern wurde nicht selten, namentlich in den Beziehungen zu den unglücklichen Indianern, zu offenbarer Herzensroheit. Der schwieligen Hand entsprach ein robustes Gewissen. Mindestens war der alte Kolonistenfehler, das Leben quantitativ, nicht qualitativ zu bewerten, unter den Leuten des Westens erschreckend ausgeprägt. Auf und ab herrschte der Kultus der großen Zahl. Das bedingte dann schon einen ganz demokratischen Zuschnitt aller Einrichtungen, auf den zugleich aber noch eingewirkt hatte, daß die Entstehung der neuen Staaten mit dem allgemeinen Siegeslauf der republikanischen Doktrinen zusammengefallen war. Bildung und Geburt, die in den alten Gemeinwesen des Ostens doch immer noch etwas galten, spielten hier keine Rolle. Das heilige Gesetz der Gleichheit erfuhr nur etwa insoweit eine Durchbrechung, als sich gelegentlich schon der Einfluß großer Vermögen herausstellte. Der Westen wurde politisch wie wirtschaftlich das klassische Land der neuen, selbstgemachten Männer, die, kleinsten, zuweilen dunklen Ursprungs, rasch zu Geld, Ehren und Ämtern kamen. Ihre Manieren und ihre Kenntnisse blieben häufig genug so, daß der bildungsstolze Neuengländer, der sittsame Quäker und der vornehme Sklavenbaron aus Virginia oder Südcarolina sich bekreuzten. Auch empfahlen sich ihre Methoden nicht durchweg durch Sauberkeit. Aber daneben hatten sie und hatte der ganze neue Westen doch auch seine entschiedenen Vorzüge. Karl Schurz schreibt in seinen Lebenser-

innerungen allerdings für die fünfziger Jahre, wo schon vieles besser geworden war: „Hier fand ich mehr als anderswo das Amerika, das ich in meinen Träumen gesehen hatte, in einem neuen Lande eine neue Gesellschaft, gänzlich ungefesselt von irgendwelchen Traditionen der Vergangenheit, ein neues Volk aus freier Mischung der kräftigen Elemente aller Nationen hervorgegangen, das nicht Altengland allein, sondern die ganze Welt zum Mutterland hatte, mit fast unbegrenzten Möglichkeiten, die allen offenstanden, und mit den gleichen Rechten, die ihnen durch die freien Institutionen der Regierung gesichert wurden." Ganz ähnlich bekannte der feingebildete im Süden ansässige Franz Lieber, als er 1846 zum erstenmal in den Westen kam: „Ich liebe diesen Westen ... Ich habe die Empfindung, als wenn ich die Vereinigten Staaten früher nicht gekannt hätte." Und schon in dem lesenswerten Reisebuch von Miß Martineau aus den Jahren 1834 bis 1836 heißt es: „Junge Männer kommen mit ihren Frauen weither aus jeder Richtung ohne Verwandte, Vettern, Sekten oder Parteien um sich her . . . Gleiches hält sich zu gleichem, und Freundschaften bilden sich aus Übereinstimmung der Gesinnungen, nicht aus Zufall oder weltlicher Absicht. Alle Vorurteile schwinden, alle Unterschiede der Erziehung und Sitte, selbst des Landes und der Sprache, gleichen sich aus. So erhält jeder durch die gemeinsame Überzeugung an sich verschiedener Menschen in das Leben eingeführte Grundsatz eine bedeutende Kraft, und das Leben wird tief und rasch . . . Einer der Bürger sagte mir: ‚Ja, hier geht eine neue Schöpfung vor.'" Besonders auffällig war neben der größeren Ursprünglichkeit und Jugendlichkeit, der „Werdelust", das stärkere Nationalgefühl und die innigere Hingabe an die Union. In den dreizehn ursprünglichen Staaten erhielt sich naturgemäß ein beträchtlicher Rest von Partikularismus, weil sie doch vor dem Bund dagewesen waren und den Bund erst begründet hatten. Die Staaten des Westens umgekehrt waren entstanden auf Bundesland und nach Bundesgesetzen. Alles, was sie waren, dankten sie in letzter Instanz der gemeinsamen großen Mutter. Wenn sich deshalb auch bei ihnen ein gewisser Staatenpatriotismus entwickelte, so blieb er beschränkt auf den Wunsch, es den Nachbarn zuvorzutun, und konnte nicht wohl eine Richtung gegen die Union nehmen, die vielmehr — unbeschadet gelegentlicher Unzufriedenheit — für das Gefühl der Menschen das Erste und Höchste blieb.

Das aber hatte offenbar um so größere Bedeutung, als nicht ohne Zusammenhang mit der Westentwicklung innerhalb des Bundes der uranfängliche Gegensatz zwischen Norden und Süden zu ernsthaften Konflikten zu treiben begann.

Es ist erzählt worden, wie die verschiedene Wirtschaftsverfassung der beiden großen Staatengruppen und die mit ihr gegebene Sklavenfrage schon bei der Begründung der Union Schwierigkeiten gemacht hatte. Damals war es schließlich zu dem ersten jener großen Kompromisse gekommen, die, indem sie den Streit vertagten, die Möglichkeit einer endlichen friedlichen Lösung verminderten. Der Norden gestand dem Süden zu, daß bei der Berechnung der Kongreßmandate neben den freien Einwohnern auch drei Fünftel der Sklaven in Ansatz zu bringen wären, und daß die Negereinfuhr bis 1808 nicht verboten werden dürfe. Bald danach erschloß die Entwicklung der Baumwollkultur der Sklaverei ein neues weites Feld. Nicht nur wurde jene Erlaubnis zu fortgesetztem Import ausgenutzt, sondern zahlreiche Pflanzer, namentlich in Virginia, die bisher kein Interesse an allzu rascher Vermehrung ihrer Neger gehabt hatten, legten sich auf eine förmliche Sklavenzucht zum Zweck des Weiterverkaufs an die Baumwollstaaten. Das Resultat zeigten die Volkszählungen. Für die dreißig Jahre von 1790 bis 1820 war eine Verdoppelung der Sklaven von dreiviertel auf anderthalb Millionen festzustellen. Dabei betraf sie doch ausschließlich den Süden, die Staaten jenseits der Mason- und Dixonslinie, das heißt der Grenze, die 1767 von den beiden genannten englischen Landmessern zwischen Pennsylvanien einerseits und Maryland-Virginia andererseits gezogen worden war. Im Norden hatten zwischen 1780 und 1804 Verfassung oder Gesetz überall, obschon nicht überall in gleicher Art, die Emanzipation wenigstens aller nach einem bestimmten Zeitpunkt geborenen Negerkinder verfügt, so daß die Sklaverei hier allmählich — zuletzt, erst in den fünfziger Jahren, in New Jersey — ausstarb. Nur wurde das Verdienst solcher humanitären Maßnahmen bedenklich dadurch geschmälert, daß zahlreiche Angehörige der Nordstaaten, namentlich von Massachusetts, Rhode Island und Pennsylvanien, keineswegs verschmähten, sich mit Schiffen und Kapital am afrikanischen Sklavenhandel zu beteiligen. Und auch, wo kein solch schimpfliches Interesse an der Erhaltung der südlichen Sklavenwirtschaft vorlag,

begann die im achtzehnten Jahrhundert vielfach rege gewesene Entrüstung über sie nachzulassen. Eine der älteren Antisklavereigesellschaften nach der andern stellte ihre Tätigkeit ein. Der volkswirtschaftliche Nutzen der Einrichtung schien trotz Adam Smith durch den Reichtum der Baumwollstaaten erwiesen, und über die moralische Seite trösteten sich die Frommen mit der Bibel, wo im dritten Buch Mose, Kapitel 25, Vers 44 bis 46, zu lesen stand: „Willst du aber leibeigene Knechte und Mägde haben, so sollst du sie kaufen von den Heiden, die um euch her sind, und auch von den Kindern der Gäste, die Fremdlinge unter euch sind, und von ihren Nachkommen, die sie bei euch in eurem Lande zeugen, dieselben möget ihr zu eigen haben und sollt sie besitzen und eure Kinder nach euch zum Eigentum für und für.“ War das für das auserwählte Volk des alten Bundes Rechtens gewesen, so brauchte am Ende auch das auserwählte Volk des neuen Bundes kein Arg darin zu finden. Gottes Wort galt mehr als die Gleichheitsartikel der Menschenrechte.

Nun gab es freilich zwei Momente, die doch eine gewisse Opposition wach hielten. Das eine war der Ärger der Föderalisten über ihre Niederlagen seit 1800, die sie — äußerlich auch gar nicht mit Unrecht — auf das Schwergewicht der Sklavenzahl schoben. Der Einfluß der gebildetsten Kreise der Nation sei durch die tote Masse vertierter Neger gebrochen worden. Deshalb forderte der Hartfordkonvent von 1814 allererst die Abschaffung des indirekten Sklavenstimmrechts. Weiter aber kamen in Frage die Fortschritte der Antisklavereibewegung in England, wo 1807 Wilberforce und seine Freunde nach langer Agitation wenigstens das Verbot des Sklavenhandels durchsetzten. Dahinter konnte die Union nicht wohl ganz zurückbleiben. Sie machte von der Befugnis, 1808 die Negereinfuhr zu untersagen, pünktlichst Gebrauch und fand sich im Genter Frieden 1814 zu dem Versprechen bereit, nach besten Kräften zur vollständigen Unterdrückung des Sklavenhandels mitzuwirken. Ja, im Dezember 1816 wurde eine „amerikanische Kolonisationsgesellschaft“ begründet, die sich die Aufgabe stellte, freigelassene Neger nach Afrika zurückzuführen und dort anzusiedeln.

Ihr gehörten, von Thomas Jefferson und Andrew Jackson angefangen, eine Reihe der ersten Männer des Südens an. Auch die Bundesregierung unterstützte sie durch Zuwendungen. Aber ihre Wirksamkeit war so beschränkt, daß man bald argwöhnte, es

handle sich bloß um einen Kunstgriff, das Gewissen der Nation einzuschläfern. Die Republik Liberia, die als Pflanzstätte amerikanischer Kultur auf afrikanischem Boden freilich aufgerichtet wurde, erwarb sich bald den bösesten Ruf für Unordnungen jeder Art, unter denen bezeichnenderweise selbst Sklavenhandel nicht fehlte; und für jeden Schwarzen, der in die Heimat seiner Rasse abgeschoben wurde, wuchsen fortgesetzt Dutzende der alten Sklavenarmee zu; denn die Bestimmungen gegen den afrikanischen Sklavenhandel und die Sklaveneinfuhr blieben, obwohl sie mehrfach ergänzt und verschärft wurden, wesentlich auf dem Papier, da die Lokalbehörden der Südstaaaten durch die Finger sahen und die Geschworenengerichte versagten. Man hat berechnet, daß jedes Jahr dreizehn- bis fünfzehntausend afrikanische Neger eingeschmuggelt worden seien. Vollends die Sklavenzucht und der natürlich erlaubte innere Sklavenhandel mit all ihren Gemeinheiten und Schrecken blühten. In langen kläglichen Zügen wurden die Neger aus Virginia und Maryland und nicht selten unter Verletzung der Emanzipationsgesetze auch aus New Jersey und New York nach den Golfstaaten getrieben. Die Bundeshauptstadt Washington hatte den traurigen Ruhm, ein Hauptstandquartier für die Seelenverkäufer und ihre schwarze Ware zu sein.

Dabei war es über die Schuld einzelner hinaus die innere Logik der Dinge, die wie gewöhnlich das Übel ärger machte. Eine allgemeine Befreiung der Sklaven wie im Norden schien im Süden undenkbar. Selbst Jefferson, den das Problem bis zuletzt schwer bedrückte, schrieb 1819: „Wir haben den Wolf bei den Ohren und können ihn weder halten noch ohne Gefahr laufen lassen. Gerechtigkeit liegt in der einen Wagschale und Selbsterhaltung in der andern.“ Wollte man aber die Sklaverei nicht aufgeben, so mußte man sie ausdehnen. Nur dann rentierte sie sich wirtschaftlich, weil sie einen extensiven Betrieb verlangte, und (was mehr und mehr ein beherrschender Gesichtspunkt wurde) nur dann war ihr Fortbestand politisch gesichert. Seit nämlich die Emanzipationsgesetze der Nordstaaten sie zu einer „besonderen Einrichtung“ des Südens gestempelt hatten, hing über ihr gleichsam ein Damoklesschwert. Wie leicht konnte der Bund als solcher eine feindliche Stellung gegen sie einnehmen, sobald die freien Staaten das Übergewicht in ihm erlangten! Und die Möglichkeit einer solchen Machtverschiebung lag,

unabhängig selbst von der ungleichen Verteilung der Einwanderung schon deshalb vor, weil der natürliche Bevölkerungszuwachs sich für den Norden voll, für den Süden, soweit die Sklaven in Betracht kamen, doch eben nur zu den drei Fünfteln in neue Abgeordnetenmandate umsetzte. 1790 war das Verhältnis der beiden Sektionen im Repräsentantenhaus annähernd gleich gewesen. 1813 aber hatten die Sklavenhalter hundertvier Vertretern der freien Staaten nur noch neunundsiebzig eigene Leute entgegenzustellen. Es wurde also von entscheidender Wichtigkeit für sie, wenigstens im Senat, wo die Stimmenverteilung sich nicht nach der Volkszahl richtete, ein Gleichgewicht zu behaupten, und dazu war nötig, daß sie von den neu zu begründenden Staaten im Westen möglichst viele an der Sklaverei interessierten.

Wirklich nun hatten sie nach der Richtung zunächst vollkommenen Erfolg. Wenn der erste Staat, der (1791) Aufnahme in den Bund nachgesucht hatte, das kleine Vermont als eine Gründung der Hinterwäldler von Neuengland und New York „freier Boden" war, so besaßen Kentucky und Tennessee, weil sie von Virginia und den Carolinas aus besiedelt wurden, natürlich auch die „besondere Einrichtung". Dann 1802 verstärkte freilich Ohio die Gegenseite, so daß, als 1804 New Jersey das letzte der großen Emanzipationsgesetze erließ, neun Staaten ohne acht Staaten mit erblicher Sklaverei gegenüberstanden. 1812 aber wurde das Gleichgewicht wiederhergestellt, indem die Provinz von Orleans, wo noch aus französischer und spanischer Zeit die Sklaverei eingebürgert war, als Louisiana Staatenrechte erhielt, und in den nächsten Jahren sorgte der Aufschwung des Baumwollbaus dafür, daß den Staaten, die sich aus dem der Sklaverei gesperrten Nordwestterritorium herausschälten, Indiana (1816) und Illinois (1818), in Mississippi (1817) und Alabama (1819) jedesmal ein neuer Sklavenstaat folgte. Überdies bildeten weder Indiana noch gar Illinois verläßliche Stützen der Gegenpartei. In beiden war wegen der Knappheit weißer Arbeiter bei einem großen Teil der Bevölkerung unverkennbar Stimmung für Einführung der Sklaverei trotz der Ordonnanz von 1787 und wurden tatsächlich vielfach Neger in Zwangsdiensten gehalten, die sich nur durch die Rechtsform davon unterschieden. Vollends ganz offen herrschte die Sklavenwirtschaft auf dem andern Ufer des Mississippi in dem 1803 von Frankreich erworbenen Terri-

torium, das, seit der Name Louisiana auf den Staat von Orleans übergegangen war, nach seinem vornehmsten Strome Missouri getauft worden war; und ein Teil dieses Territoriums nun stellte, da zu den ursprünglichen französischen und spanischen Ansiedlern namentlich in den letzten beiden Jahren eine genügende Anzahl von Einwanderern aus Kentucky, Tennessee, Virginia und Südcarolina hinzugekommen war, Ende 1818 den Antrag, als besonderer Staat in die Union aufgenommen zu werden.

Wurde dem ohne weiteres entsprochen, so erlangten die Sklavenhalter nicht nur einen Vorsprung in der Gegenwart, sondern schufen für später das Präjudiz, daß in dem ganzen übrigen weiten und zukunftsreichen Gebiet des Louisianakaufs ohne Rücksicht auf die Verhältnisse in den älteren Teilen der Union die Einführung ihres Wirtschaftssystems möglich blieb. Denn der neue Sklavenstaat würde nach Norden erheblich über die Grenze hinausragen, bei der auf dem linken Ufer des Mississippi der freie Boden begann.

So versteht es sich, daß man in den Freistaaten Alarm schlug. Ein junger New Yorker Abgeordneter, Tallmadge, der weder vorher noch nachher eine Rolle gespielt hat, machte den ersten Rufer im Streit. Der eigentliche Organisator des Feldzugs aber war Rufus King, ein hochangesehener alter Staatsmann, der schon im Unabhängigkeitskrieg mitgefochten, im Verfassungskonvent von 1787 gesessen und auch seither manche Dienste geleistet hatte. Zuletzt hatte er die allgemeine Aufmerksamkeit als Kandidat der Föderalisten bei der Präsidentenwahl von 1816 auf sich gezogen. Damals war er kläglich unterlegen. Jetzt nahm er seine Revanche, indem er die verhaßten Südländer zwar noch nicht eigentlich schlug, aber doch in ihrem Siegeslauf mit entscheidender Wirkung für die Zukunft aufhielt.

Der Kampf begann, sobald im Februar 1819 die Bill über die Zulassung Missouris aus der Kommission ans Plenum gelangte. Auf Antrag von Tallmadge nämlich fügte das Repräsentantenhaus die Klausel ein, daß keine neuen Sklaven ins Land gebracht und die künftig geborenen Kinder der alten mit dem fünfundzwanzigsten Lebensjahr freigelassen werden sollten. Der Senat strich das. Das Haus, mit allerdings nur zwei Stimmen Mehrheit, stellte seinen Beschluß wieder her. Darüber ging am 3. März die Sitzungs-

periode zu Ende. Die Frage blieb bis zum Zusammentritt des neuen Kongresses im Herbst zunächst einmal in der Schwebe.

Inzwischen nahm die öffentliche Meinung Stellung. Zeitungen, Versammlungen, Landtage erschöpften sich in Protesten und Resolutionen. Seit den Tagen des Embargos war eine ähnliche Erregung nicht dagewesen. Im Süden bestritt man, daß der Bund überhaupt in der Lage sei, die Anerkennung eines Staates an Bedingungen zu knüpfen, und fand in diesem Fall noch einen besonderen Gegengrund in dem Vertrag mit Frankreich über die Erwerbung des Landes, der den Einwohnern Aufnahme in die Union zu gleichen Rechten und Schutz von Freiheit, Glauben und Eigentum, also doch auch Eigentum an Sklaven zusicherte. Daneben berief man sich auf Erwägungen der Billigkeit und Zweckmäßigkeit. Da doch die Negerzufuhr aus Afrika verboten sei, bedeute jede Ausdehnung der Sklaverei eine „Verdünnung", eine Abschwächung ihrer Schattenseiten für die Weißen wie für die Schwarzen selbst. Natürlich aber entkräfteten die Wortführer des Nordens diesen sophistischen Trugschluß mit dem Hinweis auf Sklavenschmuggel und Sklavenzucht; den juristischen Argumenten stellten sie andere auch nicht verächtliche entgegen, und am liebsten doch betonten sie die moralische Seite. Nicht umsonst hatten die zahlreichen Amerikabücher englischer Reisender in letzter Zeit immer von neuem in dunkelsten Farben die Schmach der Sklaverei geschildert. Man schämte sich auf einmal wieder selbst. Redner und Journalisten wetteiferten förmlich in starken Ausdrücken. Es sei Pflicht des Bundes, darüber zu wachen, daß das „Verbrechen" in keinen neuen Staat Eingang finde. Schon beschlich angesichts solcher Sprache manchen Patrioten die Sorge wegen einer völligen Auflösung der Union in zwei oder, wenn der Westen etwa für sich bliebe, in drei Staatengruppen. Clay setzte dafür im Privatgespräch eine Frist von nur noch fünf Jahren. Auch Jefferson erschrak „wie beim Klang einer Feuerglocke in der Nacht", und John Quincy Adams meinte mit einem Wort, das die weitere Geschichte erfüllen sollte, der Streit sei wie das Titelblatt eines dicken Bandes voller Tragik.

Allerdings die Tragik war erst der nächsten Generation aufgespart. Für den Augenblick löste sich der Konflikt verhältnismäßig glatt und rasch durch ein Kompromiß.

Der Anlaß dazu wurde gegeben, indem Ende 1819 auch ein neuer Nordstaat sich zur Aufnahme meldete.

Von jeher hatte der der Fläche nach größere, aber schwächer bevölkerte Teil von Massachusetts, der, durch New Hampshire abgetrennt, ganz im Osten an der kanadischen Grenze lag, ein gewisses Sonderleben geführt in mehr oder weniger ausgesprochenem Unfrieden mit der puritanischen Regierung in Boston. Seit 1785 dann war eine Agitation auf völlige Loslösung im Gang. Mehrfach fanden Volksabstimmungen darüber statt, und 1819 endlich überzeugte sich auch der Landtag von Massachusetts, daß es besser sei, den widerwilligen Volksgenossen die Aufrichtung eines eigenen Staates unter dem Namen Maine zu erlauben. Nur noch die Zustimmung des Kongresses fehlte. Im Dezember 1819 wurde sie nachgesucht.

Damit trat nun aber eine wichtige Veränderung der parlamentarischen Situation ein. Bisher hatte die Mehrheit des Senats kein Mittel gehabt, die Mehrheit des Repräsentantenhauses zur Preisgabe ihrer Beschlüsse in Sachen Missouri zu zwingen; denn wenn infolge der Uneinigkeit die Bill nicht zustande kam, hatte den Schaden offenbar nur der Süden. Der Norden konnte warten. Jetzt auf einmal fand er sich auch seinerseits an der Erledigung eines Staatengesetzes interessiert. Man brauchte nur die beiden Fragen zu verkoppeln, und für ihn nicht weniger war eine Zwangslage geschaffen. Die Senatoren der Sklavenstaaten ersahen leicht diesen taktischen Vorteil. Kaum war die Mainebill mit der Zustimmung des Repräsentantenhauses eingegangen (Anfang Januar 1820), als sie beantragten, daß gleichzeitig über Missouri entschieden werden sollte. Die Nordstaatler nahmen das „unwürdige Manöver" nicht ohne weiteres hin, und so folgte zunächst im Senat selbst eine gewaltige Debatte von ganzen vier Wochen. Auf welcher Seite dabei mehr Pathos und Scharfsinn entwickelt wurde, ist zweifelhaft. Zeitgenossen dachten später mit Wehmut dieser goldenen Tage amerikanischer Parlamentsberedsamkeit. Die Mehrheit blieb durchweg den Freunden des Südens. Doch hatten einige von ihnen den Eindruck, daß es angesichts der ebenso zuverlässigen Majorität der Gegner im Repräsentantenhaus nicht wohlgetan sei, die Dinge bis zum Äußersten, vielleicht doch zu einem Bürgerkrieg, zu treiben. Am Ende konnte man, wenn man nur im Punkt Missouris seinen

Willen durchsetzte, nach anderer Richtung entgegenkommen. Die Nordstaatler betonten immer ihre Sorge um das Schicksal der übrigen Länder des Louisianakaufs. Die aber ließ sich beschwichtigen, indem man im Einklang mit der Praxis auf dem linken Mississippiufer verfügte, daß, abgesehen von dem neuen Staat, in dem ganzen von Frankreich abgetretenen Territorium nördlich von 36° 30′ Sklaverei für immer verboten sei. Schon 1819 war davon die Rede gewesen. Nunmehr stellte bezeichnenderweise ein Senator des Westens, Thomas von Illinois, den förmlichen Antrag (3. Februar) und erreichte, daß der Senat ihn vierzehn Tage später in das umgestaltete Missouri-Maine-Gesetz aufnahm. Das Repräsentantenhaus lehnte dies in der ersten Erregung trotzdem ab. Bei ruhigerer Überlegung aber und nach allerlei Einigungsverhandlungen hinter den Kulissen, bei denen auch Henry Clay eine Rolle spielte, besannen sich so viele Abgeordnete eines besseren, daß der Widerspruch gegen die Sklaverei in Missouri mit freilich nur neunzig gegen siebenundachtzig Stimmen zurückgezogen wurde. Für den übrigen Teil des Kompromisses fand sich dann sogar die stattliche Mehrheit von hundertvierunddreißig gegen zweiundvierzig.

Siebenunddreißig von diesen zweiundvierzig Opponenten gehörten dem Süden an, und ihr Nein ließ sich recht wohl begreifen; denn obgleich die Lösung bezüglich des ursprünglichen Streitobjekts eine Niederlage des Nordens war und als solche sogar mit Leidenschaft empfunden wurde, trugen den eigentlichen Schaden doch eben die Sklavenstaaten. Das Missourikompromiß ist eine wichtige Etappe in der Geschichte ihres Niedergangs. Sie gaben den Anspruch auf ein ungeheures Gebiet preis, dessen Entwicklungsmöglichkeiten freilich noch niemand übersehen konnte (neun Zehntel des seinerzeit von Frankreich erworbenen, wie sogleich festgestellt wurde), und sicherten sich dafür außer dem freilich sehr wertvollen Missouri selbst nur das Territorium Arkansas, ein Linsengericht gegen die Erstgeburt; denn wenn hier im Südwesten auf Grund des Vertrages von 1803 ursprünglich alles Land bis zum Rio Grande von der Union beansprucht worden war, so hatte ganz kürzlich, eben auch mit Rücksicht auf die Empfindlichkeit der Nordstaaten, Präsident Monroe im Vertrag mit Spanien die Grenze an den Sabinefluß zurückverlegt. Ein dauernder ehrlicher Frieden auf so ungleicher Grundlage war nicht möglich. Früher oder später mußte

der natürliche Landhunger der Pflanzer erst über die Grenzen des alten Bundesgebiets, dann auch über die Linie des Kompromisses von 1820 hinausstreben.

Für den Augenblick blieb das Unerwünschte, daß der große Gegensatz eines nördlichen und eines südlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems neu festgelegt und ausgedehnt worden war. Der „Sektionsgeist", wie man damals sagte, fand sich mächtig verstärkt. Und wenn freilich die Sklavenfrage für einige Zeit aus der Erörterung ausschied, so wurde statt ihrer der Zolltarif ein Kampfplatz, wo fortgesetzt die Interessen der beiden Staatengruppen aufeinanderstießen.

Sehr früh war in der Union von Schutz der nationalen Arbeit die Rede gewesen. Gleich das erste Zollgesetz von 1789 führte den Titel einer „Akte zur Ermutigung und Beschützung der Manufakturen". Indessen dieser Name war einigermaßen irreführend. In Wahrheit handelte es sich damals noch ganz wesentlich um bloße Finanzzölle. Rechte Bedeutung gewann die Schutzzollbewegung erst nach 1814, als sich die Notwendigkeit ergab, die durch die Handelssperre der Kriegsjahre ins Leben gerufenen gewerblichen Unternehmungen gegen den mit vernichtender Gewalt neu einsetzenden englischen Wettbewerb aufrechtzuerhalten. Ein Tarif von 1816, der von manchen Waren bis zu fünfundzwanzig und dreißig Prozent des Wertes nahm, war in bescheidenen Grenzen schon wirklich protektionistisch. Nur genügte er nicht, um die Unterbietung der amerikanischen Fabrikate zu verhindern. Die Ziffern der britischen Einfuhr blieben weiter bedrohlich. Namentlich wurde massenhaft billiges Gut zum Zweck von Auktionen herübergeworfen, allein nach New York 1818 für vierzehn Millionen Dollar, und eine einheimische Fabrik nach der andern geriet in Zahlungsschwierigkeiten oder fallierte. 1819 war ein schweres Krisenjahr. Aus Pennsylvanien deshalb, wo die „Gesellschaft zur Förderung mechanischer Künste" eine rührige Agitation trieb, aber auch aus anderen Mittel- und einigen Nordstaaten bestürmte man den Kongreß mit Bittschriften wegen eines wirksamen Schutzes: Einschränkung der Zollkredite, Sonderbesteuerung der Auktionen, Erhöhung des Tarifs. Eine erste Vorlage von 1820, die dem Rechnung trug, wurde dann freilich im Senat mit der knappen Mehrheit von gerade einer Stimme zu Fall gebracht. Bis 1824 aber

waren die Schutzzöllner in beiden Häusern stark genug, um die Tarifrevision durchzudrücken. Eisen, Glas, Blei, Woll- und Baumwollwaren, ebenso, um dem Landmann zu gefallen, Rohwolle und Hanf wurden erheblich heraufgesetzt. Ja, 1828 fand eine abermalige Erhöhung statt in dem sogenannten „Tarif der Greuel“, der dann freilich für lange Zeit den Höhepunkt der schutzzöllnerischen Erfolge darstellte.

Allen diesen Beschlüssen gingen leidenschaftliche Debatten voraus und folgte bittere Kritik nach; denn wenn schon im Norden und Westen die Wünsche von Kaufleuten und Gewerbetreibenden meist gegeneinanderliefen und die Interessen von Gewerbetreibenden und Farmern sich oft, zum Beispiel bezüglich des Wollzolles, nur mit Mühe vereinigen ließen, so kam der Süden je länger je mehr zu einer beinahe einmütigen Opposition, von der nur die Zucker- und Indigopflanzer eine nicht sehr wesentliche Ausnahme bildeten. Hier war der Standpunkt einfach der des Verzehrers, der billig kaufen will. Fabriken zu errichten, fehlten Neigung und Möglichkeit, weil Industrie und Sklavenwirtschaft sich nicht vertragen. Körnerbau und Viehzucht wurden fast nur für den Hausgebrauch betrieben, und die Preise von Tabak, Reis, Baumwolle bestimmten sich durch die Ausfuhr. Diese Ausfuhr aber hatte von einem Schutzzollsystem nicht nur keinen Nutzen, sondern geradezu Schaden. Denn wenn wegen der hohen Zölle weniger eingeführt wurde, so konnte der Mangel ausreichender Rückfracht leicht die Kosten des Seetransports erhöhen. Auch zahlte der europäische Kaufmann in barem Geld kaum soviel wie in Waren. Andererseits die Produktionskosten steigerten sich wohl, indem die Bekleidung der Sklaven teurer wurde. Mit vielen schönen Gründen setzten die Theoretiker das auseinander. Praktisch gestalteten sich die Dinge ja nun nicht ganz so schlimm. Die Preise für die Ausfuhr zum Beispiel fielen nicht. Aber bestehen blieb, daß die Zollgesetzgebung den Norden vor dem Süden begünstigte.

Dabei war noch ein Umstand, der sie besonders gehässig machte. Das Schatzamt der Union verzeichnete jährlich wachsende Überschüsse. Die Einnahmen betrugen weit mehr, als man für die ordentliche Verwaltung und die Tilgung der sich rasch mindernden Staatsschuld benötigte. Deshalb war der Kongreß längst auf die Übung zurückgekommen, mit der schon in den guten Jahren

vor 1807 ein Anfang gemacht worden war, namhafte Summen für sogenannte „innere Verbesserungen", Kanal- und Straßenbauten, Fluß- und Hafenregulierungen, auszuwerfen. Das berühmteste öffentliche Werk dieser Art war die „National-" d. h. Bundesstraße von Cumberland in Maryland nach Wheeling am Ohio. Anfangs hatten sich auch zahlreiche Staatsmänner des Südens der Sache geneigt gezeigt, obwohl sie immer gewisse Bedenken wegen der Verfassungsmäßigkeit äußerten. Allmählich aber meinten sie zu bemerken, daß die Staaten des Westens und Nordens bevorzugt würden; denn das entwickeltere Wirtschaftsleben dort ließ unwillkürlich mehr Verkehrsprojekte entstehen, für die Bundeshilfe in Anspruch genommen werden konnte. Deshalb bestritten sie jetzt ganz entschieden die Zulässigkeit solcher Zuwendungen: innere Verbesserungen gehörten nicht zur Kompetenz der Union. Zu den volkswirtschaftlichen Einwänden gegen das Schutzzollsystem trat der staatsrechtliche, daß es zu verfassungswidrigen Ausgaben verführe, und von da war es dann nicht weit zu der Behauptung, daß der Tarif an sich gegen die Verfassung sei, weil diese wohl erlaube, Zölle aufzuerlegen und den Handel zu regulieren, aber nur mit dem Zweck, dem Geldbedarf des Bundes selbst zu genügen und den eigentlichen Handel, nicht die Industrie zu schützen.

Ganz ohne Grund war solche Auffassung nicht. Wahrscheinlich hätten ihr seinerzeit die meisten Väter der Verfassung zugestimmt; ließ sich doch sogar ein Satz aus Hamiltons und Madisons Föderalisten für sie anführen. Aber seit 1787 hatte sich die Vorstellung von dem, was der Bund könne und dürfe, beträchtlich erweitert, und zwar war neben der politischen Entwicklung von großem Einfluß darauf die Rechtsprechung des Obersten Bundesgerichts gewesen. An dessen Spitze hatten die Föderalisten noch unmittelbar vor ihrem Sturz, am 31. Januar 1801, einen ihrer besten und überzeugtesten Männer, John Marshall, gebracht, und das Glück wollte, daß dieser zur Seite der republikanischen Regierungen, von ihnen nicht immer mit Wohlwollen betrachtet, bis 1835 seines hohen Amtes waltete. Weitesten Kreisen bekannt als Biograph Washingtons, hatte Marshall ganz den hohen sachlichen Ernst und das sichere Zielbewußtsein seines Helden. Selbst Jackson, der sein politischer Gegner war, nannte ihn einen großen und reinen Geist. Seine Absicht war, wie er es selbst einmal aus-

drückte, die richterliche Gewalt zwar nicht über ihre richtigen Grenzen hinauszutreiben, aber zu ihrer vollsten Ausdehnung zu entwickeln. Nun wissen wir: ihre Grenzen waren von vornherein weit gezogen, insofern das Oberste Bundesgericht das Recht hatte, in streitigen Verfassungsfragen zu entscheiden. Zu solchen Entscheidungen wurde Marshall einundfünfzigmal aufgerufen, und immer gab er sie im Sinn einer starken Bundesgewalt. So hat ihn ein amerikanischer Jurist als den „zweiten Schöpfer der Verfassung" gepriesen. Sicher gewann sie unter seiner Hand mit jedem Jahr festeren Umriß und vollere Formen.

Die Befugnis, Schutzzölle aufzulegen, hätte er der Union niemals bestreiten lassen. Wenn also die Südstaatler ihre Anschauung von der Verfassungswidrigkeit des Tarifs zur Geltung bringen wollten, mußten sie irgendwie zur Selbsthilfe schreiten. Die Formel dafür lag seit den Virginia- und Kentucky-Resolutionen der Kampfjahre von 1798 und 1799 vor. Schon damals war die Theorie entwickelt worden, daß die Verfassung ein Vertrag sei, und daß die souveränen Einzelstaaten als Kontrahenten das Recht hätten, einen Bundesbeschluß, der gegen diesen Vertrag verstieße, für nichtig zu erklären, zu nullifizieren. Jetzt (1828) kam man darauf zurück, indem man nur, entsprechend der ernsteren Beschwerde, ein ungleich größeres Maß von Leidenschaft und Entschiedenheit zeigte. Was für Jefferson und Madison doch mehr ein Auskunftsmittel gewesen war, wurde mit dem Nimbus eines Dogmas umgeben und zur Höhe eines Systems erhoben. Gegen den fortgesetzten Mißbrauch der „übertragenen Rechte" der Bundesregierung müsse man Schutz suchen bei den „vorbehaltenen Rechten" der Bundesgenossen. Wieder, und ernster als je zuvor, tauchte das Gespenst eines Sonderbundes auf. In der Presse wurde angeregt, einen Kongreß der geschädigten Staaten zu berufen, um die Tyrannei Neuenglands mit dem gleichen Erfolg zurückzuweisen wie einst die Altenglands. Vollends die Redner der Protestversammlungen und -bankette sparten keine Drohungen. Der Bund sei da zum Besten der Unabhängigkeit, werde man vor eine Wahl zwischen beiden gestellt, so dürfe man nicht das Mittel, den Bund, dem Zweck, der Unabhängigkeit, vorziehen. Widerstand werde eine Tugend, wenn die Verfassung mißbraucht würde, um die Rechte des Südens zu zerstören und die Gier des Nordens zu

befriedigen. Zögern heiße nachgeben, nachgeben heiße untergehen.

Dennoch wurde schließlich für diesmal noch eine zögernde Taktik beliebt. 1828 stand eine Präsidentenwahl vor der Tür, von der sich voraussehen ließ, daß sie den Demokraten Andrew Jackson zum Siege bringen würde, der mindestens nicht auf das Schutzsystem eingeschworen war, also vielleicht zu einer Herabsetzung des Tarifs auf gütlichem Weg die Hand bot. Auch hoffte gerade der leitende Geist des Südens, Calhoun, noch sehr stark, in ein paar Jahren selbst Präsident zu werden. Sein Rat war, abzuwarten und sich einstweilen alle Rechte vorzubehalten. In diesem Sinn verfaßte er selbst die berühmte „Südcarolina-Darlegung". Ähnliche Proteste wurden in einer Reihe anderer Südstaaten beschlossen. Sie verurteilten das Zollgesetz als verfassungswidrig, drückend und ungerecht, gefährlich für die Tugend wie für die Freiheit des Volkes, betonten aber doch noch, daß alles getan werden sollte, um den Bund der Staaten zu erhalten und, wie es allerdings bezeichnend weiter hieß, die Freiheiten, deren sicherstes Pfand er sei.

Einige Jahre dann ging die Erörterung mehr akademisch fort. Die Lehre von den Staatenrechten und der Nullifikation wurde weiter ausgebildet. Andererseits hielt der Neuengländer Webster, längst als der beste Debatter des Kongresses bekannt, im Januar 1830 jene großen Reden, die, noch heute jedem Amerikaner teuer, in wundervollen Worten den Segen der Union priesen und die Verfassung, statt als Vertrag zwischen den Staaten, als das Werk vielmehr des Volkes begreifen lehrten: „Es ist des Volkes Verfassung, des Volkes Regierung, gemacht für das Volk, gemacht durch das Volk, verantwortlich vor dem Volk." — Die Tariffrage wurde erst 1832 wieder ernstlich angeschnitten. Es geschah diesmal im Geist eines gewissen Entgegenkommens gegen die Freihändler. Eine lange Reihe von Zöllen wurden aufgehoben oder herabgesetzt, so daß man den Einnahmeausfall auf acht Millionen Dollar veranschlagte. Aber der Wert solcher Reduktionen fand sich einigermaßen beeinträchtigt durch strengere Bestimmungen über die Art der Erhebung, und gerade die ausgesprochensten Schutzzölle blieben oder wurden sogar, wie der auf Wollwaren, abermals erhöht. Wenn deshalb auch ein Teil der Opposition zur Mehrheit überging, die nicht wie 1824 und 1828 ganz knapp,

sondern in beiden Häusern sehr stattlich war, so zeigten sich die Vertreter der eigentlichen Pflanzerstaaten nur um so ungebärdiger. Insbesondere Calhoun, in seinen Hoffnungen auf die Präsidentschaft durch einen unheilbaren Zwist mit Jackson inzwischen betrogen, organisierte nunmehr einen förmlichen passiven Widerstand nach den Rezepten der Nullifikationstheorie. Der Landtag seines Staates, Südcarolina, schrieb Wahlen zu einem Konvent aus, und dieser als das berufenste Organ des Volkswillens beschloß am 24. November 1832 eine Ordonnanz, die die beiden Zollgesetze von 1828 und 1832 feierlich für null und nichtig erklärte. Alle Beamten und Geschworenen mußten einen Eid darauf leisten, und der Bundesregierung wurde angekündigt, daß der Staat jeden Versuch eines Zwanges als unverträglich mit seinem längeren Verbleiben in der Union betrachten werde. Entsprechend traf man Rüstungsmaßregeln. Zwanzigtausend Freiwillige stellten sich zu den Fahnen, und die Frauen, wie gewöhnlich besonders eifrig, verkauften ihre Juwelen, um zu den Kosten eines Kampfes beizusteuern, auf den sie geradezu begierig schienen. Alle Welt trug blaue Kokarden mit einem Palmettoknopf, dem Abzeichen des „Zwergpalmenstaates". Auch wurden Denkmünzen feilgehalten mit dem Bild Calhouns als des ersten „Präsidenten des Südbundes".

Indessen Calhoun selbst hatte, so wenig er vor dem Äußersten zurückgeschreckt wäre, zunächst doch eine weniger gewaltsame Lösung im Auge. Die Ordonnanz ließ insofern Raum für Verhandlungen, als sie den Zolltarif erst zum 1. Februar 1833 außer Kraft setzte, und in Washington gab es Leute genug, die, ohne das Vorgehen Südcarolinas zu billigen, doch einer Nachgiebigkeit das Wort redeten. Präsident Jackson veröffentlichte zwar eine kraftvolle Gegenproklamation (10. Dezember) und ließ sich ein überaus strenges „Zwangsgesetz" bewilligen. Aber gleichzeitig waren namentlich von Henry Clay Bemühungen um ein Kompromiß in der Zollfrage im Gange. Schon am 10. Januar 1833 schrieb Calhoun aus der Bundeshauptstadt, er vertraue auf einen friedlichen Triumph seiner Sache, und bat, keinen Vorwand zur Anwendung von Gewalt zu geben, weshalb die Durchführung der Ordonnanz über den 1. Februar hinaus verschoben wurde. Bis zum 2. März verabschiedete der Kongreß dann wirklich ein neues Tarifgesetz, das die allmähliche Herabsetzung der Zölle im Lauf von

neun Jahren auf schließlich zwanzig Prozent, statt wie bisher hier und da fünfzig Prozent, vom Werte vorsah.

Darauf hatten gewiß noch andere Momente Einfluß: der Gedanke an die bevorstehende Abtragung der Staatsschuld, die eine Verminderung der Abgabenlast nahelegte, und die Sorge, daß der nächste Kongreß noch mehr freihändlerisch gestimmt sein möchte; aber der Anlaß war doch die Nullifikationserklärung Südcarolinas, und deren Urheber durften sich deshalb immerhin eines Erfolges rühmen. Jedenfalls fanden sie sich in der Überzeugung von der Notwendigkeit und Richtigkeit ihrer Taktik bestärkt. Die unheilschwangeren Vorstellungen von der unüberbrückbaren Kluft zwischen Norden und Süden, die einander so entgegenständen wie nur irgend zwei verschiedene Nationen, von der Pflicht der Südstaaten zu gemeinsamem Vorgehen, von ihrem Recht zur Sezession setzten sich infolge des anscheinend so freundlich endenden Zwischenspiels von 1832 und 1833 mehr und mehr fest. Die Zeit war nicht fern, wo sie das politische Leben Amerikas ausschließlich beherrschen sollten.

Einstweilen freilich wurde die Aufmerksamkeit fremder und einheimischer Beobachter doch wohl noch mehr durch eine andere Erscheinung gefesselt. Die zwanziger und dreißiger Jahre sahen die volle Ausbildung der amerikanischen Demokratie, die nicht von ungefähr gerade damals in Alexis von Tocqueville ihren glänzendsten Schilderer und Kritiker fand.

Neuntes Kapitel

Die neue Demokratie

Ursprünglich hatte es in den Staaten der Union zwischen der Theorie ihrer Grundrechte, die freilich von allem Anfang an höchst demokratisch war, und der Praxis ihrer Regierungseinrichtungen und Verwaltungsmethoden mancherlei Widersprüche gegeben. Kaste, Konfession, Bildung, Besitz waren nicht gleich schon durch die Unabhängigkeitsbewegung ganz aus der Stellung verdrängt worden, die sie in kolonialer Zeit besessen hatten. Selbst vielerorten, wo man sich zur republikanischen Partei bekannte, behielten sie Einfluß: Virginia und Südcarolina wurden fortgesetzt von einem kleinen Kreis von Pflanzern regiert. Vollends der Föderalismus mit seinen unvolkstümlichen Grundsätzen, seinem Abscheu vor der französischen Revolution und der entsprechenden Vorliebe für englische Lebens- und Staatsformen war ihnen günstig. Unter den Gebildeten Neuenglands war es zu Anfang des neunzehnten Jahrhunderts geradezu Stil, schlecht von der unerträglichen Demokratie zu sprechen, die zu Bürgerkrieg und Anarchie führen müsse. Als Calhoun 1802 bis 1804 auf der Yale-Universität in Connecticut studierte, fand er kaum einen Gesinnungsgenossen für die Ansicht, daß das Volk die einzig berechtigte Quelle politischer Macht sei.

Indessen blieb das Volk doch im Vordringen. Die neu hinzukommenden Staaten gaben sich durchweg Verfassungen, die erheblich demokratischer waren. Gleich die ersten beiden, Vermont und Kentucky, führten das allgemeine Stimmrecht ein; und dies Beispiel wirkte dann auf die alten Staaten zurück. Bis 1815 hoben ihrer fünf, New Hampshire, Delaware, Georgia, New Jersey und Maryland, ganz oder teilweise die beschränkenden Bedingungen auf, von denen die Teilnahme an den Wahlen ursprünglich abhing.

1818 erregte Aufsehen, daß Connecticut, wo sich das alte koloniale Wesen am unverfälschtesten erhalten hatte, nicht ohne innere Kämpfe seinen ehrwürdigen Freibrief von 1663 durch eine moderne Verfassung ersetzte. 1820 erzwang die Volkspartei in Massachusetts, 1822 und wieder 1826 in New York, 1829 sogar in Virginia Verfassungsänderungen. Sie betrafen in erster Linie immer die Erweiterung des Stimmrechts. Daneben wurde meist eine andere Abgrenzung der Wahlbezirke erstrebt und erreicht nach der Volkszahl statt nach geographischen oder Steuerverhältnissen, und in den Neuenglandstaaten war von großer Tragweite die Aufhebung der alten Verbindung von Kirche und Staat, die dort, Rhode Island natürlich ausgenommen, zunächst fortbestanden hatte. Der puritanische Klerus wurde, nachdem er erst so viel für die amerikanische Demokratie getan hatte, nach dem historischen Gesetz der Undankbarkeit von ihr als Hindernis beiseite geschoben. Die Republikaner vergaben ihm nicht, daß er durchweg und oft recht gehässig die Sache ihrer föderalistischen Gegner vertreten hatte. 1818 erreichten sie in Connecticut, 1819 in New Hampshire, daß er den Schutz des Staates verlor, indem der Zwang für den Bürger, einer Gemeinde anzugehören und ihr zu zehnten, beseitigt wurde. In Massachusetts mißlang ein erster Versuch nach der gleichen Richtung noch 1820. Aber seitdem minderte sich die Widerstandskraft der Geistlichkeit durch wachsende Zwietracht in den eigenen Reihen. Neben der alten strengen Orthodoxie erhob sich, aufgebracht von William Ellery Channing, der mehr philosophische als noch wirklich christliche Unitarismus, die Lehre von der Einheit, nicht Dreieinigkeit Gottes und von der Güte, nicht der Schlechtigkeit der Welt. In immer mehr Gemeinden machte die eine Partei der andern den Anspruch auf Kirchenvermögen und -steuern streitig. Sollte oder konnte der Staat eine Entscheidung treffen? Lieber willigte er auch hier ein, daß das Kirchenwesen auf den Grund der Freiwilligkeit gestellt wurde. 1833 erging ein bezügliches Gesetz, mit dem sich die zwei Jahrhunderte zuvor von Roger Williams begonnene Entwicklung auf amerikanischem Boden vollendete. Freilich wurde der geistliche Einfluß darum noch keineswegs ausgeschaltet; und mochte immer eine gewisse moralische Engherzigkeit und Heuchelei mit unterlaufen, im ganzen diente er zum Guten. Nicht nur war Neuengland nach wie vor der gebildetste Teil der

Union, sondern wenn noch 1820 ein Brite höhnisch gefragt hatte: „An den vier Enden der Erde, wer liest ein amerikanisches Buch?", so begannen jetzt hier Früchte einer eigenen amerikanischen Kultur zu reifen, von denen auch das alte Europa gern genoß. Mit dem jungen Ralph Waldo Emerson, einem Unitarier, wuchs vielleicht der liebenswürdigste aller Philosophen heran, der, den natürlichen Individualismus und Optimismus seiner Landsleute glücklich ausdeutend, in der unermüdlichen Vervollkommnung des eigenen Ich zugleich die sicherste Bürgschaft für den Fortschritt des Menschengeschlechts fand. Von ihm schrieb Carlyle, daß er eine neue Epoche in der neuen Welt bedeute. Daneben behauptete sich viel von der guten alten Art des Puritanertums. Die Bibel, das Verlorene Paradies und Bunyans Pilgerreise blieben Hausbücher in jeder besseren neuenglischen Familie. So behielt auch das politische Leben bei aller Empfänglichkeit für neue Ideen doch ein gewisses Maß von Tradition und Stil, von Anstand, ja Vornehmheit. Boston stach in der Hinsicht recht wohltuend ab von seinen beiden Nebenbuhlern Philadelphia und New York.

Namentlich in New York nämlich zeigte sich die Demokratie von ihrer häßlichsten Seite. Die Verwaltung von Staat und Stadt hatte dort schon zur Zeit der englischen Herrschaft für unmoralisch und unordentlich gegolten. Die tiefste Ursache war die bunte Zusammensetzung der Bevölkerung, und gerade damit wurde es jetzt immer schlimmer. Seit dem Ende des Seekriegs, der sie natürlich zurückgehalten hatte, und unter dem Einfluß der unerquicklichen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in den meisten europäischen Ländern nahm die Einwanderung beträchtlicheren Umfang an als je zuvor, wenn sie freilich auch die spätere Entwicklung seit 1845 noch entfernt nicht ahnen ließ. Die amtliche Statistik der amerikanischen Zollbehörden, die mit 1820 begann, gab für die ersten zehn Jahre bis 1830 143 000 Einwanderer an, und Vergleiche mit den Auswanderernachweisen Englands zeigen, daß die Zahl von der wirklichen sehr weit übertroffen worden sein muß. Nun war New York zwar noch nicht in dem Maß wie heute das große Einfallstor. Auch Boston, Philadelphia, Baltimore und wegen des in der ersten eisenbahnlosen oder eisenbahnarmen Zeit bequemeren Zugangs zum Mississippital New Orleans kamen in Frage. Aber die meisten Fremden wurden doch schon damals in New York aus-

geschifft; denn es war von Europa am besten zu erreichen, und für Amerika selbst bot es ausgezeichnete Verbindungen, zumal seit der Gouverneur de Witt Clinton durch den Bau des Eriekanals 1825 einen bequemen und billigen Wasserweg in die Seenregion geschaffen hatte. 1830 landeten allein hier 30 000. Viele davon zogen weiter landeinwärts. Aber nicht wenige blieben, aus Bequemlichkeit oder angezogen von dem in Arbeit und Vergnügen stark pulsierenden Leben. Die Bevölkerung der Stadt war zur Zeit der geringen Einwanderung von 1810 bis 1816 nur ganz wenig, um 4 200, gewachsen, die nächsten vier Jahre aber brachten eine Zunahme um 23 000 auf 123 700, und 1825 zählte man 162 000. Ein sehr großer Anteil daran entfiel auf die Söhne der grünen Insel, die Englands kurzsichtige Kirchen- und Landpolitik fortgesetzt von der Scholle trieb. Das irische Element dann, ungebildet, kampfesfroh und durch die katholische Kirche an Disziplin gewöhnt, bildete ein unvergleichliches Material für die Organisationskünste ehrgeiziger und gewissenloser Agitatoren. Es wurde möglich, Verbände zu schaffen, bei denen das politische Programm mehr Vorwand und der wirkliche Zweck die Erlangung von Vorteilen für die großen und kleinen Parteiführer war. Der berühmteste davon, die Tammany-Gesellschaft oder Tammany-Halle, ging in ihren Anfängen schon ins achtzehnte Jahrhundert (1789) zurück. Getauft nach einem sagenhaften Indianerhelden und auf indianische Art in Stämme unter Häuptlingen oder Sachems eingeteilt, mochte sie auf den ersten Blick als harmlose Spielerei erscheinen, hatte sich auch zunächst nur bescheidene und freundliche Ziele gesteckt, allmählich aber und nicht ohne Zusammenhang mit der irischen Einwanderung wurde sie eine Macht, die bei den städtischen und Staatswahlen ihre Kandidaten durchsetzte. Die eigentlichen Drahtzieher dabei waren eine Gruppe von Leuten, die, weil sie in der Staatshauptstadt Albany zu beraten pflegten, die Albany-Regentschaft genannt wurden, und unter denen Martin van Buren (1782 bis 1862) als bester Kopf hervorragte. Auf sie paßte durchaus die unbarmherzige Charakteristik Tocquevilles: „Ein Politiker in den Vereinigten Staaten sucht zuerst sein Interesse zu erkennen und zu sehen, welche ähnlichen Interessen sich um dieses gruppieren lassen. Dann gibt er sich Mühe, ausfindig zu machen, ob nicht zufällig irgendwo in der Welt eine Lehre oder ein Grundsatz existiert, den

man mit Anstand an die Spitze der neuen Vereinigung stellen kann, um sie zu offenem Hervortreten zu berechtigen." Sie betrachteten jede gesetzgeberische Maßregel unter dem Gesichtswinkel ihres persönlichen Ehrgeizes und nahmen bezüglich der Verwaltung die Übung an, so oft sie zum Sieg kamen, ohne Rücksicht auf die etwaigen Verdienste des bisherigen Inhabers alle Ämter bis zu den kleinsten herab mit ihren Anhängern neu zu besetzen, was dann natürlich die Gegner veranlaßte, im Fall einer Rückkehr zur Macht jeweils das gleiche zu tun. Nur der Dienst in der Partei verlieh Anspruch auf Dienst im Staat. Ansätze dazu, mehr oder weniger entwickelt, fanden sich gewiß sehr früh auch schon in anderen amerikanischen Staaten, und es fehlte nicht ganz an wenigstens scheinbaren Analogien im englischen Verfassungsleben. Aber voll ausgebildet und anerkannt wurde das „Beutesystem" (spoils system) doch zuerst in New York, und ein New Yorker, bezeichnenderweise ein Mitglied von Tammany, Marcy, gab ihm unabsichtlich den Namen. Im Januar 1832 sagte er: „Die Politiker von New York sind nicht so prüde wie gewisse andere Leute in der Enthüllung der Grundsätze, nach denen sie handeln. Sie bekennen sich offen zu dem, was sie üben. Wo sie um den Sieg kämpfen, gestehen sie ihre Absicht, seine Früchte zu genießen. Wenn sie geschlagen werden, sind sie darauf gefaßt, ihre Ämter aufgeben zu müssen. Wenn sie erfolgreich sind, beanspruchen sie als von Rechts wegen die Vorteile des Erfolges. Sie sehen nichts Unrechtes in der Regel, daß *dem Sieger die Beute gehört*."

Diese Worte fielen im Bundessenat in Washington; denn damals war das System längst nicht mehr auf New York oder andere Einzelstaaten beschränkt, sondern hatte auf die Unionsregierung übergegriffen. Auch sie und gerade sie war von der demokratischen Welle mächtig erfaßt worden.

Ursprünglich, nicht nur unter den Föderalisten, sondern selbst noch unter den Republikanern, hatten Präsident und Kongreß viel von einer Aristokratie oder doch Oligarchie gehabt. Der Senat mit der kleinen Zahl seiner nicht aus Volkswahlen hervorgegangenen, selten wechselnden Mitglieder war eine ausgesprochen aristokratische Körperschaft, auch im Repräsentantenhaus überwogen, namentlich unter den Abgeordneten Neuenglands und des Südens, die vornehmen oder gebildeten Elemente, und die Mög-

lichkeit, Präsident zu werden, schien auf einen kleinsten Kreis beschränkt. Mit der einzigen Ausnahme von John Adams, der sich nur während einer Amtszeit behaupten konnte, löste bis 1825 ein virginischer Großpflanzer den andern ab. Washington, Jefferson, Madison, Monroe gehörten sämtlich nicht nur demselben Staat, sondern derselben Gesellschaftsschicht an. Denn wenn die Verfassung den Präsidenten als freigewählten Vertrauensmann des ganzen Volkes dem Kongreß hatte gegenüberstellen wollen, so war in Wirklichkeit das Volk nicht in der Lage gewesen, frei zu wählen. Nur 1789, 1793 und 1797, wo die Personenfragen keine Schwierigkeiten boten, entschieden die Wahlmänner selbständig. Seit 1800 kam die Sitte auf, daß, ähnlich wie es in den Einzelstaaten für die Gouverneurswahl schon vorher üblich war, die Kongreßmitglieder von jeder Partei in einem sogenannten Caucus (das Wort ist dunklen Ursprunges und unübersetzbar) zusammentraten und einen offiziellen Kandidaten bezeichneten. Damit war die Abhängigkeit vom Kongreß, die den Vätern der Verfassung als ein unter allen Umständen zu verhütendes Übel gegolten hatte, doch in hohem Maße gegeben. 1812 konnte die Kriegspartei den bevorstehenden republikanischen Caucus über die Präsidentenwahl benutzen, um sich den zögernden Madison gefügig zu machen. So regte sich denn sehr früh Widerspruch gegen das „Konklave", das einen Raub an den Volksrechten bedeute. 1808 griffen es die Anhänger Monroes mit harten Worten an. 1812 wurde von einem Teil der mit Madison unzufriedenen Republikaner in tatsächlichem Protest ein freier Kandidat, de Witt Clinton, nominiert, für den dann auch die Föderalisten stimmten, und selbst 1816, wo die Sympathien für Monroe in der öffentlichen Meinung einmütiger waren als im Kongreßcaucus, fehlte es nicht an Kritik des Systems. Kein Geringerer als Clay erklärte sich dagegen. Doch fand die Entthronung von „König Caucus" erst 1824 statt.

Damals standen sich nicht wie 1808 und 1816 nur zwei republikanische Bewerber um die Kandidatur gegenüber, von denen der eine überdies als Favorit des abtretenden Präsidenten von vornherein ein entschiedenes Übergewicht hatte. Die Männer der alten Generation von nationalem Ruf waren aufgebraucht, und unter den neuen Größen war die Wahl schwer. Nach der bisherigen Übung besaß den besten Anspruch John Quincy Adams; denn das Staats-

sekretariat, das er seit mehr als sieben Jahren mit Glanz verwaltete, war die beiden letzten Male die Vorstufe zur Präsidentschaft gewesen. Dazu empfahl ihn seine Herkunft aus dem Norden, den es vielleicht doch angezeigt war, wieder zu berücksichtigen, nachdem durch ein Menschenalter immer der Süden die Präsidenten gestellt hatte; und an seiner persönlichen Eignung konnte, soweit Erfahrung, Geist, Fleiß, Ehrenhaftigkeit in Betracht kamen, kein Zweifel sein. In allen den Hinsichten war er der würdige Sohn des zweiten Präsidenten. Aber auch wie dieser entbehrte er der Gabe, sich Liebe zu erwerben. Ohne Humor, ganz starre, selbstgerechte Puritanertugend, herb in seinen Urteilen und fast noch herber in Worten und Manieren, verbreitete er nach dem Ausdruck eines Zeitgenossen eine erkältende Atmosphäre um sich, die unwillkürlich zurückstieß. Überdies hing ihm in den Augen der strengeren Republikaner seine föderalistische Vergangenheit nach. Der eigentliche Parteikandidat war vielmehr der Schatzsekretär William H. Crawford, ein Georgier von glänzendem Auftreten, großem Reichtum und wenigen Skrupeln, der schon 1816 im Caucus nur mit elf Stimmen hinter Monroe zurückgeblieben war. Daneben machten sich der Kriegssekretär Calhoun und Henry Clay, noch immer Sprecher des Repräsentantenhauses, Hoffnungen und hatten, beides bedeutende und sympathische Menschen, einen Kreis begeisterter Anhänger. Wären nun diese persönlichen Rivalitäten irgendwie mit festen Parteiunterschieden zusammengefallen, so hätten sie sich vielleicht immer noch auf dem alten Weg überwinden lassen. Aber man stand im Zeichen des „guten Einvernehmens". Der Kongreß war parteipolitisch ein Chaos. Deshalb versprachen sich die meisten Abgeordneten von vornherein nichts mehr von der Abhaltung eines Caucus. Es ließ sich voraussehen, daß der Kongreß den überlieferten Einfluß auf die Präsidentenwahl aus der Hand geben würde.

Dafür regten sich andere Instanzen. Auch früher wohl schon hatten die Einzellandtage ein Wort mitzusprechen versucht. Jetzt faßten sie, einer nach dem andern, Beschlüsse im Sinn eines der streitenden Prätendenten. Nur beschränkten sie sich nicht auf jene vier, die, wie verschieden sie übrigens sein mochten, doch sämtlich in den alten Rahmen hineinpaßten. Vielmehr wurde ein fünfter und besonders aussichtsreicher Kandidat ganz anderer Art genannt, dessen Aufstellung mit großer Deutlichkeit den Wechsel der Zeiten

zeigte. Die breiten Massen, namentlich im Westen, hatten genug von der „Dynastie der Staatssekretäre“. Sie meinten, daß die Amtsroutine in Washington allmählich allzu üppig ins Kraut schieße, daß Präsident und Kongreß mehr auf einander als auf das Volk Rücksicht nähmen, und wünschten sich deshalb einen neuen Mann an die Spitze, der, nicht aus dem Washingtoner Kreise, frisches Blut in den alternden Bundeskörper bringen könne. Der Name dieses Mannes war gefunden, als zuerst schon im Januar 1822 die Nashviller Zeitung auf Andrew Jackson, den Sieger von New Orleans, hinwies und ein halbes Jahr später die Legislatur von Tennessee ihren großen Mitbürger in aller Form der Beachtung der Nation empfahl.

Jackson (1767 bis 1845) stammte aus kleinsten Verhältnissen. Seine Eltern waren Arme Weiße schottisch-irischen Blutes im Grenzgebiet zwischen Nord- und Südcarolina. Er besaß wenig Bildung, wenn er sich, vom Sattlerlehrling und Schreiber aufsteigend, auch so viel Rechtskenntnis angeeignet hatte, um in der ganz primitiven Welt des werdenden Staates Tennessee, wohin er auswanderte, Staatsanwalt und Richter spielen zu können. Im Kongreß war er nur kurze zwei Jahre (1797 bis 1799) und nicht zu seinem Ruhm tätig gewesen. Eine andere politische Wirksamkeit im Dienst der Union, mehr neuerdings (1821) als Territorialgouverneur von Florida, hatte sogar schon nach wenigen Monaten ein Ende mit Ärger und Enttäuschung genommen. All seine Verdienste lagen auf militärischem Gebiet, aber ihretwegen genoß er seit den Tagen von New Orleans auch eine ganz ungeheure Popularität. Hundert Geschichten liefen um von der Entschlossenheit, der Aufopferung, der Ritterlichkeit des alten Walnußbaums (Old Hickory), wie man ihn nach dem Lieblingsbaum des amerikanischen Südens nannte. Er galt als die Verkörperung der siegreichen Volkskraft der neuen Weststaaten. Gerade solche durchgreifende, draufgängerische Natur schien nötig, um die alten Perücken in Washington auszustäuben und der Stimme des jungen Amerika Gehör zu verschaffen. Der Ruf des Landtages von Tennessee fand deshalb, ausgenommen in Neuengland, wo die Meinung entschieden für Adams war, fast überall ein lebhaftes Echo. Was half es, daß die Freunde Crawfords, obwohl dieser durch einen schweren Schlaganfall gerade eben seine Spannkraft verloren hatte, doch noch auf den 14. Fe-

bruar einen Caucus beriefen? Da nicht mehr als sechsundsechzig Abgeordnete von zweihunderteinundsechzig teilnahmen, hatte sein Spruch keinerlei Gewicht, und eine Einrichtung, die man als überlebt stillschweigend hätte aufgeben sollen, wurde nur unnütz mit der Erinnerung an ein klägliches Fiasko belastet. Calhoun hatte den richtigen Takt, seine Bewerbung um die Präsidentschaft zurückzuziehen und vielmehr für das Amt des Vizepräsidenten zu kandidieren, das ihm damit sicher war. Alle übrigen Bewerber blieben.

So zeigten denn die Wahlen im November ein höchst buntes und unklares Bild. In den achtzehn Staaten, wo das Volk die Wahlmänner wählte, hatte Jackson mit 153 544 weitaus die meisten Stimmen. Adams vereinte 108 740, auf Clay und Crawford fielen 47 136 und 46 618. Aber sechs Staaten, darunter der größte, New York, ließen das Wahlgeschäft damals noch durch die Landtage besorgen, und diese sechs stellten mehr Wahlmänner für Adams als für Jackson und mehr für Crawford als für Clay, so daß am Ende der Vorsprung von Jackson nicht gar so groß war und Dritter nicht Clay, sondern Crawford wurde. Neunundneunzig Stimmen für Jackson standen vierundachtzig für Adams, einundvierzig für Crawford und siebenunddreißig für Clay gegenüber. Niemand hatte die absolute Majorität, und die Entscheidung kam, wie die politischen Auguren vorausgesehen hatten, an das Repräsentantenhaus, das nach Staaten über die drei Meistgewählten abstimmen mußte. Hier nun war das Machtverhältnis so, daß der Vierte, ausgefallene, Clay, durch seine Anhänger den Preis je nach Belieben Jackson oder Adams zuwenden konnte. Sympathisch war ihm keiner von beiden, aber gegenüber dem „Kriegsmann", von dem er nur Schlechtes erwartete, erschien ihm Adams als das kleinere Übel. Mochte deshalb auch der eine oder andere seiner Freunde Beziehungen zu Jackson suchen, er selbst erklärte schon Mitte Dezember im Vertrauen, daß er für Adams sei, und ließ diese Erklärung, nachdem er inzwischen eine Aussprache mit ihm gehabt hatte, Ende Januar öffentlich wiederholen. Tatsächlich wurde dann am 9. Februar 1825 mit den Stimmen von dreizehn gegen elf Staaten John Quincy Adams zum Präsidenten gewählt.

Das Repräsentantenhaus hatte nur getan, was sein verfassungsmäßiges Recht war. Dennoch ließ sich begreifen, daß alle, die für Jackson und viele, die für Crawford gestimmt hatten, von

einer Fälschung des Volkswillens redeten; denn freilich konnte kein Zweifel sein, daß die Nation selbst, zu einer Stichwahl aufgerufen, anders entschieden hätte. Auch erhöhte ein besonderer Umstand das Bedenkliche des Vorgangs. Gleich am Tage nach der Wahl verkündete Adams, daß er Clay zum Staatssekretär zu ernennen gedenke. Clay hatte das nicht zur Bedingung gemacht, dazu war er zu hochsinnig und zu klug. Aber es war bekannt, daß er das Amt schon unter Monroe erstrebt hatte, und er scheint sich doch in irgendeiner Form vergewissert zu haben, daß Adams es ihm übertragen würde. Jedenfalls gewann die Sache das Aussehen von Leistung und Gegenleistung. Nichts lag näher, als den Bund „zwischen Puritaner und Spieler", wie ein Abgeordneter ihn bissig nannte, auf Motive niedersten Eigennutzes zurückzuführen; und das geschah dann alsbald im Heerlager Jacksons von allen Seiten. Kein leidenschaftlicher Protest, kein noch so umständlicher urkundlicher Gegenbeweis half. Auf dem neuen Präsidenten und seinem Staatssekretär lastete für ihre ganze Amtsdauer und weit darüber hinaus das Odium des „gemeinen Schachers" (corrupt bargain), während ihnen in Wirklichkeit mehr nur ein Mangel an Takt als an Ehrenhaftigkeit vorzuwerfen war.

Anfangs hatte Adams trotzdem Hoffnung, sich durch seine Verwaltung den dauernden Dank der Nation zu erwerben. Seine Antrittsrede und auch noch seine erste Jahresbotschaft waren auf einen sehr zuversichtlichen Ton gestimmt. Insbesondere setzte er sich stark für ein umfängliches Programm innerer Verbesserungen ein. Die Bundesregierung habe das Recht, den Fortschritt des Landes durch Bau von Straßen und Kanälen, von Universitäten und Observatorien zu fördern. Aber gerade damit reizte er, weil doch viele die Verwendung von Bundesgeldern für solche Zwecke als verfassungswidrig betrachteten, nur unnötig zu Widerspruch. Und nicht glücklicher war er, indem er auf Anraten von Clay die Einladung der spanisch-amerikanischen Republiken zu einem Kongreß in Panama benutzte, um die Union weiter noch, als schon durch die Monroedoktrin geschehen war, auf das panamerikanische Ideal zu verpflichten. Seine Ankündigung, daß er Gesandte nach Panama abordnen würde, fand zwar bei Publikum und Presse vielfach begeisterte Zustimmung, da der Gedanke eines „menschlichen Freiheitsbundes aller Völker von der Hudsonbai bis Kap Horn" (Clay)

unwillkürlich zur Phantasie sprach. Aber im Senat, bei nüchternerer Betrachtung, erhoben sich starke Bedenken. Die einen fürchteten Verwicklungen mit Spanien, das die Unabhängigkeit seiner rebellischen Kolonien immer noch nicht anerkannt hatte, andere, Vertreter des Südens, widerstrebten aus Rassenstolz und -politik jeder engeren Verbindung mit Staaten, die ihre Sklaven emanzipiert und Neger und Mulatten unter ihren Generälen und Offizieren hatten. Erst nach hitzigsten Debatten mit kleinster Mehrheit und recht spät (Mitte März 1826) wurde die Ernennung von Gesandten gutgeheißen. Dann wollten es allerlei ärgerliche Zufälle, daß diese nicht rechtzeitig in Panama erscheinen konnten. Der Kongreß dort tagte ohne sie, ging bald auseinander und erfuhr nicht, wie ursprünglich beabsichtigt war, nächsten Jahres eine Fortsetzung in Tacubaya bei Mexiko. Der Panamerikanismus sollte noch zeigen, daß er eine Zukunft hatte. Für den Augenblick stand man vor dem vollständigsten Mißerfolg, und die Opposition erinnerte höhnisch daran, daß der Präsident von dem fehlgeborenen Kongreß gesagt hatte, es werde vielleicht in Jahrhunderten keine so günstige Gelegenheit wiederkommen, um die verheißenen Segnungen des Menschheitserlösers auszuteilen.

Überhaupt war Adams' geschwollene Rhetorik, die nach der Kanzel schmeckte, ein unerschöpflicher Stoff für gute und schlechte Scherze. Kein Präsident vor ihm, auch sein Vater nicht, hatte so schonungslose, gehässige Kritik erfahren. Im Kongreß fehlte ihm von vornherein eine sichere Mehrheit und stellte sich nach den Neuwahlen von 1826 gar zum erstenmal in der Geschichte der Vereinigten Staaten das später noch mehrfach beobachtete Verhältnis heraus, daß die Gegner der Regierung beide Häuser beherrschten.

Die Gesetzgebung stockte fast vollständig, soweit es sich nicht um eine Vorlage handelte, von der anzunehmen war, daß sie Adams' Wahlaussichten verschlechtern würde, wie den „Tarif der Greuel" von 1828, oder um Maßregeln, an denen die Wähler oppositioneller Abgeordneter zu unmittelbar interessiert waren. Dafür beliebte man Anfrage über Anfrage und Untersuchung über Untersuchung wegen angeblicher Mißwirtschaft oder Verschwendung. „Und wenn sie so rein sind wie die Engel zur rechten Hand von Gottes Thron, wollen wir sie doch herunterreißen" sagte ein Abgeordneter. Adams bewies demgegenüber alle mögliche Würde, aber kein rechtes Geschick.

Statt die mancherlei Machtmittel seiner Stellung zu benutzen, um Freunde zu stärken und Feinde zu vernichten, tat er niemand zulieb und niemand zuleide immer nur, was ihm grundsätzlich recht schien. Er zeigte sich wenig, wog Besuchern Zeit und Worte sparsam zu, versagte die Bitte manchen Anhängers und beließ selbst in einflußreichen Ämtern Leute, die gegen ihn arbeiteten, wie den Generalpostmeister McLean. So war kein gutes Ende möglich, und zu allem Überfluß erklärte sich auch das Glück gegen ihn. Während er als Staatssekretär die auswärtigen Geschäfte mit schönstem Gelingen geführt hatte, mußte er als Präsident erleben, daß England den immer streitigen, in den letzten Jahren aber freigegebenen Handel mit seinen westindischen Häfen im Juli 1826 überraschend sperrte. Davon wurden sehr weite Kreise empfindlich betroffen, und obwohl der Präsident kaum eine Schuld trug, mindestens keine größere als der Kongreß, konnte es nicht fehlen, daß die Anhänger Jacksons sich des dankbaren Agitationsstoffes mit Eifer bemächtigten.

Jackson hatte seine Niederlage natürlich nicht als endgültig hingenommen. Wenn Adams im ersten Augenblick gehofft hatte, ihn durch Ernennung zum Kriegsminister versöhnen zu können, so zeigte das nur seine geringe Menschenkenntnis. Der General war vielmehr alsbald aus Washington, wo er die letzten beiden Jahre als Senator amtiert hatte, in unverhohlenem Groll auf seinen Landsitz in Tennessee zurückgekehrt und hatte gern zugelassen, daß noch 1825 seine Kandidatur für die nächste Präsidentenwahl aufgestellt wurde. Calhoun mit seinen zahlreichen Freunden schloß sich ihm an. Auch die meisten Gefolgsleute von Crawford traten zu ihm über. So bildete sich eine Art neuer Partei, die mit herausforderndem Stolz den bisher immer noch ein wenig beschimpfenden Namen demokratisch annahm, während die Anhänger von Adams und Clay sich weiter Republikaner, aber mit dem betonten Zusatz „national", also Nationalrepublikaner nannten. Freilich wurde im Publikum noch meist einfacher und richtiger von Jacksonleuten und Adamsleuten gesprochen; denn die persönlichen Gegensätze herrschten noch vor. Die Parteiprogramme waren nur etwa so weit entwickelt, daß man sagen konnte: die neuen Demokraten entsprachen ungefähr den alten Republikanern der ersten Zeit Jeffersons, und die nunmehrigen Nationalrepublikaner standen nicht allzu weit ab von den einstigen Föderalisten, wie denn

auch der letzte große Föderalist, Daniel Webster, mit ihnen stimmte. Demgemäß hatten sie ihren Hauptrückhalt in Neuengland und ihre Gegner im Süden und Westen, während in den Mittelstaaten, namentlich in New York und New Jersey, die Stimmung geteilt war.

Im ganzen ließ sich nach den vorläufigen Kraftproben bei den Kongreß- und Staatswahlen annehmen, daß die Demokraten 1828 die Stärkeren sein würden. Aber weder betrachtete die eine Partei ihren Sieg noch die andere ihre Niederlage als so sicher, daß nicht der Kampf um die Präsidentschaft mit einer bisher unerhörten Leidenschaft geführt worden wäre. 1824 war die Aufregung ja auch nicht gering gewesen. Fremde Beobachter hatten voll heiterer Verwunderung mit angesehen, wie die Menschen Jackson- oder Clay-Westen trugen und überall, wo sie zu mehreren zusammen waren, auf Schiffen, in Postkutschen oder Wirtshäusern Probeabstimmungen vornahmen oder Wetten eingingen, welcher Kandidat das Rennen machen werde. Jetzt aber traten solche gemütlicheren Züge zurück vor der wüsten Hetze, in der sich die Streitenden förmlich überboten. Eine wahre Flut von Schmutz und Verleumdung wurde ausgegossen. Wer die Zeitungen und Flugblätter las, mochte meinen, daß Adams wie Jackson eher ins Zuchthaus oder an den Galgen als auf den Präsidentensitz gehörten. Über Adams wurde neben anderm Geringeren der törichte Klatsch verbreitet, er habe seinerzeit als Gesandter in Petersburg ein hübsches amerikanisches Dienstmädchen für Geld an einen russischen Großen verkuppelt. Jackson, dessen Leben immerhin mehr Angriffspunkte bot, rechnete man ein kleines Dutzend Morde und Grausamkeiten und Gewaltsamkeiten jeder Art nach. Auch tischte man mit allerlei erfundenen gemeinen Einzelheiten die an sich wahre alte Geschichte auf, daß seine Frau im Moment der Eheschließung noch nicht, wie beide angenommen hatten, rechtskräftig von ihrem nichtswürdigen ersten Gatten geschieden gewesen war. Gerade dieser letzte Angriff erbitterte den General aufs höchste, weil er mehr als ihn selbst die ihm heilige Person der geliebten Lebensgefährtin traf und seiner festen Meinung nach ihren Tod noch am Ende des Wahljahres herbeiführte. An seinen Anhängern aber prallten alle Verleumdungen ab. Für sie war er mehr noch als 1824 der Mann des Volkes, der mit der aristokratischen Mißwirtschaft aufräumen sollte und würde.

Gern sprach man ihm nach, daß die Frage sei, ob das Volk oder die Beamtenschaft herrsche. „Jackson und Reform" wurde das Feldgeschrei.

Als dann die Wahlen wirklich stattfanden, noch nicht wie seit 1848 überall gleichzeitig, sondern vom 31. Oktober bis 15. November, ergaben sie den vollständigsten Sieg für ihn. Die Zahl der Volksstimmen hatte sich im ganzen ungeheuer, auf mehr als das Dreifache, vermehrt; denn abgesehen von der stärkeren Wahlbeteiligung infolge der stärkeren Agitation, kam in Betracht, daß seit 1824 New York, Louisiana, Georgia und Vermont neu zur Volkswahl übergegangen waren und anderswo Erweiterungen des Wahlrechts stattgefunden hatten. Nicht weniger als 1 155 434 Stimmen waren abgegeben. Davon entfielen 647 276 auf Jackson und 508 064 auf Adams. Vollends Wahlmänner hatte Jackson hundertachtundsiebzig und Adams, da das System der Generalliste selbst die stattlichsten Minoritäten unvertreten ließ, nur dreiundachtzig.

So war die Mehrheit unvergleichlich viel größer als bei jener andern Wahl von 1801, die einen Präsidenten und eine Partei gestürzt hatte. Im übrigen sprang die Ähnlichkeit in die Augen. Wieder stand man an einem Markstein in der Entwicklung der amerikanischen Demokratie. Wenn der erste Triumph über die Föderalisten schließlich unvollkommen geblieben war, wenn die Theorien Jeffersons in der Praxis manchen aristokratischen Beisatz erhalten hatten, so wurde dieser jetzt gründlich beseitigt. Die Herrschaft des Volkes, der Masse mit den unvermeidlichen Begleiterscheinungen von Berufspolitikertum und Demagogentyrannei stellte sich her. Jefferson selbst erlebte das nicht mehr. 1826 war er am fünfzigsten Jahrestag der von ihm verfaßten Unabhängigkeitserklärung gleichzeitig mit seinem Mitkämpfer, Gegner und am Ende wieder Freund John Adams nach einem glücklichen, selbst durch wachsende Finanzschwierigkeiten nicht wesentlich getrübten Alter auf seinem Landgut Monticello aus dem Leben geschieden, das er wie wenig andere verstanden und geliebt hatte. Übrigens wäre die Wahl Jacksons keineswegs nach seinem Herzen gewesen. Ausdrücklich hatte er ihn für einen gefährlichen Menschen erklärt von schrecklichen Leidenschaften und geringer Achtung für Gesetz und Verfassung, der für das Präsidentenamt denkbar ungeeignet sei.

Wieweit dies Urteil zutraf, ist schwer zu sagen; denn keines Mannes Bild in der amerikanischen Geschichte schwankt so von der Parteien Haß und Gunst verwirrt. Äußerlich zunächst war Andrew Jackson sogar eine der repräsentativsten Persönlichkeiten, die im Weißen Haus residiert haben: ein großer, hagerer Mann mit weiblich fein geschnittenen, nur zu beweglichen Zügen, beherrschenden dunkelblauen Augen unter buschigen Brauen und vollem, steil emporgebürstetem weißen Haar über der hohen, schmalen Stirn. Etwas eigentlich Soldatisches hatte er kaum. Dafür hatte er nicht lange genug Uniform getragen. Auch machte sich der Einfluß seiner zweiundsechzig Jahre und von mancherlei Leiden geltend. Wohl aber nannte man ihn gern einen Ritter, indem unfreundlichere Kritiker, seine Magerkeit und seinen blinden Eifer karikierend, freilich an den edlen Ritter von La Mancha erinnerten. Ritterlich war vor allem sein Verhältnis zu den Frauen, denen gegenüber er dieselbe auserlesene Höflichkeit und Zartheit des Empfindens zeigte wie eine andere Herrennatur der Weltgeschichte: Bismarck. Aber auch im Verkehr mit Männern verriet nur etwa einmal ein Sprachfehler oder ein Temperamentsausbruch seine geringe Erziehung und wilde Jugend. Bei feierlichen Gelegenheiten wußte er sich mit Anstand und Würde zu bewegen, und im kleinen Kreis verfügte er über jenes Gemisch von gemütlichem Gehenlassen und dennoch sicherem Distanzhalten, das die Menschen an Höhergestellten lieben. Daß er daneben ein warmes, liebeverlangendes und liebegewährendes Herz hatte, bewies sein Verhältnis zu Familie und Freunden, auch eine oder die andere Anekdote aus seinem Kriegerleben, wie die von dem Indianersäugling, den er am Ende einer Schlacht auf dem Kampffeld in den Armen der toten Mutter fand, in sein Zelt mitnahm und mit Zuckerwasser stillte. Sein Geist war erfindungsreich und scharf, wennschon nicht weit und tief. Er erkannte leicht den springenden Punkt einer Sache; sich in großen Zusammenhängen zurechtzufinden, eine Kette von Schlüssen sicher zu ordnen, wurde ihm schwerer. Da rächte sich, daß er wenig gelesen und die meiste Zeit seines Lebens in den unentwickelten Verhältnissen des Westens zugebracht hatte. Wie alle, die ohne Bildung emporgekommen sind, hielt er es mit dem gesunden Menschenverstand, und dieser gesunde Menschenverstand nährte die übliche Menge von Vorurteilen. Jedenfalls hatte ihn

nicht der Geist groß gemacht, sondern der Wille. Sein ganzes Wesen atmete gesammelte, sprungbereite Energie. Er gab wohl die Lehre: „Wenn ihr eine Sache zu tun habt, nehmt alle Zeit fürs Denken, die die Umstände lassen, aber sobald die Stunde zum Handeln da ist, hört mit Denken auf." Und man wird sagen dürfen, daß er eher einmal den genügenden vorherigen Gebrauch als das rechtzeitige Abstellen der Denkmaschine versäumte. Er war ein Mann der Tat und des Kampfes. Mancher wollte in seiner Physiognomie etwas von einem Kampfhahn finden. Sicher verlangte es ihn nach Feinden mindestens ebenso wie nach Freunden, und weil er sie brauchte, suchte er sie nicht selten da, wo sie noch gar nicht waren. Sachlicher Widerspruch galt ihm, außer wenn er von seiner nächsten Umgebung kam, nur zu leicht als Zeichen persönlicher Gegnerschaft. Überhaupt hatte er die Despotenneigung, alles auf seine Person zu beziehen. Ohne niedere Selbstsucht, erfüllt vielmehr von starker und reiner Liebe für das amerikanische Volk, wurde er durch die Anbetung, die ihm zuteil wurde, doch mehr und mehr dazu verführt, sich nach dem Spruch Ludwigs XIV.: l'Etat c'est moi mit dem amerikanischen Volk gleichzusetzen. Das verschob ihm dann mit Notwendigkeit auch das Bild der anderen Menschen. Zweifelhafte Ehrenmänner, die ihn umschmeichelten, hielt er für Volksfreunde und ernste Patrioten, die ihm entgegentraten, verfolgte er mit Haß bis zur Vernichtung; denn wenn er einmal zum Angriff überging, kannte er wenig Skrupel und keine Gnade. Als Soldat wie als Staatsmann hat er sich mehr als einmal geradezu unbarmherzig gezeigt. Während seiner ganzen Laufbahn sind viele Tränen seinetwegen geflossen.

Gleich sein Amtsantritt jetzt brachte Not und Sorge in Hunderte von Familien. Washington war noch nie so voll gewesen wie am 4. März 1829. Aus den entferntesten Gegenden, manche über fünfhundert englische Meilen weit, waren die Leute herbeigeeilt, um den ersten Präsidenten des Volkes zu begrüßen. Aber nicht alle trieb selbstlose Begeisterung. Es war symptomatisch, wie bei dem Empfang im Weißen Haus, der der Einführungsfeier folgte, die gierige Menge im Kampf um die dargebotenen Erfrischungen Porzellan und Gläser zerbrach, Möbel verdarb und den Präsidenten beinahe erdrückt hätte. Ganz so rücksichtslos mit womöglich noch

stärkerer Wucht drängten sich die Ämtersucher an die Staatskrippe — und Jackson nahm keinen Anstand, sie zu befriedigen.

Bisher war die Auffassung gewesen, daß die Bundesbeamten Beauftragte des ganzen Volkes, nicht einer Partei seien. Natürlich hatte bei Neuanstellungen die Frage der Parteizugehörigkeit und die Empfehlung durch Abgeordnete immer eine Rolle gespielt. Insoweit ist die Patronage von jedem parlamentarischen System leider unzertrennlich. Aber es waren doch nur selten Entlassungen von Parteigegnern erfolgt. Selbst der große Regierungswechsel von 1801 hatte ihrer nicht viele gebracht. In den ganzen vierzig Jahren von 1789 bis 1829 soll die Zahl nur hundertzwölf gewesen sein, von denen manche überdies noch nichtpolitische Gründe hatten. Freilich war nach anderer Richtung schon 1820 ein erster Schritt auf schiefer Bahn getan worden; um seine Macht und damit seine Aussichten für die Präsidentenwahl von 1824 zu verstärken, hatte der Schatzsekretär Crawford ein Gesetz veranlaßt, das die Bestallungen aller Finanzbeamten auf vier Jahre, die Amtsperiode des Präsidenten, befristete. Aber noch John Quincy Adams hatte all diese Bestallungen, auch wo es sich um erklärte Gegner handelte, einfach erneuert, damit nicht, wie er ausdrücklich sagte, das Staatsleben zu einem ewigen und ununterbrochenen Reißen um Ämter würde. Auch Jackson war früher wohl dafür eingetreten, daß sich ein Präsident nicht Parteigefühlen überlassen dürfe. Er müsse sich, hatte er Monroe in einem später veröffentlichten Brief 1816 geschrieben, liberal und uninteressiert zeigen und immer vor Augen haben, daß er für das Ganze und nicht einen Teil der Volksgemeinschaft handele. Noch 1824 deshalb war seine Wahl empfohlen worden, weil er keine hungrigen Ämtersucher zu belohnen habe.

Inzwischen war, wie man anerkennen muß, die Lage dadurch verschoben worden, daß 1828 zahlreiche Regierungsbeamte eifrig für Adams agitiert hatten. Auch handelte es sich nicht mehr um Ablösung einer Person, sondern einer Partei. Wenn doch der Wahlkampf unter dem Feldgeschrei der Reform ausgefochten war, ließen sich Amtsenthebungen in gewissen Grenzen kaum vermeiden. Aber teils aus persönlicher Rachsucht, teils und noch mehr auf das Drängen seiner Umgebung schritt der Präsident zu einem durch nichts zu rechtfertigenden Massenopfer. Selbst einer seiner über-

zeugtesten Freunde, Benton, schlägt die Zahl der im ersten Jahr entlassenen Beamten auf sechshundertneunzig an, wobei alle die nicht mitgerechnet sind, die ihre Ämter verloren, weil die Bestallung nicht erneuert wurde. Namentlich unter den Postmeistern, deren Stellen für politisch besonders einflußreich galten und wegen des guten Einkommens sehr begehrt waren, wurde schrecklich aufgeräumt. Vierhunderteinundneunzig sahen sich auf die Straße gesetzt, nicht ohne daß dadurch auch viele der von ihnen gehaltenen Unterbeamten ihr Brot verloren hätten. Alles in allem sollen zweitausend Veränderungen stattgefunden haben. Niemand fühlte sich mehr sicher. „Es ist", schrieb Henry Clay, „wie in Kairo während der Pest; jeder fragt sich ängstlich, wen der nächste Todesstreich trifft." Einer beging aus bloßer Furcht Selbstmord. Ein anderer verfiel in Irrsinn.

Doch war weit schlimmer als das gegenwärtige Unglück noch so vieler Einzelner das böse Beispiel für die Zukunft. Mit dem Ämterwechsel von 1829 drang das Beutesystem in die Unionsregierung ein. Keine Partei wollte und keine Partei konnte, nachdem der Grundsatz ein erstes Mal durchgeführt war, davon abgehen. Vielmehr hatte das Übel die Neigung, sich nur immer zu verschlimmern. Das Amt wurde mehr und mehr zu einem Lohn für Parteidienste, und das wieder bedeutete, daß das Berufsbeamtentum von einem Berufspolitikertum abgelöst wurde. Der Schaden zeigte sich zuerst und am deutlichsten bei der Beamtenschaft; denn wenn die Grundfehler der europäischen Bürokratie, tote Routine und Kastenhochmut, die vordem auch in Amerika nicht ganz gefehlt hatten, nun freilich verschwanden, so minderte der häufige Wechsel Ordnung und Erfahrung, die Verleihung durch die Partei führte notwendig auch zu parteiischer Verwaltung der Stellen, und die Unsicherheit der Amtsdauer wie der bald ausgebildete Zwang, von dem ordentlichen Gehalt einen großen Bruchteil an die Parteikasse abzuführen, machte die Versuchung zu unerlaubter Bereicherung überwältigend. Die Beamten verloren an Ansehen und Vertrauen. Natürlich aber erging es den Politikern im ganzen auf die Dauer nicht besser. In dem Maß, wie die Arbeit in Staat und Gemeinde aus einer Ehrenpflicht ein einträgliches Geschäft wurde, drängte sich in die Parteiorganisationen eine stets wachsende Zahl von Leuten mit starken Ellen-

bogen und unreinen Händen, und je mehr ihrer wurden, desto auffallender zogen sich die vornehmen und anständigen Elemente zurück, bis schließlich der Stand der Politiker überhaupt von einer gewissen Mißachtung betroffen wurde.

Im Augenblick ließ sich das natürlich noch nicht entfernt übersehen. Man stand bei den ersten, vergleichsweise bescheidenen Anfängen der Entwicklung; durfte doch die große Mehrheit der alten Beamten weiter amtieren. Aber es erhoben sich doch schon genug klagende und warnende Stimmen auch aus den nicht unmittelbar geschädigten Kreisen, zumal viele der neuen Ernennungen gerechtes Befremden erregten. Besonders fiel auf, daß eine lange Reihe Journalisten bedacht wurden; denn noch wurden diese von den Staatsmännern im allgemeinen keineswegs als ebenbürtig angesehen. Jackson aber wußte, was er der Presse verdankte, und bediente sich ihrer, darin erstaunlich modern, eifriger als irgendeiner seiner Amtsvorgänger, selbst Jefferson eingeschlossen. Überhaupt liebte er fast mehr die außerordentlichen als die ordentlichen Mittel und Wege. Bisher war, mit einziger Ausnahme von John Adams dem Älteren, noch jeder Präsident von seinem Kabinett unzertrennlich gewesen. Jackson hörte wohl auch auf diesen oder jenen der Staatssekretäre und überließ ihnen die laufende Verwaltung, aber er betrachtete sie doch als Untergebene, nicht Beigeordnete, wechselte sie so häufig, daß er es auf zwanzig Ministerernennungen brachte (bei damals sechs Stellen), und behielt sich alle wichtigeren Entscheidungen selbst vor. Dafür hatte er sein sogenanntes Küchenkabinett, einen Kreis persönlicher Günstlinge und Vertrauter, mit denen er sich zwanglos zu beraten pflegte. Das war an sich gewiß eine bedenkliche Erscheinung, die glücklicherweise keine Schule gemacht hat. Man mochte an die Kamarilla eines absoluten Monarchen denken. Doch handelte es sich großenteils um fähige Menschen. Namentlich einer, der übrigens später als Generalpostmeister auch noch ins wirkliche Kabinett eintrat, Amos Kendall, war selbst nach dem Urteil der Feinde mit einem so ungewöhnlichen Geschick und Geist ausgestattet, daß sie dem Mann im Schatten alle verdienstlichen Leistungen des Präsidenten zuschrieben.

Solche verdienstlichen Leistungen nämlich konnten unmöglich geleugnet werden. Die gern und zuversichtlich prophezeite Blamage blieb aus. Selbst die auswärtige Politik, wegen der man be=

sonders in Sorge gewesen war, brachte die schönsten Erfolge. England gab den Westindienhandel wieder frei. Mit der Türkei (1830) und mit Rußland (1832) kamen vorteilhafte Handelsverträge zustande, die Amerika die Meistbegünstigung sicherten. Frankreich, ziemlich laut und ernstlich bedroht, willigte endlich ein, die alten, noch aus der napoleonischen Zeit stammenden Schadenersatzansprüche amerikanischer Kaufleute und Reeder in Höhe von fünfundzwanzig Millionen Francs anzuerkennen, und zu ähnlichen Entschädigungen für ältere oder neuere Übergriffe wurden Dänemark, Spanien, Portugal gezwungen. Der Name der Vereinigten Staaten war selbst unter Monroe kaum so geachtet gewesen.

Auch machte es einen großen Eindruck in der Welt, daß 1835 der letzte Rest der Staatsschuld abbezahlt wurde, die doch 1816 hundertsiebenundzwanzig Millionen Dollar betragen hatte, und wenn dies Resultat freilich schon von den früheren Verwaltungen vorbereitet und in erster Linie auf Rechnung des wirtschaftlichen Aufschwungs zu setzen war, so hatte Jackson insofern doch einigen Anteil daran, als er die Verwendung öffentlicher Gelder zum Zweck innerer Verbesserungen stark einschränkte.

Diese inneren Verbesserungen waren in der Idee etwas sehr Schönes und Großartiges. Nicht ohne Grund hatten sie den patriotischen Sinn John Quincy Adams bewegt. Man verweilt unwillkürlich bei dem Gedanken, wie mannigfach anders sich die wirtschaftliche und politische Entwicklung des amerikanischen Volkes gestaltet haben könnte, wenn die Union etwa den gerade jetzt einsetzenden Eisenbahnbau in weitem Umfang und nach großen Gesichtspunkten auf sich genommen hätte. Aber in Wirklichkeit war schon um die bisherigen Subventionen für Straßen und Kanäle herum eine recht häßliche parlamentarische Korruption emporgewuchert. Die Abgeordneten schoben sich im Wege des log-rolling wechselseitig Bundeszuschüsse für Unternehmungen zu, an denen sie oder ihre Freunde interessiert waren. Jackson durchschaute das und teilte überdies die Bedenken wegen der Verfassungsmäßigkeit der ganzen Übung. „Unbefriedigend, verfassungswidrig, korrupt und verschwenderisch“ hat er sie in der Jahresbotschaft von 1832 gescholten. So belegte er ein bezügliches Gesetz nach dem andern mit seinem Veto. Selbst die Aufwendungen für den Unterhalt der

Nationalstraße von Cumberland hörten auf, indem sie streckenweise an die Staaten übereignet wurde, deren Gebiet sie kreuzte.

Das war vor allem nach dem Herzen des Südens. Sonst erwarb sich der Präsident dessen Dank besonders durch seine Indianerpolitik. Die Bundesregierung hatte den Indianern gegenüber durchaus die Traditionen der Kolonialzeit übernommen. Sie gewährte ihnen ein gewisses Maß vormundschaftlichen Schutzes gegen Übergriffe von Händlern und Grenzern, bestrebte sich aber, durch Landverträge, die selten ehrlich erwirkt oder ehrlich ausgeführt wurden, für das geordnete Vordringen der weißen Besiedlung fortlaufend Raum zu schaffen. Die so erzielten Fortschritte waren beträchtlich. Jüngst hatte sich vor anderen der Gouverneur des Territoriums Michigan, Lewis Caß, einen Namen für geschickte Behandlung der Indianer gemacht. Im Nordwesten waren sie fast ganz auf das rechte Mississippiufer abgeschoben worden. Ein letztes Aufflackern kriegerischer Energie konnte 1831 und 1832 in dem glücklichen Krieg gegen den schwarzen Falken (Black Hawk) ohne große Mühe niedergeschlagen werden. Ernste Schwierigkeiten aber boten sich im Süden. Dort befand sich mehr als ein Viertel von dem Gebiet der Staaten Alabama, Mississippi und Georgia in Händen indianischer Stämme, namentlich der Creeks und der Cherokesen, die, nicht mehr nomadisch, sondern schon mannigfach zivilisiert und von Mischlingen nicht ungeschickt beherrscht, ein dauerndes Hindernis gleichmäßiger Bewirtschaftung und Verwaltung zu werden drohten. Die drei Staaten waren natürlich ganz entschlossen, die Fremdkörper nötigenfalls mit Gewalt zu entfernen. Bei der Bundesregierung aber zeigte sich zunächst eine gewisse Unsicherheit. Sie war gegen Georgia seit 1802 vertraglich verpflichtet, die Besitztitel der Indianer auf friedlichem Weg abzulösen, aber andererseits hatten diese ein ebenso verbrieftes Recht auf Schutz, und in manchen Kreisen des Nordostens, wo man die Rothäute mehr nur noch aus Erzählungen—Coopers Lederstrumpfgeschichten erschienen in den zwanziger Jahren — als aus wirklicher Anschauung kannte, machte sich eine entschiedene Teilnahme für ihr Los geltend. Es schien unbillig, die vielversprechenden Anfänge einer Kultur zu zerstören, die bei den Cherokesen bis zu Museum, Bibliothek und Zeitung vorgeschritten war. So hatte Adams 1825 einen ersten offenbar erschlichenen Vertrag mit den Creeks über

ihre Abwanderung nach dem Westufer des Mississippi verworfen und die Ausführung eines zweiten billigeren, der nächsten Jahres unter seiner eigenen Mitwirkung zustande kam, mindestens nicht beschleunigt. Die Georgier, aufs äußerte empört, drohten aufsässig zu werden und zur Selbsthilfe zu schreiten. Da trat der Präsidentenwechsel ein. Jackson wußte sich als alter Grenzbewohner frei von allen Sentimentalitäten. Für ihn gab es keinen andern Gesichtspunkt als den freier Bahn für das weiße Element. Den Rothäuten mochte man Geld und alle möglichen Unterstützungen sonst bieten; ihr Recht auf den Boden galt nur, solange die höhere Rasse diesen nicht brauchte. Also wurde die Auswanderung der Creeks tatsächlich erzwungen: der Franzose Tocqueville hat pathetisch geschildert, wie es dabei zuging; und was die Cherokesen anlangte, die sich anfangs beharrlich gegen eine ähnliche Verpflanzung sträubten, sah der Präsident durch die Finger, daß erst Georgia, dann auch Alabama und Mississippi bis zum 1. Juni 1830 einfach ihre Staats- und Gerichtshoheit über den bisher nach eigenem Gesetz lebenden Stamm ausdehnten. Selbst ein den Indianern günstiges Urteil des Obersten Bundesgerichts beirrte ihn keinen Augenblick. „John Marshall hat eine Entscheidung gefällt. Nun laßt sie ihn doch ausführen!“ meinte er höhnisch. Das Ende war auch hier nach einigen Jahren von Wirren und Intrigen (1835) ein Vertrag, durch den die Cherokesen gegen eine namhafte Geldzahlung auf ihre alten Wohnsitze verzichteten und sich neue im Westen anweisen ließen, wo an der Grenze von Missouri und Arkansas ein großes Indianerterritorium geschaffen wurde. Sogar amerikanische Zeitgenossen klagten über den „Schmutzfleck auf unserm Ehrenschild“, und niemand werden heute die Leiden der Entwurzelten kalt lassen, die 1837 dann wirklich genötigt wurden, aus ihrem schönen, geliebten Stammland den weiten Weg in die ungastliche Ferne anzutreten. Aber es muß anerkannt werden, daß die Fortführung durch die Bundestruppen mit aller möglichen Schonung geschah. Blutvergießen wenigstens wurde vermieden. Dagegen ging der Vertreibung auch des letzten selbständigen Indianerstammes im Südosten, der Seminolen, durch überwiegende Schuld der Weißen ein erbitterter Kampf voran, der sich von 1835 über lange Jahre hinzog. Jackson erlebte seinen Abschluß (1842) nur noch als Privatmann, nicht mehr

als Präsident. Immerhin nahmen seine Bewunderer nicht ohne Grund für ihn in Anspruch, daß er den Indianerherrschaften östlich des Mississippi den Todesstoß versetzt habe.

Überschwänglicher noch, aber weniger berechtigt, war ihr Lob wegen der wirtschaftlichen Blüte, die das Land unter seiner Präsidentschaft erreichte. Es handelte sich um eine Zeit ausgesprochenster Hochkonjunktur. Die politischen Wirren, die im Gefolge der Julirevolution viele europäische Länder heimsuchten, sorgten für eine sehr wesentlich vermehrte Einwanderung. Von 1831 bis 1840 wurden 552 000 Einwanderer festgestellt, darunter zum erstenmal im neunzehnten Jahrhundert eine wirklich große Zahl Deutscher, 152 454 (gegen angeblich nur 6 761 im Jahrzehnt vorher). Nicht wenige von ihnen brachten außer ihrer Arbeitskraft Kapital, und auch Kapital für sich allein nahm in beträchtlichem Umfang seinen Weg über das Wasser, da die rasche Abzahlung der Staatsschuld den amerikanischen Kredit überhaupt gestärkt hatte. Von 1830 bis 1837 wurden fünfundvierzig Millionen Dollars mehr ein- als ausgeführt. An anscheinend vorteilhaften Anlagen war ja kein Mangel; denn der den Amerikanern eigentümliche Unternehmungsgeist hatte eine gewaltige Anregung empfangen durch die Erfindungen auf dem Gebiet des Verkehrswesen, die das bisher größte Hindernis für die Erschließung der ungeheuren Naturschätze des Landes, die weiten Entfernungen, mit jedem Jahr besser überwinden ließen. Sie begannen schon im ersten Jahrzehnt des Jahrhunderts mit dem Dampfschiff, das seine erste brauchbare Form eben einem Amerikaner, Fulton, verdankte. Es setzte sich dann verhältnismäßig rasch durch. Schon 1820 war der Stand der amerikanischen Dampfschiffahrt achtunggebietend. Insbesondere auf dem Mississippi entwickelte sie sich glänzend und trug viel zu der raschen Erschließung des Nordwestens bei, der so über New Orleans und St. Louis auf dem Wasserweg von Europa erreichbar wurde. Hand in Hand damit ging ein Aufschwung des Kanalbaus, zu dem die Eröffnung des Eriekanals (1825) und sein großer wirtschaftlicher Erfolg den Anstoß gaben. Staatsregierungen und Privatgesellschaften wetteiferten in der Anlage großartiger und kostspieliger Wasserstraßen. Als aber die Bewegung im besten Zug war, tauchte, auch noch Ende der zwanziger Jahre, von England her die Eisenbahn auf. Sie wurde wie überall zunächst mit Zweifeln be-

grüßt, und zwar hob man neben technischen Bedenken, die Zukunft richtig vorausahnend, die wirtschaftlichen Gefahren des Monopols der Eisenbahngesellschaften hervor. Deshalb wurde angeraten und mancherorten wirklich beschlossen, Schienenwege zu bauen, die gegen Errichtung eines Zolles von jedem Privatgefährt benutzt werden könnten. Der Gebrauch von Lokomotiven war ja noch nicht allgemein, sondern der seltenere Fall. In großem Umfang, oft in sehr origineller Art wurden Pferde zum Antrieb verwendet, auch mit Segeln und schiefen Ebenen geschahen Versuche. Aber der Gedanke der Schienenwege an sich hatte sich um die Mitte der dreißiger Jahre völlig durchgesetzt. New York beschloß 1836 den Bau von 233, Pennsylvanien von 120 Meilen. Auffallender und lehrreicher noch war der Eifer, mit dem die jungen Staaten des Nordwestens vorgingen. Indiana genehmigte 1836 Eisenbahnen und Kanäle in einer Gesamtlänge von 1 200 Meilen, Illinois nahm nächsten Jahres eine Anleihe von zwölf Millionen Dollars auf zur Finanzierung von neun Linien, und selbst das kleine Michigan mit wenig über hunderttausend Einwohnern wagte sich an die Anlage von drei großen Schienensträngen, für die fünf Millionen Dollar geborgt wurden. So zeigte sich gleich anfangs die unterscheidende Eigentümlichkeit der amerikanischen Eisenbahnpolitik gegenüber der europäischen, daß sie nicht nur auf bessere Bewältigung und etwa Steigerung eines schon vorhandenen Verkehrs abzielt, sondern einen ganz neuen Verkehr sozusagen aus dem Nichts zu schaffen sucht. Der Ingenieur ging voran. Farmer, Kaufmann, Fabrikant folgten. Eisenbahn- und Kanalbauten waren nicht nur selbst ein Gegenstand der Spekulation wie gleichzeitig in England, sondern belebten die Spekulation auf anderen Gebieten. Namentlich der Landkauf zu Spekulationszwecken erfuhr die ungesundeste Ausdehnung. Bis 1833 waren höchstens einmal drei oder vier Millionen Dollar aus dem Verkauf von Bundesland erlöst worden. 1834 aber stieg die Summe auf fast 5, 1835 auf 14¾, 1836 auf annähernd 25 Millionen. Natürlich waren die Umsätze im privaten Grundstückshandel dann noch um das Vielfache höher, da die Preise wie im Fieber hinaufgetrieben zu werden pflegten. Besonders lebhaft gestaltete sich das Geschäft in Chicago, das, obwohl es eben erst aus einem Dorf zu einer noch recht unwirtlichen Kleinstadt erwuchs, doch schon für den Mittelpunkt der

Landspekulation galt. Dort notierte sich Miß Martineau, daß ein Advokat bloß durch Anfertigung von Kontrakten täglich 500 Dollar verdiene und ein Mann, der am Morgen Land für 150 Dollar gekauft habe, es am Nachmittag für 5 000 los geworden sei. Ähnliche Preissteigerungen erfuhren andere Waren bis schließlich zu den Lebensmitteln herab, die so teuer wurden, daß trotz der hohen Spesen die Einfuhr von Getreide und Mehl aus Europa lohnte. Geld schien gar keine Rolle mehr zu spielen. Überall schossen Banken aus der Erde, die ihren Kredit förmlich aufdrängten. Gegen 330 im Jahr 1829 zählte man 1836 677, während sich ihr Kapital sogar mehr als verdreifacht, von 110 auf 378 Millionen, und die Summe ihrer Noten mehr als verdoppelt hatte, von 61 auf 140 Millionen. Es war eine goldene Zeit für alle Gründernaturen. Aber auch ernsthafte Leute ließen sich durch das Bild des allgemeinen Wohlstandes blenden. Der Präsident stattete in seiner Jahresbotschaft vom 2. Dezember 1835 der göttlichen Vorsehung in bewegten Worten seinen Dank ab.

Dabei glaubte er, doch auch sich selbst einiges Verdienst zuschreiben zu dürfen; denn ein untätiger Zuschauer der wirtschaftlichen Entwicklung war er nicht gewesen. Vielmehr hatte er versucht, sie durch eine gründliche Reform des Bankwesens zu bestimmen, und seine Maßregeln in dieser Hinsicht hatten wirklich einen nicht geringen Einfluß geübt, nur daß ihr Nutzen in der Gegenwart bestritten war und die Zukunft vollends mehr schädliche Folgen an den Tag bringen sollte. Es handelt sich um die Sache, die im Mittelpunkt seiner Präsidentschaft gestanden, die ihn unausgesetzt beschäftigt, ihm das höchste Lob und den herbsten Tadel eingetragen hat, den großen Kampf gegen die Vereinigte-Staaten-Bank.

Diese war nach der übereilten Aufhebung im Jahr 1811 zum 1. Januar 1817 doch wieder in etwas veränderter Form neu begründet worden, weil man kein anderes Mittel sah, um der allgemeinen Unordnung des Kreditwesens zu steuern, und wenn sie anfangs nicht glücklich verwaltet worden, 1818 dem Zusammenbruch nahe gewesen war, so hatte sie unter veränderter Leitung allmählich eine große und sichere Stellung gewonnen. Ihre Aktien standen auf 125. Ihre Noten waren wie Gold. Indessen fehlte viel, daß sie populär gewesen wäre. Die alten partikularistischen Bedenken gegen die Verfassungsmäßigkeit der ganzen Einrichtung

wollten nicht verstummen. Sehr viele Staatsregierungen führten Krieg gegen sie im Interesse der eigenen Banken. Es bedurfte wiederholter Entscheide des Obersten Bundesgerichts, um die bald hier, bald da versuchte Besteuerung ihrer Filialen zu verhindern. Die mächtige Geschäftswelt von New York hegte eine freundnachbarliche Eifersucht gegen ein Institut, das, in Philadelphia beheimatet, allererst dieser Stadt zugute zu kommen schien. Vollends im Westen herrschte vielerorten ein förmlicher Haß. Hier war unvergessen, daß die Bank in jenen schwierigen ersten Jahren nach 1817 ihren zunächst allzu freigebig gewährten Kredit auf einmal rücksichtslos eingeschränkt und dadurch zahllose Bankrotte verschuldet hatte. Seitdem galt sie als ein „räuberisches, gieriges, bedrückendes Monopol". Man warf ihr nicht ohne Grund vor, daß sie durch ihren zurückhaltenden Einfluß auf die mehr oder weniger von ihr abhängigen kleineren Banken eine Versteifung des Geldmarktes bewirke, während doch für Erschließung von Neuland billiges Geld und leichter Kredit notwendig seien. Als die tote Kapitalmacht einer Handvoll von Besitzenden wurde sie in Gegensatz gebracht zu der großen Masse der schaffenden Kräfte der Nation. Nicht einmal ihre politische Nützlichkeit ließ man gelten. Über ein Fünftel der Aktien war in ausländischen Händen. Konnten sich daraus im Kriegsfall nicht Verlegenheiten und Gefahren ergeben? So war von vornherein klar, daß die Erneuerung des nur bis zum 3. März 1836 erteilten Privilegs auf ernsten Widerstand stoßen würde. Schon im Dezember 1828 legte einer der führenden Männer des Westens, der Senator Benton von Missouri, ein Veto gegen die Beibehaltung der undemokratischen Einrichtung ein.

Benton war ein Freund Jacksons, der gern auf ihn hörte. Seine Stellungnahme konnte also für die neue Regierung von Einfluß sein. Doch brachte der Präsident auch von sich aus der Bank wenig Wohlwollen entgegen. Ohne volkswirtschaftliche Durchbildung, wie er war, hegte er im Grunde einen Argwohn gegen alles Bank- und Papiergeldwesen. Er gestand später, daß ihm die Lektüre von dem sogenannten „Südseeschwindel" in England (1720), dem Gegenstück zu dem bekannteren Lawschen Bankkrach in Paris, einen unauslöschlichen Eindruck gemacht habe. Indem er aber einen Zweifel an der Solidität des Unternehmens nicht los wurde, sah er schon deshalb nicht gern, daß die Union

durch Hergabe ihres Namens, durch Übernahme von Aktien und Hinterlegung der Staatsgelder vor aller Welt als Partner gekennzeichnet war. Dazu schien ihm die Verbindung von Privat- und Staatskapital politisch bedenklich. Die Regierung hatte der Bank wenig zu sagen. Von fünfundzwanzig Direktoren ernannte sie nur fünf, und der Präsident Biddle, König Nicolas, wie man ihn nannte, führte ein vollkommen selbstherrliches Regiment. In einer Polemik mit dem Schatzsekretär Ingham erklärte er alsbald sehr unklug, daß er sich diesem in Hinsicht seiner politischen Meinung und seiner Geschäftsführung ganz und gar nicht verantwortlich fühle. Andererseits war sehr denkbar, daß die Bank die Regierung beeinflußte, Presse, Wählerschaft und Kongreß mehr oder weniger unmittelbar bestach. Jacksons Anhänger behaupteten kaum mit Unrecht, daß bei den Wahlen von 1828 die Bank gegen ihn und für Adams gewirkt habe, der in ihrem Sinne die größeren Bürgschaften bot.

Ob der Präsident gleich bei seinem Amtsantritt zur Vernichtung des Instituts entschlossen war, ist trotzdem nicht sicher zu sagen. Da er ursprünglich eine zweite Wahl nicht wünschte und über das Bankprivileg während seiner ersten Regierungszeit nicht entschieden zu werden brauchte, lag ein Grund zum Handeln keineswegs vor. Indessen, sei es nun in Verfolg eines längst gefaßten Planes, sei es erst unter dem Eindruck der wenig entgegenkommenden Haltung der Bank in gewissen Personenfragen, überraschte gleich seine erste Jahresbotschaft durch den Hinweis, daß die Verfassungs- und Zweckmäßigkeit der Einrichtung von einem großen Teil der Mitbürger angezweifelt werde. Man möge auf eine Reform sinnen, die der Regierung die gleichen Vorteile sichere, ohne auf Grund der Verfassung angefochten werden zu können. Was damit gemeint war, enthüllte die nächste Jahresbotschaft (7. Dezember 1830): ein reines Regierungsinstitut als Teil des Schatzamts, das selbst keine Darlehen gewähren und Noten ausgeben, aber die Noten der Staatsbanken so lange annehmen und einwechseln werde, als sie von den Banken selbst gegen Gold eingelöst würden. Die spätere Gesetzgebung kam nach mancher Richtung auf den Plan zurück. Zunächst aber wurde er unbarmherzig zerpflückt. Selbst viele Anhänger Jacksons bis ins Kabinett hinein sprachen für Beibehaltung der alten Bank. Vielleicht gab ihm das zu denken. Wahrscheinlicher wünschte er nur, die Frage bis nach

der Präsidentenwahl von 1832 zu vertagen, bei der er sich inzwischen nun doch bereitgefunden hatte, zu kandidieren. Genug, seine dritte Botschaft (6. Dezember 1831) äußerte sich auffallend friedlich, fast resigniert. Er habe in der Sache seine verfassungsmäßige Pflicht getan, nun überlasse er sie für den Augenblick der Prüfung eines erleuchteten Volkes und seiner Vertreter. Unter der Hand machte der Schatzsekretär, jetzt McLane, dem Bankpräsidenten die schönsten Hoffnungen, wenn er nur zu warten verstände. Da aber trat Henry Clay dazwischen, der mehr und mehr die Führung der Opposition gegen Jackson übernommen hatte und schon als sein Gegenkandidat für die Präsidentschaft aufgestellt war. Er hielt die Aufrollung der Bankfrage für das beste Mittel, die Feinde zu verwirren und zu schlagen. Biddle sollte sofort um Erneuerung des Privilegs einkommen. Der Kongreß würde sie bewilligen: in beiden Häusern war eine zuverlässige Mehrheit. Dann bliebe Jackson nur die Alternative, sich zu fügen und also sich zu blamieren oder sein Veto einzulegen und die Bank zur Wahlparole werden zu lassen, was ihm die Stimmen zahlreicher Anhänger, namentlich den Staat Pennsylvanien, kosten würde. Das war eine merkwürdig falsche Rechnung. Sie setzte die Uneinigkeit in den Reihen des Gegners zu hoch an und vergaß die Vorurteile der Masse gegen das organisierte Großkapital. Aber auch Webster und andere teilten den Irrtum. Biddle stellte am 9. Januar 1832 seinen Antrag, und bis zum 3. Juli beschloß der Kongreß wirklich, den Freibrief mit geringen Änderungen auf weitere fünfzehn Jahre zu verlängern.

Die Nationalbank schien gerettet und war gerichtet. Jackson zögerte keinen Augenblick, das Gesetz zu verwerfen. Es wurde allerdings zur Wahlparole. Aber einmal war die persönliche Beliebtheit des alten Präsidenten so groß, daß Meinungsverschiedenheiten in einer einzelnen praktischen Frage ihr gegenüber gar nicht in Betracht kamen, und dann ließ sich ein besserer Agitationsstoff von seinem Standpunkt kaum denken. Auf und ab pries man ihn als den tapferen Beschützer der Arbeitenden und Darbenden gegen den satten Besitz. Nicht die leidenschaftliche Rhetorik Clays, nicht das überlegene Sachwaltergeschick Websters, nicht die klingenden Argumente Biddles konnten das Verhängnis wenden. Statt daß die demokratische Partei gesprengt worden wäre, sagte ein alter

Freund der Bank nach dem andern sein reumütiges pater peccavi, und das Ende war, daß Jackson mit der gegen 1828 noch vergrößerten Mehrheit von zweihundertneunzehn gegen siebenundsechzig Stimmen (davon für Clay sogar nur neunundvierzig) wiedergewählt wurde. In dieser Abstimmung sah er dann begreiflicherweise nicht nur das allgemeine Vertrauensvotum, das sie in erster Linie war, sondern gerade auch die Billigung seiner Bankpolitik und eine Aufforderung zu ihrer rücksichtslosen Fortsetzung. Noch war ja keineswegs alles getan. Es zeigte sich bald, daß Biddle seine Sache nicht ohne weiteres verloren gab. Er rechnete mit der Möglichkeit, daß ein vorzeitiger Tod des kränkelnden Präsidenten noch vor Ablauf der Gnadenfrist im März 1836 eine neue Lage schüfe, und faßte für den schlimmsten Fall ins Auge, mit einem Privileg des Staates Pennsylvanien doch so lange weiter Geschäfte zu treiben, bis die Erfahrung einer wahrscheinlich nur kurzen Zeit die Unentbehrlichkeit der Nationalbank neuerdings erwiesen habe. Deshalb setzte er die Bearbeitung von Abgeordneten und Presseleuten mit Hilfe bereicherter Geheimfonds fort und suchte durch auffällige Ausdehnung von Krediten immer weitere Kreise der Geschäftswelt in sein Interesse zu ziehen. Dem entschied sich Jackson, einen Riegel vorzuschieben. Gleich nach seiner Wiederwahl faßte er den Plan, der „Hydra der Korruption" noch vor ihrem natürlichen Ende dadurch das Lebenslicht auszublasen, daß er ihr die Staatsdepositen entzog. Als er beim Kongreß deswegen anfragte, fand er Ablehnung. Auch das Kabinett war in seiner Mehrheit dagegen. Zumal der Schatzsekretär, bei dem nach dem Bankgesetz von 1816 formell die Verantwortung lag, weigerte sich beharrlich. Aber solch Widerstand brachte nur Aufenthalt, keine Änderung von Jacksons Beschlüssen. Er berief einen neuen Mann an die Spitze des Schatzamts und ließ durch diesen, den späteren Oberrichter Taney, während der Parlamentsferien am 26. September 1833 ganz eigenmächtig den Befehl ausfertigen, daß vom 1. Oktober an die Staatseinnahmen nicht mehr bei der Nationalbank, sondern bei einer Reihe von (zunächst dreiundzwanzig) Staatenbanken hinterlegt werden sollten.

Das war für Biddle und sein Institut der Anfang vom Ende. Er kämpfte noch acht Jahre lang mit guten und schlechten Mitteln, seit 1836 wirklich unter einem mühsam und häßlich erworbenen

Freibrief von Pennsylvanien. Aber 1841 kam der unvermeidliche Krach doch in recht böser Form, und gleichzeitig scheiterte der Versuch der wieder zur Herrschaft gelangten Partei Henry Clays, eine neue Nationalbank ins Leben zu rufen, an dem Veto von Präsident Tyler. Die Vereinigten Staaten entbehrten bis 1914 eines zentralen Bankinstituts. Die Folge war ein Mangel an Ordnung, Stetigkeit und Sicherheit im Bankwesen, der mehr als einmal zu Krisen geführt und die Weltwirtschaft bis in die europäischen Märkte hinein ernstlich gestört hat. Wenn deshalb in Amerika selbst auch das Urteil schwankte, weil viele die Furcht vor Monopol und Zentralisierung teilten oder begreiflich fanden, so wird der Außenstehende nicht umhin können, die Aktion Jacksons als fehlerhaft und verhängnisvoll zu beklagen.

Gleich ihre nächste Wirkung ließ Böses voraussehen. Die Bank mußte, nachdem das Schatzamt die Verbindung mit ihr gelöst hatte, ihren Kredit plötzlich einschränken. Vernichtung oder Verlust kamen über zahlreiche Unternehmungen. Nicht weniger als 151 000 mittelbar oder unmittelbar Geschädigte petitionierten beim Präsidenten schriftlich oder mündlich um Zurücknahme der Maßregel. Jackson blieb fest. Er vertraute, daß die Regierungsgelder sehr bald auf dem neuen Weg über die Staatenbanken ins Publikum zurückströmen würden. Auch hörte die Kreditnot richtig nach einigen Monaten auf, aber nur um in ihr Gegenteil umzuschlagen. Da das Schatzamt allzuviele Banken bedachte: bis zum 31. März 1836 vierzig mit insgesamt zweiunddreißig Millionen Dollar Depositen, und sie überdies zunächst noch ausdrücklich zu freigebiger Darlehnsgewährung anhielt, gab es Geld für die wildesten Spekulationen. Das Gründungsfieber, das die Zeit ohnehin erfüllte, wurde gefährlich gesteigert. Jackson sah das, nachdem er sich anfangs des Aufschwungs gefreut hatte, schließlich selbst mit Sorge. Er suchte der wachsenden Papierflut entgegenzuwirken, indem er in großem Umfang — in den drei Jahren von 1834 bis 1836 für 20,7 Millionen Dollar — Hartgeld prägen ließ und am 11. Juli 1836 überraschend verordnete, daß bei Käufen von Regierungsland nur solches angenommen werden dürfe. Aber beide Mittel konnten die Krisis nicht aufhalten, und eine andere Maßregel, an der freilich mehr der Kongreß als der Präsident schuld war, half sie beschleunigen und verschärfen. Infolge

der Tilgung der Staatsschuld und der steigenden Einnahmen aus Zöllen und Landverkäufen hatten sich große Überschüsse aufgehäuft. Diese Überschüsse beschloß man nach langem Überlegen, den Einzelstaaten als zinsloses, aber im Bedarfsfall wieder einzuforderndes Darlehen zu überweisen, indem für die Verteilung das Verhältnis der jedem Staat zustehenden Kongreßmandate zugrunde gelegt wurde. Danach kam auf einige Staaten mehr, auf andere sehr viel weniger, als bisher in ihren Banken deponiert war. Verschiedene Banken mußten also erheblich zurückzahlen, und wenn die Zurückzahlung auch auf vier Vierteljahrstermine, angefangen vom 1. Januar 1837, verteilt wurde, so hätte sie bei der leichtsinnigen Geschäftsführung der letzten Zeit doch wohl unter allen Umständen große Schwierigkeiten gemacht. Überdies aber schlug seit Ende 1836 die Weltwirtschaftskonjunktur um. Die Bank von England schränkte ihre Kredite im allgemeinen und gerade für Amerika ein. Die Preise amerikanischer Stapelartikel, wie Tabak und Baumwolle, sanken rapide, Baumwolle von siebzehn auf zehn Cents für das Pfund. An allen Handelsplätzen folgte ein Bankrott dem andern. New York erlebte bis Anfang Mai 1837 in zwei Monaten zweihundertfünfzig Zahlungseinstellungen. In New Orleans und Mobile behielten nur wenige Firmen das Stehen. Da so selbst ihre besten Wechsel entwerteten, konnten die Banken weder die Forderungen der Regierung noch die ihrer Privatgläubiger befriedigen. Anfang Mai verweigerten sie fast überall die Bareinlösung ihrer Noten, die bis zu vierzig Prozent Diskont verloren. Die Depositen, für die vor dreieinhalb Jahren die Nationalbank angeblich nicht Sicherheit genug geboten hatte, schienen nun sehr viel ernstlicher gefährdet. Nur entwertetes Papier stand dem Schatzamt zur Verfügung. Es war ein zweifelloses Fiasko von Jacksons Bankpolitik.

Aber ein freundliches Schicksal ersparte ihm, es noch selbst als Präsident zu erleben. Seine Amtszeit hatte mit vollem persönlichen Erfolg zu Ende gehen können. Auf dem Höhepunkt des Bankstreites anläßlich der Depositenentziehung war seine demagogische Tyrannei in allen Tonarten angeklagt worden. In der Presse und von der Tribüne hatte man ihn mit Marat und Robespierre verglichen, und im Senat war am 28. März 1834 ein feierlicher Tadelsbeschluß gegen sein verfassungs- und gesetzwidriges

Vorgehen angenommen worden, der freilich drei Jahre danach (16. Januar 1837) ebenso feierlich aus dem Protokoll getilgt wurde. Auch hatte kaum ohne Zusammenhang mit der verbreiteten Mißstimmung etwas später (30. Januar 1835) ein stellenloser Maler englischer Herkunft in einem Anfall von Geistesstörung sogar ein glücklicherweise mißlungenes Revolverattentat auf ihn verübt. Aber selbst damals standen die Mehrheit des Volkes und viele seiner besten Männer begeistert zu dem grimmen alten Herrn im Weißen Hause. Vollends vorher und nachher streifte die Verehrung, die man ihm zollte, an Götzendienerei. Kaum Washington hatte soviel gegolten. Die Masse liebt nun einmal die starke Persönlichkeit; und Jackson war der erste, der aus der Stellung des Präsidenten alle Möglichkeiten persönlichster Betätigung herausholte. Gewiß, Jefferson hatte im stillen keinen geringeren Einfluß geübt, aber seine Art war gewesen, äußerlich hinter Kongreß und Kabinett zurückzutreten. Jackson schob beide zur Seite. Von einer parlamentarischen Regierung sollte nicht länger die Rede sein. Höchstens als konstitutioneller Herrscher und fast schon als Autokrat — „König Andreas", wie die Gegner höhnten, — mit dem Gefühl, nur Gott und dem Volk verantwortlich zu sein, ging er seinen Weg, ein Vorbild für künftige Präsidenten, das wieder und wieder zur Nachfolge gelockt hat.

Dabei war in seiner Natur doch nichts von einem Cromwell, einem Usurpator. Nicht persönlicher Ehrgeiz, sondern einzig patriotisches Pflichtgefühl bestimmte seine Handlungen. Auch nicht den leisesten Versuch unternahm er, über die üblichen zwei Wahltermine hinaus im Amt zu bleiben. Es genügte ihm, daß er die Person seines Nachfolgers bezeichnen konnte.

Als solcher war 1829 ziemlich allgemein der damalige Vizepräsident Calhoun betrachtet worden. Er genoß den Ruf eines Staatsmannes von hohem Geist und vornehmem Charakter und erfreute sich des Vertrauens, ja der Freundschaft des alten Präsidenten. Aber bald stifteten Intriganten Unfrieden zwischen beiden, indem sie Jackson die Überzeugung beibrachten, daß Calhoun als Kriegssekretär 1818 anläßlich des Einmarsches in Florida ein unehrliches Spiel gegen ihn getrieben habe. Eine ärgerliche Korrespondenz machte den Bruch unheilbar. Die Anhänger Calhouns wurden aus dem Kabinett entfernt. Er selbst warf sich in die

Nullifikationsbewegung und legte am 28. Dezember 1832 die Vizepräsidentschaft nieder, um als Senator den Kampf gegen die Regierung zu führen. Damit wurde das Feld für einen Mann frei, der in gewissen Kreisen wohl auch von vornherein genannt worden war, den New Yorker Martin van Buren. Dieser hatte durch seinen Einfluß in seinem Heimatstaat sehr viel zur Wahl Jacksons beigetragen und war dafür durch Ernennung zum Staatssekretär belohnt worden. Klug, liebenswürdig und fein, immer respektvoll und gefällig, immer guter Laune, nie um ein Auskunftsmittel verlegen, erwarb sich der „kleine Zauberer“ dann rasch die ganze Sympathie des Generals, zu dessen vulkanischem Temperament sein holländisches Phlegma die beste Ergänzung bildete. Sein Rücktritt im April 1831 erfolgte rein aus taktischen Gründen im Einverständnis mit dem Präsidenten. Schon im August wurde er auf den wichtigsten diplomatischen Posten, nach London, geschickt. Aber im Senat war die Rankünе gegen ihn und den Präsidenten so mächtig, daß diese Ernennung im Januar 1832 nachträglich verworfen wurde. Nichts hätte seinen Plänen vorteilhafter sein können. In London wäre er möglicherweise vergessen worden. Nun, weil er um seinetwillen gelitten hatte, fühlte Jackson sich ihm dauernd verbunden. Gleichsam als Entschädigung erhielt er 1833 zunächst einmal die Vizepräsidentschaft und wurde 1835 in aller Form zum Kandidaten für die Präsidentenwahl nominiert.

Ohne Widerspruch geschah das freilich auch jetzt nicht. In der demokratischen Partei gab es Leute genug, die fanden, daß „Matty“ für das höchste Amt des Bundes nicht das Maß habe. Er sei ein bloßer Politiker, ein Boß, ohne staatsmännische Tiefe und Gewissenhaftigkeit. Aber gegen Jacksons Einfluß war nicht aufzukommen, und überdies erfolgte die Aufstellung der Präsidentschaftskandidaten seit 1831 in einer Form, die sich gerade den Männern des van Buren-Typs noch mannigfach nützlich erweisen sollte.

Schon 1824, als das Caucussystem Bankrott machte, hatten die Demokraten der Grafschaft Lancaster in Pennsylvanien auf einen besonderen Konvent aus Vertretern aller Staaten als den besten Ersatz hingewiesen. Der Gedanke drang wie die meisten Gedanken, denen die Zukunft gehört, nicht gleich durch, aber 1830 wurde er doch erstmals in die Praxis übersetzt. In der Zwischenzeit hatte sich eine äußerst merkwürdige, für die demokratische Ver-

gröberung des politischen Lebens kennzeichnende Partei, die der sogenannten Antifreimaurer (Anti-masons) gebildet. Sie nahm ihren Ausgang von der Entrüstung über das rätselhafte, noch heute unaufgeklärte Verschwinden eines gewissen William Morgan, der, selbst alter Maurer, ein Buch über die Geheimnisse des Ordens angekündigt hatte und deshalb vielfach verfolgt, schließlich entführt und wahrscheinlich im Niagara ertränkt worden war (1826). Zuerst in New York organisiert, gewannen die Antifreimaurer dort rasch Anhang: 1829 70 000, 1830 128 000 Stimmen. Dann verbreiteten sie sich auch nach Neuengland und Pennsylvanien, errangen bei verschiedenen Staatswahlen auffallende Erfolge und faßten daraufhin Mut, bei der Präsidentenwahl von 1832 mit einem eigenen Kandidaten aufzutreten. Zu dessen Aufstellung beriefen sie auf den September 1830 nun wirklich einen Nationalkonvent nach Philadelphia, und weil der erste nicht genügend besucht war, für den nächsten September einen zweiten nach Baltimore. Jeder Staat sollte ohne Rücksicht auf die tatsächliche Stärke, die die Partei in ihm hatte, soviel Delegierte senden dürfen, wie ihm Präsidentenwahlmänner zustanden (eine offenbar sehr ungerechte Art der Vertretung, die aber wegen ihrer Einfachheit bis heute beibehalten worden ist mit der einzigen, auch noch wenig glücklichen Änderung, daß die Parteien seit 1852 beziehungsweise 1860 zwei Konventsabgeordnete für einen Präsidentenwahlmann anweisen). Dreizehn Staaten kamen der Aufforderung nach. Die Versammlung verlief eindrucksvoll und würdig, und die Folge war, daß die beiden großen Parteien der Nationalrepublikaner und Demokraten das Beispiel sogleich nachahmten. Jene hielten ihren Nationalkonvent im Dezember 1831, diese im Mai 1832, beidemal ebenfalls in Baltimore, das überhaupt lange als Konventsort beliebt war, weil es leicht zu erreichen war und Maryland eine vermittelnde Stellung zwischen Nord und Süd einnahm. Natürlich brauchte der Mechanismus der Delegiertenwahlen, der Wahlprüfungen, der Geschäftsordnung noch Jahre bis zu seiner vollen Durchbildung. Ja, es wird fortgesetzt daran gemodelt und gebessert. Aber die Einrichtung des Nationalkonvents als solche war gesichert. Ihre Bedeutung lag nach zwei Seiten. Einmal verstärkte sie Zusammenhalt, Leben, Gegensatz der Parteien, für die die große, alle vier Jahre wiederkehrende Heerschau eine ständige Anregung,

nicht selten allerdings auch eine Feuerprobe wurde: sehr bald entwickelte sich die Sitte, daß der Konvent, ehe er zur Wahl schritt, sich in einer programmatischen Erklärung, der Plattform, zu den politischen Tagesfragen äußerte. Und dann, was wichtiger war, half die neue Art der Kandidatenauslese den Präsidenten recht im Sinne Jacksons vom Kongreß unabhängiger machen, seinem Amt, wie schon die Verfassung gewollt hatte, eine starke eigene Grundlage sichern. Das alte Band zwischen ihm und den Abgeordneten der Partei lockerte sich weiter. Zugleich aber wob sich ein neues, doch nicht weniger gefährliches Band zwischen ihm und der Parteimaschine im großen. Die Delegiertenwahlen und die Verhandlungen des Konvents selbst boten zu viele Möglichkeiten für korrupte Einflüsse, als daß nicht das Berufspolitikertum Nutzen daraus gezogen hätte. Nicht immer ist es zum Sieg gekommen. In vielen Fällen hat naturwüchsige Popularität, in einigen wenigen immer noch parlamentarischer Einfluß entschieden. Aber Webster hatte doch Grund zu der Behauptung, daß die Konvente ein Mittel seien, große Männer klein und kleine groß zu machen. Eben die Erhebung van Burens war ein erstes, aber bei weitem nicht das ärgste Beispiel dafür.

Übrigens stellten auch die Gegner, die einen Nationalkonvent diesmal nicht abhielten, einen nichts weniger als glänzenden Bewerber. Sie hatten sich seit 1832 fester zusammengeschlossen. Zu den Nationalrepublikanern um Clay waren die Anhänger Calhouns, der größere Teil der Antifreimaurer und einige mit Jacksons selbstherrlicher Art irgendwie unzufriedene Demokraten gestoßen. 1834 hatten sie den Namen Whigs angenommen. Das sollte eine Erinnerung sein nicht sowohl an die Liberalen Englands wie an die Freiheitshelden von 1776 und zum Ausdruck bringen, daß es sich auch wieder um einen notwendigen Kampf gegen unerträgliche Tyrannei für die Ideale wahrer Selbstverwaltung handelte. Insofern war die Bezeichnung gut gewählt und zugkräftig. Nur verriet sie schon einigermaßen den Mangel eines positiven Programms über die Niederwerfung des Systems Jackson hinaus. In keiner einzigen der brennenden Fragen: Bank, Schutzzoll, Staatenrechte, Sklaverei herrschte Einverständnis innerhalb der neuen Partei, und die an sich rühmliche Tatsache, daß sie eine Fülle von Talenten einschloß, schon bewährten und

aufsteigenden, sorgte überdies für persönliche Reibereien. Insbesondere wurde die unvermeidliche Führerschaft von Henry Clay nie gern und vollständig anerkannt. Statt ihn wieder wie 1831 zu nominieren, entschied sich die Mehrheit der Whigs für die von Indiana und Ohio empfohlene Kandidatur eines völligen Außenseiters, des Generals William Harrison. Harrison war ein wohlwollender und gescheiter alter Herr, der sich in seinen jüngeren Jahren als Befürworter einer liberalen Landpolitik und Sieger über Indianer und Briten bei Tippecanoe und an der Themse verdienten Ruf erworben hatte. Seitdem hatte er von den Einkünften einer mittleren Farm und eines einträglichen, aber unbedeutenden Grafschaftsamts in Indiana ein bescheidenes Leben geführt, ohne sich viel um Politik zu bekümmern. Wenn man ihn nun wie einen zweiten Cincinnatus vom Pflug fortholte, um das Vaterland zu retten, so war klar, daß man den Demokraten das glückliche Spiel mit einem volkstümlichen General nachmachen wollte. Aber im Ernst ließ sich Harrison nicht wohl mit Jackson in einem Atem nennen. Durchaus ohne die Fehler, hatte er auch nicht die Vorzüge einer überragenden, willensstarken und geistesmächtigen Persönlichkeit. Deshalb stimmte Massachusetts als Wächter der alten guten Tradition lieber für Webster und wurde von Südcarolina Mangum, von Georgia White gewählt, indem die Hoffnung war, durch solche Zersplitterung die letzte Entscheidung wie 1825 in die Hand des Repräsentantenhauses zu spielen. Diese Hoffnung erfüllte sich nicht. Wenn auch mit wesentlich geringerer Mehrheit als Jackson vor vier Jahren: hundertsiebzig gegen hundertvierundzwanzig Stimmen, errang van Buren sogleich den Sieg.

Der Akt der Amtsübernahme gestaltete sich durchaus zu einer Apotheose des scheidenden Präsidenten. Noch einmal richteten sich aller Augen in Liebe, Bewunderung oder Scheu auf dessen durchfurchten Charakterkopf und hohe Gestalt, die von der gepflegten behäbigen Bourgeoiserscheinung des Mannes an seiner Seite besonders eindrucksvoll abstachen. Van Buren besaß Takt genug, um die zweite Rolle nicht nur ohne Zeichen von Eifersucht hinzunehmen, sondern ausdrücklich sich zu ihr zu bekennen. Seine Rede war mehr ein Kompliment als ein Programm. Er sprach wie jemand, der mit Dank eine glänzende Erbschaft antritt.

In Wirklichkeit aber war diese Erbschaft für ihn nur eine Quelle von Sorgen und Mißerfolgen. Als gleich in den ersten Wochen die große Bankkrisis hereinbrach, bestürmte man ihn mit Klagen und Forderungen, als trüge er die Schuld und nicht die frühere Regierung. Nun beging er gewiß auch seinerseits Fehler. Anfangs bestritt er zu lange den Ernst der Lage, und später war er so unvorsichtig und eigennützig, zuzulassen oder anzuordnen, daß ihm, seinem Kabinett und den Kongreßmitgliedern die Bezüge in gutem Metall bezahlt wurden, während die übrigen Beamten sich mit entwertetem Papier begnügen mußten. Aber er behielt Ruhe und Überblick. Kein Geschrei brachte ihn dahin, dem Geschäftsleben von Staats wegen mit zweifelhaften Mitteln aufhelfen zu wollen. Sein Grundsatz blieb, daß die Bundesregierung ihre Bemühungen auf Herstellung der eigenen Finanzen und Gesundung des Geldwesens zu beschränken habe. Als das beste Mittel dazu erschien ihm, indem er über Jacksons ersten Gedanken noch hinausging, die völlige Lösung, „Scheidung", von den Banken derart, daß alle Staatsgelder in eigenen Filialen des Schatzamts (subtreasuries) an den verschiedenen großen Plätzen des Landes, zunächst Washington, Philadelphia, New York, Boston, Charleston, New Orleans und St. Louis eingezahlt, aufbewahrt und ausgegeben würden. Die weitere Entwicklung hat sich bis 1914 wesentlich in diesem Sinn vollzogen, da die Aufhebung des Unter- oder Unabhängigen Schatzamts unter Tyler 1841 nur ganz vorübergehend (bis 1846) war. Im Augenblick aber kostete es die größte Mühe und Geduld, bis (4. Juli 1840) ein bezügliches Gesetz verabschiedet wurde. Alle, die es mit den Staatenbanken hielten, und erst recht alle, die noch auf die Erneuerung der Nationalbank hofften, verurteilten die Maßregel als eine Schädigung des Wirtschaftslebens und als eine politische Gefahr. Die „Vereinigung von Schwert und Säckel", die unmittelbare Verfügung des Präsidenten über die größte Kapitalansammlung des Landes, müsse zu Despotismus und Korruption führen. Dieser Regierung traute am Ende niemand reine Hände zu. Die Finanzkrisis hatte zahllose Unterschlagungen hoher und niedriger Beamten ans Licht gebracht. In einem Fall, durch den Zolldirektor von New York, Swartwout, war die Staatskasse um mehr als eine Million Dollar geschädigt worden. Schon fragte der Abgeordnete Prentiß von

Mississippi: „Wenn man den Mantel jedes Mannes auseinanderschlägt, der ein öffentliches Amt hat, wie viele möchte man finden, die nicht einen gestohlenen Fuchs am Gürtel tragen?“

Überhaupt sparten die Whigs starke Worte nicht. In ihrer Opposition war ein Schwung, der trotz aller Übertreibungen einer phrasenfrohen Zeit noch heute fortreißt. Wenn Calhoun freilich den Weg zu den Demokraten zurückfand, so wetteiferten Clay und Webster in glänzenden Anklagereden. Der ehrwürdige John Quincy Adams, der nach seiner Niederlage als Präsident ein Kongreßmandat angenommen hatte, warf das ganze Gewicht seiner stolzen und einsamen Persönlichkeit in die Wagschale, und von jüngeren erwarben sich der Georgier Alexander H. Stephens, der Neuengländer Everett, die New Yorker Seward, Weed und Horace Greeley wachsende Auszeichnung. Fast wirklich etwas von dem Geist der Freiheitsbewegung schien zu spüren, namentlich wo die Jugend der Partei, besonders organisiert, zu Massenversammlungen und -paraden zusammenkam. Jedenfalls ging man der Wahl von 1840 mit ganz anderer Siegeszuversicht entgegen als der letzten, und dementsprechend hatte auch die Kandidatenfrage eine ganz andere Bedeutung. Die meiste Stimmung war diesmal ursprünglich für Clay. Auf dem Nationalkonvent, der im Dezember 1839 in Harrisburg stattfand, erhielt er anfangs wenigstens die relative Mehrheit der Stimmen. Aber alsbald machten die Klugen und Vorsichtigen mit Erfolg geltend, daß er, nachdem er Jahrzehnte im öffentlichen Leben gestanden hatte, zu viel Angriffspunkte böte. Die antifreimaurerischen Elemente lehnten ihn ab, weil er dem Orden angehörte; die Abgeordneten aus dem Süden fürchteten seine schutzzöllnerischen Neigungen; die Abolitionisten endlich — von ihnen wird gleich zu reden sein — nahmen Anstoß daran, daß er aus einem Sklavenstaat stammte und selbst Sklaven hielt. Deshalb wurde schließlich doch wieder Harrison aufgestellt, der, weil er sich zu keiner Tagesfrage bestimmt geäußert hatte, niemand im Weg war; und um ja sicher zu gehen, auch den Süden zu gewinnen, gab man ihm den Virginier John Tyler, einen der von Jackson abgefallenen Demokraten, für die Vizepräsidentschaft bei.

Die Gegner, die ihrerseits bei van Buren blieben, begrüßten den Beschluß von Harrisburg mit Hohn. Eine demokratische Zeitung in Baltimore behauptete, ein Anhänger Clays habe von

Harrison gesagt: „Gebt ihm ein Faß schweren Apfelweins und eine Pension von zweitausend Dollar jährlich, und er wird den Rest seiner Tage ruhig in seinem Blockhaus versitzen und Moralphilosophie studieren.“ Aber wenn etwas gefehlt hatte, die Aussichten des Generals sicher zu machen, war es diese Entgleisung. Eigentlich vertraten die Whigs die gebildete und reiche Oberschicht. Nicht ungern hatte man sie die Partei des Kapitals gescholten. Nun konnten sie als Verteidiger der alten einfachen Volksart gegen den allem Luxus ergebenen demokratischen Präsidenten posieren. Blockhaus und Apfelwein wurden auf und ab die Requisiten der Agitation. Sie erschienen nicht nur in Reden und Versen, auf Bannern und Plakaten, sondern wurden in natura herumgefahren oder aufgestellt. Und überall entfesselten sie das gewünschte „Hurrah for Old Tippecanoe“. Noch nie waren so viel Menschen zusammengebracht worden, oft Zehntausende in Versammlungen unter freiem Himmel, und noch nie hatte ein Wahlfeldzug so sehr einem Karneval geglichen, wo die Lust am Schauen, Schreien, Trinken jede ernste Überlegung zurückdrängte.

Als dann endlich — immer noch zu früh für das feiernde Volk — die Tage der Wahlen kamen, ergab sich, wie zu erwarten gewesen war, ein überwältigender Sieg der Whigs. Harrison brachte zweihundertvierunddreißig Wahlmänner auf gegen sechzig für van Buren, und auch was die Urwählerstimmen anlangte, blieb seine Mehrheit (1 269 763 gegen 1 126 137) nicht wesentlich hinter der Jacksons von 1832 zurück. Die Politik des Harrisburger Konvents, die doch anfangs vielen, nicht nur dem enttäuschten Clay Sorge gemacht hatte, schien auf das glänzendste gerechtfertigt.

Aber sehr bald sollte sich das Element der Unwahrhaftigkeit, das in ihr gewesen war, schwer genug rächen. Es ist schon zweifelhaft, ob Harrison selbst den Wünschen der Whigführer auf die Dauer entsprochen hätte, obwohl er sich Webster als Staatssekretär und Mentor gefallen ließ. Er wandte sich gegen die Diktaturgelüste Clays und verlas statt eines von Webster vorgelegten Manuskripts lieber eine Inaugurationsrede eigener Arbeit, die in ihrer altmodischen Rhetorik peinlich berührte. Zudem waren aber seine Tage gezählt. Die Strapazen der weiten Reise mit ihren ewigen Huldigungsfeiern, dann in Washington der vom frühen Morgen

bis in die späte Nacht nicht aussetzende Ansturm der Ämtersucher und eine Parade am 4. März, bei der er ohne Mantel und zu Pferd stundenlang einem unfreundlichen Wetter Trotz bot, erwiesen sich als zuviel für die ohnehin nicht mehr feste Gesundheit des Achtundsechzigjährigen. Er erkrankte an einer Lungenentzündung und Diarrhöe und starb am 4. April 1841.

Es war das erste Mal seit Bestehen der Union, daß der Tod einen Präsidenten mitten aus seinem Amt riß. So war die Trauer allgemein, und William Harrison, der ein guter Mann gewesen war, wurde wie ein großer mit pomphaften Leichenfeiern geehrt. Dabei mischte sich in die Klage über sein zu frühes Hinscheiden sogleich die sorgenvolle Frage, was von seinem Nachfolger zu erwarten sei. Die Wahl Tylers zum Vizepräsidenten war geschehen ohne den entferntesten Gedanken an die Möglichkeit, daß sein verfassungsmäßiges Anrecht auf die etwa erledigte Präsidentschaft praktisch werden könne. Weil man seinen Namen für den Stimmenfang brauchte, hatte man gern darüber fortgesehen, daß er noch bis 1833 Demokrat gewesen war und als Sohn einer vornehmen virginischen Familie durchaus dem Ideen- und Interessenkreis der Staatenrechtler und Sklavenbarone des Südens angehörte. Nun auf einmal rief man sich das mit Schrecken ins Bewußtsein. Auch seine Persönlichkeit, glatt, eitel, selbstsüchtig, erschien nicht recht vertrauenswürdig. Viele beschlich eine Ahnung, daß sein Amtsantritt den Whigs verhängnisvoll werden würde.

Tatsächlich bedeutete er für die Partei den Anfang vom Ende, zugleich aber einen wichtigen Abschnitt in der Geschichte der ganzen Union. Denn mit Tyler begann oder doch beschleunigte sich entscheidend die Entwicklung, die über die Annexion von Texas zum Mexikanischen Krieg und zu der hoffnungslosen Verschärfung der Sklavenfrage führte.

Zehntes Kapitel

Die Sklavenfrage. Texas und der Krieg mit Mexiko

Am 1. Januar 1831 erschien in Boston die erste Nummer einer neuen Zeitschrift, des Liberator. Es war äußerlich ein höchst armseliges Blatt, von seinem Herausgeber, William Lloyd Garrison (1804 bis 1879), zugleich geschrieben, gedruckt und ausgetragen. Aber wer es las, erkannte wohl, daß hier ein Glaube sprach, der Berge versetzen und die Schicksale eines Volkes entscheidend beeinflussen konnte. „Ich will sein streng wie die Wahrheit und unnachgiebig wie die Gerechtigkeit. Ich meine es ernst. Ich will unzweideutig sein. Ich will keine Entschuldigungen machen, und ich will gehört werden." Worüber er gehört werden wollte, sagte der Titel: Befreier. Es handelte sich für ihn um nichts Geringeres als die sofortige und unbedingte Aufhebung der Sklaverei.

Solche Forderung schien im Augenblick nur ein Fanatiker oder gar ein Wahnsinniger stellen zu können. Seit dem Missourikompromiß hatte die ungeheure Mehrheit der Amerikaner über die Sklavenfrage kaum mehr nachgedacht. Die wenigen aber, die besonders in den Kreisen der Quäker sich für das Los der Neger interessierten, begnügten sich, einen Beitrag zur Amerikanischen Kolonisationsgesellschaft zu leisten oder flüchtigen Sklaven heimliche Hilfe zu gewähren. Eigentlich nur noch Benjamin Lundy in Baltimore vertrat in einer eigenen Monats- und schließlich Wochenschrift, dem Genius of Universal Emancipation, den Gedanken allgemeiner Befreiung, und auch er empfahl ein allmähliches, schonendes Vorgehen. Garrison, ursprünglich ein armer Druckergeselle aus Newburyport in Massachusetts, war gerade als sein Schüler und Mitarbeiter emporgekommen, aber seine leidenschaft-

lichere Art drängte bald über den Lehrer hinaus, und weil er wegen eines heftigen Artikels eine kurze Gefängnisstrafe erlitt, kehrte er dem ungastlichen Maryland den Rücken, um in Boston selbständig sein Heil zu versuchen. Vom großen Publikum und den Behörden anfangs wenig beachtet, gewann er sich durch seinen sachlichen Ernst und seine persönliche Freundlichkeit bald eine kleine Schar überzeugter Anhänger. Im Januar 1832 konnte er in Boston die Neuenglische Antisklavereigesellschaft gründen, und nicht ganz zwei Jahre später, am 4. Dezember 1833, nach einem Konvent in Philadelphia, folgte die Amerikanische Antisklavereigesellschaft.

Ihr Verfassungsstatut begann mit einer eindrucksvollen Berufung auf Bibel und Unabhängigkeitserklärung zum Beweis, daß alle Menschen eines Blutes und von gleichen Rechten seien. Die Sklaverei laufe den Grundsätzen der natürlichen Gerechtigkeit, der republikanischen Staatsform und christlichen Regierung zuwider. Sie zerstöre den Wohlstand des Landes und gefährde Frieden und Freiheit der Staaten. Deshalb sei es Pflicht gegen die Unterdrückten, gegen die Sklavenhalter selbst und gegen Gott, alles gesetzlich Erlaubte zu ihrer Ausrottung zu tun. „Wir halten für möglich, durch Aufrufe an die Gewissen, die Herzen und die Interessen des Volkes eine öffentliche Meinung zu erwecken, die sich dagegen richtet, daß in irgendeinem Teil der Republik Sklaverei fortbestehe."

Entsprechend setzte dann wirklich eine ebenso rege wie heftige Agitation ein. Man hielt zahlreiche Versammlungen ab, in denen man neben einheimischen Führern wenig taktvoll einen englischen Wanderredner radikalster Färbung, F. G. Thomson, auftreten ließ, und vor allem, man überschwemmte nicht nur die freien, sondern auch die Sklavenstaaten mit einer ganzen Literatur aufreizender Broschüren und Zeitschriften. Kein Wort schien zu stark, kein Bild zu kraß, um das „abscheuliche Verbrechen", die Not der Neger und den Übermut ihrer Herren, der „Menschendiebe", zu brandmarken.

Nun fehlte es gewiß nicht an Unterlagen für solche Darstellung. Der bloße Rechtszustand mußte zartere Gewissen verletzen. Der Sklave war eine Sache wie im alten Rom. Mit seiner Person beschäftigten sich die Gesetze wesentlich nur, indem sie strenge Strafen für ihn festsetzten, nicht indem sie ihm Schutz gewährten. Insbesondere blieb ihm die Möglichkeit genommen, gegen Weiße Zeug-

nis abzulegen. Damit entfiel jede Garantie gegen einen Mißbrauch des Züchtigungsrechtes. Namentlich auf einsamen Farmen fand die Grausamkeit jähzorniger oder wollüstiger Herren zahlreiche Opfer, die zuweilen nicht nur am Leib, sondern am Leben geschädigt wurden. In der Stadt unter den Augen von Nachbarn war es besser. Aber auch dort sahen die vier Wände manchen Hauses Tragödien wehrlosen Leidens, und überaus häßlich war die zum Beispiel in New Orleans bestehende Einrichtung einer öffentlichen Prügelanstalt, wohin unzufriedene Herrschaften ihre Leute, Frauen sogut wie Männer, mit Anweisung auf soundsoviele leichte oder schwere Hiebe senden konnten. Dabei wurde die Peitsche doch nicht nur benutzt als kaum entbehrliches Mittel gegen die natürliche Neigung des Negers zur Trägheit, sondern oft genug, um Leistungen aus ihm herauszuholen, die die normale Kraft nicht hergegeben hätte. In den Golfstaaten galt es auf nicht ganz wenigen Zucker- und Baumwollplantagen für wirtschaftlich, die Sklaven, die dem ungesunden Klima doch nicht lange standhielten, durch höchste Anspannung in ein paar Jahren aufzubrauchen. Entsprang dann einer der Gequälten, so folgte die gräßliche Sklavenjagd mit Bluthunden, deren Ende nicht selten der Tod des menschlichen Wildes war. Deshalb war unter den Negern weit und breit der Verkauf nach dem Süden gefürchtet. Mit nichts konnte man Unbotmäßige erfolgreicher bedrohen. Und doch lief der Sklavenhandel großenteils gerade darauf hinaus, die überschüssige Bevölkerung aus den mehr nördlich gelegenen Staaten, wo Lebens- und Vermehrungsbedingungen günstig waren, in die Gegenden höherer Sterblichkeit und geringerer Geburten zu überführen. Es ist schon erwähnt worden, daß zum Beispiel in Virginia eine förmliche Sklavenzucht zum Zweck des Verkaufs blühte. Dort konnten Zeitungsannoncen feilgebotene Negerinnen in schamloser Deutlichkeit als fruchtbare Mütter rühmen. Das hieß Menschliches gerade da, wo es am innigsten und rührendsten ist, auf das Niveau des Tierischen herabziehen. Gewiß gab es Herren genug, die darauf sahen, daß ihre Sklaven in ehelichen Verbindungen lebten und die Familien zusammenblieben. Namentlich im Süden war das der Fall, weil die Versuchung zum Verkauf geringer war. Aber auch hier mochten Konkurse und Erbteilungen dahin führen, daß alte Bande roh zerrissen wurden. Jedenfalls fehlte es an einer ge-

setzlichen Anerkennung der Sklavenehen. Sie konnten gelöst und neu geschlossen werden, wie es dem Interesse von Herren und Händlern entsprach, und in der Fortnahme von Kindern war man erst recht nicht ängstlich. Oft wurden sie den Müttern von vornherein entzogen, um unter Obhut irgendeiner alten Negerin, kaum bekleidet und mit grobem Mehlbrei auskömmlich, aber erschreckend einförmig ernährt, im wesentlichen wie das liebe Vieh aufzuwachsen. Für Erziehung geschah wenig oder nichts. Man brachte den Sklaven mit der nötigen Vorsicht und Auswahl und unter strenger Kontrolle etwas christliche Religion nahe. Auch rechnen mußten sie hier und da. Lesen und Schreiben dagegen galt für staatsgefährlich. In mehreren Staaten war sogar dem Herrn bei strenger Strafe verboten, darin zu unterrichten. Welches unter all solchen Bedingungen der moralische Zustand sein mußte, leuchtet ein. Fremde Beobachter fanden ihn noch trauriger als den physischen. „Nie", schrieb Miß Martineau, „sah ich bei einem Tier einen so niedrigen, verlorenen Ausdruck, wie den leeren unsteten Blick des entwürdigten Sklaven." Besondere Bedenken erregte der Umfang, in dem die Weißen selbst, Aufseher, Herren und Herrensöhne, sich die sittliche Verwahrlosung der Negerfrauen zunutze machten; denn so wuchs eine ganze Mischrasse von Mulatten, Quarteronen und Oktavonen: Viertels- und Achtelsnegern heran. Diese waren vielfach hochintelligente, fein organisierte, auffallend schöne Menschen. Nach Anlage und Neigung gehörten sie der Herrenkaste an und waren doch durch das harte Recht, das sie in den Stand der Mutter verwies und dem Vater die Freilassung aufs äußerste erschwerte, allen Möglichkeiten des Sklavenelends ausgesetzt. Unter ihnen fand man wahrhaft pathetische Schicksale, und es ist kein Zufall, daß ein solcher Mulatte, Frederick Douglaß, das Buch geschrieben hat, das von allen Anklagen gegen die Sklaverei am stärksten, weil am echtesten, wirkt.

Die große Masse der Vollblutneger haderte kaum mit ihrem Los. Alle unparteiischen Zeugnisse gehen dahin, daß sie gleichmütig oder gar heiter erschienen. Viel dazu tat das sonnige Temperament ihrer Rasse, die der Stunde lebt, Schmerz rasch vergißt und Freude mit kindlichem Entzücken hinnimmt. Aber es muß doch auch anerkannt werden, daß ihre Lage faktisch und im ganzen erheblich besser war, als sie sich nach dem Gesetz und nach noch so

zahlreichen Einzelfällen darstellte. Die Regel blieb schließlich, daß die Herren schon im eigensten Interesse ihre Leute gut hielten. Sie verlangten ein anständiges Stück Arbeit und straften, wenn es nicht oder schlecht geleistet wurde, aber sie sorgten für ausreichende Kleidung und Nahrung, für Pflege in Krankheitsfällen und Gnadenbrot bei Alter und Invalidität. Auch das Vergnügen, das der Mensch braucht und der Neger besonders, kam keineswegs zu kurz. Gesang, Spiel und Tanz waren an Feiertagen und in Feierstunden auf den Plantagen und Farmen meist gern gestattet. Die Zeit von Weihnachten bis Neujahr wurde sogar ganz einem förmlichen Karneval geweiht, der in seiner zuchtlosen Ausgelassenheit an die römischen Saturnalien erinnerte. So hatte das Verhältnis von Herren und Sklaven überwiegend wohl einen gemütlich patriarchalischen Zug. „Ich gehöre ihnen, und sie gehören mir“ sagte eine alte Negerin von ihrer Herrschaft, und wenn Sklaven verschiedener Häuser zusammentrafen, geschah es häufig, daß sie einander mit der Güte und Vornehmheit ihrer Herren vorrenommierten, um sich am Ende womöglich darüber zu prügeln. Auch auf Seite der Herren fehlte es nicht an herzlichen Empfindungen. Während der Weiße im Norden vor dem freigelassenen Neger wie vor etwas Unreinem zurückwich, ließen den Südländer die Gewohnheit täglichen Umgangs und die Sicherheit, sich jederzeit auf den Herrenstandpunkt zurückziehen zu können, den Mann der niederen Rasse nicht selten als guten, wenn auch untergeordneten, Kameraden behandeln. Der Herrensohn spielte mit dem Sklavenkind, und Kammerdiener und und Zofe von schwarzer Farbe wurden in das Vertrauen mancher zarten Dinge gezogen.

Nach alledem versteht sich, daß nicht nur die Sklavenhalter selbst, sondern weiteste Kreise in den Freistaaten die Angriffe Garrisons und seiner Leute, der Abolitionisten, wie man sie nannte, als ungerechtfertigt empfanden. Und welche Gefahr konnten sie werden! Wenige Monate nach dem ersten Erscheinen des Liberator, im August 1831, war in ominösem Zusammentreffen, wenn auch ohne Zusammenhang damit, in Virginia der schreckliche Sklavenaufstand des Nat Turner ausgebrochen, der, obwohl er rasch unterdrückt wurde, doch einundsechzig Weißen das Leben gekostet und eine ungeheure Panik erzeugt hatte. Ähnliche Empörungen, nur in weit größerem Umfang, schienen die unabwendbare Folge

der neuen Agitation sein zu müssen. Ebenso aber wie die Sicherheit des Südens bedrohte sie den Fortbestand der Union. Denn wer durfte im Ernst erwarten, daß die Sklavenstaaten auf gütlichem Weg für eine Emanzipation, noch dazu ohne Entschädigung, zu gewinnen seien, die die Pflanzerkaste entthronen und womöglich ihrerseits der quantitativ stärkeren niederen Rasse unterwerfen würde? War es nicht vielmehr auf Kampf oder Trennung abgesehen? Schon griffen die Abolitionisten offen sogar die geheiligte Bundesverfassung an, weil sie die Sklaverei als häusliche Einrichtung der Einzelstaaten anerkannte. Garrison nannte sie einen höllischen Pakt, der nach Gottes Gesetz von allem Anfang null und nichtig gewesen sei, und selbst der sanfte Wendell Phillips rief feierlich seinen Fluch über sie aus. Die Antwort der herausgeforderten öffentlichen Meinung war, daß man die Abolitionisten in eine Art sozialer und politischer Acht tat. Man verglich sie mit Mordbrennern, die Feuer an ein stolzes Haus legten, mit Wahnsinnigen, die die wilden Tiere einer Menagerie loslassen wollten. Der anständige Bürger rückte von ihnen ab. Der Pöbel bewarf sie mit Schmutz und mißhandelte sie. Viele ihrer Versammlungen wurden gestürmt und gestört, einer ihrer Vorkämpfer, Lovejoy in Alton (Illinois), fand im November 1837 bei einem Angriff auf seine Druckerei den Tod durch Erschießen.

Dennoch schritt die Bewegung unaufhaltsam fort. Neun Jahre nach Gründung der ersten gab es zweitausend Antisklavereigesellschaften mit 200 000 Mitgliedern. Petitionen an den Kongreß erhielten 1835/6 34 000, 1836/7 100 000, 1837/8 schon 300 000 Unterschriften. Leute von Reichtum, wie die Brüder Tappan, und führende Geister, wie der Dichter Whittier, traten bei. 1838 entschieden die Abolitionisten die Wahl Sewards zum Gouverneur von New York. 1840 machte sich ihr Einfluß bei der Präsidentenwahl fühlbar. Was man auch sagen mochte, sie waren ein Faktor des moralischen und politischen Lebens geworden.

Die Gründe dafür waren von mancherlei Art. Zunächst kam in Betracht, daß im stammverwandten England die Sache der Emanzipation eben jetzt ihren letzten entscheidenden Sieg errang. Zum 1. Januar 1834 wurde unter Festsetzung von Entschädigungen und mit schonenden Übergangsbestimmungen die Sklaverei in allen Teilen des Britischen Reiches für aufgehoben erklärt. Das

machte in der ganzen Welt einen außerordentlichen Eindruck, und Amerika wurde noch besonders betroffen, weil es sich bei der englischen Maßnahme hauptsächlich um die Inseln Westindiens handelte, von denen tausend Fäden nach dem Festland hinüberliefen. Alsbald stellten sich völkerrechtliche Schwierigkeiten heraus, indem amerikanische Küstenfahrer mit Sklaventransporten in westindische Häfen verschlagen und die Sklaven von den dortigen Behörden freigelassen wurden. Dann mußte die Bundesregierung auf diplomatischem Wege Rückgabe an die geschädigten Eigentümer verlangen. Peinliche und beschämende Verhandlungen waren die Folge. Es wurde klar, daß die Sklaverei doch keine bloße häusliche Einrichtung der Südstaaten sei, sondern den ganzen Bund verpflichte und kompromittiere. Selbst die eingeborene, der Dinge gewohnte Bevölkerung des Nordens fühlte sich unangenehm berührt und zum Nachdenken angeregt.

Vollends empfindlich zeigten sich die Eingewanderten. Nicht wenige von ihnen hatten Amerika aufgesucht, weil es das gelobte Land der Freiheit war. Wenn ihnen nun statt dessen der Anblick von Sklaven, Sklavenhändlern, Sklavenjägern zum Bewußtsein brachte, daß es eine Art von Unfreiheit beschützte, gegen die alle Abhängigkeitsverhältnisse ihrer Heimat leicht wogen, so waren sie nicht geneigt, das als unabänderlich hinzunehmen. Namentlich Deutsche empörten sich. Der alte Burschenschafter Follen setzte 1834 seine Harvardprofessur durch eine Rede gegen die Sklaverei aufs Spiel. Doch bestand ganz allgemein ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Vermehrung der Abolitionisten und der Zunahme der Einwanderung. Gerade New York, wo die meisten Europäer Fuß faßten, war zugleich eine Hochburg der Antisklavereibewegung.

Freilich machte sich dann da und überhaupt noch ein anderes, drittes Moment geltend. Ein Mensch, dessen Unabhängigkeit von niemand bedroht ist, wird einen Sklaven, weil er doch nicht mit ihm verglichen oder auf eine Stufe gestellt werden kann, mit viel mehr Gleichmut ansehen als jemand, der selbst nach gewisser Richtung gebunden ist. Deshalb war es von Bedeutung, daß die kapitalistische und industrielle Entwicklung in den Großstädten das Verhältnis von wirtschaftlich selbständigen und unselbständigen Elementen ständig zuungunsten der ersteren verschob. Ein immer

größerer Teil der Bevölkerung mußte wünschen, die Arbeit für andere, zu der er gezwungen war, nicht dadurch in ihrem wirtschaftlichen Wert und moralischen Ansehen herabgedrückt zu sehen, daß sie irgendwo persönliche Unfreiheit einschloß. Gewiß gab es Sorgen, die den Industriearbeitern näherlagen. Dazu hielt die gerade bei ihnen stark ausgeprägte Rassenantipathie viele zurück und veranlaßte andere sogar, gegen die Negerfreunde zu demonstrieren. Aber man bemerkte doch früh, wieviel geringe Leute unter den Abolitionisten waren. Auch das Anwachsen des vierten Standes kam ihnen im ganzen zustatten.

Am meisten aber arbeiteten ihnen die Sklavenhalter selbst in die Hände. Die Geschichte des amerikanischen Südens ist wie ein Schulbeispiel dafür, daß eine unvermeidliche Katastrophe dadurch, daß die Bedrohten sie ahnen und abzuwenden suchen, nur um so rascher und sicherer eintritt. Seine führenden Staatsmänner, allen voran Calhoun, stehen da zugleich als Propheten und Urheber kommenden Unheils. Sie hatten das dunkle Gefühl, daß die Entwicklung über sie und ihre Sklavenwirtschaft fortschreiten werde. Mußte nicht der Tag kommen, wo die freien Staaten den immer steigenden Einfluß ihrer größeren Volkszahl und Kapitalkraft benutzten, um den Bund auf die Bahn von Emanzipationsgesetzen zu drängen? Diese Furcht, recht rege gemacht zuerst durch den Streit um das Missourikompromiß und auch in der Zeit des folgenden Gottesfriedens nie ganz erloschen, fand durch die Agitation von Garrison stärkste Nahrung. Was helfe es, sagte Calhoun, daß im Augenblick noch die große Mehrheit der Nordstaatler „gesund“ sei, in wenigen Jahren würde ein Geschlecht emporgekommen sein, das man gelehrt habe, Volk und Einrichtungen des Südens mit tödlicherem Haß zu verfolgen, als ihn je eine fremde Nation gegen die andere genährt habe. Der Fanatismus deshalb, mit dem die Abolitionisten die Sklavenhalter angriffen, wurde mit doppeltem Fanatismus erwidert. Der Landtag von Georgia setzte einen Preis von fünftausend Dollar auf die Ergreifung Garrisons aus, und der Gouverneur von Südcarolina legte in einer amtlichen Botschaft die „wohlerwogene Meinung“ nieder, man müsse die Abolitionisten als Feinde des Menschengeschlechtes mit Tod ohne die Wohltat des Priesters bestrafen. Zugleich erklärte er die Sklaverei seinerseits für den „Eckstein unseres repu-

blikanischen Gebäudes"; denn indem die Südländer sich an ihrer Ehre gepackt sahen, führte sie ihr lebhaftes Temperament dahin, sich nun gerade mit Stolz und Trotz zu einer Einrichtung zu bekennen, auf die so viel Schmutz und Schmach gehäuft wurde. Was bisher mehr als ein notwendiges Übel verteidigt worden war, erschien ihnen mehr und mehr im Licht von etwas „positiv Gutem", nicht einer Beleidigung, sondern einer Förderung wahrer Zivilisation. Der Neger sollte in der Sklaverei besser und moralischer sein als in seiner afrikanischen Heimat oder in den freien Staaten.

Irgendwelches Vertrauen freilich schenkte man ihm trotzdem nicht. Vielmehr traf man eifrig Vorsorge, daß nichts von den Erörterungen über seine Befreiung zu ihm drang. Die Sklavengesetze wurden verschärft, und auch Weiße, die Agitationsschriften verbreiteten, mit schweren Freiheits- und Leibesstrafen bedroht. Auf und ab übten mit ausdrücklicher Duldung des Generalpostmeisters die Postanstalten eine Zensur, nicht selten unter Verletzung des Briefgeheimnisses, indem sie bedenkliche Drucksachen von der Beförderung ausschlossen. Ja, die Abgeordneten des Südens brachten eine Vorlage an den Kongreß, die diese Praxis legalisieren wollte. Darüber hinaus stellte man das Verlangen, daß die freien Staaten das Schriftwesen der Abolitionisten im eigenen Haus unterdrückten. In Südcarolina wurden Verabredungen angeregt, mit Plätzen, wo das nicht geschähe, allen Handelsverkehr abzubrechen. Der Gouverneur von Alabama forderte gar, daß der Gouverneur von New York ihm den abolitionistischen Redakteur Williams ausliefere. Natürlich wurde das unverschämte Ansinnen abgewiesen, und auch die Versuche, die Preßfreiheit einzuschränken, führten zu nichts. Selbst viele, die den Abolitionismus an sich verwarfen, lehnten sich empört dagegen auf:

„Kein Siegel schließt des Yankees Mund,
Kein Eisenband des Yankees Presse"
(No seal is on the Yankees mouth,
No fetter on the Yankees press).

Solche Entrüstung galt dann gleich noch der Haltung der Südstaatler in einer andern Angelegenheit, die, scheinbar von geringer praktischer Bedeutung, doch eine große grundsätzliche Tragweite besaß. Den Abolitionisten lag daran, die Bundesregierung irgendwie aus ihrer verfassungsmäßigen Neutralität in der Sklavenfrage

herauszutreiben, und als bestes Mittel dazu erkannten sie die Agitation für Aufhebung der Sklaverei in dem ihr unmittelbar unterworfenen Bundesdistrikt Columbia. Daß die Hauptstadt von Sklaven und Sklavenhändlern wimmelte, war ja längst vielen ein Stein des Anstoßes. Auch hatten sich schon Rufe nach Abhilfe hören lassen. Jetzt kam System in die Sache. Jahr für Jahr wurde der Kongreß mit bezüglichen Petitionen bestürmt. Sie hatten keinerlei Aussicht auf Erfüllung. Nicht zehn Abgeordnete wären für eine Maßregel zu haben gewesen, die eine Herausforderung des Südens und eine Rücksichtslosigkeit, vielleicht ein Vertragsbruch gegen die Donatoren des Gebietes, Maryland und Virginia, gewesen wäre. Aber den Sklavenhaltern schien es richtig, ehe sich die Zahl der Angreifer vergrößerte, schon auf der ersten Schanze schwerstes Geschütz aufzufahren. Sie verlangten, daß alle Eingänge, die irgendwie die Sklaverei oder ihre Abschaffung beträfen, von Druck und Besprechung ausgeschlossen werden sollten. Der Kongreß dürfe nicht Deklamationen anhören oder verbreiten, die einen großen Teil der Abgeordneten beleidigten, in den Staaten des Südens mit schweren Strafen bedroht seien und letzten Endes auf Bundesbruch hinausliefen. Wirklich wurden solche „Knebelbeschlüsse" zuerst 1836 und dann zu Anfang jeder neuen Session bis 1843 mit ganz stattlichen Majoritäten angenommen, aber das geschah nicht, ohne daß allemal stürmische Debatten vorangegangen wären. Namentlich der greise John Quincy Adams protestierte mit heiligem Ernst gegen die Verletzung des verfassungsmäßigen Petitionsrechtes. Die öffentliche Meinung regte sich, und die betonte Mißachtung mehrte die Zahl der Bittschriften, statt sie zu vermindern.

Jedenfalls begann die Sklavenfrage das zentrale Problem der amerikanischen Entwicklung zu werden. Man gewöhnte sich im Norden wie im Süden, jede Sache allererst nach der Rückwirkung auf sie zu beurteilen. Schon Ende der dreißiger und Anfang der vierziger Jahre konnte geschehen, daß eine große Aufgabe der auswärtigen Politik, die Annexion von Texas, fast ganz nur in diesen Zusammenhang gestellt wurde, obwohl sie den viel weiteren und allgemeineren Hintergrund der naturgemäßen Expansion hatte.

Die fortschreitende Besiedlung des Mississippigebietes hatte

veranlaßt, daß auch der ferne, der weite Westen gegen das Felsengebirge hin und über das Felsengebirge hinaus in steigendem Maß ein Gegenstand wirtschaftlichen und politischen Interesses geworden war. Seit 1826 bestand eine Handelsverbindung von St. Louis nach dem Großen Salzsee, und 1832 ging das erste Dampfschiff den Missouri aufwärts bis zur Mündung des Yellowstoneflusses, wo die amerikanische Pelzkompagnie eine Station hatte. Ja, einige mutige Ansiedler und Händler faßten sogar, den Spuren der Entdecker Lewis und Clark folgend, jenseits der Wasserscheide in Oregon Fuß, das, von England und der Union gleichermaßen und auf Grund gleich zweifelhafter Rechtstitel in Anspruch genommen, durch eine vorläufige Abrede von 1818 den Bürgern beider Staaten zu wirtschaftlicher Betätigung freigegeben war. Geschah das im Norden, so ließ sich nicht erwarten, daß man im Süden, wo das Wirtschaftssystem doch noch extensiver, der Landhunger also von Natur größer war, hart westlich vom Mississippi am Sabinefluß haltmachte.

Gleich als Präsident Monroe im Vertrag mit Spanien 1819 diese Grenze gesetzt hatte, waren bei vielen starke Bedenken gewesen. Der damalige Staatssekretär John Quincy Adams zum Beispiel hätte lieber den Rio Grande del Norte verlangt. Seitdem war Mexiko eine von inneren Wirren zerrissene Republik und damit ein zugleich schwächerer und unzuverlässigerer Nachbar geworden. Das Zugeständnis von 1819 schien vollends unzeitig. Schon unter der Präsidentschaft von Adams und dann erst recht von Jackson wurde versucht, im Wege des Kaufes alles Land bis zum Rio Grande, ja nördlich vom 37. Breitengrad sogar bis zur Küste, für die Union zu sichern. Die Verhandlungen hatten keinen unmittelbaren Erfolg. Aber ihnen zur Seite ging eine tatsächliche Besiedlung, die früher oder später doch zu politischer Herrschaft führen mußte. Von den mexikanischen Behörden anfangs mehr gefördert als behindert, hatte zuerst Stephen F. Austin 1821 eine Kolonie am Brazos und Colorado angesetzt und kamen dann jedes Jahr aus Tennessee, Mississippi und Louisiana neue Einwanderer, Arme Weiße und Abenteurer sogut wie begüterte Pflanzer an der Spitze ganzer Sklavenherden. Auch das amerikanische Großkapital nahm sich der Sache an. 1830 wurden in New York drei große Landgesellschaften für Texas begründet.

Um diese Zeit dann war dort bereits eine Unabhängigkeitsbewegung im Werden. Die mexikanische Verfassung, die nach dem Vorbild der amerikanischen gestaltet war, ließ den einzelnen Teilen des Landes zwar große Freiheit. Aber die Niederlassungen in Texas bildeten keine eigene Provinz, sondern gehörten zum Staat Coahuila, was dann spanische Amtssprache und mancherlei andere Unbequemlichkeiten und Ärgernisse mit sich brachte. Schlimmer war, daß der mexikanische Kongreß 1829 ein Gesetz gegen die Sklaverei machte, das, obwohl zunächst nicht durchgeführt, doch für später eine Drohung blieb, und daß 1830 die weitere Niederlassung von Amerikanern im Grenzgebiet, allerdings erst recht ohne Wirkung, verboten wurde. Die Führung der Opposition dagegen lag zunächst noch bei Austin. Anfangs der dreißiger Jahre aber nahm sie ihm ein weit mehr draufgängerischer Mann, Samuel Houston, aus der Hand, der eigentliche Held von Texas und eine der abenteuerlichsten und bedeutendsten Erscheinungen der amerikanischen Geschichte.

Houston war ein rechter Grenzer des wilden Westens. Die Geschichte seines Lebens liest sich wie ein Lederstrumpfroman. Sohn armer Eltern, begabt und ungebärdig, war er, als man ihn als Lehrling in einen Kaufmannsladen stecken wollte, zu den Cherokesen entwichen, und einer von deren Häuptlingen hatte ihn adoptiert. Mündig geworden, kehrte er zurück und kämpfte 1814 unter Jackson, der seitdem der mannigfach verwandten Natur dauernde Sympathie bewahrte. Nach dem Frieden wurde er Advokat in Tennessee und stieg nun sehr schnell auf zum Kongreßabgeordneten, ja 1827 zum Gouverneur. Schon sahen ihn die Landsleute im Licht eines späteren Bundespräsidenten, auch ihm selbst war solch Ehrgeiz nicht fremd. Da geschah etwas höchst Außerordentliches, restlos nie Aufgeklärtes. Er floh auf einmal in die Einsamkeit zu seinen alten indianischen Freunden, angeblich weil er die Entdeckung machte, daß seine eben angetraute Gattin einen andern geliebt habe und liebe. Bald konnten die Zeitungen wahrheitsgemäß erzählen, daß der gewesene Gouverneur mit einer indianischen Frau, selbst als Indianer gekleidet, irgendwo in einer Lichtung des Urwaldes hause. Indessen nicht lange, so besann er sich. „Ich will wieder einen Menschen aus mir machen" soll er gesagt haben. 1830 erschien er in Washington und legte seinem Gönner Jackson

den Plan vor, mit Hilfe der Indianer und einer Anzahl weißer Freiwilliger eine Expedition nach Texas zu organisieren. Jackson hörte ihn mit Interesse an. Es scheint, daß fortan ein mehr oder minder enges Einverständnis zwischen ihm und Houston obwaltete. Houston wanderte 1832 in Texas ein und hatte durch geschickte Agitation die Dinge dort bald so weit, daß ein Versuch des mexikanischen Präsidenten Santa Anna, die unbotmäßige Provinz mit Waffengewalt zum Gehorsam zu zwingen, am 2. März 1836 mit der förmlichen Unabhängigkeitserklärung beantwortet wurde.

Diese trug nur sechzig Unterschriften, ganz überwiegend von kürzlich eingewanderten Amerikanern. Auch sonst standen im Lande selbst kaum mehr dahinter als die 3 370 Männer, die im Herbst an den ersten Wahlen teilnahmen. Aber die benachbarten Südstaaten, und nicht nur sie allein, hatten längst Gelder, Waffen, Freiwillige zur Befreiung der Volksgenossen gesandt. So gelang es Houston, Santa Anna, der den Feldzug mit einigen Akten grausamer Rachsucht begonnen hatte, am 21. April bei San Jacinto vernichtend zu schlagen und in Person gefangenzunehmen. Im Sommer dann rückte ein kleines amerikanisches Heer unter General Gaines, angeblich zur Verfolgung von Indianern, in Texas ein, und Anfang nächsten Jahres (1837) erkannte die Union den neuen unabhängigen Staat in aller Form an. Jackson ließ es eine seiner letzten Sorgen sein, einen Gesandten für Texas zu ernennen.

Fragte sich nur, ob nach diesem ersten nicht sogleich der zweite Schritt zu tun und die Annexion zu vollziehen sei. Texas besaß zwar ein ansehnliches Territorium, aber, Neger, Indianer und Mischlinge eingerechnet, noch keine hunderttausend Einwohner. Wie wollte es da, zumal bei der fortdauernden Feindschaft Mexikos, auf eigenen Füßen stehen? Schon die Finanzkraft würde durchaus fehlen. Die Texaner selbst wußten das größerenteils. Gleich bei den Wahlen im Herbst 1836 hatten sie den Wunsch ausgedrückt, sich der Union anzuschließen, und im August 1837 ging ein amtlicher Antrag an die Bundesregierung ab.

Hier aber ergaben sich Schwierigkeiten. Die öffentliche Meinung war eben unter dem Einfluß der Sklavenfrage geteilt und unsicher. Der Süden hätte den neuen Sklavenstaat natürlich begrüßt. Auch die Aussicht, daß sich aus der Annexion ein Krieg mit Mexiko entwickeln könnte, reizte mehr, als daß sie schreckte, weil man dann

leicht noch weiteres Land gewann. So hatte Calhoun schon im Mai 1836 die Aufnahme von Texas empfohlen. Die südstaatliche Presse forderte sie. Die Landtage von Mississippi, Alabama, Tennessee faßten entsprechende Resolutionen. Aber die Folge war, daß alsbald acht nördliche Staaten, darunter Massachusetts, New York, Ohio und Michigan, in derselben feierlichen Form den entgegengesetzten Rat gaben. Denn wenn im Norden auf nicht wenige das nationale Ideal einer Ausdehnung über den ganzen Kontinent wirkte und auf einige auch die Hoffnung geschäftlicher Vorteile, so betrachteten viele andere die Frage ebenso unter dem Gesichtspunkt des Machtverhältnisses im Innern wie die führenden Männer des Südens und wollten nicht die Hand dazu bieten, daß das Sklavenhalterinteresse sich weiter befestige. Derselbe John Quincy Adams, der einst als Staatssekretär und Präsident den Erwerb von Texas angestrebt hatte, bewies jetzt mit leidenschaftlichem Eifer, daß die Verfassung nicht erlaubte, einen unabhängigen fremden Staat in den Bund aufzunehmen.

Da nun Jacksons Nachfolger, van Buren, ohnehin mehr mit dem Norden empfand, mochte er angesichts solchen Widerstandes nicht auf die Wünsche der Texaner eingehen. Die heikle Sache blieb in der Schwebe. Auch der Präsidentenwechsel von 1841 hätte keine Änderung gebracht, wenn nicht Harrison gestorben wäre. Tyler aber als Virginier war persönlich eifrig für die Annexion, und die Rücksicht auf den Standpunkt der Mehrheit seiner Wähler, die ihn sonst hätte zurückhalten können, fiel sehr bald dadurch fort, daß er sich aus anderen Gründen mit der Whigpartei überwarf. Diese Gründe lagen äußerlich in der Bankfrage. Der Kongreß beschloß die Wiederherstellung der Nationalbank, Tyler, wie das seinen stets vertretenen partikularistischen Überzeugungen entsprach, schickte ein erstes und auch ein abgeschwächtes zweites Gesetz mit seinem Veto zurück. Doch war wichtiger noch als der sachliche Gegensatz das persönliche Mißverhältnis, das sich zwischen ihm und Clay herausbildete. Clay hatte schon unter Harrison der eigentliche Leiter der Regierungspolitik sein wollen. Tyler gegenüber beanspruchte er das mit noch verletzenderer Deutlichkeit. Im ersten Augenblick zeigte er nicht übel Lust, ihn schon ganz äußerlich nur als regierenden Vizepräsidenten, nicht als wirklichen Präsidenten anzuerkennen, und jedenfalls verlangte er, daß, wie Harrison von vornherein auf eine Wiederauf-

stellung im Jahre 1844 verzichtet hatte, auch Tyler ihm bei der nächsten Präsidentenwahl den Vortritt lasse. Tyler aber besaß ein zu ausgeprägtes Selbstgefühl für die Rolle eines bloßen Scheinpräsidenten und Platzhalters. Durch gesellschaftliche Erfolge verwöhnt, namentlich von einem Kreis engerer Landsleute umschmeichelt, hielt er sich nicht nur für einen fähigen, der er war, sondern für einen großen Mann und meinte, das höchste Amt, das ihm der Zufall zugeworfen hatte, recht wohl ein zweites Mal durch die bewußte Entscheidung des Volkes erhalten zu können. Ziemlich offen bereitete er durch Werben um Anhänger seine eigene Kandidatur für 1844 vor. Deshalb schien es Clay geboten, die Partei in eine ausgesprochene Kampfesstellung gegen ihn hineinzubringen, die das Überlaufen erschwerte. Er veranlaßte, daß nach dem zweiten Veto in der Bankfrage am 11. September 1841 das ganze Kabinett mit Ausnahme von Webster seinen Abschied einreichte und eine Versammlung von Whigabgeordneten beider Häuser eine Art Kriegsmanifest gegen den abtrünnigen Präsidenten erließ.

Tyler hob den hingeworfenen Handschuh mit einer gewissen ruhigen Sicherheit auf, die ihm mancherlei Sympathien erwarb. Er versuchte anfangs nicht ohne Glück, seine Stellung über oder doch zwischen den Parteien zu nehmen. Aber schon, weil er von den Demokraten gekommen und im Grund immer ein Demokrat (wenn auch der älteren Schule) geblieben war, glitt er, je länger, je mehr nach dieser Seite hinüber. Insbesondere eben in der Texasfrage schloß er sich ganz den Demokraten des Südens an, von denen er am Ende (März 1844) den ersten Mann, Calhoun, als Staatssekretär an seine Seite berief. Er glaubte, ein großer äußerer Erfolg werde das beste Mittel sein, um trotz aller inneren Opposition seiner Verwaltung Glanz zu geben und seine Wiederwahl zu sichern. Überdies aber meinte er zu sehen (und nicht ohne Grund), daß die Entwicklung der Dinge in Texas selbst eine rasche Entscheidung rein sachlich zu unabweisbarer Notwendigkeit mache.

Texas hatte seit 1836 eine recht wirrenreiche und unerquickliche Geschichte gehabt. Die junge Republik glich fast mehr Mexiko, von dem ihr Land, als den Vereinigten Staaten, aus denen ihre Bevölkerung stammte. Sie kam aus Schulden und Parteihader nicht heraus. Insbesondere standen sich Houston und Austin mit ihren Anhängern in bitterer persönlicher Rivalität und sachlicher

Meinungsverschiedenheit gegenüber. Die Stimmung hinsichtlich eines Anschlusses an die Union wurde mehr und mehr geteilt. Wenn Houston ihn fortgesetzt eifrig betrieb, begannen andere eine dauernd selbständige Existenz ins Auge zu fassen; denn neben Sklavenhaltern gab es — sogar in entschiedener Überzahl — weniger begüterte Elemente, die die Sklaverei verabscheuten und fürchteten, sie durch Eintritt in den Bund zu verewigen.

Darüber wurde dann die Aufmerksamkeit auch europäischer Mächte wach. Auch dort wußte man, daß es sich um ein Land von großen Zukunftsmöglichkeiten handelte. Namentlich ein Buch des Engländers Kennedy über „Entstehung, Fortschritt und Aussichten der Republik Texas" (1839) hatte berechtigtes Aufsehen erregt. So unternahm zunächst Frankreich allerlei, am Ende freilich ergebnislose Versuche, auf dem Weg von Anleihegewährung und Militärkolonisation die faktische Herrschaft zu gewinnen. Dann (1842) bildete sich in Deutschland unter dem Protektorat des Herzogs von Nassau und der Teilnahme zahlreicher hoher und höchster Herren, wie des Prinzen von Preußen und des Herzogs von Coburg, der Mainzer Fürstenverein mit dem Ziel, die deutsche Amerikaauswanderung nach Texas zu leiten und dieses so allmählich zu einem deutschen Staat zu machen. Endlich und vor allem erschien England auf dem Plan. Seine Politik gab sich, wie gewöhnlich, als allererst von humanitären Rücksichten bestimmt. Die Aufgabe sollte sein, durch Unterstützung der Antisklavereipartei in Texas dem Ideal der freien Arbeit ein vielversprechendes neues Gebiet zu gewinnen. Daß gleichzeitig die junge Republik mit der älteren Schwester im Osten gründlich entzweit und also britischen Schutzes bedürftig, britischem Einfluß zugänglich werden mußte, war eine Nebenwirkung, die man frommen Sinnes mitnehmen durfte. In offener Parlamentssitzung deshalb am 18. August 1843 bekannte der Minister des Auswärtigen, Lord Aberdeen, daß er die Sklavenemanzipation in Texas wünsche und anrate. Einstweilen bemühte er sich, die Annexion durch die Vereinigten Staaten zu verhindern und zwar mit Hilfe von Mexiko, das durch große finanzielle Verpflichtungen an England gebunden war. Mexiko hatte bisher eine Art freilich nicht sehr ernstlichen Krieges gegen die Texaner geführt. Nun wurde es von London aus vermocht, sich zur Anerkennung der Unabhängigkeit zu erbieten, wenn der abgefallene Staat verspräche,

sich keiner andern Macht anzuschließen. Am 15. Februar 1844 wurde zunächst einmal ein Waffenstillstand auf dieser Grundlage unterzeichnet.

Damit ergab sich für die Vereinigten Staaten unzweifelhaft eine ernste Lage. Nichts Geringeres als die freie Ausbreitung über den Kontinent schien auf dem Spiel zu stehen. Wurde Texas zu einem englischen Vasallenstaat, so erhielt die Union ja nicht nur im Südwesten einen unbequemen Nachbar. Der Entwicklung nach Westen überhaupt war ein Riegel vorgeschoben. Wie leicht konnten die Engländer die Hand auf Californien legen, das man in Washington seit langem fast als Anhängsel von Texas betrachtete. Und ohne Californien wieder schwebten die Ansprüche auf Oregon einigermaßen in der Luft, während doch die öffentliche Meinung mehr und mehr dazu drängte, diese Ansprüche in ihrem vollem Umfang, unter gänzlichem Ausschluß der englischen, wahrzunehmen.

So war die rechtzeitige Annexion von Texas, nachdem die Unabhängigkeit einmal erklärt war, wahrscheinlich wirklich eine Lebensfrage für die Vereinigten Staaten. Aber weniger noch Tyler selbst als Calhoun hatte das Ungeschick, die allgemeinen Gesichtspunkte zurück- und die besonderen Interessen des Südens in den Vordergrund treten zu lassen. Indem er nämlich mit zwei texanischen Abgeordneten richtig den gewünschten Anschlußvertrag zustande brachte (12. April 1844), schrieb er zur Rechtfertigung einen alsbald veröffentlichten Brief an Lord Aberdeen, der den Akt ausschließlich mit den englischen Antisklavereibestrebungen begründete. Das hieß den Norden in seiner Abneigung bestärken. Überdies machte böses Blut, daß die Regierung einen Schritt, aus dem jeden Augenblick Krieg gegen Mexiko hervorgehen konnte, ganz im geheimen und auf eigene Hand getan hatte, im Widerspruch nicht gerade mit dem Buchstaben, aber dem Geist der Verfassung, die die Entscheidung über Krieg und Frieden dem Kongreß zuwies. So fand sich im Senat eine überwältigende Mehrheit (fünfunddreißig gegen sechzehn Stimmen), die den Vertrag ablehnte.

Doch kam bei den Debatten zum Ausdruck, daß ein nicht geringer Teil der Opposition mehr gegen die Art als gegen die Sache selbst war und die Frage nur bis zum Ausgang der bevorstehenden Präsidentenwahl zu vertagen wünschte. Diese Präsidentenwahl also vollzog sich unter dem Zeichen von Texas. Henry Clay, den die

Whigs jetzt wirklich noch einmal aufstellten, erklärte sich für den Augenblick gegen die Annexion, wenn auch mit allerlei Vorbehalten, die bei einem so überzeugten Anhänger der großamerikanischen Idee natürlich waren. Von den Demokraten widerstrebte ihr van Buren gleichfalls, schon mit Rücksicht auf die Stimmung in New York. Eben deshalb aber hatte ihn der Nationalkonvent in Baltimore Ende Mai preisgegeben und sich nach einer Reihe ergebnisloser Abstimmungen auf James K. Polk aus Tennessee geeinigt. Polk war ein Günstling von Jackson, dessen Wort in der Partei immer noch viel galt. Als langjähriges Mitglied und zeitweiliger Sprecher des Repräsentantenhauses hatte er Geschäftsgewandtheit und Zuverlässigkeit gezeigt. Aber alles Glänzende und Gewinnende fehlte dem ernsten, trockenen, einigermaßen spießbürgerlichen Puritaner. Der Gedanke, daß er einen Präsidenten abgeben könnte, war vorher niemandem recht gekommen. Nur die Unmöglichkeit, die Partei unter irgendeinem ihrer größeren Führer zusammenzuhalten, machte ihn als erstes dark horse (Außenseiter) der amerikanischen Präsidentenwahlgeschichte zum Kandidaten. Tyler, der sich zunächst von seinen Getreuen noch selbst nominieren ließ, verzichtete dann doch (20. August) zu Polks Gunsten. Die Agitation war überaus heftig. Im Süden drohte man für den Fall, daß die Annexionsgegner siegten, mit Austritt aus dem Bund oder wenigstens mit einer den Industriellen des Nordens unheimlichen Tarifrevision. Trotzdem hatten die Whigs bis zuletzt große Hoffnungen. Auch wären sie durchgedrungen, wenn nicht die Abolitionisten als sogenannte Freiheitspartei gerade, um den ihnen zu kompromißfreundlichen Clay zu stürzen, ihre 62 300 Stimmen einem Zählkandidaten gegeben hätten. So aber gingen die Staaten von New York und Michigan mit ganz knapper Mehrheit für Clay verloren, und das wieder bewirkte, daß er überhaupt in der Minorität blieb. Es war seine letzte und empfindlichste Niederlage. Während er in der Welt draußen längst als der vornehmste Vertreter des Amerikanertums galt, enthielten ihm die eigenen Volksgenossen die höchste Würde des Landes zu seinem tiefen Schmerz dauernd vor.

Was Texas anlangte, so bedeutete die Wahl, streng genommen, keine Volksentscheidung. Denn ein nicht geringer Teil von Polks Wählern, zum Beispiel in New York, waren Annexionsgegner, die für ihn als den anerkannten Parteikandidaten gestimmt hatten,

ohne mit jedem Punkt seines Programms einverstanden zu sein. Aber auf so genaue Untersuchungen pflegt sich die praktische Politik nicht einzulassen. Es wurde doch auf und ab behauptet, daß die Nation gesprochen habe und die Einverleibung verlange. Als der Kongreß im Dezember zusammentrat, war die Stimmung sehr vieler Abgeordneter gegen den Juni gebessert. Sie konnten und wollten den Senatsbeschluß nicht direkt umstoßen, aber sie zeigten sich geneigt, ihn, wie Tyler gleich anfangs angeregt hatte, durch ein verändertes Verfahren zu umgehen. Die Annexion war am Ende nicht nur durch einen Vertrag zu bewirken, sondern auch in der Weise, daß der Kongreß wie über die Aufnahme neuer Staaten ein Gesetz beschloß. Dann brauchte es im Senat keiner Zweidrittel=, sondern nur einer einfachen Mehrheit, und das Repräsentanten=haus hatte ein gewichtiges Wort mitzusprechen. Auch fand sich so wohl Gelegenheit, wenigstens die ärgsten Bedenken der Nord=staatler zu beseitigen, indem man die Zahl der aus dem einzuver=leibenden Gebiet etwa noch neu zu bildenden Staaten auf vier be=schränkte und für diejenigen von ihnen, die nördlich der Linie des Missourikompromisses liegen würden, das Verbot der Sklaverei aussprach. Ohne besondere Schwierigkeiten nahm das Repräsen=tantenhaus (25. Januar 1845) eine bezügliche Vorlage an. Im Senat schwankte die Entscheidung, schon weil es sich um einen Eingriff in seine verfassungsmäßige Kompetenz handelte. Erst nach vielem Hin und Her kam am 28. Februar ein gemeinsamer Be=schluß beider Häuser zustande. Er ließ dem Senat zu Ehren die Möglichkeit, daß ein neuer Vertrag unterhandelt werden könnte, und die stillschweigende Vereinbarung war, daß die neue Regierung Polks diesen Weg beschreiten würde. Aber noch war Tyler am Ruder, und Tyler entschloß sich, die Sache, die er so wesentlich ge=fördert hatte, auch selbst zum guten Ende zu bringen. Am letzten Tage seiner Herrschaft (3. März 1845) fertigte er den Boten ab, der den Kongreßbeschluß zu einfacher Annahme oder Ablehnung nach Texas trug.

Texas ließ sich dann nicht lange bitten. Obwohl gerade eben auch ein Präliminarfrieden mit Mexiko abgeschlossen war, der für den Fall, daß das Land selbständig blieb, jede Gefahr von dort=her beseitigte, genehmigte erst der ordentliche Kongreß, dann bis zum Juli ein außerordentlicher Konvent fast einstimmig die Vor=

schläge der Union. Die „Republik des einsamen Sterns", wie sie nach ihrem Wappen gern genannt wurde, nahm endgültig ihren Platz unter den Sternen und Streifen. Wer von den amerikanischen Politikern, wie Calhoun, nichts weiter gewollt hatte als die Abwehr drohender fremder Pläne, schien vollauf zufrieden sein zu können.

Aber alsbald wurde klar, daß doch nicht sowohl Abwehr wie Angriff der tiefere Sinn des amerikanischen Vorgehens war. Über weite Kreise der politischen und Handelswelt kam es wie ein Rausch der Expansion. Der Gedanke, daß die Union bestimmt sei, dermaleinst den ganzen Kontinent zu umfassen, an sich natürlich und fast notwendig, unbewußt in der amerikanischen Geschichte von vornherein wirksam, gewann wachsende Macht über die Gemüter. Gleich die Antrittsrede von Präsident Polk (4. März 1845) sprach ihn aus mit den Worten: „Es ist unser fester Glaube, daß unser System ohne Gefahr bis zu den äußersten Enden unserer territorialen Grenzen ausgedehnt werden kann." Und wenn das in seiner unklaren Fassung allenfalls noch eine harmlosere Deutung zuließ, so machte außerordentliches Aufsehen, daß der Präsident nicht nur die Annexion von Texas als etwas Selbstverständliches behandelte, sondern zugleich ein „klares und unbestreitbares" Recht auf Oregon behauptete. Also wie in Texas indirekt, wagte die Regierung auch direkt gegen England vorzugehen, das in früheren Verhandlungen an Stelle des Gemeinbesitzes immer nur eine Teilung des streitigen Landes als mögliche Lösung bezeichnet hatte. Gerade der Anspruch auf Oregon aber, bis zu 54° 40', fand bei Presse und Publikum lauteste Unterstützung, obwohl es sich um so ferne, noch fast ganz unerschlossene Gebiete handelte und ein Krieg mit England die Folge sein konnte. Namentlich im Nordwesten erhob sich der Ruf: fifty four forty or fight (Vierundfünfzig, vierzig oder fechten)! Auch in beiden Häusern des Kongresses wurden kriegerische Reden gehalten. Im Interesse der Freiheit des Stillen Ozeans sei es notwendig, England ganz von der amerikanischen Westküste auszuschließen. Eine Zeitlang schien die Lage wirklich drohend. Am Ende aber, im April 1846, empfahl der Kongreß doch eine freundschaftliche Erledigung des Streites, und diese erfolgte dann bis zum 15. Juni 1846 in der Weise, daß die Grenzlinie des 49. Breitengrades über das Felsengebirge verlängert wurde mit einer kleinen Korrektur an der Küste, die England die ganze Insel

Vancouver sicherte. Nach all den großen Worten vorher konnte das wie eine Niederlage aussehen. Man fragte sich, ob es nicht besser gewesen sein würde, nach dem Rat von Calhoun, den Rechtszustand des Gemeinbesitzes einstweilen ruhig festzuhalten und von der amerikanischen Einwanderung die allmähliche faktische Eroberung des ganzen Landes zu erwarten. Immerhin, die Union faßte mit dem Vertrag von 1846 erstmals ganz festen Fuß am Stillen Ozean, und der Lärm um Oregon hatte überdies das Gute gehabt, wie vielleicht doch vorbedachte Absicht gewesen war, die Aufmerksamkeit des In- und Auslandes von anderen wichtigeren Vergrößerungsplänen abzulenken, die man gleichzeitig im Anschluß an die Annexion von Texas verfolgte.

Texas besaß vom Standpunkt der Expansionspolitik den unschätzbaren Vorzug, daß seine Grenzen nicht festlagen. Während, abgesehen von Corpus Christi, die amerikanische Kolonisation nicht über den Nuecesfluß hinausgegangen war, gab es einen Beschluß des ersten texanischen Kongresses vom 19. Dezember 1836, der den Rio Grande del Norte nach seiner ganzen Länge als Grenze ansetzte, also vor allen Dingen das sogenannte Neu-Mexiko im Norden und Nordwesten beanspruchte. Dieselbe Linie hatte auch die Unionsregierung bei ihren Kaufverhandlungen mit Mexiko zugrunde gelegt, indem sie nur nördlich davon noch die californische Küste hereinzog (S. 332). Inzwischen war das Verlangen nach Californien, namentlich nach San Francisco, nur immer reger geworden. Zahlreiche Amerikaner hatten sich dort angesiedelt. Ihre beabsichtigte Austreibung wurde durch starken diplomatischen Druck verhindert. Amerikanische Kriegsschiffe machten sich in den Küstengewässern zu tun. Einmal (1842) erschien Commodore Thomas Jones mit einem Geschwader vor Monterey und ergriff vorübergehend Besitz von der Stadt, angeblich irregeführt durch eine Zeitungsnachricht über den Verkauf des Landes an England. Neuerdings weilte der junge Erforscher des Felsengebirges, Frémont, mit einer kaum rein wissenschaftlichen Expedition in der Nähe. Daneben suchten allerlei amtliche und nichtamtliche Agenten eine Volksbewegung zugunsten des Anschlusses an die Union anzustiften. Man wartete nur auf den günstigen Moment, und die Annexion von Texas schien ihn auf eine oder die andere Art herbeiführen zu müssen.

Das Bequemste wäre gewesen, wenn Mexiko, wie es vorher

stets versichert hatte, tun zu wollen, die Annexion mit einer Kriegserklärung beantwortet hätte. Aber dort war gerade die energische Regierung Santa Annas von der schwachen Herreras abgelöst worden. Man dachte nicht an Krieg, für den man namentlich finanziell in keiner Weise gerüstet war, sondern begnügte sich mit bramarbasierenden Drohungen. Immerhin förderten diese die Absichten der Union insofern, als sie einen durchaus einleuchtenden Vorwand abgaben, zum Schutz der neuen Volksgenossen ein kleines Heer unter Zacharias Taylor nach Texas zu schicken und eine Flotte im Golf von Mexiko zusammenzuziehen. Gestützt darauf, versuchte es Präsident Polk dann zunächst noch einmal mit Verhandlungen. Er fertigte (Mitte November) den Abgeordneten Slidell als Friedensboten ab und ließ ihn für Neu-Mexiko fünf, für Californien, wenn dessen Abtretung zu erreichen wäre, weitere zwanzig Millionen Dollar anbieten. Einen Augenblick schien möglich, daß die Mexikaner den unverschämten Vorschlag wirklich in Erwägung zögen. Aber am Ende sträubte sich ihr von den Spaniern geerbter Stolz gegen eine Politik so offenbarer Feigheit. Nachdem der Soldat Paredes an die Stelle Herreras getreten war, wurde Slidell am 12. März 1846 endgültig abgewiesen.

Somit blieb für die Vereinigten Staaten nichts übrig, als ihrerseits mit Krieg vorzugehen. Nur war nicht möglich, ihn offen zu erklären. Der Kongreß hätte nie seine Zustimmung dazu gegeben. Man mußte die Dinge mit List so leiten, daß anscheinend durch Schuld der Mexikaner irgendwie Blut vergossen wurde. Zu dem Zweck erhielt Taylor Befehl, seine Truppen von Corpus Christi, wo sie bisher gelagert hatten, an den Rio Grande vorzuschieben. Ende März stand er an diesem „Grenzfluß“ gegenüber der altmexikanischen Stadt Matamoros im Angesicht des dort versammelten mexikanischen Heeres, und indem er nun herausfordernd Schießübungen abhalten ließ, auch die Schiffahrt an der Strommündung sperrte, erreichte er wirklich, daß die Geduld der Mexikaner riß. Sie forderten ihn erst gebieterisch auf, an den Nueces zurückzugehen, und lockten dann auf dem linken Flußufer eine Abteilung amerikanischer Dragoner in einen Hinterhalt, wobei es hüben und drüben Tote und Verwundete gab (24. April).

Das war der „Friedensbruch“, auf den man in Washington gehofft hatte. Die Nachricht war kaum eingetroffen, als Präsident

Polk (11. Mai) eine Botschaft aufsetzen ließ, die den Kongreß einfach bat, das Vorliegen des Kriegszustandes anzuerkennen, weil Mexiko ungeachtet der ihm bewiesenen Langmut das Gebiet der Union feindlich überzogen und auf amerikanischem Boden das Blut amerikanischer Bürger vergossen habe. Repräsentantenhaus und Senat traten in ihren Mehrheiten ohne viel Debatten der Auffassung bei. Schon am 12. Mai war ein Gesetz fertig, das der Regierung für den Krieg zehn Millionen Dollar und 50 000 Freiwillige zur Verfügung stellte. Alle noch so berechtigten Einwendungen gegen die unschöne Art, wie die Zwangslage geschaffen war, wurden in den Wind geschlagen. Calhoun, der selbst für Aufschub und Verhandlung gesprochen hatte, schrieb halb klagend, halb bewundernd: „Es gibt kein Land, selbst Frankreich nicht, das eine stärkere Neigung zum Krieg hat. Unser Volk ist wie ein junger Mann von achtzehn Jahren, voll von Gesundheit und Kraft und aufgelegt zu jedem Abenteuer, aber ohne Weisheit und Erfahrung." Niemals, stellte er fest, sei eine so schwerwiegende Maßregel mit so wenig Überlegung angenommen oder mit so angreifbaren Mitteln durchgetrieben worden: „Ich fürchte, was in der Eile getan ward, wird lange in Muße bereut werden müssen."

Solchen Worten sollte die Zukunft Erfüllung bringen, wenn auch in anderer Weise, als der Schreiber sie meinte: aus dem Mexikanischen ging mit einer gewissen inneren Notwendigkeit der Sezessionskrieg hervor. Aber im Augenblick schien die böse Saat vielmehr nur schönste Früchte zu tragen.

Zunächst gelang es natürlich leicht, die Gebiete zu besetzen, deren Erwerbung das Ziel des Kampfes war. Bis Mitte August konnte General Kearney in die Hauptstadt von Neu-Mexiko, Santa Fé, einziehen, und schon vorher hatte eine Flotte unter Commodore Sloat die californische Küste mit San Francisco für die Union gesichert, nicht ohne daß ein von Frémont etwas eigenmächtig angestifteter Aufstand amerikanischer Ansiedler nebenhergegangen wäre. Das waren eben keine Heldentaten. Aber auf dem eigentlichen Kriegsschauplatz am unteren Rio Grande fehlten auch solche nicht. Taylor schlug sich am 8. und 9. Mai mit großer Bravour gegen überlegene mexikanische Streitkräfte bei Palo Alto und Resaca de la Palma, besetzte am 18. Mai Matamoros und marschierte, nachdem er Verstärkungen erwartet hatte, Anfang September weiter

westwärts nach Monterey in der Sierra Madre. Dort kam es am 21., 22. und 23. September zu blutigen Kämpfen. Der Feind war wieder in Überzahl und wurde durch das gebirgige Terrain wie die alten Befestigungen der Stadt unterstützt. So hatten die Amerikaner schwere Verluste und erlitten ein und den andern Rückschlag. Das Endergebnis aber war um so ruhmvoller. Nachdem tags zuvor die Stürmenden bis in die Straßen gelangt waren, sah sich am 24. der mexikanische General Ampudia zu Kapitulationsverhandlungen gezwungen. Taylor gestand — wohl auch noch ohne Not — freien Abzug zu. Aber Geschütz und Vorräte wurden ihm ausgeliefert. Zugleich trat ein achtwöchiger Waffenstillstand ein.

Nach dem Sinn des Präsidenten wäre durchaus gewesen, wenn sich daraus unmittelbar der Frieden entwickelt hätte. Von vornherein hatte er fast mehr eine bewaffnete Unterhandlung als einen ernsten Krieg im Auge gehabt. Gleich die Botschaft vom 11. Mai betonte mit auffallendem Nachdruck, daß er zu neuen Verhandlungen über einen raschen und freundschaftlichen Ausgleich bereit sei, und schon Ende Juli fertigte er, ohne daß ein Schritt von der Gegenseite erfolgt wäre, einen ganz direkten Friedensantrag ab. Ja, er ließ sich auf höchst merkwürdige Intrigen mit dem nach Havana geflüchteten Expräsidenten Santa Anna ein, die diesem ermöglichten, unbehindert von den amerikanischen Blockadeschiffen, in Veracruz zu landen und die Herrschaft von neuem an sich zu reißen (Mitte September).

Nur leider täuschte Santa Anna die auf ihn gesetzten Hoffnungen. Mit der ganzen Energie, die den verschlagenen und wüsten alten Kondottiere auszeichnete, suchte er vielmehr Kampflust und Kampfmittel seiner Landsleute zu verstärken. Auch führte sein Auftreten nicht etwa zu innerem Hader. Alles scharte sich um ihn in patriotischer Begeisterung. Jener Friedensantrag wurde abgelehnt. Man mußte sich in Washington überzeugen, daß es notwendig sei, den Krieg fortzusetzen, und zwar in einer Art, die den Feind wirklich niederzwänge. Die Besetzung von Grenzstrichen am Rio Grande genügte offenbar nicht. Nur ein Vorstoß ins Herz der Republik, von Veracruz nach Mexiko, konnte zum Ziel führen.

Und was militärisch und politisch richtig war, empfahl sich am Ende auch aus einem parteitaktischen Grund. Die Regierung

war von der Angst besessen, der Krieg möchte den Whigs in einem populären General einen zugkräftigen Kandidaten für die Präsidentenwahl von 1848 liefern. Deshalb hatte sie dem Höchstkommandierenden der Armee, General Winfield Scott, eben einem Whig, unter nichtigen Vorwänden den natürlich beanspruchten Oberbefehl im Feld zunächst vorenthalten. Taylor, obwohl auch zur Gegenpartei gehörig, hatte für ungefährlich gegolten, weil er ohne sichtbaren politischen Ehrgeiz und seiner ganzen Persönlichkeit nach weniger glänzend war. Nun aber begann gerade Taylor nach seinen Mai- und Septembersiegen die Phantasie des Volkes mächtig zu fesseln. Namentlich im Süden, wo das Interesse am Krieg überhaupt unvergleichlich viel stärker war als im Norden, wurde man nicht müde, sich von Old Rough and Ready zu erzählen, wie er sich äußerlich in nichts vom einfachen Soldaten unterscheide und doch der geborene Führer sei. Und natürlich erörterten whigistische Kreise alsbald die Aussichten seiner Kandidatur. Da hieß es für die Demokraten, rechtzeitig eine Gegenmine legen. Man konnte den gefährlichen Mann nicht abberufen, aber man konnte ihn kaltstellen, indem man die ihm aufgetragenen Operationen zur Nebensache machte und mit der Hauptsache, dem Vormarsch auf Mexiko, einen andern betraute. Ein demokratischer General von genügendem Ruf fehlte freilich. Der lächerliche Versuch, aus dem Senator Benton, der in jüngeren Jahren einmal Kriegsdienste unter Jackson getan hatte, einen Oberfeldherrn zu improvisieren, wurde bald aufgegeben. Es war unmöglich, ein zweites Mal an Scotts Ansprüchen vorbeizugehen, zumal gerade er den jetzt beliebten Operationsplan von vornherein angeraten hatte. Aber schon einen Whig gegen den andern auszuspielen, bot allerlei Vorteile. Also wurde Mitte November die Expedition nach Veracruz und Mexiko unter Scotts Leitung wirklich beschlossen, und Taylor mußte sogar einen großen Teil der ihm bisher unterstellten Truppen dafür abgeben.

Diese letzte Anordnung hätte leicht verhängnisvoll werden können; denn in den ersten Wochen des neuen Jahres zog Santa Anna mit einem Heer von 20 000 Mann gegen den General heran, der von Monterey nach Ablauf des Waffenstillstandes noch ein paar Märsche weiter bis Santillo vorgerückt war. Viermal so stark, wie es heißt, war er seiner Sache so sicher, daß er das Häuflein

Amerikaner einfach zu einer Kapitulation aufforderte. Taylor aber lehnte jede Verhandlung ab, wählte eine gute Verteidigungsstellung auf den Höhen von Buena Vista und schlug dort am 23. Februar 1847 alle Angriffe zurück, mit wie großem Elan sie namentlich von der mexikanischen Kavallerie auch unternommen wurden. Nächsten Tages räumte der stolze Feind in sichtlicher Unordnung das Feld. Es war eine glänzende Waffentat, vielleicht die glänzendste der bisherigen amerikanischen Geschichte, und sie machte um so mehr Eindruck, als vorher schwere Befürchtungen wegen des Schicksals der kleinen Armee geherrscht, ja sich bereits zu Gerüchten von einer vernichtenden Niederlage verdichtet hatten. Der Name Taylors, des „Generals, der sich nie ergibt", war jetzt vollends in aller Munde. Soweit der neue Kriegsplan ihm hatte Schaden tun wollen, hatte er seinen Zweck gründlich verfehlt.

In jeder andern Hinsicht aber war das Ergebnis das glücklichste. Scott zeigte, daß, so verschieden er übrigens von Taylor war, anspruchsvoll, formell und einigermaßen pompös, seine Feldherrneigenschaften jedenfalls nicht hinter denen des Rivalen zurückstanden. Nachdem er alle Vorbereitungen mit großer Umsicht, fast schon mit Umständlichkeit, getroffen hatte, schiffte er am 9. März 1847 seine 12 000 Mann vor Veracruz aus. Die Stadt mit einer Garnison von 4 500 Mann, ansehnlicher Artillerie und alten, freilich etwas verfallenen Befestigungen, hätte sich möglicherweise halten können, bis Santa Anna herankam, der auf die Nachricht von Scotts Angriff, Taylor sich selbst überlassend, schleunigst nach Süden geeilt war. Der Kommandant Morales war auch zum äußersten Widerstand entschlossen. Als aber Scott einige Tage lang vom Land und von der See zugleich bombardieren ließ, erzwang die zahlreiche fremde Bevölkerung eine Kapitulation. Am 29. März zogen die Amerikaner ein. Santa Anna, statt Veracruz zu entsetzen, mußte sich begnügen, die Invasionsarmee am Paß von Cerro Gordo zu erwarten. Dort entspann sich dann am 17. und 18. April ein ernstes Gefecht. Die Mexikaner hatten den Vorteil der stärkeren Position, die Amerikaner aber waren an Zahl etwas und an Manövrierfähigkeit bedeutend überlegen. Sie trieben den Feind in voller Auflösung zurück und konnten ohne weiteren Widerstand zunächst einmal bis Mitte Mai nach Puebla vorrücken. In dieser volkreichen, schön und gesund gelegenen Stadt machte Scott

für fast zwei Monate Rast, teils um Verstärkungen zu erwarten, teils wohl auch mit Rücksicht auf Verhandlungen, die zu führen ein eigener Friedensgesandter, Nicholas P. Trist, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, aus Washington im Feldlager erschien. Erst am 7. August, nachdem eine neue Brigade von 2 500 unter dem späteren Präsidenten Franklin Pierce zum Heere gestoßen war, wurde der Vormarsch nach Mexiko fortgesetzt. Zum Schutz der Hauptstadt hatte Santa Anna in einer Entfernung von etwa sechs englischen Meilen starke Befestigungen errichten lassen. Um diese entwickelten sich dann am 20. August die sogenannten „Schlachten von Mexiko" bei Contreras, San Antonio und Churubusco. Die Amerikaner hatten schwere Verluste, aber der Sieg war vollständig, und nur der Wunsch, im Interesse eines raschen Friedens den Feind nicht zum Äußersten zu treiben, konnte Scott veranlassen, statt gleich nach Mexiko selbst einzurücken, vielmehr einen Waffenstillstand zu bewilligen. Auch jetzt jedoch waren alle Unterhandlungen vergeblich. Santa Anna fand sich zu keinem einzigen nennenswerten Zugeständnis bereit. Die Feindseligkeiten begannen am 7. September von neuem, und was vor zwei Wochen leicht gewesen wäre, kostete den Amerikanern, da sich die Gegner inzwischen erholt hatten, nun schwere Blutarbeit. Am 8. September erlitten sie bei Molino del Rey sogar eine kleine Schlappe. Am 13. aber hatte ein von Scott sehr geschickt angelegter Angriff guten Erfolg. Bis zum Abend waren zwei Stadttore in seinen Händen, und nächsten Tages durfte er seine Residenz „in den Hallen der Montezumas" aufschlagen.

Es war ein Triumph, der leicht die Gemüter berauschen und über die Linie des zunächst Gewollten fortreißen konnte. Wohl fehlte es nicht an Leuten, die den Krieg nach wie vor als ungerecht verdammten und von seinen Früchten nichts wissen wollten. Das Repräsentantenhaus, wo die Whigs inzwischen eine knappe Mehrheit erlangt hatten, nahm noch am 31. Januar 1848 eine Resolution an, daß der Krieg unnötiger- und verfassungswidrigerweise begonnen sei. Aber schon war im Kongreß und namentlich in der Presse doch sehr ernstlich davon die Rede, entweder Mexiko höhere Forderungen zu stellen, als ursprünglich beabsichtigt war, oder überhaupt keinen Frieden zu schließen, sondern einfach das ganze Land zu „absorbieren", wie man sich ausdrückte. Zum sicheren

Besitz der pazifischen Küste sei die Kontrolle über den Isthmus von Tehuantepec notwendig, und die setze voraus, daß man Mexiko überhaupt beherrsche. Daneben wurden nach angelsächsischer Art Erwägungen der Humanität und Zivilisation vorgeschoben. Mexiko werde nicht eher zu Ruhe und Gedeihen kommen, bis die Anarchie seiner wechselnden Regierungen durch eine kluge und wohlwollende Fremdherrschaft abgelöst sei; war doch nach Santa Annas Niederlage Ende September wieder einmal ein neuer Präsident, Manuel de la Peña, erhoben worden. Ein Teil der mexikanischen Bevölkerung selbst sollte den Wunsch nach Fortdauer der Okkupation bekunden. Jedenfalls war in den Vereinigten Staaten die Absorptionsbewegung sehr stark. Calhoun hielt für nötig, im Senat seine ganze Beredsamkeit gegen sie aufzubieten (Januar 1848). Polk, obwohl persönlich immer noch gemäßigt, gab ihr doch auffallend nach. Seine Jahresbotschaft (Dezember 1847) wies auf eine vielleicht nötig werdende Dauerbesetzung Mexikos hin. Vollends in seinem Kabinett saßen Freunde der völligen Einverleibung. Schon im November hatten sie erreicht, daß der Friedensgesandte Trist abberufen wurde.

Trist aber tat etwas höchst Außerordentliches, wozu die Weltgeschichte nicht viel Gegenstücke kennt. Er kümmerte sich nicht um die zweimal wiederholten Abberufungsschreiben, sondern verhandelte im Einverständnis mit Scott weiter, als die neue mexikanische Regierung größere Bereitwilligkeit zum Frieden zeigte. Ja, er forderte nicht einmal das in seinen Instruktionen enthaltene Maximum, das auch Niedercalifornien und das Wegerecht über den Isthmus von Tehuantepec einschloß, sondern begnügte sich mit den Mindestbedingungen: Neu-Mexiko und Obercalifornien gegen eine Entschädigung von fünfzehn Millionen Dollar. Am 2. Februar 1848 wurde auf dieser Grundlage zu Guadalupe Hidalgo der Frieden unterzeichnet.

Polk hätte, da Trist nicht mehr bevollmächtigt war, das Recht gehabt, den Vertrag als unverbindlich zu behandeln. Sein Minister des Auswärtigen, Bucchanan, der auch jetzt noch Niedercalifornien und das Land bis zur Sierra Madre herauszuschlagen dachte, riet das. Aber der Präsident hielt doch für richtiger, das Dokument dem Senat vorzulegen (22. Februar), und dieser hieß es am 10. März nach längeren Debatten mit einer kleinen Ände-

rung schließlich gut, obwohl es den einen zu weit und den anderen nicht weit genug ging. Am 30. Mai konnten in Queretaro, wohin der Sitz der mexikanischen Regierung verlegt war, die Ratifikationen ausgetauscht werden.

Natürlich wurde die Frage aufgeworfen, ob das Resultat den Opfern des Krieges entspräche. Die Staatsschuld war um achtundvierzig Millionen Dollar vermehrt worden, Tausende hatten Leben oder Gesundheit verloren, und am Ende hatte man — auch noch gegen eine stattliche Geldzahlung — nichts erhalten als die ausdrückliche Anerkennung des Rechtes auf Gebiete, die man faktisch besetzt hielt, lange bevor Taylor bei Buena Vista siegte und Scott in Mexiko einzog. Dazu schien die Dauer des Friedens zweifelhaft. Der Vertrag selbst traf ominöserweise gewisse Bestimmungen für den Fall eines neuen Krieges. Schon jene Notwendigkeit, sich des Weges über den Isthmus zu versichern, mußte angesichts der Unzuverlässigkeit und Unbeständigkeit der Regierungen in Mexiko früher oder später zum Wiederauftauchen von Annexionswünschen führen.

Immerhin, das lag in der Zukunft. Für die Gegenwart blieb der Landgewinn, obwohl geringer, als man hatte erwarten dürfen, denn doch ansehnlich genug. Es handelte sich um einzweidrittel Millionen Quadratkilometer, ein Gebiet, aus dem sich im Lauf der Jahre fünf Staaten (Californien, Nevada, Utah, Arizona und Neu-Mexiko) bilden, zwei andere (Colorado und Wyoming) wenigstens ergänzen konnten; und wenn freilich große Teile davon nicht nur im Augenblick vollkommen menschenleer, sondern selbst für später einer Besiedlung verschlossen waren, wenn also der beliebte Vergleich der neuen Erwerbung mit dem Louisianakauf zu ihren Ungunsten ausfiel, so stellte sie doch Krönung und Abschluß des Werkes von 1803 dar. Die Ausdehnung nach Westen hatte ihr natürliches Ziel erreicht.

Ja, der weitere Verlauf sollte lehren, daß damit die territoriale Entwicklung der Vereinigten Staaten auf dem amerikanischen Kontinent überhaupt im wesentlichen vollendet war. Insofern bezeichnete der Frieden von Guadalupe Hidalgo mindestens äußerlich den Abschluß der Werdezeit der Union. Vor einem Jahrhundert noch hatte man in Paris und Quebec daran denken können, die Bewohner der englischen Kolonien auf den schmalen Land-

streifen zwischen Atlantischem Ozean und Alleghanies zu beschränken. Seitdem hatten sie erst unter den Fahnen und an der Seite des Mutterlandes die Franzosen als Wettbewerber ausgeschaltet, dann mit französischer Hilfe ihre Unabhängigkeit von König und Parlament siegreich erkämpft, ungeheuren Schwierigkeiten zum Trotz einen lebensfähigen Bund begründet, in einem zweiten Krieg mit England ihre Selbständigkeit gegenüber der alten Welt vollends durchgesetzt, durch Verkündung der Monroedoktrin die Schutz- und Vorherrschaft in der neuen Welt in Anspruch genommen und, unterstützt durch den allgemeinen Fortschritt der Wirtschafts- und Verkehrstechnik, selbst schnell zunehmend und durch wachsende Einwanderung ständig vermehrt, sich in raschem Zug über das Mississippital, an das Felsengebirge und über das Felsengebirge ausgedehnt, bis sich jetzt mit dem Gewinn von San Francisco das Goldene Tor zu der weiten Welt des Stillen Ozeans auftat:

The broad Pacific chafes our strand,
We hear the wide Atlantic roar.

Nichts schien dem jungen Riesenvolk mehr unmöglich. Neue Eroberungspläne aller Art tauchten auf. Sie aber eilten der wirklichen Entwicklung um volle fünfzig Jahre voraus. Das Wachstum der Union war so rasch gewesen, seinetwegen war bewußt oder unbewußt die Lösung so vieler Probleme zurückgestellt worden, daß es zunächst erst des politischen und wirtschaftlichen Ausbaus im Innern bedurfte. Gerade der Frieden mit Mexiko ließ Konflikte entstehen, die auf lange hinaus die Aufmerksamkeit von der äußeren auf die innere Politik ablenkten. Ehe das Streben nach Weltmacht allgemein werden konnte, mußte die Einheit der Nation in schweren Meinungs- und schließlich Waffenkämpfen gesichert werden.

Eine neue Epoche amerikanischer Geschichte begann.





